C 21734 D



Der »häßliche Deutsche«... S.7

Arbeiterkampf

Jg. Nr. 7, 19.9.77, Nr. 113
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 2,–

Trotz Verbotsdrohungen: Demonstration am 24.9. in Kalkar!

Die Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar am 24.9. wird ein neuer Höhepunkt in der Reihe der Großaktionen gegen das Atomprogramm der westdeutschen Bourgoisie. Trotz angedrohtem Demonstrationsverbot, trotz massiver Pressehetze und vorbereiteten Polizeiprovokationen entwickelt sich das Bündnis zum 24.9. zu einer bisher einmaligen Breite in der jungen Geschichte der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung. Allein 250 Bürgerinitiativen (nach unserer eigenen Zählung) unterstützen den Kalkar-Aufruf des Planungsausschusses der NRW BIs. Unter diesen BIs befinden sich die militanten Brokdorf- und Grohnde-Kämpfer, ein großer Teil der „Gewaltfreien", darüberhinaus auch BIs mit stark sozialdemokratischen Einfluß und mehrere Landesverbände des WSL.

Der BBU mobilisiert zwar mit einem eigenen Aufruf nach Kalkar, versteht sich aber als ein Bestandteil der gemeinsamen Demonstration. Ein Teil der BBU-Initiativen hat sogar von Anfang an den Aufruf des Planungsausschusses unterstützt. Dies erklärt am besten, daß der BBU-Vorstand auf Diffamierungen militanter AKW-Gegner derzeit verzich-
Vorstand auf Diffamierungen militanter AKW-Gegner derzeit verzich-
tet und eine erneute Spaltung a la Itzehoe abgewendet werden konnte. Nur sehr wenige BIs leisten sich die bereits bekannten Ausfälle gegen die militanten AKW-Gegner, indem sie behaupten, diese würden „gewalttätige Konfrontationen" suchen. Darunter insbesondere einige sozialdemokratische Kader innerhalb der „Bürgeraktion Küste". Auf der Basis relativer Geschlossenheit innerhalb der westdeutschen BI-Bewegung ist es gelungen, für diese Demonstration neue Bündnispartner zu gewinnen. In vielen Städten gibt es gemeinsame Mobilisierungsveranstaltungen und Aufrufe verschiedenster fortschrittlicher Initiativen und Organisationen, wie Alternativ-Zeitungen, Hochschul-ASten, politische Organisationen etc.

Darüberhinaus gelingt die Zusammenarbeit mit liberalen, reformistischen und anderen bürgerlichen Strömungen. Bei den Jusos und linken Teilen der SPD reicht das Spektrum von der Unterstützung des Kalkar-Aufrufs über eigene Aufrufe (u.a. Bundesvorstand) bis hin zur Abgrenzung von „Gewalttätern" in SPD-Vorstandsmanier. Erfreulicher hingegen ist die fast durchgängig solidarische Beteiligung an der Kalkar-Mobilisierung etwa bei den Jungdemokraten in NRW. Es ließen sich viele weitere Beispiele zwischen Bayern (AUD, SPD-Bezirksgruppen, Bund Naturschutz) bis in den äußersten Norden (südschleswiger Wählerverband/Verband der dänischen Minderheit) aufzählen. Völlig außen vor stehen die DKP und der KBW. Während erstere wenigstens sich noch einige Zeilen zu Kalkar in der „UZ" abgequetscht hat, pöbelt der KBW vom „Itzehoe des KB-Nord". Während es längere Zeit so schien, als wolle die „KPD" in NRW die Bündnispolitik zu Kalkar mittragen, versuchte dessen „Zentralkomitee" das erreichte Bündnis in letzter Minute zu sprengen, indem es in einer Stellungnahme die BBU-Führer pauschal als „AKW-Befürworter" angriff und somit auf Ausschluß des BBU orientierte (der BBU sitzt bekanntlich mit
somit auf Ausschluß des BBU orientierte (der BBU sitzt bekanntlich mit
einem Vertreter in der Demo-Leitung)

Starke Unterstützung erhält die Demonstration auch durch breite internationale Beteiligung aus den umliegenden europäischen Ländern. Besonders in den Niederlanden, Frankreich und in Dänemark laufen die Kalkar-Vorbereitungen auf Hochtouren.

Bisher hat das Bündnis über verschiedenste Angriffe und Spaltungsmanöver hinweg standgehalten. Die Woche bis zum 24.9. wird mit Sicherheit erneute Zerreißproben bringen. Nach dem heutigen Stand besteht aller Anlaß, zuversichtlich zu sein.

18.9.77

(Ausführliche Berichte befinden sich in dieser Ausgabe).

Rechts-Staat und Terrorismus

Erklärung des Leitenden Gremiums des Kommunistischen Bundes

— Der KB ist nicht bereit, sich seinerseits an der von Strauß, Schmidt & Co. befohlenen Abgrenzungs-Hysterie innerhalb der Linken zu beteiligen. Wir warnen in diesem Zusammenhang vor der bereits deutlich gewordenen weiteren Spaltung innerhalb der Linken, die gewolltes Ergebnis dieser Kampagne ist. Eine solche weitere Spaltung, die nicht mehr an der Frage einer Zustimmung oder Ablehnung des »bewaffneten Kampfes« (Terrorismus) zum jetzigen Zeitpunkt in der BRD laufen würde, sondern vielmehr an untergeordneten Fragen (z.B. unterschiedliche »Schärfe« bei der Abgrenzung etc.) müßte die Aktionskraft der westdeutschen Linken unnötig zusätzlich schwächen. Hierin läge ein nicht zu unterschätzender Sieg derjenigen, die in unserem Land für Ausbeutung und politische Unterdrückung verantwortlich sind. Der KB bedauert die Haltung einiger linker Persönlichkeiten und Organisationen (SB), sich mit unwürdigen »Abgrenzungs«beiträgen beifallheischend in die Spalten der Regimepresse zu drängeln, um dort noch Öl ins Feuer der bürgerlichen Hetzkampagne zu giessen.

— Der KB fordert die westdeutsche Linke — Organisationen wie Personen — auf, die jetzt unmittelbar zu erwartende Kampagne der Bourgeoisie, die auf einen gewaltigen Ausbau des staatlichen Gewalt- und Repressions-Apparates und einen nicht minder gewaltigen Abbau demokratischer Rechte in diesem Staat zielt, in optimaler Einmütigkeit und Geschlossenheit zu beantworten und nach Möglichkeit zurückzuweisen. Ängstliches Untertauchen und hysterisches Abgrenzen bieten weder persönlichen noch politischen Schutz, sondern erleichtern der Bourgeoisie das beabsichtigte Geschäft. Aktuell besteht unmittelbare Gefahr, daß die Staatsschutz-Organe nach Beendigung der Geiselnahme Schleyers zu einem gigantischen Racheakt gegen die gesamte Linke ausholen, der unter dem Deckmantel einer »breiten Fahndung nach den Entführern und ihren Sympathisanten« vermutlich ablaufen wird. Muster dafür sind u.a. die massiven Polizei-Überfälle nach der Westberliner Lorenz-Entführung. Dafür

Fortsetzung auf Seite 3



Jungnazis abgeblitzt

Osnabrück: Unter dem Motto „Millionen fordern: Rotfront verrecke" wollte die Jugendorganisation der NPD („Junge Nationaldemokraten", JN) sich am 16./17. September „Osnabrücks Straßen zurückerkämpfen". Angekündigt hatten die Jung-Nazis für beide Tage „Großkundgebungen" im Osnabrücker Einkaufszentrum. Daß aus diesem provokatorischem Treiben nichts wurde, dafür sorgten an beiden Tagen jeweils über 1.000 Antifaschisten mit Kundgebungen und Demonstrationen, zu denen eine „Antifaschistische Aktionseinheit" von mehreren demokratischen, antifaschistischen und kommunistischen Gruppen und Organisationen aufgerufen hatte.

Wie schon in AK 112 angekündigt, fand am 16./17.9. ein Kongreß der JN mit mehreren hundert Delegierten statt. Dies sollte auch der Anlaß für die öffentlichen »Großveranstaltungen« sein, auf denen der JN-Bundesvorsitzende, W. Krauss, sprechen sollte.

Sofort nach dem Bekanntwerden dieser geplanten Provokation bildete sich eine Aktionseinheit, die unter der Forderung *»Kein Faschistentreff in Osnabrück und anderswo«* zur Verhinderung der öffentlichen Veranstaltung aufrief. An ihr nahmen teil: Initiative für ein Sozialistisches Zentrum (SB), Frauenzentrum, Kommunistischer Bund, Kommunistische Aufbaugruppe, Chile-Solidaritätsgruppe, Evangelische Studentengemeinde, Basisgruppe

Fortsetzung auf Seite 2



„Heute Bankier, morgen Minister heute Minister, morgen Bankier"

Lenin

Es sei *„gut und wichtig, daß ein solcher Wechsel möglich ist"* (WAZ, 10.9.77) sagte Bundesaußenminister Genscher zum Übertritt seines Parteifreundes Friderichs (bisher Wirtschaftsminister) in den Vorstand der Dresdner Bank. Friderichs wird dort die mit rund 800.000 DM Jahresgehalt dotierte Funktion Jürgen Pontos übernehmen.

In das freiwerdende Amt des Bundeswirtschaftsministers rückt Otto Graf Lambsdorff auf, der wie Friderichs zum rechten Flügel der FDP zählt und als Vorstandsmitglied der Victoria-Versicherungsgesellschaft, der Saarbergwerke AG etc. für eine Fortsetzung des bisherigen arbeiterfeindlichen wirtschaftspolitischen Kurses der Bundesregierung sorgen wird. Graf Lambsdorff: *„Natürlich bringt man seine eigenen Erfahrungen aus der Wirtschaft, aus der Industrie, dem Kreditgewerbe in die politische Arbeit ein. Das wissen meine vielen Freunde in der Wirtschaft, und sie können damit rechnen, daß ich immer bereit bin, ihren Wünschen ein offenes Ohr zu leihen"* (!!) (zit. nach „Wirtschaftswoche", 16.9.77).

Die engen Bande zwischen Finanzbourgeoisie und Staat werden also in Zukunft kaum lockerer werden, zumal auch Friderichs erklärt hat, daß er sich der Politik der Regierung auch weiterhin aufs Engste verbunden fühlt.

Fortsetzung von Seite 1

der Uni, Gruppe Frauenpolitik (Münster), Frauen des Frauenverlages (Münster).

Da durch die Bildung dieser Aktionseinheit klar war, daß die Faschistenprovokation nicht ungestört durchzuführen war, sahen sich auch die SPD-Stadtväter zum Handeln gezwungen. Den Nazikongreß selbst wollten sie jedoch auf keinen Fall verbieten. So entschlossen sie sich, lediglich die Faschistenveranstaltungen in der Innenstadt zu untersagen, weil durch diese der *»Fußgängerverkehr gestört werden würde«*. Eine antifaschistische Gegendemonstration sollte verboten werden. Beides wurde jedoch per Gerichtsurteil wieder aufgehoben. Daß die SPD-Stadtoberhäupte nicht wirklich an eine Verhinderung der Naziveranstaltung dachten, ging z.B. auch aus einer Zeitungsmeldung hervor, wonach *»mehrere hundert Bereitschaftspolizisten nach Osnabrück verlegt* (wurden), *um bei Zwischenfällen einzugreifen und den Bundeskongreß zu schützen, da mehrere linke Gruppierungen Gegenkundgebungen angekündigt haben«* (»NOZ«, 14.9.77).

Am Freitag, den 16.9., versammelten sich anfangs 250 Menschen zu einer Kundgebung der Aktionseinheit. Im Anschluß daran demonstrieren sie durch die Innenstadt zu dem Platz hin, wo sich die Faschisten versammeln wollten, wobei der Zug auf insgesamt 800 bis 1.000 Menschen anwuchs. Dort angekommen, wurde ein Häuflein von zehn Faschisten (mehr hatten sich offensichtlich nicht getraut) von der Polizei geschützt. Der Lautsprecherwagen der Jung-Nazis wurde eingekreist und mit Sprechchören wurde die Verbreitung der Hetzreden verhindert.

Am Sonnabend (17.9.77) hatten sich um 10 Uhr schon 300 Antifaschisten versammelt. Einige anwesende Jung-Nazis wurden handgreiflich vertrieben. Spontan demonstrierten die Antifaschisten zum Platz der geplanten Provokation, um diesen zu besetzen: Lieder wurden gesungen, Flugblätter verteilt und den umstehenden Menschen die Aktion erklärt. Diesmal ließen sich die Faschisten hier gar nicht erst blicken, sondern versuchten an einem anderen Ort ihre Kundgebung durchzuführen. Unter der Parole *»Die Nazis sind in Osnabrück, kommt alle mit, jagt sie zurück«* setzte sich wiederum eine Demo in Bewegung, die nach und nach auf über 1.500 Teilnehmer anstieg (nach Polizeiangaben sogar 3.000). Wiederum hatte die Polizei Ketten gebildet, um die Faschisten zu schützen. Da die Nazis jedoch derart eingekreist waren, zogen sie es auch diesmal vor, schnellstens abzuräumen.

Auch wenn der von massiven Polizeikräften geschützte Bundeskongreß der JN selbst ungestört durchgeführt werden konnte, so liegt der Erfolg dieser Aktion darin, daß die geplante Propagandaschau der Nazis weitgehend zunichte gemacht wurde.

Hervorzuheben ist besonders der politische Erfolg, der darin liegt, daß es gelungen ist, eine antifaschistische Aktionseinheit mit einem relativ breiten Spektrum politischer Gruppen und Initiativen und einer für Osnabrück ungewöhnlich großen Mobilisierung aufzubauen.

SPD, CDU und DGB – antifaschistisch?

»Gegen Extremismus und Terror« — unter diesem Motto riefen verschiedene »Persönlichkeiten« aus der SPD, der CDU, des DGB und der DAG zu einer Kundgebung am Sonnabend auf. War der vordergründige Anlaß ebenfalls der JN-Bundeskongreß, so machte schon der Aufruf selbst klar, was der eigentliche Zweck war: Unter dem Vorwand, dem Faschismus entgegenzutreten, wurde insbesondere gegen die Linke gehetzt. *»Die Verbrechen der Terroristen und Gewaltaufrufe von Rechts- und Linksextremisten bedrohen unsere Freiheit«*, wobei sich der Gewaltvorwurf im konkreten offensichtlich auf die geplante Gegendemonstration bezog. Insgesamt waren diesem Aufruf aber nur 300 Menschen gefolgt, wovon ein nicht geringer Teil Antifaschisten waren, die ihren Unmut über den dort an den Tag gelegten »Antifaschismus« lautstark zum Ausdruck brachten.

DKP und KBW betreiben das Spaltergeschäft

Wie wir schon in AK 112 berichteten, waren bei den ersten Aktionseinheitsgesprächen auch die DKP und der KBW anwesend. Beide traten in der provokatorischen Manier auf, daß sie nur eine Aktionseinheit auf der Grundlage ihrer Vorstellungen akzeptieren könnten. Als dies an der Mehrheit der anderen Aktionseinheits-Teilnehmer scheiterte, verließ die DKP sofort den Saal. Mit anderen Kräften (Jusos, Judos, VVN) organisierte sie dann eine separate Kundgebung, an der ca. 350 Menschen Teilnahmen.

An Verrücktheit stach wiederum der KBW alles aus. Nachdem er seine »Vorstellungen« nicht hatte durchsetzen können, legte er eine »Selbstkritik« vor, in der er feststellte: Der KBW könne an den Aktionen nicht teilnehmen, da sie *»diffus antifaschistisch«* seien, *»keine gemeinsame Grundlage vorhanden«* sei, Teile der Aktionseinheit *»noch verschämt an Gesetze appellieren«*, indem sie das Verbot des Kongresses forderten usw. Stattdessen wollte der KBW wiederum »Massenpolitik« betreiben und veranstaltete seine eigenen Kundgebungen. Dabei wurden am Freitagabend die Teilnehmer dieser Kundgebung von der Polizei überfallen, einer wurde schwer verletzt (Verdacht auf Schädelbasisbruch).

Auch wenn DKP und KBW gemeinsame Aktionen der gesamten Osnabrücker Linken verhindert haben, so bedeuten die Aktionen einen großen Schritt voran im Kampf gegen das Auftreten der Faschisten. Denn es ist immer noch nicht selbstverständlich, daß Kommunisten, Sozialisten (SB), Spontis und Frauengruppen gemeinsam gegen die Faschisten demonstrieren. Mit dieser antifaschistischen Aktion ist ein hoffnungsvoller Anfang gemacht!...

Hervorzuheben ist besonders der politische Erfolg, der darin liegt, daß es gelungen ist, eine antifaschistische Ak-

Mit dieser antifaschistischen Aktion ist ein hoffnungsvoller Anfang gemacht!...



Natürlich! Drei von der Hamburger Hansa-Bande in Osnabrück dabei

Am 17.9. demonstrierten ca. 800 Antifaschisten gegen den Aufmarsch der Neonazis in Villingen. Unter kämpferischen Parolen zog die Demonstration zum Tagungsort der Faschisten (einer Turnhalle), die von einem starken Bullenaufgebot abgeriegelt wurde. Auf der Demonstration gab es allerdings keine Zwischenfälle.

Ab 14 Uhr gab es ein Kulturfest, das von ca. 400 Menschen besucht wurde. Ca. 100 Antifaschisten haben in Villingen übernachtet, um am Sonntag mit Flugblättern und Stellwänden gegen die Nazis zu protestieren, speziell gegen die geplante Kundgebung der Faschisten für die Freilassung von Rudolf Heß. Diese Aktionen wurden vom Antifaschistischen Arbeitskreis Stuttgart organisiert.

Unrühmlich war wieder einmal das Verhalten des DGB. Zunächst hat er für einen »Schweigemarsch« am 17.9. mobilisiert, »um keine Provokationen zu verursachen« (so seine Begründung für die Aktionen einen Tag vor dem Parteitag). Dem Aufruf (u. a. mit dem markigen Spruch: »Nur wer sich aktiv gegen die NPD wendet, erfüllt seine Pflicht und verteidigt die Demokratie« versehen) folgte eine halbherzige Mobilisierung; so wurden für ganz Baden-Württemberg nur acht Busse organisiert. Am 15.9. wurde die ganze Aktion kurzerhand abgeblasen, »weil die Chaoten auch kommen«.

Der DGB scheint es mit seiner »Pflichterfüllung« und »der Verteidigung der Demokratie« nicht sehr ernst zu meinen.

Daß aber dennoch 800 Antifaschisten u. a. aus Stuttgart, Böblingen, Tübingen, Tuttlingen und Freiburg zusammenkamen, ist ein guter Erfolg.

Pestel sieht rot: Göttinger AStA abgesetzt

Am Donnerstag, dem 15.9.1977, wurde der Göttinger AStA auf Anordnung von Wissenschaftsminister Pestel von seinem Amt suspendiert, den AStA-Mitgliedern wurde der Zugang zu den AStA-Räumen verboten, das Druckzentrum geschlossen. Vier Hundertschaften Bereitschaftspolizei sorgten dafür, daß ein Staatskommissar am Donnerstagnachmittag die „Amtsgeschäfte des AStA bis auf weiteres" antreten konnte.

Wie es zu dieser Nacht- und Nebel-Aktion kam, hört sich wie ein schlechter Hintertreppenwitz an: Am 10.9. hatte die BUF (Bewegung Undogmatischer Frühling), eine Göttinger Sponti-Gruppe, die zwei der fünf Referenten des derzeitigen AStA stellt, ein Flugblatt herausgegeben, das sich mit der „RAF"-Aktion in Köln und vor allem mit den nachfolgenden Fahndungen, Krisensitzungen usw. befaßte. Am Mittwochmorgen, zwei Tage, nachdem das Flugblatt („Schleyer – Kein Nachruf!") verteilt worden war, wurden die Räume des AStA sowie die AStA-Druckerei zum zweiten Mal innerhalb von vier Monaten durchsucht. Die Begründung dafür lieferte der amtsgerichtliche Durchsuchungsbefehl so: Das Flugblatt enthalte Beleidigungen gegenüber dem Arbeitgeberpräsidenten Schleyer, außerdem tauchte der AStA (als postalische Adresse nämlich!) im Impressum des Flugblatts auf, was wiederum darauf schließen lasse, daß *„die Mitglieder des AStA"* an der „Straftat" beteiligt seien.

Resultat der Durchsuchung: Es wurden 33 Exemplare des Flugblattes, ein Druckauftragsformular und eine Adressenliste beschlagnahmt. Die Konsequenz hieraus wiederum war die Durchsuchung von zwei Privatwohnungen von BUF-Mitgliedern ohne Durchsuchungsbefehl: „Gefahr im Verzug" – ein Novum für Göttingen. Dort konnten – laut Staatsanwaltschaft – *„keine weiteren Beweise"* gesichtet werden. Auch eine angeblich in der AStA-Druckerei gefundene „Druckfahne eines Plakats", die auf weitere „Straftaten" hindeute, konnte beim besten Willen weder in den Durchsuchungsprotokollen der AStA-Räume noch der Druckerei ausgemacht werden: dort nämlich wurde lt. Protokoll überhaupt nichts beschlagnahmt...

ausgemacht werden: dort nämlich wurde lt. Protokoll überhaupt nichts beschlagnahmt...

Gleich am nächsten Morgen (15.9.) konnte man den Zeitungen entnehmen: Nun reiche es, heute würde der AStA abgesetzt („Göttinger Tageblatt", 15.9.). Um 16 Uhr war es dann soweit: Auf Weisung des Wissenschaftsministers verfügte der Rektor der Uni, den amtierenden AStA zu suspendieren. Die Sechs-Punkte-Anweisung (Suspendierung der Referenten, Einsetzung eines Beauftragten, Sperrung der AStA-Räume und Druckerei, Schließung der Geschäftsräume des AStA und sofortiger Vollzug der Verfügung) wurde damit begründet, daß der AStA mit der Beteiligung an der Herstellung und Verbreitung des BUF-Flugblatts – das hatte die Staatsanwaltschaft ja schon „bewiesen" – wieder das „allgemein"-politische Mandat wahrgenommen habe, daß er somit das geltende „Recht" wiederholt gebrochen habe.

Außerdem sei es noch nicht sichergestellt, daß Ausgaben für Publikationen und Aktionen „allgemein"-politischen Inhalts von Mitgliedern des AStA persönlich (!) zurückerstattet werden könnten, und deshalb sei *„die Anordnung der sofortigen Vollziehung... im besonderen öffentlichen Interesse geboten"*. Kurz nach Eintreffen der Verfügung wurde der AStA vom Staatskommissar geschlossen.

Eine Uni-VV, die mit 400 bis 500 Studenten angesichts der Semesterferien recht gut besucht war, hatte kurz zuvor entschieden, vorerst keine Verteidigungsaktivitäten zu unternehmen, da ein Aufgebot von ca. vier Hundertschaften Bereitschaftspolizei den AStA weiträumig umstellt hatte, und so eine militante Verteidigung des AStA aussichtslos erschien.

Soweit der „Tathergang". Wie allerdings die Konstruktion von Staatsanwalt, Wissenschaftsminister und Unibürokratie zustandekam, wirft ein bezeichnendes Licht auf die augenblickliche Hysterie des Staatsapparats.

Wer einmal lügt...

Die erste massive Kampagne gegen den Göttinger AStA wurde mit einem gewaltigen Lügenmärchen in Gang gesetzt: In dem berühmtgewordenen „Buback-Nachruf" habe der AStA das Attentat auf Buback gerechtfertigt, obwohl es sich um die Stellungnahme eines Studenten in der AStA-Zeitung handelte, der sich zudem sehr kritisch damit auseinandersetzte, ja sich sogar grundsätzlich davon distanzierte. Die Lügen, die diesmal zur (vorläufigen) Suspendierung des AStA herhalten mußten, sind noch um einiges dreister:

Lüge Nr. 1: Der AStA habe das BUF-Info mit herausgegeben. Wahr ist dagegen, daß *„die BUF* (als eine selbständige politische Hochschulgruppe) ... *das Info Nr. 3 im eigenen Namen herausgegeben und politisch zu vertreten hat. Aus dem Impressum des Info Nr. 3 geht eindeutig hervor, daß es sich bei „Buf c/o AStA" um die postalische Adresse handelt, die nach dem Pressegesetz unter Publikationen angegeben werden muß.*

Es ist allein Sache der politischen Organisation BUF, ob sie den Arbeitsplatz der BUF-Referenten im AStA als postalische Adresse angibt oder nicht" (Presseerklärung des AStA vom 15.9.).

Lüge Nr. 2: Der AStA habe das Flugblatt in seiner eigenen Druckerei drucken lassen. Wahr ist, *„daß bei der Durchsuchungsaktion nur ein Druckauftrag für die BUF beschlagnahmt wurde, aus dem nicht ersichtlich ist, um was für ein Flugblatt es sich dabei handeln sollte. Dieser Druckauftrag wurde von der BUF im AStA-Druck nicht eingelöst. Wo die BUF das Flugblatt hat drucken lassen, ist dem AStA nicht bekannt. Eine Untersuchung kann jedenfalls zweifelsfrei ergeben, daß dies nicht im AStA-Druck geschehen ist"* (Presseerklärung). Darüberhinaus ist die AStA-Druckerei eine ganz normale Lohndruckerei, mit deren Druckerzeugnissen in keinem Fall der AStA identifiziert werden kann.

Lüge Nr. 3: Das Flugblatt sei vom AStA verbreitet worden. Wahr ist, daß im Zimmer des Sozial-Refe-

ziert werden kann.
Lüge Nr. 3: Das Flugblatt sei vom AStA verbreitet worden. Wahr ist, daß im Zimmer des Sozial-Refe-

renten (BUF) 22 Flugblätter und 11 weitere in einer Ablage vor seinem Zimmer bei der Durchsuchung „sichergestellt" worden sind. *„Wie der Staatsanwalt aus der vom AStA nicht zu verantwortenden Auslage dieses Flugblattes im Vorraum den Tatbestand der Verbreitung konstruiert, ist uns schleierhaft. Der AStA hat folglich weder das BUF-Flugblatt zu verantworten, noch ist es über AStA-Einrichtungen gedruckt oder vom AStA verbreitet worden"* (Presseerklärung).

Es ist kaum zu glauben, aber dies sind die „Tatsachen", die Albrecht und Co. veranlaßt haben, den AStA zu suspendieren.

CDU gegen „Applaudier-Klub des Terrors"

Die Landesregierung hofft auf dem Höhepunkt der Schleyer-Hysterie eine alte Rechnung mit dem Göttinger AStA begleichen zu können. Offenbar lag man an zentraler Stelle nach der Schleyer-Entführung Tag für Tag auf der Lauer, ob *irgendetwas* vom AStA dazu veröffentlicht würde, um sofort zuschlagen zu können. Da der AStA selbst nichts veröffentlichte, mußten das BUF-Info und die halsbrecherischen Lügenkonstruktionen, die das Info mit dem AStA verbinden sollen, herhalten.

Schon bastelt die CDU an den irrwitzigsten Straftatbeständen, die das vom AStA angeblich zu verantwortende BUF-Info erfüllen soll: *„Klare Verstöße gegen Strafbestimmungen, insbesondere gegen die Strafgesetzbuchparagraphen 88a (publizistische Befürwortung von Gewalttaten), 90 a (Verunglimpfung des Staates), 185 und 186 (Beleidigung)"* („FR", 17.9.). Die findigen Juristen der Landesregierung entdeckten diese „klaren Verstöße" an der folgenden Stelle des BUF-Infos: Die BUF hatte fünf satirische „Forderungen" an die Bundesregierung gestellt – eine davon lautet, der Schriftsteller Erich Fried *„soll Chefredakteur der FAZ werden und die Herren Fest, Fromme und Reißmüller werden seine Eleven und sollen ihm seine Bleistifte spitzen"* – und „drohend" verkündet: *„Diese Forderungen sind unverzüglich zu erfüllen... Sollten sie bis dahin nicht erfüllt sein, werden wir irgendeine Stelle in der BRD mit Lollies bewerfen."* Messerscharfer Schluß von Campenhausen, Staatssekretär im Wissenschaftsministerium; mit Lollies seien keine Dauerlutscher gemeint, *„sondern Mollies, also Molotow-Cocktails, also Bomben"* („FR" vom 17.9.), also publizistische Befürwortung von Gewalttaten. Der Mann hat Talent!

Nach diesem Muster ist die ganze Kampagne gegen den Göttinger AStA gestrickt und es läßt sich nur ahnen, was nach dem Ende der Schleyer-Entführung auf die westdeutsche Linke zukommen wird.

Die Suspendierung des Göttinger AStA soll sich über das gesamte Wintersemester erstrecken. Pestel hat bewußt auf eine Amtsenthebung verzichtet, *„um eine Neuwahl vorerst zu verhindern, weil sie wohl nichts bessern würde"* („Göttinger Tageblatt" vom 16.9.). Offensichtlich sind sich die Herren in ihrer Analyse, daß eine „klitzekleine Minderheit" den AStA „besetzt und mißbraucht" (Albrecht), doch nicht so sicher und befürchten, daß ihr Versuch, den RCDS in den AStA zu hieven, bei demokratischen Wahlen in die Hose geht. Zwar vertrösten sie sich auf die nächsten regulären Wahlen im Januar 1978, bei denen alle *„demokratischen Parteien eine Erklärung an die Studenten abgeben sollten"* (Innenminister Groß), „demokratische Kräfte" – also den RCDS – zu wählen; wahrscheinlicher aber ist, daß die Landesregierung genau wie in Baden-Württemberg auf eine gänzliche Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft in Niedersachsen orientiert. Bekannt ist, daß die CDU einen entsprechenden Gesetzentwurf zum NHG in den Ausschüssen bereits vorgelegt hat, gegen den sich bisher die FDP jedoch gesträubt hat. Die Suspendierung des Göttinger AStA soll offenbar auch den taktischen Widerstand der FDP-Parlamentarier gegen die Linie von Filbinger und Co. brechen und der Bevölkerung klarmachen, daß

FDP-Parlamentarier gegen die Linie von Filbinger und Co. brechen und der Bevölkerung klarmachen, daß

eine Institution, in die sich *„Applaudier-Klubs des Terrors einnisten"* (CDU, laut „Göttinger Tageblatt" vom 17.9.) liquidiert gehört.

Am vergangenen Freitag verkündete Albrecht dann auch mit dem Hinweis auf Baden-Württemberg, *„daß es fraglich sei, ob künftig überhaupt Studentenwahlen in der bisherigen Weise stattfinden"* werden („FR" vom 17.9.).

Göttingen nur der Anfang

All diese Tatsachen zeigen, daß der Göttinger AStA das willkürliche Opfer der hysterischen Hetzkampagne des Staatsapparats und der bürgerlichen Presse nach der Schleyer-Entführung geworden ist. Dabei geht es der Regierung um nichts anderes, als das nachzuholen, was ihr anläßlich des Buback-Nachrufes nicht gelungen ist, also: Rache zu üben.

Daß die herrschenden Kräfte dabei nicht einmal selbst an die „Rechtmäßigkeit" (im Sinne der geltenden Gesetze) ihres Vorgehens glauben, zeigt ein Kommentar der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen". Unter dem Titel *„Tapferer Pestel"* schreibt sie: *„Er hatte keine Angst vor neuerlichen Schmähungen, vor Drohungen und Gewalt. Er ließ sich nicht behindern davon, daß möglicherweise die Justiz ihm in den Arm fallen wird."*

Daß dieses Vorgehen juristisch nicht zu halten ist, ist offensichtlich auch in diesen Kreisen klar. Daß sie trotzdem so vorgehen, beweist einmal mehr, daß durch die erzeugte Hysterie ganz „nebenbei" der „übergesetzliche Notstand" verordnet wird, in dem sich keine staatliche Stelle mehr an die geltenden Gesetze zu halten braucht.

KHB/Göttingen

Fortsetzung von Seite 1

sollten überall entsprechende Vorkehrungen getroffen werden und zwar nicht nur im Bereich des »individuellen Schutzes«, sondern v.a. im Bereich einer schnellen und optimalen politischen Antwort.

— Neben dem Ausbau des staatlichen Gewaltapparates und dem Abbau demokratischer Rechte, legt die Bourgeoisie starkes Gewicht auf die ideologische Seite ihrer Kampagne. Sie soll nicht nur eine weitere Rechtswendung unter den Funktionären und Mitgliedern von SPD/FDP und CDU/CSU bewirken, sondern ebenso den Organisationsprozeß der offenen Faschisten, insbesondere der militanten paramilitärischen Banden unter ihnen, fördern und begünstigen. Verstärkte Aktivitäten von NPD und neonazistischer Ableger unter dem Schutz der staatlich verordneten Hetzkampagne in den letzten 14 Tagen sprechen eine deutliche Sprache. Wachsamkeit und gegebenenfalls entschiedenes Auftreten der Linken — wie an diesem Wochenende in Osnabrück — sind ein wichtiges Gebot der Stunde.

— Der Anschlag von Köln durch die »RAF« wird nicht der letzte dieser Art sein. Im Gegenteil, die terroristischen Aktivitäten in der BRD werden sich steigern. Die Bourgeoisie weiß das, und die Linke weiß das ebenfalls. Es besteht ein enger, wechselseitiger Bezug zwischen der Verweigerung von politischer Demokratie durch die Bourgeoisie, dem Abbau demokratischer Rechte, dem Anheizen faschistoider Stimmungen usw. einerseits und andererseits der Zunahme verzweifelter »bewaffneter Einzelangriffe« durch Genossen, die — ohne Vertrauen in die historische Kraft der Arbeiterbewegung — keinen anderen »Ausweg« mehr erkennen können. Die relative Schwäche der westdeutschen Linken verschlimmert diese Lage, da sie gegenüber den zukünfitgen »Terroristen« kurzfristig keine glaubhafte Alternative für einen mittelfristigen Zeitraum anbieten kann. Die westdeutsche Linke war nicht in der Lage, die terroristischen Schauprozesse und Skandal-Urteile gegen Mitglieder der »RAF« und andere, diese Beseitigung aller — auch der bürgerlichen — Rechtsmaßstäbe durch die Klassenjustiz, zu verhindern. Das war (und ist) keine Frage von bösem Willen oder Laxheit, sondern ist Ausdruck des Kräfteverhältnisses der Klassen in der BRD zueinander. Die westdeutsche Linke ist auch derzeit nicht in der Lage — etwa durch Entfaltung einer politischen Massenkampagne — einen einigermaßen glaubhaft und Erfolgsaussichten versprechenden Vorschlag zur »Befreiung« der politischen Gefangenen zu machen.

— Es ist nicht unbekannt, daß derzeit nicht wenige Genossen Gedanken erwägen, in den politischen Untergrund zu gehen, sowohl auf »eigene Faust«, als auch mit dem Versuch, sich der »RAF« anzuschließen. Die absehbare Repressions-Kampagne der Bourgeoisie nach Beendigung der Schleyer-Entführung wird diese Tendenz zweifellos verstärken. Lenin nannte seinerzeit den individuellen Terror einen Ausdruck der *»Spontaneität der leidenschaftlichen Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verloren oder nie besessen hat, dem fällt es tatsächlich schwer, für seine Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror«* (Lenin, »Was tun?«, 1901/02).

Obgleich wir mit nur scheinbar schwachen Argumenten diesen Genossen gegenüberstehen (eine entwickelte Arbeiterbewegung in der BRD können auch wir beim besten Willen nicht vorweisen), so muß doch der Weg des individuellen Terrors als ein Weg noch größerer Aussichtslosigkeit bezeichnet werden. Es ist ein Weg, auf dem viele gute Genossen verschlissen werden, früher oder später im Knast landen oder erschossen werden.

Der Terrorismus in der BRD ist zwar eine Antwort auf die Unterdrückung durch dieses System, er ist ihm aber gleichzeitig politisch hoffnungslos unterlegen.

Die »RAF« war schon nach ihrer ersten Aktion nicht mehr in der Lage, als Teil und in Verbindung mit der restlichen Linken zu operieren, sondern ganz und gar damit beschäftigt, sich selbst in Sicherheit zu bringen, bzw. Aktionen ausschließlich zur Befreiung inhaftierter Mitglieder zu unternehmen. Auch wenn Schleyer eine allgemein »anerkannte« Haßfigur der gesamten Linken ist, so ist doch seine Gefangennahme keine Maßnahme im Rahmen einer irgendwie gearteten linken Strategie in der BRD. Seine Gefangennahme soll bei ähnlichen Aktionen gefangengenommenen »RAF»-Mitgliedern die Freiheit wiederbringen. Nicht mehr und nicht weniger. Bei solchen Aktionen werden fraglos immer wieder einige Terroristen erschossen werden und — auf mittlere Sicht — immer mehr verhaftet als gegebenenfalls wieder befreit. Dieser Kampf war bereits entschieden, noch bevor er überhaupt begonnen hatte.

— Wir haben uns seinerzeit (im Juli 72) konkret mit dem »Angebot« einer terroristischen Alternative auseinandergesetzt und uns davon abgegrenzt; wir haben auch die Perspektive dieser Alternative real einzuschätzen versucht. Diese Einschätzung hat sich inzwischen in z.T. grausamer Weise bestätigt. Der vom KB eingeschlagene politische Weg mag mühevoll und lang sein, der Weg des Terrorismus dagegen ist absolut aussichtslos.

Leitendes Gremium des Kommunistischen Bundes, 19.9.77

AUFRUF! An alle Bürger des Landkreises und der Stadt Lüneburg!

Bürger, zeigt eure Solidarität!

Durch fortdauernde Terroranschläge und Erpressungen soll unsere Freiheit zerstört werden.
Gegen die brutalen Anschläge setzen wir Demokraten uns zur Wehr.
Wir nehmen Anteil an dem Schicksal der Hinterbliebenen unserer ermordeten Mitbürger und des Arbeitgeberpräsidenten Martin Schleyer.

Wir rufen auf zu einem **Schweigemarsch** durch die Stadt Lüneburg.

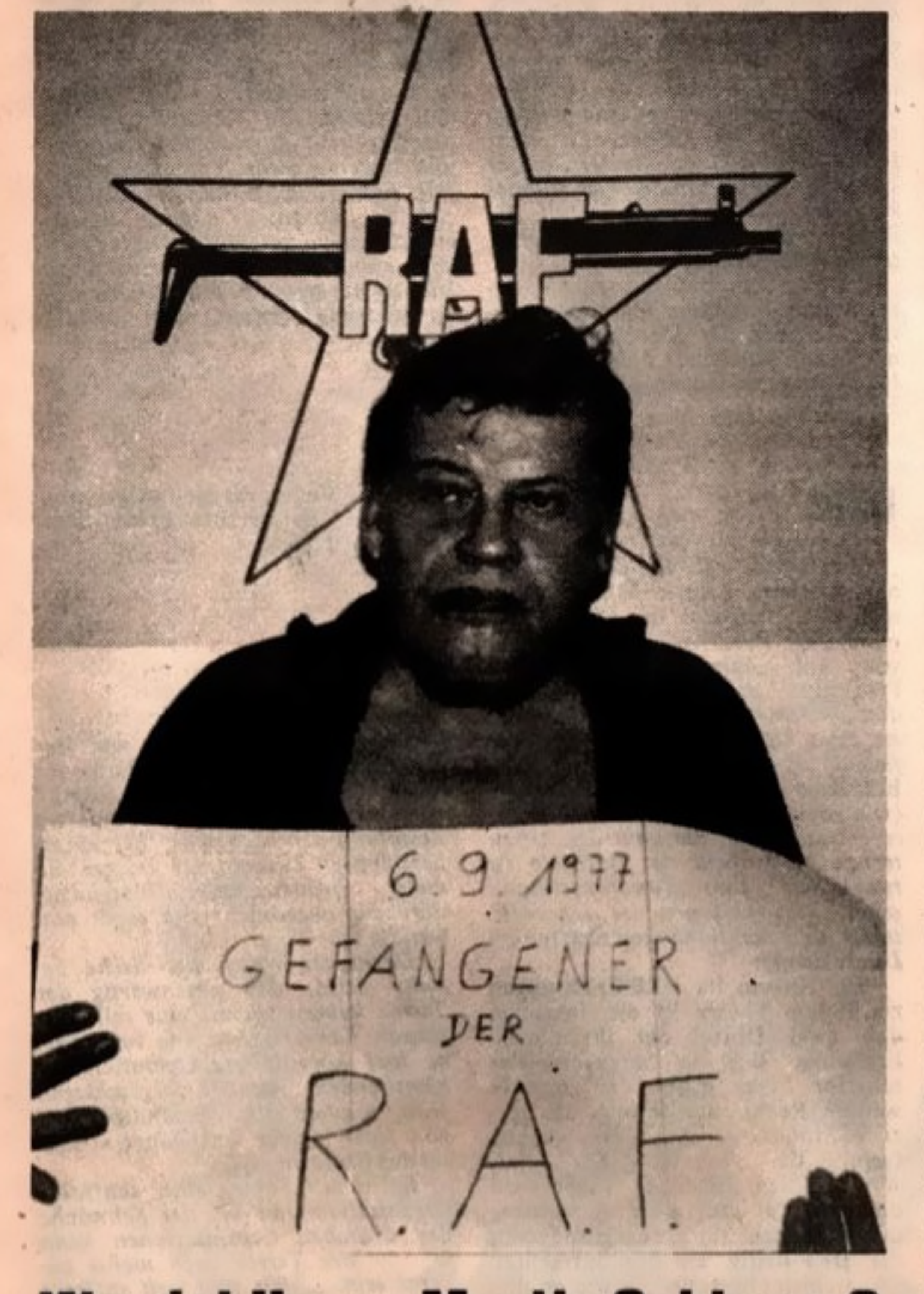
Treffpunkt: Mittwoch, 14. September 1977, 18.00 Uhr, Marktplatz. **Weg:** Ochsenmarkt, Neue Sülze, Salzstraße, Heiligengeiststraße, Am Sande, Am Berge, Brodbänken, Marktplatz.

Landrat Dr. Martens — **Oberbürgermeister** Trebchen — **CDU** Fuhrhop — **SPD** Pankow — **F.D.P.** Dr. Rieger

Niedersächsisches Landvolk Fuhrhop — **Kreishandwerkerschaft** Vick — **Einzelhandelsverband** Hoppe

Arbeitgeberverband Cordes — **DGB** Kirbach — **DAG** Bundt — **Pädagogische Hochschule** Dr. Klimek — **Bund der Vertriebenen** Löffke

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Andersen/Voigt — **Katholische Kirche** Schwarzenburg



Wer ist Hanns Martin Schleyer?

Dr. Hanns Martin Schleyer, den die Zeitungen neuerdings gern als den *›Boss der Bosse‹* bezeichnen, weil er als Präsident der ›Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände‹ (BDA) die bundesdeutschen Unternehmer zu disziplinieren bemüht ist und einen harten, die Konfrontation mit den Gewerkschaften nicht scheuenden Kurs steuern läßt, ist in der bunten, hier als *»Strauß, Kohl & Co.«* vorgestellten Gesellschaft sicherlich die stärkste Persönlichkeit.

An Macht und Einfluß ist er allen anderen, auch Franz Josef Strauß, überlegen. Und sollten am 3. Oktober 1976 die Unionsparteien einen Sieg über die sozialliberale Koalition erringen, könnte Hanns Martin Schleyer – sofern er dies wollte – jederzeit eine Schlüsselstellung in der Regierung des Kanzlers Helmut Kohl einnehmen, sei es als Wirtschafts- oder Verteidigungsminister, sei es als ein die Ressorts koordinierender Kanzleramts-Minister und Chef der drei Geheimdienste. Doch selbst wenn Dr. Schleyer, inzwischen nicht nur BDA-Präsident, sondern auch noch Präsident des BDI, des mächtigen ›Bundesverbands der deutschen Industrie‹, vorerst kein hohes Staatsamt anstrebt – vielleicht, weil er an einen Wahlsieg der CDU/CSU unter Helmut Kohl nicht glaubt –, ist er durch seine hohen Kommandoposten in der bundesdeutschen Wirtschaft (und durch die Rückendeckung, die er als langjähriger Personalchef der Daimler-Benz AG hat) in jedem Fall ein entscheidender Faktor für die vom Wohlwollen der Unternehmerschaft und des Konzernmanagements abhängigen Unionsparteien.

Um so erstaunlicher ist es, wie wenig die Öffentlichkeit über Hanns Martin Schleyer bisher erfahren hat. Der ihn betreffende Eintrag im neuesten *›Wer ist wer?‹* lautet schlicht:

»Schleyer, Hanns Martin, Dr. jur., Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, Stuttgart-Untertürkheim, Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Köln (seit 1973), Vorsitzender der Landesvereinigung baden-württembergischer Arbeitgeberverbände, Stuttgart (seit 1970). – Geboren am 1. Mai 1915 in Offenburg/Baden (Vater: Ernst Schleyer, Richter; Mutter: Helene, geb. Reithinger); verheiratet seit 1939 mit Waltrude geb. Ketterer; 4 Söhne. – Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Promotion in Innsbruck. – Seit 1951 bei Daimler-Benz (1959 stellvertretendes, 1963 ordentliches Vorstandsmitglied). Aufsichtsratsmandate (zum Teil Vorsitz); Mitglied der CDU. – Buchveröffentlichung: Das soziale Modell, 1973.«

Diese recht mageren Informationen lassen sich jedoch beträchtlich ergänzen:

Zunächst muß erwähnt werden, daß Hanns Martin Schleyer, dessen Richter-Vater immerhin Landgerichtsdirektor gewesen ist, schon als Schüler am Gymnasium von Rastatt (Baden) der Hitlerjugend beitrat. Das war 1931, zwei Jahre vor der nationalsozialistischen Machtübernahme, so daß sich der 1934 an der Universität Heidelberg sein Studium beginnende stud. jur. Schleyer trotz seiner erst 19 Jahre als »Alter Kämpfer« bezeichnen durfte; an der schwarzen Uniform der SS, der Schleyer (SS-Mitgliedsnummer 227014) inzwischen beigetreten war, trug er das Goldene Ehrenzeichen. Daneben aber wurde er auch Mitglied einer schlagenden Verbindung, nämlich des Korps Suevia im Kösener SC.

Bald jedoch konzentrierte sich die Aktivität des stud. jur. Hanns Martin Schleyer auf andere studentische Organisationen, die das Ziel hatten, die Universitäten in *»Forschungs- und Erziehungsanstalten nationalsozialistischer Prägung«* zu verwandeln. Er wurde Leiter des *Reichsstudentenwerks* in Heidelberg; später wurden ihm gleiche Funktionen in Innsbruck und Prag übertragen.

Über die Einrichtungen des ›Reichsstudentenwerks‹ sowie über die sogenannten ›Mannschaftshäuser‹, die von seiten der SS an den deutschen Universitäten geschaffen wurden, ist bis heute verhältnismäßig wenig bekannt. Die etwas pauschale Feststellung von Richard Schmid in der Wochenzeitung ›Die Zeit‹, beim ›Reichsstudentenwerk‹ der Nazizeit habe es sich um eine *»Tarnorganisation des Sicherheitsdienstes (SD)«* gehandelt, bedarf einer Einschränkung:

Zwar wurden die SS-Mannschaftshäuser vom SD finanziert, und etwa zwei Drittel der dort untergebrachten Studenten gehörten dem SD an, vom dem sie nach Beendigung des Studiums dann als hauptamtliche SD- oder Polizeioffiziere übernommen wurden. Doch waren diese SS-Mannschaftshäuser bis 1939 formell dem SS-Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) unterstellt, und zwischen der SS und dem Reichsstudentenwerk gab es lediglich prinzipielle Abmachungen über den organisatorischen Einbau und die bevorzugte Behandlung der Mannschaftshäuser. Diejenigen SS-Männer, die nicht schon als Studenten dem SD angehörten und eine Laufbahn im Verwaltungsdienst, in der Wirtschaft oder im freien Beruf anstrebten, wurden von RuSHA später der Allgemeinen SS überwiesen, daneben allerdings »beim SD-Hauptamt geführt«. Darunter war zu verstehen, daß sie dazu ausersehen waren, in ihren künftigen Funktionen als Beamte, Diplomaten, Wissenschaftler oder Wirtschaftsmanager mit dem SD zusammenzuarbeiten. Weil der SD daran interessiert war, diese Zusammenarbeit geheimzuhalten, unterblieb eine offizielle Übernahme; diese Akademiker wurden den örtlich in Frage kommenden SS-Standarten zugewiesen.

Was den Jurastudenten, Reichsstudentenwerks-Amtswalter und SS-Scharführer Hanns Martin Schleyer betrifft, so wurde er mit Wirkung vom 15. Juni 1937 vom SS-Rasse- und Siedlungshauptmann als Schulungsleiter an die 13. SS-Reiterstandarte überwiesen. Etwa um dieselbe Zeit, genauer: mit Datum vom 29. Mai 1937, erstattete Amtswalter Schleyer (zusammen mit Studentenführer Gernot Gather, heute im Vorstand der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947, Frankfurt am Main) einen Bericht über das nazifeindliche Verhalten des Rektors der benachbarten Universität Freiburg im Breisgau, Professor Dr. Metz. Dies hatte für den Rektor unangenehme Folgen: Nur wegen seiner *»früheren Verdienste um die nationalsozialistische Bewegung in Österreich«* wurde er nicht sofort amtsenthoben, sondern erst zum 31. März 1938 abgelöst.

Anfang 1938, nach bestandener erster juristischer Staatsprüfung und Ernennung zum Gerichtsreferendar, erhielt Hanns Martin Schleyer sowohl vom Karlsruher Oberlandesgerichtspräsidenten wie von der 13. SS-Reiterstandarte Sonderurlaub für einen *»Auslandseinsatz«* in Österreich, das in jenen Tagen seine Selbständigkeit verlor. Nachdem Wehrmacht, Polizei, SS, Gestapo und SD die ›Ostmark‹ fest unter Kontrolle hatten, begann der Referendar und SS-Oberscharführer Schleyer mit dem Aufbau einer *Reichsstudentenwerks*-Filiale an der Universität Innsbruck, deren Leitung ihm übertragen wurde. Im Sommer 1938 wurde er bei seiner reichsdeutschen Ausbildungsbehörde vorstellig mit der Bitte, ihn mit Rücksicht auf seinen Sonderauftrag *»der Polizeidirektion Innsbruck zuzuweisen«*.

Nach der Annexion der Sudetengebiete und dem Einmarsch in die Rest-Tschechoslowakei, die kurzerhand zum ›Reichsprotektorat Böhmen und Mähren‹ erklärt wurde, erhielt der inzwischen zum Doktor juris promovierte Amtswalter Schleyer einen neuen Sonderauftrag: die *»Errichtung und Leitung des Reichsstudentenwerks an der Universität Prag«*. Und als die für seine Ausbildung zuständigen Behörden im ›Altreich‹ ungeduldig zu werden begannen und Dr. Schleyer aufforderten, endlich seinen ordnungsgemäßen Dienst bei einer Verwaltungsstelle aufzunehmen, teilte dieser dem Reichs- und preußischen Innenminister forsch mit: *»Ich bin alter Nationalsozialist und SS-Führer und darf für mich in Anspruch nehmen, daß mich keine äußerlichen Beweggründe hier* – in Prag – *festhalten ... Die uns in jungen Jahren in der Kampfzeit anerzogene Bereitschaft, Aufgaben zu suchen und nicht auf sie zu warten, haben uns früher als sonst üblich in Verantwortung gestellt. Diese Aufgabe glaube ich hier im Protektorat gefunden zu haben ...*

Heil Hitler!
gez. Dr. Hanns Martin Schleyer.«

Tatsächlich stand der junge Dr. Schleyer dann bis weit in die Kriegsjahre hinein – nur einmal kurz unterbrochen durch eine Einberufung zu den Gebirgsjägern, doch schon bald aus gesundheitlichen Gründen aus der Wehrmacht wieder entlassen – an der Spitze der gesamten Partei- und SS-Hochschularbeit im ›Protektorat‹ und im Sudetenland; ihm unterstanden rund 160 Angestellte, und sein Jahresetat, einschließlich Liegenschaftsvermögen, betrug knapp zehn Millionen Reichsmark.

Dies geht hervor aus einem Brief, den der Schwiegervater des inzwischen mit einer Münchner Arzttochter verheirateten Regierungsreferendars Dr. Hanns Martin Schleyer, Dr. Ketterer, an einen alten Freund, den SA-Brigadeführer Dr. von Helms, Ministerialrat in der Personalabteilung des Reichsinnenministeriums, richtete. In diesem Schreiben bat Dr. Ketterer, der sich im Briefkopf als *»SA-Obergruppenführer und Ratsherr der Hauptstadt der Bewegung«* auswies, seinen SA-Untergebenen v. Helms eindringlichst um Verständnis für den Wunsch des Schwiegersohns, weiter in Prag bleiben zu dürfen und seinen *»Dienst für die Partei«* auf seine ihm noch fehlende Ausbildungszeit wenigstens teilweise anzurechnen. Obergruppenführer Dr. Ketterer, Uralt-Parteigenosse und einer der höchsten SA-Führer, wies in seinem Schreiben ganz besonders darauf hin, daß die Arbeit seines Schwiegersohns Schleyer, *»deren Bedeutung auf politischem und völkischem Gebiet gerade im Protektorat nicht hoch genug eingeschätzt werden kann«*, eine Ausnahmeregelung unbedingt erforderlich mache, *»denn damit sind schwerwiegende Parteiinteressen gegeben«*.

Mit diesen geheimnisvollen Andeutungen des Alt-Pg. Dr. med. Ketterer, SA-Obergruppenführer in der Obersten SA-Führung, wäre die weitere Parteiarbeit des SS-Führers und Reichsstudentenwerks-Amtsleiters Dr. Schleyer in Prag sicherlich gewährleistet gewesen. Doch Hanns Martin Schleyer hatte in Prag bereits eine neue, nunmehr »kriegswichtige« Aufgabe gefunden: Er wurde Chef des Präsidialbüros im ›Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren‹, zuständig für die Mobilisierung des gesamten tschechoslowakischen Industriepotentials im Interesse der deutschen Rüstung.

In dieser wichtigen Stellung blieb Dr. Schleyer bis zum beinahe letzten Augenblick in Prag; erst wenige Tage vor der Eroberung der Stadt durch die Rote Armee setzte er sich ab und fuhr mit einem der letzten Transporte ›heim ins Reich‹. Dort kam er jedoch schon sehr bald unter sogenannten ›automatischen Arrest‹ und wurde als SS-Führer mit langjährigen besonderen Aufgaben im Hochschulbereich und in der Kriegswirtschaft rund drei Jahre von den Alliierten gefangengehalten. Dann aber, nach einer kurzen, für den Regierungsreferendar a. D. mit abgebrochener Ausbildung sicherlich schwierigen Übergangszeit, begann schon 1951 Dr. Schleyers unaufhaltsamer Aufstieg bei der Daimler-Benz AG, wo er es binnen acht Jahren zum zunächst stellvertretenden, nach weiteren vier Jahren zum ordentlichen Vorstandsmitglied dieses Weltkonzerns brachte. (Übrigens, Daimler-Benz-Generaldirektor, ehemaliger SA-Obersturmführer Dr. Joachim Zahn, ist ein noch älterer »Alter Kämpfer« der Nazi-Partei – Mitgliedsnummer 350 194 – als Schleyer.)

Daneben profilierte sich Dr. Schleyer als sehr energischer Vertreter der Unternehmerinteressen, erst im Bereich der Metallindustrie Baden-Württembergs, dann im Landesverband und bei ›Gesamtmetall‹ und schließlich bei der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), deren Präsident er seit 1973 ist. Außerdem wurden ihm zahlreiche wichtige Aufsichtsratsmandate zuteil, und seit 1976 hat er, zusätzlich zum Amt des BDA-Präsidenten, auch noch den höchsten Kommandoposten der bundesdeutschen Wirtschaft, den Vorsitz im Präsidium des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), übernommen.

Von den vielen Ämtern und Mandaten des Dr. Hanns Martin Schleyer ist jedoch für uns nur eins von besonderem Interesse, nämlich sein stellvertretender Aufsichtsratsvorsitz bei einem Konzern mit Sitz im pfälzischen Frankenthal: bei der ›PEGULAN AG‹ des Konsuls Dr. Fritz Ries. Dabei ist anzumerken, daß es sich hier um keine rein zufällige oder nur geschäftliche Verbindung handelt, die den Kohl-Förderer, Arbeitgeber des Dr. Tauber und Partner der Ehefrau des Franz Josef Strauß mit dem ›Boss der Bosse‹, Doppelpräsident Schleyer, bei ›PEGULAN‹ zusammengeführt hat. Vielmehr sind die Herren Dr. Ries und Dr. Schleyer seit mehr als vier Jahrzehnten miteinander bestens bekannt; sie sind alte Studienfreunde und Korpsbrüder, ja, der junge stud. jur. (und SS-Führer) Schleyer war bei der Heidelberger ›Suevia‹ noch für kurze Zeit der ›Leibfuchs‹ des Assessors Dr. Ries, ehe das Korporationswesen unter dem Druck der Monopolansprüche stellenden SS zum Erliegen kam (wobei jedoch nicht wenige Korpsstudenten dann in den SD- und Gestapo-Dienst übernommen wurden!).

Und dieser Umstand wirft nun die Frage auf, mit welchem Werdegang der Schleyer-Intimus Dr. Ries zum Konzern- und Schloßherrn, langjährigen Förderer eines CDU/CSU-Kanzlerkandidaten und Partner der Ehefrau von dessen Rivalen aufgestiegen ist.

Aus: „Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co.", PDI-konkret 6

Das Kölner Attentat im Pressespiegel der Linken (und „Linken")

„KPD"

In einem redaktionellen Kommentar auf der ersten Seite der »Roten Fahne« (7.9.77) wird das Kölner Attentat *»scharf verurteilt«*. Die »KPD« spricht von einem *»Bandenkrieg«* zwischen Polizei und »Terroristen«: *»ein Bandenkrieg in den Reihen der Bourgeoisie«*. Für die »KPD« spielt sich das ganze tatsächlich als Kampf zweier Fraktionen der westdeutschen »Finanzbourgeoisie« ab: *»Wie schon im Fall Ponto, wo Täter und Opfer gleichermaßen aus den Kreisen der Finanzbourgeoisie kamen, wird die Entführung Schleyers als reine Angelegenheit der Bourgeoisie betrachtet.«*

Die »KPD« hat in Erfahrung bringen können, daß die Entführer bei der Auswahl Schleyers nicht dessen *»Bedeutung als Repräsentationssymbol der Monopolbourgeoisie kümmerte*[*e*]*.«*

»Sie (die Entführer) *scheren sich einen Dreck um die Ausbeutungssituation der Arbeiter, um die Sorgen und Nöte der Volksmassen. Ihre Aktionen in der Vergangenheit und die gegenwärtige Eskalation des individuellen Terrors waren und sind gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen gerichtet.«*

„MLD"

„MLD"

Die noch rechts von der »KPD« angesiedelten »Marxisten-Leninisten Deutschland« (»MLD«), haben durch ihre »ZK-Stellungnahme« per Flugblatt erneut ihren durch und durch provokatorischen Charakter unter schlagenden Beweis gestellt. Unter der Überschrift *»Gegen Terror — Für Freiheit und Demokratie!«* heißt es da einleitend: *»Die Entführung von Hanns-Martin Schleyer, die erpresserische Freilassung von gemeingefährlichen Verbrechern und die Ermordung von vier Menschen ist ein Anschlag auf unseren demokratischen Staat und den freien Teil Deutschlands. Eine Verbrecherbande, die an Brutalität und Hemmungslosigkeit Hitler und den Nazis in nichts nachsteht ...«* Es folgt in Peter-Boenisch-Manier ein Rundumschlag gegen alles, was im weitesten Sinn als links gilt. Hier ein paar Kostproben: *»Die sogenannte ‚Linke' von den K-Gruppen und Chaoten bis zu den Jusos kann sich nicht aus ihrer Mitschuld herausreden.« »Wer wie Willi Brandt und einige Meinungsmacher einige rechtsradikale Spukgestalten als die Hauptgefahr darstellt, lenkt ab von den Nazis von heute!« — »Die Nazis von heute«* in der BRD sind — lt. »MLD« — die sog. *»5. Kolonne des russischen Sozialimperialismus«*, hauptsächlich die DKP, und im weiteren die gesamte Linke von den Jusos bis zur »RAF« (mit Ausnahme der »KPD«). *»Die Früchte des Terrors kann nur die russische Supermacht ernten. Die Nachfolger Hitlers im Kreml brauchen Chaos und Verunsicherung ... Die Verbindung der deutschen Terroristen zu dem in Moskau ausgebildeten Chefterroristen Carlos wie auch zu Ghaddafi weisen auf den KGB hin.«*

Sozialistisches Büro (SB)

Sehr weit vorgewagt (ins bürgerliche Lager) hat sich das SB mit seiner Stellungnahme, die zum Dank an privilegierter Stelle in der »Frankfurter Rundschau« (S. 2!) in voller Länge (1/3 Seite) abgedruckt wurde (»FR«, 13.9.). Das SB reagierte dort *»mit Entsetzen«* auf die *»kaltblütigen Morde«* in Köln. *»Nach Individualattentaten ist die ‚Rote Armee Fraktion' nun zum Kollektivmord übergegangen.. Wir Sozialisten lehnen Mord als Mittel der Politik nicht nur aus taktischen Gründen, sondern aus prinzipiellen Gründen ab.«* Das SB begründet dies mit seinem langfristigen Ziel einer »humanen Gesellschaft«, für die auch nur mit humanen (?) Mitteln gekämpft werden dürfe: Für das SB *»gilt prinzipiell, daß das sozialistische Ziel nicht durch inhumane Mittel angestrebt werden kann.«*

Das SB erklärt in diesem Zusammenhang nicht, wo es die Grenzen zwischen »humanen« und »inhumanen« Mitteln zieht; ob z.B. ein bewaffneter Arbeiteraufstand noch als legitim in den Grenzen der SB-»Humanität« betrachtet wird, oder ob wir z.B. demnächst mit einer großangelegten Revision von SB-Positionen zum bewaffneten Kampf in der »3. Welt« konfrontiert werden. Ist der Guerilla-Kampf in Lateinamerika, Iran, im südlichen Afrika »inhuman«?

Insgesamt halten wir es für makaber, Aspekte des Klassenkampfes (im weitesten Sinn des Wortes) durch die Linse einer — wie auch immer definierten — »Humanität« zu bewerten.

Im übrigen bitten wir das SB, einmal seine Vorstellungen von einem »humanen«, »friedlichen« Übergang zum Sozialismus in der BRD darzulegen. Oder hält vielleicht auch das SB dies — wie wir — für unmöglich?

»Terroristische Entführungen und kalkulierter begleitender Mord sind keine Mittel, um einer sozialistischen, einer humanen Gesellschaft einen Fuß breit näherzukommen.« Durch ihre Aktionen *»hat sich die ‚Rote Armee Fraktion' ihres sozialistischen Anspruchs selbst begeben.«*

Die SB-Erklärung beschwört dann wortreich die Zerstörung linker Basis-

Fraktion' ihres sozialistischen Anspruchs selbst begeben.«
Die SB-Erklärung beschwört dann wortreich die Zerstörung linker Basis-

Arbeit durch die Aktionen der »RAF«: *»Mit wenigen Schüssen machte sie* [*die ‚RAF'*] *vieles zunichte, wofür wir jahrelang gekämpft haben. Mit einem Schlag war durch den Mord an Günther von Drenkmann* (Westberliner Gerichtspräsident — Anm. AK) *die Debatte über die Haftbedingungen zu Ende.«* Der diesen Sätzen innewohnende »sanfte Zynismus« des SB mag als Vorgeschmack auf die von ihm gepredigte »Humanität« bewertet werden:

Die SB-Führer beschweren sich hier allen Ernstes bei der „RAF", daß diese die „Debatte" (!) über Haftbedingungen, die das SB offenbar gern noch ein paar Jährchen weitergeführt hätte, vermasselt hätte, indem sie versuchte, ihre Leute aus dem Knast zu holen (Drenkmann sollte gefangen und erst im Austausch gegen politische Häftlinge wieder freigelassen werden). Auch die geplante Traube-Kampagne hat die „RAF" dem SB versaut: *„Der ‚Fall' Traube, vielmehr der Fall der zunehmenden offiziellen Bespitzelung (...) wurde mit einer einzigen Salve (!) am Gründonnerstag dieses Jahres erledigt. Der mühsame Kampf um politische und soziale Freiheiten, gegen Berufsverbote, gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse ... wird (...) durch die RAF außerordentlich erschwert."* Wie soll man denn diesen Quatsch verstehen? Etwa im Sinn der „KPD", daß die „RAF", als Teil der westdeutschen Finanzbourgeoisie an den Schaltstellen der Macht sitzend, den „mühsamen" Basis-Kampf des SB unterdrückt? Anscheinend ist das SB seit dem Kölner Attentat „arbeitslos" („Alles kaputt"). Bei dieser Lage der Dinge hätten wir – bei aller Bescheidenheit – einen ‚konstruktiven' Vorschlag: Legt euch bei der Kalkar-Mobilisierung mal ein bißchen stärker in die Riemen.

In besseren Zeiten hat das SB schon glaubwürdigere Positionen zum Terrorismus bezogen. Offenbar ist die Anpassungs„fähigkeit" des SB an die herrschende Argumentation nur die Kehrseite der wild-entschlossenen Verzweiflungsaktionen der „RAF"; beides sind Produkte dieser Gesellschaft, politische Positionen, die ihren Ursprung im Marxismus hatten, die sich aber aufgrund eines erdrückend ungünstigen Kräfteverhältnis nicht gradlinig entfalten konnten: „Terrorismus" und „Humanismus", zwei Sackgassen linker Politik.

Neben dem SB selbst haben noch diverse – mehr oder minder namhafte – Intellektuelle aus dem Dunstkreis des SB Stellungnahmen mit ähnlicher Stoßrichtung abgefaßt, die auch breiten Eingang in die bürgerliche Presse fanden. Die „FR" vom 12.9. veröffentlichte eine gemeinsame Stellungnahme von „80 linksstehenden Wissenschaftlern, Künstlern und Theologen", u.a. den SB'lern Agnole, F. Eberhard, C. Offe, Eberhard Schmidt etc. sowie dem Juso-(Stamokap)-Theoretiker Detlev Albers. Hierin heißt es u.a.:

„Wenn heute Staatsbürger, insbesondere Justiz- und Polizeibeamte, rüchsichtslos niedergeknallt werden, dann sind solche Taten eine Gefahr für die demokratische Republik." „Indem die Täter die demokratische Republik in ihrer Substanz (!!) angreifen und glauben, mit solchen Verbrechen beweisen zu können, daß der im Grundgesetz proklamierte Rechtsstaat nur eine Illusion ist, sind sie zu einer außerordentlichen Gefahr geworden – auch und gerade für die Linke."

Der frühere Revolutionär Rudi Dutschke, seit längerer Zeit ebenfalls Mitwirkender im (oder am?) SB erklimmt die journalistisch-politische „Spitze". Die „FR" (14.9.) ließ ihn erklären, daß der individuelle Terror später in die individuelle despotische Herrschaft führe, und im Wortlaut: *„Wir wissen nur zu gut, was die Despotie des Kapitals ist, wir wollen sie nicht ersetzen durch Terrordespotie."* Woher „uns Rudi" seine Angst vor einer künftigen „Terror-Despotie" nimmt, bleibt schleierhaft. Man könnt ja beschei-

Terrordespotie." Woher „uns Rudi" seine Angst vor einer künftigen „Terror-Despotie" nimmt, bleibt schleierhaft. Man könnt ja beschei-

den einwenden, daß bisher der „individuelle Terror" noch nirgends die politische Herrschaft erklommen hat und dazu wohl auch künftig wenig Chancen haben wird. Baader for president? – Die Befürchtungen „Rudis" scheinen doch etwas weit hergeholt zu sein.

Die Stellungnahmen des SB und besonders die individuellen Stellungnahmen einzelner namhafter SB-Mitglieder sind keine einfache Distanzierung (Abgrenzung) von der „RAF", nicht einmal hauptsächlich ein (weitgehend emotional unter die Gürtellinie greifender) Angriff auf die „RAF", sondern im Kern ein Verteidigungs-Feldzug für die *„demokratische"* BRD, diesen *„im Grundgesetz proklamierten Rechtsstaat"*, der jetzt in seiner *„Substanz"* gegen den Angriff des Terrorismus von den Linken verteidigt werden müsse. Schodder!

„KPD/ML"

Wie bei allen Kampagnen der Bourgeoisie richtet sich ihr Hauptstoß – wer hätte es anders erwartet – natürlich gegen „die Partei". Der Beweis: *„Wieder ein Anschlag auf ein Parteibüro der KPD/ML. Diesmal in Stuttgart. Mit einem starken Werkzeug ist ein Loch in das Schaufenster des dazugehörigen Buchladens geschlagen worden. Es trägt wie alle Buchläden unserer Partei den Namen des Zentralorgans „Roter Morgen". Kein Zusammenhang mit der Schleyer-Hysterie? Oh doch!"*

Mit diesen Worten beginnt auf der ersten Seite des „RM" (16.9.) der Leitartikel zum Schleyer-Attentat.

Im übrigen verzichtet der „RM"-Leitartikel auf jede direkte Abgrenzung zur „RAF", spricht durchgängig von einer „Handvoll sogenannter Terroristen", die dem Staat nicht wirklich gefährlich werden können. Das von den Kapitalisten „aufgeblasene Drama" diene vielmehr einem Angriff auf die Werktätigen. Die *„aber fühlen sich (von der „RAF") weder bedroht (...), noch denken sie daran, voller Angst nach dem Polizeistaat zu rufen."* Die „KPD/ML" protestiert dagegen, daß *„Revolutionäre und Kommunisten (...) kurzerhand zur Sympathisantenszene, zum Umfeld der sogenannten Terroristen erklärt werden"*. Die „KPD/ML" verbreitet gute Laune: *„Mögen sie (die Kapitalisten) noch so sehr hetzen und die Terroristenhysterie hochpeitschen, den Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen gegen ihre Ausbeuterherrschaft können sie damit nicht aus der Welt schaffen."* Nun, das ganz sicher nicht. Vielmehr ist der „KPD/ML" dazu allerdings auch nicht eingefallen.

KAB„D"

In einer „Erklärung der Zentralen Leitung" des KAB„D" wird zuerst der *„weitere Ausbau des staatlichen Gewaltapparates um ca. eine Milliarde DM (verurteilt)"*, der *„unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung"* betrieben wird. Danach heißt es: *„Wir haben uns schon in der Vergangenheit entschieden gegen solche Attentate wie jetzt auf Schleyer gewendet, da sie der kommunistischen und Arbeiterbewegung großen Schaden zufügen."* Worin dieser „große Schaden" besteht, wird nicht ausgeführt. Weiter wird erklärt, daß sich der *„Ausbau des Gewaltapparates"* ebenso wie der *„Abbau demokratischer Rechte"* nicht gegen *„eine Handvoll Anarchisten"* richte, sondern gegen die Arbeiterklasse. – Es folgen schließlich einige Grundsatz-Aussagen, wie daß der Kapitalismus *„durch Gewalt geboren"* wurde und sich auch nur mit Gewalt an der Macht halte, daß der Staat gegebenenfalls sein Gewaltpotential gegen die Arbeiterklasse einsetzen wird etc. *„Daher ist die revolutionäre Gewalt*

Macht halte, daß der Staat gegebenenfalls sein Gewaltpotential gegen die Arbeiterklasse einsetzen wird etc. *„Daher ist die revolutionäre Gewalt*

– das heißt eine von den Massen ausgehende Gewalt – geschichtlich notwendig, um die Herrschaft einer kleinen Minderheit über die große Mehrheit zu brechen." „Der KABD distanziert sich vom Attentat auf Schleyer, weil es politisch sinnlos und von den Kämpfen der Arbeiterklasse losgelöst ist. Der Anarchismus hat seinen geistigen Nährboden nicht in der Arbeiterklasse, sondern ist der konzentrierte Ausdruck einer zutiefst kleinbürgerlichen Denkweise, die die Massen und insbesondere die Arbeiterklasse verachtet."

Einige Bemerkungen zur Kennzeichnung Schleyers als *„skrupelloser Vertreter des Monopolkapitals"* und *„entschiedener Feind der Arbeiterklasse"* beenden die KAB„D"-Erklärung.

DKP

Verglichen mit den SB-Stellungnahmen zum Kölner Attentat nehmen sich diejenigen der DKP direkt manierlich aus. Auf seiner Sitzung vom 6.9. *„verurteilte"* das DKP-Prädisium *„den Terroranschlag auf den Unternehmerpräsidenten Schleyer, dem vier Menschen zum Opfer fielen"* als *„verwerflichen Akt"*. Die Entführer werden nicht als „Mörder" (wie vom SB), sondern als *„Abenteurer"* bezeichnet, die *„mit der Arbeiterbewegung nicht das geringste zu tun haben"*. Ihre *„Terroranschläge"* seien *„Provokationen die den rechtesten und reaktionärsten Kräften im Lande dienen ..."*

Ein Novum für DKP-Erklärungen zu diesem Thema ist die Tatsache, daß zwei Drittel der Präsidiums-Erklärung sich in vergleichsweise scharfer Form gegen die geplante weitere Rechtsentwicklung, die *„gezielte Stimmungsmache"* etc. wenden (vergl. „UZ", 7.9. und „ND" 8.9.). Auch in den folgenden Tagen wird diese Linie der Berichterstattung durchgehalten. Im Vordergrund steht die DKP-Kritik an der entfachten „Anarchistenhysterie", sowie an den Versuchen von CDU und OSU, den sogenannten „Sympathisanten-Kreis" möglichst weit zu ziehen (die Regierungskoalition wird im Zusammenhang dieser Kampagne nicht kritisiert, das gehört zur DKP-Normalkost). Im übrigen ist die DKP-Berichterstattung offensichtlich um eine gewisse Sachlichkeit bemüht, d.h. sie verzichtet unüblicherweise auf demagogische Ausbeutung der entfachten Terroristen-Hysterie gegenüber ihrer linken „Konkurrenz".

Einen kräftigeren Schluck aus dem Jauchekübel dagegen genehmigen sich die ebenfalls von der DKP abhängigen und auf den revisionistischen Bündnisbereich ausgerichteten Zeitungen „die tat" und „Deutsche Volkszeitung" („DVZ"). Hier ist dann der gewohnte Sound zu hören: *„Klüngel anpolitisierter und ausgeflippter höherer Töchter und Söhne"* („tat", 9.9.); *„brutale Präzision"*, mit der *„drei Polizisten und ein Fahrer ermordet"* wurden („DVZ", 15.9.); es ist die Rede von *„Aktionen von Kriminellen"* („DVZ"), von *„Untaten"* und *„Mordtaten"*, von Zunahme der *„Scheußlichkeit"* (alles „tat", ebenda) etc. Die „DVZ" gefällt sich darin, den Staatsschutz-Organen *„auffällige Zurückhaltung (...) beim kriminellen Terrorismus"* vorzuwerfen und fordert intensivere Fahndungs-Anstrengungen.

Im selben Dreck suhlt sich im übrigen die Staatspresse der DDR, was die reaktionäre „FAZ" genüßlich zitiert (SED-Zeitung „Leipziger Volksblatt"). Dort wird nicht nur unterstellt, daß die „RAF" von den westdeutschen Staatsschutzbehörden absichtlich verschont und sogar gehätschelt wird, sondern die SED entblödet sich, mit wohlgemeinten Ratschlägen (und verlogenen Behauptungen) der westdeutschen Fahndung sogar noch konkret unter die Arme zu greifen: *„Da kann man zum Beispiel in der BRD eine Zeitschrift abonnieren, die unter dem*

dung sogar noch konkret unter die Arme zu greifen: *„Da kann man zum Beispiel in der BRD eine Zeitschrift abonnieren, die unter dem*

wenig einprägsamen Titel ‚Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten' erscheint. Das in Frankfurt/Main herausgegebene Blättchen, Auflage 3500 Exemplare, druckt von der Baader-Meinhof-Gruppe aus dem Zuchthaus Stammheim geschmuggelte Anweisungen für den Aufbau von Terrorgruppen ab, veröffentlicht Aufrufe dieser Gruppe und anderes mehr. Die staatseigene Post liefert das ins Haus. Es verstärkt sich der Eindruck, daß im Hintergrund jemand geschickte Regie führt, daß man morden läßt, um desto leichter die eigenen Ziele durchsetzen zu können." (zitiert nach „FAZ", 13.9.)

KBW

Dieser Verein ist sich selbst treu geblieben. Er brachte keine Silbe zu diesem Thema.

Lenin

„Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können ihn nicht ablehnen. Er ist einer Kampfhandlung , die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann.

Doch das Wesen der Sache besteht darin, daß gegenwärtig der Terror keineswegs als eine mit dem ganzen Kampfsystem eng verbundene und koordinierte Operation der kämpfenden Armee vorgeschlagen wird, sondern als selbständiges und von jeder Armee unabhängiges Mittel des Einzelangriffs.

Bei dem Fehlen einer zentralen Organisation und bei der Schwäche der örtlichen Organisationen kann ja der Terror auch nichts anderes sein. ... Wir sind weit entfernt von dem Gedanken, heldenmütigen Einzelaktionen jede Bedeutung abzusprechen, aber es ist unsere Pflicht, mit aller Energie davor zu warnen, sich am Terror zu berauschen, ihn als wichtigstes und hauptsächlichstes Kampfmittel zu betrachten." (Lenin, Womit beginnen?, Mai 1901. – **Der KB schließt sich vorbehaltlos und einmütig dieser Stellungnahme seines ersten Vorsitzenden an.**

„Die Lage war noch nie so ernst" Die bürgerliche Presse zum Kölner Anschlag

Die von der Bundesregierung verhängte Nachrichtensperre über den „Verhandlungsverlauf" mit den Entführern des BDI-Präsidenten Schleyer hatte neben dem beabsichtigten Zweck des Zeitschindens, der Zermürbung und überhaupt der Ausschaltung der Öffentlichkeit noch einen anderen wesentlichen Vorteil: Da die bürgerliche Presse nur wenig an echten Informationen zu kauen hatte, konnte sie sich mit umso mehr Fleiß ihrem eigentlichen Geschäft widmen – politisch-ideologische Ausrichtungsarbeit im Dienste des „Modell Deutschland". Sie hat dies weidlich genutzt und in Ermangelung anderer Möglichkeiten (die nämlich mehr zur Arbeitsausrüstung der Polizei und nicht der Presse gehören) reichlich Tinte gegen den Terrorismus und für den Rechtsstaat verschossen. Spalten- und seitenlang kommentierte und phantasierte die Presse sich und der Bevölkerung eine apokalyptische Stimmung herbei, in deren Sog dann vor allem munter auch die sogenannte „Sympathisantenszene der Terroristen" eingedroschen und Rache für die Zeit nach dem Ausgang des jetzigen Entführungsfalls geschworen wurde.

Am Beispiel zweier führender Zeitungen der westdeutschen Presse-Reaktion, „FAZ" und Springers „Welt", haben wir eine kleine Auswahl von knapp zweiwöchiger Bastelei am „Modell Deutschland" zusammengestellt.

„Die Stunde Null" – so empfand „Welt"-Kommentator W. Hertz-Eichrode die Schleyer-Entführung am 7.9.; *„Krieg im Frieden"* tat sich für Enno von Loewenstern in der „Welt" am 8.9. auf; das *„Gefühl, an einem schicksalsschwangeren Punkt angelangt zu sein"*, überkam in der „Welt" am 10.9. schließlich einen Kommentator namens Georg Schröder. Einmütig, sozusagen gleichgeschaltet, wurde festgestellt, daß man es mit einer *„neuen Qualität des Terrors"* („Welt", 7.9.) zu tun habe. Ernst-Otto Maetzke konnte dies in der „FAZ" am 10.9 nicht ohne einige Pein der richtigen Wortwahl zu Papier bringen: Die seinerzeitige Lorenz-Entführung *„war – das Wort will sich nur mühsam einstellen – vergleichsweise schonender"*, schrieb er. *„Das Verbrechen von Köln hat einen anderen Intensitätsgrad"*. Teilweise konnte man bei einigen Kommentaren gar den Eindruck gewinnen, daß bei den Ausmalungen der Gefährlichkeit des Terrorismus für den Bestand unseres Rechtsstaates sogar ein gewisses Maß an Respekt mitschwang: „ ... *die Feinde des Staates sind darum so gefährlich, weil sie so couragiert sind und jedenfalls im Augenblick des Angriffs ein persönliches Risiko nicht scheuen, mag es auch angesichts der Unerfahrenheit (?) von Sicherheitsbeamten manchmal geringer sein, als es anderswo wäre"* (Johannes Gross in der „FAZ", 12.9.).

Das mit der *„Unerfahrenheit der Sicherheitsbeamten"* hat Gross dabei wahrscheinlich mehr aus eigener Unerfahrenheit ü b e r die Sicherheitsbeamten gesagt – denn wenn wir daran denken, wie schon 1971 Petra Schelm und Georg von Rauch erschossen wurden und 1972 Thomas Weisbecker (um nur drei e i n d e u t i g politische Beispiele zu nennen, und nicht die ganze Liste von weit über 50 von Polizisten erschossenen Personen in den vergangenen sieben Jahren aufzuzählen), so wird man Gross in diesem Punkt kaum zustimmen können.

Aber wir wollen natürlich nicht vom Wesentlichen ablenken: Die Terroristen von heute sind nicht mehr die *„romantisch irregeleiteten Sprößlinge bürgerlicher Familien"*, sondern sie sind *„Profis der Stadtguerilla"*. Sie sind *„bürgerkriegsmäßig bewaffnet"* und haben eine *„überlegene Feuerkraft"* (obwohl, wie die AK-Redaktion aus allgemein zuverlässigen Quellen erfahren hat, Ausrüstung und Feuerkraft der Polizei, des Bundesgrenzschutz, des Mobilen Einsatzkommandos usw. doch immer noch einen kleinen Vorsprung halten können). Und vor allem haben die *„Mordkommandos"* eine *„gründlich vorbereitete Infrastruktur"*: *„Die Zahl der aktiven Terroristen und auch die Zahl der Helfer wächst"* (alles Hertz-Eichrode, „Welt", 7.9.).

Über diese gewachsene Stärke der Terroristen hat das Bundeskriminalamt ja auch erst kürzlich, schon vor der Schleyer-Entführung, neue Hochrechnungen publiziert: 1.200 aktive Terroristen und 6.000 Helfershelfer (siehe z.B. „Bild", 3.9., Interview mit Axel Wernitz, SPD, Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages). Vor diesem Zahlen-Hintergrund erklären sich auch die Berechnungen von Ernst-Otto Maetzke in der „FAZ" am 7.9., daß es bei der Schleyer-Entführung einen *„Einsatz ausgebildeter Mittäter in Zugstärke"*, eventuell sogar einen *„personellen Aufwand in Stärke einer halben Kompanie"* auf Seiten der Terroristen gegeben habe.

Die Sachlage ist also einigermaßen erhellt, kurz: *„Die Lage war noch nie so ernst"*, wie Kurt Sontheimer später noch (13.9.) in der „Welt" sagen sollte – und Konrad Adenauer bekanntlich vor ihm schon mal gesagt hat, um *„außergewöhnliche Maßnahmen"* zu begründen.

„Warten auf die Autorität des Staates" („Welt", 7.9.)

Doch gottlob gibt es Männer, die sich Rezepte einfallen lassen, um aus der *„Stunde Null"* herauszufinden; auf der Tagesordnung steht die *„Autorität des Staates"*.

„Der Bundesregierung und – mit ihr in einem Boot – den Landesregierungen wird der emotionale Prozeß in der Bevölkerung entgleiten, wenn es ihnen nicht gelingt, dem sich ausbreitenden Gefühl der Ohnmacht gegenüber den Mordkommandos entgegenzuwirken. Mit Worten geht das nicht mehr" (Hertz-Eichrode, „Welt", 7.9.).

„Was ... von den Verantwortlichen in Regierungen und Parlamenten vor allem zu erwarten ist, sind Gesetze, die die Bildung eines ‚deutschen FBI' ermöglichen" (Bruno Waltert, „Welt", 9.9.).

„Die Bürger sind verbittert über die jämmerliche Schwäche der Regierenden ... es ist kein Wunder, daß der Ruf immer lauter wird, jetzt endlich wenigstens mit der Sonderbehandlung Schluß zu machen und die Häftlinge wie Häftlinge zu behandeln ... Wir stehen heute vor der ernsten Frage, ob es gelingt, die verbreitete Empörung sozusagen konstruktiv zu kanalisieren – ob, beispielsweise, die Regierenden sich endlich trauen, den Terroristen ihre Privilegien (!) zu nehmen und den Sympathisantenblättern ohne Wenn und Aber entgegenzutreten" (Enno von Loewenstern, „Welt", 10.9.).

„Willy Brandt gab ... der Staatsverächtlichmachung den offiziellen Segen" (wegen seiner seinerzeitigen Regierungserklärung „Wir wollen mehr Demokratie wagen"!! – Anm. AK-Red.). *„Und während die Alt-Zersetzer* (gemeint ist u.a. Böll – Anm. AK-Red.) *sich ihre neuen Bekenntnisse abringen, geht auf den übrigen Feldern der Gesellschaft das Zersetzen fröhlich weiter. Eltern werden als Reaktionäre beschimpft, wenn sie ihren Kindern ordentliche (?) Schulen verschaffen wollen, Kinder werden als feige Anpasser beschimpft, wenn sie sich um ihren Unterricht statt um die Revolution kümmern, der Staat wird illiberal geschimpft, wenn er seine Feinde nicht mit Posten und Gehältern ausstattet, und die Leistung ist nach wie vor suspekt ... Es wird noch einige Zeit dauern, ehe die große allgemeine Staatsvermiese ihren Propagandisten vermiest wird. Aber die Bürger können einiges dazu tun, wenn sie es wollen"* (Loewenstern, „Welt", 13.9.).

„Die Bundesrepublik ist Rechtsstaat, solange sie besteht ... Bundesregierung und Bundestag sind ... vom Rechtsstaat-Gebot des Grundgesetzes gehalten, am Ordnungsrecht ohne Saumseligkeit das zu ändern, was nötig ist, damit ein erfolgreicher Kampf gegen die Mörderbande möglich wird ... Der Artikel 18 des Grundgesetzes gestattet dem Bundesverfassungsgericht sogar, Grundrechte einzelner Personen für verwirkt zu erklären." (Johann Georg Reißmüller „FAZ" 16.9.).

Letztere Überlegung, den Terroristen die Grundrechte zu nehmen, (früher nannte man das, jemanden für „vogelfrei" zu erklären), hatte zuvor bereits Golo Mann gemacht („Welt" und „Hamburger Abendblatt", 7.9.). Golo Mann, neben Peter Boenisch und Hans Habe zweifellos einer der begabtesten Köpfe an Springers Tafelrunde, hatte dies für alle *„Bürger"* empfohlen, *„die ihre Grundrechte mißbrauchen, um den freiheitlichen und demokratischen Staat umzustürzen"* – wobei er, um mal beim letzten Zahlenlotto des BKA zu bleiben, wahrscheinlich nicht nur die 1.200 aktiven Terroristen, sondern m i n d e s t e n s auch die weiteren 6.000 Helfershelfer im Visier gehabt hat.

Wenn wir hier auch den bürgerlichen Presse-Kommentatoren den Vortritt lassen, ihre Vorschläge zur Überwindung der „Stunde Null" zu unterbreiten, wollen wir einige weitere Vorschläge aus dem Lager der bürgerlichen Politker (die schließlich ja auch geschäftlich damit zu tun haben) nicht ganz unerwähnt lassen. Aufgeworfen wurde u.a. die Frage der Wiedereinführung der Todesstrafe. Der bayrische Innenminister Seidl will dies in einem speziellen „Zwei-Etappen–Modell" auf der nächsten Innenminister-Konferenz vorbringen („FR", 14.9.).

Da gibt es allerdings, trotz einiger Stimmungsmache dafür in der Springer-Presse mithilfe angeblicher „Meinungsumfragen" in der Bevölkerung etlichen Widerstand auch in der CDU/CSU selbst; dieser Vorschlag hat gegenwärtig auch kaum Chancen einer Verwirklichung. CDU-Rechtsaußen Dregger ist vor allem deswegen gegen eine Diskussion dieser Frage zum jetzigen Zeitpunkt, weil dies *„von den notwendigen und möglichen Gegenmaßnahmen gegen den Terrorismus ablenke"* („FR", 14.9.).

Stattdessen hat Dregger sich für die Aufstellung eines *„Sonderkommandos von Elitebeamten"* stark gemacht (das wievielte Sonderkommando das dann wäre, konnten wir auf die Schnelle leider nicht recherchieren), das *„nicht nur ausgezeichnet bewaffnet, sondern frei von jeder bürokratischen Einengung"* sein soll (ebd.) – man darf sich die Sache wahrscheinlich so nach der Art der brasilianischen „Todesschwadrone" vorstellen, die bekanntlich auch ausserhalb jeglicher *„Bürokratie"* operieren, d.h. „Terroristen umlegen". Ein anderer interessanter Vorschlag aus den Reihen der CDU/CSU (neben z.B. einer „Novellierung", d.h. Ausdehnung des Gesetzes zur Beschränkung des Postgeheimnisses) ist auch, *„ob nicht die Bundeswehr zur Terroristenbekämpfung mit herangezogen werden soll"*. Gedacht ist vor allem an eine *„Übernahme des Objektschutzes durch Einheiten der Feldjäger"*, d.h. natürlich auch einer Spezialeinheit, die für Staatstreue bürgt („Welt", 15.9.). CDU-Kohl erklärte generell, *„daß es bei weiteren Überlegungen im Hinblick auf Sicherheitsmaßnahmen keine Tabus (!) mehr geben dürfe"* (ebd.). Nicht nur in der CDU/CSU, sondern in den entsprechenden Arbeitskreisen des Bundestages, wird jetzt der bereits vor einigen Monaten vom hessischen Justizminister Günther (SPD) vorgebrachte Vorschlag einer Verschärfung des Demonstrationsrechts gesetzesreif gemacht (siehe Kasten). Doch noch einmal zurück zur bürgerlichen Presse selbst. Was dort in den vergangenen zwei Wochen als Sympathisanten-Szene und heimliche Helfer der Terroristen aufs Korn genommen wurde, reicht weit bis in die oberen Ränge der Sozialdemokraten hinein. Diese Entdeckung ist natürlich nicht ganz neu, zumal bekanntlich schon F.J. Strauß in seiner berüchtigten Sonthofener Rede das Geheimnis gelüftet hatte: *„SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gegnern"*. Dennoch sind hier weitere Fortschritte in der Detektivarbeit gemacht worden. Uwe Bahnsen stellte in der „Welt" vom 8.9. z.B. fest, daß „maßgebliche Politiker der SPD/FDP-Koalition" (wir wollen Namen wissen!) *„nichts Dringlicheres (!) zu tun"* gehabt hätten, *„als im Endergebnis die Sicherheitsorgane zu verunsichern."* Etwas zurückhaltender war da noch Loewenstern zwei Tage später in der „Welt": *„Mit Brandts limitierter (begrenzter – Anm. AK–Red) Moral im Genick und mit der Sympathisantenpresse an ihren Flanken haben unsere Regierenden versagt."*

Wesentlich genauere Hinweise auf Sympathisanten der Terroristen in den oberen SPD-Rängen hat jedoch Herzt-Eichrode in der „Welt" vom 7.9., gegeben: *„Solange Staat und Politiker die neue Qualität des Terrorismus nicht ernst nehmen, mag ein so prominenter Sozialdemokrat wie Egon Bahr fortfahren, mit unverhohlener Sympathie für angebliche Befreiungskämpfe anderswo Rechtfertigungen für einern ‚Befreiungskampf' bei uns zu liefern. Und so lange ein Mann wie von Oertzen die Stamokap–Theorie in der SPD für diskussions- und damit salonfähig hält, werden gleitende Übergänge geschaffen zur Entführung eines vermeintlichen Repräsentaten des ‚Staatsmonopolkapitalismus' wie Hanns-Martin Schleyer."*

Von Oertzen, Egon Bahr und Willy Brandt solllten gewarnt sein, daß bei ihnen nun wohl auch bald Hausdurchsuchungen wegen der Schleyer-Entführung anstehen ... Oder Schlimmer noch? Wie war das seinerzeit doch mit Rathenau und Erzberger in der Weimarer Republik ...?! Springer und seinesgleichen wird natürlich keine Schuld treffen. Sie verteidigen nur den „Rechtsstaat" ...



Hitlers Kinder

Westdeutsche Allgemeine Zeitung



„Entweder du läßt dich sofort fressen oder ich trete in Hungerstreik und du bist ein Mörder!"

Zeichnung: Haitzinger

Im Stil des „Stürmer" – Hetzkarrikaturen in der bürgerlichen Presse („WAZ" und „NWZ")

Militärische Lösung im Fall Schleyer?

Anders als bei der Entführung des Westberliner CDU-Politikers Lorenz 1975, der nach 5 Tagen gegen 4 politische Häftlinge ausgetauscht wurde, dauert die Schleyer-Entführung nun schon 14 Tage an (bei Redaktionsschluß am 18.9.). Ein Ende ist noch nicht absehbar. Bundesregierung und Bundeskriminalamt (BKA) verfolgen seit der Entführung Schleyers am Montag, den 5.9., die Taktik, durch immer neue Hinhaltemanöver Zeit zu schinden. Erklärungen mit Forderungen der Entführer wurden grundsätzlich erst mit einem Tag Verspätung der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Kein Ultimatum wurde eingehalten. Um Zeit zu gewinnen – derweil die Fahndung auf Hochtouren läuft – fordern Bundesregierung und BKA immer wieder „untrügliche Lebenszeichen", so auch am Mittwoch, den 7.9., als der Baden-Württembergische Innenminister Schieß gleichzeitig vor Journalisten über die Sitzung des großen Krisenstabes am Abend des 6.9. zu sagen wußte: „Wir sind zu 90% sicher, daß Schleyer wohlauf ist" (Frankfurter Rundschau, FR, 9.9.77).

Um die Hinhaltemanöver gänzlich hinter verschlossenen Türen durchziehen zu können, verhängte Bundeskanzler Schmidt ab Freitag, den 9.9., eine totale Nachrichtensperre und verhandelte ab diesem Zeitpunkt nur noch über den Genfer Anwalt Denis Payot mit den Entführern Schleyers. Perfekt funktionierte dabei die Gleichschaltung der westdeutschen Staatspresse. Erklärungen der Entführer, die z.B. bei der Redaktion der „WELT" am 13.9. eingegangen waren, wurden „auf Bitten des BKA" nicht mehr veröffentlicht. Durchbrochen wurde diese totale Nachrichtensperre nur von der französischen Nachrichtenagentur AFP und einmal von Payot selbst, was ihnen entsprechende „Rüffel" von Schmidt einbrachte. Fast gleichlautend sind auch die Stellungnahmen in der westdeutschen Presse zur Frage, ob Schleyer gegen die 11 Gefangenen aus der RAF ausgetauscht werden soll.

Forderten in den ersten Tagen nach der Entführung 90% der Stellungnahmen strikte Härte und Unnachgibigkeit, so schaltete ab ca. 12.9. die gesamte Presse auf die „weichere Welle" um, was allerdings keinerlei Informationswert hat, da über alle Entscheidungen von Seiten des Krisenstabes striktes Stillschweigen bewahrt wird. Tatsächlich spekulieren Bundesregierung und BKA durch die jetzt propagierte „weiche Welle" darauf, daß sie dadurch ihre Verzögerungstaktik besser durchziehen und die Entführer in größerer Sicherheit bzw. Gewißheit auf ein mögliches Gelingen wiegen können.

Die Verzögerungstaktik und Irreführung der Öffentlichkeit von Bundesregierung und BKA, die sich ab Dienstag, 6.9., zuerst im großen und dann im kleinen Krisenstab koordinierten, begann bereits am Montag, 5.9., unmittelbar nach der Entführung , als noch vier Stunden nach der Entführung (der VW-Bus der Entführer war bereits gefunden), diese von der Polizei dementiert wurde. Erst in den späten Abendstunden kam die offizielle Bestätigung. Schmidt hatte allerdings schon nach der Tagesschau um 20.15 Uhr die Bevölkerung aufgerufen, Hinweise auf *„den Hintergrund des heutigen Verbrechens und auf die Entführung von Hanns Martin Schleyer"* (FR, 7.9.) zu geben und dabei verkündigt: *„der Staat muß darauf mit aller notwendigen Härte antworten"* (ebenda).

Anders als bei der Lorenzentführung wurde sofort eine bundesweite und internationale Großfahndung eingeleitet (Hamburger Morgenpost, MoPo, 7.9.), die auch nicht eingestellt wurde, als ein entsprechendes Ultimatum der Entführer vorlag, das in dem Brief, der in dem VW-Bus hinterlegt war, bereits am Montag um 20.30 Uhr gefunden wurde (MoPo 6.9.).

Die Existenz des 2. Briefes mit den Forderungen der Entführer, der am späten Nachmittag des Dienstag der Bundesregierung zugestellt worden war (MoPo und „FR", 7.9.), wurde erstmals am Mittwoch um 11.04 Uhr offiziell bekanntgegeben (Hamburger Abendblatt, 8.9.); der Wortlaut wurde noch später veröffentlicht. In diesem Brief weisen die Entführer auf die Unterschlagung ihrer ersten Mitteilung durch die Sicherheitsstäbe hin und stellen neben der sofortigen Einstellung der Fahndung folgende Forderungen auf:

1. Freilassung von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Verena Becker, Werner Hoppe, Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Bernd Rösner, Ingrid Schubert, Ingrid Möller und Günter Sonnenberg. Die Gefangenen sollen in ein Land ihrer Wahl ausreisen – im Austausch dafür wird Schleyer freigelassen.
2. Bis Mittwoch, 7.9. 8 Uhr sollten die Gefangenen auf dem Frankfurter Flughafen eintreffen und bis 12 Uhr ausgeflogen werden. Um 10 Uhr soll einer der Gefangenen in einer Direktübertragung im Fernsehen sprechen.
3. Die Gefangenen sollen von Pfarrer Niemöller und Payot, Generalsekretär der Internationalen Föderation für Menschenrechte bei der UNO begleitet werden.
4. 100.000 DM Handgeld an jeden Gefangenen.
5. *„Die Erklärung, die durch Schleyers Foto und seinen Brief als authentisch identifizierbar ist, wird heute abend um 20 Uhr in der Tagesschau veröffentlicht, und zwar ungekürzt und unverfälscht."*
6. Die Bundesregierung soll erklären daß sie keine Auslieferung der freigelassenen Gefangenen betreiben wird. Der Brief ist mit *„Kommando Siegfried Hausner RAF 6.9. 77"* unterzeichnet (im Wortlaut veröffentlicht in der ‚Mopo' vom 9.9.).

Offenbar lag dieser Brief im Wortlaut der Presse erst am Donnerstag (also zwei Tage nach seinem Eintreffen!) vor, da in den Meldungen vom 8.9. noch widersprüchliche Angaben über die Namen der freizulassenden Gefangenen auftauchten: So veröffentlichte die „Mopo" eine Liste, auf der Haag, Mayer , Asdonk und Schmitz statt Rösner, Dellwo, Taufner und Schubert aufgeführr waren.

Als einzige Zeitung veröffentlichte die „Bild" vom 8.9. die tatsächliche Namensliste.

„Der Staat muß Härte zeigen"

Anders als bei der Lorenz-Entführung sind Bundesregierung und BKA auf keine der Forderungen eingegangen. Zwar wurde in einer Erklärung am 7.9. um 24 Uhr bekanntgegeben, das BKA werde Ziffer 1 des Briefes vom 7.9. (Fahndungsstop) und Ziffer 5 des Briefes vom 6.9. (s.o.) erfüllen, was allerdings nicht geschehen ist.

Stattdessen schlugen Regierung und Sicherheitsstäbe von Anfang an den „harten Kurs" ein, von der gesamten bürgerlichen Presse gebührend publizistisch unterstützt. Die „Welt" erschien am 7.9. mit den Überschriften *„Die staatliche Gegenwehr hat versagt: Das Heft ist fest in Terroristen-Hand"*, *„Gegenüber Erpressern ist Israel am konsequentesten"*. Die ‚Mopo' veröffentlichte eine Umfrage, wonach sieben von acht Befragten einen „harten Kurs" wünschten. In Interviews mit der „Welt" vom 8. bzw. 10.9. forderten der Ex-Bürgermeister von Hamburg und SPD-Politiker Weichmann sowie CDU-Politiker Blumenfeld die Regierung auf, auf keinen Fall der Erpressung nachzugeben! Blumenfeld vertrat die Position, daß die Politiker in einem Entführungsfall *„nicht von ihrer Regierung erwarten können, daß sie ausgetauscht werden, aber erwarten können, daß alles getan wird, um sie zu befreien"* („Welt", 10.9.).

Und die Frankfurter Allgemeine (FAZ) stellte befriedigt fest, daß es im Fall Schleyer keine *„Ausstrahlung von Botschaften der Entführer über Fernsehen oder Hörfunk, ein integraler Bestandteil terroristischer Verbrechen"* gab (10.9.).

„Von Kapitulationsstimmung ist im politischen Bereich noch nichts zu spüren ...". Und: *„Es gibt diesmal noch nicht das geringste Anzeichen, auch nicht einmal im Ansatz oder in einer Nuance, daß der tödlich herausgeforderte Staat am Ende auch diesmal nachgeben werde; vor zwei Jahren hatten im vergleichbaren Stadium des damaligen Entführungsverbrechens die technischen Vorbereitungen für die Erfüllung der Terroristenforderungen bereits ihren deutlich wahrzunehmenden Anfang genommen"*, (FAZ. 10.9.).

Gleichlautend mit diesen Presseveröffentlichungen, die man beliebig fortsetzen könnte, wußte die Welt vom 8.9. von der Tagung des großen Krisenstabes mit über 50 Politikern und Sicherheitsexperten zu berichten, daß *„die Befürworter des harten Kurses überwiegen"*. Und die eingeleiteten Maßnahmen wurden von der Welt treffend charakterisiert: *„Die Taktik der Politiker zielte offenbar darauf ab, Zeit zu gewinnen und dadurch die Chancen für einen Fahndungserfolg zu vergrößern"* (Welt, 8.9.).

Hinhaltemanöver

Gegenüber den Schleyer-Entführern, die in ihren Mitteilungen vom 6., 7. und 8.9. eindeutige und sehr kurzfristige Ultimaten gestellt hatten, reagierten Bundesregierung und BKA von Anfang an mit Hinhaltemanövern. So lagen bereits dem Brief v. 6.9. ein Foto und eine handschriftliche Notiz Schleyers bei, am 7.9. traf um 21.15 Uhr ein Videoband beim BKA ein, dessen Abspiegelung nach längerem Hin und Her verweigert wurde (das ZDF hatte die Sendung des Bandes angekündigt, was aufgrund „technischer Pannen" wieder abgesetzt wurde).

Dennoch verlangte das BKA am 7.9. ein „untrügliches Lebenszeichen" – was bis dahin schon mindestens zweimal vorlag. Parallell zu dieser Hinhaltetaktik zentralisierte Schmidt den „Krisenstab" auf einen „harten Kern" von sechs Leuten, nämlich Schmidt selbst, seine Berater Bölling und Schüler, Innenminister Maihofer, Justizmin. Vogel und BKA-Chef Herold. Zu allen wichtigen Entscheidungen wurden im Rahmen des „kleinen Krisenstabes" noch die Oppositionschef Kohl und Strauß herangezogen. Diese Konzentrierung verfügte Schmidt, nachdem Innenminister Schieß (Baden-Württemberg) aus der Sitzung des großen Krisenstabes vom 6.9. geplaudert hatte und dabei herauskam, daß bereits ein „untrügliches Lebenszeichen" bekannt war. Gleichzeitig versuchte der „Krisenstab" zu erreichen, von vor der Öffentlichkeit geführten Verhandlungen wegzukommen, indem er am Donnerstag, den 8.9., die Entführer vor „unzumutbaren Forderungen" warnte und behauptete, die bisherige Kommunikation über Rundfunk und TV habe sich als „unzweckmäßig" erwiesen („Welt", 8.9.) und die weiteren Verhandlungen über einen Vermittler laufen lassen wollte.

Aufgrund dieser Hinhaltetaktik schickten die Entführer weitere Nachrichten auch an die französische Nachrichtenagentur AFP in Bonn und an die Frankfurter Rundschau. AFP kabelte die Nachricht und das Bild Schleyers als „Gefangener der RAF" an andere Agenturen weiter, wodurch das Bild, das in Bonn seit Dienstag (!) bekannt war, erstmals in der westdeutschen Presse veröffentlicht werden konnte.

In einem Schreiben des „Kommando Siegfried Hausner" an die „FR", datiert vom 7,9, wird die Verzögerungspolitik als *„Versuch der Bundesregierung, die militärische Lösung durchzuziehen"* interpretiert , („FR", 10.9.) und in einem zweiten Brief vom 8.9. die Freilassung der Gefangenen bis Donnerstag (8.9.) 20 Uhr gefordert und die Benennung einer Kontaktperson als überflüssig bezeichnet.

Dieses Schreiben wurde als letzte Erklärung vor dem Abflug angekündigt. Beiden Briefen lagen handschriftliche Mitteilungen Schleyers bei. Mit der Behauptung, die Briefe wären erst n a c h Verstreichen des Ultimatums eingetroffen, wurde auf die Forderungen nicht eingegangen. Stattdessen teilte das BKA am Nachmittag des Freitag, 9.9., mit, es werde ab sofort über den Genfer Anwalt Payot mit den Entführern verhandeln. Womit Bundesregierung und BKA ihr Ziel, die völlige Ausschaltung der öffentlichen Information, erreicht hatten.

Totale Nachrichtensperre

Ab diesem Zeitpunkt drangen nur noch wenige Nachrichten nach außen. Die Nachrichtensprerre funktionierte bei der westdeutschen Presse so reibungslos, daß Artikel, die z.B. in „Le Monde" aufgrund von Kommuniques von Payot erschienen, in der BRD nicht veröffentlicht wurden. Bereits am 8.9. hatte Helmuth Becker, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion gefragt, ob die *„Sensationsmeldungen"* zu Schleyer nicht *„Beihilfe zum Terror"* seien. Man solle demnächst darüber diskutieren, ob *„man sich in Anbetracht der Lage nicht darauf verständigen (kann), einen Beitrag zur Bekämpfung des Terrorismus durch einige Tage völliger Schweigsamkeit zu leisten?"* (Politischer Parlamentarischer Pressedienst (ppp) der SPD/FDP-Regierung, 8.9.).

Freilich hielt sich Payot – sehr zum Mißfallen von Schmidt & Co. – nicht strikt an das auch ihm auferlegte Schweigen. So gab er den Wortlaut einer Mitteilung des BKA vom 11.9. (Sonntag) an die Presse weiter, in der von den Entführern ein neues Lebenszeichen, die Benennung des Flugziels und die genauen Umstände der Freilassung Schleyers gefordert wird („FR", 13.9.). Payot veröffentlichte den BKA-Brief, weil Bonn auf die Forderungen der Entführer vom Vortag (u.a. Sendung eines Fotos der in Stammheim inhaftierten RAF-Gefangenen) nicht eingegangen war (ebenda).

Diese Publizierung löste Hektik in Bonn aus. Bölling versuchte die Massenmedien zu verpflichten, den Text nicht zu veröffentlichen, was nicht mehr möglich war, da er bereits von mehreren ausländischen Agenturen weitergekabelt war („FR", 13.9.).

Wenngleich auch der Maulkorb gegenüber dem Ausland und Payot (*„Ich bin nicht Ihr Bediensteter, Herr Schmidt"* – „FAZ", 17.9.) nicht vollständig funktionierte, so hielt sich die westdeutsche Staatspresse untertänigst an das verordnete Schweigen. So traf in der „Welt"-Redaktion am 13.9. ein Brief mit den bekannten Forderungen und einem Ultimatum bis Mitternacht 13.9., ein, der *„auf Bitten des BKA"* nicht veröffentlicht wurde („Welt", 14.9.)!

Das Einzige, was die Öffentlichkeit erfuhr, waren Mitteilungen des BKA über den Hörfunk, daß wieder mal eine Nachricht bei Payot hinterlegt wurde.

Aufgrund von Zeitungsmeldungen, daß „dem Vernehmen nach" die freizulassenden RAF-Gefangenen in die VR Jemen oder nach Nordkorea wollen („FR", 15.9.) und angesichts der Reisen von Wischnewski nach Algerien und Libyen können wir nur spekulieren, daß derzeit der „Krisenstab" mit den entsprechenden Hinhaltemätzchen um das Aufnahmeland feilscht.

Als eine der wenigen offiziellen Meldungen wurde am Mittwoch, 14.9., mitgeteilt, daß seit einer Woche keine Lebenszeichen Schleyers mehr vorliege („FAZ", 15.9.), was glatt gelogen war. Selbst der aufmerksame Leser westdeutscher Zeitungen konnte am 16. („Welt") und am 17. („FR") die Meldung finden, daß bereits am Mittwoch ein weiteres Videoband baim BKA eingetroffen war. Nichtsdestotrotz wurde prompt wieder ein neues „untrügliches Lebenszeichen" gefordert.....

„Weiche Welle" – kein Zeichen für einen bevorstehenden Austausch

Sind seit Freitag, 9.9., auch kaum mehr brauchbare Informationen aus dem „Krisenstab" durchgesickert, so hat die bundesrepublikanische Presse schlagartig ab 12.9. (Montag) auf die „weiche Welle" umgeschaltet. Wer nicht hinter die Kulissen dieses abgekarteten Spiels blickt, könnte es sogar als sensationell empfinden, daß ausgerechnet das Hetzblatt „Bild" den Anfang machte, als es in der Schlagzeile Waltraud Schleyer „Rettet das Leben meines Mannes!" zitierte. Die anderen Zeitungen zogen mit und druckten Stellungnahmen von Politikern, Persönlichkeiten und auch aus dem „gemeinen Volk" ab, die sich bis auf's i-Tüpfelchen glichen. Gleichsam offiziös ließ die „FAZ" Wehner verkünden, die Bundesregierung müsse *„das Äußerste aufbieten zur Rettung des Lebens von Hanns-Martin Schleyer"* (15.9.).

Glaubhafter war hingegen die Meldung des „Stern" vom 15.9., wonach die Bundesregierung bereits unmittelbar nach der Entführung beschlossen hatte, nicht auszutauschen, was (natürlich) dementiert wurde („FR", 17.9.).

Tatsächlich besagen die Stellungnahmen im Rahmen der staatlicherseits verordneten „weichen Welle" überhaupt nichts. Sie dienen einzig und allein dazu, den Entführern weiter die angebliche Verhandlungsbereitschaft zu demonstrieren und Zeit für die Fahndungsmanöver zu gewinnen. Demgegenüber funktioniert die Nachrichtensperre so perfekt, daß es faktisch keine Informationen mehr über die tatsächlichen Vorgänge gibt. Und es wäre nicht der westdeutsche Polizeistaat, wenn nicht hinter den Kulissen eine militärische Lösung vorbereitet wird.

Die Polizei in Aktion

Sofort nach der Entführung Schleyers wurde auch die Polizeimaschinerie in Gang gesetzt. Angefangen bei der Absperrung der Grenzen, der systematischen Kontrolle aller westdeutschen Ein- und Ausreisenden bis hin zu Durchsuchungen von Wohnungen in der „linken Szene". Naturgemäß konzentrierten sich die Polizeiaktionen zuerst auf die unmittelbare Umgebung des Tatorts. Im Raum Nordrheinwestfalen wurden regelmäßig Züge durchsucht, Straßenkontrollen durchgeführt usw. Sehr bald erstreckten sich die Polizeiaktionen aber auch auf einzelne Wohnungen, Buchläden usw. im weiteren Umkreis. Bisher ging es bei all diesen Aktionen noch relativ „zivil" zu, d.h. sie verliefen ohne größere Schäden in den Wohnungen, ohne größere Verhaftungswellen usw. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die bisherigen Aktionen nur einen leisen Vorgeschmack auf das geben, was die Linke insgesamt noch erwartet. Schon jetzt ist zu erkennen, daß es sich in den meisten Fällen um an den Haaren herbeigezogene Begründungen handelt. Gerade deshalb zeigen aber die ersten Vorfälle, mit was in den nächsten Wochen noch zu rechnen ist, wenn erst für den Staatsapparat das Hemmnis der „Sicherung" des Lebens von Schleyer entfällt. „Gefahr im Verzug" – unter diesem Motto wird mit einer der größten Polizeiaktionen zu rechnen sein, die gleichzeitig einem Rachefeldzug gegen die Linke gleichkommen wird.

Hildesheim: Insgesamt wurden fünf Wohnungen durchsucht, in allen Fällen ohne Durchsuchungsbefehl. Vordergründiger Anlaß ist die Arbeit einer Knastgruppe im Kommunikationszentrum „Wildes Huhn". In den meisten Fällen wurde nur oberflächlich gefilzt. In einer Wohnung, in der Parolen zum Hungerstreik hingen, wurden Bücher, Zeitungen usw. beschlagnahmt. Insgesamt wurden vier Leute „erkennungsdienstlich" behandelt.

* * *

Oldenburg: Nachdem am Oldenburg-Kolleg ein „Schleyer-Flugblatt" erschienen war, das in Steckbriefform den Lebenslauf des Entführten enthielt, durchsuchte die Polizei das Kolleg und eine Wohnung. Beschlagnahmt wurden insgesamt 10 Flugblätter. Die Verfasser hatten die Leser aufgefordert, „bei Gelegenheit" den etwaigen Verbleib Schleyers bei der Polizei zu melden. Darin sieht die Staatsanwaltschaft „eine öffentliche Billigung der Schleyer-Entführung". Die Verfasser wurden nicht ermittelt.

* * *

Hamburg: Am Abend des 17.9. erschienen sechs Beamte der Kriminalpolizei im Medienladen. Obwohl sie keinen Durchsuchungsbefehl vorlegen konnten, ebenso keine „Gefahr im Verzug" beanspruchen konnten, verlangten sie die Durchsuchung der Räume. Sie interessierten sich besonders für die Listen über die Ausleihung von Videogeräten. Beschlagnahmt wurden mehrere Ordner mit Kundenadressen, Quittungen, Rechnungen usw. Vorwand für diese Aktion dürfte der Videofilm vom Sommerfest des Bundeskanzlers (angeblich im Croissant-Büro gefunden) und der Videofilm nach Schleyers Entführung sein.

* * *

Schleswig-Holstein: Am frühen Morgen des 6. September wurden sieben Wohnungen und ein linker Buchladen durchsucht: vier Wohnungen in Kiel, der Buchladen „Hundert Blumen", eine Wohngemeinschaft in Ekenis, eine in Nottfeld sowie eine in Flensburg. In fast allen Fällen legte die Polizei keine Durchsuchungsbefehle vor, in mehreren Fällen verweigerte sie sogar die Hinzuziehung eines Anwalts. In einer Presseerklärung Betroffener in Kiel wird der Überfall wie folgt geschildert: „Raustreten! Das Haus ist umstellt. Sie haben eine Minute Zeit!' sind einige von uns in einem Fall durch Megaphon aufgefordert worden, während das Haus bereits von ca. 20 bis 30 zivilen und uniformierten Polizisten, teilweise bewaffnet mit MPs und Pistolen, umstellt war. Zwei Zivile mit Pistolen und ein Uniformierter mit MP stürmten ins Haus. Anwesend waren drei Erwachsene und drei Kinder, die nach der ersten Aufforderung ‚Hände hoch! An die Wand!' sich im Vorraum des Hauses versammeln mußten ..."

* * *

Darmstadt: „Drei Schüsse ... hat während der Nacht zum Dienstag ein Polizeibeamter ... auf einen flüchtigen Personenwagen ... abgefeuert" („Darmstädter Echo", 7.9.). Auch dies geschah im Zuge der erzeugten Hysterie nach der Schleyer-Entführung, denn „nach dem Mordanschlag in Köln wurde das Polizeipräsidium Darmstadt in Alarmbereitschaft versetzt" (ebenda). Wie in so vielen Fällen waren auch in diesem Fall völlig Unschuldige Opfer der Verfolgung: Ein 17jähriger Jugendlicher wollte sich einer Polizeikontrolle entziehen, weil er keinen Führerschein besaß. Die sechs Insassen des Wagens wurden festgenommen, verhört und am nächsten Morgen wieder freigelassen.

* * *

Bad Soden: „Wie eine Wohngemeinschaft ins Fadenkreuz der Terroristen-Fahndung gerät": Unter dieser Überschrift berichtet die „FR" über die Durchsuchung einer Wohnung in Bad Soden. „Ein ‚Anruf aus Bonn' hat den Einsatz bewirkt. Da ‚Gefahr im Verzug' scheint, braucht man keinen Durchsuchungsbefehl". Das Haus wird umstellt, etwa fünfzig Polizisten sind an der Aktion beteiligt. „Die Bewohner ... bilden nach Recherchen der örtlichen Polizei eine ‚Gemeinschaft Internationaler Marxisten'. Zu ihren auffälligen Gerätschaften muß ein VW-Transporter gezählt werden (einer mit Gardinen hinter den Scheiben)", und das ist der Schluß für die Polizei zum Entführungsfall nicht mehr weit. Zwar bringt die Durchsuchung keine neuen Erkenntnisse, keiner wird festgenommen, nichts beschlagnahmt, „aber der Mechanismus setzt sich in Gang", wie selbst die „FR" schreibt.

Der »häßliche Deutsche«

— Die Lüge von der »antideutschen Kampagne« —

Die Bundesrepublik ist nicht nur von inneren Feinden bedroht! Jetzt hat sich auch noch die ausländische Presse – ausgerechnet die Presse „unserer" eigenen, westlichen Bündnispartner! – gegen „uns Deutsche" und gegen „unsere Freiheit" verschworen! In den westeuropäischen Medien ist das „Feindbild vom 'häßlichen Deutschen' aus der Mottenkiste geholt" worden („Hamburger Morgenpost", 24.8.); es tobt eine „planmäßige Hetzkampagne ... gegen Deutschland" („Bild", 2.9.), eine infame „antideutsche Kampagne" („BamS", 4.9.); über die BRD werden „Kübel von politischem Schmutz ausgeleert" („FAZ", 9.9.), die eine „publizistische Unterstützung der deutschen Terroristen" darstellen („FAZ", 13.9.); es herrscht ein regelrechtes „Wüten gegen die Bundesrepublik" („Welt", 13.9.) – und allen voran hetzt, kübelt und wütet das „einstige (!) Weltblatt" „Le Monde" („FR", 9.9.), dessen Einstellung „antigermanistisch" („Spiegel", 12.9.), ja sogar „generell (!) antideutsch" („FR", 9.9.) ist. Deutschland erwache!

Welche *»Verdächtigungen«* (»FAZ«, 13.9.) und *»falschen Tatsachen«* (»FR«, 13.9.) streut die ausländische Presse aus, welche *»primitive Manipulation der Wirklichkeit«* (»FAZ«, 8.9.) betreibt sie, daß ihre westdeutschen Partner sie so ruppig auf die Anklagebank zerren — und daß der »FAZ«-Mitherausgeber Fritz Ullrich Fack sich wegen der großangelegten *»Verächtlichmachung«* der Bundesrepublik sogar peinigend fragen muß: *»Gehen in Europa die Lichter der Freiheit langsam aus?«* (9.9.) Tragen wir kurz eine bescheidene Auswahl ihres Sündenregisters zusammen:

— Die französische »Le Monde« beispielsweise bezeichnete es als *»schockierend, daß die gleichen westdeutschen Zeitungen, die am erbittertsten gegen die »Terroristen« und die »Baader-Meinhof-Bande« zu Felde ziehen, heute vom »sogenannten Kriegsverbrecher« Kappler sprechen«.*

— Der schwedische »Expressen« schrieb über die BRD, *»daß Polizei, Richter und andere Behörden schlafen oder die Augen zudrücken, sobald sie Neo-Nazis oder andere Rechtsextremisten entdecken.«*

oder die Augen zudrücken, sobald sie Neo-Nazis oder andere Rechtsextremisten entdecken.«

— Der ebenfalls schwedische »Dagens Nyheter« stellte eine *»systematische Jagd auf Andersdenkende«* in der Bundesrepublik fest und kommentierte die Polizeiaufrüstung mit dem sarkastischen Vorschlag, daß jetzt eigentlich *»die Maschinenpistole das Stadtwappen von Bonn«* werden müsse.

— Die französische Monatszeitung »Le Monde diplomatique« erdreistete sich sogar zu der Feststellung: *»Bestimmte Methoden, bestimmte Fragen nach politischer Gesinnung oder dem Privatleben bei Verhören, die gelegentliche Verwertung anonymer Denunziation — all das trägt zweifellos faschistoide Züge.«*

— Die italienische Zeitung »Il Messaggero« hat schließlich die RAF-Gefangenen als *»Opfer barbarischer Unterdrückungsmethoden«* und *»das repressive System«* der BRD als *»eine Gefahr für die europäische Demokratie«* bezeichnet.

— Gefahren für's Ausland sah auch der Journalist Anton Constandse im niederländischen Rundfunk VPRO: *»Jeder, der in der Bundesrepublik opponiert, wird des Anarchismus verdächtigt. Auf diese Weise wird der Grund gelegt für einen deutschen Polizeistaat. In der Tat sind alle Organe und Instrumente, die man dafür braucht, in der Bundesrepublik vorhanden. So kann man von einer ,präventiven Konterrevolution' sprechen. Das ist die größte Gefahr, die Europa bedroht.«* (Alle Zitate sind bis hier nach »Spiegel«, 22.8. Die hier zitierten Blätter sind allesamt stinkbürgerliche Zeitungen, z.T. die vorherrschenden Organe dieser Länder, also keineswegs kleine linke Käseblättchen.)

— In hellste Empörung gerieten die westdeutschen Medien aber, als die französische »Le Monde« am 2.9. einen Artikel des Schriftstellers Jean Genet abdruckte, in dem dieser die *»Gewalt der RAF«* aus der *»Brutalität des Systems«* in der BRD her erklärte — und wenige Tage später das französische Fernsehen ein Interview mit dem nach Frankreich geflüchteten Anwalt Klaus Croissant brachte.

Das alles ist »antideutsch«! Und die »Bild am Sonntag« (4.9.) hat zweifellos recht mit ihrer Entdeckung, daß derartige »antideutsche Kampagnen« mittlerweile schon *»in schöner Regelmäßigkeit«* die Berichterstattung ausländischer Zeitungen beleben. Vor gut einem Jahr war die Bildung von Komitees in mehreren westeuropäischen Ländern, die sich mit den Berufsverboten in der BRD beschäftigen, der Anlaß für die Behauptung einer »antideutschen Kampagne«. Aber auch bereits davor hat insbesondere die Tatsache, daß etliche ausländische Zeitungen die Haftbedingungen und die wachsende Schießfreudigkeit der Polizei in unserem Land kritisierten, die westdeutsche Reaktion arg bekümmert. Daß die bürgerliche Presse hierzulande jedesmal, wenn Kritik aus dem Ausland laut wird, wie ein getretener Köter aufheult und diese politische Kritik (an der politischen Entwicklung der BRD) auf die schäbigste Weise als gegen die Bevölkerung (»antideutsch«) und gegen das Land gerichtet verfälscht — das ist überhaupt einer der schlagendsten Beweise für die Richtigkeit dieser Kritik. Nicht eine einzige Zeitung unserer so hochgelobten »freiheitlichen« Presse wagt es, in eine geistige Auseinandersetzung mit der Kritik ihrer ausländischen Kollegen einzutreten — es gibt kaum eine bürgerliche Presse in Westeuropa, die sich auf derart drastische Art und Weise ihr eigenes Armutszeugnis ausstellen würde. Eine solche Erscheinung gab es nicht einmal in Spanien zu Lebzeiten des Diktators Franco. Es gibt kaum eine andere bürgerliche Presse in Westeuropa, die in so eindeutiger Weise eine Staatspresse, eine Regimepresse wäre; die so vollkommen den Ehrenkodex des bürgerlich-demokratischen Journalismus (Objektivität! Pluralität!) gegen den Staatspodex der Kapitals-und Regimeinteressen eingetauscht hätte. Gleichschaltung nannten dies die Nazis. Und die Nazis haben diese Gleichschaltung mit offenster Brutalität erzwungen, sie haben Zeitungen mit auch nur ansatzweiser kritischer Stimme geschlossen und ihre Redakteure eingekerkert, wenn sie sich nicht durch den SA-Terror einschüchtern und zu willfährigen Sprachrohren des Regimes »umerziehen« ließen. Heutzutage haben die Herrschenden das in dieser offenen Form nicht nötig; heute gibt es im Lager der bürgerlichen Presse kein oppositionelles Organ mehr. Die westdeutsche Presse hat längst *»verschluckt den Stock, womit man sie einst geprügelt«* (H. Heine) — und ist selbst freiwillig zum Prügelstab gegen jegliche Kritik an der politischen Entwicklung der BRD geworden.

Das französische Fernsehen, das ein Interview mit dem aus der BRD geflüchteten Klaus Croissant gesendet hat, steht unter staatlicher Kontrolle; und der französische Staat wird nach wie vor von einem bürgerlich-reaktionären Regime verwaltet. Aber die westdeutsche Presse, die sich über dieses Interview maßlos aufregte, mußte sich von einem Sprecher des französischen Innenministeriums (kein Sozialist!) belehren lassen: *»Presse und Fernsehen in Frankreich stehe es frei, jeden beliebigen Menschen zu befragen, solange sich dieser in Freiheit befinde und keiner kriminellen Taten schuldig sei«* (»Welt«, 9.9.). Für die westdeutsche Staatspresse (die dies nicht formal, aber dem Charakter nach ist) ist dies ein ungeheuerlicher Vorgang — und mit ungehinderter Arroganz kräht sie, daß nicht etwa die BRD-Presse, sondern daß *»man sich in Frankreich und Italien vor der geistigen Auseinandersetzung drückt«* (»Welt«, 13.9.). Wie ungeheuer hoch dagegen das in der westdeutschen Presse gepflegte Niveau der »geistigen Auseinandersetzung« ist, wollen wir diese am besten selbst beschreiben lassen: *»Uns reizt allmählich«*, so schreibt Bernhard Heimrich in der »FAZ« vom 3.9., *»wie regelmäßig und ausführlich wir genötigt werden, uns mit kämpferischen Schlagworten vertraut zu machen, wie Berufsverbot, Radikalenerlaß, Isolationsfolter — Schlagworten von der gemeinen Art, die sich umso fester in das Bewußtsein einnisten, je unzutreffender sie genau besehen sind. Uns fällt allmählich auf die Nerven, wie gewissenhaft wir über den Ablauf des Hungerstreiks im Bild gehalten werden, ob wir wollen oder nicht«*. Es sind dies zweifellos ähnlich »unzutreffende« Schlagworte, wie weiland »Konzentrationslager«, »Blitzkrieg«, »Gleichschaltung« oder »Endlösung«.

Diese westdeutsche Bourgeois-Journalisten, die sich das Siegel der staatserhaltenden Gehirnamputation als Befähigungsurkunde für ihren Job selbst an die Brust geheftet haben, sind wirklich bedauernswerte Geschöpfe. Die geistige Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit in unserem Land *»reizt«* sie, fällt ihnen *»allmählich auf die Nerven«*! Sie wollen gar nicht *»gewissenhaft«* über die Vorgänge in unserem Land *»im Bild gehalten werden«* — und noch viel weniger andere, die Leser, die Bevölkerung darüber im Bild halten. Aufforderung zur Gewissenhaftigkeit, das ist für die Soldschreiber des westdeutschen Staates heute *»Nötigung«*.

Und wenn die Lüge einer »antideutschen Kampagne« gleichlautend von der gesamten westdeutschen Presse aufgetischt wird und die Kritik damit als »beantwortet« gilt, wenn französischen Journalisten wegen der vorgebrachten politischen Kritik des *»Neochauvinismus«* (»FAZ«, 12.9.) bezichtigt werden — dann markiert dies nicht nur die Jämmerlichkeit der westdeutschen Staatspresse, auf eine »geistige Auseinandersetzung« nicht eingehen zu können (und zu wollen); sondern beantwortet wird damit auch die Frage, wo tatsächlich chauvinistisch »argumentiert« und gehetzt wird. Der Artikel in »Le Monde« vom 2.9., der eine politische Auseinandersetzung mit der Frage der Gewalt und dem Verhältnis von *»Gewalt der Revolutionäre«* und *»Brutalität des Systems«* war (und man kann den darin vertretenen Ansichten zustimmen oder nicht), ist von der SPD-nahen »Süddeutschen Zeitung« (7.9.) kurzerhand als *»Elaborat einer krankhaften Phantasie«* beschimpft worden. Nicht anders hat Springers »Welt« (3.9.) den Autor dieses Artikels, den Schriftsteller Jean Genet, einen *»tragisch verbogenen Charakter«* attestiert — und ihren ganzen Kommentar unter die für deutsche Staatsgesinnung so bezeichnende Überschrift *»Perversion«* gestellt. Politische Gegner als *»krank«*, *»charakterlich verbogen«* usw. zu bezeichnen, ist dabei freilich keine Erfindung der bundesdeutschen Presse aus neuester Zeit — diese Art der »geistigen Auseinandersetzung« hat sie als eines ihrer sorgsamst gehätschelten Kleinode aus der Erbmasse des Nazi-Regimes übernommen: das ist »Stürmers« Gefolgschaft.

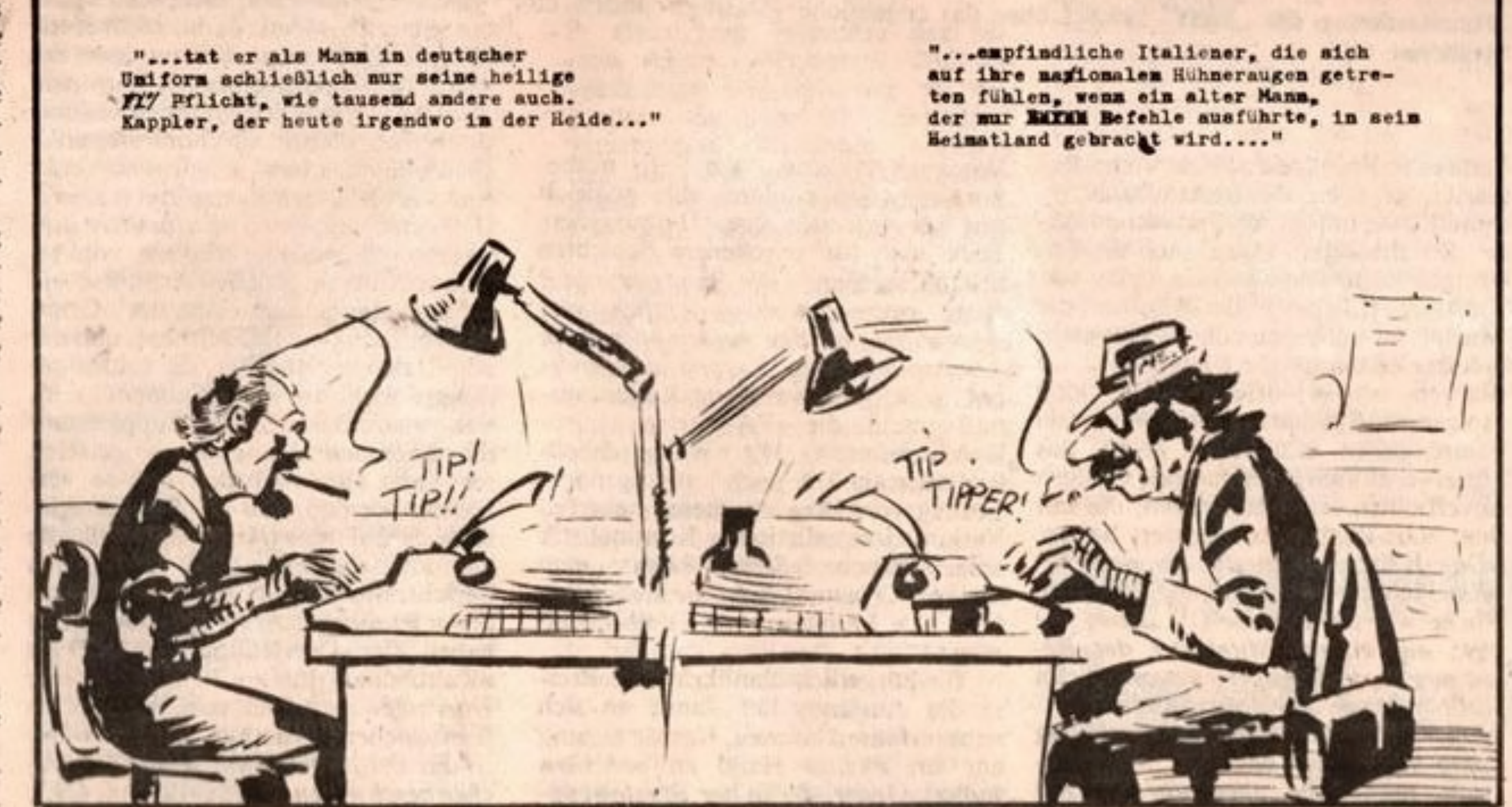
Der deutsche (und jetzt westdeutsche) Chauvinismus hat sich gegenüber dem anderer bürgerlicher Staaten schon zeitlebens dadurch ausgezeichnet, daß er seine Gegner in besonders abscheulicher, niederträchtiger und brutaler Weise diffamierte und behandelte (wobei es prinzipiell gleich war, zu welcher Nation diese Gegner gehörten und gehören — mit dem gleichen Ton, mit dem Genet wegen seiner politischen Auffassungen einer *»krankhaften Phantasie«* bezichtigt wird, wurden dereinst die Russen, Juden und Kommunisten von den Nazi-Ideologen als *»Untermenschen«* bezeichnet, und wurden Demonstranten von CSU-Politikern wie StrauSS und Franzel als *»Tiere«* und *»Ungeziefer«* beschimpft). Und anders als in anderen bürgerlichen Staaten ist der deutsche Nationalismus seit Bestehen der bürgerlichen Herrschaft auch nie mehr etwas anderes gewesen, als das Vehikel eines imperialistischen Großmachtstrebens, als das Vehikel ehrgeiziger Eroberungskriege und barbarischer Unterjochung des eigenen wie fremder Völker. Insofern ist auch heute jeder nationalistische und chauvinistische Ton in der westdeutschen Presse unvermeidlich Bestandteil der arroganten Propaganda und der arroganten Erpressungsmanöver, mit denen der westdeutsche Imperialismus sein polizeistaatliches »Modell Deutschland« als »Modell für Europa« einrichten will, an dem es nirgendwo, im Ausland ebensowenig wie in der BRD selbst, Kritik geben darf. Wer nicht spurt nach (west-)deutschem Regimentsstab, der wird schonungslos kriminalisiert und verächtlich gemacht. Daß auch Zeitungen wie die angeblich so »unabhängige« »Frankfurter Rundschau« (»FR«) ihren entsprechenden Part in diesem Staatsorchester einnehmen, läßt sich zahlreich belegen. Die Vorhaltungen beispielsweise des »FR«-Schreibers Lutz Krusche, »Le Monde« sei *»nahezu hysterisch«* gegen die Bundesrepublik geworden (9.9.) und habe *»romanisch-hitzige Leitartikel«* gebracht (13.9.) sind im Prinzip nicht weniger chauvinistisch als die bereits zitierten Passagen der »Welt«, der »FAZ« oder der »SZ«.

Die »FR« hat mit einem Artikel von Rolf Breitenstein am 3.9. überhaupt einen der schweinischsten Kommentare gegen die im Ausland veröffentlichten Kritiken geliefert. Zum einen hat er (wie es ähnlich auch Klaus Besser in der »Bild am Sonntag« vom 4.9. tat) den ausländischen Kritikern unterstellt, daß sie u.a. aus *»Neid«* (auf die starke Bundesrepublik!) ihre Kritik vorbringen würden (Hierzu hat der »FAZ«-Kommentator Hermann Rudolph am 13.9. übrigens mit ziemlichem Scharfsinn festgestellt, daß die ausländischen Kritiken gar nicht so sehr auf den *»neudeutschen Wirtschaftsimperialismus«* zielen — dagegen hat die westeuropäische bürgerliche Presse nämlich gar nicht so viel! — sondern auf die politische Situation

gen hat die westeuropäische bürgerliche Presse nämlich gar nicht so viel! — sondern auf die politische Situation

der BRD, auf eine neue faschistische Gefahr). Zum andern, und das ist das wesentliche, hat er die Kritik am Verhalten der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Kappler-Flucht kurzerhand mit der schnoddrigen Bemerkung abgetan, *»die Italiener«* sollten gefälligst nicht so *»empfindlich«* sein, wenn man ihnen mal *»auf die nationalen Hühneraugen«* trete! Einen Mordbefehl für 335 Menschen gegeben zu haben, scheint für diesen Herrn Breitenstein von der »FR« offenbar nur eine Art »Kavaliersdelikt« zu sein, wo man jedenfalls nicht so *»empfindlich«* sein sollte, wenn derjenige, der diesen Mordbefehl gab, mit westdeutscher Amtshilfe aus der Haft fliehen konnte und nun den wohlwollenden Schutz des Nazi-Nachfolgestaats vor einer Zurücklieferung genießt! Natürlich: SS-Kappler ist ja auch kein Croissant, der zwar keinen Mord begangen und keinen Mordbefehl gegeben hat, der aber — was kann es schlimmeres geben — sich in der Verteidigung politischer Gefangener exponiert hat und selbst ein Gegner des westdeutschen Polizeistaats ist! Und SS-Kappler ist natürlich ebensowenig ein »Terrorist«; er hat weder einen Kapitalistenboß entführt, noch hat er einen Bankier, der jahrzehntelang vom Reichtum fremder Hände Arbeit gelebt hat, oder einen Generalbundesanwalt, der von der Einkerkerung politischer Gegner gelebt hat, erschossen ... sondern nur 335 einfache Menschen ... Italiener noch dazu. Und vor allem: der Mann trug schließlich eine »deutsche Uniform«...! Aber es bleibt dabei: die ausländischen Kritiken, die sich mit der Verharmlosung und Begünstigung der Alt- und Neonazis in der BRD befassen, sind *»primitive Manipulation«*, *»planmäßige Hetze«*, *»Kübel von politischem Schmutz«* und, ja, vor allem ANTI-DEUTSCH!

Der Zynismus und die Arroganz, hinter denen sich eine ungeheure Menschenverachtung verbirgt, ist gerade daran besonders deutlich geworden, wie die angeblich so um Humanität bekümmerte und gegen jegliches Verbrechen eingestellte westdeutsche Presse die anti-nazistische Kritik aus dem Ausland behandelt hat. Haupttenor



Der »häßliche Deutsche«

Fortsetzung von Seite 3

der »Antworten« auf diese Kritik war, dies sei eine *»Bewältigung der eigenen Vergangenheit auf Kosten des Nachbarn«* (»Welt«, 13.9.); es handle sich um *»abgegriffene Geschichts-Klischees ... nur um von den eigenen Sünden abzulenken«* (»Hamburger Morgenpost«, 24.8.); usw. Dabei ist es die westdeutsche Presse, die zu Lügen und anderen Unverschämtheiten greift. So z.B. H.-Herbert Holzamer in der »Welt« vom 13.9.: *»Mussolini und seine Gefolgsleute sind keineswegs durch antifaschistischen Widerstand der Italiener gestürzt worden, sondern durch die Alliierten«*. Und die Franzosen sollten bitte schön nicht vergessen: *»Es hat eine Vichy-Regierung gegeben und eine Kollaboration mit den deutschen Besatzern«*.

Was Holzamers »Feststellung« z.B. über Italien betrifft, so ist das zunächst mal eine typisch-durchsichtige Geschichtsfälschung, die vor allem das aktuelle politische Interesse des BRD-Staates zur Kenntnis bringt. Tatsache ist erstens, daß die italienische Arbeiterklasse und die anderen dem antifaschistischen Widerstand zugehörigen Kräfte bereits 1943 das Mussolini-Regime gestürzt hatten und Mussolini selbst gefangen gesetzt wurde. Daß es überhaupt zur Wiederinstallierung des Mussolini-Regimes (und das auch nur in einem Teil des Landes) kam, hat das italienische Volk dem deutschen Faschismus zu »verdanken«. Mussolini wurde von einem Nazi-Kommando unter Führung des SS-Oberst Skorzeny (der noch bis vor kurzem ein genüßliches Leben in Spanien führen und leider auch friedlich beenden konnte) aus seiner Gefangenschaft auf dem Gran Sasso befreit. Genau genommen muß man für die folgenden zwei Jahre sogar sagen, daß das »zweite« Mussolini-Regime der sogenannten »Saló-Republik« in Norditalien keine eigenständige staatliche Kraft mehr war, sondern ausführendes Organ des deutschen Faschismus und seiner Truppen, mit denen er weite Teile Italiens besetzt hatte, um den Widerstandskampf des italienischen Volkes aufzuhalten.

Der endgültige Sturz des italienischen und deutschen Faschismus in Italien ist dennoch in erster Linie ein Sieg der italienischen Widerstandskräfte selbst gewesen, den sie mit Massenaktionen und im bewaffneten Partisanenkampf errungen haben. Die Alliierten sind erst in Italien einmarschiert, als große Teile

haben. Die Alliierten sind erst in Italien einmarschiert, als große Teile

des Landes bereits befreit waren und unter der Kontrolle der Widerstandsorganisationen standen.

Die Alliierten haben sogar zu einem gewissen Teil dazu beigetragen, daß die Zerschlagung des Faschismus in Italien verzögert wurde. Zu einem Zeitpunkt, als die deutschen Nazi-Truppen sich mit einer militärischen Gegenoffensive und gesteigertem Terror gegen die Bevölkerung »Luft zu verschaffen« versuchten, verweigerten die Westalliierten bereits vereinbarte Waffenlieferungen an den italienischen Widerstand und zogen einen Teil ihrer eigenen Streitkräfte sogar aus Italien wieder ab. Dies war keineswegs durch eine prekäre Lage an anderen Frontabschnitten bedingt, sondern dahinter stand unverkennbar das Kalkül, daß insbesondere der US-Imperialismus eine Schwächung des italienischen Widerstands herbeiführen wollte, um der »Gefahr« einer alleinigen Befreiung Italiens durch die Widerstandskräfte zu entgehen, weil ihm das die anschließende Kontrolle über die Restaurierung der bürgerlichen Herrschaft in Italien erschwert hätte.

Über diese Tatsachen gibt es mannigfach Literatur; die imperialistische »Geschichtsschreibung«, in deren Talentschuppen Holzamer aber keineswegs eines der größten Lichter darstellt, hat allerdings ein offensichtliches Interesse, die Rolle des italienischen Widerstands bei der Befreiung vom Faschismus zu verfälschen oder gar ganz zu verschweigen. Nicht anders behandelt die imperialistische »Geschichtsschreibung« im übrigen den Befreiungskampf auch der anderen europäischen Völker, die vom deutschen Faschismus brutal überfallen wurden, etwa des holländischen, belgischen, dänischen, französischen, polnischen, jugoslawischen Volkes etc. pp.

Die »Feststellungen« von Holzamer, sowohl zu Italien als auch zu Frankreich, sind aber auch über die »einfache« Geschichtsfälschung hinaus von einer beispiellosen Unverschämtheit. In der Tat: es gab (und gibt) nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien und Frankreich Faschisten. Das ist weder eine neue Entdeckung, noch in Vergessenheit geratene Tatsache, an die der »Welt-Historiker« Holzamer verdienstvollerweise neu erinnert hätte. Unverschämt ist vielmehr, daß er, der in diesem Artikel seine wohlwollende Haltung gegenüber den Alt- und Neonazis zum Ausdruck bringt, diese Feststellungen als Vorwurf ausgerechnet an die Adresse derjenigen ausländischen Journalisten richtet, die warnend ihre Stimme gegen die Alt- und Neonazis erhoben haben. Unverschämt ist obendrein, daß Holzamer »als Deutscher« geflissentlich verschweigt, daß es der deutsche Faschismus war, der 1940 Frankreich überfiel und sich am französischen Volk wie an anderen Völkern unzähliger Verbrechen schuldig gemacht hat, und daß es auch der deutsche Faschismus war, der das Vichy-Regime als verlängerten Arm der deutschen Besatzungsmacht installierte. Ohne den deutschen Faschismus hätte es in Frankreich keine Vichy-Regierung gegeben; die französische Arbeiterklasse hat »ihre« Faschisten Mitte der dreißiger Jahre, als sie (im übrigen natürlich ebenfalls unter tatkräftiger Hilfe des Hitler-Regimes) die Macht zu übernehmen versuchten, erfolgreich daran gehindert. Im übrigen ist es offensichtlich, daß Holzamers Sympathie nicht etwa den französischen Kämpfern gegen das Hitler- und Vichy-Regime gilt, sondern unverhohlen eben denjenigen, die mit dem Nazi-Regime kollaboriert haben. *»Das Wüten gegen die Bundesrepublik«*, schreibt er, *»liegt auf derselben Ebene wie die Exzesse* (!!) *derer, die 1945 auf einmal Mitglieder der Résistance waren* (*oder gewesen sein wollten*) *gegen ihre französischen Mitbürger...«*! Man habe *»sich dreißig Jahre lang selbst belogen«* in Frankreich, man habe *»geglaubt ..., mit Kahlscherungen und Massenhinrichtungen das Problem* (des Faschismus — AK) *erledigt zu haben«*. Die *»französischen Mitbürger«*, um die Holzamer wegen angeblicher *»Exzesse«* durch die Résistance heute noch trauert, waren eben jene Nazi-Kollaborateure, die anschließend wegen dieser Kollaboration zur Rechenschaft gezogen und verurteilt wurden! Holzamer bedauert das nur einen Satz später, nachdem er gerade versucht hat, die Kritik an den deutschen Alt- und Neonazis durch einen »Hinweis« auf französische Kollaborateure abzubiegen! Bürgerlicher Lumpenjournalismus »deutscher Qualität«! Im Nachkriegsdeutschland hat es das, was dieser Springer-Journalist »Exzesse« nennt, nämlich eine halbwegs solide Entnazifizierung, bedauerlicherweise nicht gegeben. Im Gegenteil! Auch die bürgerliche Presse sähe dann wohl anders aus - nämlich anti»deutscher«, französischer, demokratischer!

Die Beispiele, mit welch schäbigen Lügen und »Argumenten« die westdeutsche Presse eine »antideutsche Kampagne« erdichtet hat und ihr preußisch-geharnischt »entgegentritt«, ließen sich um etliches vermehren. Eine Frage jedoch, kann natürlich nicht unbeantwortet bleiben: Die Frage, wer diese »antideutsche Kampagne« angestiftet hat, von welch bösartigem Teufel sich die ausländische Presse reiten läßt....

Die sozialdemokratische »Hamburger Morgenpost« entdeckte am 24.8. eine *»fest organisierte Meinungs-Mafia«* (!!), die die Fäden dieser »antideutschen Kampagne« zieht. Kurz und griffig enthüllte aber erst der »Historiker« und Springer-Propagandist Golo Mann in einem Interview mit Springers »Bild« am 2.9. die Drahtzieher: *»Kommunisten und ihre Sympathisanten«* — und das schmissen anschließend dann auch gleich die »Hamburger Morgenpost« und das »Hamburger Abendblatt« als brandheiße Entdeckung auf den »Meinungs-Markt«. Die »Bild« selbst hatte kurz zuvor, am 30.8., noch auf andere Urheber getippt, womit sie der Sache allerdings schon beträchtlich nah gekommen war: sie hatte das Entstehen dieser Kampagne bis in heimatliche Gefilde zurückverfolgt und war auf Heinrich Böll, *»manche* (wieso eigentlich nur manche? — AK) *Jusos«*, *»einflußreiche Anwälte«* und *»ein paar modische Zeitungen und Zeitschriften in Deutschland«* gestoßen, die sich via Ausland als Nestbeschmutzer betätigten. Die »FAZ« hatte das Ergebnis der golomannschen und springerschen Detektivarbeit allerdings erst mit einer Woche Verspätung, am 9.9., mitbekommen, ließ es dann aber sogleich mit der Autorität ihres Herausgebers Fack auch für gehobenere Schichten bekanntmachen: *»Die Bundesrepublik sucht international verächtlich verzu machen, wer den weißen oder roten Kommunismus in Europa promovieren will«* (mit »weißem Kommunismus« meint die »FAZ« den »Eurokommunismus«). Die »Welt« schließlich hatte am 3.9. noch mit folgendem Lösungsvorschlag an dieser neuesten Variante journalistischer Kriminalistik teilgenommen: *»Schier könnte man meinen, Croissant habe die Redaktion* (von »Le Monde« — AK) *übernommen«*.

Die bürgerlich-demokratische Presse des Auslands hat damit an sich selbst erfahren können, was sie bislang nur aus zweiter Hand zu berichten wußte: *»Jeder, der in der Bundesrepublik opponiert, wird des Anarchismus verdächtigt«* (niederländischer Rundfunk VPRO, lt. »Spiegel« vom 22.8.) — mit einer kleinen Korrektur freilich: nicht nur in der Bundesrepublik, sondern jeder, egal wo, der gegen die politische Entwicklung der Bundesrepublik opponiert, wird heute des Anarchismus oder Kommunismus verdächtigt.

Tatsächlich sind die witzigen Unterstellungen der westdeutschen Presse, wahlweise die Kommunisten und ihre Sympathisanten, oder den Anwalt Croissant, oder Heinrich Böll, oder die Jusos oder auch alle zusammen als »Drahtzieher« der »antideutschen Kampagne« im Ausland zu beschuldigen, natürlich alles andere als bourgeoiser Humor. Diese Beschuldigungen dienen der direkten Diffamierung jeglicher ausländischen (wie inländischen) Opposition gegen die Polizeistaatsentwicklung der BRD und sind als solche schlichte Erpressungsmanöver. Wie der BRD-Imperialismus derartige Erpressungen in der Praxis verübt, hat er nachhaltig mit seinen Interventionen im »Fall Pohle« demonstriert, die demokratischen Kräfte Griechenlands, ja sogar Teile des griechischen Staatsapparats wurden seinerzeit gleichermaßen als »unter dem Einfluß der Kommunisten stehend« und »unreif für die Demokratie« verleumdet, um eine Auslieferung Rolf Pohles gegen das griechische Gesetz zu erzwingen. Offen drohte die BRD und ihre Staatspresse mit Ablehnung bzw. Verzögerung gegenüber dem griechischen Begehren zum EG-Beitritt, ebenso wie mit anderen wirtschaftlichen Sanktionen. Daß der westdeutsche Staat dabei in arrogantester Manier seine wirtschaftliche und politische Großmachtposition in Westeuropa ausnutzt, versteht sich von selbst und wurde z. B. auch von Italien in anderen Anlässen erfahren (Erpressungsdrohungen bei möglicher Regierungsbeteiligung der PCI usw.). Der »Fall Pohle« könnte sich dabei durchaus als Muster für die weitere Entwicklung im »Fall Croissant« erweisen, wo die westdeutsche Presse bereits mehrfach gegen die französischen Behörden gepöbelt hat, sie würden nur *»vorgeben«*, nach Croissant zu fahnden, die frz. Polizei hätte ihn *»mühelos jederzeit ... festnehmen können«*, sie lasse aber *»die Sache schmoren«* usw. (so z.B. Lutz Krusche in der »Frankfurter Rundschau«, 9.9.). Daß Croissant nach geltendem französischen Recht (und gottlob gilt in Frankreich noch französisches und nicht deutsches »Recht«!) ein »freier Mann« ist, solange ihm keine kriminellen (!) Delikte nachgewiesen (!) sind, stört die westdeutsche Regimepresse natürlich nicht. Heute beherrscht sie Deutschland, und morgen (?) die ganze Welt.

„Darf ich mich mal angucken, Maestro?"

ZEICHNUNG: HAITZINGER / NEBELSPALTER

Hetzkarikatur der „Welt" (16.9.) über das angebliche „Deutschenbild" der Italiener.

Die Bundesregierung wirke *»gegenüber dieser Hetzkampagne hilflos«*, wetterte der »Historiker« Golo Mann in der »Bild« (2.9.), sie müsse *»im Ausland eine Gegenoffensive starten«*. Und letzteres war keineswegs nur seine Meinung. In mehreren Zeitungen wurde eine »verstärkte Öffentlichkeitsarbeit« der Bundesregierung im Ausland gefordert, um »das Bild vom 'häßlichen Deutschen'« zu »korrigieren«. Rolf Breitenstein beklagte in der »Frankfurter Rundschau« (3.9.), daß die Steigerung der Finanzmittel für diese »Öffentlichkeitsarbeit« gegenüber anderen Ausgaben viel zu gering sei. *»Der aktuelle und aktive Kontakt mit den Trägern der öffentlichen Meinung«*, schrieb er, *»erfolgt im Ausland durch die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland, speziell durch die Pressereferenten und in viel stärkerem Maße durch die rund 300 ausländischen Journalisten, die aus der Bundesrepublik* [*und das heißt aus Bonn*] *für ihre Heimatländer berichten. An beiden Kontaktstellen gibt es Probleme ... Wenn unsere politische Öffentlichkeitsarbeit im Ausland gelingen soll, brauchen wir mehr Konzeption und mehr Kontinuität, bessere Finanzen und besseres Fingerspitzengefühl.«* Und dann recht fortschrittlich anmutend: *»Wir müssen uns -eben im Wechselgespräch mit dem Ausland - prinzipiell die Entscheidung*

-eben im Wechselgespräch mit dem Ausland - prinzipiell die Entscheidung

erarbeiten, ob wir als Bundesrepublik Deutschland einen Kraftwerk- oder einen Kulturstaat darstellen wollen«. Der Vorschlag, einen *»Kulturstaat darstellen«* zu wollen, erhoben von jemandem, der im gleichen Artikel *»Neid bei den anderen«* als einen der »Gründe« der Kritik ausgemacht hat, und der »die Italiener« angiftet, sie sollten gefälligst nicht so *»empfindlich«* sein, wenn man ihnen in Sachen Kappler *»auf die nationalen Hühneraugen«* getreten sei, kann aber natürlich nur so verstanden werden, daß die Bundesregierung darauf hinwirken solle, daß alle dem »Ansehen« der BRD schadenden Berichterstattungen in der ausländischen Presse zukünftig zu unterbleiben haben. Der »Darstellung« der BRD als »Kulturstaat« dürfte z.B. das *»groteske Übermaß«* abträglich sein, mit dem im französischen Fernsehen *»immer wider ... das Dritte Reich mit seinen Verbrechen beschworen«* wird (»Bams«, 4.9.). Daß die Bundesregierung nun eine *»umfassende Meinungsumfrage«* im Ausland und eine Analyse des *»Auslandsecho auf die Entführung von Herbert Kappler«* in Auftrag gegeben hat, um daran zu entscheiden, *»ob in der Auslandsarbeit des Auswärtigen Amtes und des Bundespresseamtes die thematischen* [*!*] *und finanziellen Prioritäten neu bestimmt werden müssen«* (»Welt«, 27.8.), dürfte bereits ein wichtiger Schritt in solcher Richtung sein.

Aber natürlich ist die westdeutsche Reaktion nicht bereit, erst längerfristig auf »wohlwollendere« Berichterstattungen im Ausland zu warten. Das ganze Gegeifer in der BRD-Presse über die angebliche »antideutsche Kampagne« zielt darauf, die ausländischen Kritiken möglichst kurzfristig zum Schweigen zu bringen - und hat dies z.T. auch schon erreicht. Am 13.9. konnte die »Frankfurter Rundschau« schon vermelden: *»Allmählich rückt Frankreichs Presse die Dinge zurecht«*. Einen wesentlichen Beitrag zur »Einkehr« bei den französischen Kritikern hat dabei Alfred Grosser mit Artikeln in mehreren Zeitungen (»Le Quotidien de Paris«, »Le Monde«) und Kommentaren im französischen Fernsehen geleistet. Grosser ist Träger des »Friedenspreises des deutschen Buchhandels« - er war »Deutschland« diesen »Freundschaftsdienst« schuldig ... und kann dabei, in Frankreich wie in der BRD, auch in liberalen Kreisen den Vorteil genießen, daß er mit zeitweisen »Mahnungen« zur »Erhaltung der Demokratie« nicht den Verdacht, ein Konservativer zu sein, auf sich lädt.

Aber die teilweise (vorübergehend?) schon spürbare Zurückdrängung der ausländischen Kritik ist natürlich nicht der zweifelhafte Verdienst eines einzigen »deutschen Freundes«. Da sind mehrere »Drähte gezogen« worden, auf unterschiedlichen Ebenen, und mit unterschiedlichem Charakter.

Der Brief des SPD-Vorsitzenden Brandt an Bundeskanzler Schmidt, in dem er vor dem verstärkten Treiben neonazistischer Kräfte »warnte«, war ein Teil davon. *»Vor allem die internationale Presse griff das Thema begierig auf«*, schrieb die »Süddeutsche Zeitung« (27.8.) dazu. Das ist allerdings sehr »durch die Blume« ausgedrückt. Denn tatsächlich war dieser Brandt-Brief (ein sogenannter »offener Brief«, der merkwürdigerweise erst einen Monat nach seiner angeblichen Erstellung »öffentlich bekannt« wurde - vermutlich hat Brandt ihn um eben diesen Monat einfach vordatiert) in erster Linie für das Ausland bestimmt: Die nach der Kappler-Flucht gewachsene Beunruhigung im Ausland sollte durch den Eindruck gedämpft werden, daß auch die SPD-Führung sich hierzulande ernsthafte Sorgen über den Neonazismus mache.

Diese »weiche« Linie war und ist aber absolut nicht vorherrschend, um die ausländische Kritik zum Verstummen zu bringen. Die Pressekampagne hierzulande beweist, daß die vorrangigen Instrumente Lügen, Verunglimpfung, Einschüchterung, Kriminalisierung und Erpressung sind.

Zum Fronteinsatz gegangen sind bei diesen Verunglimpfungs- und Erpressungsmanövern auch so »linke« Vorzeige-»Sozialisten« wie der Ex-Juso-Chef und jetzige SPD-Parlamentarier Karsten Voigt. In einem Brief an »Le Monde« beschwerte er sich über das angeblich falsche Bild, daß *»einige linke* (eben keineswegs nur linke! - Anm. AK) *Zeitungen in Frankreich häufig ihren Lesern von der Bundesrepublik vermitteln«*. Vor allem mit der Kritik an der regierungstragenden SPD klinge, so Voigt, *»unterschwellig die stalinistische Sozialfaschismusthese«* (?!) an, wie sie in der BRD selbst auch *»von einigen maoistischen Splitterparteien«* vertreten werde. Und schließlich die von Schmidt (bisland vor allem gegenüber Italien praktizierte) abgeschriebene Erpressungsmethode: wenn diese Kritik beibehalten wird und die »Linksunion« demnächst vielleicht die Regierung übernehmen sollte, schließe das *»die notwendige Zusammenarbeit der dann in beiden Ländern von linken Parteien* (für die BRD meint Voigt damit die SPD

in beiden Ländern von linken Parteien (für die BRD meint Voigt damit die SPD

-Anm. AK) *gestellten Regierunschefs und der sie tragenden Parteien aus«* (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« 10.9. und »Frankfurter Rundschau« 14.9.).

Daß inzwischen der französische Außenminister Guiringaud und Staatspräsident Giscard d'Estaing der Bundesregierung ihre »Solidarität« bekundet und *»aufgebauschte«* Berichte in französischen Zeitungen als *»äußerst bedauerlich«* bezeichnet haben (»Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.9.), dürfte auch nicht ganz ohne Intervention der Bundesregierung abgelaufen sein, Regierungssprecher Bölling hatte schon zuvor deutlich genug erklärt, daß die Bundesregierung über das Croissant-Interview im französischen Fernsehen *»sehr irritiert«* sei (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 10.9.). - auf nicht-öffentlicher Ebene ist das zweifellos weniger diplomatisch ausgedrückt worden. Auch andere westeuropäische Regierungen, z. B. Englands Premierminister Callaghan, haben öffentlich eine Lanze für die bundesdeutsche De-mo-kra-tie! gebrochen. Aber die englische Presse, wie z.B. auch die österreichische und schweizerische, ist eh nicht mit Kritiken an der BRD besonders »vorlaut« geworden.

»Die französische Zivilisation [*!!!*] *und die französisch-deutsche Freundschaft sind an einigen Stellen des Landes verzweifelt dünn«* — hetzte Springers »Welt« am 3.9.

»Nachdem nunmehr auch 'Le Monde' die Dinge wieder zurechtgerückt hat, darf - was die Presse anbetrifft - an der deutsch-französischen Freundschaft und Aussöhnung weitergearbeitet werden« — schrieb die »Frankfurter Rundschau am 13.9.

Aussöhnung und Freundschaft auf dem Boden des »Modell Deutschland«? Die linke und die bürgerlich-demokratische Öffentlichkeit in Westeuropa würde sich selbst und den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik, die Opfer zunehmender Polizeistaats-Willkür werden, einen denkbar schlechten Dienst erweisen, wenn sie sich das aufzwingen ließe!

***

Russell-Tribunal

SB: Mittler oder Spalter?

Die Vorbereitungen für das Russell-Tribunal über die Repression in der BRD haben innerhalb der Linken zu erheblichen Kontroversen über die Bündnispolitik gegenüber liberalen und sozialdemokratischen Kräften geführt. Besondere Bedeutung bekommen diese Widersprüche durch den Umstand, daß sich die verschiedenen Positionen erstmals nicht auf allgemein theoretischer Ebene, sondern in der Praxis gegenüberstehen. Unsere Vorstellungen in dieser Hinsicht haben wir in dem Artikel "Russell-Tribunal und kommunistische Bündnispolitik" in AK 110 umfassend dargelegt. Hier wollen wir auf die speziellen Vorstellungen des SB eingehen, insbesondere auf die immer konkreter werdende Gefahr einer Spaltung der Unterstützerbewegung durch die Politik des SB.

Anfangs s c h i e n es so, als würde das SB von einer gemeinsamen und g l e i c h b e r e c h t i g t e n Zusammenarbeit zwischen kommunistischen, sozialistischen, liberalen und sozialdemokratischen Kräften zur Vorbereitung und Unterstützung des Russell-Tribunals ausgehen. Für jeden Kenner der westdeutschen Verhältnisse mußte allerdings klar sein, daß einer solchen Zusammenarbeit die Unvereinbarkeits- und Abgrenzungsbeschlüsse von SPD und DKP im Wege stehen würden. Um zu einer Zusammenarbeit mit Teilen dieser Parteien zu kommen, hätten diese Hinder-

schen Verhältnisse mußte allerdings klar sein, daß einer solchen Zusammenarbeit die Unvereinbarkeits- und Abgrenzungsbeschlüsse von SPD und DKP im Wege stehen würden. Um zu einer Zusammenarbeit mit Teilen dieser Parteien zu kommen, hätten diese Hinder-

nisse aus dem Weg geräumt werden müssen. Voraussetzung dafür wäre ein relativ einheitliches Vorgehen der Linken außerhalb von SPD/DKP gewesen, um auf der Grundlage einer starken gemeinsamen Position Einfluß auf linke Sozialdemokraten und Teile der DKP zu gewinnen und Druck auf deren Parteiführungen auszuüben, von der Praktizierung ihrer Unvereinbarkeitspolitik (zumindest in diesem Fall) Abstand zu nehmen oder Gefahr zu laufen, sich in einer für die demokratische Bewegung bedeutenden Initiative offen ins Abseits zu stellen.

Die maßgeblichen Kräfte im SB haben ein solches Vorgehen jedoch von Anfang an abgelehnt und es vorgezogen, durch raffinierte Schachzüge, taktische Zugeständnisse etc. (z.B. Ausklammerung strittiger Fragen wie der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Verschweigen der Mitarbeit von Kommunisten usw.) Sozialdemokraten und DKP'lern den Weg zu einer Mitarbeit zu ebnen. Unabhängig von den konkreten Erfolgsaussichten dieser Taktik wurde dadurch jedoch eines der möglichen Ziele der Initiative von vornherein aufgegeben: die Verankerung der Politik der Aktionseinheit gegen die staatliche Repression.

Ein solcher, vom SB für raffiniert gehaltener Vorschlag war es, als nationales Unterstützungskomitee für das Tribunal ein reines Personenkomitee einzurichten, um die "Vorbehalte der Organisationen gegeneinander" rauszuhalten. Ein solches Personenkomitee ist natürlich im Grunde genommen ein mehr oder weniger kindisches Theater, da die darin vertretenen Individuen, sofern sie organisiert sind, natürlich nicht nach Lust und Laune, sondern nach Absprache mit ihren Organisationen, also de facto doch als D e l e g i e r t e handeln. Das beste Beispiel lieferte dafür schließlich niemand anders als das SB selbst, als es seine Mitglieder in der Initiative für ein nationales Unterstützungskomitee (INUK) zurückpfiff, nachdem diese einem gemeinsamen Aufruf des INUK zugestimmt hatten, der im SB im nachhinein als zu "linkslastig" empfunden wurde. Dieser Aufruf, der als Kompromiß zwischen allen beteiligten Unterstützern erarbeitet worden war, und seine nachträgliche Mißbilligung durch das SB war auch der Grund dafür, daß das SB seinen "Personen" (hm!) im INUK "empfahl", an diesem Gremium nicht mehr teilzunehmen, was zur Auflösung jeder Initiative auf nationaler Ebene führte.

Als Vorwand für diese Spaltung mußte herhalten, daß der *"Anspruch an das Russell-Tribunal, ein breites radikaldemokratisches Spektrum zu gewinnen und zudem die Unabhängigkeit des Tribunals von den Unterstützerbewegung voll zu respektieren"* , vom KB nicht akzeptiert worden sei und der KB stattdessen *"eine linkssektiererische Isolationspolitik betrieben"* habe (diese und alle weiteren Zitate aus einem "Informationsrundbrief des SB" vom 22.7.77). Dies wird mit der faustdicken Lüge untermalt, daß der KB *"auf eine Art linke Aktionseinheit* vornehmlich unter Ausschluß von linken Sozialdemokraten und DKP hingearbeitet" habe.

Nun weiß aber auch die SB-Führung, daß der KB schon Anfang dieses Jahres im INUK den Vorschlag eingebracht hatte, offiziell an die DKP heranzutreten, was von einer Mehrheit unter Einschluß der SB-Führer abgelehnt wurde. Diese gingen teilweise sogar noch weiter, als sie dem Vorschlag, ein Tribunal über die "Repression in Ost und West" durchzuführen, zeitweise nicht unfreundlich gegenüberstanden, was eine Mitarbeit der DKP völlig ausgeschlossen hätte. Es muß also davon ausgegangen werden, daß gerade den SB-Führern nicht besonders an einer Zusammenarbeit mit der DKP lag.

West" durchzuführen, zeitweise nicht unfreundlich gegenüberstanden, was eine Mitarbeit der DKP völlig ausgeschlossen hätte. Es muß also davon ausgegangen werden, daß gerade den SB-Führern nicht besonders an einer Zusammenarbeit mit der DKP lag.

Vielmehr war dies (es blieb nicht zuletzt wegen des energischen Einspruchs des KB bei Gedankenspielen) ein Angebot an die Jusos, die noch unter H. Wieczorek-Zeul beschlossen hatten, auf dieser Linie weiter zu den Berufsverboten zu arbeiten. Warum der KB angeblich so daran interessiert sei, linke Sozialdemokraten und die DKP aus der Russell-Initiative herauszuhalten, liest sich beim SB so: *"Der tatsächliche Schlüssel zur Erklärung des KB-Verhaltens (liegt) darin, daß er anhand des Russell-Tribunals die eigene Organisation...im ganzen Bundesgebiet aufzubauen sucht."* Dabei gingen die *"Taktiker des KB davon aus, daß der KB... unter Ausgrenzung von linken Sozialdemokraten, DKPlern usw. die besten Möglichkeiten hat, Kerne für eine Ausbreitung seiner Organisationsstruktur zu gewinnen."* Logisch ist diese Argumentation zwar nicht, würde es sich doch gerade unter dieser Zielsetzung anbieten, mit möglichst v i e l e n Strömungen zusammenzuarbeiten, um die KB-Position möglichst allseitig herauszuarbeiten und in der Auseinandersetzung mit anderen Positionen messen zu können. Aber da unterscheiden sich unsere Vorstellungen zum Organisationsaufbau offenbar von denen des SB. Gefährlich und spalterisch wirkt dieser Vorwurf jedoch, weil alte antikommunistische Vorurteile erneut bestätigt werden, dem KB ginge es nicht um die Sache, der KB verhindere im Organisationsinteresse eine breite Unterstützerbewegung usw.

Die alte Weisheit, daß diejenigen, die im Glashaus sitzen, allzugerne mit den größten Steinen werfen, sollte sich auch in diesem Fall bewahrheiten. Denn mit dem Auszug des SB aus dem INUK wurde der Weg für die Einsetzung des "Vorläufigen Sekretariats" geebnet. Dies sollte nach Worten der SB-Führer eine pluralistische Unterstützung des Tribunals gewährleisten. Wie nun jeder weiß, war die erste Tat dieses ,,vorläufugen Sekretariats" eine Diskussion darüber in Gang zu setzen, die Thematik des Tribunals einzuschränken - wiederum als "Angebot" an die Sozialdemokraten, Liberalen und Gewerkschaften gedacht. Von seiten des SB heißt es dazu mit gespielter Naivität, daß *"außer Hintertreppengerüchten...keine Beweise für diesen Vorwurf (zu) erbringen"* gewesen seien, womit sie offensichtlich behaupten wollen, große Teile der Unterstützerbewegung seien lange Zeit einem Phantom, erfunden vom KB, hinterhergejagt. Tatsache ist, daß vom SB weder zur Erklärung der Russell-Peace-Foundation, ein "Tribunal on the berufsverbote" durchzuführen (April 77) noch zu den mehrmals veröffentlichten eingeschränkten Themenkatalogen mehrerer Sekretäre öffentlich Stellung genommen wurde. Erst als durch den massiven Protest großer Teile der Unterstützerbewegung klar war, daß eine Einschränkung der Themenbereiche zugleich eine Abkehr weiter Teile der bisherigen Unterstützer bedeuten würde, bequemte sich auch die "Links" in der Juli/August-Ausgabe zu versichern, man sei gegen eine Einschränkung der Themen. Wozu diese Erklärung notwendig war, wenn es sich dabei ohnehin nur um Hirngespinste des KB handelte, ist unklar.Wie "konsequent" das SB in dieser Frage ist, zeigt sich auch daran, daß das "vorläufige Skretariat" heftig gegen jede Kritik in Schutz genommen wird.

SB spaltet Unterstützungsgruppen

"Überall dort, wo der KB auf der lokalen Ebene das praktiziert, was er zentral propagiert, wird eine solidarische Zusammenarbeit nicht möglich sein", ist das Fazit, das in dem erwähnten Rundbrief vom SB-Sekretär Vack gezogen wird. Wie dies umgesetzt wird, zeigen folgende Beispiele:

lokalen Ebene das praktiziert, was er zentral propagiert, wird eine solidarische Zusammenarbeit nicht möglich sein", ist das Fazit, das in dem erwähnten Rundbrief vom SB-Sekretär Vack gezogen wird. Wie dies umgesetzt wird, zeigen folgende Beispiele:

- in Kiel wurde die Vorbereitungsgruppe gespalten, weil mit Hilfe des SB bestimmte Bereiche der Repression definitiv von einer Untersuchung ausgeschlossen wurden (s.AK 108)
- in München scherte das SZ (dortiges SB) aus der Vorbereitungsgruppe aus und gründete einen neuen Kreis, weil es die Blanko-Anerkennung des "vorläufigen Sekretäriats" nicht hatte durchsetzen können (s.AK 111)
- in Oldenburg versuchte das SB, eine schon beschlossene und angekündigte Veranstaltung zu verhindern, da diese die "Liberalen" verschrecke. Weiterhin forderte das SB, daß im Unterstützerkomitee keine Organisationsvertreter mehr zugelassen werden sollten (s.AK 112)
- in Osnabrück machten sie die Herausgabe eines Flugblattes davon abhängig, daß die teilnehmenden Gruppen nicht genannt würden.
- in Bielefeld, wo das SB als Beobachter teilnimmt, traf man sich separat mit DKP, MSB, Jusos usw., wobei der bisherige Unterstützerkreis nicht informiert wurde. Der DKP wurde das Versprechen gegeben, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht zu behandeln (s. Artikel in diesem AK)
- in einigen weiteren Städten lud das SB zu Treffen ein, wobei zufällig der KB "vergessen" wurde.

Der krasseste Fall der Spaltung ereignete sich jetzt in Westberlin (s. diesen AK) - hier jedoch unter der direkten Regie des AK/FU und des "provisorischen Sekretariats". Gespannt dürfte man jedoch gerade hier auf die Haltung des SB sein, das das AK/FU bisher in allen Fragen unterstützt hat.

Stets argumentiert das SB mit dem "linken Ghetto", in dem sich die Unterstützungsgruppen angeblich befänden. Allein dies ist schon ein äußerst fragliches Argument, da es in verschiedenen Städten durchaus gelungen ist, ein breites, repräsentatives Spektrum an der Vorbereitung zu beteiligen (Hannover, Hamburg, Nürnberg, Westberlin). Das Demagogische an dieser Argumentation besteht freilich darin, so zu tun, als sei dieses "Ghetto" zu einem Gutteil selbst verschuldet (z. B. durch die "isolationistische Politik des KB") und nicht Folge der SPD/DKP-Unvereinbarkeitspolitik, die praktisch nicht bekämpft wird.

Vorstoß der Jusos

Natürlich ist es unbestritten, daß sich das SB um die Mitarbeit weiterer Gruppen bemüht. Es zeichnet sich jedoch ab, daß dies mit immer intensiveren Spaltungsversuchen in allen möglichen lokalen Unterstützungsgruppen verbunden sein wird (wobei es natürlich rühmliche Ausnahmen einzelner SB-Gruppen gibt). Zugunsten einer Zusammenarbeit etwa mit den Jusos dürfte die Mehrheit der SB-Gruppen auf einheitliche lokale Unterstützungsgruppen gemeinsam mit großen Teilen der bisherigen Unterstützer und insbesondere dem KB verzichten. Auf nationaler Ebene ist der Juso-Bundesvorstand, der mittlerweile das Tribunal unterstützt, mit dem Vorschlag an das SB herangetreten, ein neues nationales Unterstützungskomitee zu bilden. Dazu könne man auch die Judos, Falken und die Gewerkschaftsjugend gewinnen. Bedingung sei aber, daß die Gewerkschaftsausschlüsse (Unvereinbarkeitsbeschlüsse) nicht vor dem Tribunal behandelt werden und der KB im NUK nicht vertreten ist.

Das SB lehnte ab - mit dem formalen Argument, ein neues nationales Komitee sei nicht angebracht. Eine Begründung, die man direkt als Aufforderung an die Jusos verstehen könnte, dasselbe Modell auf l o k a l e r Ebene zu versuchen!

Darüber hinaus stellen wir mit Erstaunen fest, daß das SB, das ansonsten keine Gelegenheit ausläßt, dem KB zu unterstellen, er würde die Unabhängigkeit des Tribunals nicht respektieren, es unterläßt, diesen Versuch der Jusos, massiv Einfluß zu nehmen und das Tribunal zum Objekt politischen Schachers zu machen, öffentlich bekanntzumachen und zu kritisieren. Wer gefährdet hier wohl die Integrität der Untersuchungen, die das Tribunal anstellen soll?

Man kann nur davor warnen, angesichts der jetzt offenbar erfolgten "Unterstützung" der Jusos bedenkenlos Beifall zu klatschen und über die "endlich erreichte Breite" zu jubeln. Die Jusos haben dies mit präzisen Vorstellungen verknüpft, die darauf hinauslaufen, die Rolle der Sozialdemokratie und der DGB-Führung bei der Repression zu verharmlosen und gleichzeitig die radikale Linke, die davon direkt betroffen ist, auszuschalten. Darüber hinaus ist die Methode, Bedingungen an das Russell-Tribunal stellen und Ausschlüsse unter den Unterstützern vornehmen zu wollen, grundsätzlich unvereinbar mit der Unabhängigkeit des Tribunals.

Bei alledem ist das SB auf dem besten Weg, seinen eigenen Anspruch, Mittler zwischen den revolutionären und radikaldemokratischen Kräften zu sein, aufzugeben. Stattdessen hat das SB (in der Mehrheit) - mit dem Schreckgespenst des "linken Ghettos" vor Augen - an vielen Orten dazu beigetragen, die "Berührungsangst" der Radikaldemokraten zu verstärken bzw. sie ganz von einer Zusammenarbeit abzuhalten und damit die vorhandenen Gräben eher vertieft.

SPD-Stadträte scheren aus

SPD-Stadträte scheren aus

Heidelberg. Die drei in der Russell-Unterstützungsgruppe mitarbeitenden SPD-Stadträte haben ihre Beteiligung aufgekündigt. Die Verhaftung von Rechtsanwalt Newerla hat dabei (vordergründig?) den Ausschlag gegeben. Sie wollen nicht mehr dabei sein, "wenn derartige Leute mitmachen". Dieser Schritt zeigt, wie stark die öffentliche Hetze bei diesen Kreisen verfangen hat. Tatsächlich ist die Inhaftierung von Newerla ein krasser Fall von Repression, da ihm nichts anderes als das Mitführen einer "Untergrundzeitung" in seinem Wagen vorgeworfen wird (wobei fraglich ist, ob er überhaupt dafür verantwortlich gemacht werden kann). Oder soll etwa eine Verteidigertätigkeit für die Stammheimer Gefangenen damit gleichgesetzt werden, selbst "Terrorist" zu sein?! Gewollt oder nicht scheinen die SPD-Stadträte mit ihrem Vorgehen die Verhaftung Newerlas nachträglich zu rechtfertigen.

Dieser Vorgang zeigt, wie stark der Abgrenzungsdruck von oben bereits ist und welche Probleme sich noch bei der Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Liberalen ergeben werden. Daher halten wir es kaum für angebracht, diese "Partner" in einer Weise zu hofieren, wie es in Heidelberg von GIM und SB geschehen war (die die Heidelberger Initiative stets als "Paradepferd" hochgejubelt hatten). Dies soll nicht heißen, auf die Mitarbeit bürgerlicher Demokraten generell zu verzichten. Auf keinen Fall aber sollte man sich von ihnen abhängig machen, wie dies durch die unbedachten öffentlichen Lobpreisungen von GIM und SB in diesem Fall geschehen war. Im übrigen ist durchaus wahrscheinlich, daß die Ausgetretenen mit ihrem Schritt lediglich einen weiteren Rechtsruck der Russell-Unterstützer auf nationaler Ebene erreichen wollen. Denn daß GIM und SB die Linke für diesen schmerzlichen Verlust verantwortlich machen werden, anstatt das Verhalten der Stadträte zu kritisieren, scheint so gut wie sicher.

Hoffmann droht Russell-Initiative

Am 7.9.77 wurden zwei Mitglieder der Nürnberger Russell-Initiative ganz offen von der berüchtigten Hoffmann-Bande bedroht.

Die Nürnberger Russell-Initiative brachte Mitte Juli ihr erstes Russell-Info heraus, in dem neben anderen Artikeln zur politischen Unterdrükkung in Nürnberg auch ein Artikel zur Hoffmann-Truppe erschien. In diesem Artikel wird unter der Überschrift ,,*Neonazis im Vormarsch*'' über einige ,,Taten'' des Truppen,,führers'' berichtet und zum Schluß die Forderung aufgestellt: ,,*Hoffmann hinter Gitter*''.

Am 7.9. erschien ein Hoffmannanhänger im Laden der Gefangenengruppe wo auch regelmäßig das Treffen der Russell-Initiative stattfindet, kaufte ein Russell-Info und ließ gleichzeitig einiges Propagandamaterial liegen. Am gleichen Tag bekam der Rechtsanwalt B., der in der Russell-Initiative mitarbeitet und Kontaktadresse ist, einen Anruf von einem der Hoffmann-Typen mit konkreten Bedrohungen, wie z.B. er solle sich ,,seine Knochen numerieren lassen''. B. erstattete daraufhin sofort Anzeige. Zwei Tage später wurde eine Presseerklärung zusammen mit B. verfaßt, in der die beiden Vorfälle geschildert sind. Weiter heißt es: ,,*Die Russell-Initiative Nürnberg, in der mehrere politische Gruppen aus Nürnberg und verschiedene Einzelpersonen mitarbeiten, nimmt diese offene Bedrohung sehr ernst. Hierdurch wird unserer Meinung nach wieder einmal bewiesen, daß Hoffmann kein Spinner und ungefährlicher Einzelgänger ist, der jungen Leuten mit Sport die Freizeit verschönert. Hierdurch wird in aller Öffentlichkeit eine Gruppe bedroht, die es sich zu Aufgabe gesetzt hat, genau dieser politischen Unterdrükkung und der neuen neonazistischen Gefahr entgegenzutreten. Durch diese Bedrohung und Handlungsweise der Hoffmann-Truppe sehen wir die Notwendigkeit unserer Arbeit bestätigt. In diesem Fall gilt es sofort an die Öffentlichkeit und an die Presse heranzutreten, um die Öffentlichkeit zu schaffen*«.

Die ,,Antifaschistische Aktionseinheit Nürnberg'', die auch die Aktion gegen den ,,Auschwitz-Kongreß'' in Nürnberg organisiert hat, will sich jetzt weiter mit der Hoffmann-Bande beschäftigen, Ziel soll ein sog. ,,Hoffmann-Tribunal'' sein.

KB-Gruppe Nürnberg

AK/FU: Über Nebengeleise zum alten Ziel?

Je näher der Termin des ersten Zusammentreffens der „Jury" des Russell-Tribunals über Repression in der BRD rückt (voraussichtlich in der zweiten Oktoberhälfte), desto mehr verschärfen sich die Widersprüche innerhalb der Unterstützer des Tribunals. V o r d e r g r ü n d i g konzentrieren sich die Auseinandersetzungen momentan um die Frage einer Mitarbeit der „antifa-Gruppen" in der Unterstützungsbewegung (ca. ein Dutzend Gruppen um das „Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener" bzw. das Stuttgarter Croissant-Büro, die sich mit der Situation der politischen Gefangenen beschäftigen). In Wirklichkeit geht es jedoch um den Charakter des Tribunals und der Unterstützerbewegung insgesamt.

Vertreter des IVK hatten an den Arbeitskonferenzen der Unterstützungsgruppen in Frankfurt und Göttingen teilgenommen. Dies wie auch die Tatsache, daß »antifa-Gruppen« in einzelnen lokalen Unterstützungskomitees mitarbeiteten, hatte nie sonderliche Aufmerksamkeit erregt.

Zwar isolierten sich die »antifas« durch ihr arrogant-sektiererisches Auftreten und ihre vielfach skurrilen Einschätzungen von der weltweiten »Counterinsurgency« gegen die »RAF« (alle Repressionsmaßnahmen werden als planmäßige, vom CIA gesteuerte »Guerillabekämpfung« gegen die »RAF« interpretiert, wobei mitunter auch linke Kritik gern zur »Counterinsurgency« gezählt wird). Dennoch war ihre Teilnahme grundsätzlich nicht umstritten.

Auf der Göttinger Arbeitskonferenz meinten die »antifas« jedoch, sich auf's Glatteis begeben zu können.

Aufgrund der berechtigten Kritik am Zustandekommen des »vorläufigen Sekretariats« und der Befürchtung, die Frage der politischen Gefangenen würde nicht behandelt werden, schätzten sie das ganze Tribunal als Teil der »Counterinsurgency« ein und kündigten ihre Unterstützung auf.

Als die Russell-Peace-Foundation dann jedoch anläßlich des letzten Hunger- und Durststreiks gegen die Isolationshaft protestierte, wurde dieser Schritt wieder zurückgenommen. Dies zeigt im Grunde genommen nur die politische Kurzsichtigkeit und den engen Horizont dieser Leute. Kurz darauf bemühten sich die »antifa-Gruppen« wieder um eine Aufnahme in den lokalen Unterstützungskomitees, aus denen sie gerade ausgetreten waren. Andererseits hat dieser Zick-zack-Kurs auch eine Reihe von Widersprüchen in dieser Fraktion sichtbar werden lassen.

Das »vorläufige Sekretariat« beschäftigte sich mit den »antifa-Gruppen« überhaupt erst im Zusammenhang mit der Verhaftung A. Newerlas (Rechtsanwalt im Croissant-Büro), dessen Anwälte in einer Presseerklärung bekannt gegeben hatten, daß Newerla anläßlich eines Treffens zur Vorbereitung des Russell-Tribunals festgenommen wurde. Daraufhin gab das »vorläufige Sekretariat« eine Erklärung heraus, die als Mißbilligung dieser Äusserung und Distanzierung davon, daß N. etwas mit dem Tribunal zu tun habe, verstanden werden mußte.

So weit, so mittelmäßig. Man könnte dem »vorläufigen Sekretariat« zugute halten, diese Erklärung aus Rücksichtnahme auf die zweifellos vorhandenen »Magenschmerzen« bei liberalen Unterstützern abgegeben zu haben.

Ausgesprochen mies wird die Angelegenheit jedoch dadurch, daß das Westberliner AK/FU und die von ihm gestellten »Sekretäre« damit begonnen haben, mit eben diesen Magenschmerzen Politik zu machen, anstatt sie zu bekämpfen.

Dabei geht es keineswegs um eine politische Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Positionen, den Einschätzungen oder auch dem konkreten Verhalten der »antifas«, sondern um das Erzeugen einer Panikstimmung.

So erscheint die bisher kaum beachtete Teilnahme der »antifa-Gruppen« in lokalen Unterstützungsgruppen auf einmal als das Schreckensbild von »RAF»-Positionen. Presseerklärungen des Croissant-Büros, denen man vorher keinerlei Notiz geschenkt hatte, werden als »heiße Ware« gehandelt, um bei liberalen und sozialdemokratischen Unterstützern nervöse Hektik hervorzurufen.

Angesichts der augenblicklichen politischen Großwetterlage ist der »Erfolg« dieses Vorgehens so gut wie sicher. Jeder, der auch nur entfernt mit »RAF«-Positionen in Verbindung gebracht werden könnte, muß selbstverständlich damit rechnen, Opfer der hysterischen Kampagne der Reaktion gegen den »Sympathisantensumpf« zu werden. Es ist klar, daß die liberalen und demokratischen Kräfte bis auf wenige Ausnahmen diesem Druck nicht gewachsen sein werden. Das Ergebnis ist ihr Ausscheren zumindest aus den Unterstützungskomitees, in denen »antifa-Gruppen« mitarbeiten, und die Reduzierung dieser Komitees auf den Kreis der radikalen Linken.

Es steht zu befürchten, daß das AK/FU usw. an dieser Frage zu seinem Ziel kommt, die Unterstützungsbewegung in einen »nicht offiziellen«, »ultralinken« und einen »anerkannten«, »demokratischen« Teil (mit Jusos, Judos, HU und anderen »namhaften« Organisationen) zu spalten.

Auf dieser Grundlage ließen sich die bisher heftig umstrittenen Vorstellungen des AK/FU, SB, GIM usw. von der Konzeption des Tribunals ungestört durchführen. Bekanntlich geht es dabei in erster Linie darum, eine Einschränkung der Themenbereiche des Tribunals aus taktischer Rücksichtnahme gegenüber linken Sozialdemokraten und der DKP vorzunehmen (vor allem Ausklammerung solcher »heiklen« Fragen wie der Unvereinbarkeitsbeschlüsse). In d i e s e r Auseinandersetzung, die bei der Einsetzung des »vorläufigen Sekretariats« (das sich mit einer Ausnahme aus Befürwortern einer solchen Konzeption zusammensetzt) die zentrale Rolle spielte, hatten AK/FU, SB und GIM eine vorläufige Niederlage hinnehmen müssen.

Eine große Mehrheit der Unterstützungsbewegung einschließlich der bis dahin einbezogenen demokratischen Kräfte forderte energisch die allseitige Untersuchung der Repression in der BRD.

Das »vorläufige Sekretariat« mußte die Weiterreichung sämtlicher Materialien an die Jury des Tribunals zusichern, um überhaupt eine Anerkennung von Teilen der Unterstützungsbewegung zu erhalten.

Diese Lage der Dinge soll jetzt durch eine aufgezwungene Debatte über die politischen Anschauungen der »antifa-Gruppen« drastisch verändert werden.

Daß die Frage der Beteiligung der »Antifa-Gruppen« in Wirklichkeit jedoch nur eine drittklassige Rolle spielt, weiß das AK/FU wie auch das »vorläufige Sekretariat« genauso gut wie wir. Eine »Unterwanderung« der Unterstützungsarbeit durch diese Gruppen ist aufgrund ihrer totalen Minderheitsposition ausgeschlossen. Und auch die sich bereits v o r der Schleyer-Entführung abzeichnenden Spaltungsmanöver belegen, daß hier nur die Gelegenheit beim Schopf ergriffen wurde, eine neue scheinbare »Front« zu eröffnen. So wurde z.B. der Beschluß des AK/FU, seine Hauptaktivitäten zukünftig ausserhalb des Westberliner Unterstützungskomitees durchzuführen, also dieses zu s p a l t e n, als Reaktion auf die Einrichtung einer »Arbeitsgruppe Gewerkschaftsrepression« im Westberliner UK gefällt. Ebenso bemerkenswert sind auch die Forderungen des Juso-Bundesvorstandes (siehe Art. in diesem AK), die Unvereinbarkeitsbeschlüsse dürften nicht von der Jury behandelt werden, und der KB müsse von der Unterstützungsarbeit ausgeschlossen werden.

Man fragt sich, welche weitergehenden Anforderungen die Juso-Chefs an das Tribunal noch stellen werden, sind diese ersten Bedingungen erst erfüllt. Dies zeigt, wo der Hase im Pfeffer liegt. Ein Russell-Tribunal freilich nach Art der bekannten Mitterand-Proteste gegen die Berufsverbote, das mehr zur Verschleierung der Allseitigkeit und Schärfe der Repression beitragen würde als zu ihrer Enthüllung, würde geradezu verpflichten, dieser Verharmlosung der politischen Entwicklung in der BRD entgegenzutreten.

Offensichtlich geht die Vorbereitung des Tribunals in eine »kritische Phase«. »Maßgebliche« Kräfte wie die Jusos bieten eine Unterstützung des Tribunals unter ganz bestimmten Bedingungen an. In zahlreichen Städten haben SB, AK/FU, GIM u.a. separate Treffen einberufen, auf denen ihre Konzeption des Tribunals als Grundlage festgelegt wird (Einschränkung der Thematik aus bündnispolitischer Rücksichtnahme, uneingeschränkte Anerkennung des »vorläufigen Sekretariats« usw.). Dies bedeutet nichts anderes, als daß alle Möglichkeiten einer Beeinflussung der »Jury« ausgeschöpft werden. Denn diese soll auf ihrer ersten Sitzung darüber entscheiden, welche Themenbereiche zu den Untersuchungsgegenständen des Tribunals zählen sollen.

Man sieht daran erneut, von welcher Seite die Unabhängigkeit des Tribunals massiv in Frage gestellt wird!

Die Prinzipien des Russell-Tribunals verteidigen

Angesichts der jetzt vom AK/FU und seinen »Sekretären« neuerrichteten »Front« — Mitarbeit der »antifa-Gruppen« oder nicht — muß damit gerechnet werden, daß sich das Kräfteverhältnis zuungunsten derjenigen verschiebt, die für eine allseitige Behandlung der Repression vor dem Tribunal, für eine einheitliche Unterstützungsbewegung, für die Überwindung der Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitspolitik (z.B. These 41 der DKP) im demokratischen Kampf usw. eintreten.

Der Schluß liegt nahe, angesichts dieser Situation und angesichts der eigenen schädlichen Eskapaden, die ohnehin politisch kaum ins Gewicht fallenden »antifa-Gruppen« zu »opfern«, um die Spaltung dadurch eventuell abzuwenden oder zu erschweren.

Die mittlerweile stattgefundene 3. Arbeitskonferenz von Unterstützungsgruppen (17./18.9. in Hannover — wir werden darüber noch ausführlicher berichten) hat dies nicht getan. Dabei geht es nicht darum, diese Gruppen, mit denen wir selbst genügend schlechte Erfahrungen gemacht haben, in Schutz zu nehmen. Wir lehnen die von diesen Gruppen vorgenommene Klassifizierung der politischen Gefangenen grundsätzlich ab und haben schon seit langem darauf hingewiesen, wie schädlich für die Gefangenenarbeit insgesamt der Zustand ist, daß es keine überparteiliche Gefangenenhilfsorganisation in der BRD gibt.

Seinen sektiererischen Höhepunkt erreicht diese verbreitete Fehlposition in der Haltung des Stuttgarter Croissant-Büros, eine Solidaritätsarbeit beinhalte die geistige Identifizierung mit den politischen Anschauungen der Gefangenen. Wir mißbilligen auch schärfstens die diffamierenden Methoden, die die »antifa-Gruppen« in der Auseinandersetzung mit anderen Linken oder Demokraten anzuwenden pflegen, ein Vorgehen, das für ihr eigentliches Anliegen, Solidarität zu schaffen, nur tödlich sein kann.

Da Großzügigkeit oder Nachsicht gegenüber diesen Eskapaden völlig fehl am Platz ist, hat die 3. Arbeitskonferenz mit großer Mehrheit beschlossen, eine erneute Mitarbeit der »antifa-Gruppen« nur unter der Bedingung »klarer Verhältnisse« zu akzeptieren:

- Zu dem öffentlich erklärten Austritt dieser Gruppen aus der Unterstützungsbewegung wird eine ebenso öffentliche Selbstkritik von ihnen verfaßt.
- Wie von allen anderen Gruppen wird von ihnen die Einhaltung demokratischer Spielregeln verlangt (Respektierung gefaßter Beschlüsse, sachliche Auseinandersetzung).
- Es wird nicht hingenommen, daß die besonderen Einschätzungen und politischen Anschauungen dieser Fraktion im Namen der Russell-Unterstützungsbewegung verbreitet werden.
- Es werden keine »eigenen« Russell-Initiativen dieser Fraktion akzeptiert.

So ist es z.B. unmöglich, daß es auf der ersten (Frankfurter) Arbeitskonferenz zwei Arbeitsgemeinschaften zu den Haftbedingungen gab. Innerhalb der Unterstützungsbewegung kann es keine speziellen parteipolitisch ausgerichteten Initiativen geben; diese müssen vielmehr allen Unterstützern offenstehen.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Forderungen von den »antifa-Gruppen« akzeptiert werden. Wir können und werden jedoch nicht von dem Prinzip abgehen, daß zur Unterstützung des Russell-Tribunals alle Gruppen unabhängig von ihren besonderen politischen Anschauungen akzeptiert werden, sofern sie sich an die für alle geltenden Spielregeln halten. Andernfalls könnten genausogut wie heute die »antifa-Gruppen« morgen diejenigen ausgeschlossen werden, die es wagen, das »vorläufige Sekretariat« zu kritisieren, und übermorgen diejenigen, die für die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse plädieren usw.

Darüberhinaus sind wir betroffen über die Methode des AK/FU und seiner Vertreter im »vorläufigen Sekretariat«, die Mitarbeit der »antifa-Gruppen« zu einer Kernfrage hochzuspielen, an der es zur Spaltung kommt.

Angesichts der derzeitigen Kampagne gegen den »Sympathisantensumpf der Terroristen« bleibt sogar gutwilligen liberalen und demokratischen Kräften vielfach nichts anderes übrig, als dem AK/FU in dieser Frage zu folgen. Denn das Croissant-Büro gilt schließlich wie andere politische Anwälte, der AStA Göttingen usw. als »Knotenpunkt« des »Sympathisantensumpfs«.

Der immer umfassendere Zwang zur pauschalen Distanzierung vom „Terrorismus", den „Sympathisanten" usw. gehört gerade zu den „typischen und für die BRD spezifischen Aspekten" der Repression, der unbedingt vom Tribunal behandelt werden müßte. Diese Tatsache zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele auszuschlachten, kennzeichnet einen erschreckenden Grad an politischer Verkommenheit und ist absolut unvereinbar mit einer Bewegung g e g e n die Repression.

Russell-Aktivitäten

Stadt verbietet Russell-Veranstaltung

Karlsruhe. Am Freitag, den 9.9., wollte das Karlsruher Komitee zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD — das Komitee besteht zur Zeit aus Spartacusbund (Trotzkisten), KB, Frauenzentrum (AG Repression gegen Frauen) und Einzelpersonen — seine erste Veranstaltung durchführen. Als Redner war u.a. Rechtsanwalt Schily eingeladen. Einen Tag vor der Veranstaltung erreichte den Spartacusbund, den KB und die Werkstatt 68, ein JZ in Selbstverwaltung das die Veranstaltung unterstützte, eine Absage des Pächters der angemieteten Festhalle Durlach. Die Begründung lautete u.a., *„aufgrund der aktuellen Ereignisse um das Kölner Mordattentat"* sei zu befürchten, *„daß es bei Durchführung dieser Veranstaltung zu Ausschreitungen und Krawallen kommen kann, die eine erhebliche Gefährdung von Leib und Leben anderer sowie von Sachgütern besorgen lassen."*

Durch Nachforschungen stellten sich heraus, daß der Wirt von der Stadt und der Polizei unter Druck gesetzt worden war (man drohte ihm mit Kündigung des Pachtvertrags, falls die Veranstaltung stattfindet). Die Polizei hatte sich außerdem schon in der Woche v o r der Entführung Schleyers eingeschaltet: nachdem in der Stadt die ersten Plakate geklebt waren, haben die Bullen dem Wirt Adressen von Leuten gegeben, die ihrer Meinung nach zu den Veranstaltern gehörten. Außerdem wurde ein Flugblattverteiler völlig willkürlich aufgegriffen und vorübergehend festgenommen. Dies alles kennzeichnet das besonders scharfe Klima von »Terroristenjagd«, das in Karlsruhe seit dem Tode Bubacks herrscht.

Offensichtlich steht dieses Vorgehen in Zusammenhang mit dem Versuch, das Projekt des Russell-Tribunals bzw. seine Unterstützer als „Umfeld des Terrorismus" hinzustellen und von der übrigen Bevölkerung zu isolieren. In Karlsruhe hat hierbei die CDU die Vorreiterrolle übernommen: Unter der Überschrift *„Kein städtischer Saal für linke Extremisten"* war in den Badischen Neuesten Nachrichten (örtliche Presse) vom 9.9. zu lesen, daß die Veranstaltung *„auf Veranlassung der Stadtverwaltung abgesagt"* wurde, nachdem die CDU-Fraktion beim Bürgermeisteramt interveniert hatte. Grund war offensichtlich, daß „Baader-Meinhof-Anwalt Otto Schily" (BNN) sprechen sollte. Ein Antrag der Veranstalter auf einstweilige Verfügung wurde vom Verwaltungsgericht mit einem Trick abgelehnt: Nicht die Stadt sei zuständig für die Kündigung, sondern der Pächter.

Das Komitee hielt daraufhin anstelle der geplanten Veranstaltung vor der Festhalle Durlach eine Kundgebung ab, auf der eine Presseerklärung verlesen und verteilt wurde. Anwesend waren ca. 100 Leute, außerdem einige der eingeladenen Pressevertreter. Anschließend fand in einem Ausweichraum eine Veranstaltung statt, auf der die Diskussion um die aktuellen Ereignisse breiten Raum einnahm.

Auf dieser Veranstaltung waren immerhin 150—200 Leute. Zu den Vorgängen um das Verbot der Russell-Veranstaltung wird ein Info gemacht, die Großveranstaltung mit Rechtsanwälten wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.

Das Info ist zu beziehen über:
Komitee zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD Postlagerkarte 00 3903 B, 75 Karlsruhe.

Wieder Spaltungsvorstoß des SB bekanntgeworden

Bielefeld. Nach „Münchner Vorbild" (wir berichteten darüber) scheint das SB auch hier „getestet" zu haben, parallel zu der bestehenden Unterstützungsgruppe eine neue Initiative aufzubauen. Die Bielefelder Gruppe besteht aus: Arbeiterjugendzentrum, AK Umwelt, Frauenzentrum, IHB (Schwule), AKAFRIK, SHG (Rheinische Zeitung), CISNU und KB, Judos, LHV und SB schicken Beobachter zu den Sitzungen. Ohne das Unterstützungskomitee zu informieren, geschweige denn einen Vertreter daraus hinzuziehen, lud das SB am 24.8. DKP, MSB, SHB, Jusos, Judos, Falken, amnesty international und die ESG zu einem separaten Treffen ein, zu dem auch alle außer den beiden letzteren erschienen. Revis, Jusos und SB waren sich einig darin, daß die DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht vom Tribunal behandelt werden sollten.

Allerdings wollten die Revis und die Jusos das Tribunal solange nicht unterstützen, wie die Jury nicht eine entsprechende thematische Einschränkung vorgenommen habe. Man wartet dort also lieber ab, bis man Garantien hat.

Auf dieses Manöver im Unterstützungskomitee angesprochen, stellte sich das SB — kaum zu Informationen bereit — auf den Standpunkt, es sei allein seine Sache, mit wem es über das Tribunal „diskutiere". Eine Spaltung habe man zwar vor einiger Zeit in Erwägung gezogen (!), dann aber diesen Gedanken wieder verworfen.

Das SB wurde daraufhin aufgefordert, innerhalb von 14 Tagen verbindlich zu erklären, ob es im Unterstützungskomitee mitarbeiten will oder nicht. Mit welch überzeugenden Methoden von dieser Seite Politik gemacht wird, zeigt sich auch an folgendem Vorfall: Das SB-beeinflußte Bielefelder „StadtBlatt" (Nr. 7) weigerte sich, in einem Artikel über das Russell-Tribunal anzugeben, welche Gruppen im örtlichen Unterstützungskomitee mitarbeiten (wohl zu „linkslastig" . . .), und zu welchen Bereichen beschlossen wurde, zu arbeiten (u.a. Unvereinbarkeitsbeschlüsse).



Herausgegeben von der AG „Repression gegen Ausländer". Zu beziehen über Barbara Retzlaff, Wilstorferstr. 86, 2100 Hamburg 90

Dokumentation zum Hunger- u Durststreik der politischen Gefangenen

Herausgegeben von der Russell-AG „Haftbedinungen politischer Gefangener" und KB/Gruppe Frankfurt. Preis 1,50 DM; zu beziehen über S. Lissner, Adalbertstr. 29, 6000 Frankfurt 90

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

Betriebsratswahlen bei Storno von den Kapitalisten angefochten

Am 22. Juli fanden bei Storno BR-Neuwahlen statt. Es wurde Persönlichkeitswahl durchgeführt. Von den sieben linken Kolleginnen und Kollegen, die vor der Wahl zu einem Kollegentreffen mit Film eingeladen hatten und von denen zwei mit einem Programm kandidierten, konnten fünf in den 11-köpfigen BR einziehen. Das war der Geschäftsleitung (GL) natürlich ein Dorn im Auge. Gleich nach dem Betriebsurlaub beantragte sie beim Flensburger Arbeitsgericht ein Beschlußverfahren zur Anfechtung der Wahl. Begründung: Da mehrere Vorschlagslisten bestanden, hätte eine Listenwahl stattfinden müssen. Daß dieser Formfehler nur vorgeschoben war, zeigt sich schon daran, daß die vorherigen BR-Wahlen bei Storno auf dieselbe Art durchgeführt wurden. Damals hatte die GL daran jedoch keinen Anstoß genommen, hatten die Rechten doch die eindeutige Mehrheit.

Mit der Anfechtung der Wahl bezweckte die GL neben der Ab-

Mit der Anfechtung der Wahl bezweckte die GL neben der Ab-
setzung des BR natürlich auch die Einschüchterung der neugewählten Betriebsräte und der gesamten Belegschaft. Unter dem Eindruck dieses Angriffs und aufgrund der juristisch ungünstigen Position des Betriebsrates, kam im BR die Idee auf, das Verfahren vor dem Flensburger Arbeitsgericht dadurch gegenstandslos zu machen, daß der BR nach der konstituierenden Sitzung sofort seinen Rücktritt erklärt.

Laut Betriebsverfassungsgesetz (Betr. VG) führt nämlich ein BR, der seinen Rücktritt erklärt hat, bis zur Neuwahl die laufenden Geschäfte weiter. Im Gegensatz dazu wird bei erfolgreicher Wahlanfechtung der BR aufgelöst und es herrscht bis zur Neuwahl ein betriebsratsloser Zustand.

Die Linken im BR traten zunächst gegen einen Rücktritt auf, weil sie grundsätzlich dagegen waren, vor den Angriffen auf den demokratisch gewählten BR zurückzustecken, zudem anfangs die juristische Machbarkeit des Tricks mit dem Rücktritt nicht abgesichert schien. Außerdem sahen sie folgende Gefahren, die mit dem Rücktritt verbunden waren:

– daß dieser Rücktritt von der Belegschaft als Aufgabe interpretiert werden würde und sich Resignation breit macht,

– daß der Rücktritt als Eingeständnis von Fehlern gewertet werden würde,

– und vor allem, daß man es auf dieser Grundlage schwer haben würde, den tatsächlichen Charakter des Angriffs der GL auf den BR zu erklären.

Die Mehrheit des BR war allerdings hiervon nicht zu überzeugen. Als sich zudem herausstellte, daß die Sache mit dem Rücktritt juristisch tatsächlich klappen würde, willigten die Linken in den Kompromiß ein, dem Rücktritt zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß den Kollegen im Betrieb dieser Schritt genau erklärt würde und sich der BR öffentlich für Persönlichkeitswahl bei den Neuwahlen einsetzt.

Während der konstituierenden Sitzung des BR wurde eine schriftliche Umfrage unter den Kollegen gestartet mit dem Ergebnis, daß die absolute Mehrheit bestätigte, bei der Wahl nicht beeinflußt worden zu sein. Anläßlich des Rücktritts verabschiedete der BR dann eine Erklärung an die Kollegen, in der es heißt:

„Wir betrachten unseren Rücktritt nicht als Resignation! Wir werden unsere Betriebsratstätigkeit fortsetzen und die Interessen der Kolleginnen und Kollegen voll vertreten. Sebstverständlich werden wir bei der anstehenden Neuwahl wieder kandidieren und uns verstärkt dafür einsetzen, daß weiterhin eine Persönlichkeitswahl stattfindet."

Tatsächlich klappte das Rücktrittsmanöver: das Flensburger Arbeitsgericht setzte das Verfahren aus und der BR bleibt bis zu den Neuwahlen in ca. 8 Wochen im Amt.

aus und der BR bleibt bis zu den Neuwahlen in ca. 8 Wochen im Amt.

Auf einem Kollegentreffen, zu dem drei Betriebsrätinnen eingeladen hatten, wurde eine Resolution im Sinne der Erklärung des BR verabschiedet und beschlossen, Betriebsräte, Vertrauensleute und Jugendvertreter bekannter Flensburger Betriebe zu einem Treffen einzuladen, um die Solidarität mit den angegriffenen Betriebsräten gegen die GL zu verbreitern.

Auf diesem Kollegentreffen zeigte sich jedoch schon, mit welcher Halbherzigkeit die Sozialdemokraten und anderen rechten BR's an die Sache herangehen. Unter Hinweis auf den „Metallarbeiter", den der KB vor den Wahlen rausgegeben hatte, wollte Vorsitzender Nielsen und andere BR's die Resolution nicht namentlich unterzeichnen. „Sonst findet man sich hier noch wieder!"

Auch der zunächst erklärte Einsatz für eine neue Persönlichkeitswahl wird zusehends geringer. „Wenn tatsächlich einer Listenwahl machen will aus dem Betrieb, dann können wir das sowieso nicht verhindern," heißt es plötzlich. Eine Presseerklärung zur Wahlanfechtung, die auf einer BR-Sitzung beschlossen wurde, ist bis heute nicht erschienen. Der Antrag der linken BR's zum Kollegentreffen mit BR's aus anderen Betrieben auch bei Storno zu mobilisieren, wurde einfach abgelehnt. Eine Betriebsversammlung findet auch erst im Oktober statt.

Dies zeigt schärfer – was sich schon an der Frage des Rücktritts andeutete – daß es an der Frage wie man der GL entgegentritt, grundsätzlich, wie man eine BR-Politik macht, zwei unterschiedliche Positionen im BR gibt. Die Mehrheit meint: Bloß nicht soviel Aufhebens von der Sache machen, die GL war im Recht, wir haben durch einen Trick erreicht, was wir wollten, was sollen jetzt Kollegentreffs, Öffentlichkeit usw. Die linke Minderheit ist der Ansicht, daß zwar glücklicherweise das mit dem Rücktritt geklappt hat, längerfristig aber davon auszugehen ist, daß sich ein fortschrittlicher BR nur halten kann, wenn die Belegschaft informiert und aktiviert wird und weiß, was hinter den verschlossenen Türen

kann, wenn die Belegschaft informiert und aktiviert wird und weiß, was hinter den verschlossenen Türen
vor sich geht. Nur unter diesen Vorraussetzungen werden die Kollegen hinter ihrem BR stehen und ihn auch verteidigen. Die vom BR durchgeführte Unterschriftensammlung zur Frage, ob man sich durch den Wahlmodus in seiner Willensbildung beeinflußt gefühlt habe, war ein ausgezeichneter Schritt in die richtige Richtung. Die Storno-Kollegen haben hier auch ihren BR nicht im Stich gelassen!

Eins ist klar: die GL hat ihre Pläne durch eine Listenwahl einen erneuten Einzug der Linken in den BR zu erschweren, nicht aufgegeben. Auch der Ortsverwaltung und den rechten BR'en käme eine Listenwahl gut zu paß. Es kommt deshalb umso mehr darauf an, Offentlichkeit herzustellen, die Solidarität der Kollegen aus anderen Betrieben einzuholen und im Betrieb darauf hinzuarbeiten, daß jeder, der sich für Listenwahl stark macht oder solchen Versuchen nicht entgegentritt, als undemokratischer Spalter entlarvt wird.

Storno-Danfoss-Zelle
KB Gruppe Flensburg

Ausschlußantrag kam nicht durch – jetzt mauscheln die Bürokraten

Hamburg: Nachdem es rechten Hamburger Gewerkschaftsführern nicht gelungen war, sich mit einem politisch begründeten Ausschlußantrag gegen einen linken Vertrauensmann durchzusetzen, versuchen sie jetzt, ihr Ziel auf bürokratischem Wege zu erreichen.

Im Februar 76 beantragte der VK-Vorsitzende von Demag-Conz den Ausschluß des Kollegen und damaligen Vertrauensmann W.K. aus der IGM. Vorgeworfen wurde dem Kollegen der öffentliche Verkauf kommunistischer Zeitungen.

Dann nahmen die Dinge in der gewohnten Weise ihren Lauf. Erst im Dezember '76 wurde ein sog. „Untersuchungsverfahren" durchgeführt. Die Untersuchungskommission beschloß mit 3 : 2 Stimmen, den Ausschluß des Kollegen beim Vorstand zu beantragen, die IGM-Ortsverwaltung schloß sich der Empfehlung an. Der Vorstand entschied dann im

März .77 – folgte aber nicht dem
tung schloß sich der Empfehlung an. Der Vorstand entschied dann im
März .77 – folgte aber nicht dem Antrag auf Ausschluß, sondern verhängte gegen den Kollegen ein einjähriges Funktionsverbot. Wegen der langen Dauer des Verfahrens hatte der Kollege zwar praktisch schon über ein Jahr Funktionsverbot gehabt, diese Zeit wurde aber nicht angerechnet.

Die Mitteilung über den Beschluß des Vorstandes erhielt der Kollege Anfang April '77 – nach Ablauf der Einspruchsfrist sollte dann das Funktionsverbot einsetzen; gleichzeitig wurde der Kollege aufgefordert, seine Beiträge von Februar '76 bis April '77 nachzuzahlen (ca. DM 250,–).

Nach Ablauf der Einspruchsfrist (die sich durch einen Formfehler auf ca. sechs Wochen ausdehnte) bemühte sich der Kollege Anfang Juli – nachdem er aus dem Urlaub zurück war – um eine Klärung der Beitragszahlung bei dem zuständigen Sekretär. Der zeigte sich schon wenig interessiert und ließ nur ausrichten, der Kollege solle zur Verwaltungsstelle kommen. Einige Zeit später, als der Kollege dort erschien, war der zuständige Sekretär nicht „im Hause" – und Kassierer O.M., der über den Fall bestens informiert war, sagte dem Kollegen, er solle sich wegen der Beitragszahlung an die „betrieblichen Funktionäre" wenden. Der VK-Vorsitzende im Betrieb schickte den Kollegen wieder zur Ortsverwaltung. Dann legte der zuständige Sekretär P.W. endlich die Karten auf den Tisch.

Da der Kollege eine „angemessene" Frist zur Rückzahlung der Beiträge nicht eingehalten hatte, könne jetzt nur noch die Ortsverwaltung in ihrer nächsten Sitzung Anfang September darüber entscheiden, ob eine Zahlung der Beiträge noch möglich ist. Dazu müsse der Ortsverwaltung ein schriftlicher Antrag des Kollegen vorliegen. Sollte die Ortsleitung diesen Antrag ablehnen, so wäre der Kollege automatisch nicht mehr Mitglied der IG-Metall! Formale Begründung: Versäumung der rechtzeitigen Beitragszahlung!

Für diesen Fall müßte der Kollege ... Begrün-
dung: Versäumung der rechtzeitigen Beitragszahlung!
Für diesen Fall müßte der Kollege seine Aufnahme in die IG-Metall neu beantragen – allerdings wolle man nach Aussage des Sekretärs P.W. eine eventuelle Neuaufnahme davon abhängig machen, ob die betrieblichen Funktionäre damit einverstanden sind! Aufnahme in die IG-Metall nur bei Zustimmung der rechten Betriebsräte und der VK-Leitung (die in der Regel natürlich den bestimmenden Einfluß auf die übrigen Funktionäre ausüben) – das sind wahrlich die neuesten Formen der Gewerkschaftsbürokratie!

Um es den Gewerkschaftsführern nicht gar so leicht zu machen, den Kollegen auf kaltem Wege abzuservieren, stellte der Kollege den Antrag an die Ortsverwaltung in Form eines „Offenen Briefes", in dem die ganzen Tricks und Manöver der Ortsverwaltung, der VK-Leitung und einiger Betriebsräte noch einmal detailliert aufgeführt sind und verteilte diesen „Offenen Brief" an seine Kollegen im Betrieb.

Betriebszelle Conz
KB/Gruppe Hamburg

Keine Meinungsfreiheit bei HEW

Bedingt durch Personalengpässe während der Urlaubszeit beschäftigen die Hamburgischen Electricitäts-Werke momentan eine Reihe Kollegen aus Fremdfirmen. So wurde auch ein Dreher, Mitglied der „Gewerkschaftsinitiative gegen Atomkraftwerke", von seiner Firma ins HEW-Reparaturwerk Bramfeld geschickt. Schon am zweiten Tag wurde er aufgefordert, seine Sachen zu packen und nach Haus zu gehen. Einziger Grund: ein Vorgesetzter hatte am Auto des Kollegen einen Anti-AKW-Aufkleber entdeckt!

Da staunten auch die HEW-Kollegen. Einer bemerkte: *„Wenn wir schon wieder soweit sind, daß einer wegen seiner Meinung rausgeschmissen wird, dann sind wir ja bald wieder bei Adolf!"*



Kollegen seit zwei Monaten ohne Lohn!

Pinneberg: Vor zwei Jahren wurde die Zwanger GmbH in Pinneberg bei Hamburg von der Möller Consult-Gruppe übernommen. Seitdem wurde die Belegschaft von der Geschäftsleitung über die tatsächliche Betriebsentwicklung belogen und mit Versprechungen hingehalten. Mitte Juli dieses Jahres nun beantragte das Finanzamt Elmshorn die Eröffnung eines Konkursverfahrens. Die Steuerschuld des Kapitalisten beläuft sich auf rd. 1,1Mio DM. Insgesamt ist die Firma mit ca.11 Mio DM verschuldet. Die seit zwei Monaten der Belegschaft vorenthaltenen Löhne und Gehälter betragen 200.000 DM!

Der Konkursantrag traf die Kollegen wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Doch noch auf der sofort einberufenen außerordentlichen Betriebsversammlung appellierte IG-Metall-Sekretär Ladehoff an die Kollegen:„*Bitte arbeitet weiter*" („Pinneberger Zeitung" –PZ, 18.7.). Wenig später wurde ein Antrag auf Massenentlassung vorbereitet (!) (PZ, 1.8.). Die Kollegen wurden total im Unklaren gelassen und bis zum 29.8. in Urlaub geschickt.

Schon zu diesem Zeitpunkt war den Kollegen klar, was auf sie zukommt:„*Dann (nach dem Urlaub) gibt es wieder eine Betriebsversammlung, auf der die Kündigungen ausgegeben werden.*" Und tatsächlich: Nach dem Urlaub werden die ersten Angestellten und kurz darauf die Arbeiter entlassen! Kommentar des IGM-Sekretärs:„ *Völlig hilflos müssen wir zugucken, wie mit den Arbeitnehmern Schindluder getrieben wird.*"

Firmenchef Möller und sein Geschäftsführer Neumann spielen indes weiter auf Zeit. Um der Eröffnung des Konkursverfahrens zuvorzukommen, stellten sie Vergleichsantrag. Der vom Amtsgericht eingesetzte Zwangsverwalter Ramelow hält einen Vergleichsversuch für zum Scheitern verurteilt. „*Der Geschäftsleitung gehe es nur darum , ihr kleines ‚Abschreibungsimperium' zu retten*" („Handelsblatt", 1.9.). „*Ich werde künftig alle Gießereikunden der Firma an Sie verweisen, die fordern ihre Formen zurück. Noch eine Woche länger, und alle Kunden sind auch für einen Nachfolgebetrieb verloren*". erklärte Ramelow auf einer von Möller kurzfristig anberaumten Pressekonferenz, zu der der Zwangsverwalter als „ungebetener Gast" erschienen war (FAZ, 5.9.).

Auch die Belegschaft forderte Möller ultimativ auf , seinen Vergleichsantrag zurückzuziehen und einem Konkursverfahren zuzustimmen. Nur so sehen die Kollegen eine Chance, durch Konkursausfallgeld ihre ausstehenden Löhne und Gehälter zu bekommen. Ende August rückten sie den Möller-Herren in deren pompöser Villa an der Alster auf die Pelle. 60 Kollegen verlangten bei einer Demonstration auf Plakaten und in Sprechchören ihr Geld. Die Polizei hatte es sich nicht nehmen lassen,den Firmensitz vorsorglich zu „sichern". Eine Verhandlungsdelegation konnte nichts ausrichten. BR-Vorsitzender Sänger, der die Verhandlung vorzeitig verließ, charakterisierte seinen Kollegen gegenüber die Situation: „*Ich kann dieses Gesabbel einfach nicht mehr ab. Mir wird schlecht bei dem. was der Möller erzählt!*" (PZ, 31.8.)

KB/Gruppe Pinneberg und Metall-Kommission



Die Zwanger-Kollegenschaft demonstriert vor den Büros der Müller Consult-Firmengruppe in Hamburg

Die Zwanger-Kollegenschaft demonstriert vor den Büros der Müller Consult-Firmengruppe in Hamburg

Druck

DruPa-Hauptvorstand: Denunziation und Ausschlußanträge

Im letzten DruPa-Zentralorgan (Nr. 18/77) stellt der Hauptvorstand den Antrag an den Gewerkschaftstag, sieben Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg aus der DruPa endgültig rauszuschmeißen. Um die Kollegen in jedem Fall fertig zu machen, werden sie erstmal namentlich (!) an den Pranger gestellt, damit die Kapitalisten wissen, was sie zu tun haben. Eine Gewerkschaftspraxis, die schon mehrfach von der IG Metall vorexerziert worden ist. Auch hier führte das zumindest in einem Fall schon dazu, daß der Kapitalist eines Kollegen bereits entsprechende Schritte beraten hat und der Kollege von Glück reden kann, daß seine Probezeit gerade überstanden war. Der Hauptvorstand will die Kollegen ausgeschlossen wissen, weil sie angeblich zugegeben hätten, aktiv am „Streik-Info" eines gewerkschaftsoppositionellen Blattes während des Druckerstreiks 1976 in Hamburg mitgearbeitet zu haben.

Dadurch sei während des Streiks die „*unbedingt notwendige Geschlossenheit und Einheit der Gewerkschaft in Frage gestellt*" worden. Selbstverständlich sei „*bei den deutschen Gewerkschaften Kritik stets erlaubt, ja erwünscht. Ihre Grenze findet Kritik jedoch dort, wo sie hetzerisch, unkollegial und unsolidarisch wird. Das war bei den ‚Streik-Infos' der Fall*" – so der Hauptvorstand. Das ganze wird dann mit zwei angeblich im „Streik-Info " gebrauchten Worten („Arbeiterverrat" und „Verschaukelungspolitik") begründet, aus denen offensichtlich jeder sehen soll, wie recht der Hauptvorstand haben muß. D. h. der Hauptvorstand hat in den „demokratischen" deutschen Gewerkschaften eine Begrün-

haben muß. D. h. der Hauptvorstand hat in den „demokratischen" deutschen Gewerkschaften eine Begrün-

dung natürlich nicht nötig. Dabei ist der Vorstand so selbstherrlich, daß er diese Behauptung aufstellt, obwohl der Hauptausschuß der Gewerkschaft aufgrund der ihm vorliegenden „Streik-Infos" entschieden hat, daß diese „*für einen Beendigung der Mitgliedschaft nicht ausreichen*". Darüber hatte der Hauptausschuß, so behauptet der Hauptvorstand in seinem Antrag, festgestellt, daß den Kollegen „*eine Mitwirkung bei der Herstellung und dem Vertrieb des ‚Druckarbeiters' nicht nachweisbar sei*" („Druckarbeiter", Branchenzeitung des KB für die Hamburger Druckkollegen). In den meisten Fällen hatte sich der Hauptausschuß mit der Frage der Mitarbeit am „Druckarbeiter" überhaupt nicht beschäftigt. Nur in einem Fall war offensichtlich bei der Bearbeitung der Ausschlüsse Verfassungsschutzmaterial mit in die Bearbeitung geraten, wobei dann plötzlich einem Kollegen zusätzlich der Vorwurf der Verbreitung des „Druckarbeiters" gemacht worden war. Als der Kollege darauf hinwies, daß diese Behauptung nicht zuträfe, ließ der Hauptausschuß den Vorwurf fallen. Nun hat der Hauptvorstand noch einmal nachgeschnüffelt, um diese Behauptung wieder aufstellen zu können. Dabei entdeckte er, daß in dieser Zeit der „Druckarbeiter" nicht erschienen war (im übrigen während eines ganzen halben Jahres und nicht nur während des Streiks). Daraufhin behauptete jetzt der Hauptvorstand, das „Streik-Info" sei „anstelle" des „Druckarbeiters" erschienen, d. h. das „Streik-Info" war für den Hauptvorstand nichts weiter als ein verkappter „Druckarbeiter" des KB. Daran zeigt sich eben eindrucksvoll die besondere Gefährlichkeit des KB: auf den seinerzeitigen Streikversammlungen wurden die Thesen des „Streik-Info" (dem Hauptvorstand zufolge also die Thesen des KB) jeweils von der Mehrheit der Versammelten geteilt, weshalb seinerzeit der Hamburger Ortsvereinsvorstand in den Versammlungen versuchte, jede Abstimmung zu verhindern. Jedenfalls haben für den Hauptvorstand die aktiven Mitarbeiter am „Streik-Info" „*gewerkschaftliche Zielsetzungen gegnerischer Organisationen unterstützt*" und damit ihre Mitgliedschaft laut Unvereinbarkeitsbeschluß verwirkt.

Bei diesem Antrag geht der Hauptvorstand offensichtlich davon aus, daß die Gewerkschaftsdelegierten gleich dem Hauptvorstand zustimmen, wenn der Kommunistenvorwurf gefallen ist, und daß nach Richtigkeit der Anschuldigungen bzw. der Logik in den Behauptungen nicht mehr gefragt wird. Der Hauptvorstand hat nämlich nicht nur den Vorwurf des verkappten „Druckarbeiters" hinkonstruiert, er hat darüberhinaus in seinem Antrag zum großen Teil kräftig gelogen. Alle sieben Ausschlußanträge sind gleichlautend, obwohl die sieben Ausschlußanträge keineswegs dieselben gewesen sind.

So wird z. B. behauptet, sämtliche sieben genannten DruPa-Mitglieder hätten zugegeben, aktiv am „Streik-Info" mitgearbeitet zu haben. Tatsache ist, daß zum Beispiel

„Streik-Info" mitgearbeitet zu haben. Tatsache ist, daß zum Beispiel

in einem Fall der Ausschlußantrag überhaupt nicht im Zusammenhang mit dem „Streik-Info" gestanden hatte, sondern wegen aktiver Verhinderung von Zeitungsauslieferungen. Auch von den übrigen liegt dem Hauptvorstand dieses Eingeständnis nur teilweise vor.

Das zeigt noch einmal in aller Deutlichkeit, daß es der Gewerkschaftsführung nicht um eine Auseinandersetzung mit oppositionellen Positionen in der Gewerkschaft geht, sondern daß irgendwelche zusammengeschusterten Behauptungen hergesucht werden, um linke Kritiker loszuwerden. In diesem Sinn sind den Kollegen bereits jetzt die Rechte als Gewerkschafter satzungswidrig entzogen worden.

Der Hauptvorstand geht fest davon aus, daß die ausgewählten Delegierten auf dem Gewerkschaftstag nicht lange fragen werden, sondern blind dem Hauptvorstand folgen werden. Da allerdings hier in allzu leichtfertiger Weise vom Hauptvorstand Vorwürfe für eine Reihe von Kollegen zusammengedichtet wurden, die für die Kollegen schwerwiegende Folgen für ihre weitere Existenz haben können, könnte es peinlich werden, wenn die betroffenen Kollegen nicht derartig mit sich umspringen lassen.

Druckkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Stahlindustrie Saarland:
IG Metall-Führer fordern Verstaatlichung

In der saarländischen Stahlindustrie spitzt sich die Lage immer mehr zu, Durch Konzentration und zunehmende Kooperation der drei größten Stahlkonzerne drohen Massenentlassungen für die nächsten Jahre in einer Größenordnung von 10.000. Bereits jetzt liegt das Saarland mit 7,3% Arbeitslosen – gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 4,3% – deutlich an der Spitze.

Im Juli hatten die Vorstände der Dillinger Hüttenwerke, der Neunkirchner Eisenwerke und der Stahlwerke Röchling-Burbach bekannt gegeben, daß zukünftig die drei Stahlwerke mit flüssigem Roheisen aus einem gemeinsamen Hochofenwerk in Dillingen versorgt werden sollen.

Dieser Plan hat die Stillegung der Roheisenerzeugung in Neunkirchen und Völklingen zur Folge – mithin die Vernichtung von etwa 4.000 Arbeitsplätzen. Von noch größerer Bedeutung ist aber, daß die Zusammenlegung der Roheisenerzeugung nur den Anfang einer umfangreichen Konzentration darstellt, an deren Ende die vollständige Umstrukturierung der saarländischen Stahlindustrie stehen dürfte:

Alleinige Roheisen-Produktion in Dillingen und Konzentration der Stahlerzeugung in Völklingen. In Neunkirchen und Burbach blieben dann nur noch Walzwerke übrig, die Stahlfertigprodukte herstellen. Zusätzlich soll bei Röhrling-Burbach die Zahl der Angestellten in den nächsten drei Jahren um je sieben Prozent verringert werden. Betroffen sind hiervon etwa 600 bis 700 Angestellte.

Außerdem haben die Stahlkonzerne den Saarbergwerken den Betrieb einer gemeinsamen Großkokerei vorgeschlagen. Was zur Folge hätte, daß die Stahlhütten die eigene Koksproduktion aufgeben würden. Für den Fall, daß die Stahlkapitalisten ihre angekündigte Pläne durchsetzen, wird sich die Zahl der hier beschäftigten Arbeiter und Angestellten von derzeit 37.500 auf etwa 25.000 verringern!

Angesichts einer für die Lage der saarländischen Arbeiter und Angestellten in der Tat katastrophalen Entwicklung haben sich die IG Metall-Führer zum Ruf nach Verstaatlichung entschlossen. „*Die IG Metall und der Betriebsrat der Saarländischen Stahlwerke Röchling-Burbach haben die Landesregierung aufgefordert, nach Artikel 52 der Verfassung die von Betriebseinschränkungen und Massenentlassungen bedrohten Hüttenwerke zu verstaatlichen.*" („ED" 6.9.).

Zu dieser Forderung ist zweierlei zu sagen: Erstens werden mit Verstaatlichungen im Kapitalismus keine Massenentlassungen verhindert, sondern dienen im Gegenteil dazu, „kranke" Betriebe bzw. Branchen kräftig durchzurationalisieren (so vor allem geschehen im Bergbau) und zweitens wird mit so einer „radikalen" Forderung von Gewerkschaftsführern stets bezweckt, von Kämpfen der Arbeiterschaft abzulenken und diese zu sabotieren.

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Erneute Arbeitsniederlegung bei VFW

Bremen: An zwei Tagen nacheinander kam es in den norddeutschen VFW-Betrieben zu erneuten Kampfaktionen der Belegschaften aus Protest gegen die Bedrohung ihrer Arbeitsplätze. Am 7.9. demonstrierten rund 2500 Kollegen der Werke Bremen-Hoydenkampf, Lemwerder und Einswarden durch die Straßen der Kreisstadt Delmenhorst. Am 8.9. morgens legten rund 5000 Kollegen der Werke Bremen, Lemwerder und Varel für zwei Stunden die Arbeit nieder.

Die Flugzeugbauer sehen ihre Arbeitsplätze insbesondere durch die geplante Fusion mit dem Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Konzern bedroht. Darüber hinaus ist nach wie vor völlig ungeklärt, ob der zivile Kurzstreckenjet VFW 614 in Zukunft weitergebaut werden soll. Zwar ist mittlerweile eine Forderung der Belegschaften erfüllt: der Vertrieb dieses Flugzeugs wird nicht mehr von der Amsterdamer Vertriebsgesellschaft des deutsch-holländischen Konzerns organisiert – den Holländern war in der Vergangenheit ein Boykott der VFW 614 zugunsten der holländischen F 28 vorgeworfen worden – der Verkauf ist jetzt dem Geschäftsführer des Bremer VFW-Zweigs direkt unterstellt (FAZ, 8.9.). Die Belegschaften fordern jedoch von der Bundesregierung schnelle Entscheidungen zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Der Bremer Betriebsrat kündigte an, man werde bei weiterer Verzögerung mit Sonderzügen und tausenden PKWs nach Bonn fahren, um dem Kanzler einen „Besuch" abzustatten.

Ihre Mitarbeit an der „Neuordnung" der westdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie haben inzwischen die Gewerkschaftsführer angeboten. Wie die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" (7.9.) meldet, „... *habe sich die IG Metall ... seit längerer Zeit mit den Fragen der Neuordnung beschäftigt. Das Ergebnis dieser detaillierten Analysen und Überlegungen sei vor allem, daß der Beschäftigungsabbau dort, wo er in den einzelnen Fällen unumgänglich sein sollte, in so engen Grenzen gehalten werden könnte, daß er sich ohne bruchhafte und krisenartige Entwicklung bewältigen lasse*".

Damit dienen sich die Gewerkschaftsführer wieder einmal an, den nötigen Flankenschutz zu gewähren, den die Kapitalisten zur Umsetzung ihrer Massenentlassungen benötigen. Ähnlich wie beim Zechensterben im Ruhrbergbau und ebenso in der momentanen Werftenkrise zeigen die Gewerkschaftsführer großes Verständnis für die Rationalisierungswünsche der Kapitalisten, unterbreiten dazu sogar eigene Vorschläge. Ihre Sorge ist einzig auf die Vermeidung bzw. Kanalisierung ins Haus stehender Konflikte, die die kapitalistische Profitwirtschaft in Frage stellen könnten, gerichtet.

Metallkommission
KB/Grüppe Hamburg

Neues von Gewerkschaftsausschlüssen

Hamburg. Der Ausschlußantrag gegen den Streikbrecher Heinemann ist vom Hauptvorstand zurück an den Landesbezirksvorstand geschickt worden, weil Ortsvereine keinen Antrag auf Ausschluß stellen könnten. Der Landesbezirksvorstand hat beschlossen, keinen eigenen Ausschlußantrag zu formulieren. Nachdem also die Sache nach dem Druckerstreik im letzten Jahr reichlich verschleppt worden ist, soll nun die Sache auf kaltem Wege möglichst begraben werden.

Das Ausschlußverfahren gegen die Kollegin A. H. ist eingestellt worden. Der Ausschlußantrag war gestellt worden, weil sie während des Streiks gefilmt hatte, und dadurch interne Auseinandersetzungen an die Öffentlichkeit gelangt seien. Sie hatte nach dem Antrag ihren Film selbst zensiert und außerdem ihn nur noch für gewerkschaftsinterne Zwecke zur Verfügung gestellt. Als sie auf der letzten Delegiertenversammlung wiederum den Antrag stellte, filmen zu dürfen, wurde das von Wolf abgelehnt, ihr allerdings erlaubt, in dem entsprechenden Ausschuß über die Bildschirmgeräte mitzufilmen.

Druckkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Westberlin:

Mercator-Druckerei »säubert«

Bei der Mercator-Druckerei in Westberlin gibt es eine ganze Reihe fortschrittlicher linksgerichteter Kollegen.

Die Geschäftsleitung (GL) hat sich nun vorgenommen, diese Betriebslinke planmäßig aus dem Betrieb herauszusäubern bzw. einzuschüchtern. Dazu einige Beispiele aus der letzten Zeit:

1. Nach dem Buback-Attentat legte sich die GL dafür ins Zeug, daß die »Buback-Gedenk-Minute« auch bei Mercator zelebriert würde, eine Art Gesinnungstest. Kollegen, die nicht mittrauern wollten, wurden vor den anderen Kollegen als Sympathisanten des Terrorismus bezeichnet!
2. Anfang des Jahres hat es eine breite Diskussion um eine außertarifliche Lohnerhöhung gegeben. Ein Perforator, der sich in dieser Angelegenheit besonders einsetzte, wurde wegen »Störung des Betriebsfriedens« entlassen (obwohl sich eine Reihe von Kollegen in einer Resolution gegen die Entlassung ausgesprochen hatten).
3. Ein Zeitungsausfahrer wurde bei seiner Fahrertätigkeit von einem PKW verfolgt und bespitzelt. Anschließend wurde er von der GL befragt, ob er Mitglied des KBW sei. Kurz darauf wurde er entlassen (offizielle Begründung: »Wegfall des Arbeitsplatzes«).
4. Ein Kollege aus der Rotation brachte angeblich mehrere Exemplare des »Widerdruck« (Branchenzeitung des KBW) in den Betrieb mit. Aufgrund einer Denunziation wurde er fristlos von der GL gefeuert, weil er mit »seiner parteipolitischen Betätigung« den Betriebsfrieden gestört hätte.
5. Ein Vertrauensmann aus der Maschinensetzerei hatte bei einem Arbeitsgerichtsprozeß zugunsten des (oben erwähnten) entlassenen Perforators ausgesagt. Die GL nahm dies zum Anlaß, um ihn von seinem Posten als Arbeitsvorbereiter abzusetzen. Weil er beim Prozeß gegen die GL ausgesagt hatte, hätte er nun das Vertrauen der GL verloren und er wurde auf einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz versetzt (die GL gab gleichzeitig zu verstehen, daß sie eigentlich erwogen hätte, den Kollegen zu kündigen).
6. Um die Angriffe der GL zu rechtfertigen, wurde von der GL ein Beschwerde-Brief des Westberliner »Tagesspiegel« erwähnt, indem sich der »Tagesspiegel« über die zunehmende »kommunistische Unterwanderung« bei der Mercator-Druckerei beschwert.

Das Ganze stellt sich aber als Farce heraus, da der Chef der Mercator-Druckerei Meier gleichzeitig der Miteigner der Zeitung »Tagesspiegel« ist.

... und die Gewerkschaft

Von der Gewerkschaft hatten die Kollegen kaum etwas zu erwarten. So wurde dem Kollegen, der wegen »parteipolitischer Betätigung« gefeuert worden war, kein Rechtsschutz gewährt. Desweiteren hat sich die Gewerkschaftsführung gegenüber dem Betriebsrat erklärt, Mercator scheine sich zu einem Sammelpunkt für Linksradikale zu entwickeln. Besser hätte es die GL auch nicht sagen können.

Die erwähnten Kündigungen sind alle ohne Einverständnis des BR durchgesetzt worden. In den folgenden Arbeitsgerichtsprozessen hat der BR die Kollegen unterstützt.

Der Widerstand der Kollegen ist bis jetzt über juristische Schritte kaum hinausgegangen.

Druckgruppe
KB / Westberlin

Arbeiter-»Zensur« verfassungswidrig?

Während die tagtägliche Zensur der Chefredaktionen der Tages- und Wochenpresse sowie die voranschreitende Konzentration von Verlagsimperien und die damit verbundene Gleichschaltung der Presse offensichtlich vollständig „verfassungsmäßig" ist, ist jeder Eingriff in die freie Meinungsäußerung (der Chefredakteure) seitens der Druckarbeiter jedoch „verfassungswidrig". Dies zeigte sich zuletzt wieder deutlich an der gerichtlichen Auseinandersetzung (Nachspiel zum Druckerstreik 1976) um eine Frankfurter Druckerei.

Gegen den hessischen Generalstaatsanwalt Gauf wurde kürzlich von einem frankfurter Amtsrichter, Klein, Dienstaufsichtsbeschwerde gestellt. Gauf hatte nach 15-monatigen Nachforschungen die Drucker und Setzer der frankfurter Societätsdruckerei straffrei ausgehen lassen und das Verfahren gegen sie eingestellt. Klein zufolge haben diese **„durch die gewaltsame Unterdrükkung des Leitartikels . . die Rechte der Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit sowie das den Lesern der Frankfurter Neuen Presse zustehende Recht auf Informationsfreiheit außer Kraft gesetzt. Ihr Verhalten war also ein Angriff auf unsere verfassungsmäßige Ordnung und ein Eingriff in elementare Grundrechte unseres Staates"(„Welt", 8.9.77).**

Während der Tarifauseinandersetzung1976 hatten die Drucker und Setzer dieses CDU-nahen Blattes einen Hetzkommentar des Chefredakteurs verhindert, indem sie mit totalem Streik gegen die entsprechende Ausgabe drohten. In der Zeitung erschien dann ein wohltuender weißer Fleck, statt der Behauptung, die Drupa strebe die *„Aushungerung"* großer Zeitungshäuser an, und *„die übrige Branche sollte der Einzelhinrichtung in der Nachbarschaft nicht tatenlos zusehen"* (nach ‚Mobilmachung' der Arbeitskampf in der Druckindustrie 1976).

Generalstaatsanwalt Gauf sah zwar den *„Tatbestand der Nötigung als erfüllt"* an, stellte aber das Verfahren mit der Begründung „der *geringeren Schuld der beschuldigten Arbeiter"* ein. *„Das Klima des Arbeitskampfes habe sich gerade an jenem Tage so sehr zugespitzt, so daß sich alle Beteiligten in einer sehr gereizten Stimmung befanden."*(„FR", 13.8.77). Doch wesentlich ließ hier der Generalstaatsanwalt deshalb „Gnade" walten, um die Drucker und Setzer nicht zu Gegnern der kapitalistischen Pressefreiheit werden zu lassen und es bei dieser „einmaligen Sünde " zu belassen. Ausdrücklich benannte er als Grund für die Einstellung des Verfahrens, daß die Erörterung des Falles vor Gericht *„zu einer neuen schwerwiegenden Störung des Betriebsfriedens"* führen würde und durch die Einstellung eine „Wiederholungsgefahr" nicht gegeben sei. Die Drupa beeilte sich zu versichern, daß nicht die Absicht bestünde *„die Mitbestimmung auf die inhaltliche Gestaltung von Presseorganen auszudehnen"*(„FR", 13.8.77).

Richter Klein - inspiriert durch die Springer-Presse - stellte dagegen fest, daß der Streik bzw. die Zensur eine *„prinzipielle Frage"* sei, eine *„gegen die Verfassungsordnung gerichtete Straftat"*, die nicht aus der *„sachfremden gesetzwidrigen Erwägung"*, nämlich die Drucker nicht weiter zu radikalisieren, in Frage gestellt werden dürfe. Dieser Vorstoß zielt darauf, den Streik von Druckern schrittweise für „verfassungswidrig" zu erklären und einen Staatsanwalt, der das nicht einsieht ebenfalls kaltzustellen.

Broschek - Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg



Auch die „Bild-Zeitung" wurde „zensiert"

Abbau gewerkschaftlicher Solidarität

Hamburg. Auf der Delegiertenversammlung der DruPa am 12. September einberufen, trug die gekündigte Vertrauensfrau H.P. vor, daß sie zur letzten Vertrauensleutesitzung von den eigenen Kollegen nicht mehr zugelassen worden sei und gleich auf dem Flur abgefertigt wurde. Damals wurde das damit begründet, daß mit dem mündlichen Urteil, in dem das Gericht in erster Instanz dem Auslösungsantrag wegen mangelndem Vertrauen stattgegeben hat, die Kollegin nicht mehr dem Betrieb angehört.

Die Kollegin fragte auf der Delegiertenversammlung speziell nach der gewerkschaftlichen Solidarität. Sie fragte insbesondere, warum noch nicht einmal der Versuch unternommen worden sei, der Rechtsauffassung der Geschäftsleitung etwas entgegenzusetzen und noch nicht einmal ein Protest formuliert worden sei. Sie hielt dies für wichtig, da vor Gericht selbstverständlich nur über die Höhe der Abfindung gestritten werden kann, während der Kampf gegen eine politische Kündigung selbstverständlich im Betrieb stattfinden muß!

Daß genau diesen Kampf der Ortsvereinsvorstand der IG DruPa verhindern will, beweist seine dürftige Antwort: Die Funktion als Vertrauensfrau sei der Kollegin nicht zu bestreiten, aber ab Datum der Kündigung habe sie zum Betrieb kein Zugangsrecht mehr. Da die Vertrauensleutesitzung im Betrieb stattfand, sei alles rechtens abgelaufen.

Ein älterer Kollege prangerte die Rechtsauffassung des Ortsvereinsvorstandes an: Auf der einen Seite schütze er den Streikbrecher Heinemann, dessen Ausschluß die Delegiertenversammlung verlangt hatte, auf der anderen Seite akzeptiere der Vorstand bei einer Kollegin, bei der eventuell die politische Richtung nicht paßt, die schlechteste Rechtsauslegung. Das sei keine Rechtsauffassung im Interesse der Kollegen, sondern eine Rechtsauffassung à la Wolf (Ortsvereinsvorstand).

Ein Springer-Kollege

Rahmentarifvertrag:
Hamburger Delegierte
kontra Hauptvorstand!
Die Auseinandersetzungen um die Arbei an den Bildschirmsatzgeräten spitzt sich weiter zu. Durch derartige Geräte
den Maschinen arbeiten sollen, aufgegeben wurde und somit eine schlei-

mit der Begründung „der geringeren Schuld der beschuldigten Arbeiter" ein. „Das Klima des Arbeitskampfes habe sich gerade an jenem Tage so sehr zugespitzt, so daß sich alle Beteiligten in einer sehr gereizten Stimmung befanden."(„FR", 13.8.77). Doch wesentlich ließ hier der Generalstaatsanwalt deshalb „Gnade" walten, um die Drucker und Setzer nicht zu Gegnern der kapitalistischen Pressefreiheit werden zu lassen und es bei dieser „einmaligen Sünde " zu belassen. Ausdrück-
Betrieb angehört.
Die Kollegin fragte auf der Delegiertenversammlung speziell nach der gewerkschaftlichen Solidarität. Sie fragte insbesondere, warum noch nicht einmal der Versuch unternommen worden sei, der Rechtsauffassung der Geschäftsleitung etwas entgegenzusetzen und noch nicht einmal ein Protest formuliert worden sei. Sie hielt dies für wichtig, da vor Gericht selbstverständlich nur über die Höhe der Abfindung gestritten werden kann, während der Kampf gegen eine politische Kündi-
standes an: Auf der einen Seite schütze er den Streikbrecher Heinemann, dessen Ausschluß die Delegiertenversammlung verlangt hatte, auf der anderen Seite akzeptiere der Vorstand bei einer Kollegin, bei der eventuell die politische Richtung nicht paßt, die schlechteste Rechtsauslegung. Das sei keine Rechtsauffassung im Interesse der Kollegen, sondern eine Rechtsauffassung à la Wolf (Ortsvereinsvorstand).
Ein Springer-Kollege

Rahmentarifvertrag: Hamburger Delegierte kontra Hauptvorstand!

Die Auseinandersetzungen um die Arbei an den Bildschirmsatzgeräten spitzt sich weiter zu. Durch derartige Geräte sollen Schritt um Schritt sämtliche Setzer überflüssig gemacht werden.

Die nächste Verhandlungsrunde über den Rahmentarifvertrag, in dem geregelt werden soll, wie diese Geräte in Zukunft besetzt werden sollen, haben die Kapitalisten platzen lassen mit der hergesuchten Begründung, daß die Forderungen der Gewerkschaft für ihren Gewerkschaftstag die Pressefreiheit verletzen würden.

Auf der anderen Seite flackert es in einige Betrieben auf:

— Im Münchner Zeitungs-Verlag (»Münchener Merkur«) und im Süddeutschen Verlag (»Süddeutsche Zeitung«) gingen die Setzer in einen kurzen Warnstreik von einer bzw. einer halben Stunde.

— Die IG Druck und Papier veröffentlichte anläßlich einer breiten Mobilisierung für die September-Verhandlungen eine lange Reihe von kämpferischen Resolutionen von Belegschaften aus der ganzen BRD. **Allerdings beschränken sich diese »Stimmen aus den Betrieben« darauf, ihre vollständige Loyalität zu erklären. Andere wurden nicht gebracht oder wie der der Gruner & Jahr Vertrauensleute-Artikel zurechtgestutzt bzw. kritische Passagen einfach gestriechen. D.h. die Stimmung unter den fortschrittlichen Teilen der Druckerkollegen geht weiter, als es im Zentralorgan wiedergegeben wird.**

Wichtiger Erfolg auf der Hamburger Delegiertenversammlung

Schon auf der letzten Delegiertenversammlung hatte die Delegiertenversammlung den Verhandlungskurs der DruPa kritisiert. Auf der Versammlung vom 12.9. wurde wiederum einstimmig ein Antrag in ähnlicher Richtung verabschiedet, nur der Ortsvereinsvorsitzende Wolf, der ansonsten ins rechte Spektrum der DruPa zu zählen ist, enthielt sich der Stimme.

Als wichtigster Punkt wird in der Resolution die bisherige Verhandlungsführung der DruPa als eine »vorprogrammierte Niederlage« bezeichnet, weil die wesentlichste Forderung, daß nämlich Druckfachkollegen an den Maschinen arbeiten sollen, aufgegeben wurde und somit eine schleichende Übergabe an die Journalisten möglich wird.

Konkret wird gefordert, den Rasterentwurf zurückzuziehen, die Verhandlung seitens der DruPa platzen zu lassen und die Hamburger Resolution im regionalen Mitteilungsblatt der Gewerkschaft zu veröffentlichen. Ins Auge wurde von den Delegierten gefaßt, die Diskussion auf die anderen Landesverbände auszudehnen, von denen wenig bekannt ist, wie weit dort die Diskussion und die Auseinandersetzung gediehen ist. Dies ist das Ergebnis einer gefälschten und zensierten Berichterstattung durch die Redaktion des gewerkschaftlichen Zentralorgans — so lautete die Kritik auf der Delegiertenversammlung.

Der Hauptvorstand wird allerdings alles andere tun, als diese Diskussion offen unter den Gewerkschaftern zu führen. Als die Gruner & Jahr-Kollegen ihre Vorstellungen in der BRD an ihnen bekannte Kollegen verschickt hatten, wurde das als »Querschüsse« bzw. gewerkschaftsschädigend seitens des Hauptvorstands bezeichnet. Auch über die in Hamburg derzeit erreichte Einigkeit sollte man sich nicht täuschen lassen, auch hier werden die fortschrittlichen Kollegen weiter unter Beschuß stehen.

Als beispielsweise auf der letzten Betriebsversammlung bei Broschek der Raster-Rahmentarifvertragsentwurf des Hauptvorstands kritisiert wurde, wollte Heinz Wolf das damit vom Tisch bringen, daß er dies als Kritik von den »Arbeiterbasisgruppen« hinstellte. Das machte es angesichts der Anwesenheit des Kapitalisten für die Kollegen natürlich schwierig, weiter darauf einzugehen. Wolf selbst versucht auch, die Kritik nicht über Hamburg hinauskommen zu lassen. Auf der Delegiertenversammlung behauptete er kurzerhand, er hätte keinen Einfluß darauf, was im Zentralorgan abgedruckt würde. Für das regionale Mitteilungsblatt, wo er mit diesem Schnack nicht kommen konnte, war der Termin angeblich überschritten gewesen. Wie dumm aber auch.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Solidarität gegen Rufmord!

Westberlin: Wie schon in AK 105 berichtet (»Wer sitzen bleibt oder lacht, wird flugs zum Terroristen gemacht«, S.22) läuft gegen den Kollegen Knapp ein Gewerkschaftsausschlußverfahren der ÖTV-Führung, weil er sich geweigert hatte, anläßlich einer Schweigeminute zum Ableben Bubacks aufzustehen.

Der Fall des Kollegen ist - zunächst unerwartet - sehr breit veröffentlicht worden. So stand in der »Frankfurter Rundschau« vom 23.7.77 ein ausführlicher Artikel, der sich im wesentlichen auf die Dokumentation des FHSS--Komitees stützt. U. Knapp hat ein Interview im Mittagsmagazin des westdeutschen Rundfunks gegeben. Neben kurzen Veröffentlichungen in der West berliner Tagespresse ist der Fall v.a. in der Sozialarbeiter- und Erzieher•Presse dokumentiert worden.

Über die neuere Entwicklung schreibt die West-Berliner »Heim und Erzieher Zeitschrift« (HEZ): *»Eine Kollegin aus Spandau* (hat) , *als der Kollege Knapp ... zur Fachgruppensitzung erschien, obwohl sie seit 5 Jahren eng mit ihm zusammenarbeitet, ... erklärt: 'Udo, geh hier bloß raus oder ich muß die Sitzung schließen, wir dürfen hier nicht mit dir diskutieren ...' Jetzt wird deutlich, daß das Kalkül der ÖTV-Führung ... aufgeht. Sie haben erreicht, was sie wollten: die Kollegen, die mit ihm die Gewerkschaftsgruppe aufgebaut haben, mit ihm gekämpft haben, haben ihn fallengelassen ... Wieso empört das niemanden ernsthaft, daß ein Kollege, obwohl sein Ausschlußverfahren läuft, faktisch schon ausgeschlossen ist ...«* Die HEZ schließt mit der Aufforderung *»an diesem Punkt müßte eine breite Diskussion in der ÖTV über die Frage einsetzen: was muß eigentlich noch alles passieren, bis wir unser krummes Kreuz auch in der ÖTV wieder gerade kriegen«* (HEZ Nr. 6/7 77).

Die oben zitierten Gewerkschaftskollegen von U. Knapp haben inzwischen beschlossen, weiter mit ihm zusammenzuarbeiten! Sie veröffentlichten dazu eine Erklärung, in der sie ihren Schritt u.a. folgendermaßen begründen: »... *wir wissen, daß wir uns mit diesem Schritt nicht in Übereinstimmung mit der Satzung der ÖTV befinden* (§6,Abs.7: Bis zur endgültigen Entscheidung über den Ausschluß ruhen die Mitgliederrechte und-pflichten des betroffenen Mitglieds - Anm. d. Verf.). *Diese Entscheidung ist uns auch nicht leicht gefallen, da wir uns bisher immer an die Satzung ... gehalten haben. Wir meinen jedoch, daß die Notwendigkeit der praktischen Solidarität mit unserem Kollegen schwerer wiegt als die formale Anpassung an eine - wie wir meinen - fragwürdige Satzungsbestimmung ... Wir werden ... beantragen, daß diese Bestimmung auf dem kommenden Gewerkschaftstag neu diskutiert und möglichst verändert wird. Wir sehen, daß diese Satzungsbestimmung in den letzten Jahren vorwiegend gegen Gewerkschaftsmitglieder angewendet wurde, die politisch links stehen, d.h., die konsequent engagiert und kritisch ihre Interessen am Arbeitsplatz und innerhalb der Gewerkschaft vertreten. Mit dieser Bestimmung kann man Kollgen mundtot machen und in aller Ruhe politischen Rufmord betreiben, mit allen Konsequenzen für die berufliche Existenz. Eine solche Kampagne ist gegen den Kollegen Knapp bereits in Gang gesetzt worden. In einem offiziellen ÖTV-Flugblatt ist der Kollege in übelster Weise politisch diffamiert worden, indem tatsächliches Geschehen mit einer allgemeinen Stellungnahme gegen linksextreme Parteien gemixt worden ist ... Auf der Grundlage der gewerkschaftsinternen Auseinandersetzung ist bereits im Juni d.J... eine Entscheidung getroffen worden: der Kollege Knapp ist von seinem Arbeitsplatz als Sachbearbeiter für politische Bildung im Jugendbereich in einen anderen Bereich der Verwaltung versetzt worden, der in keine Weise seiner beruflichen Qualifikation entspricht.*

Damit ist ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen einem Gewerkschaftsausschlußverfahren und drohendem Berufsverbot gegeben!

Mit der Entscheidung zur weiteren Zusammenarbeit mit dem Kollegen Knapp dokumentiert die Fachgruppe deshalb neben ihrer persönlichen und gewerkschaftlichen Solidarität vor allen Dingen ihren entschiedenen Widerstand gegen undemokratische und verleumderische Praktiken in den eigenen Reihen«.

Bravo, kann man da nur sagen, das sollte Schule machen! Die Kollegen schließen mit der Aufforderung: »*Wir hoffen auf die Unterstützung unserer Entscheidung durch ÖTV-Mitglieder der übrigen Berliner Bezirke und anderer Bereiche des öffentlichen Dienstes! Wir bitten Euch, Eure Solidarität durch schriftliche Erklärungen gegenüber dem Bezirksvorstand zu dokumentieren!«*

Wir meinen, daß derartige Erklärungen auch außerhalb West-Berlins diskutiert werden sollten.

Solidaritätserklärungen bitte an:
Peter Hofmann/b. Markiewicz
Eisenbahnstr. 44
1 Berlin 36

ÖTV-Kommission/ West-Berlin

Unterdrückung gewerkschaftlicher Arbeit im Krankenhaus Eilbek

Hamburg. Anfang Juni gründeten die Auszubildenden im AK Eilbek (AKE) mit Unterstützung des Jugendsekretariats der ÖTV eine Gewerkschaftsjugendgruppe. Sie hatten die Notwendigkeit erkannt, die Mißstände in ihrer Ausbildung aufzudecken, die »Spar« Maßnahmen im Gesundheitsbereich und die Tarifpolitik zu diskutieren und anhand dieser Themen eine gewerkschaftliche Praxis zu entwickeln.

Die Gruppe wuchs schwunghaft an. Lebendig wurde über die Erfahrungen auf den Stationen, die »Fehlzeitenregelung« (84 Tage dürfen in drei Jahren nicht überschritten werden, die Schwangerschaftszeit wird z.B. mitangerechnet), den Krankenhausbedarfsplan und andere Themen diskutiert.

Im August gab die Jugendgruppe ein Flugblatt für die Schüler des ersten Semesters heraus, das eine kurze Situationsbeschreibung der Auszubildenden (erniedrigende, entwürdigende Arbeit, Erziehung zum Duckmäusertum etc.) und eine Schilderung der weiteren Arbeit der Gruppe enthielt. Dieses Flugblatt war für die Krankenhausleitung der Anlaß für den Versuch, die ersten Ansätze gewerkschaftlicher Jugendarbeit wieder zunichte zu machen. Sie luden einzelne Kollegen vor, um sie massiv einzuschüchtern. Damit wollten sie erreichen, einen als »Rädelsführer« herauszufinden, zwecks exemplarischer Bestrafung. Doch der Versuch scheiterte an der Geschlossenheit der Kollegen.

Deshalb fuhr die Krankenhausleitung schwerere Geschütze auf:

Sie schickte 7 Mitgliedern eine schriftliche »Mißbilligung«, die sie vom Personalrat hatte absegnen lassen, ins Haus. Zwei Kollegen wurde gleich die fristlose Kündigung angedroht!

Der stellvertretende Jugendvertreter wurde zum personalärztlichen Dienst zitiert. Er sollte aufgrund eines Knieleidens kalt abserviert werden. Und einer Auszubildenden aus dem zweiten Semester sollte gleich gekündigt werden. Sie verbreite Unruhe im Betrieb, habe einen Tag unentschuldigt gefehlt und gegen die Hausordnung verstoßen, weil ihr Zimmer im Schwesternheim »unaufgeräumt« sei und sie sich unerlaubterweise eine Katze halte! Die Kündigung wurde inzwischen in eine »Mißbilligung« umgewandelt, da alle Kollegen ihres Kurses sich sofort mit ihr solidarisierten (»Wir nehmen eine Kündigung der Kollegin nicht hin!«).

Ihr brutales Vorgehen begründete die Krankenhausleitung lapidar damit, daß die Kollegen »Unwahrheiten« verbreitet und den »Betriebsfrieden gestört« hätten ... Es soll also unwahr sein, daß die Auszubildenden erniedrigt werden und bei einer Kritik an ihrer Situation um ihren Arbeitsplatz bangen müssen ? Das Vorgehen der Krankenhausleitung zeigt in aller Deutlichkeit, wer hier Unwahrheiten verbreitet und den Betriebsfrieden stört. Zwar wünscht sich die Oberin »kritische Auszubildende«, wie sie in jedem Einstellungsgespräch hervorhebt, daß aber die Kollegen ihre Interessen »gegen die Krankenhausleitung durchsetzen« müssen (laut Flugblatt), geht ihr entschieden zu weit.

Die ÖTV-Führer haben sich bei all diesen Angriffen des Öffentlichen Arbeitgebers auf die gewerkschaftliche Arbeit mal wieder ihre vornehme Zurückhaltung bewahrt. Formal begründet damit, daß das Flugblatt nicht offiziell genehmigt sei. Wenn sie ihre Haltung nicht ändern, zeigen sie damit deutlich, daß sie gar kein ernsthaftes Interesse an einer Entwicklung gewerkschaftlicher Jugendarbeit im AKE haben.

Erfreulich demgegenüber ist die Reaktion des Arbeitskreises Gesundheit in der ÖTV, der sich mehrheitlich hinter die Jugendgruppe im AKE stellte und sich zu Solidaritätsaktionen in verschiedenen Hamburger Krankenhäusern bereit erklärte. Auch die Schülervollversammlung im AK Barmbek sprach sich gegen die Disziplinierung der Jugendgruppe aus. Der Schülerrat ist beauftragt worden, sich nähere Informationen zu beschaffen.

So soll es sein. Die Jugendgruppe macht weiter!

Ein Genosse aus dem AK Eilbek
KB / Gruppe Hamburg

Protest koreanischer Krankenschwestern

In einem »Aufruf koreanischer Frauengruppen in der BRD« protestieren die Krankenschwestern gegen ihre für 1979 geplante Ausweisung:

»Allein durch den Einsatz von ausländischen Krankenpflegerinnen und -helferinnen wurde und wird zum Teil heute noch die Patientenpflege in zahlreichen Kliniken und Sanatorien gesichert. Und dies trotz der Rotation, die das Ausländergesetz zum Resultat hatte. Jetzt sollen die über 16.000 Krankenschwestern aus Nicht-EG-Ländern bis 1979 die BRD verlassen. Der Hauptgrund für dieses Vorhaben der Regierung und Behörden besteht keineswegs im gestiegenen Angebot einheimischer Arbeitskräfte, sondern in den spürbaren Sparmaßnahmen auch im Gesundheitswesen.

Im Zuge dieser Maßnahmen wird die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis nicht mehr verlängert und für viele ausländische Krankenschwestern ist die erzwungene Rückkehr, wenn nicht Ausweisung und Abschiebung eine reale Bedrohung. Sie haben zwar Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, wenn sie mehr als sechs Monate in der BRD gearbeitet haben, bevor sie arbeitslos geworden sind; aber dieses Recht kann praktisch kaum wahrgenommen werden, da gleichzeitig eine Aufenthaltserlaubnis erforderlich ist. Eine Aufenthaltserlaubnis bekommt man jedoch nur, wenn man eine Arbeitserlaubnis hat. Durch diese Koppelung werden die Krankenschwestern von einer Stelle zur anderen geschickt und die Verantwortung schieben Behörden und Arbeitgeber gegenseitig von sich ab.

Man könnte sagen, jetzt sei endlich die Zeit gekommen, unsere hier erworbenen Kenntnisse von modernen medizinischen Einrichtungen zu Hause anzuwenden. Aber wie sieht die Realität zu Hause aus ?

In Ländern wie Südkorea, Indien, den Philippinen usw. fehlt eine Gesundheitsorganisation, die die notwendigsten Bedürfnisse der einfachen Bevölkerung auch nur einigermaßen befriedigen könnte. Dadurch ist es für die Rückkehrer fast aussichtslos, einen Arbeitsplatz zu finden. Gerade die gesellschaftliche und wirtschaftliche Rückständigkeit in unseren Heimatländern hat uns hier auf den Arbeitsmarkt geworfen. Und an dieser Lage hat sich nichts geändert. Die Rückkehrer vermehren zum großen Teil Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zu Hause.

Deshalb fordern wir:

1. Gewährung der Aufenthaltserlaubnis, damit wir unseren Anspruch auf Arbeitslosengeld wahrnehmen können!
2. Unbefristete Aufenthaltserlaubnis!
3. Das Recht auf Weiterarbeit in der Bundesrepublik!«

(aus »protokolle« Nr. 16)

Unter den Aufruf werden auch Unterschriften gesammelt, die an
Uschi Langenberg,
Günthersburgallee 75
6 Frankfurt/Main
geschickt werden sollen.

Ausländerkommission



Asiatische Krankenschwestern - Nach Jahren der Ausbeutung: Ausweisung!

Fernfahrer verschaukelt

Wie dem ÖTV-Magazin« vom September (Nr. 9) zu entnahmen ist, hat der ÖTV-Hauptvorstand am 18. Juli die Verhandlungen über einen neuen Bundesmanteltarifvertrag für den Güter- und Fernverkehr für gescheitert erklärt. Damit ist die inzwischen vierte Verhandlungsrunde ohne Ergebnis abgebrochen worden. Die Verhandlungen laufen seit der Kündigung des Bundesmantelterifvertrages durch die ÖTV im Jahre 1976!

Dabei werden die Arbeitsbedingungen für die rund 70.000 Fahrer und Beifahrer im Güter- und Möbelverkehr immer schlimmer. Der (zur Verhand-
gen für die rund 70.000 Fahrer und Beifahrer im Güter- und Möbelverkehr immer schlimmer. Der (zur Verhand-
lung stehende) Bundesmanteltarifvertrag sieht tägliche Arbeitszeiten von elf Stunden, tägliche Schichtzeiten von zwölf Stunden und wöchentliche Arbeitszeiten von sechzig (!!) Stunden »als Höchstzeiten« vor. *»Für zwei Fahrer mit Schlafkabine galten tägliche Arbeitszeiten bis zu zwanzig Stunden, tägliche Schichtzeiten bis zu 22, wöchentliche Arbeitszeiten bis zu 85 Stunden und bis zu 154 Stunden in der Doppelwoche. Die Mindestruhezeit betrug bei zwei Fahrern mit Schlafkabine acht Stunden«* (»ÖTV-Magazin«, Nr. 9).

Doch geht auch das ÖTV-Magazin davon aus, daß aus diesen tarifvertraglich festgelegten Höchstzeiten *„überwiegend regelmäßige Arbeitszeiten“* gemacht wurden.

In der Regel beginnt die Arbeitswoche derFernfahrer am Sonntag um 22 Uhr und endet am folgenden Sonnabend um 14 Uhr. *»Die überlangen — teilweise nochmals überschrittenen — Arbeitszeiten führen unter anderem dazu, daß Fernfahrer mit 50 bis 55 Jahren bereits eine ‚Lebensarbeitszeit‘ abgeleistet haben, die andere Arbeitnehmer erst mit dem 63. beziehungsweise 65. Lebensjahr erreichen. Doch mit 55 Jahren sind die meisten Fernfahrer wegen der starken Belastung schon fahruntauglich“*
erreichen. Doch mit 55 Jahren sind die meisten Fernfahrer wegen der starken Belastung schon fahruntauglich“
(ÖTV-Magazin, Nr. 9)!

Trotz dieser mörderischen Arbeitsbedingungen forderten die Transportkapitalisten in den Verhandlungen um den Bundesmanteltarifvertrag noch längere Arbeitszeiten und kürzere Mindestruhezeiten! Obwohl das ÖTV-Magazin selbst auf die Tatsache hinweist, daß die Kapitalisten *„bereits während der ersten Verhandlung“* (!) gezeigt hätten, daß sie *„nicht bereit sein würden, den Forderungen der Gewerkschaft ÖTV zu entsprechen oder auch nur darüber zu verhandeln“*, haben sie nicht etwa die Verhandlungen sofort abgebrochen und die Fernfahrer zu Kampfmaßnahmen aufgerufen, sondern „verhandeln“ seitdem (über was eigentlich??) — vier Runden lang!

Die ÖTV-Führer dachten seit Beginn der Verhandlungen überhaupt nicht daran, die Kampfkraft der Fernfahrer (Lahmlegen des gesamten Transportverkehrs auf der Straße!) in die Waagschale zu werfen. Die betroffenen Kollegen spielen tatsächlich nur die Rolle eines Statisten. Denn die ÖTV-Führer geben nach Scheitern der vierten Verhandlungsrunde nur noch großartige „Orientierung“: *„Die Gewerkschaft ÖTV erwartet, daß die Gewerbeaufsichtsämter die Einhaltung der Arbeitszeitordnung kontrollieren«.*
großartige „Orientierung“: „Die Gewerkschaft ÖTV erwartet, daß die Gewerbeaufsichtsämter die Einhaltung der Arbeitszeitordnung kontrollieren«.
(ÖTV-Magazin, Nr. 9). Das deshalb, weil seit Scheitern der Verhandlungen ein tarifloser Zustand besteht und für diese Zeit die Bestimmungen der Arbeitszeitordnung (AZO) gelten (d.h. regelmäßige Arbeitszeit von acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich).

In diese Art der Verhandlungsführung paßt auch, daß während die Kapitalisten Propagandakampagnen gegen die Bestimmungen der AZO oder des Straßenverkehrsrechts führen, die ÖTV-Führer außer Lamento im ÖTV-Magazin dem nichts entgegenzusetzen haben. Vielmehr werden von ihnen selbst noch die notdürftigsten Informationen monatelang verschleppt.

Die weitere Entwicklung verfolgen wir mit Spannung, denn wenn die Kapitalisten auch weiterhin über die Forderungen nicht einmal verhandeln wollen, wie weit gehen ihnen dann die ÖTV-Führer entgegen, ohne Angst um ihr Gesicht haben zu müssen, oder laufen die Verhandlungen noch immer weiter?

Auf alle Fälle sollten die Fernfahrer selbst da ein bißchen mitmischen — schließlich droht ihnen nach wie vor noch eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen!

HAST DU SCHON GEHÖRT, DAß WIR NOCH LÄNGER ARBEITEN SOLLEN...!

ÖTV-Kommission

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

Für die Tarifrunde 1977 im Öffentlichen Dienst empfielt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung: unter 3,5 % bleiben, mit den Einsparungen „neue Arbeitsplätze schaffen“. Die ÖTV solle *„die Weichen für die allgemeine Lohnentwicklung stellen“* (Welt, vom 7.9.77).

• • •

Der Kampf der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gegen die Einführung der Gleitzeit „ist gerecht“, dient „der Zersetzung des Staatsapparates“ und wird „von den Volksmassen unterstützt!“

Das beweist die KVZ vom 5.9.77 an einem sehr guten Beispiel: Am 30.8.77 gab es bei einer Direktübertragung von der Funkausstellung nur 13 Sekunden lang Beifall für die Einführung der Gleitzeit in den Berliner Behörden. Mindestens 20 Sekunden wurde Beifall gegen die Einführung der Gleitzeit geklatscht! . . .

• • •

Die Arbeitsverträge mit Krankenschwestern aus Korea und anderen südostasiatischen Ländern, die zum Teil seit Jahren in der Bundesrepublik gearbeitet haben, werden nicht mehr verlängert! So wie die Krankenschwestern früher auf Anforderung der Krankenhäuser aus ihren Heimatländern in die BRD geholt wurden, werden sie jetzt im Zuge des Betten- und Personalabbaus einfach auf die Straße gesetzt, in ihre Heimatländer zurückgeschickt und sind dort dann zumeist arbeitslos (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 8.9.77). Die Rückschickungsaktion ist ein echter Beitrag zum Abbau der Gesundheitsversorgung durch den Staat und ein Beispiel für die skrupellose Behandlung der „Gastarbeiter“ hierzulande.

• • •

Durch einen Erlaß haben der Bundesminsiter des Innern und der Bundesminister für Verkehr Ende März 1977 den Abbau außertariflicher Zuschläge für die Drucker des Bundes (u.a. im Institut für Angewandte Geodäsie Frankfurt, im Deutschen Hydrographischen Institut Hamburg und beim Deutschen Wetterdienst in Offenbach) festgesetzt. Die Zuschläge (zwischen fünf und 160 Pfennig) werden jährlich um 30 Pfennige »abgeschmolzen«, neu Eingestellte erhalten sie gar nicht mehr.

Auf die Proteste der Drucker und die Arbeitsniederlegungen im Hydrographischen Institut (Hamburg) gingen die Bundesminister nicht ein.

Deshalb klagen zur Zeit zwei Drucker stellvertretend für alle vor dem Arbeitsgericht Hamburg auf Zahlung des bisherigen Lohnausfalls von 313,20 Mark brutto plus vier Prozent Zinsen mit der Begründung: *„Der Lohnzuschlag ist keine Konjunkturzulage, sondern als Leistungszuschlag fester Bestandteil des Lohnes. Er könne nicht gekündigt werden“* (ÖTV-Magazin, September 1977).

• • •

Bekannt ist, daß die Götter in weißem Kittel nahezu unantastbar sind, wenn es um die Folgen ihrer Schlampigkeiten — genannt Kunstfehler — geht. Wie das konkret aussieht, zeigen die Ergebnisse einer „Gutachterkommission für ärztliche Behandlungsfehler bei der Ärztekammer Nordrhein“:

Seit Bestehen dieser Kommission im Jahre 1975 erkannten die »Gutachter« — natürlich unter Vorsitz eines „neutralen Richters“ — ganze 32 Kunstfehler an! In diesen knapp drei Jahren waren 1430 Anträge von Patienten eingegangen. In 65 Prozent der Fälle ging es um Operationsfolgen und in 35 Prozent der Fälle um die Behandlungsfolgen durch niedergelassene Ärzte. Davon erledigten sich schon die Hälfte, nämlich 654 Anträge, durch wie es heißt „Zurücknahme“. In nicht wenigen dieser Fälle dürften die Patienten vor der Macht des Ärztestandes kapituliert haben oder auch zum Aufgeben gezwungen worden sein.

Real bearbeitet wurden bisher sowieso nur 284 Anträge. 485 Anträge stehen noch aus und monatlich kommen noch rund 40 neue hinzu. Die jeweiligen Verfahren dauern bis zu neun Monaten. Insgesamt ist also diese »Gutachterkommission« mehr zur Vertuschung denn zur Verfolgung von „Kunstfehlern“ eingesetzt . . . (Alle Informationen aus „Frankfurter Rundschau“, 5.9.77).

ÖTV-Kommission

Manteltarifrunde für Seeschiffahrt

Die erste Verhandlungsrunde über einen neuen Manteltarifvertrag für die 30 000 Seeleute verlief am 7.9. ohne Ergebnis. Die Reederkapitalisten im „Verband Deutscher Küstenschiffseigner“ verlangten zu den Forderungen der Gewerkschaften ÖTV und DAG eine „Konkretisierung“ („Hamburger Abendblatt“, 8.9.). Die Forderungen beinhalten:

Einführung der 40-Stunden-Woche, wobei Arbeit am Samstagen, Sonntagen und Feiertagen als Überstunden bezahlt werden.

Der Urlaub soll nach Werktagen berechnet werden.

Bei einer Fragebogenaktion der ÖTV auf 130 Schiffen haben sich über 99 Prozent der Seeleute für die Forderungen ausgesprochen, erklärte die ÖTV-Führung. Die Manteltarife der Seeleute gehören zu den schlechtesten im Verhältnis zu anderen Verträgen. Die 40 Stunden-Woche steht zwar seit 1971 auf dem Papier, aber an Bord wird wesentlich länger gearbeitet. Die 52 Samstage, 52 Sonntage und entsprechende Feiertage werden meistens durchgearbeitet. Die ÖTV fordert für den Fall, daß an diesen Tagen gearbeitet wird, besondere Zuschläge und Überstundenbezahlung. Der Urlaub für die Seeleute wird immer noch kalendertäglich abgerechnet. Alle freien Tage im Jahr werden also als Urlaub angesehen. Allerdings haben die Gewerkschaftsführer bei der Aufstellung der Forderung schon ein großes Zugeständnis an die Reederkapitalisten gemacht: In der Urlaubsregelung soll der Samstag weiterhin als Werktag gerechnet werden. Deshalb scheint der ÖTV-Sprecher Heinrich Rake nicht umhin zu kommen, die Forderung als *„recht bescheiden“* (Hamb. Abendblatt, 7.9.) zu bezeichnen.

Die Reederkapitalisten *„lehnen Zugeständnisse ab, weil ihre schlechte wirtschaftliche Lage ihnen keinerlei Verhandlungsspielraum gebe“* (ebenda). Wenn die Forderungen der Gewerkschaft erfüllt werden, müßte sie ihre Heuerleistungen um 20% mehr erhöhen, erklärten sie. Die DAG rechnete dazu aus, das würde nur bis zu 9,5% ausmachen.

Wer nun die beste Prozentrechnung vorlegen kann,sollte den Seeleuten egal sein. Die Durchsetzung dieser minimalsten Verbesserung als Angleichung an andere Manteltarifverträge ist schon lange fällig!

ÖTV-Kommission

HBV

Dresdner Bank:
Betriebsrat P.H. soll fertig gemacht werden

Wie wir schon mehrfach im AK berichteten, hatte die Betriebsratsmehrheit in der Dresdner Bank in Hamburg gegen das Betriebsrats- und HBV-Mitglied P.H. ein Amtsenthebungsverfahren beim Arbeitsgericht beantragt, weil dieser Flugblätter zur Brokdorfdemonstration am 19.2.77 verteilt hatte. In der ersten Instanz war der Antrag der Betriebsrats- und der Geschäftsleitung vom Arbeitsgericht eindeutig zurückgewiesen worden. Dies ließ die rechten BRs (DAG) natürlich nicht zur Ruhe kommen. Am 18.7. beschloß der BR mit 12 gegen 6 Stimmen (Gegenstimmen waren alle HBV-BRs), Beschwerde beim Landesarbeitsgericht einzulegen.

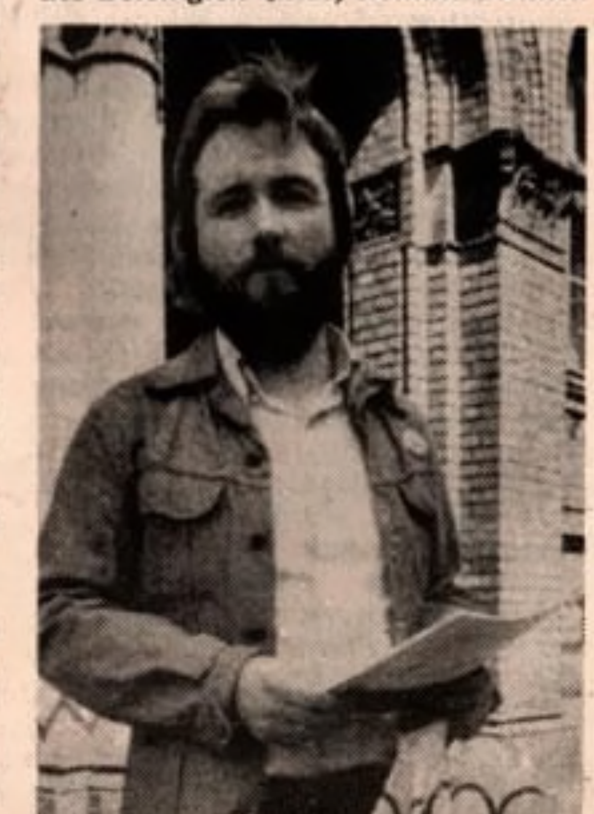
Leider hatten die massive Einschüchterung und Hetze gegen den Kollegen Haß Erfolg, indem dieser Ende Juli 77 von sich aus zum 30.9.77 kündigte. Diese Tatsache hat allerdings Betriebsrat und Geschäftsleitung nicht davon abbringen können, eine teuflische Anti-»Terroristen«-Jagd gegen den Kollegen zu inszenieren.

Inzwischen liegt eine Ladung zum Landesarbeitsgericht für den 27.9.77 sowie die Beschwerdeschrift der Anwälte des BR vor. In dieser Beschwerdeschrift wird erneut versucht, strafrechtliche Vergehen von erheblichem Ausmaß dem Kollegen H. anzuhängen. So heißt es u.a. zu einem Vorgang aus dem Jahre 1974, wo P.H. im Laufe einer Auseinandersetzung im BR um eine von den DAG-Betriebsräten geplante Hetzschrift gegen die HBV-Betriebsräte, den BR-Vorsitzenden scharf angriff (Zitat):

»*Der Beteiligte zu 2.)* (P.H., d. Red.) *hat in einer Zeit, in welcher die Bevölkerung ständig durch Bombendrohungen beunruhigt wird, seinen Betriebsratsvorsitzenden mit einem Bombenattentat bedroht. Diese Bedrohung war nicht lediglich eine sprachliche Entgleisung, wie sich daraus ergibt, daß der Betriebsratsvorsitzende sie sehr ernst genommen hat.*« Der Herr Betriebsratsvorsitzende leidet wohl unter Verfolgungswahn?

Und zu dem Fakt, daß P.H. mit Kollegen auch über Formen des Widerstandes gegen AKWs diskutiert hat, heißt es (Zitat:) »*Er kündigt eigene Kampfmaßnahmen gegen Polizei und Bundesgrenzschutz in der Luft und zu Lande an, indem er Drachen steigen lassen, Krähenfüße auslegen und Enterhaken werfen will.*«

Und schließlich wird der Kreis geschlossen, indem ein Zusammenhang zwischen Terrorismus und AKW-Gegnern hergestellt wird (Zitat:) »*In unmittelbarem Zusammenhang mit der Bombendrohung ist das Verhalten des Beteiligten zu 2.) vom 15.2.1977 zu sehen, als er ankündigte, er werde den Bundesgrenzschutz und die Polizei mit Drachen, Krähenfüßen und Enterhaken bekämpfen. In diesem Verhalten des Beteiligten zu 2.) kommt deutlich zum Ausdruck, daß er sich nicht an Gesetz und Recht zu halten gedenkt, wenn es um die Durchsetzung seiner politischen Ziele geht.*«


Peter Haß

In diesem Stil den Kollegen zum Terroristen abzustempeln, ist die ganze Schrift aufgemacht.

In seiner Sitzung vom 14.9. beschloß der BR, das Verfahren gegen P.H. trotz seiner Kündigung weiter zu betreiben. Als Begründung dafür wurde u.a. angegeben, daß der Kollege H. dem Ansehen des BR erneut schweren Schaden zugefügt habe, indem er in Karlsruhe angeblich zusammen mit dem Baader/Meinhof-Anwalt O. Schily aufgetreten sei.

Tatsache ist, daß P.H. am 9.9. in Karlsruhe auf Einladung der dortigen Unterstützungsgruppe für ein Russell-Tribunal seinen Fall dargestellt hat. Thema der Veranstaltung, an der Schily übrigens nicht teilnehmen konnte: Kampf der politischen Unterdrükkung.

Der Betriebsrat war im Besitz eines Fotos der in Karlsruhe verklebten Plakate und mehrerer Zeitungsausschnitte. Das läßt vermuten, daß der BR und/oder Geschäftsleitung den Kollegen H. inzwischen überwachen läßt bzw. die Informationen von der politischen Polizei an den BR herangetragen worden sind.

Das ist eine weitere Steigerung in dem Versuch, ein Exempel gegen einen aktiven AKW-Gegner zu statuieren.

Gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern!

Schluß mit der Verfolgung von AKW-Gegnern im Betrieb, in der Gewerkschaft und anderswo!

Bankenzelle
HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Betriebsräte der Iduna vorzeitig zurückgetreten

Nachdem der BR Iduna Leben bereits am 7.6. seinen Rücktritt zum 15.9.77 erklärt hatte, in der Folgezeit aber Rücktritt nicht legte, blieb den Rechten nichts anderes übrig, als sich der massiven Forderung der Kollegen nach Liste mit anderen Zugpferden aufgefrischt werden muß.
Auch die HBV ist in Schwierigkei-

Vereins- und Westbank Hamburg:
Überstundenschinderei

Als Bank mit dem schnellsten Kundendienst in Hamburg preist sich die Vereins- und Westbank AG an: nachmittags die Buchung, am nächsten Tag hält der Kunde schon seinen Kontoauszug in der Hand.

Für die Kollegen der Expedition, die die Auszüge, Belege, Dokumente und Post für die Kunden versand- bzw. abholfertig machen, heißt das:

— Arbeiten in Früh- und Spätschicht (in der Spätschicht regulär von 13.oo bis 23.oo Uhr).

Die Arbeitsmenge hat sich in den letzten zwei Jahren von 43.000 täglich einzusortierender Belege (natürlich bei leicht sinkender Kollegenzahl) auf über 55.000 täglich erhöht — ohne daß es irgendwelche technischen Vereinfachungen o.ä. gegeben hätte.

Der zusätzliche Arbeitsanfall wurde lediglich mit Überstunden bewältigt. Dabei wurden Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitszeitordnung etc. in geradzu mittelalterlicher Weise gehandhabt:

— so z.B. dauerte die Spätschicht in den vergangenen Monaten meist bis 2.oo oder 3.oo Uhr morgens.
— ein (gesetzlich vorgeschriebenes) Nachtessen für Arbeiten über 24.oo Uhr hinaus und die dazugehörigen Pausenzeiten wurden nach Gutdünken d. h. meist gar nicht gewährt (z.T. forderten die Kollegen dies auch gar nicht mehr, um »möglichst schnell nach Hause zu kommen«).
— dauerte die Arbeit bis 0.30 Uhr, mußten die Kollegen sehen, wie sie nach Hause kamen, erst später wurden Taxen bestellt.
— immer wieder machen Kollegen Doppelschichten, d.h. die Tagschichtkollegen arbeiten bis spät in die Nach hinein — die elf Stunden notwendige und gesetzlich vorgeschriebene — Ruhepause zwischen Arbeitsende und Arbeitsbeginn wird hier nicht eingehalten.

Die Möglichkeit, diese mittelalterlichen Arbeitszeiten durchzusetzen, liegen zum einen in der miesen Bezahlung der Kollegen, die die Überstunden »gut gebrauchen« können, zum anderen in der Einstellung mancher älterer Kollegen, die »nur noch ein paar Jahre rumzukriegen haben«.

So waren es lediglich die Frauen — die übrigens nur in der Nachtschicht arbeiten und ca. ein Viertel der Abteilung ausmachen —, die aufgrund ihrer besonderen Belastung, am nächsten Tag Haushalt und Kinder versorgen zu müssen, Überstunden über Mitternacht hinaus ablehnten. Zudem werden die Kolleginnen bei gleicher Arbeit eine Tarifgruppe schlechter bezahlt als die männlichen Kollegen.

Der Unmut der Kollegen über diese Zustände wurde, wenn's besonders schlimm war, durch Besuche der Geschäftsleitung in der Nacht, durch Präsente wie Pralinés und einer Flasche Wein besänftigt. In einem Schreiben an die »lieben Mitarbeiterinnen und lieben Mitarbeiter« schreibt die Geschäftsleitung:

»*Wir möchten Ihnen auf diesem Wege auch einmal schriftlich unseren Dank und unsere besondere Anerkennung für Ihren seit längerem geleisteten besonderen Einsatz aussprechen. Als kleines äußeres Zeichen überreichen wir Ihnen in dieser Zeit der besonderen Anspannung ein kleines Präsent. Wir werden nichts unversucht lassen, durch verschiedene begleitende Maßnahmen zu normalisierten Arbeitszeiten zu gelangen. Hierfür benötigen wir allerdings noch eine angemessene Zeit ...*«

In diesem Brief der Geschäftsleitung kommt nur zu deutlich zum Ausdruck, welche unzumutbaren Arbeitsbedingungen in dieser Abteilung bestehen.

Umso erschreckender, daß der Betriebsrat sich bislang kaum hat blicken lassen, und dort wo er es tat, von den Kollegen den Spitznamen »Beschwichtiger« bekam. Auch die HBV-Betriebsgruppe hat es erst nach einigen Anläufen geschafft, sich mit diesem Thema zu befassen, und erstmal eine »Arbeitsgruppe« eingerichtet.

Offensichtlich ist jedoch, daß selbst noch relativ kleine Initiativen von Kollegen, sich an Betriebsrat und HBV-Betriebsgruppe zu wenden, Mitglieder der Geschäftsleitung und des Betriebsrates ständig auf die Situation anzumachen, bereits die Geschäftsleitung zum Handeln veranlaßten:

— Die Frauen bekommen jetzt eine Tarifgruppe mehr bezahlt und sind in der Bezahlung den Kollegen gleichgestellt,
— die männlichen Kollegen bekamen einen Zuschlag von ca. 50 DM brutto im Monat.

Deutlich wird jedoch an diesen eiligen Zugeständnissen der Geschäftsleitung, wie bewußt ihr ist, daß die Sache »heiß« werden kann, wenn die Kollegen ihrer Verärgerung gemeinsam Luft machen.

Banken Zelle
KB/Gruppe Hamburg

arbeiten und ca. ein Viertel der Abteilung ausmachen —, die aufgrund ihrer besonderen Belastung, am nächsten Tag Haushalt und Kinder versorgen zu müssen, Überstunden über Mitternacht hinaus ablehnten. Zudem
Kollegen ihrer Verärgerung gemeinsam Luft machen.
Banken Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Betriebsräte der Iduna vorzeitig zurückgetreten

Nachdem der BR Iduna Leben bereits am 7.6. seinen Rücktritt zum 15.9.77 erklärt hatte, in der Folgezeit aber rechtliche Bedenken gegen diesen vordatierten Rücktritt erhoben wurden, erklärten die BRs der Iduna Leben und der Iduna Allgemeine auf ihren Sitzungen am 15.9.77 ihren sofortigen Rücktritt und bestellten einen Wahlvorstand zur unverzüglichen Einleitung von Neuwahlen.

Wie nochmal in AK 106 aufgerollt, hatten sich nach der Kündigungswelle 75 die Rechtsaußen um Fechner in den Sessel gehievt. In der Folgezeit gab es etliche Verstöße gegen das BVG, die Kollegen wurden von seiten des BRs nicht mehr informiert, Beschwerden von Kollegen gingen postwendend an die Vorgesetzten etc. Die Palette ist lang, und das Vertrauen der Kollegen zu diesem BR ging völlig verloren. Die Rechnung für ihre Schweinereien kriegten die Rechten auf der Betriebsversammlung im Mai, als sie keinen Stich mehr bekamen. Nachdem sich die Empörung auch nach Fechners Rücktritt nicht legte, blieb den Rechten nichts anderes übrig, als sich der massiven Forderung der Kollegen nach Neuwahlen zu beugen.

Das Listenkarussell

Das Problem für die verschiedenen Rechten in diesem Wahlkampf ist es, eine Liste zusammenzubekommen, die mit reiner Weste vor die Kollegen treten könnte. Das ist nur den Linken möglich, die schon seinerzeit die illegalen Praktiken im BR angeprangert hatten, alle anderen befinden sich da reichlich in der Zwickmühle — so z.B. die DAG, die gar nicht umhin kann, Fechner fallen zu lassen, zumal er auch hinter der rechten Abteilungsleiterclique M.E.P.I. steckt, die seit Juni einen Hetzwahlkampf gegen die Linken vorbereitet, aber auch DAG-Betriebsräte angegriffen hat. Einigen DAG-Rechten wird es allerdings mulmig, wenn sie daran denken, daß ihre Liste mit anderen Zugpferden aufgefrischt werden muß.

Auch die HBV ist in Schwierigkeiten. Sie hatte sich seinerzeit von den gekündigten HBV-Linken distanziert und muß jetzt wieder mit ihnen kandidieren, wenn sie eine Chance besitzen will — sehr unangenehm.

Die M.E.P.I. selbst hat das Problem, neben ihrer Linken-Hetze noch den alten abgeschifften BR-Vorsitzenden an den Mann bringen zu wollen. So hieß dann der rettende Strohhalm »Persönlichkeitswahl« — niemand außer den Linken wagt es, seine Liste zu präsentieren, die jetzt erst einmal hinter der Hand als »Eventual-Listen« gehandelt werden, falls da doch »irgendwelche Elemente« Listenwahl wollen.

Da die linken HBVler selbstverständlich an einer Listenwahl interessiert sind, kann es noch heiter für die Rechten werden.

Iduna Zelle
KB/Gruppe Hamburg

HBV für Punkte-Jagd bei Porst

Die HBV hat zusammen mit Photo Porst den »*tarifpolitischen Durchbruch erreicht*«, mit dieser Feststellung kommentierte der Abteilungsleiter Bieding von Porst die Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung im HBV-Bereich. Zwar möchte die HBV-Führung derzeit (noch) nicht offen in diesen Jubel einstimmen und überläßt es deshalb erst einmal diesem Kapitalisten-Sprecher, eine Seite lang in der HBV-Zeitung für das Modell zu jubeln, während sie selbst »distanziert« erklärt, ob dies »*das Nonplusultra ... ist, wird die Zukunft zeigen*«. Es müßten erst einmal »Erfahrungen« gesammelt werden, bevor »*ein solches Entlohnungssystem auch für andere Tarifbereiche Anwendung finden kann*« (alle Zitate aus »ausblick« 9/77, Zentralorgan der HBV-Gewerkschaft).

Statt einer herkömmlichen Tarifstaffelung, die nach Berufsjahren, Ausbildungs-Zertifikaten etc. aufgebaut ist, gibt es nunmehr rückwirkend seit dem 1.1.1977 für jeden Arbeitsplatz eine analytische Stellenbewertung. Hier wird nach sog. subjektiven Kriterien eine Punktevergabe gemacht, die addiert den Lohn ergibt. Faktoren sind u.a.:

— Anforderung an Denken (6,0 Pkt.),
— Anforderung an Muskelarbeit (0,6 Pkt.),
— Anforderung an Fachkönnen (2,0 Pkt.),
— Anforderung an Mengenleistung (0,5 Pkt.),
— Belastung durch Risiko bei Entscheidungen (3,0 Pkt.),
— Belastung durch Umwelteinflüsse (0,2 Pkt.),
— Anforderung an Kommunikation (1,5 Pkt.)

Um läppische 5.000 Mark im Jahr sollen sich die Porst-Kollegen durch das Punkte-Wettrennen streiten.

Selbstverständlich haben sowohl Betriebsräte als auch HBV-Führer an dieser Sache paritätisch mitbestimmt. Mit großem Elan ist man nun dabei, im Betrieb den großen Rummel im Kampf um die Punkte zu entfesseln. Eine Kommission und ein großes Befragungs-, Beschwerden- und Sitzungswesen wurde organisiert. Erst einmal wurde eine »Probebewertung« vorgenommen und probeweise »Einwände« bearbeitet. In zahlreichen Betriebs- und Abteilungsversammlungen und auf Betriebsräte-Konferenzen wurde in analytischer Arbeitsplatzbewertung geschult und der Kampf jeder gegen jeden um die Punktzahl geprobt.

Solche Bewertungssysteme haben den alleinigen Zweck, Rationalisierungen vorzubereiten und Kollegen zwecks Kündigung auszusortieren.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Chemie

Noch ein Kunstfaserwerk macht dicht

Die geplanten Massenentlassungen von über 700 Arbeitern aus der Höchst-Konzern-eigenen Spinnstoff; Fabrik Zehlendorf in Westberlin sind – nach anfänglichem Wirbel der IG Chemie-Führung und der Westberliner SPD (wir berichteten im AK darüber) – nun doch ziemlich reibungslos durchgesetzt worden. Anfang September wurden die ersten 350 Arbeiter aufgrund eines von Höchst-Kapitalisten und Betriebsräten ausgearbeiteten Sozialplans entlassen.

Die großen Reden der Sozialdemokraten vom Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei der „Spinne" wurden sang- und klanglos umorientiert auf die Forderung nach „Schaffung von Ersatzproduktion", also mehr Industrieansiedlung in Westberlin.

Die bittere Pille haben nun die entlassenen Kollegen zu schlucken.

KB/Gruppe Westberlin

»Spinne«, Westberlin: 350 Entlassungen!

Nachdem erst kürzlich die Hoechst AG beschloß, ihr Westberliner Faserwerk »Spinne Zehlendorf« dicht zu machen, macht jetzt auch die Bayer AG ein Faserwerk zu: Das Faserwerk Marl, das Bayer zusammen mit den Chemischen Werken Hüls betreibt. Am 5. September beschloß der Aufsichtsrat, mit dem Betriebsrat über »*Konsequenzen bis hin zur Stillegung zu beraten*«. Die IG Chemie rechnet mit einer Stillegung für 1978. Betroffen davon sind 680 Kollegen.

Das Werk wurde erst 1961 gebaut, fiel aber bereits ab 1975 in die Verlustzone, da die zursprünglich hohen Profite ausblieben im Zuge der allgemeinen Krise in der Faserindustrie (erinnert sei nur an die Schließung von Phrix/BASF, an diverse Schließungsversuche von Glanzstoff etc.).

Es ist z. Zt. noch nicht absehbar, ob die Kollegen des Faserwerkes Marl von den Konzernen Bayer und Hüls übernommen werden.

Insgesamt sind dieses Jahr bereits 2.300 Arbeitsplätze der Faserindustrie von den Kapitalisten liquidiert worden.

Chemiekomitee

GEW

GEW Hamburg:
Hat der Vorstand den Warnstreik aufgegeben?



Kurz zur Erinnerung: In einer Urabstimmung hatten sich im Juni 80% der Mitglieder der GEW-Hamburg für einen eintägigen Warnstreik gegen die Bestrebungen der Bundesregierung, die Bezüge der Referendare und der zukünftigen Stufenlehrer zu kürzen, ausgesprochen. Am 16.6. beschloß der Bundestag die Kürzung der Referendarsbezüge, ohne allerdings definitive Aussagen über die zukünftige Behandlung der Stufenlehrer zu machen. Am 15.7. schloß sich der Bundesrat der Lohnraubpolitik gegenüber den Referendaren an; die CDU/CSU regierten Länder verlangten darüberhinaus jedoch noch, daß gleichzeitig die Herunterstufung eines Teils der Stufenlehrer (Volks- und Realschulen) beschlossen wird. Deshalb wird dieses Gesetz am 5.10. vor dem Vermittlungsausschuß behandelt. Der Hamburger Vorstand hatte daraufhin zweimal die Durchführung des Warnstreiks beim Hauptvorstand der GEW beantragt, in beiden Fällen verweigerte dieser jedoch die Zustimmung. Die Mehrheit des Hauptvorstandes schloß sich dabei der demagogischen Begründung der Bundesregierung an, die Lohnkürzungen der Referendare wären notwendig, um zusätzliche Stellen zu schaffen.

Auf der letzten Vertrauensleuteversammlung (VV) der GEW Hamburg vor den Sommerferien wurde dies Vorgehen des Hauptvorstandes verurteilt und beschlossen: *„Die a.o. VV hält am Warnstreik fest und beauftragt den Landesvorstand, ... erneut einen Warnstreik beim Hauptvorstand zu beantragen."* Dies wurde insbesondere damit begründet, daß der Vermittlungsausschuß – denn das ist seine parlamentarische Funktion – nur noch weitere Verschlechterungen vorschlagen könne. Dieser Beschluß wurde von einer breiten Mehrheit der VV getragen. Hierin kam zum Ausdruck, daß die Mehrheit der Hamburger Gewerkschaftsmitglieder nicht bereit ist, auf die beschlossenen Kampfmaßnahmen gegen die Angriffe auf die Gehälter der Referendare und Lehrer zu verzichten.

Es mußte also davon ausgegangen werden, daß der Landesvorstand – durch den Beschluß verpflichtet – sofort nach den Sommerferien die Vorbereitungen für die Ausrufung des Warnstreiks beginnen würde. Aber nichts dergleichen geschah! Auf der ersten Vorstandssitzung nach den Ferien, am 13.9., stand der Warnstreik nicht einmal auf der Tagesordnung. Erst auf Intervention einiger Mitglieder des Vorstandes wurde dies nachgeholt. Beschlossen wurde, ein „Vertrauensleute-Info" herauszugeben, wobei sich eine grosse Mehrheit jedoch dagegen aussprach, die Frage des Warnstreiks dort mit aufzunehmen.

Am 15.9. erhielten die Vertrauensleute dieses Info, aus dem sie dann lediglich erfahren, daß die Vermittlungsausschußsitzung auf den 5. Oktober festgelegt wurde, und der Vorstand über weitere Entwicklungen informieren werde. Und dies drei Wochen vor der entscheidenden Sitzung. Die nächste VV soll gar erst n a c h dem 5.10. stattfinden und sich mit dem Schulentwicklungsplan und dem Problem der Arbeitszeitsregelung beschäftigen.

Dies alles sind mehr als genug Anzeichen dafür, daß die Mehrheit des Landesvorstandes um den links-sozialdemokratischen Vorsitzenden, Lemke, momentan kaum Interesse zeigt, die Streikfront wieder aufzubauen und die Bedingungen zu schaffen, unter denen der Warnstreik doch noch in die Tat umgesetzt werden kann. Man gewinnt den Eindruck, daß von den Vorstands-„Linken" wenig zu erwarten ist, stehen sie einmal nicht unter dem Trommelfeuer einer rebellischen Mitgliedschaft. In diesem Zusammenhang erinnert man sich daran, daß Lemke unmittelbar nach der Bundestagsentscheidung bereit gewesen war, den Streik fallen zu lassen, weil die Masse der Mitglieder angeblich nicht bereit sei, allein wegen der Referendare zu streiken. In dieser Situation mußte er sich schnell eines Besseren belehren lassen, denn auf allen entscheidenden GEW-Versammlungen wurden gegenteilige Beschlüsse gefaßt.

Besondere Bedeutung erhält diese Hinhaltetaktik dadurch, daß in einem weiteren Landesverband, Hessen, über einen möglichen Warnstreik diskutiert wird. Dies ist nicht zuletzt auf die Bemühungen der GEW-Hamburg zurückzuführen. Jeder kann sich an fünf Fingern ausrechnen, was ein Zurückstecken des Hamburger Verbandes für kampfbereite Mitglieder der anderen Landesverbände bedeuten würde, da der Hamburger Verband innerhalb der GEW als einer der kampfstärksten gilt. Deshalb kann es sich nur negativ auswirken, sollte sich in Hamburg die Haltung durchsetzen, „jetzt erstmal die Hessen machen zu lassen".

Schon früher hatten wir darauf hingewiesen, daß die Angriffe auf die Referendare und Lehrer nicht von einem Landesverband allein, sondern nur bundesweit zurückzuschlagen sind. Um solche bundesweiten Kampfmaßnahmen aufzubauen, ist es allerdings erforderlich, daß der Hamburger Verband weiterhin am Ball bleibt, um so in gewissem Maß für andere ein Beispiel zu setzen.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Prädikat: Nicht lesenswert

Westberlin. Nun haben sich also doch Mitglieder des Spalterverbands „GEW im DGB" auf's Eis gewagt und eine „Begründung" dafür zusammengeschissen, weshalb sie nicht bereit sind, zu den anstehenden Personalratswahlen gemeinsame Listen mit der aus dem DGB ausgeschlossenen GEW Westberlin aufzustellen. Zu allem Überfluß gibt sich das „Werk" auch noch den Anschein eines „theoretischen Beitrags" zu den *„Prinzipien der Einheitsgewerkschaftsbewegung"*.

Die überaus beeindruckende Argumentation der Schöneberger Verfasser dieses Papiers lautet: Prinzip der Einheitsgewerkschaft ist die Organisierung innerhalb des DGB. Organisierung außerhalb des DGB ist *„objektiv mit einer berufsständischen Vereinigung vergleichbar (z.B. DAG, ULA(!), Flugleiter-Union etc.)". Festhalten an einer berufsständischen Vereinigung ... nützt nicht den Interessen der abhängig Beschäftigten, sondern denen ihrer Gegner"*. Also führt es *„notwendigerweise zur Unvereinbarkeit"* mit dem DGB. Deshalb dürfe man sich auch nicht über das *„Abgrenzungsverhalten in Wort und Tat"* der DGB-Gewerkschaften wundern. Alle Vorstellungen von „Listen-Verbindungen oder -gemeinschaften in irgendeiner Form" zwischen der GEW Westberlin und dem Spalterverband seien *„objektiv desorientierend und in keinem Fall ... unterstützenswürdig"*.

Wie man an der bestechenden und doch so einfachen Klarheit dieser Gedanken unschwer erkennt, kann das Papier nur von SEW-„Gewerkschaftsspezialisten" stammen. Inzwischen wurde es als „offizielle" Stellungnahme vom Spalterverband „ ... im DBG" übernommen. Ein schöner Erfolg für die SEW! In den 18 Thesen dieser theoretischen Abhandlung wird übrigens an keiner e i n z i g e n Stelle erwähnt, daß die GEW Westberlin als Ganzes aus dem DGB ausgeschlossen wurde und weshalb Dieser Sachverhalt wird stattdessen dezent mit Begriffen wie *„Organisationsversuche außerhalb des DGB", „Festhalten an der Mitgliedschaft in einer objektiv berufsständischen Vereinigung"* etc. umschrieben. Daß über den I n h a l t gewerkschaftlicher Arbeit kein Wort verloren wird, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Denn was hat das schon mit der Frage „berufsständisch oder nicht" zu tun ... ?

Bemerkenswert an dem revisionistischen Schmierkram ist eigentlich nur eine Stelle, aus der hervorgeht, wie man auf jedes Zurückweichen der GEW Westberlin von konsequenten Positionen einzugehen gedenkt. Wonnevoll begrüßen die SEW-ler nämlich ein Papier des Bezirks Schöneberg in der GEW Westberlin in dem *„z.T. in der Sache recht vernünftige Äußerungen - bis zur offenen Selbstkritik"* enthalten seien. In diesem Papier wird vorgeschlagen, Fusionsverhandlungen mit der „GEW im DGB" aufzunehmen und die Bundessatzung in Kauf zu nehmen, um wieder zur gewerkschaftlichen Einheit zu kommen.

Wie könne man nur von einer „Inkaufnahme" der Bundessatzung sprechen, meinen die Revis, wo diese doch *„nach den Prinzipien der Einheitsgewerkschaftsbewegung gestaltet"* (mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen !!) sei. Und wie könne man an „Fusionsverhandlungen" denken, wenn man eine Organisierung im DGB wieder anstrebe, wo doch der einzig „richtige Schluß" der Austritt aus der GEW und der Eintritt in den Spalterverband „ ... im DGB" sei.

Dies sollte man sich in der GEW Westberlin zu Herzen nehmen und Illusionen über eine erhoffte Kooperationsbereitschft der „GEW im DGB" schnellstens über Bord werfen. Eine Zusammenarbeit „ an der Basis" wird, wenn überhaupt, dann nur im scharfen Kampf gegen die Führer des Spalterverbands und auf der Basis einer starken und klaren eigenen Position zu erreichen sein. Die Aufgabe der eigenen Prinzipien („Inkaufnahme der Bundessatzung") wird dagegen begierig als Schwäche aufgenommen, macht die GEW unglaubwürdig und führt letztlich zu ihrer Zerschlagung.

P.S. Von dem in den Spalterverband übergetretenen „akademischen Flügel des SB" ist keinerlei Initiative erkennbar, sich gegen den Beschluß zu den Personalratswahlen zu stellen und für eine Listengemeinschaft mit der GEW Westberlin zu kämpfen. Mit dem von diesen Kollegen triumphierend verkündeten „linken Einfluß" scheint's im Spalterverband nicht weit her zu sein.

Kölner Mitgliederversammlung unterstützt GEW Hamburg

Mit großer Mehrheit verabschiedete die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Köln am 15.9. eine Reso-
wurde mit ca. 60 zu 40 Stimmen abgelehnt und ein vom Vorstand eingebrachter Antrag angenom-

dies Vorgehen des Hauptvorstandes verurteilt und beschlossen: „Die a.o. VV hält am Warnstreik fest und beauftragt den Landesvorstand, ... erneut einen Warnstreik beim Hauptvorstand zu beantragen." Dies wurde insbesondere damit begründet, daß der Vermittlungsausschuß – denn das ist seine parlamentarische Funktion – nur noch weitere Verschlechterungen vorschlagen könne. Dieser Beschluß wurde von einer breiten
und dem Problem der Arbeitszeitsregelung beschäftigen.
Dies alles sind mehr als genug Anzeichen dafür, daß die Mehrheit des Landesvorstandes um den links-sozialdemokratischen Vorsitzenden, Lemke, momentan kaum Interesse zeigt, die Streikfront wieder aufzubauen und die Bedingungen zu schaffen, unter denen der Warnstreik doch noch in die Tat umgesetzt werden kann. Man gewinnt
die Referendare und Lehrer nicht von einem Landesverband allein, sondern nur bundesweit zurückzuschlagen sind. Um solche bundesweiten Kampfmaßnahmen aufzubauen, ist es allerdings erforderlich, daß der Hamburger Verband weiterhin am Ball bleibt, um so in gewissem Maß für andere ein Beispiel zu setzen.
Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Kölner Mitgliederversammlung unterstützt GEW Hamburg

Mit großer Mehrheit verabschiedete die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Köln am 15.9. eine Resolution, in der sie den Beschluß der Hamburger Vertrauensleuteversammlung vom 25.7., am Warnstreik festzuhalten, begrüßt und die Vertreter des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im Hauptvorstand auffordert, *„einem erneuten Antrag des Hamburger Landesverbandes bei der nächsten Hauptvorstandssitzung auf Warnstreik zuzustimmen"*.

Ein Antrag auf Einleitung einer Urabstimmung und Streikmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen selbst wurde mit ca. 60 zu 40 Stimmen abgelehnt und ein vom Vorstand eingebrachter Antrag angenommen, der den Streik zwar als ein „wirksames Mittel" zur Durchsetzung von Forderungen ansieht, jedoch nur *„wenn die erforderliche Agitationskraft"* vorhanden sei. Dies sieht der Vorstand für NRW nicht für gegeben an! Will man sich selbst lieber nicht die Finger verbrennen?!

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Eine interessante Sendung

Am 4. und 9. September berichtete der Sender „Freies Berlin" (SFB) in zwei 50-Minuten-Sendungen über die Spaltung der GEW Westberlin durch den Hauptvorstand. Anhand von Dokumenten und Pressemitteilungen hatte der Autor im ersten Teil in einer Art Hörspiel die Auseinandersetzungen zwischen den Westberliner Mitgliedern und dem Bundesvorstand dargestellt, wie sie sich seit der Abwahl des rechten Schäfer-Vorstands (1974) bis zum Ausschluß des Westberliner Landesverbandes aus GEW und DGB entwikkelten. Im Gegensatz zur üblichen Berichterstattung in den bürgerlichen Medien fiel dieser Beitrag durch seine Objektivität auf.

Kein Wunder, daß sich der Autor damit heftige Angriffe von seiten des Spalterverbandes („GEW im DGB") einhandelte. In einer zweiten Sendung hatten sich U. Widmer-Rockstroh und B. Fahlbusch als Vertreter der GEW Westberlin zu einer Diskussion mit H. Stange, E. Kujawa und Th. Isensee von der „GEW im DGB" bereit gefunden. Stange, Chef des Spalterverbands und erster Mann Fristers in Westberlin, belegte die erste Sendung sogleich mit seinem Bannfluch. Anstatt ihn und Kujawa zu fragen, hätte der Autor Informanten herangezogen, *„die völlig inkompetent sind und von 70 bis 76 gar keine inhaltlichen Aussagen zu den genauen Vorgängen machen konnten"*.

Stange stellte seine „Kompetenz" dann gleich unter Beweis, indem er die Vorzüge des DGB pries (*„zentralisiserte Schlagkraft"*). Als Beispiel konnte er sich nicht verkneifen, die GEW Hamburg zu nennen, *„wo wir (!) eine Urabstimmung durchgeführt haben"*. Schade, daß diese Sendung nicht auch im NDR ausgestrahlt wurde! Das hätte sicherlich zur Auflockerung der Stimmung unter den Hamburger Kollegen beigetragen, denn Lachen ist ja bekanntlich gesund. Ausgerechnet unter Berufung auf Hamburg läßt Stange seine DGB-Muskeln spielen. Aber etwas Wahres ist ja dran: Auch in Hamburg haben die GEW- und DGB-Führer die Vorteile „zentralisierter Schlagkraft" unter Beweis gestellt, indem es ihnen (bisher) gelungen ist, einen Warnstreik der GEW zu verhindern.

Wie es um die Interessenvertretung der Kollegen bei der Spalter-„GEW im DGB" bestellt ist, stellten die Kollegen der GEW Westberlin anhand der bevorstehenden Personalratswahlen dar: Aus reinem „Verbandsinteresse" (dies ist sicher noch ein milder Ausdruck für den Sachverhalt) lehne es der Frister-Verband ab, gemeinsame Listen mit der GEW Westberlin aufzustellen, was nur dem ständischen Beamtenbund zugute komme.

Konnte man von Stange und Kujawa von vornherein nichts anderes als hundertfünfzipozentige Frister-Demagogien erwarten, so erstaunte doch die hartnäckige Loyalität, mit der ihnen auch der „linke" Th. Isensee zur Seite sprang. Isensee, der mit dem *„akademischen Flügel des SB"* in die „GEW im DGB" übergetreten war, wie der Autor formulierte, griff die GEW Westberlin an, weil es auch bei ihr Unvereinbarkeitsbeschlüsse gäbe. Wozu dann also der ganze Streit mit dem Bundesvorstand ... ?

Isensee, der den Ahnungslosen markierte, mußte sich von den Vertretern der GEW Westberlin vorhalten lassen, was er natürlich selbst genausogut weiß: Daß die Übernahme der UVB's durch die Westberliner ein letzter Versuch war, mit dem Bundesvorstand zu einem Kompromiß zu kommen, auf den dieser freilich nicht einging; daß die GEW Westberlin die Praktizierung der UVB's als *„politisch völlig falsches Mittel"* ablehnt und nicht daran denkt, *„durch Pauschalausschlüsse Meinungsfreiheit, Diskussion und Auseinandersetzungen zu verhindern."*.

U. Widmer-Rockstroh trat auch der Behauptung entgegen, die GEW-Mitglieder hätten die Spaltung selbst verschuldet, und wies darauf hin, daß entsprechende Pläne Fristers nachweislich schon seit 1975 existiert hätten. Die GEW Westberlin sei prinzipiell bereit, gemeinsam mit der „GEW im DGB" gegen die Verschlechterungen im Lehrerberich anzugehen. Dazu müsse diese jedoch ihre „Berührungsangst" gegenüber der GEW Westberlin überwinden, die sie im Hinblick auf die Personalratswahlen an den Tag gelegt habe.

Daß es sich bei diesem Verhalten lediglich um „Berührungsangst" handelt, wagen wir allerdings zu bezweifeln. Vielmehr sehen wir im Vorgehen des Spalterverbands eine gezielte Strategie zur Isolierung der GEW Westberlin. Und der „Akademische Flügel des SB" spielt wacker mit - wie der DGB es befiehlt ...

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Streikbereitschaft in Hessen

Am 14.9. fanden in den Kreisverbänden der hessischen GEW Mitgliederversammlungen statt, mit denen der Landesvorstand die Bereitschaft der Mitglieder zur Durchführung eines Warnstreiks abklären wollte.

Die 46 Kreisverbände haben sich dabei bis auf wenige Ausnahmen mehrheitlich für die Durchführung von Kampfmaßnahmen ausgesprochen. In größeren Städten wie Frankfurt, Kassel, Offenbach, Darmstadt und Gießen waren die Mehrheiten klar, aber auch in eher konservativen Kreisen wie Eschwege, wo der unterlegene Gegenkandidat des Landesvorsitzenden Harnischfeger, Helmut Schwarz, residiert, kamen Mehrheiten für einen Streik zustande. Bemerkenswert, daß entgegen einem Beschluß des hessischen Hauptausschusses in den meisten Landesverbänden die Forderung nach Rücknahme der Kürzung der Anwärterbezüge als ein Streikziel aufgenommen wurde.

Um so unverständlicher ist es, daß der Landesvorstand die entscheidende Sitzung des hessischen Hauptausschusses, die für den 23.9. geplant war, auf einen Termin nach der Sitzung des parlamentarischen Vermittlungsausschusses, der am 5.10. tagen wird, verschoben hat. Denn im Vermittlungsausschuß steht die schon vom Bundestag beschlossene und auch im Bundesrat unumstrittene Rückstufung der Referendare überhaupt nicht mehr zur Debatte.

Somit wird deutlich, daß der Landesvorstand wieder einmal die Einleitung von Kampfmaßnahmen herauszögert, wie er es schon getan hatte, als er sich nicht an sein Versprechen, bei einem negativen Ausgang der Bundesratssitzung einen Streik bei Frister zu beantragen, gehalten hatte (vgl. AK 112). Verschiedene Kreise, so die Bezirksvertreterversammlung Frankfurt und der Kreis Offenbach wandten sich gegen diese Verzögerungstaktik.

Es wird jetzt für die hessischen Kollegen darauf ankommen, unter Anwendung der Erfahrungen um die Streikauseinandersetzungen in Hamburg nicht an Terminplanungen der Regierung zu kleben, sondern selbst aktiv die Vorbereitung des Streiks voranzutreiben.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg



frauen



Mädchenheim in Bremen:
Ein Skandal wird ans Licht gezerrt

Das Isenbergheim in Bremen ist ein Heim für sogenannte schwer erziehbare Mädchen, in dem knapp 50 – 14- bis 18-jährig – unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen. Ein Heim wie viele andere auch? Sicher – die Besonderheit liegt darin, daß durch die beherzte Initiative des Sozialarbeiters Peter Brosch, der im Isenbergheim sein Berufspraktikum absolvierte, die Praktiken eines solchen Heimes an die Öffentlichkeit gelangten, daß ein Skandal, wie er sicher in anderen Mädchenheimen ähnlich passiert, aufgedeckt wurde. (Peter Brosch hat als Kind und Jugendlicher den Terror der Fürsorgeerziehung am eigenen Leibe erfahren und darüber das empfehlenswerte Fischer-Taschenbuch „Fürsorgeerziehung – Heimterror und Gegenwehr“ (Nr. 1234) veröffentlicht.) Hervorzuheben ist sicher auch, daß mitten in Bremen, der Stadt mit dem „sozialumwitterten Image“, ein solches Gefängnis für Mädchen steht, und daß dieses Gefängnis ein Haus der Inneren Mission ist, also zur evangelischen Kirche gehört. Alles, was hier geschieht, wird üblicherweise mit dem Mantel der „christlichen Nächstenliebe“ zugedeckt.

Vor zwei Jahren passierte folgendes:

Eine 17-jährige starb wegen grob fahrlässig unterlassener Hilfeleistung. Sie war schwanger und als Beschwerden auftauchten, wurde sie nicht, wie sie selbst forderte, zum Arzt gebracht, sondern mußte weiterhin schwer arbeiten, und zwar über die Zeit des Mutterschutzes hinaus. Noch zwei Wochen nach Beginn des Mutterschutzes schleppte sie Tellerberge und Geschirr in der Großküche eines Altenheimes der Inneren Mission (übrigens ohne Arbeitsvertrag!). Erst als sie gar nicht mehr konnte, wurde sie im PKW ins Krankenhaus gefahren. Dort – im „Rotes-Kreuz-Krankenhaus“ wurde festgestellt, daß sie längst kein Fruchtwasser mehr hatte und ihr Zustand bedrohlich sei. Trotzdem wurde sie mit der Begründung „kein Bett frei“ abgewiesen! Und nicht etwa im Krankenwagen,

Trotzdem wurde sie mit der Begründung „kein Bett frei“ abgewiesen! Und nicht etwa im Krankenwagen,

sondern wieder im PKW einer sie begleitenden Erzieherin ins Krankenhaus „Links der Weser“ gebracht.

Dort wurde festgestellt, daß ihr Kind bereits drei Tage tot war, die Jugendliche starb sechs Tage später! Der ganze Vorfall wurde sofort vertuscht. Ein halbes Jahr später passierte im selben Heim genau der gleiche Fall. Wieder wird jede Hilfe unterlassen, wieder kommt die Betroffene erst in letzter Minute ins Krankenhaus: Totgeburt. Das Mädchen überlebt diesmal.

An beiden Fällen wird das gleichgültige und menschenverachtende Zusammenspiel von Heimleitung, Jugendamt, Krankenhaus und Frauenärzten deutlich, wenn es um Menschen geht, die nicht den üblichen Normen entsprechen.

Und so sieht die alltägliche Praxis aus: Als kürzlich ein Mädchen etwas angetrunken vom Ausgang zurückkam, wurde es von der Heimleiterin Heilmann höchstpersönlich derart geschlagen, daß ihm das Blut aus Mund und Nase lief. Eine besondere Strafe hatte Frau Heilmann auch gleich parat: Das Mädchen wurde umgehend von einer Kur abgemeldet, zu der es von der Schule aus angemeldet war. Stattdessen muß das Mädchen vier Wochen lang in die Waschküche!!

Daneben gibt es die täglichen „kleinen“ Schikanen. Angefangen beim Haus selbst, das rein äußerlich schon einem Gefängnis gleicht. Sämtliche Türen sind verriegelt, die Mädchen sind regelrecht eingesperrt. Will ein Mädchen einen anderen Raum betreten, muß es eine Erzieherin bitten, die Tür zu öffnen, was eine ständige Kontrolle der Mädchen bedeutet. Die Fenster sind mit Sicherheitsschlössern versehen. Gelüftet wird durch Oberfensterklappen, die mit Gittern von außen versehen sind.

Ausgang gibt es je nach Wohlverhalten mittwochs zwei Stunden, samstags fünf bis sieben Stunden und sonntags fünf bis sechs Stunden. Die beliebteste und wohl auch am häufigsten angewendete Strafe ist die Ausgangssperre. Ausgangssperren von vier Wochen werden schnell verhängt. Einmal sogar nach einem Selbstmordversuch (!), der gerade noch verhindert werden konnte. Drei Mädchen hatten versucht, sich das Leben zu nehmen, weil sie es in diesem Heim nicht mehr ertragen konnten. Sie kamen ins Krankenhaus, wo ihnen der Magen leergepumpt wurde. Zurück im Heim wurden sie dann für ihre Ausweglosigkeit, ihr Verzweifeltsein mit einem vierwöchigen Freiheitsentzug bestraft!

Post wird geöffnet, wobei Briefe von „unerwünschten“ Freunden in den Akten verschwinden. Es besteht Essenzwang, d. h. alles, was die Erzieherinnen (nicht die Mädchen selbst) auf die Teller füllen, muß aufgegessen werden! Alle 14 Tage muß am Gottesdienst teilgenommen werden (wer es schon vergessen hatte, wir haben es hier mit einer christlichen Einrichtung zu tun!!). Die im Grundgesetz festgelegte Religionsfreiheit ab dem 14. Lebensjahr hat im Isenbergheim keine Gültigkeit. Für die Einrichtungen der Inneren

freiheit ab dem 14. Lebensjahr hat im Isenbergheim keine Gültigkeit. Für die Einrichtungen der Inneren

Mission müssen die Mädchen waschen, kochen, nähen – kostenlos. Zum Teil werden sie sogar am Schulbesuch gehindert, damit Arbeitskräfte für die Waschküche und den Putzdienst da sind. Ein Praktikant, der auf eigene Faust einige Mädchen zur Schule anmeldete, wurde angemacht: „wer soll denn dann das Haus noch putzen?“

Mädchen, die außerhalb arbeiten, müssen ihren Lohn auf das Konto der Inneren Mission überweisen lassen! Frühestens ausgehändigt bekommen sie das Geld bei der Entlassung aus dem Heim, allerdings ohne einen Pfennig Zinsen. Wenn allerdings die Innere Mission einen Grund findet, wie kürzlich bei einem Mädchen geschehen, daß z. B. der „Verdacht“ besteht, das Mädchen würde mit dem Geld die Schulden des Freundes bezahlen, bekommt das Mädchen das Geld auch dann nicht zu sehen!

Mal abgesehen von der Riesensauerei, mit der die Mädchen finanziell total abhängig und unselbständig gehalten werden, ist es für die Innere Mission schlichtweg verboten, so etwas zu machen. Wenn überhaupt, könnte sie das Geld auf einem Konto des Jugendamtes stillegen lassen (üblich ist aber allgemein, daß für jedes einzelne Mädchen ein Konto eingerichtet wird!).

Wen wundert's angesichts dieser Schweinereien, daß die Entweichungsquote aus dem Isenbergheim die höchste in ganz Bremen ist. Allein innerhalb von zwei Wochen Ende August/Anfang September sind bis zu sieben Mädchen abgehauen, bis auf eine allerdings alle wieder „eingefangen“. Ebenso alarmierend ist die Rate der Selbstmordversuche. Im letzten Jahr hat es neun Fälle gegeben!

Es gibt im Isenbergheim kaum ausgebildetes Personal. Außer der Heimleiterin hat kein Mitarbeiter/in eine Ausbildung als Sozialarbeiter oder Sozialpädagoge. Es gibt nur eine Erzieherin und drei Berufspraktikanten, alles andere sind ungelernte oder Hauswirtschaftskräfte (die im Gruppendienst eingesetzt werden!!).

Das ist kriminell, bedenkt man, daß hier von „schwer erziehbaren“ Mädchen gesprochen wird. Anstelle von pädagogischer Betreuung steht hier Strafe und Härte. Diese menschenfeindliche Konzeption würden ausgebildete Sozialpädagogen eher in Frage stellen, außerdem sind sie natürlich teurere Arbeitskräfte.

Die absolute Autorität in diesem Heim ist ohnehin Heimleiterin Heilmann, und da kann es nur freuen, daß am 1.8.77 gegen Frau Heilmann ein kleiner Aufstand stattgefunden hat. Die Mädchen schlugen Teile des Mobiliars kaputt und übergossen die Heilmann mit einigen Eimern Wasser, so daß diese triefend und völlig sprachlos vor ihnen stand. Es hagelte natürlich sofort Strafen und körperliche Züchtigungen. Ein Mädchen sollte sich einen neuen Heimplatz suchen, weil sie angeblich die Anführerin sei. Der Effekt aber war, daß die Mädchen die Autorität Heilmann angekratzt hatten und feststellen konnten, daß diese verwundbar ist!

Peter Brosch fristlos gekündigt!

Peter Brosch fristlos gekündigt!

Leider werden solche Zustände in Mädchenheimen kaum öffentlich bekannt, da die Mädchen selbst nicht in der Lage sind und auch kaum die Möglichkeit haben, an die Öffentlichkeit zu gehen. So ist es doppelt wertvoll, daß Peter Brosch die Mißstände aufgedeckt und an die Öffentlichkeit gebracht hat. Er selbst ist bereits seit einiger Zeit aus dem Mädchenheim in eine andere Anstalt der Inneren Mission versetzt worden und hat ständig Repressalien zu spüren bekommen, dafür, daß er sich für die Mädchen eingesetzt hatte. Ihm und den Mädchen wurde jeglicher Kontakt miteinander verboten. Die Innere Mission forderte Peter auf, zu kündigen, was er ablehnte. Am 13.9. gab er, nachdem er inzwischen sein Praktikum beendet hatte, aber weiter bei der Inneren Mission beschäftigt blieb, in Bremen eine Pressekonferenz, um all die Mißstände im dem Heim aufzudecken. Einen Tag später erhielt er durch einen Gerichtsvollzieher (!) seine Kündigung zugestellt, die von Pastor Claus von Aderkas, der gleichzeitig Direktor der Inneren Mission ist, bereits an dem Tag der Pressekonferenz ausgestellt wurde. Im Kündigungsschreiben steht: „ ... *mit sofortiger Wirkung fristlos zu kündigungen. Diese Entscheidung beruht auf Ihren unmöglichen erneuten Einmischungen in die sozialpädagogischen Belange des Isenbergheims...*“ Es wird zu einem Prozeß vor dem Arbeitsgericht kommen, in dem sicher gute Möglichkeit besteht, alle Mißstände noch einmal auf den Tisch zu bringen.

Außerdem wurden Strafanzeigen wegen unterlassener Hilfeleistung und fahrlässiger Körperverletzung gestellt, so daß das Kommissariat für Gewaltverbrechen die Ermittlungen aufnehmen mußte. Hier ist ein Stein ins Rollen gebracht worden, der hoffentlich noch weite Kreise ziehen wird.

AG Frauen
KB/ Gruppe Bremen

Leserbrief:
Die Fesseln der bürgerlichen Ehe

Wie stark die Bourgeoisie den Zwang der bürgerlichen Ehe ausübt, erlebte ich vor einiger Zeit, als ich meinen Einkommenssteuerbescheid vom Finanzamt erhielt.

Seit fast einem Jahr leben meine Frau und ich getrennt. Nach ihrem Examen wurde sie arbeitslos und hat kein Einkommen, da das Arbeitsamt auf mich verweist, da wir nicht geschieden sind. Glücklicherweise bin ich in der Lage, ihren Lebensunterhalt mit 600 DM im Monat zu sichern. Trotzdem ist sie gezwungen, noch dazu zu verdienen, weil diese Summe zu knapp bemessen ist.

Als ich nun meinen Steuerbescheid erhielt, wurde mir von den 600 DM sagenhafte 250 DM anerkannt, alles schön abgesichert durch das Einkommenssteuergesetz! (Ich frage mich nur, wie ein Mensch von solch einer Summe im Monat existieren soll !?!)

Darin offenbart sich nur, wie der Staat durch seine Arbeits„teilung“ (keine Unterstützung durchs Arbeitsamt, weil wir verheiratet sind – ebenso keine ausreichende durchs Finanzamt aus demselben Grund!) und durch seine Gesetze versucht, die Trennung einer Ehe im Kapitalismus so zu erschweren, daß die Partner sich das zweimal überlegen. Und die Scheidungs„reform“ tut ein übriges!

Ein Genosse aus Hamburg-Wandsbek

Schwangere kriegen kein Examen

Göttingen. Ein Antrag von vier schwangeren Krankenpflegeschülerinnen auf Zulassung zum Examen wurde wegen Überschreitens der Fehlzeit von zwölf Wochen abgelehnt. Der saubere Herr im Regierungspräsidium Hildesheim begnügte sich aber nicht damit, auf die - an sich schon skandalöse - „gesetzliche Regelung" hinzuweisen, sondern verhöhnte darüberhinaus noch die schwangeren Kolleginnen in übelster Weise: „*Zum medizinischen Unterricht der Krankenpflegeschüler gehören u.a. Bau und Funktion des menschlichen Körpers einschließlich der verschiedenen Verfahren der Geburtenregelung. Der geforderte Nachweis des Hauptschulabschlusses gewährleistet die Kenntnis der Grundrechenarten. Im gesetzeskundlichen Unterricht werden Krankenpflege- und Mutterschtuzgesetz ausführlich behandelt.*

Jede Schülerin weiß, daß Schwangerschaften einerseits das pünktliche Erreichen des Ausbildungzieles gefährden und andererseits zu vermeiden sind. Sie weiß auch, daß sie innerhalb der Mutterschutzfrist auf eigenen Wunsch weiterarbeiten kann, wenn der betreuende Frauenarzt keine Schwangerschaftskomplikationen feststellt." Ein Kommentar erübrigt sich wohl!! (Zit. nach „Stetoskop", Nr. 4, Zeitung der Krankenpflegeschüler (innen) an den Göttinger Unikliniken.)

Klinikzelle
KB/Gruppe Göttingen

Frauenbroschüre der Frauen von Erwitte — empfehlenswert!

Seit kurzem gibt es eine neue empfehlenswerte Broschüre, die von den Frauen der Erwitter Zementarbeiter herausgegeben wird. Im Vorwort zu der Broschüre schreiben die Frauen folgendes:

„*Diesen Bericht widmen wir Erwitter Frauen allen Frauen, die nicht nur die Schürze tragen wollen und deren Dasein bisher nur auf die Kindererziehung und den Haushalt beschränkt war.*

Unser bisheriges Leben ist die Rolle der Hausfrau gewesen und von unseren Eltern sind wir auf die Mutterrolle fixiert worden, wie seit Generationen die Mädchen für diese Rolle erzogen wurden. Wir wollen auch teilhaben am gesellschaftlichen Leben.

Wieviele sind wir? Während des Arbeitskampfes trafen sich etwa 25 Frauen. Heute besteht die Frauengruppe aus 8 Frauen im Alter von 28 bis 50 Jahren. Wir treffen uns alle 14 Tage und diskutieren über aktuelle

gruppe aus 8 Frauen im Alter von 28 bis 50 Jahren. Wir treffen uns alle 14 Tage und diskutieren über aktuelle

und gewerkschaftspolitische Fragen. Neben unserer Hausarbeit gehen wir keiner anderen Arbeit nach." Durch die Entlassungen von Seibl und die Betriebsbesetzung der Männer waren die Frauen gezwungen, sich mit Problemen zu beschäftigen, die für sie neu waren: „ *So ergab es sich, daß wir uns zusammenschlossen und gemeinsame Ideen entwickelten. Wir stellten fest, daß wir von Arbeitskämpfen und Gewerkschaften keine Ahnung hatten.*

An den Rand der Gesellschaft hatten wir uns drücken lassen, dadurch, daß wir unsere Hausfrauenpflichten jahrelang zu wichtig genommen hatten.

Jetzt wollen wir mehr wissen und uns auch beteiligen. Unsere Hemmungen, zu reden und Fragen zu stellen, waren anfangs sehr groß und kosteten uns Überwindung. Aber als wir merkten, daß wir uns alle mit den gleichen Problemen rumschlagen, wurden wir vertrauter und nahmen aktiv am Arbeitskampf teil.

Unsere Lage hat sich inzwischen geändert. Diese Änderungen haben sich nicht ohne Schwierigkeiten vollzogen. Das neu erwobene Selbstbewußtsein bringt auch den Männern einige Probleme. Das ging in einzelnen Familien unterschiedlich vor sich.

Viele Männer sind hier noch der Meinung: „ Die Frauleut gehören an den Kochtopf!"

Diese Befreiung hat in uns Frauen eine veränderte Haltung gegenüber den gesellschaftlichen Einrichtungen bewirkt. Wir wollen nicht mehr, daß die Erziehung der Kinder alleinige Aufgabe der Frau bleibt. Die soziale Isolierung wollen wir durchbrechen.

Fazit aus allen Erfahrungen: Wir brauchen Schicksalsschläge nicht

Isolierung wollen wir durchbrechen.
Fazit aus allen Erfahrungen: Wir brauchen Schicksalsschläge nicht

einfach als gegeben hinnehmen, sondern müssen uns ganz energisch dagegen zur Wehr setzen! Einiges von unseren Erfahrungen, von Veränderungen aus unserem bisherigen Leben haben wir niedergeschrieben. Es sind ja nicht allein unsere Probleme von denen wir hier berichten.

Allen wollen wir sagen: Haltet fest zusammen und wehrt Euch, wenn Euch Unrecht geschieht! Helft auch den Männern mit der Befreiung der Frauen fertig zu werden."

Die Broschüre ist zu beziehen über:

Hei Ficht	Karin Grabowski
Hellweg 29	Im Grünen Winkel 15
4782 Erwitte	4782 Erwitte
Tel: 02943/2086	Tel: 02943/2397

Eine Genossin
KB/Nürnberg

Leserbrief zur „Fleischbeschau“

Beim Lesen des Artikels „Wir wollen keine Fleischbeschau – das erniedrigt jede Frau“ im letzten AK beschlich mich leises Unbehagen angesichts der dort geschilderten Aktion.

Da hatten sich offensichtlich Genossinnen von uns die Aufgabe gesetzt, eine angekündigte Miß-Wahl und die Wahl des spärlichst bekleidetsten Mädchens zu verhindern. Gesagt, getan – koste es, was es wolle.

Am ersten Tag wollte die Aktion nicht so richtig klappen, denn die Zuschauer wollten sich die Sicht auf ein spärlich bekleidetes Mädchen wohl nicht nehmen lassen, es gelang allerdings „trotz tätlicher Angriffe“, die Bühne zu stürmen, was aber laut Artikel nicht die Miß-werdenwollenden Mädchen daran hinderte, ihre Hüllen dennoch fallen zu lassen (vielleicht nun erst recht?).

Der nächste Tag und damit die nächste Wahl: Transparente, Sandwiches, Lieder auf unserer Seite!

Die der Fleischbeschau nicht abgeneigten Menschen begossen – auch nicht faul – unsere Aktivisten mit Wasser, bespuckten sie, bewarfen sie mit Abfall usw. Der Conferencier tat sein übriges, um die Stimmung anzuheizen. Die Miß-Wahl wurde verhindert! Alles in allem – eine gelungene Aktion?

Ich meine nein! Abgesehen von der ohnehin totalen Isolierung, in der sich die Akteure befanden, kann man nicht mit einem solchen Bierernst und sogar Prüderie (?) die Frauen, die sich dort küren lassen wollen, in Schlägereien verwickeln.

Wenn man als Parallelaktion die Wahl des spärlichst bekleideten Herrn propagiert und den Conferencier gekürt hätte, hätte das ganze doch weniger verbissen ausgesehen und eventuell auch mehr Denkprozesse bei den Anwesenden ausgelöst, wenn man solche Aktionen überhaupt für sinnvoll hält. Man kann jedenfalls meiner Meinung nach dem vorherrschenden Schönheitsideal und den Versuchen der Frauen, dem zu entsprechen, nicht mit Brachialgewalt und schon gar nicht mit einer derartigen Verbissenheit begegnen! Oder was meint ihr?

Eine Genossin

Ein Jahr Frauenhaus-Initiativen in der BRD

Vor gut einem Jahr hatte die Frauenbewegung auf das bis dahin totgeschwiegene Problem geschlagener und mißhandelter Frauen aufmerksam gemacht. So entstanden in fast allen größeren Städten Initiativen aus Frauengruppen, um sich für eine „Zufluchtstätte" für mißhandelte Frauen, ein Frauenhaus, einzusetzen. Auf dem letzten nationalen Frauenhaustreffen in Köln, am 7./8.5.77, trafen sich 22 Frauenhausinitiativen, von denen vier bereits in fertigen Frauenhäusern (FH) arbeiten: Westberlin, Bremen, Bielefeld und Köln. Frauenhausinitiativen in Dortmund, Rendsburg und Bonn haben vorerst Wohnungen angemietet, in denen sie hilfesuchende Frauen unterbringen. In Düsseldorf und Hamburg sollen in nächster Zeit Häuser von der Stadt errichtet werden. In Frankfurt stellte jetzt die Stadt ein Frauenhaus zur Verfügung. Weitere Initiativen sind uns bekannt aus Münster, Kassel, Hannover, Bochum, Heidelberg, München, Braunschweig und Lübeck.

Wir wollen versuchen, im folgenden Artikel auf die Erfahrungen der einzelnen Initiativen einzugehen und die verschiedenen Konzeptionen und Vorstellungen über die Arbeit im Frauenhaus zu untersuchen.

Obwohl die Mißhandlung an Frauen ein gesellschaftliches Problem ist, versucht der bürgerliche Staat, sich jeder Verantwortung zu entziehen und möglichst wenig dafür zu berappen.

In der BRD werden jährlich ca. 4 Millionen Frauen geschlagen und mißhandelt. Trotzdem wird von einigen Städten bzw. deren Vertretern die Existenz dieses Problems zum Teil schlichtweg geleugnet. Dort wo es Frauenhäuser und Frauenhausinitiativen gibt, versucht der Staat, diese unter seine Kontrolle zu bringen, indem er eine finanzielle Unterstützung der Initiativen von seinen Vorstellungen über Ausmaß und Konzeption der Frauenhäuser abhängig zu machen versucht. Der Aufbau von Frauenhäusern ohne staatliche finanzielle Unterstützung ist allerdings fast unmöglich. Die Frauen, die im Frauenhaus Hilfe suchen, sind oft materiell schlecht gestellt. Viele haben keinen Beruf und leben von einer mageren Sozialhilfe. Spendenmittel können nur einen gewissen Teil der Kosten abdecken.



Frauen die mit ihren Kindern im Londoner Frauenhaus Schutz gefunden haben.

Die Westberliner Frauenhaus-Initiative

Die Westberliner Frauenhaus-Initiative

Im Falle des Westberliner Frauenhauses, das seit November 1976 existiert, war der Senat zu einer staatlichen Förderung bereit, allerdings nicht ohne einen gewissen Einfluß auf die Konzeption des Frauenhauses zu verlangen.

In Westberlin bildete eine Gruppe von Frauen (Sozialarbeiterinnen, Psychologinnen, Sozialwissenschaftlerinnen und Ärztinnen) eine „Initiativgruppe Frauenhaus" mit dem Ziel, mißhandelten Frauen eine alternative Wohnmöglichkeit zur Verfügung zu stellen. Nach einem Jahr Öffentlichkeitsarbeit der Gruppe war die Unterstützung aus der Bevölkerung nicht mehr zu übersehen; die zuständige Senatorin lehnte eine Förderung aus Senatsmitteln trotzdem ab. Eine Umfrage zur Mißhandlung von Frauen bei den verschiedenen Westberliner Bezirken ergab dann, daß das Problem bei den Ämtern bekannt ist. Unter dem Druck der Öffentlichkeit (so wurden z.B. auf Initiative der Humanistischen Union 346 Unterschriften gesammelt) und mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen (die Initiative hatte beim FDP-Arbeitskreis „Emanzipation der Frau" Unterstützung gefunden) konnte der Senat das Mißhandlungsproblem nicht länger leugnen und sicherte Hilfe zu. Jedoch schon in den ersten Verhandlungen mit dem Senat, sowie mit dem Bundesministerium für Jugend und Familie wurde klar zu erkennen gegeben, daß man ein autonomes Frauenhausprojekt nicht fördern würde. Eine finanzielle Zuwendung wurde von der Bildung eines Trägervereins abhängig gemacht, der die Einflußnahme von Frauen aus dem „öffentlichen Leben" vorsieht, wobei es nicht nur um Repräsentation, sondern auch um Kontrolle ging.

Die Einflußnahme dieser Frauen wurde in der Satzung gleich mit festgelegt. Der in die ursprüngliche Satzung aufgenommene Passus, daß Frauen, die in wichtige Entscheidungsgremien des Vereins gewählt werden, sich verpflichten müssen, auch im Hause zu arbeiten, wurde auf Drängen des Senats gestrichen.

Im August 76 wurde dann vom Bonner Ministerium die finanzielle Unterstützung mit DM 450.000 jährlich für einen „Modellversuch" zugesagt. Nach drei Jahren sollte der Senat die Kosten übernehmen. Diese Zusage wurde jedoch durch verschiedene bürokratische Auflagen schwammig gehalten, was eine Behinderung der Arbeit und Unsicherheit bei den festangestellten Mitarbeiterinnen bedeutete.

Daß das Westberliner Frauenhaus für den Senat im wesentlichen als Mittel zum Zweck diente, wurde schon sehr bald deutlich. Noch bevor das Haus stand, gingen die verschiedenen Politiker damit hausieren. In einem internen Rundschreiben des Senats vom Juni 76 heißt es: *„Es soll vermieden werden, das Krisenzentrum* (gemeint Frauenhaus) *als eine Einrichtung der Frauenbewegung erscheinen zu lassen..."*

Die Auseinandersetzung um das Frauenhaus Köln

Nachdem die Kölner Frauenhausinitiative, die sich im Januar 76 gebildet hatte, mit der Forderung nach einem Frauenhaus an die Stadt herantrat, bekam sie die zynische Antwort, der Verein solle erst einmal die Existenz des Problems mißhandelter Frauen nachweisen können. Der Verein ging teilweise auf diese unverschämte Argumentation ein und wies aufgrund vieler Recherchen nach, daß selbst die Sozialämter eine große Anzahl hilfesuchender Frauen und darüberhinaus die eigene Unfähigkeit, ihnen Hilfe anbieten zu können, bestätigten. Erst nachdem die Diskussion um das Problem mißhandelter Frauen von der Initiative in die Öffentlichkeit getragen wurde (so brachte eine Unterschriftensammlung für ein Frauenhaus innerhalb kurzer Zeit 2.000 Unterschriften) und auch in der Presse häufiger auftauchte, gab die Stadt die Existenz des Problems zu. Sie machte eine Reihe unzureichender Vorschläge, wie zum Beispiel man solle die Frauen privat aufnehmen (wer?) oder man solle ein Verbundsystem aller Träger der Sozialhilfe zur Reaktivierung der sozialen Dienste schaffen, was für die Frauen konkret nichts anderes heißt, eine weitere Sprosse in der bürokratischen Stufenleiter überwinden zu müssen. Gleichzeitig wurden die bisher geleistete Arbeit der Frauenhausinitiative und ihre Vorstellung über eine weitere Arbeit als diffus diffamiert. **In Wirklichkeit war unter äußerst schlechten Bedingungen bereits 43 Frauen schnell geholfen worden.** Ende Oktober (!) legten dann Vertreter des Sozialamtes ihre Bedingungen offen, unter denen die Stadt evtl. bereit wäre, den Verein zu unterstützen. Die Bedingungen lauteten u.a. etwa folgendermaßen: Der Vorstand des Vereins sei unglaubwürdig, da als „positives Image für Köln konzeptionell potente Frauen " wie Frau Neven duMont, Frau von Bismarck, K. Focke, Vertreter der großen Parteien und „qualifizierte Experten" fehlten. Die Verwaltung des Projekts müsse in die Hände der Stadt übergehen, der Verein könne die ehrenamtliche (!) Fachaufsicht übernehmen; hauptamtliche Stellen seien mit Sozialarbeiterinnen der Stadt zu besetzen. Über Betreuung und Beratung soll eine Check-Liste angefertigt werden, die dem Sozialamt vorzulegen sei. Wegen der Kosten sollen nur „ bessere Klientel" ausgewählt werden (mit anderen Worten: Arbeiterfrauen sollen sehen wo sie bleiben!).

In einem offenen Brief an den Sozialdezernenten Körner, der gleichzeitig an alle Einrichtungen geschickt und auf einer Pressekonferenz bekannt gemacht wurde, erklärte die Frauenhausinitiative, daß sie sich nicht unter Ausnutzung ihres Idealismus von der Stadt verschleißen lassen werde und überhaupt an der Bereitschaft der Stadt zweifele, das Projekt Frauenhaus fördern zu wollen. Nachdem diese Stellungnahme bekannt wurde, ließ Herr Körner in der Presse mitteilen, daß „tiefgreifende Mißverständnisse" vorlägen. **Kurz darauf wurde dem Verein – nach einigem „Hick-Hack" zwischen den Parteien – ein einmaliger Zuschuß von DM 50.000 für 1976/77 bewilligt, was der „Kölner Stadtanzeiger" großkotzig als „Verdienst der Stadt" aufgriff.** Aufgrund dieser Zusage traten die Vereinsmitglieder wieder in Verhandlungen mit der Stadt. Allerdings mußten sie sich bereiterklären, Mitglied in einem anderen Verein zu werden.

Mittlererweile war unter dem Druck vieler hilfesuchender Frauen ein Haus in eigener Finanzierung angemietet worden. Die Stadt ließ mit dem Geld jedoch lange auf sich warten. Die DM 25.000 für das Jahr 1976 erhielt die Initiative nach langem hin und her erst im Mai 1977. Die restlichen DM 25.000 für das Jahr 1977 sollen nur bei ordnungsgemäßer Buchführung bewilligt werden (eine Buchführerin kann sich das Frauenhaus allerdings nicht leisten). Die ehemals versprochenen DM 10,– Tagessatz pro Frau für Wohnungs-, Heizungs-, Wasserkosten usw., die ohnehin viel zu gering bemessen sind (eine Frau in einem städtischen Heim bekommt einen Tagessatz von DM 70,–) strich die Stadt kurzerhand mit der Begründung, daß die DM 25.000 ja alle Kosten decken würden (?!). Von den Ehemännern der im Frauenhaus lebenden Frauen verlangt die Behörde aber einen Tagessatz von DM 10,– (?!).

Zu den finanziellen Schwierigkeiten des Kölner Frauenhauses, das ohnehin viel zu klein ist, kommt nun auch noch, daß es bald abgerissen werden soll!!

Einen Erfolg konnten die Frauen jedoch verbuchen. Nach dem Bundessozialhilfegesetz steht einer Frau, die von ihrem Mann keinen Unterhalt bekommt, Geld vom Sozialamt zu. Die Frauen waren bei Anträgen um Sozialhilfe, Kleidergeld, Wohngeld usw. beim zuständigen Sozialamt ständigen Schikanen, Diskriminierungen und Verzögerungen ausgesetzt. Mit fadenscheinigen Begründungen wurde die sofortige Auszahlung des Geldes verweigert: „Das machen wir doch nie, in Mühlheim ist noch keiner verhungert." Kurz entschlossen besetzten daraufhin Anfang März siebzehn Frauen mit ihren Kindern die Gänge des Sozialamtes und stellten ihre Forderungen. Sie ließen nicht eher locker, bis ihnen die Zahlungen von Sozialhilfe, Wohngeld usw. zugesichert wurden.

Das Frauenhaus in Bremen

Seit Januar 77 gibt es in Bremen ein Frauenhaus, das allein aus Spenden finanziert wird. Die Initiative ging das Problem so an, daß sie erst Tatsachen schaffen wollte, um dann mit einer Öffentlichkeitsarbeit an den Senat heranzutreten und die Forderung nach Unterstützung und Finanzierung des Projekts zu stellen. Vom Bremer Senat war der Bedarf eines Frauenhauses zunächst bestritten worden und später, als er diese Behauptungen nicht länger aufrecht erhalten konnte, erklärte er, daß ausreichende Möglichkeiten und Plätze für geschlagene Frauen vorhanden seien. Er bot den Frauen z.B. an, in dreizehn verschiedenen Heimen jeweils ein Bett freizuhalten, um eine Frau aufnehmen zu können. Seitdem das Frauenhaus steht, schickt die Sozialbehörde rund 90 % der mißhandelten Frauen dorthin. Als diese Sache bekannt wurde, konnte der Bremer Senat die Notwendigkeit eines Frauenhauses nicht länger leugnen. Z. Zt. bekommt das Frauenhaus vom Senat DM 10.000 Zuschuß für Einrichtungen, DM 300,– für Reparaturkosten und DM 18.000 monatlich für die dort arbeitenden Frauen. Die Frauenhausinitiative stellt weiterhin die Forderung nach höherer monatlicher Bezuschussung, einem größeren Haus (z.Zt. gibt es nur 5 Zimmer zum Wohnen und 5 Gemeinschaftsräume) und nach Wohnungen, die geeignet sind, um dort in Wohngemeinschaften zu leben. (Zum Bremer Frauenhaus siehe auch ARBEITERKAMPF 101.)

Die Erfahrungen des Bielefelder Frauenhauses

Mitte 1976 gründeten in Bielefeld Frauen aus dem Frauenzentrum und Mitglieder der örtlichen Bielefelder Selbsthilfe (BiS) - ein Verein ehemaliger Obdachloser, Arbeitsloser, Heimzöglinge undStudenten - den Verein Frauenhaus e.V. und brachten das Problem geschlagener Frauen an die Öffentlichkeit. Es meldeten sich daraufhin sehr schnell Frauen, die vorerst in Privatwohnungen untergebracht wurden, weil im Haus der BiS nicht genug Platz war. Daraufhin beschloß die Initiative, für ein gemeinsames Haus zu kämpfen. Es wurden Verhandlungen mit der Stadt aufgenommen, die allerdings ergebnislos blieben. Die Stadt verlangt vorerst von dem Verein, sich einem Dachverband anzuschließen. Zur Zeit stehen die Frauen mit dem „Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband" in Verhandlung, nachdem die „Arbeiterwohlfahrt" ihren Aufnahmeantrag abschlägig beschieden hat.

FRAUEN HELFEN FRAUEN

Ab 1.Januar mietete die Initiative selbst ein Haus an. Die Miete wird z.Zt. über Spenden und Wohngeld, das die Frauen über das Sozialamt bekommen, finanziert, was natürlich über einen längeren Zeitraum schwierig werden wird.

Auseinandersetzungen über ein Frauenhaus in Hannover

Ende 76 war in der Hannoveraner Presse zu lesen: „Stadtrat will helfen - Frauenhaus". In dem Artikel bekundete besagter Stadtrat, daß ein Frauenhaus Chancen hätte, gefördert zu werden, weist gleichzeitig aber auf das Haus „Innere Mission" hin, das eventuell ausgebaut werden sollte und unterstreicht die Notwendigkeit von Fachkräften. Bald darauf lud die Stadt zu einem Treffen ein, auf dem Vertreter verschiedener Verbände, wie z. B. der Landesfrauenrat, der DGB, der Kinderschutzbund und Vertreter der Polizei (?!) erschienen. Die Frauenhausinitiative, die sich Anfang 76 in Hannover gebildet hatte, war auch eingeladen.

Es wurde aber sehr bald deutlich, daß der Stadt an einem Haus für mißhandelte Frauen, das auch eine wirkliche Hilfe darstellt, nicht viel gelegen war. Der einzige Vorschlag, den die Stadt vorlegte, war, das Haus der „Inneren Mission" auszubauen, was bedeutet hätte, das Alkoholikerinnen psychische Kranke, und mißhandelte Frauen auf engem Raum in einem Haus hätten zusammenleben müssen. Auf einem weiteren Treffen sollte über die Konzeption des Frauenhauses gesprochen werden. Es sollten zwei Vorschläge vorgelegt werden, vom Landesfrauenrat (LFR) und der Frauenhausinitiative. Der Einladung zum Treffen war aber nur die Konzeption des Landesfrauenrates beigelegt. Damit war die Zusammenarbeit der Initiativen praktisch schon zunichte gemacht. Mittlererweile richtete der LFR eine vorläufige Anlaufstelle für mißhandelte Frauen ein. Die wesentlichen Unterschiede der Initiativen bestehen darin, das der Frauenhausinitiative in erster Linie ein autonomes selbstverwaltetes Frauenhaus, das von der Stadt finanziell unterstützt wird, vorschwebt, während der LFR und die anderen Verbände sich wesentlich an die Vorstellungen der Stadt halten. Die Frauenhausinitiative hat inzwischen beschlossen, erst einmal selbst ein Frauenhaus zu eröffnen und dann mit der Forderung nach Unterstützung an die Stadt heranzutreten.

zum Treffen war aber nur die Konzeption des Landesfrauenrates beigelegt. Damit war die Zusammenarbeit der Initiativen praktisch schon zu-

Die Frauenhausinitiative in Hamburg

In Hamburg, wo es seit längerem Frauenhausinitiativen gibt, die von der Stadt ein Frauenhaus fordern, hatte die Stadt ein Frauenhaus zugesichert.

So konnte man Mitte Februar 77 noch in der Presse lesen, *„in der Langenhorner Chaussee richtet die Sozialbehörde ein Haus für Frauen ein."* Inzwischen ist das Projekt jedoch sang- und klanglos fallengelassen worden. Es heißt, im Heim Langenhorner Chaussee wären kostspielige Umbauten notwendig gewesen. Dafür soll, wie Senatsdirektor Winckelmann von der Sozialbehörde bestätigte, im Mütterheim Erdkampsweg eine Etage (!) als „Frauenhaus" eingerichtet werden. Dem Verein „Frauen helfen Frauen", der seit dem Sommer 1976 besteht, und in dem ca. 40 Frauen (darunter Medizinerinnen, Rechtsanwältinnen, Sozialpädagoginnen) mitarbeiten, hatten das behördeninterne Gerangel um die Erhaltung des bestehenden Frauenheims Uferstraße bzw. um die Errichtung eines regulären Frauenhauses zu lange gedauert. Überdies ist er nicht einverstanden mit dem von der Behörde angestrebten Konzept, das nur eine Aufnahme-

Fortsetzung auf Seite 17

Fortsetzung von Seite 16

Ein Jahr Frauenhaus-Initiativen in der BRD

station und nach Klärung des „Falls" unter Umständen die Einweisung in ein „normales" Frauen- oder Mütterheim vorsieht. Darum richtete der Verein jetzt selbst ein Frauenhaus in der Hamburger City ein, das wahrscheinlich Ende September fertiggestellt ist. Ob der Verein die schon seit langem geforderte Unterstützung bekommt, ist dabei noch ungeklärt.

An einigen Beispielen wird deutlich, daß es auch Initiativen gibt, die vor den Auseinandersetzungen mit Behörden und Stadt zurückschrecken und auf eine Öffentlichkeitsarbeit, die ihnen die notwendige Unterstützung bei der Bevölkerung bringen würde, verzichten.

Die ca. 1 1/2 Jahre alte, 40 Mitglieder umfassende Frauenhausinitiative in München hat sich nach anfänglich positiven Reaktionen der städtischen Behörden auf die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative vollkommen von den Behörden einwickeln lassen. Eine Vertreterin der Stadt, die vorgab, der Initiative mit wohlmeinenden Ratschlägen zur Seite stehen zu wollen, verlangte als Gegenleistung den Verzicht auf Öffentlichkeitsarbeit, die völlige Distanzierung von der Frauenbewegung und die Aufnahme von Männern im Frauenhaus zum Schutz der betroffenen Frauen! Nachdem ein Jahr vergangen war und die Initiative keinerlei Fortschritte gemacht hatte, bot ihnen die Stadt unter den oben genannten Bedingungen aus heiterem Himmel ein Haus an. Als die Initiative unter den genannten Bedingungen eine Zusammenarbeit ablehnte, gründete die Stadt ihr Frauenhaus selber.

In **Stuttgart** hat die Stadt ein Frauenzentrum für obdachlose und mißhandelte Frauen eingerichtet. Die Initiative für ein Frauenhaus betrachtet das als einen „brauchbaren Anfang", wobei sie ihr Frauenhaus als fortführende Maßnahme im Anschluß an das städtische Frauenhaus betrachtet. Sie will sich auf gar keinen Fall mit der Forderung nach einem größeren besseren Frauenhaus mit den Behörden anlegen.

Die Anfang 76 in **Frankfurt** gebildete Gruppe „Frauen helfen Frauen e.V." stellte sich im März 76 das erste Mal auf einer Pressekonferenz vor. Ende des Jahres versprach eine anonyme Spenderin, eine halbe Million DM für die Einrichtung eines Frauenhauses zur Verfügung zu stellen und bei der Stadt zu hinterlegen („FR.., 5.11.76). Anstatt daß die Initiative mit der Forderung nach Unterstützung an die Stadt herantrat, wartete sie damit, in der Meinung, sie müsse erst ein Frauenhaus zur Verfügung haben, bevor sie von der Stadt Geld für ein Frauenhaus verlangen könnte. Sie übersahen dabei, daß die Stadt sich auch dadurch keineswegs gezwungen sehen würde, das Geld an den Verein zu zahlen. Sie kann immer mit der Begründung kommen, daß sie eigene Einrichtungen hätte. Nach über einem Jahr erklärte sich im Juli 77 die Stadt dann bereit, ein Frauenhaus zu unterstützen, allerdings nur noch mit 80.000 DM entsprechend einem Vorschlag der SPD. Dieser Vorschlag scheiterte anfangs am Widerstand der CDU-Fraktion:„ *Die SPD hat uns diesen Antrag ohne jede Begründung vorgelegt. Da es sich bei der Zufluchtsstätte um eine völlig neue Institution handelt und wir nicht wissen, was sich dahinter verbirgt, konnten wir nicht zustimmen."* („FR", 7.7.77). Eine Woche später wird nach kurzem Parteiengerangel in der Presse bekanntgegeben, daß in Frankfurt ein Frauenhaus eingerichtet wurde, in dem ca. 20 Frauen und Kinder aufgenommen werden können.

Neben Schwierigkeiten mit Behörden und Städten, überhaupt Unterstützung für die Errichtung eines Frauenhauses zu bekommen, berichtet die **Bonner** Frauenhausinitiative vor allem über Differenzen mit Frauen der SPD. Dem Verein „Frauen helfen Frauen", der von Vertreterinnen des Frauenforums, des Frauenkomitees und unabhängigen Frauen getragen wird, gehörte früher die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) an. Seit Dezember 76 ist die Initiative gespalten, weil zum einen unterschiedliche Vorstellungen darüber bestanden, ob Männer im Frauenhaus mitarbeiten sollten oder nicht; „ ... *zum anderen wurde von der ASF ständig versucht, SPD-abweichende Äußerungen oder ihrer Meinung nach „brisante" Äußerungen zum Problem der Gewalt an Frauen als ein dem Kapitalismus imanentes Problem in der Öffentlichkeit zu unterbinden ...* " („Bonner Volksblatt"). Auch andere Frauenhausinitiativen äußerten Unsicherheit in der Zusammenarbeit mit Frauen der SPD, da diese sich z.T. mehr an der Meinung der Städte orientierten (so z.B. auch in Hannover, siehe oben).

Zur Konzeption und den Zielen der einzelnen Frauenhäuser

Bei der Diskussion um eine Konzeption in den Frauenhäusern üben die Frauenhausinitiativen im wesentlichen Kritik an den bestehenden Sozialeinrichtungen und Heimen, die die Frauen weiter in Unmündigkeit und Unselbständigkeit halten. Im Gegensatz zum Westberliner Frauenhaus, in dem zum großen Teil von der Stadt eingesetzte Leute arbeiten, bestehen die meisten Frauenhausinitiativen auf Selbstverwaltung und Autonomie. In einigen Initiativen führte die Auseinandersetzung um selbstverwaltetes oder staatliches Frauenhaus zur Spaltung unter den Mitgliedern, so in Kassel, Hannover und Bonn.

Das Ziel des Kölner Frauenhauses z.B. soll es sein, „*eine Zufluchtsstätte für mißhandelte Frauen und deren Kinder einzurichten. Sie sollen die Möglichkeit haben, von hier aus den Aufbau eines veränderten Lebens in Angriff nehmen zu können. Den speziellen Bedürfnissen der Frauen entsprechend soll ihnen juristische, medizinische und psychologische Beratung und Hilfe angeboten werden*". Dies „*beinhaltet auch praktische Unterstützung z.B. im Umgang mit Behörden, bei der Arbeits- und Wohnungssuche, bei Ehe- und Rechtsproblemen. In spezifischen Fragen, die über die Kompetenz der Mitarbeiter hinausgehen, werden Fachkräfte zur Beratung herangezogen.*" Besonderen Wert legt die Initiative auf die Förderung der Selbstständigkeit der Frauen im Frauenhaus: „*Ein Frauenhaus ist kein Therapiezentrum. Das soll heißen, daß die Frauen nicht zu Fällen, zu Objekten werden, die behandelt werden. In der Organisation muß deshalb von der potentiellen Selbstständigkeit der Bewohnerinnen ausgegangen werden.*" „ ... *deshalb halten wir es für notwendig, daß die Frauen alle praktischen und inhaltlichen Aufgaben selbst verwalten. Alle anstehenden Fragen sollten so weit wie möglich mit allen Hausbewohnerinnen zusammen auf Hausversammlungen geklärt werden.*"

Eine Konzentrierung der Entscheidungsmöglichkeit auf eine oder wenige Personen wird darum abgelehnt. „*Eine solche Organisation verlangt ein Höchstmaß an Autonomie und schließt ein Leitungsprinzip aus. Fachkenntnisse sollten weitergegeben und nicht monopolisiert werden. Eine zu große Arbeitsteilung (sollte) vermieden werden.*" Eine Hausmutter wird von der Initiative abgelehnt.

Zur Kinderbetreuung sagt die Initiative: „*Eine Frau soll jederzeit ihre Kinder mitbringen können. Deshalb müssen für die Betreuung der Kinder notwendige Einrichtungen im Hause vorhanden sein. Dieser Bereich ist die einzige Funktion im Haus, die auch von Männern übernommen werden könnte, da die Kinder auf diese Weise Männer auch endlich in einer positiven Weise erleben.*"

Die Forderung nach finanzieller Unterstützung vom Staat begründet die Initiative so: „*Nach dem Grundgesetz hat jeder Mensch das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, unabhängig von seinem Geschlecht. Wenn zahlreiche Mitglieder dieser Gesellschaft in diesem Grundrecht entschieden beeinträchtigt werden, hat der Staat die Pflicht, für Abhilfe zu sorgen . . .*

Diese Mittel (finanzielle Förderung) können wir jedoch nur dann in Anspruch nehmen, wenn die Unabhängigkeit der Arbeit auf der Grundlage unserer Konzeption gewährleistet wird."

Zur Öffentlichkeitsarbeit schreibt die Initiative: „*Unsere bisherigen Erfahrungen haben uns immer wieder gezeigt, wie wichtig die Öffentlichkeitsarbeit ist. Diese Arbeit hat für uns drei Schwerpunkte:*

- *Information der Bevölkerung über Arbeit und Ergebnisse, die mit dem Frauenhaus zusammenhängen.*
- *Hilfesuchende Frauen auf die Zufluchtsmöglichkeit aufmerksam zu machen.*
- *In der Bevölkerung ein umfassendes Bewußtsein über die verschiedenen Formen der Unterdrükkung, die Frauen täglich erfahren müssen, zu wecken.*

Uns liegt daran, sowohl die Gewalt, die Frauen körperlich erfahren, als auch die Gewalt, die durch behördliche Einrichtungen ausgeübt werden kann, zu verdeutlichen". (Alle Zitate aus Dokumentationen des Frauenhauses Köln)

Die Programme mehrerer anderer Frauenhausinitiativen beinhalten ähnliche Konzepte und Stoßrichtungen. Das Bielefelder Frauenhaus hält ein Konzept, das auf Selbsthilfe beruht, für notwendig: „*Die Mitglieder des Vereins haben eine Anleierungsfunktion . . . die Betroffenen selber sollen die Arbeit im Frauenhaus übernehmen . . . denn nur indem die Frauen lernen, selbständig zu werden, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, kann verhindert werden, daß sie aus purer Hilflosigkeit bedingungslos zu ihrem Mann zurückkehren*". Für spezielle Fragen steht das Frauenhaus mit Ärztinnen und Rechtsanwälten in Kontakt. Es wird nicht darauf verzichtet, von der Stadt finanzielle Unterstützung zu fordern. „*Weil das Problem der Mißhandlung von Frauen kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches ist, fordern wir von der Stadt finanzielle Unterstützung.*" („Stadtblatt", März 77) Ebenso das Frauenhaus Bremen:

„*Jegliche Art von Heimcharakter – wir verstehen darunter Bevormundung durch Leiter und ein sich Anpassen von vorgegebenen Strukturen – (stehen) in völligem Widerspruch zu der Situation und den Bedürfnissen der betroffenen Frauen . . andererseits denken wir nicht im Traum daran, der Gesellschaft das Problem, das ja kein individuelles Verschulden ist, vom Halse zu schaffen, indem wir auf Dauer kostenlos arbeiten. Unser langfristiges Ziel ist es, daß der Senat einen festen Tagessatz und nicht „feste Angestellte" bezahlt*".

Ähnliche Stellung sind uns bekannt von den Frauenhausinitiativen aus Hannover, Dortmund, Lübeck, Bonn, Hamburg, Frankfurt, Kassel, Heidelberg-Mannheim und Kiel.

Die Lübecker Frauenhausinitiative betont in einem Flugblatt noch, daß gleichzeitig die Gewalt gegen Frauen bekämpft und die Zustände, die sie produzieren, verändert werden müssen. So führte die Lübecker Frauenhausinitiative dann auch im Juli 77 Aktionstage gegen Gewalt gegen Frauen durch (siehe AK 110). Ähnlich die Bonner Frauenhausinitiative: „*Wir wollen uns zur Aufgabe machen, diesen Frauen und Kindern zu helfen . . . zum anderen das Problem der Gewalt gegen Frauen durch Frauenhäuser und der damit verbundenen Publizität aus der Privatheit an die Öffentlichkeit zu bringen, um die „Heile-Welt-Familienideologie" dieser Gesellschaft zu entlarven*".

Unterschiedliche Vorstellungen unter den einzelnen Vereinen bestehen in der Frage, ob hauptamtliche Sozialarbeiterinnen regelmäßig in den Frauenhäusern arbeiten sollen wie in Berlin, weil damit die Gefahr einer Konzentrierung der Kompetenzen auf nur einige wenige Personen bestehen würde.

Auch die Frage, ob Männer im Frauenhaus arbeiten sollen, ist noch umstritten. Viele Frauenhausmitglieder vertreten die Meinung, daß durch die Anwesenheit von Männern die Frauen und Kinder wieder in Angstzustände versetzt werden. Andere halten es für möglich, daß Männer im Frauenhaus die Erziehung der Kinder mitübernehmen, um so den Kindern positive Erfahrungen mit Männern zu geben.

Das Frauenhaus – eine politische Aufgabe?

Über den Anspruch der Frauenhausinitiativen hinaus, den Frauen eine Unterkunft zu verschaffen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ein „neues Leben" anzufangen, sehen die meisten Gruppen in der Errichtung eines Hauses für mißhandelte Frauen eine politische Aufgabe. So schreibt z.B. die Bonner Frauenhausinitiative in einer Auseinandersetzung mit dem KBW, der in der Errichtung eines Frauenhauses eine Spaltung der Arbeiterklasse sehen will, im „Bonner Volksblatt":

„*Wir sind sehr wohl der Meinung, daß Frauenhäuser eine politische Aufgabe haben, weil sie durch ihre Existenz einen direkten Angriff auf die Familie darstellen . . .Das hebt sie sicherlich schon über eine rein caritative Organisation hinaus. Zudem wollen wir in der Zusammenarbeit mit den betroffenen Frauen das Problem der Gewalt an Frauen als ein gesellschaftliches Problem herausarbeiten, was schon durch die kollektiven Erfahrungen der Frauen im Frauenhaus begünstigt wird. Wir hoffen, daß sich damit ein erster Anstoß in Richtung auf eine Politisierung der Frauen ergibt, die ja oft Hausfrauen und relativ unpolitisch sind.*"

Richtig ist sicherlich, daß die Existenz von Frauenhäusern die bürgerliche Familienideologie etwas ankratzt und daß mit der Forderung an den Staat nach Finanzierung politische Aufgaben auf die Initiativen zukommen, wie z.B. eine breite und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen mit Unterschriftensammlungen und offenen Briefen. Gerade die oben angeführten Beispiele zeigen, daß ohne diesen Druck kein öffentliches Frauenhaus in Selbstverwaltung eingerichtet werden konnte.

Was die Politisierung der Frauen während ihres Aufenthaltes im Frauenhaus betrifft, tauchen hier jedoch ohne Zweifel größere Schwierigkeiten auf, da, – wie auch die Erfahrungen der bestehenden Frauenhäuser zeigen – diese Frauen ein Leben in Selbstbestimmung und Organisierung nicht gewohnt sind, haben sie doch bisher in ständiger Abhängigkeit und Isolierung gelebt. Insofern bleibt die Arbeit, die die Initiativen hier hineinstecken, im wesentlichen Sozialarbeit – Hilfe für einen Teil besonders schlimm betroffener Opfer des Kapitalismus (zu dieser Auseinandersetzung siehe auch AK 90).

Hinzu kommt, daß die Lage der bestehenden Frauenhäuser durch die ständige finanzielle Existenzangst sehr schwierig ist. Die Frauenhäuser sind dem Ansturm der hilfesuchenden Frauen oft gar nicht gewachsen. Allein in Berlin kamen von November 76 bis Mitte März 77 277 Frauen und 326 Kinder ins Frauenhaus. Die Mitarbeiterinnen sind überlastet. Das Berliner Frauenhaus, in dem immer ca. 40 Frauen und 60 Kinder sind, klagt über zuwenig Planstellen. Bisher wird die gesamte Arbeit einschließlich der Kinderbetreuung von zehn Mitarbeiter(innen) geleistet. Unter diesen Bedingungen leidet ein Leben im Frauenhaus natürlich.

Im Kölner Frauenhaus müssen zur Zeit etwa zehn Frauen und fünfzehn Kinder in zehn schlecht renovierten Zimmern leben. Die drei Mitarbeiterinnen teilen sich ein Gehalt. Die Kinder werden wechselweise von Praktikantinnen der Fachhochschule notdürftig betreut. So häufen sich die Probleme, die Frauen finden nicht die notwendige, ersehnte Ruhe, den Kindern fehlt die notwendige pädagogische Betreuung.

Damit wird der Ruf nach mehr Versorgung und stärkerem Eingreifen der Mitarbeiter laut, was im Widerspruch zum Anspruch der Selbstversorgung steht.

Ein wesentliches Problem besteht darin, daß viele Frauen, die im Frauenhaus Unterkunft suchen, keinen Beruf haben und nur von Sozialhilfe leben. In Berlin z.B. haben von 277 Frauen nur 52 einen Arbeitsplatz, das sind 18%. Besonders schwer trifft dies die ausländischen Frauen, die nicht aus EG-Ländern kommen, weil sie, sowie sie alleinstehend sind, gezwungen sind, zu arbeiten. Dazu haben sie meist noch sehr viele Kinder.

So wissen viele Frauen, nachdem sie im Frauenhaus einigermaßen zur Ruhe gekommen sind, danach oft nicht, wohin. Die Anzahl der Frauen, die zu ihren Männern zurückkehren, ist darum nicht gering. In Berlin waren es von 227 Frauen 164, die in ihre alten Verhältnisse zurückkehrten. Die Vorstellungen der einzelnen Frauenhausinitiativen, für die Frauen geeignete Mittel und Hilfen zur Verfügung stellen zu können, die auf Selbstverwaltung und Gemeinsamkeit aufbaut, werden durch diese äußeren Umstände sehr schwer gemacht. Hinzu kommt, daß die Frauen, die ins Frauenhaus kommen, ein Leben dieser Art nicht gewohnt sind, sondern dies sogar im krassen Widerspruch zu ihrem bisherigen Leben in Abhängigkeit und Isolierung steht.

Ein Überleben der Frauenhausinitiativen wird darum wesentlich davon abhängen, wie es den Initiativen gelingt, das Problem weiter in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und vom Staat eine materielle Unterstützung zu erzwingen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Die Reaktion der bürgerlichen Presse

Nach den ersten Erfahrungen von Frauenhäusern in England und Amsterdam, die hier von der Frauenbewegung ins Gespräch gebracht wurden, griff auch die bürgerliche Presse das Problem mißhandelter Frauen stärker auf. Eine Berichterstattung über die Frauenhäuser setzte vor allem mit dem Entstehen des ersten Frauenhauses in West-Berlin ein. In der Frauenpresse berichtete die West-Berliner Frauenzeitung „Courage" und A. Schwarzers „Emma" in einem längerem Artikel über das West-Berliner Frauenhaus, die Münsteraner „Protokolle" über das Frauenhaus Bremen. Die liberale Presse berichtete anfangs relativ korrekt über die Notwendigkeit und Entstehen der Frauenhäuser. So brachten der „Stern", „Brigitte" und der „Spiegel" längere Artikel zu den Frauenhäusern in England und Westberlin.

Einige bürgerliche Schmierfinken brachten es dennoch fertig, die Frauenhäuser und Initiativen in übelster Weise zu diffamieren. So hetzte die West-Berliner „BZ" am 7.3.77 in einem Artikel:

„*Im Frauenhaus wurden wir gefangen gehalten . .* " und eine Christina Herrmann, die angeblich im Frauenhaus Hilfe gesucht hatte (?!) berichtet: „*Ich würde nie wieder ins Frauenhaus gehen. Dort wird man von den Frauen total entmündigt. In ihrem Haß auf die Männer machen sie alles kaputt, was eine Ehe vielleicht noch retten könnte. Dort werden die Frauen psychologisch unterdrückt. Ich würde keiner Frau raten, dorthin zu gehen, auch wenn sie von ihrem Mann geschlagen wird . . .* " usw.

Daß die angeblich „freie" Presse oft nur ein Sprachrohr der Stadtvertreter ist, mußte u.a. die Bielefelder Frauenhausinitiative erfahren, Auf einer Anfang des Jahres stattfindenden Podiumsdiskussion, zu der außer den Mitarbeiterinnen und betroffenen Frauen des Frauenhauses Vertreter der Stadt eingeladen waren, blieben die Plätze der Stadtvertreter leer. Dafür fand sich am nächsten Tag in der Zeitung ein besonders übler Artikel über die Veranstaltung. Das Frauenhaus erzwang dann per Gerichtsbeschluß den Abdruck einer Gegendarstellung und verklagte den Schreiberling wegen Verleumdung.

Als die Rendsburger Frauenhausinitiative bei der Chefredaktion der „Schleswig-Holsteiner-Landeszeitung" vorsprach, um in der Presse die Initiative bekannt zu machen, begegnete man ihnen mit Sprüchen wie „zeigt doch mal eure blauen Flecken her" und „das wird ja wohl ein Freudenhaus statt ein Frauenhaus".

Diese Vorfälle und Reaktionen sind zwar nicht durchweg in der Überzahl – eher wird das Problem Frauenhäuser in der bürgerlichen Presse entweder total verschwiegen oder aber beschönigt und als Verdienst der Stadt ausgelegt – dennoch wird klar, daß versucht wird, das Problem mißhandelter Frauen und die damit verbundenen Forderungen an diesen Staat zu leugnen und abzuwürgen, denn zum einen geht es dem Staat dabei um seinen Geldbeutel und zum anderen stellt allein die Tatsache von mißhandelten Frauen selbst die gesamte Familienideologie von Eheglück und „Friede-Freude-Eierkuchen" in Frage.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Kinder



Wer ist hier eigentlich »schmutzig«?

Anläßlich der Funkausstellung in Westberlin Ende August hatte der österreichische Rundfunk gemeinsam mit dem »Sender Freies Berlin«(SFB) eine gar »lustige« Aktion geplant:

Im Märkischen Viertel (MV) sollte das »schmutzigste« Kind ausfindig gemacht werden, das sich dann öffentlich waschen lassen sollte, während die anderen schmutzigen Kinder im Hintergrund »Wasser ist zum Waschen da« singen. Wirklich sehr originell ... Die für diesen Bezirk »verantwortlichen« bürgerlichen Politiker fühlten sich allerdings auf den Schlips getreten - interessant zu hören, warum:

So vertrat der Reinickendorfer Volksbildungsstadtrat Dzembritzki (SPD) *»in einem offenen Brief an den österreichischen Rundfunk die Auffassung, mit der Suche nach dem schmutzigsten Kind im MV würden* *österreichischen Rundfunk die Auffassung, mit der Suche nach dem schmutzigsten Kind im MV würden* *'Mißverständnisse produziert, Vorurteile aufgebaut und negative Assoziationen geschaffen'. Der Kreisverband Reinickendorf sprach von politischer Instinktlosigkeit. Die Einwohner seien es leid, wieder in ein schiefes Licht gerückt zu werden. Die CDU-Abgeordnete* [...] *berief sich als zuständige Wahlkreisabgeordnete auf empörte Anrufe von Bürgern aus dem MV, als sie den SFB-Intendanten Barsig aufforderte, die Bedenken zu berücksichtigen.* [..] *'Ich wage es zu bezweifeln, daß es für die weitere Entwicklung eines Kindes günstig ist, als Schmutzfink Berühmtheit erlangt zu haben', schreibt die Abgeordnete.«* (»Tagesspiegel« vom 30.8.77)

Um das »Gute Ansehen« des Märkischen Viertels also sind die Honoratioren der SPD und CDU in erster Linie besorgt. Wie sollte es auch anders sein bei Leuten, denen die Situation und Probleme der Kinder nachweislich scheißegal sind: die Lebenssituation (wenn man es überhaupt so nennen kann) der Bewohner des MV ist weit über Westberlin hinaus bekannt. Als eine der ersten sog. Großraumsiedlungen in der BRD zeichnet es sich insbesondere durch einen extremen Mangel an Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus. Die wenigen Initiativen wurden und werden nach und nach dicht gemacht.

Eine (!) der neuesten Maßnahmen der oben zitierten »Kinderfreunde« ist die im Rahmen der Sparmaßnahmen beschlossene Streichung von 50 (!!!) die im Rahmen der Sparmaßnahmen beschlossene Streichung von 50 (!!!) der sowieso nur 69 vorhandenen Stellen für Abenteuerspielplätze Westberlins! Davon sind auch besonders die Kinder im MV betroffen. Als wenn da noch viel »ins schiefe Licht zu rücken« wäre ...

Eigentlich hätten sich diese Heuchler von SPD und CDU gleich der Meinung des österreichischen Produzenten anschließen können, der meinte, *»er habe nicht voraussehen können wie seine 'Spaß-Frage' so aufgefaßt würde«* (»Tagesspiegel« v. 31.8.), *»wo es doch überall Großraumsiedlungen gäbe - auch in Österreich - von sozialen Problemen hätte er da nichts gehört«* (»Echo am Morgen«,SFB am 30.8.) ...

Kinder-Kommission/Westberlin

Unverschämter Angriff auf das Kinderschutzzentrum

Im Zusammenhang mit den Angriffen gegen die 48 Unterzeichner der Dokumentation des »Buback-Nachrufes« steht jetzt eine besonders üble Variante der Hetze und Verleumdung gegen einen der Unterzeichner. Es handelt sich um Prof. R. Wolff. Neben seiner Dozententätigkeit an Hoch- und Fachhochschulen ist er engagierter Vorsitzender des Kinderschutzzentrums Berlin e.V. R. Wolff hat u.a. das Buch *»Gewalt gegen Kinder - Kindesmißhandlungen und ihre Ursachen«* (Rowohlt-Verlag) geschrieben.

In einem Brief von Bezirksstadtrat Siebner (Berlin-Tempelhof) wird R. Wolff mitgeteilt: *»Inzwischen ist mir bekanntgeworden, daß Sie zu den 12 Professoren gehören, die den Nachdruck des Artikels »Buback - ein Nachruf« mit seinen Gewaltparolen ausdrücklich billigen ... Es ist mir ein zunächst unauflösbarer Widerspruch, auf der einen Seite Kinder vor Gewalttaten schützen zu wollen und auf der anderen Seite eine Veröffentlichung nicht nur zu dulden, sondern ausdrücklich zu billigen, die kaum verhüllt einen Mord verteidigt...«*

Der saubere Stadtrat beabsichtigt mit diesem Brief weit mehr als »nur« R. Wolff sozusagen seine persönliche Meinung zu der Sache zu verkünden! Er hat den Brief nicht nur an alle anderen Stadträte der übrigen Westberliner Bezirke und an Senatorin Ilse Reichelt weitergegeben, sondern auch (natürlich, was eignet sich auch besser ?!?) an Springers »Morgenpost«. Prompt eilte die CDU zu Hilfe und versucht, dem Kinderschutzzentrum mit einer Art Revers (s. Abdruck) die Pistole auf die Brust zu setzen.

R. Wolff wies in einer öffentlichen Erklärung den *»Versuch als unredlich zurück, den publizistischen Angriff auf mich mit einem Angriff auf das Kinderschutzzentrum zu verbinden«*. Er deckte das verlogene Vorgehen des Stadtrates als einen billigen Vorwand auf, die Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzzentrum bis auf weiteres aufzukündigen - eine Zusammenarbeit, die bisher überhaupt noch nicht von seiten des Bezirksamtes angestrebt worden war. Wolff schrieb u.a.: *»Es muß auch gefragt werden, wie Sie mit Ihrer Entscheidung vor den Kollegen und Betroffenen in Ihrem Geschäfts-* *und Betroffenen in Ihrem Geschäfts-* *bereich bestehen wollen, wenn Sie doch ... wissen, wie es heute auch in zahlreichen Tempelhofer Familien steht:*

- daß nämlich die Konflikte zwischen Eltern und Kindern, die Lernstörungen, Zusammenbrüche, Mißhandlungen zunehmen: Das ist die Früh-erfahrung von Gewalt! — und daß die Kollegen in der Familienfürsorge und den Beratungsstellen vor lauter Arbeit nicht wissen, wie sie das alles noch bewältigen sollen«.

Wir meinen, daß es bestimmt eher ein »unauflösbarer Widerspruch« ist, in Leuten, die gegen die Arbeit des Kinderschutzzentrums eine derartige Hetze vom Zaune brechen, auch gleichzeitig »Kinderfreunde« zu sehen! (beide Briefe sind vollständig in der »HEZ« Nr. 8/77 veröffentlicht)

Kinderkommission Westberlin

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

CDU

FRAKTION DES ABGEORDNETENHAUSES VON BERLIN

- Fraktionsvorsitzender -

4. August 1977
Gra-lk

An das
Kinderschutzzentrum Berlin e.V.
Lausitzer Straße lo

1ooo Berlin 36

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie haben sich die Aufgabe gesetzt, Menschen vor der Gewalt anderer Menschen zu schützen. Sie wollen der Mißhandlung von Kindern vorbeugen, sie aufdecken, verhindern und beenden. Dies ist ein Ziel, dem sich alle Menschen aus humaner Verantwortung verpflichtet fühlen sollten. Für dieses Ziel eintreten kann überzeugend allerdings nur, wer persönlich in Sachen Gewalt gegen Menschen ohne Tadel ist. Das ist bei Ihnen leider nicht der Fall.

Ihr Vorsitzender ist Herr Prof. Dr. Reinhart Wolff. Dieser Mann gehörte zu den Protagonisten der APO, aus der sich auch die verschiedenen Terrorgruppen entwickelt haben, deren letztes Opfer der Bankier Jürgen Ponto geworden ist. Herrn Prof. Wolffs entsprechende Vergangenheit erwähne ich nur deshalb, weil er sich von den Gedanken seiner Studentenzeit offenbar auch heute noch leiten läßt. Er gehört zu den zwölf Professoren, die als Herausgeber den Nachdruck des Artikels "Buback - ein Nachruf" zu verantworten haben. In diesem Artikel wird die Anwendung von Gewalt bis hin zum Mord gerechtfertigt.

Wir sind der Ansicht, daß Herr Prof. Wolff den Gedanken des Kinderschutzes durch sein Eintreten für Gewalt zur Durchsetzung vermeintlich politischer Ziele diskreditiert und damit auch die Glaubwürdigkeit Ihrer Organisation gefährdet.

Wir fordern Sie daher auf, sich von Herrn Prof. Wolff zu trennen, oder ihn aufzufordern, sich vom Inhalt und der Verbreitung des genannten Aufsatzes ausdrücklich zu distanzieren. Dies ist die Voraussetzung dafür, wenn wir Ihre Organisation zu denjenigen zählen sollen, die wir guten Gewissens unterstützen und empfehlen können.

Hochachtungsvoll

(Heinrich Lummer)

1000 Berlin 62 · Rathaus Schöneberg · John-F.-Kennedy-Platz · Telefon 7 84 50 47, 7 83 3253/55

Bremer Kinderläden fordern Geld vom Senat

Auf die Entscheidung des Senats, finanzielle Vergünstigungen für Fünfjährige in staatlichen Kindergärten zu schaffen, die Kinderläden aber dabei auszunehmen, haben die Kinderladen-Eltern das erste Mal seit fast einem Jahr geschlossen reagiert. Jeder Kinderladen schickte einen Brief an den Senator für Jugend und Soziales (?), in dem sehr höflich darum gebeten wurde, die Kinderläden in die finanzielle Unterstützung mit einzubeziehen. Daraufhin erhielt jeder Kinderladen (wie erwartet) ein Ablehnungsschreiben. Außer der üblichen Leier (leere Kassen) ist den sozialen Herren eine sehr merkwürdige Begründung eingefallen: *»für die Entscheidung, die Elternbeiträge für den Besuch Fünfjähriger in Kindergärten/Kindertagesheimen der Stadtgemeinde Bremen und der freien Wohlfahrtsverbände aufzuheben, war die Konkurrenzsituation mit den Vorklassen der Schulen ausschlaggebend, in denen der Besuch kostenlos ist. Da sich die Alternative Eltern-Kinder-Gruppe — Vorklasse nach meiner Kenntnis bei den in Eltern-Kinder-Gruppen organisierten Eltern nie gestellt hat - bei der Mehrzahl der Gruppen kam aus verschiedenen grundsätzlichen Erwägungen nicht einmal der Besuch eines Kindertagesheimes als Alternative in Betracht - und da Eltern-Kinder-Gruppen anders organisiert und strukturiert sind als die jetzt in die Freistellungsregelung einbezogenen Einrichtungen des Elementarbereichs,«* sind die Eltern-Kind-Initiativen *»zunächst nicht in die Diskussion einbezogen worden«.*

Die Arbeitsgruppe der Eltern-Kind-Initiativen die sich vor drei Wochen konstituiert hat, sieht in diesem Schreiben ihren Verdacht bestätigt, daß die Kinderläden vom Senat ausgetrocknet werden sollen, weil für ihn sicher die konkreten Erziehungsinhalte der Kinderläden »ein rotes Tuch« sind. Nichts anderes kann hinter der Phrase *»weil Eltern-Kinder-Gruppen anders organisiert und strukturiert sind«* stekken.

Die Reaktion der Arbeitsgruppe: ein knackiger Brief an den Senator, in dem er aufgefordert wird, eine inhaltliche Stellungnahme zu seinen Begründungen abzugeben. Außerdem wird am 20.9., am Weltkindertag, an dem der Senat durch verschiedene Aktionen seine angebliche Kinderfreundlichkeit zur Schau stellen will, in der Stadt an einem Informationsstand über die Situation der Kinderläden und die Spiel- und Lernbedingungen von Bremens Kindern informiert.

Dies ist der erste öffentliche Auftritt der »Arbeitsgruppe der Eltern-Kind-Initiativen« - und es wird sicher nicht der letzte sein!

Eine Genossin der KB-Gruppe Bremen



Bundesverfassungsgericht: Die Rechte der Kinder sind teilbar!

Das Bundesverfassungsgericht, das sich zunehmend als Aktivist bei der Korrektur sozialdemokratischer Reformleichen profiliert (§218- Fristenlösung u.a.) hat jetzt auch gegen Kinder losgeschlagen. Beschluß des Gerichtes: es gibt solche und andere Kinder, gleich sind sie zumindest vor dem Bundesverfassungsgericht nicht mehr!

Gegenstand des Urteils: eine Reihe von Professoren und Bundeswehroffizieren hatte gegen die Besoldungsneuregelung von 1974 geklagt. Durch diese Regelung fällt der Kindergeldzuschlag für Beamte und Soldaten weg. Diese Bevölkerungsgruppe wird in die allgemeine Regelung des Kindergeldes durch das Bundeskindergeldgesetz einbezogen. (»Welt«, 20.7.77) Verbunden mit einigen Steuerveränderungen erhöhte sich dabei das Einkommen für Beamte und Soldaten, die bis zu 2.800 DM verdienen, etwas. Darüber ist eine Einbuße zu verzeichnen.

Diese Neuregelung wurde jetzt für »verfassungswidrig« erklärt. Denn, so das Verfassungsgericht: eine Kindergeldregelung muß »amtsangemessen« sein, d.h. je höher man in Amt und Würden als Beamter ist, muß sich auch das Kindergeld erhöhen. (»Frankfurter Rundschau«, 23.7.77). Kurz: Kinder von Beamten sind mehr wert als Kinder von Arbeitern und Angestellten!

Es wird Zeit, daß sich dieses Gericht in »Verfassungsbruchhof« umbenennt, denn wie steht es so schön auf dem Papier des Grundgesetztes, das ja ach so geduldig ist: »Niemand darf wegen seiner Herkunft benachteiligt oder bevorzugt werden« (Art.3) - außer Beamtenkindern, bliebe hinzuzufügen.

Kinderkommission
KB/ Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Herausgeber — Druck — Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstr. 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 20.500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,—
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Vierjährige »zu laut« — Familie muß ausziehen?

Eine Familie in Fellbach muß ihre Wohnung räumen, weil die 4-jährige Tochter und das 10-monatige Baby »zu laut« sind !

Aus der Entscheidung: *»Die Beklagten haben ihre vertraglichen Verpflichtungen insoweit schuldhaft nicht unerheblich verletzt, als frühmorgens von ihrer Wohnung aus häufig Lärm ausgeht, der den Kläger und dessen Ehefrau insofern beeinträchtigt, als sie im Schlaf gestört werden. Nach den glaubhaften Bekundungen der Zeugin ... hüpft das 4-jährige Kind der Beklagten häufig jeweils 10 bis 15 Minuten in der Wohnung herum und zwar auch in der Nacht, bzw. frühmorgens zwischen 3 und 3.40 Uhr, um 4.50 Uhr, um 5.20 Uhr bzw. um 6.oo Uhr.«*

Bei der Zeugin handelt es sich um die Ehefrau des Hausbesitzers. Ihren Aussagen wurde geglaubt, während die Beteuerung der Eltern, daß das Kind nachts schlafe und nicht herumlaufe als »befangen« vom Tisch gewischt wurde!!! Das alles noch vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Wohnung der Familie u n t e r der des Hausbesitzers liegt und zusätzlich auf eigene Kosten noch mit einem Teppichboden (wegen Hellhörigkeit) ausgelegt wurde.

(nach »Extra-Dienst« vom 23.8.77)

Kinderkommission/Westberlin

Trotz Verbotsdrohungen: Am 24.9. in Kalkar!

Zielstrebig versucht die nordrhein-westfälische Landesregierung ein Demonstrationsverbot am 24.9. in Kalkar vorzubereiten. Seit vier Wochen wird insbesondere in der regionalen Presse systematisch verbreitet, daß von Seiten der Demonstranten „Gewalttätigkeiten" geplant seien, daß der „Sturm auf Kalkar" vorbereitet werde und ähnliches mehr. Diese Behauptungen, die zur Grundlage nur die Absicht zur Hetze haben, werden von der bürgerlichen Presse willig aufgegriffen. Begleitet wird die Hetze von umfangreichen Vorbereitungen der Polizei und vom Ausbau des Bauplatzes in Kalkar zu einer Festung. Zusätzlich werden bereits in der Vorbereitungsphase der Aktion die Bürgerinitiativen intensiv bespitzelt, kontrolliert und eingeschüchtert, ihre gemeinsamen Sitzungen überwacht.

Mit Alternativangeboten versucht Innenminister Hirsch den BIs ein erneutes „Itzehoe" zu präsentieren. So erklärt er als mögliche Demonstrationsorte die Kleinstadt Kalkar selbst oder die dem „Schnellen Brüter" gegenüberliegende Rheinseite, auf keinen Fall will er die Demonstration am Bauplatz zulassen.

Bisher hat die Bourgeoisie mit ihrem nordrhein-westfälischen „Itzehoe" allerdings reichlich Schwierigkeiten. Die mit dieser Alternative angesprochenen „gemäßigten" und bürgerlichen Umweltverbände halten bei allen Schwankungen an der gemeinsamen Aktion fest.

So haben sie auch den erneuten Spaltungsversuch von Hirsch, für den 19.9. nur einen ausgesuchten Teil der Anmelder der Demonstration (nämlich die, die er den „vernünftigeren" AKW-Gegnern zurechnet) zu einem Gespräch einzuladen, zurückgewiesen: entweder alle oder keiner. Andererseits setzt die Kampagne der Bourgeoisie auch darauf, die Bewegung zu verunsichern und die Mobilisierung zu beeinträchtigen.

Die Bourgeoisie versucht in Erwartung noch größerer Auseinandersetzungen mit der Anti-AKW-Bewegung über die Kriminalisierung und Einschüchterung zunächst durchzusetzen, daß in Zukunft keine Demonstrationen mehr direkt am oder in der Nähe von AKW-Bauplätzen stattfinden sollen. In Kalkar wird dies Verbot vorbereitet. In Phillipsburg ist es vor wenigen Tagen praktiziert worden. Die dabei angeführten Begründungen sind beliebig anwendbar:

- der Demonstrationsort sei „ungeeignet";
- teures Material müsse geschützt werden;
- „kriminelle" „K-Gruppen"

seien beteiligt (Beweis: ein beigelegtes Anti-AKW-Info zu Phillipsburg des KB).

Allein der Hinweis auf Beteiligung von „K-Gruppen" soll ausreichen, die drohenden „Gewalttaten" zu beweisen (das Phillipsburg-Info des KB sagt hierüber nichts aus !) und gleichzeitig die übrige Anti-AKW-Bewegung unter Druck setzen, sich von den Linken zu distanzieren.

In Vorbereitung der Kalkar-Aktion wird eine solche Spaltung den AKW-Betreibern nicht gelingen. Die Demonstration am 24.9. zum Bauplatz des „Schnellen Brüters" findet statt!

Weg vom Bauplatz?

Innenminister Hirsch hat *„untrügliche Beweise"* („NRZ", 9.9.) für die Vorbereitung von „Gewalttaten" durch Radikale. Er verfüge über *„Unterlagen und Informationen"* („RP", 13.9.). In der letzten Zeit sickerte einiges an Belegen für die schwere Beweislast durch. So berichtet die „Westfälische Rundschau", daß *„Extremisten den Bauplatz stürmen und besetzen wollen. Gewitzt aus den Erfahrungen von Brokdorf"* hätten diese *„ ihre Waffen schon vor einiger Zeit teilweise bahnlagernd nach Kalkar geschafft"*. Außerdem *„vermutet die Polizei größere Mengen Schlagwaffen versteckt"* in Bauplatznähe („WR", 17.9.). Diese „untrüglichen Beweise" (Hirsch hat auch auf Nachfragen bisher nichts Konkretes angeben können) werden ohne Bedenken von den bürgerlichen Pressekommentatoren übernommen: *„Die Hinweise aus den Lagern der K-Gruppen sprechen eine eindeutige (!) Sprache. Diese Hinweise müssen ernster genommen werden, als es bisher zu geschehen scheint"* („WAZ", 17.9.).

Derlei Behauptungen und Beschwörungen sollen ausreichen, die Demonstration am Bauplatz zu verbieten. So berichteten am 16. und 17.9. Presse und Rundfunk, daß das Verbot beschlossene Sache sei. Doch selbst hier wahrte Hirsch noch den demokratischen Schein: derartige Verbotsmeldungen seien „Unsinn". *„Aus Sicherheitsgründen will Hirsch jedoch das Gelände rund um den Reaktor ‚Schneller Brüter' sperren. Die ‚Schlacht um Kalkar' werde es nicht geben. Der Demonstrationszug bzw. die Kundgebung müßten einige Kilometer entfernt vom Reaktor-Gelände stattfinden"* („NRZ", 17.9.).

Verboten werden soll nichts, es wird nur eben nicht alles erlaubt.

Hirsch hat zur Durchsetzung des Demonstrationsverbots die Taktik eingeschlagen, im Gefolge der Hetze die Demonstration am Bauplatz aus der Diskussion zu bringen. Gleich nach den ersten öffentlichen Tiraden bot er den BIs eine Demonstration am anderen Rheinufer an. *„Von dort aus sei das Objekt der Demonstration gut zu sehen(!). Andererseits könnten die Chaoten dann nur schwer die Demonstration zum Ausgangspunkt eines Marsches zum Werksgelände machen"* („WAZ", 13.9.). Die jetzt angebotene Demonstration in Kalkar soll offensichtlich als der „von beiden Seiten vertretbare Kompromiß" ausgegeben werden.

Unterstützung von der CDU

Die CDU sprang der SPD/FDP-Regierung in NRW zur Seite. Ein CDU-Ratsherr und ein Kreistagsabgeordneter aus Kalkar initiierten am Ort eine Unterschriftensammlung gegen die Versammlung in der Kleinstadt. Die „Sicherheit" für die Bürger der Stadt sei nicht mehr gewährleistet. Die Bürger von Kalkar, „die in Sorge um ihre Gesundheit und ihr Eigentum wenig Verständnis dafür haben, daß das Recht auf Demonstration höher gewertet wird, als ihr ebenfalls verbrieftes Recht auf Freizügigkeit und Sicherheit"(„RP", 10.9.). Als Beispiel für die angeblich drohende Gefahr wird dann angeführt, *„daß die Bürger einen Tag lang nicht aus dem Haus kommen könnten und, was noch schlimmer ist, Krankenwagen und Feuerwehr könnten sich bei irgendwelchen Katastrophen im Stadtgebiet nicht mehr bewegen"* (WDR II am 15.9.). Zitiert werden bereits im Stile der Hetze vor Brokdorf III „Bürger", die in Sorge um ihr Eigentum sind: *„Wir nageln unsere Schaufenster zu und fahren irgendwohin"* („NRZ", 17.9.).

Kalkars CDU-Bürgermeister Kuypers hat in einem Brief an Hirsch die „Forderungen der Bürger" unterstützt. Die CDU hat außerdem angekündigt, daß sie gegen eine Demonstrationsgenehmigung gerichtlich vorgehen werde („NRZ", 17.9.)

Mit Begeisterung wurde von CDU-Seite der Vorschlag Hirschs aufgenommen, auf der anderen Rheinseite zu demonstrieren. NRWs CDU-Chef Köppler machte sich im Landtag zum Fürsprecher dieses Vorschlags („RP", 14.9.). Einen Wermutstropfen in diese Vorstellung goß allerdings der (CDU-) Bürgermeister von Rees (andere Rheinseite). Er protestierte entschieden dagegen, die Demonstration nach Rees zu verlegen, da dort zur gleichen Zeit ein großer Kirmes beginne.

Bürgermeister Tasch ganz konsequent: *„In der gegenwärtigen Situation, in der alles im Banne der Schleyer-Entführung steht, sollte der Innenminister den Mut aufbringen und die Demonstration verbieten. Schließlich hat er auch die Pflicht, für die Sicherheit des Bürgers zu sorgen"* („RP", 13.9.).

Spaltungsversuche bisher mißlungen

Innenminister Hirsch richtete seine ideologische Kampagne mit starkem Augenmerk auf „gemäßigte" Teile der BIs, die an der Aktion beteiligt sind. Mehrfach appellierte er an die „vernünftigen" Kreise, sie *„seien in Gefahr, sich auf das Exerzierfeld kommunistischer und anarchistischer Gewaltaktionen zu begeben"* („WAZ", 15.9.). Er äußerte die Befürchtung, *„daß sie sich in ihren eigenen Reihen gegen Anarchisten und Chaoten nicht mehr durchsetzen könnten"* („NRZ") und hielt es sogar für besser, daß sie auf die Demonstration ganz verzichten. Die Stoßrichtung ging allerdings dahin, den bürgerlichen Kräften ein Angebot zu machen, weg vom Bauplatz zu kommen. Neuerlicher Versuch ist die Einladung an den niederländischen LEK, den WSL und die BBU zu einem Gespräch am 19.9. Ausdrücklich nicht eingeladen sind die vom Planungsausschuß NRW benannten Vertreter, die zusätzlich zu den oben angeführten gemeinsam die Demonstration angemeldet haben – und die wohl als Linke eingeschätzt werden. Hirsch sei *„an einer Verständigung gelegen"*. Er wolle in dem Gespräch *„auch vor den von militanten K-Gruppen drohenden Gewalttaten warnen"* („WR" 17.9.). Diese Taktik war bisher erfolglos, wobei Hirsch selber sehr ungeschickt taktierte, als er z.B. Anfang September ein geplantes Gespräch mit dem Bauern Maas dadurch zum Platzen brachte, daß er die Teilnahme eines Maas begleitenden niederländischen LEK-Vertreters ablehnte, woraufhin Maas das Gespräch abbrach.



Aller Anfang ist schwer: Das Kalkar-Bündnis in seiner Entstehung

Der BBU hat nach anfänglichen eigenen Spaltungsmanövern sich solidarisch an der Vorbereitung beteiligt. Die anfangs vorgetragene Hetze ließ der BBU fallen und beteiligte sich an den gemeinsamen Erklärungen und Protesten gegen die Einschränkung des Demorechts und die in der Presse laufende Diffamierung. Ausdruck dafür ist die gemeinsam mit dem Planungsausschuß NRW und dem LEK abgehaltene Pressekonferenz am 15.9. in Bonn (siehe nebenstehende Presseerklärung). Es ist allerdings auch dem unter dem Druck der Hetze stehenden Einfluß der rechten Kräfte zuzuschreiben, daß eine starke Betonung in ihren Erklärungen darauf liegt, man werde „friedlich und ohne Waffen" (Flugblatt von BBU, WSL und Bauer Maas) erscheinen. Ähnliches gilt für die Passage der Presseerklärung, in der gesagt wird, man werde durch eigenen Ordnungsdienst *„Provokationen gewaltsamer Auseinandersetzungen, gleich von welcher Seite sie kommen mögen"* verhindern. Von allen diesen Kräften wird aber übereinstimmend akzeptiert:

– das Beharren auf der Demonstra-
stimmend akzeptiert:

- das Beharren auf der Demonstration am Bauplatz
- die Gefährdung für die als friedlich geplante Aktion geht von der Polizei und vom Staat aus.

Insbesondere die Holländer, die starke Neigungen hatten, dem staatlichen Druck zu weichen (und alternativ eventuell im Land zu bleiben), haben in ihrer Erklärung diesen Gesichtspunkt stark hervorgehoben.

Aufforderung an Landesregierung: Demonstration in Kalkar genehmigen!

Presseerklärung, vorgelegt auf der Pressekonferenz in Bonn am 15.9.77

Seit Monaten wird von über 40 Bürgerinitiativen aus Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem Landelijk Energie Komitee (LEK) und dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die internationale Großdemonstration gegen den Schnellen Brüter am 24. September 1977 in Kalkar vorbereitet. Der Planungsausschuß hat folgende Aktionen vorgesehen:

1. Anti-KKW-Veranstaltung mit Persönlichkeiten aus mehreren Ländern ab 9.00 Uhr in Kalkar auf dem Marktplatz sowie einem 200 m entfernten Parkplatz.
2. Ab 11.00 Uhr: Demonstrationszug zu der Wiese des Landwirts Josef Maas in der Nähe des Baugeländes und Abschlußkundgebung mit Reden des betroffenen Landwirts, Herrn Maas, einem Vertreter der niederländischen Bürgerinitiativen und einem Vertreter des Planungsausschusses.

Die Ablehnung der Atomenergie ist die Grundlage für unseren gemeinsamen Protest. Die Veranstalter sind von der Gefährlichkeit und Verfassungswidrigkeit des Schnellen-Brüter-Projekts überzeugt. Da der Schnelle Brüter ein besonders wichtiger Bestandteil des gesamten Atomenergieprogramms der Bundesregierung ist, wird die Verhinderung dieses Projektes auch das Auslaufen des übrigen Programms nach sich ziehen.

Es ist deshalb ein legitimes demokratisches Recht, gegen diese menschenfeindliche Technologie zu demonstrieren. Alle an der Vorbereitung beteiligten Organisationen haben in einem gemeinsamen Aufruf bekräftigt, daß am 24.9. kein Versuch einer Bauplatzbesetzung unternommen wird. Grundsätzlich halten wir jedoch auch Bauplatzbesetzungen für ein gerechtfertigtes Mittel im Widerstand gegen Atomkraftwerke. Durch eigene Ordnungsdienste soll in Kalkar darüber hinaus gewährleistet werden, daß Provokationen gewaltsamer Auseinandersetzung, gleich von welcher Seite sie kommen mögen, verhindert werden. Wir sehen es als unabdingbar an, daß wir unseren Protest dort artikulieren können, wo das Atomkraftwerk gebaut wird. Das Recht, in der Nähe des Baugeländes zu demonstrieren, wird von allen beteiligten Organisationen als unverzichtbare Forderung bekräftigt.

Wir wehren uns schärfstens gegen den Versuch des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Burkhard Hirsch, durch vage unbelegte Behauptungen von „geplanten Gewaltaktionen" schon im Vorfeld die Demonstration und die Kernkraftwerksgegner zu diskriminieren. Äußerungen wie, die Bereitstellung des „größtmöglichen Polizeieinsatzes" sind nur dazu geeignet, der örtlichen Bevölkerung Angst einzutreiben und die Organisatoren zu verunsichern. Aufgrund der von vornherein friedlichen Absichten der Demonstranten wird es eine Spaltung in „gute" und „böse" Kernkraftwerksgegner wie in Brokdorf/Itzehoe dieses Mal allerdings nicht geben.

Daß es den staatlichen Stellen offenbar nicht um eine sachliche Information geht, zeigt sowohl die Ablehnung des Innenministers, mit den Vertretern der Bürgerinitiativen ein Gespräch über die geplanten Aktionen zu führen, als auch die sich häufenden Repressalien gegen Mitglieder der vorbereitenden Ausschüsse zur Demonstration.

Wird die Demonstration genehmigt, ist ein geordneter und friedlicher Ablauf gewährleistet. Wir sehen deshalb keine rechtliche Grundlage für eine Beschränkung und erwarten, daß uns der freie Zugang zum Kundgebungsgelände gewährt wird. Wird die Demonstration verboten und kriminalisiert, hat der Innenminister die volle Verantwortung für alle nicht vorhersehbaren Folgen zu tragen.

Planungsausschuß der nordrhein-westfälischen Bürgerinitiativen
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
Landelijk Energie Komitee, Holland

Kalkar und die Polizeitaktik

„Recht und Gesetz sind Grundlagen jeden polizeilichen Handelns. Die gesetzlichen Bestimmungen und die dazu ergangenen besonderen Anordnungen sind bei der Anwendung dieser Vorschrift zu beachten. Die rechtsstaatlichen Grundsätze, wie sie vor allem zum Schutz des Bürgers in den Grundrechten zum Ausdruck kommen, sind sorgfältig zu wahren. Dazu gehört auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der für die Polizei von besonderer Bedeutung ist. Vor jedem Einsatz ist deshalb abzuwägen, welche Maßnahmen in einem angemessenen und vernünftigen Verhältnis zum Erfolg stehen und den einzelnen und die Allgemeinheit nicht mehr und nicht länger als notwendig beeinträchtigen" (Aus: „Polizeidienstvorschrift 100").

In der Vorbereitung zu Kalkar durch das Innenministerium und die Polizei wird deutlich, wie dehnbar diese so demokratisch klingende Vorschrift ist. Entsprechend den bisherigen Planungen lassen sich zum 24.9. folgende Grundsätze der Polizeitaktik ausmachen:

1. Intensive ideologische Kampagne zur Verunsicherung und zur Schaffung von Spaltungsansätzen. Propagandistische Vorbereitung der Kriminalisierung solcher Aktionen (siehe dazu Artikel zur Verbotsdrohung).

2. Störung und Überwachung von Planung und Vorbereitung der Aktion, verbunden mit konkreten polizeilichen Übergriffen.

3. Be- und möglicherweise Verhindern einer Großaktion bereits im Stadium der Anreise und des Sammelns.

4. Verbot von Demonstrationen direkt am Bauplatz.

5. Als zusätzliche, vorsorgliche Sicherung: Ausbau des Bauplatzes zu einer angeblich „uneinnehmbaren Festung".

Alle diese Punkte sind in der Kalkar-Vorbereitung seitens der Polizei eingeplant. Man beachte den „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit": diese umfangreichen Maßnahmen werden getroffen, obwohl der Polizei natürlich bekannt ist, daß nichts von den behaupteten Vorbereitungen auf ‚Gewalttaten' läuft. So ist die Kalkar-Aktion der Polizei denn auch schwerpunktmäßig ein erneutes Übungsfeld für die Vorbereitung und Zerschlagung zukünftiger Kampfaktionen der Anti-AKW-Bewegung.

Aktion der Polizei denn auch schwerpunktmäßig ein erneutes Übungsfeld für die Vorbereitung und Zerschlagung zukünftiger Kampfaktionen der Anti-AKW-Bewegung.

„Vorbeugende Verunsicherung und Störung der Kader"

Zur vorbereitenden Störung von Demonstrationen und anderen Aktionen empfiehlt der Abteilungspräsident im Bundeskriminalamt, Römelt: *„Die Polizei wird sich deshalb konzeptionell auf eine vorbeugende Verunsicherung und Störung der Kader einstellen müssen. Präventivpolizeiliche Maßnahmen der Schutz- und Kriminalpolizei, die bereits zum Zeitpunkt der Vorbereitung und Planung einsetzen, können verhindern, daß diese militanten Einheiten sich formieren, geplant anrücken und geschlossen unter einheitlicher Führung auftreten. Reine defensive Einsatzkonzeptionen ähnlich Brokdorf werden auf Dauer die immer aggressiver und mit Unterstützung größerer Massen anrückenden militanten Störer nicht mehr aufhalten.*

Das bedeutet, daß neben die Bekämpfung terroristischer Untergrundbanden die Störung und Auflösung der bewaffneten Kader maoistischer Zusammenschlüsse als neuer polizeilicher Schwerpunkt treten muß... Der Staatsschutzpolizei wird dabei sicher die intensivere Beobachtung und die Lokalisierung derartiger Kader sowie die Erkundung des zweckmäßigsten Zeitpunkts des Zugriffs obliegen" (Geschichte und heutiger Standort der Staatsschutzpolizei", in „Kriminalistik", 5/1977).

Es ist also durchaus denkbar, daß versucht wird, maßgebliche Organisatoren der Aktion festzusetzen oder aufzuhalten. So meldete z.B. der „Spiegel" (25.7.), daß in Zukunft dem *„harten Kern ... z.B. die Einführung eines Meldedienstes"* zur Auflage gemacht wird, als Vorstufe einer Vorbeugehaft, wie sie in der Bundestagsdebatte gefordert worden war (so beschlossen auf einer der letzten Innenministerkonferenzen). Daß es sich hierbei nicht allein um „maoistische Kader" handelt, sondern daß auch andere maßgebliche Initiatoren der Aktion betroffen sein können, zeigen die Ereignisse bei der Kalkar-Vorbereitung:

– So wurden die ganz und gar nicht „maoistischen" Vertreter des niederländischen LEK auf ihrer Fahrt zum Kalkar-Planungsausschuß am 3.9. von holländischen Zollbeamten festgehalten und ihr Auto durchsucht; Protokolle und Flugblätter wurden beschlagnahmt. Die hinzugezogene westdeutsche Polizei verweigerte den Grenzübertritt.

Die Kalkar-Vorbereitungen werden ständig überwacht. Auf der Duisburger Unterstützer-Konferenz hatten sich Staatsschützer in einem nahegelegenen Haus einquartiert und machten Filmaufnahmen von den Teilnehmern. Auf der Sitzung des Planungsausschusses am 10.9. notierte Polizei die Autonummern. Ein Rechtsanwalt, juristischer Berater für die Aktion, wurde von der Polizei festgehalten, als er die Sitzung kurzzeitig verließ. Neben der Feststellung der Personalien wurden seine Unterlagen „gesichtet". Als Begründung für die Aktion führte die Polizei an: „Verdacht auf Planung eines Verbrechens". Die Zufahrtstraßen zur Pla-

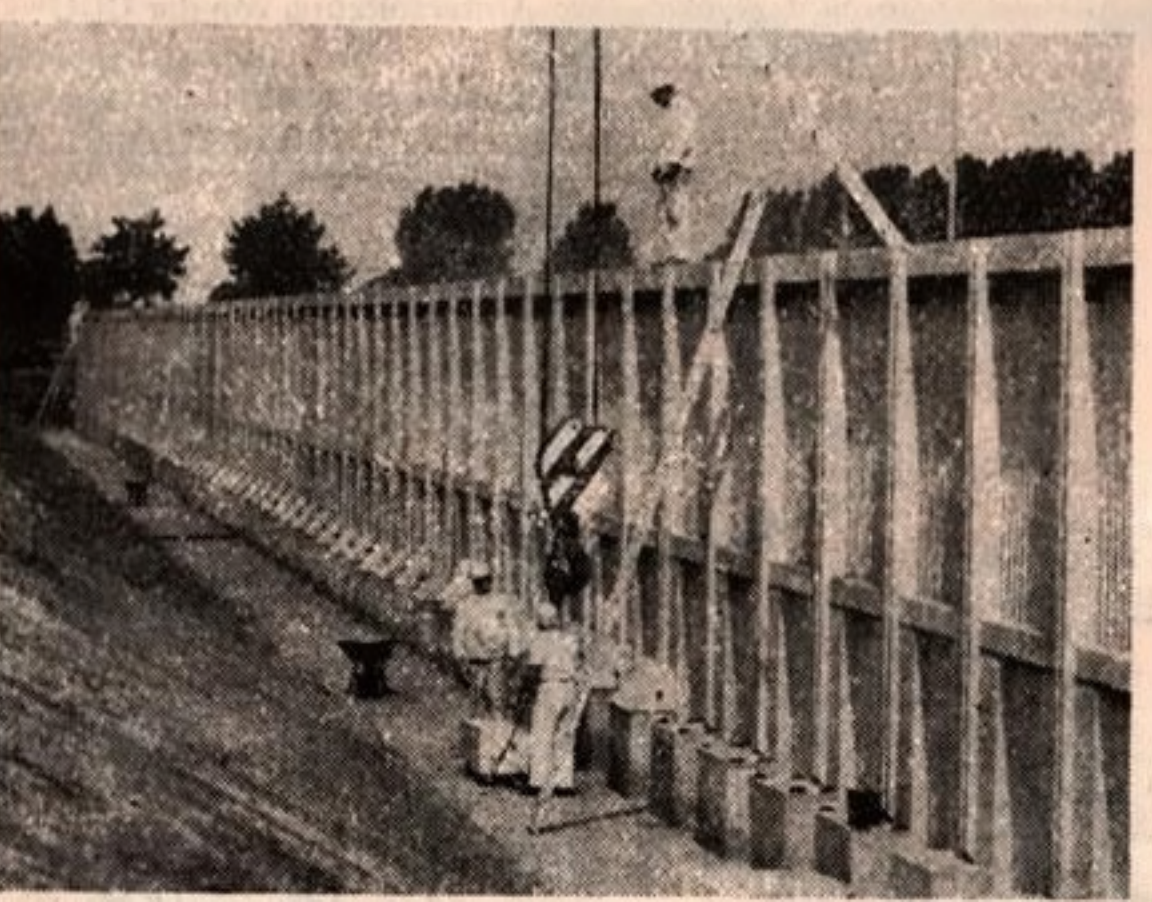
der Personalien wurden seine Unterlagen „gesichtet". Als Begründung für die Aktion führte die Polizei an: „Verdacht auf Planung eines Verbrechens". Die Zufahrtstraßen zur Pla-

nungsausschußsitzung wurden am Abend abgeriegelt; von etwa 50 Teilnehmern der Sitzung wurden die Personalien aufgenommen.

Hinzu kommt eine Vielzahl von Schikanen, Bespitzelungen und Personalienfeststellungen, vor allem in der Gegend um Kalkar (besonders am Bauplatz). Dadurch wird zum einen der „harte Kern" ausfindig gemacht. Die Polizei-Übung bei Kalkar beherzigt also bereits die Vorschläge des Herrn Römelt vom BKA. Die Organisatoren der Kalkar-Aktion sollten sich darauf vorbereiten!

Großaufgebot von Polizei

Ein Großaufgebot von Polizei für Kalkar wird aufgestellt. Dazu hat sich Innenminister Hirsch bereits in Andeutungen geäußert: so beruft sich die „Westfälische Rundschau" auf Innenminister Hirsch, wenn sie das „ungleiche" Kräfteverhältnis zwischen Polizei und Demonstranten beklagt. Die Polizeistärke werde „nur" etwa ein Drittel der erwarteten 30.000 Demonstranten betragen („WR", 17.9.). Hirsch erläuterte: *„Die Zahl der verfügbaren Polizeibeamten werde ‚unter allen Umständen ausreichend sein, um jeder Grössenordnung von Demonstration zu entsprechen'"* („WAZ", 13.9.).



Kurz vor der Fertigstellung: der fünf Meter hohe Betonzaun in Kalkar. Der Graben wird nach Beendigung der Bauarbeiten gewässert (fälschlicherweise hatten wir geschrieben, daß der Zaun von beiden Seiten mit Wasser umgeben wird. Mittlerweile ist die Grabenseite auf dem Bauplatz wieder zugeschüttet).

Zum Einsatz stellte Hirsch fest, *„es würde unter allen Umständen jeder Provokationseindruck vermieden werden"* („NRZ", 9.9.). Daß auch diese Großeinsatzplanung nicht auf angebliche „Gewalttaten" zurückzuführen ist, beweist die Tatsache, daß bereits vier Tage, nachdem die Landeskonferenz NRW am 23. April 1977 die Großdemonstration für den 24.9. beschlossen hatte, das erste Mal politische Polizei und Kriminalbeamte bei Lehrern und Hausmeistern in Kleve, Xanten und Goch

April 1977 die Großdemonstration für den 24.9. beschlossen hatte, das erste Mal politische Polizei und Kriminalbeamte bei Lehrern und Hausmeistern in Kleve, Xanten und Goch

und weiteren Orten auftauchten und sich nach Unterbringungsmöglichkeiten für Polizeieinheiten erkundigten. Mittlerweile wurde auch durch den Protest der GEW/Kreis Kleve bekannt, daß für mehrere tausend Schüler am 24.9. der Unterricht ausfällt, da die Schulräume für die Polizei benötigt werden („RP", 13.9.).

Dieses Polizeiaufgebot soll nach dem „Modell Ohu" eingesetzt werden (in Ohu waren im Mai dieses Jahres auch etwa 10.000 Polizisten und Grenzschützer in einer großen Bürgerkriegsübung gegen 2.000 Demonstranten eingesetzt worden!). Am 18.9. in Philippsburg wurde ebenfalls das Verhältnis von fünf Bullen auf einen Demonstranten bei einer erklärtermaßen friedlichen Demonstration erreicht. D.h.: Sicherung des Bauplatzes direkt – Errichtung weiträumiger Straßensperren (in Ohu an 12 Zufahrtsstraßen im Umkreis von 30 km) – Reserveeinheiten in Hinterhand, die bei Bedarf an ‚Brennpunkten' eingesetzt werden. In Zusammenarbeit mit der Polizei anderer Bundesländer sind folgende Maßnahmen möglich: Durchsuchen und Beschlagnahme von „gefährlichem Gerät" bereits auf dem Anmarschweg oder bei der Abfahrt am Ausgangsort. Dazu gibt es mittlerweile mehrere *„nach taktischen Gesichtspunkten über das Bundesgebiet verteilte Transporthubschrauberbasen"* („Spiegel, 25.7.). Vorbereitet wird auch eine Sperrung von Grenzübergängen zu den Niederlanden.

Zur Verstärkung der Polizeieinheiten ist in Kalkar auch ein Einsatz des Bundesgrenzschutzes möglich. Kalkar liegt innerhalb der 30 km-Grenzzone, so daß ohne Sondergenehmigung der BGS herangezogen werden könnte!

Neben diesen polizeilichen Maßnahmen ist das Verbot, am Bauplatz zu demonstrieren, vorbereitet. Der Zaun um das AKW ist nach dem „Model Biblis" aufgebaut (nachdem der „absolut sichere" Grohnde-Zaun klägliche versagte): ein drei Meter hoher Betonzaun mit schießschartenähnlichen Schlitzen, der zusätzlich zwei Meter tief in die Erde in Betonsockel eingelassen ist, wird außerdem von einem mehrere Meter breiten Wassergraben umgeben.

Unsere Stärke: Einheit und Geschlossenheit

Aus Anlaß der Kalkar-Demonstration ist das Polizei-Konzept bereits empfindlich gestört. Die propagierte „Verhältnismäßigkeit" sorgt sich auch darum, daß die Wirkungen des Polizeieinsatzes für die Allgemeinheit „nicht länger als notwendig" und möglichst nicht zu offensichtlich werden. Die „Chaoten"-Hetze soll den Eindruck erwecken, man handele nur gegen eine „kleine isolierte Minderheit". Die bisherige Entwicklung der Kalkar-Aktionseinheit macht da einen Strich durch die Rechnung. Die breite internationale Beteiligung, die politische Breite der Aktion (unterschiedliche parteipolitische Strömungen von der Linken bis in die Reihen der SPD) erschweren einen Polizeieinsatz. Die auf breite Zustimmung gestoßene Konzeption, einheitlich und geschlossen bei der Anfahrt und der Durchführung der Aktion aufzutreten, ermöglicht es darüber hinaus, Polizeiprovokationen zu erschweren. Das gleiche gilt für die ebenfalls auf Zustimmung gestoßene Ansicht, daß der Schutz der Demonstration vor Übergriffen gesichert werden müsse.

Alle Organisatoren der Kalkar-Aktion haben in ihren Erklärungen deutlich gemacht, daß sie eine friedliche Aktion vorbereiten. Sie haben aber auch erklärt, daß es die Truppen von Polizei und Grenzschutz sind, die dies gefährden. Solange die Geschlossenheit der AKW-Gegner gewahrt bleibt, wird es zu der vor allem im Ausland befürchteten großen Konfrontation nicht kommen.

AKW-Nein-Kommission

Die holländischen AKW-Gegner erklären:

An die Presse, Innenminister Hirsch, deutsche Botschaft in den Niederlanden und an unsere deutschen Freunde

Die niederländischen Gruppen, die beteiligt sind an den Vorbereitungen der Demonstration am 24. September, stellen fest, daß der Schnelle Brüter – wenn in Betrieb – eine direkte Bedrohung darstellt für die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung in der weiteren Umgebung auf beiden Seiten der Grenze.

Ein Massenprotest mit aktiver Beteiligung von holländischen Staatsbürgern gegen den fortschreitenden Bau dieser Anlage ist deshalb in diesem Moment unbedingt notwendig.

Dieser Protest ist ein gemeinsames holländisch-deutsches Interesse und wird deshalb in Einheit und Solidarität mit unseren deutschen Freunden zum Ausdruck gebracht werden.

Weil die Bedeutung des Schnellen Brüters weit über die Interessen der direkt beteiligten Länder hinausgeht, haben wir unsere vielen Freunde europaweit aufgerufen, in Kalkar ihre Solidarität zu zeigen, dem im großen Ausmaß von ihnen zugestimmt wird.

Wir werden alle organisatorischen Mittel anwenden, um eine friedfertige und ordentliche Demonstration zu gewährleisten. Die wenigen, die versuchen möchten, gewalttätig vorzugehen, werden von uns als Feinde betrachtet.

Wir wollen unsere tiefe Beunruhigung über den Schnellen Brüter an der Stelle, d.h. auf der Wiese von Bauer Maas vor dem Bauplatz äußern.

In guter Zusammenarbeit mit unseren Freunden haben wir beschlossen, jeden Versuch zur Besetzung des Bauplatzes abzulehnen, Berichte in der deutschen Presse, „.... die Landesregierung hat untrügliche Beweise. In Kalkar wollen die Radikalen am 24. September stürmen..." („NRZ", 9.9.77) stützen sich auf nichts und müssen deshalb als Hetze gekennzeichnet werden.

Wir erwarten von den deutschen Behörden, daß das Recht auf freien Grenzübertritt respektiert wird, gerade jetzt, wo die niederländischen Bürger sich wegen der Gefährlichkeit des Schnellen Brüter Programms gezwungen sehen zu demonstrieren, um der Bedrohung ihrer Sicherheit und Gesundheit entgegenzutreten.

Unter den Demonstrierenden werden sich viele anerkannte Bürger befinden, unter denen auch Volksvertreter von verschiedenen politischen Parteien sind.

Wir erheben Protest gegen die Kontrolle niederländischer AKW-Gegner an der Grenze durch herbeigerufene deutsche Polizei am 4.9.77. Die deutsche Polizei beschlagnahmte dabei Arbeitsunterlagen für die Vorbereitung der Demonstration. Ebenso protestieren wir gegen die Kontrolle und Beschlagnahmung von Arbeitsunterlagen holländischer und deutscher AKW-Gegner, als sie eine vorbereitende Versammlung am 11.9. in Duisburg besuchten.

Das Recht auf Demonstration und Versammlung und der freie Verkehr über die Grenze von Personen und Meinungen soll von den deutschen Behörden respektiert und garantiert werden.

Die Maßnahmen der deutschen Behörden und die Drohung, das Recht auf Demonstration einzuschränken, rufen eine überflüssige Eskalation herbei und schaden dem Namen der Bundesrepublik in den Niederlanden.

Wir fordern die deutschen Behörden auf, alles zu unterlassen, was den von uns geplanten würdigen Ablauf der Demonstration in Frage stellt.

Ein großes Polizeiaufgebot könnte unter Umständen den friedfertigen Ablauf der Demonstration beeinträchtigen.

Wir bitten Sie nochmals, in diesem Sinne eine Gesprächsbereitschaft zu zeigen.

Die holländischen Demonstrations-Leitung-Mitglieder im Namen aller holländischen Gruppen, die an der Vorbereitung der Demonstration am 24.9. beteiligt sind.

Vereinigt im:
Landelijk Energie Komitee (LEK)
Stroomgroup Stop Kernenergie (SSK) Nijmegen

Utrecht, 14.9.77

Presseerklärung der Niederländer vom 14.9. Die Niederländer bestanden auf der Passage, man betrachte „Gewalttätige" in den eigenen Reihen als „Feinde".

Kalkar-Mobilisierung der OOA/Dänemark

Die OOA (Organisationen til oplysning om Atomkraft) rufen die dänischen AKW-Gegner zur Teilnahme an der Großdemonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar am 24. September auf. Vertreter des Landessekretariats der OOA (Kopenhagen) wandten sich mit diesem Aufruf an die 25.000 Teilnehmer der internationalen Demonstration gegen das AKW Barsebäck am 10. September. Außerdem machten sie in einer Rede auf einem Kulturfestival in Malmö am Vorabend dieser Demonstration die besondere Gefährlichkeit des Schnellen Brüters und die Notwendigkeit des internationalen Kampfes dagegen deutlich. Die OOA organisiert für die dänischen AKW-Gegner die gemeinsame Busfahrt nach Kalkar.

Auf einer Landeskonferenz der OOA am 16./17. September wird über die Kalkar-Mobilisierung der OOA-Gruppen diskutiert.

Am 14. September erschien eine Presseerklärung, in der es heißt: *„Die westdeutsche Regierung hat in Verbindung mit der französischen und in Übereinstimmung mit der EG-Kommission kompromißlos bestimmt, daß der auf Plutonium basierende Schnelle Brüter gebaut werden soll im Hinblick auf die Elektrizitätsproduktion. Die verantwortlichen Politiker sagen damit ja zur sogenannten Atomgesellschaft und haben damit eine Protestbewegung der Bevölkerung ohnegleichen hervorgerufen. Im Sommer demonstrierten weit mehr als 50.000 Menschen, davon 6.000 aus dem Ausland, gegen den Schnellen Brüter in Malville/Frankreich. Dort wurden die Demonstranten mit unerhörter Brutalität von den Polizeitruppen empfangen, die u.a. Explosivwaffen gegen die wehrlose Menge einsetzten. Einer wurde getötet, und viele wurden lebensgefährlich verletzt. Einige Demonstranten wurden stellvertretend für die Zehntausende Demonstranten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt – in einer Gerichtsverhandlung, die auf eine Weise verlief, die nur als Skandal in einem Rechtsstaat bezeichnet werden kann. Die Verbitterung über den Machtmißbrauch der Behörden in Verbindung mit Malville hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Großdemonstration in Kalkar am 24. September in noch viel höherem Maße den Charakter einer gemeinsamen europäischen Demonstration haben wird. Sogar in Italien ist ein besonderes Kalkar-Komitee gebildet worden. Das läßt hoffen, daß die Demonstration friedlich verlaufen kann. Die Demonstration ist legal bei den Behörden angemeldet worden. Die Spaltung im westdeutschen Atomwiderstand, die es im vergangenen Jahr gegeben hat, ist beiseite gelegt worden, zugunsten einer bisher nicht gekannten Einheit zwischen den politisch sehr verschieden orientierten Gruppen – auch besteht Einigkeit darüber, daß kein Versuch unternommen werden soll, den Bauplatz selbst zu besetzen."* Im weiteren wird der geplante Demonstrationsablauf geschildert, sowie auf die Konferenz von Bergisch-Gladbach (28.8.), an der ein OOA-Vertreter teilgenommen hatte, eingegangen. Zum Schluß wird die dänische Presse auf die Pressekonferenz des Planungsausschusses am 15.9. in Bonn hingewiesen, wobei besonders hervorgehoben wird, daß hier „über Polizeiübergriffe und die Versuche, die Demonstranten zu kriminalisieren, was bereits von den westdeutschen Behörden angefangen wird, berichtet" wird. Die OOA verteilt in Dänemark den westdeutschen Kalkar-Aufruf und organisiert die Fahrt gemeinsam mit schleswig-holsteinischen AKW-Gegnern.

Dänemark-Kommission
KB / Gruppe Flensburg

Matthöfer: Baustopp für Schnellen Brüter ausgeschlossen

Während der Mobilisierung für die Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar ist Bundesforschungsminister Matthöfer mit Stellungnahmen an die Öffentlichkeit getreten. Darin wird deutlich gemacht, daß die Bundesregierung auf keinen Fall auf die Weiterentwicklung des Brüters verzichten will und auch keinen Baustopp hinnehmen möchte. Gleichzeitig waren diese Stellungnahmen notwendig geworden, weil die NRW-Landesregierung erklärt hatte, sie wolle erst nach einer eindeutigen Erklärung der Bundesregierung die dritte Teilgenehmigung erteilen. Andererseits will Matthöfer damit weitere Mittel für die Förderung des Brüters locker machen. Der Haushaltsausschuß des Bundestages hatte erklärt, erst nach einem entsprechenden Bericht über weitere Mittel zu beraten. Doch ohne diese Mittel würde die Brüterentwicklung *„weitgehend gegenstandslos"* („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 8.9.77). In der Presse wurde darüber gejammert, daß bei einem Baustop 1,5 Mrd. DM und 9.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel stünden. Durch eine Novellierung des Atomgesetzes – so plant die NRW-Landesregierung – soll nicht nur das Genehmigungsverfahren beschleunigt, sondern auch gerichtliche Baustopps unmöglich gemacht werden („Welt", 30.8.77).

– Langfristig gingen der westdeutschen Nuklearindustrie ohne den Brüter laut Matthöfer in- und ausländische Absatzmärkte verloren. Für den Export sei es unbedingt notwendig, einen eigenen Brüter zum Vorzeigen zu haben. Denn wer würde schon einen Schnellen Brüter kaufen wollen, der in der BRD verboten wäre.

– Ohne den Einsatz des Schnellen Brüters hätten auch die Leichtwasserreaktoren keine Perspektive. Dies beruht darauf, daß später auch Leichtwasserreaktoren mit Plutoniumbrennstäben laufen sollen.

– *„Der Brüter sei eine der wenigen realistischen Sicherungen der längerfristigen importunabhängigen Energieversorgung"* („Rheinische Post", 9.9.77 und „Welt", 8.9.77)

Denn mit dem Abfallufan eines Leichtwasserreaktors könne nach 30 Jahren ein Schneller Brüter noch 2.100 Jahre betrieben werden, außerdem würden dann die für Leichtwasserreaktoren *„nicht wirtschaftlich nutzbaren Uranvorkommen der Bundesrepublik abbauwürdig und ‚gleichzeitig in ihrer Bedeutung so gesteigert, daß ihr Energiegehalt in die Größenordnung der Ressourcen an deutscher Steinkohle oder der lybischen Erdölfelder kommt'* " („FR", 15.9.77).

Angesichts dessen sollte man eigentlich über Sicherheitsbedenken gar nicht mehr reden müssen. Doch auch da kann man lt. Matthöfer beruhigt sein: *„Die in vielen Jahren bei Störfällen gesammelten praktischen Erfahrungen gäben die Gewißheit, daß Schnelle Brüter sicher zu betreiben seien"* („SZ", 8.9.). Ein Musterbeispiel eines solchen Störfalles ist der erste Brüter (Enrice-Fermi in den USA), der monatelang knapp an der Katastrophe vorbeisteuerte. Zwar wollte Matthöfer nicht *„die Gefährlichkeit des Plutoniums bagatellisieren"*, aber es gäbe *„eine Vielzahl von Stoffen ..., deren Giftigkeit vergleichbar oder höher sei. Ein Teil dieser Stoffe werde in großtechnischem Maßstab verarbeitet, ohne daß die mögliche Gefährdung der Umwelt von der Öffentlichkeit nachhaltig zur Kenntnis genommen werde"* (s.o.). Um welche Stoffe es sich dabei handelt und wo diese verarbeitet werden, nannte Matthöfer vorsichtshalber nicht.

Nun: sollte jemand den Märchen Matthöfers nicht glauben, so steht für ihn noch das Angebot, daß über die „kommerzielle Nutzung" erst nach der Entwicklung (nämlich 1983) entschieden werden könne.

Allerdings gehen dann wieder soundsoviele Arbeitsplätze, Mrd. DM usw. usw. verloren. Für die AKW-Betreiber ist der „Brüter unabdingbar".

AKW-Nein-Kommission

11./12. Oktober: Brokdorf-Prozeß

Presseerklärung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU)-Hamburg

Wie den Nachrichten des NDR II am 13.9.77 zu entnehmen war, wird am 11./12. Oktober vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg die mündliche Verhandlung um das Atomkraftwerk Brokdorf stattfinden. Als wahrscheinlicher Prozeßort wurde Schleswig genannt.

Dazu erklärt die BUU/Hamburg, daß alle bisherigen Erfolge, den Bau des AKW Brokdorf zu verhindern, aufgrund des breiten, entschlossenen und zum Teil militanten Kampfes der Kernkraftwerksgegner zustande kamen. Dieser Kampf, der in drei Großaktionen im Herbst 76 und Februar 77 mündete, fand breite nationale und internationale Unterstützung. Und nur aufgrund der breiten Protestbewegung wurde der Baustopp gegen das AKW Brokdorf ausgesprochen.

Es steht zu befürchten, daß der Baustopp in der zweiten Instanz vom OVG Lüneburg aufgehoben wird. Demgegenüber erklärt die BUU/Hamburg, daß sie weiterhin an der bewährten Kampfform, der massenhaften Protestaktionen und der praktischen Verhinderung des AKW Brokdorf festhält. Um die Entschlossenheit der AKW-Gegner zu demonstrieren und um gleichzeitig den Klägern durch den massenhaften Protest eine optimale Verhandlungsführung zu ermöglichen, ruft die BUU/Hamburg am Tag des Prozeßbeginns zu einer Protestkundgebung vor dem Gerichtsgebäude auf. Noch in dieser Woche werden die fünf Regionalkonferenzen der BUU weitere Maßnahmen gegen den drohenden Weiterbau des AKW Brokdorf beraten.

Unsere Forderungen waren und bleiben:
Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!
Keine Rückführung der Baumaschinen!
Abzug der Polizei und des Werkschutzes!
Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!
Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!

Sprecherrat der BUU Hamburg (täglich zu erreichen von 17 - 20 Uhr, Schlüterstr. 4, 2 Hamburg 13, Tel.: 410 56 73)

Internationale WAA-Versuchsanstalt in Frankreich

Zur Zeit finden Verhandlungen statt, in Frankreich eine Wiederaufbereitungsanlage (WAA) unter internationaler Beteiligung für die Aufbereitung von Leichtwasserreaktorenbrennstoff zu bauen. Nach französischen Vorstellungen sollen die BRD, Japan, Italien, die Schweiz „und andere" (nach „FAZ", 7.9.77) sich hieran beteiligen. Diese Verhandlungen werfen noch einmal ein Schlaglicht auf die Verlogenheit, die zur Genehmigung von Philippsburg und Ohu geführt haben. Diese AKW's sind genehmigt worden, weil die AKW-Betreiber einfach frech behaupteten, die Wiederaufbereitung sei gelöst – durch die WAA in Frankreich, die es noch gar nicht gibt. So hieß es in der Genehmigung von Ohu und Philippsburg, die Brennstäbe würden in Frankreich aufgearbeitet, doch *„wenn man die Brennelemente aus der Bundesrepublik in Frankreich aufbereiten will (...), so muß dort erst eine Anlage gebaut werden"*. So werden die Brennstäbe *„nirgends aufgearbeitet, sondern nur zwischengelagert"* („FAZ", 7.9.77). Ein weiterer Grund ist vermutlich viel wichtiger für die Betreiber, sich an einer solchen WAA zu beteiligen, denn weder Frankreich noch England *„verfügen nach den Fehlschlägen mit den Versuchsanlagen (...) über ausreichendes technisches Know-How"* (ebenda), von der BRD mal ganz abgesehen. Folglich will man jetzt gemeinsam das Problem WAA in den Griff kriegen, wobei Frankreich seine spärlichen Kenntnisse einbringt, und die anderen Länder in erster Linie erst einmal das Geld beisteuern. Wie wichtig dieser technische Versuch den westdeutschen Betreibern ist, erkennt man dann auch an der Summe, mit der sich die BRD beteiligen will: 2,5 Milliarden DM (ca. die Hälfte der bis jetzt für die WAA in Gorleben geplanten Kosten) ist die BRD bereit zu zahlen, um genug Erfahrungen für die westdeutsche WAA zu sammeln. Denn den Betreibern ist absolut klar (s. AK 112), daß sie mit ihrem jetzigen Kenntnisstand die WAA „vergessen" können: Denn die geplante Gorlebener WAA ist ein Projekt, „ *das in allen Dimensionen alle Vorstellungen sprengt, die wir bisher hatten"* (ebenda)! Diese 2,5 Milliarden sind dabei reine Investitionskosten, sollte die Anlage einmal laufen, so muß die Aufarbeitung noch einmal extra bezahlt werden (ca. 1000 DM pro kg Brennstoff). Der Plan ist, in La Hague eine Anlage für 800 Tonnen zu bauen, diese von (frühestens) 1986/87 bis in die 90er Jahre international zu betreiben, und sie dann (zu dem Zeitpunkt soll auch die WAA in Gorleben laufen) allein der französischen Atomindustrie zur Verfügung zu stellen. Für den Austausch der technischen Erfahrungen wird den Franzosen weiter in Aussicht gestellt, *„daß das Eingangslager und ein weiterer großer Komplex des in Gorleben geplanten Entsorgungszentrums schlüsselfertig (...) " von Frankreich geliefert werden kann („FR",2.9.77).*

AKW–Nein–Kommission

Das Zwischenlager - »völlig harmlos« ?

Im September oder Oktober soll ein Teil des Atomprogramms, nämlich das Zwischenlager für die abgebrannten Brennelemente aus Kernreaktoren, ins Genehmigungsverfahren gehen. Insgesamt sind zwei Zwischenlager mit je 1.500 Tonnen geplant, die völlig harmlos *»nichts anderes als ein größeres Wasserbecken mit geschützten Be- und Entladevorrichtungen«* sein sollen (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 1.9.77).

Erst durch eine Enthüllung wurde bekannt, welche Standorte in der Diskussion sind — nämlich Ahaus (Nordrhein-Westfalen), Borken (Hessen), Karlstein und Wertingen (Bayern), Krümmel (Schleswig-Holstein) und Meppen (Niedersachsen). Auch die bayerische Staatsregierung erfuhr erst durch die BBU-Enthüllung davon. So harmlos scheint es doch nicht zu sein, Meppen kann man schon getrost streichen, denn Albrecht hat erklärt, daß nachdem nun er die WAA auf seinen Buckel genommen hätte, mal andere Bundesländer dran sein müßten. Nachdem die Verheimlichungsstrategie geplatzt war, versuchten sich die AKW-Betreiber gleich auf die übliche Verharmlosungstour: Der BBU hätte in seiner *»dramatisch aufgemachten Verbandsmitteilung«* versucht, zu suggerieren, *»daß auf den bedauernswerten Ort der endgültigen Wahl jenes Zwischenlagers eine schwere Umweltgefahr zukomme«* (»Frankfurter Rundschau«, 1.9.77).

Dagegen sei das Ding so harmlos, daß man sich in Karlsruhe bei der WAK kostenlos folgende Show ansehen kann: *»Die leitenden Herren ... machen sich bei ängstlichen Besuchern gelegentlich einen Spaß, ein Glas einzutauchen und einen kräftigen Schluck Beckenwasser zu nehmen«* (ebenda) (siehe zur Zwischenlagerung im ARBEITERKAMPF Nr. 112: »Sicher in die Katastrophe«). Die Herren werden für ihre Pro-AKW-Shows auch gut bezahlt. Der Gutachterbericht für die Standorte des Zwischenlagers schlägt dann auch vor, den Standort zu wählen, *»der möglichst wenig Ablehnungsgründe aufweist«* (»FR«, 6.9.77), da es einen *»idealen Standort«* nicht gäbe. Es heißt dazu: *»Kritische Randbedingungen sind die zur Verfügung stehenden Wassermengen für die Kühlung«*, denn ein Ausfall der Kühlung würde katastrophale Folgen haben. *»Über die Ausbreitung radioaktiver Strahlung konnten wegen ‚mangelnder Daten' keine Aussagen gemacht werden. Angestrebt werden soll eine möglichst geringe Bevölkerungsdichte in der Umgebung«* (ebenda) — wie gesagt, völlig harmlos.

»Die Standorte Ahaus, Borken, Karlstein und Wertingen liegen in ‚Erdbebenzonen stärkerer Intensität', während für Krümmel und Meppen nur eine geringe Erdbeben-Wahrscheinlichkeit angenommen wird.

- *Mögliche Gefahren durch Explosionsdruckwellen von außen werden für Meppen angenommen, wo der Standort direkt neben einem Gaswerk liegt...*
- *Was Gefährdung durch Flugzeugabstürze angeht, so liegt Ahaus ‚unterhalb eines Tieffluggebietes'...*
- *Ungefährdet durch Hochwasser sind nur Krümmel, Meppen und Ahaus. Borken, Karlstein und Wertingen müßten erst hochwassersicher gemacht werden«* (alle Angaben »FR«, 6.9.77).

Dennoch haben die Gutachter es nicht über's Herz gebracht, einen der Standorte abzulehnen, nun wird das Aufgabe der Anti-AKW-Bewegung bleiben.

AKW-Nein-Kommission

Radioaktive Verseuchung im Siemens-Röhrenwerk

Westberlin. Daß der multinationale Siemens-Konzern seine Vormachtstellung auf dem Weltmarkt z.T. durch unmenschliche Arbeitsbedingungen ausbaut, hat sich erneut in einem Vorfall im Westberliner Röhrenwerk gezeigt. Dort arbeiten in einer Abteilung ca. 100 türkische und vier deutsche Frauen u.a. mit der radioaktiven Substanz Promethium 147. Von Anfang an wurden dabei die Sicherheitsbestimmungen so nachlässig gehandhabt, daß schon 1972 ein Strahlenphysiker, der in dem Werk arbeitete, nach eigenen Messungen die dort arbeitende Belegschaft vor drohender radioaktiver Verseuchung warnte. Daraufhin wurde ihm sofort gekündigt. Er hatte in seiner Dokumentation darauf hingewiesen, daß diese Substanz zwar nur eine geringe Radioaktivität und kurze Reichweite besitzt, daß diese aber über die Atemwege und kleinste Hautwunden in den Körper aufgenommen und dort in Knochen und Verdauungsorganen abgelagert wird. Besonders gefährdet sind schwangere Frauen, bei denen sich die Schädigungen auch noch auf die Kinder auswirken können.

Die Messungen ergaben schon 1972 z.T. alarmierende Überschreitungen der höchstzulässigen Werte (in Arbeitskleidung, Staub und Wischwasser). Die zur Überwachung eingesetzten Filmplaketten, mit deren Hilfe die von außen einwirkende Strahlenmenge kontrolliert werden soll, haben darum nur Alibifunktion, da so eben nicht die vom Körper aufgenommene Strahlenmenge festgestellt werden kann. Dabei lagern sich 25% der Strahlenmenge im Körper ab. Und die Arbeiterinnen waren teilweise einer derartigen radioaktiven Belastung ausgesetzt, daß die an den Maschinen angebrachten Strahlenmeßgeräte Warntöne abgaben, als die Arbeiterinnen auf diese ausatmeten!

Jetzt — nach fünf Jahren — haben sich bei vielen Frauen Krankheitssymptome gezeigt, bei denen der Verdacht besteht, daß sie durch Arbeiten mit radioaktivem Material hervorgerufen wurden. Die Beschwerden sind bei den meisten Frauen einheitlich: Gewichtsverlust, Appetitlosigkeit, Haarausfall, Schwächegefühl und Hautausschlag! Daß die Leitung der Abteilung über die Gefährlichkeit der Symptome gewußt hat, zeigt sich daran, daß die Kolleginnen nach Auftreten des Hautausschlages in eine andere Abteilung versetzt wurden. Eine Kollegin hatte eine Frühgeburt, wobei das Kind kurz darauf an einem Hirntumor starb. Einer anderen Frau, die schwanger wurde, legte ihr Arzt eine Abtreibung nahe.

Der Siemens-Konzern tritt diesen gesundheitlich geschädigten Kolleginnen mit einer ungeheuren Menschenfeindlichkeit gegenüber. Nachdem eine Kollegin in dieser verseuchten Abteilung gearbeitet hatte, dann aber aufgrund von Beschwerden in eine andere Abteilung versetzt wurde, und sie mehrfach im Krankenhaus gewesen war, wurde ihr auch noch gekündigt. Jetzt klagt sie vor dem Arbeitsgericht. Nachdem dies in einer türkischen Zeitung zum ersten mal bekanntgemacht worden war, wurde ein aus deutschen und türkischen Kollegen besetzter Untersuchungsausschuß gebildet. Daraufhin versuchte die Geschäftsleitung, sich sofort abzusichern und jeden Widerstand zu unterdrücken. So wurden die Kolleginnen gezwungen, zu unterschreiben, daß sie »freiwillig« in dieser Abteilung gearbeitet haben und über die Gefahren aufgeklärt worden seien. Zehn Frauen, die sich anfangs weigerten zu unterschreiben, wurden mit Hilfe einer Teeparty »überzeugt«..

Am 19.8. wurde die Geschäftsleitung von einer ungewöhnlichen Hektik erfaßt: Die Kollegen wurden eher in die Pause geschickt und der Personalchef, der Strahlenschutzbeauftragte u.a. putzten »wie die Wilden« drei Stunden lang die Räume und vor allem die Maschinen, an der die Kollegin gearbeitet hatte, die jetzt vor dem Arbeitsgericht klagt!

Inzwischen wurde der Raum mit der größten radioaktiven Verseuchung geschlossen. Bei weiteren Untersuchungen wurde z.B. das 12-fache der zulässigen Menge an Radioaktivität gemessen!

KB/Gruppe Westberlin

Zentralisierung des Schutzzaunbaus für AKW-Plätze

Die Firma Draht–Schulz in Celle–Hambühren, Insterburgerstraße, ist vor einigen Wochen mit einem großen Teil ihrer Kapazität in die Produktion von Zäunen und Gittersegmenten, die zur Abriegelung der AKW-Bauplätze verwendet werden, eingestiegen. Die Draht–Schulz stach damit eine Hamburger Firma aus, weil Draht–Schulz in der Regel 15 Gefangene aus dem Knast in Celle zur Sklavenarbeit einsetzt und damit natürlich billiger produziert.

Die Gefangenen werden dabei gezwungen, die Segmente für die AKW–Zäune aus Einzelteilen zusammenzubauen.

(nach Informationen aus dem Westberliner „Info–BUG", vom 5.9.77).

KB/Westberlin

AKW und »Krebshilfe«

In einem Offenen Brief äußerte sich Professor Dr. Huster, Direktor des Instituts für Kernphysik in Münster (ein Mann vom Fach also) *»fassungslos, ja entsetzt«* über eine Rede von Bundespräsident Walter Scheel, die *»sich mit der Nutzung der Kernenergie befaßte«*. Professor Huster hält Walter Scheels Werbung für AKWs in seinem Offenen Brief folgendes entgegen:

»Fast alles, was dem Volke über die Kernenergie offiziell mitgeteilt wurde und wird, ist einfach nicht wahr... Das beginnt sich endlich herumzusprechen: Trotz der mit Millionenaufwand betriebenen industriellen und amtlichen (!) *Propaganda ist die Mehrheit, die heute noch für diese Energie ist, recht schwach geworden... und das ist eine Mehrheit der sachlich schlecht oder gar nicht Unterrichteten«* Für Huster ist Scheel zumindest auch zu den Uninformierten zu rechnen, denn, so führt der Professor aus: *»Schon im Normalbetrieb geben die Leichtwasser-Reaktoren in Abluft und Abwasser so viel radioaktive Stoffe ab, daß ihre verehrte Gattin ihr Krebshilfewerk getrost einstellen kann«* — selbst durch noch so umfangreiche Hilfe können die Folgen nicht ausgeglichen werden.

Zur Verharmlosung der Unfälle erklärt er weiter: *»Als experimenteller Physiker kenne ich, wie alle Kollegen... ‚Murphys Gesetz': Alles, was schief gehen kann, geht auch mal schief«*; bei einem Super-Gau *»braucht man sich um die Zukunft der BRD keine Sorgen mehr zu machen«*. Er selbst bietet sich Scheel als »Experte« für eine »eingehende Sachdiskussion« an, die während eines Moratoriums im AKW-Bau geführt werden sollte. Ob Scheel darauf wohl eingehen wird?

KB/Gruppe Westberlin

Anpassung oder Widerstand?

Zwei Linien auch in der politischen Prozeßführung - Grohnde- und Malville-Prozesse

Der im folgenden abgedruckte Artikel von Uwe Mäffert (einem engagierten, linken Hamburger Rechtsanwalt) ist u.E. ein guter und wichtiger Beitrag zur Auseinandersetzung um die Frage einer fortschrittlichen und erfolgversprechenden Strategie in bzw. zu politischen Prozessen.
Uwe Mäffert entwickelt seine Positionen in Auseinandersetzung mit jener Strömung innerhalb der Anti-AKW-Bewegung, die sich vor mehreren Wochen von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) abgespalten und im Hamburger AK Ökologie ihr „Zentrum" gefunden hat. Diese Kräfte, die im früheren Ermittlungsausschuß der Hamburger BUU dominierten, propagieren und praktizieren eine Linie in der Prozeßvorbereitung und -führung, die – gelinde gesagt – unverantwortlich ist: Unter der scheinradikalen Losung „Die Prozesse verhindern!" wird von diesen Leuten (und leider auch von den mit ihnen zusammenarbeitenden Anwälten) zum Nachteil der konkret Angeklagten, ein unsinniger Widerspruch konstruiert zwischen der Aufgabe, als Anti-AKW-Bewegung eine breitestmögliche Solidarität mit den verfolgten AKW-Gegnern zu organisieren (die, längerfristig gesehen, auch die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren zu erreichen vermag) und der notwendigen gewissenhaften Vorbereitung und Führung von Strafprozessen (mit dem Ziel, die Anklage durch Zeugenaussagen, Indizien etc. zu erschüttern).

Auf einer Solidaritätsveranstaltung gegen die Grohnde-Anklagen am 28. 7.77 habe ich als Verteidiger in den AKW-Strafverfahren einen Beitrag gehalten, der in der Auseinandersetzung um die richtige Prozeßlinie auf Kritik gestoßen ist. Das ist an sich nicht schlecht. Denn innerhalb der Anti-AKW Bewegung gibt es tiefgreifende Widersprüche und nicht geringere unter denen, die in die Vorbereitung der Grohnde Prozesse einbezogen sind.

In dieselbe Veranstaltung trug ein Teil der ermittelnden und prozeßvorbereitenden Bewegung ein Flugblatt („Achtung! Falschmünzer"), mit dem im Wesentlichen die Politik des Kommunistischen Bundes getroffen werden sollte. Bei diesem zeitlichen Zusammenhang konnten sich weder dieses Flugblatt, das auch die Frage der Prozeßführung behandelt, noch mein Beitrag aufeinander beziehen. Aus den Reihen derer, die das Flugblatt als Grundsatzpapier verfaßt haben und deren Ansinnen sich zumindest nach dem Inhalt dieses Papiers vor allem auf eine Abgrenzung von der Politik des KB richtet, ist eine Kritik an meinem Beitrag gekommen, die in ihm „KB-Positionen" aufzuspüren sucht, um wiederum den KB zu treffen.

Der Kern der Kritik an meinem Beitrag ist das, was dem KB an seiner Linie in der Prozeßvorbereitung zu

Der Kern der Kritik an meinem Beitrag ist das, was dem KB an seiner Linie in der Prozeßvorbereitung zu Grohnde vorgeworfen wird: Durch Orientierung auf die Prozesse von dem politischen Kampf gegen die Errichtung von AKW's abzulenken, die Prozesse nicht verhindern, sondern tatsächlich zu wollen, um sie für sich zu nutzen.

Im „Falschmünzerpapier" heißt es dazu: *„Für den KB ist eine Prozeßführung nur denkbar, die sich auf die zu erwartenden Rechtsbrüche in Hannover beschränkt. Allein dieser Prozeßführung soll die Öffentlichkeitsarbeit zugeordnet werden."*

Den angeblichen Fehlern meines Beitrages ist zugute gehalten worden, daß sie aus der „Betriebsblindheit" des Anwalts resultieren.

Am 31.7. - drei Tage nach der Hamburger Grohnde-Solidaritätsveranstaltung - fand in Frankreich eine machtvolle Demonstration gegen den Bau eines „Schnellen Brüters" in Creys-Malville statt. Stellvertretend für die Anti-AKW-Bewegung wurden 12 Demonstranten - unter ihnen sieben Deutsche - willkürlich festgenommen, angeklagt und im Schnellverfahren bereits am 7.8. mit Freiheitsstrafen abgeurteilt. Das Oberlandesgericht von Grenoble hat am 24.8. die Urteile gegen die deutschen Demonstranten bestätigt. Aus dem aus französischen und vier deutschen Anwälten gebildeten Verteidigerkollektiv rechnen sich zwei deutsche Verteidiger zu jenem Teil der Bewegung, der das „Falschmünzerpapier" entweder verfaßt hat oder für seine politische Überzeugung hält (s. „Wehrt Euch" Nr. 3. vom 17.8.77, S. 6).

Noch bevor die Termine für die Grohnde Prozesse festgesetzt sind, habe ich an der Praxis von Anwälten, auf deren Stellvertretung sich die „Falschmünzerpapier"-Verfasser bezogen haben, überprüfen können, was von ihrer Kritik, ihrer Arbeit und ihrer Ernsthaftigkeit bei der Abwehr der Kriminalisierungskampagne der Bourgeoisie gegen AKW-Gegner zu halten ist.

Meinen Beitrag vom 28.7., eigene Malville-Erfahrungen und eine Verarbeitung stelle ich im folgenden zusammen, um einen Schritt vorwärts in der Auseinandersetzung um die richtige Linie in der politischen Prozeßführung zu tun.

Der Beitrag auf der Veranstaltung am 28.7.77:

„Angeklagt hat die Staatsanwaltschaft Hannover weniger als zehn Teilnehmer der Grohnde Demonstration am 19.3.77. Kriminalisieren will die Justiz jene Zahl von Demonstranten, über die es im Ermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft heißt: „Gegen 13 Uhr durchbrach eine Menschenmenge von ca. 6000 Personen mit mehreren Fahrzeugen ungeachtet einer dreimaligen Aufforderung der Polizei, von Gewalt abzusehen, und eines anschließenden Schlagstockeinsatzes gewaltsam die Kraftfahrzeugsperre und bewegte sich anschließend in Richtung Baugelände." Treffen und einschüchtern will der bürgerliche Staat, dessen Gewaltapparat gegen den Widerstand der Bevölkerung den Bau von Atomkraftwerken durchsetzen soll, die in der Anklage geschätzte Zahl von 12 000 Demonstranten und darüberhinaus die gesamte AKW-Bewegung von Brokdot bis Whyl.

der Anklage geschätzte Zahl von 12 000 Demonstranten und darüberhinaus die gesamte AKW-Bewegung von Brokdot bis Whyl. Diesen Zusammenhang muß man von vornherein herstellen und begreifen, wenn man die Verteidigung der Angeklagten vorbereitet, organisiert und durchführt. Auf der Seite des Staates sind die justizförmigen Anschläge auf die Freiheit und die Existenz Weniger, die an der Demonstration teilgenommen haben, Bestandteil des AKW-Bauprogramms, auf der einen Seite der AKW-Gegner müssen sie zum Bestandteil des Widerstandes gegen den Bau von AKW's werden. Die Abwehr von Prozessen und Verurteilungen, also die Verteidigung im weitesten Sinne, muß daher ebenso massenhaft, so entschlossen, so gut ausgerüstet sein, wie es in der Zeugenvernehmung eines Polizeibeamten über die Grohnde-Demonstration folgendermaßen zum Ausdruck kommt: „Erstaunlich war es festzustellen, mit welcher Intensität und welchem Zusammenhalt die uns gegenüberstehenden Demonstranten ihre Maßnahmen gegen uns richteten. Wenn ich gefragt werde, um wieviel Störer es sich in dieser Phase des Einsatzes gehandelt haben könnte, möchte ich die ungefähre Zahl von 2000- 3000 Menschen nennen. Begünstigt wurde die Situation dadurch, daß sie von einem LKW mittels Lautsprecher geführt wurden."

Die Anklageschriften stimmen bis auf die Satzzeichen überein. Vorgeworfen werden besonders schwerer Widerstand gegen die Staatsgewalt", „besonders schwerer Landfriedensbruch" und „gefährliche Körperverletzung", von allen Angeklagten angeblich begangen, um ca. 15.30 Uhr. Bereits die Übereinstimmung aller Anklageschriften verrät ihren politischen und konstruktiven Charakter. Die Angeklagten sind in der Phase des Zurückdrängens und der Auflösung der Demonstration herausgegriffen worden, nachdem sie teilweise durch einen brutalen Polizeieinsatz - vor allem durch das Hineinreiten und durch das Schlagen von Polizeipferden - verletzt worden waren. Die Strafakte gegen Christian Matschkus z.B. beginnt auf Blatt1 mit einem Photo des auf einer Bahre liegenden Verletzten Christian. Fest steht, daß sein Nasenbein gebrochen wurde, sein Körper schwere Prellungen erlitt und er sich nach der Festnahme mehrmals erbrechen mußte. Christian wurde aufgrund der Anweisung des Polizeiarztes mit dem Hubschrauber in ein Krankenhaus geflogen, wo zusätzlich eine Gehirnerschütterung diagnostiziert wurde. Vier Tage später meinte einer der Polizeibeamten, die Christian festgeommen hatten, in einer Zeugenvernehmung: „Es ist möglich, daß Matschkus bei seiner Festnahme verletzt wurde. In meiner Gegenwart mußte er sich mehrfach übergeben." Und einen Monat später sagte derselbe Beamte aus: „Er ging zunächst nicht freiwillig mit, wir mußten beide den Armdrehgriff anwenden. Matschkus blutete zu dem Zeitpunkt aus dem Mund und klagte über Bauchschmerzen. Wo er die Verletzungen am Mund herhat, weiß ich nicht." Dieser bemerkenswerte Wahrnehmungsschwäche des Polizisten stehen die scheinbar genauen Angaben über Schläge, die Christian unmittelbar vor seiner Festnahme bei diesem Polizeibeamten angebracht haben soll, gegenüber: „Er schlug mit einer ca. 1.50 cm langen, armdicken Holzlatte auf mich ein und traf mich in der Magengegend. Durch den Schlag, der mit enormer Wucht erfolgte, ging ich sofort zu Boden. Matschkus trat mich in dieser Lage weiter in den Bauch. In meiner Nähe befindliche Kollegen kamen mir sofort zu Hilfe, als sie sahen, wie sehr ich in Bedrängnis war ... Als ich wieder auf die Füße kam, war Matschkus bereits von dem genannten Kollegen überwältigt worden."

Keiner der Polizisten, die Christian festnahmen, will ihn so geschlagen oder Schläge gesehen haben, die seinen Verletzungen entsprochen hätten.

Einer dieser Polizeibeamten gab jedoch an: „Es ist richtig, daß kurz vor der Festnahme des Matschkus eine Reiterattacke durchgeführt wurde, bei der einige Demonstranten umgeritten wurden."

Bereits diese wenigen Fakten entlarven das, was ihm an persönlichen Taten vorgeworfen wird als Lügengebäude. Woher sollen seine Verletzungen gekommen sein, wenn er unmittelbar nach seinem angeblichen enormen Angriff auf einen Polizeibeamten festgenommen wurde, aber von den festnehmenden Beamten nicht verletzt wurde? Wie sollte er zu dem enorm wuchtigen Angriff fähig gewesen sein, wenn er vorher durch die Reiterattacke umgeritten wurde und dadurch Nasenbeinbruch, Gehirnerschütterung, Prellungen und Erbrechen die Folge gewesen waren? Wahrscheinlich ist folgendes: Demonstranten stürzten, wurden umgeritten, verletzt, von Polizisten ergriffen und mißhandelt; stellvertretend in der Wut, die sich gegen alle Demonstranten richtete und angeheizt durch die lange vorher durchgeführte Scharfmachung

stellvertretend in der Wut, die sich gegen alle Demonstranten richtete und angeheizt durch die lange vorher durchgeführte Scharfmachung und Verhetzung in den Polizeikasernen. Dies aufzuzeigen und zu beweisen, wird eine Aufgabe von Verteidigung sein. Sie ist geeignet, die Angeklagten zu entlasten und gleichzeitig die Polizeigewalt politisch zu schwächen.

Einem anderen Demonstranten wirft die Staatsanwaltschaft vor, auf den Helm eines Polizisten mit einer Metallstange geschlagen zu haben. Diese Stange gibt es nicht. In dem sogenannten „wesentlichen Ergebnis der Ermittlungen" - Grundlage der Anklage - heißt es über die Aussage des Polizeibeamten: „Dann habe er schattenhaft eine menschliche Gestalt gesehen, die eine Stange in der Hand gehalten habe. Mit dieser Stange habe er einen Schlag von rechts auf den Schutzhelm erhalten. Für Bruchteile von Sekunden sei ihm schwarz vor Augen geworden. Möglicherweise sei er auch zusammengebrochen. Unmittelbar danach sei er aber wieder bei klarem Bewußtsein gewesen."

Dieses Bewußtsein war natürlich erforderlich, um den Lauf der schattenhaften menschlichen Gestalt von sich zu den Polizeikollegen verfolgen zu können, die die Gestalt festnahmen. So werden Tat und Täter unter einen Hut gebracht, also Identifizierung konstruiert, und über die Tatwaffe schließlich heißt es in dem Ermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft: „Wenn er auch das Material nicht bestimmen könne, so sei er doch sicher, daß es eine Metallstange gewesen sei." Aus einer anderen Ermittlungsakte ergibt sich aber zu dem gleichen Geschehensablauf die Aussage eines führenden Polizeibeamten, wonach es nicht möglich gewesen sei, die „schattenhafte'Gestalt" zu identifizieren. Andererseits gibt es aber nur einen Polizeihelm auf den mit einer Metallstange eingeschlagen worden sein soll.

Aus allen Anklageschriften springt ins Auge der Widerspruch, einerseits die Schwere der Angriffe auf Polizeibeamte zu behaupten und andererseits die angeblich verletzten Polizisten als die wichtigsten Belastungszeugen zu erhalten, die trotz Mißhandlung noch zu genauer Beobachtung in der Lage gewesen sein müssen. So heißt es einmal: „Infolge des Schusses mit der Zwille habe er an der rechten Hüfte eine Prellung erlitten. Nachdem ersichtlich gewesen sei, daß keine Folgeschäden zu erwarten wären, habe er deswegen aber keinen Arzt mehr aufgesucht;" ein anderes Mal heißt es: „Er selbst habe zwei Tage Bauchschmerzen gehabt. Einen Arzt habe er deswegen aber nicht aufgesucht." Dies ist der Polizeibeamte, der das Opfer des mit enormer Wucht ausgeführten - es heißt einmal „sensenartig" - Schlages mit einem unterarmdicken Knüppel von 1.50 m Länge gewesen ist.

Den Leser der Anklageschriften kann eine Berührung über die bedauernswerte Situation der Polizei überfallen, wenn es über die Aussage des Führers der 7.Hundertschaft heißt: „Von seiner Einheit, die zudem schlecht ausgerüstet gewesen sei seien 35 Beamte verletzt worden." Wahrscheinlich wird die Polizei, deren Einsatz in Grohnde nach eigenen Angaben 310.000 DM gekostet haben soll, erst dann sich ausreichend ausgerüstet fühlen, wenn ihr bei AKW-Demonstrationen die Befugnisse gegeben sind, die heute schon die MEK-Sondereinheiten bei dem Einsatz gegen Bankräuber und militante linkspolitische Gegner des Staates haben: Feuer frei zum Todesschuß!

Noch ein letztes zu den Anklageschriften. Bereits ihr erster Satz ist falsch. Dieser Satz lautet: „Die Gemeinschaftskraftwerk Grohnde GmbH errichtet auf einem 22 ha großen Gelände an der Bundesstraße 83 zwischen den Orten Grohnde und Emmertal ein Kernkraftwerk." Richtig müßte es heißen: „Die Grohnde GmbH will ein Kernkraftwerk errichten." Die Menschen, die für menschenwürdige Bedingungen ihres und ihrer Kinder Leben und gegen die kapitalistischen Bauherren der AKWs und den Polizeistaat kämpfen, „deshalb lieber heute aktiv als morgen radioaktiv sein wollen", werden es verhindern.

Die Staatsanwaltschaft hat beantragt, die Anklagen - getrennt voneinander - bei den großen Strafkammern des Landgerichts Hannover zu verhandeln. Das in 1. Instanz an sich zuständige Amtsgericht kann jedoch nur übergangen werden, wenn die Anklagen von „besonderer Bedeutung" sind. So steht es im Gerichtsverfassungsgesetz. 6-8 Wochen vor dem beabsichtigten Beginn der Prozesse sind die ersten Anträge an das Landgericht gestellt worden. Sie wenden sich gegen die Trennung der Strafverfahren und die Anklage vor dem nicht zuständigen Landgericht ...

Ein weiterer Antrag befindet sich noch in der Diskussion unter denen, die an der Verteidigung mitarbeiten. Die Frage ist, ob im jetzigen Zeitpunkt vor dem Prozeßbeginn die Einstellung beim Gericht beantragt werden soll. Die Forderung einer Einstellung aller AKW-Strafverfahren ist die wichtigste Forderung. Wir wollen keine Pozesse. Einigkeit besteht bei allen darüber, daß ein solcher Antrag einer Einstellung ein politischer Antrag ist. Ich bin der Ansicht, daß er nicht juristisch verpackt werden soll. Sobald es eine an die Öffentlichkeit gerichtete und unter der Bevölkerung verbreitete Erklärung von Angeklagten und Verteidigern gibt, die mit dieser politischen Forderung abschließt, sollte sie unverfälscht und ohne juristische Verpak-

rung verbreitete Erklärung von Angeklagten und Verteidigern gibt, die mit dieser politischen Forderung abschließt, sollte sie unverfälscht und ohne juristische Verpak- kung in der Form, in sie verbreitet wird, dem Gericht zugeschickt werden.

Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner; Kein Atomkraftwerk in Grohnde oder anderswo!

Auf der Veranstaltung des Ermittlungsausschusses der hannoverschen Bürgerinitiativen am 19.8. habe ich im Zusammenhang mit der Wiederholung meines Beitrages vom 28.7. dazu aufgefordert, die Kritik (von Seiten den „Autonomisten" nahestehender Ermittlungsausschußmitglieder – AK) öffentlich vorzutragen. Zu einer offenen Aussprache habe ich vor allem dadurch herauszufordern versucht, daß ich die Einschätzung eines Anwalts aus den Reihen der „Falschmünzer"-Verfasser zitierte: *„Die Anklagen sind dicht, da ist juristisch nichts zu machen"* Diesen Satz halte ich in der Tat für den entscheidenden Ausdruck der politischen Linie, die im „Falschmünzerpapier" steckt.

Der Kollege D. Magsan hielt meinem Beitrag lediglich entgegen, daß die von mir erhobene Forderung einer sofortigen Einstellung aller Ermittlungsverfahren unvermittelt gestellt sei. Der ganze Beitrag sei darauf angelegt, Freisprüche zu fordern. Auch hier der versteckte Vorwurf, die Durchführung der Strafverfahren zu wollen. Wer sich an die konkrete Entlarvung des konstruierten Belastungsmaterials heranmacht und das Prinzip der Konstruktionen öffentlich nachweist, begibt sich also schon so weit auf die schiefe juristische Ebene, daß er nicht mehr geradlinig zurück auf die politische Ebene des Kampfes für eine Einstellung aller Strafverfahren findet?! Ich halte diesen Vorwurf für absurd, nachdem ich im Beitrag herausgestellt habe, daß man keine Verfahren wolle und deshalb die Forderung nach ihrer Einstellung die wichtigste politische Parole gegen die beabsichtigten politischen Prozesse ist. Enthalten in dieser Forderung – gerade weil ich sie als politische bezeichnet habe – ist logischerweise, daß dem Strafgericht die Legitimität eines Urteils über AKW-Gegner bestritten wird. Der Ermittlungsausschuß Hannover hat dazu am 19.8. in seinem Grundsatzreferat vermerkt:

„Wir halten deshalb die Verhinderung der Prozesse für ein richtiges Ziel, aber für unrealistisch, wenn wir damit die Verhinderung der konkreten Prozesse zu den angesetzten Terminen meinen. Das ist eine längerfristige Aufgabe, die wir nicht mit einzelnen Faustpfänden erreichen, sondern nur durch die Organisierung eines politischen Druckes einer breiten Öffentlichkeit. Diese Aufgabe läßt sich wiederum nur Hand in Hand mit unserem Widerstand gegen AKW's erfüllen, mit der Verbreiterung der Anti-AKW-Bewegung, die den wirksamsten Schutz für die Angeklagten darstellen wird. Vor diesem Hintergrund wird dann die geschickte Prozeßführung, die Ausnutzung der juristischen Möglichkeiten als Schutz für die einzelnen Angeklagten zu einer Selbstverständlichkeit, über die es unserer Meinung nach keinerlei Meinungsverschiedenheiten geben dürfte".

Bereits die in dieser Allgemeinheit gehaltene Aussage über die von uns herzustellende Einheit von politischem und juristischem Vorgehen innerhalb und außerhalb des Prozeßgeschehens beleuchtet das im „Falschmünzerpapier" enthaltene Bekenntnis, die juristischen Möglichkeiten ausnutzen zu wollen, als bloßes Lippenbekenntnis, das dazu dienen soll, die schwache Stelle der eigenen Politik vor Kritik zu schützen. Die ganze Aussage im Grundsatzpapier („Achtung! Falschmünzer") lautet:

„Wie wird die Forderung nach der Einstellung der Straf- und Ermittlungsverfahren durchgesetzt? Haben wir erkannt, daß die Prozesse Teil der Durchsetzung des Atomprogramms sind, dann ist diese Frage schon beantwortet. Genausowenig, wie wir selbst bei größter Ausschöpfung der von AKW's verhindern, erreichen wir auf diese Weise die Einstellung der Prozesse. Und wir erreichen dadurch auch keine Freisprüche. Wir können uns nicht in den Schoß jener Legalität flüchten, gegen die wir als Gesamtheit bei den Demonstrationen ganz bewußt verstoßen haben. Daß wir damit der Gegenseite nicht die Arbeit abnehmen, jedem einzelnen nachweisen zu müssen, welche Straf-

wir damit der Gegenseite nicht die Arbeit abnehmen, jedem einzelnen nachweisen zu müssen, welche Straf- *taten er konkret begangen haben soll, versteht sich hier von selbst. Hier werden wir den Prozessen in Erfüllung unser Verantwortung gegenüber jedem einzelnen Verfolgten alle juristischen Mittel ausschöpfen. Nur, bei derart zugespitzten Kämpfen, bieten prozessuale Rechte der Angeklagten schon lange keinen Schutz mehr. Dies tun vielmehr eine breit mobilisierte Öffentlichkeit, Presse und vor allem Aktionen, die wir mit der Unterstützung der Bevölkerung durch-*

allem Aktionen, die wir mit der Unterstützung der Bevölkerung durch- *führen müssen und um die herum noch mehr Menschen für den Kampf gegen das Atomprogramm gewonnen werden".*

Warum versteht sich von selbst, was in den nächsten Sätzen rückstandslos wieder aufgehoben wird? Wieso gebietet die *„Verantwortung gegenüber jedem einzelnen Verfolgten"* das Ausschöpfen von Mitteln, die *„kein Schutz mehr bieten"*? Wie kann für ein derart sinnloses Unternehmen irgendjemand motiviert (Ermittler und Verteidiger) und interessiert (Presse) werden?

„Die Anklagen sind dicht": In der Tat, man leistet politischen Schauprozessen Vorschub, bei denen die Verurteilungen schon von vornherein feststehen. Man begreift offensichtlich nicht, daß der politische Druck der Massenbewegung auf die Justiz einerseits und die Aussichten der staatlichen Verfolgungsbehörden andererseits, mit ihren Anklagen juristisch zum Ziel zu kommen, zwei Seiten sind. Beide stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander. Je sicherer sich die Bourgeoisie ihres juristischen Erfolges unter Beachtung rechtsstaatlicher Garantien ist, umso sicherer setzt sie die beabsichtigten Verurteilungen auch gegen eine starke Massenbewegung durch. Dieses Verhältnis wird erst dann aufgeho-

ben, wenn mit dem Ergebnis eines politischen Prozesses die grundlegende Veränderung der politischen Macht unmittelbar bevorsteht. Umgekehrt wird die Massenbewegung gegen das Atomprogramm wie für alle gerechten Ziele, für die einzelne Angeklagte vor Gericht stehen, auch dadurch stärker und umfassender, daß Freisprüche juristisch möglich erscheinen. Freisprüche, also die justizmäßige Niederlage der Bourgeoisie, können ein wichtiger Hebel dafür sein, die Forderung nach Einstellung zukünftiger gleichartiger Verfahren aus demselben Anlaß durchzusetzen.

Die Verantwortung vor der Bewegung gebietet es daher, *„alle juristischen Mittel auszuschöpfen"*. Darin ist die *„Verantwortung gegenüber jedem einzelnen Verfolgten"* gut aufgehoben, und nicht, in dem durch das „Falschmünzerpapier" erzeugten Widerspruch zwischen den Angeklagten und der Bewegung und den Methoden des Widerstands gegen die Kriminalisierung. Von einem solchen Widerspruch geht aber auch zu unrecht der Kollege A. Galette in seinem Brief an den „Arbeiterkampf" aus, in dem es heißt: *„Inhalt der Arbeit gegen die Kriminalisierung der AKW-Bewegung muß daher auf der einen Seite eine möglichst intensive Prozeßvorbereitung sein, um den einzelnen bestmöglich zu schützen"* (s. AK Nr. 112, S. 16).



Was heißt bei den Grohnde-Prozessen, die juristischen Mittel auszuschöpfen?

Ihre Ausschöpfung hat wenig mit „prozessualen Rechten" zu tun. Es geht um den materiellen Nachweis angeklagter Handlungen, die konstruiert wurden durch die falschen Zeugnisse und die Identifizierungen von Polizeibeamten. Die Polizisten und ihre Führungen, möglicherweise auch die Justiz wissen, daß das wesentliche Belastungsmaterial falsch ist. Das Aufdecken dieser Konstruktionen ist hier das konkrete Ausschöpfen der Möglichkeiten im Prozeß, und wesentlich mehr, als *„der Gegenseite nicht die Arbeit abnehmen."* Die Entlarvung würde nicht nur die Justiz, sondern nicht weniger die Polizei treffen. Sie vermindert unter den eingesetzten Polizisten die Bereitschaft zu derartigen befohlenen Beschuldigungen, für die sie im Prozeß den Kopf hinhalten müssen, und verbreitert in der Bevölkerung das Verständnis von den Polizeikräften als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse. Lenin hat 1905 in einem „Brief an J. D. Stassowa und die Genossen im Moskauer Gefängnis" geschrieben: „Die Frage der Beteiligung am Gerichtsverfahren wird, glaube ich, durch die Advokatenfrage entschieden. Einen Advokaten bestellen heißt ja, sich am Gerichtsverfahren beteiligen. Warum sollte man sich auch nicht beteiligen, um die Zeugen festnageln und gegen das Gericht nicht beteiligen, um die Zeugen festnageln und gegen das Gericht agitieren zu können ... Konkret hängt die Entscheidung der Frage nach der Beteiligung am Gerichtsverfahren ganz und gar von den Umständen ab: Angenommen, man ist völlig überführt, die Zeugen sagen die Wahrheit, die ganze Anklage beruht im Wesentlichen auf unbestreitbaren Dokumenten. Dann wird es vielleicht auch keinen Zweck haben, sich am Gerichtsverfahren zu beteiligen, und man sollte alle Aufmerksamkeit auf eine prinzipielle Rede richten. Wenn dagegen das Beweismaterial schwach ist, wenn sich die Zeugen der Geheimpolizei in Widersprüche verwikkeln und lügen, dann dürfte es kaum zweckmäßig sein, sich das Agitationsmaterial zur Enthüllung des inszenierten Gerichtsverfahrens entgehen zu lassen ..." (Lenin, Werke, Bd. 8, S. 56).

Im „Falschmünzerpapier" findet sich nicht die Spur einer solchen Differenzierung. In einer früheren Stellungnahme derselben politischen Linie heißt es: *„Seit den ersten Festnahmen im Zusammenhang mit dem 30.10. haben wir die Forderung erhoben: Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren. Immer wieder haben wir betont, daß wir es nicht zulassen, daß Einzelne herausgegriffen werden ... Wir sehen eine besondere Notwendigkeit darin, die Auseinandersetzung darüber voranzutreiben, wie unsere Forderungen durchgesetzt werden können, die Prozesse zu verhindern. Nur dadurch können wir deutlich machen, daß wir uns gegen laufende Hetze und Kriminalisierung wehren ..."*

Die ganzen Überlegungen erschöpfen sich immer wieder in der Beteuerung, die Prozesse nicht zulassen zu wollen. Aber was wird dafür getan? Die Ratlosigkeit zieht nicht zufällig die Überzeugung im „Falschmünzerpapier" nach sich, daß man die Einstellung der Prozesse *„selbst bei größter Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten"* nicht erreichen könne. Die Angeklagten könnten sich nicht in den *„Schoß jener Legalität flüchten"*, gegen die die Bewegung *„ganz bewußt verstoßen"* habe.

Das ganze Verhältnis zum Staat und der Justiz wird somit auf den Widerspruch Legalität – Illegalität reduziert, als sei heute der politische Widerstand der Anti-AKW-Bewegung gegen die Kriminalisierungskampagne nur außerhalb der Gesetze möglich. Hier die illegal vorgehende, aber gerechte, humane Ziele verfolgende Anti-AKW-Bewegung, dort der in legalen Formen repressiv zurückschlagende Staatsapparat, der den Bau der lebensbedrohenden AKW's durchsetzt.

Es ist die Kehrseite einer reformistischen oder revisionistischen, also versöhnlerischen Politik, die sich auf Appelle an den Staat, die Rechtsbrüche seiner eigenen Institutionen bei der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner verfolgen zu sollen beschränkt. Beide Seiten fesseln unsere mögliche Phantasie und Intelligenz, die uns dazu befähigen, wirksamen Widerstand zu leisten. Das konsequente Ergebnis des ideologischen Ausgangspunktes im „Falschmünzerpapier" kann nur der Boykott der Gerichtsverfahren sein. Und: *„In Erfüllung unserer Verantwortung gegenüber jedem einzelnen Verfolgten"* wäre, jedem Angeklagten zu raten, vor dem Zugriff der Justiz in die Illegalität zu verschwinden und von dort aus *„alle Aufmerksamkeit auf eine prinzipielle Rede zu richten"* (Lenin).

Die Weichen für eine richtige Prozeßführung werden jedoch bei der Untersuchung gestellt, wie „dicht" die Anklagen sind. Vorher kann man nicht beurteilen, worin das konkrete Ausnutzen der juristischen Möglichkeiten besteht und ob man sich überhaupt am Gerichtsverfahren beteiligen soll. Mir ging es im Beitrag vom 28.7. um diesen Ausgangspunkt für die Vereinheitlichung auf eine Prozeßlinie des konkreten Widerstandes. Erst kurz vorher hatten wir das Belastungsmaterial der Staatsanwaltschaft in Händen. Längst vorher war der Spruch von den *„dichten Anklagen"* von Rechtsanwälten in die Bewegung gesetzt worden. Da er in Unkenntnis der Akten erfolgte, ist er als verantwortungslos zu bezeichnen. Er ist ein bloßes Rechtfertigungsgeschwätz dafür, die Forderung nach Einstellung der Ermittlungsverfahren mit der Illegalität der Widerstandsformen und der angeblichen juristischen Aussichtslosigkeit in den Prozessen zu begründen. Bekanntlich hat sich jener Teil der Bewegung im Ermittlungsausschuß Hamburg über den Vorwurf entrüstet, nicht genügend Anstrengung auf das Sammeln und Auswerten von Entlastungsaussagen verwandt zu haben. Ein solcher Vorwurf kann eigentlich gar nicht treffen, weil jene Prozeßlinie in Verantwortung gegenüber jedem einzelnen Demonstranten, der etwas gesehen hat, was die Angeklagten entlastet und deshalb im Widerspruch zu den Aussagen der Belastungszeugen steht, es gebieten würde, nicht die Vernehmung der Entlastungszeugen in den Prozessen zu beantragen. Wenn *„prozessuale Rechte der Angeklagten schon lange keinen Schutz bei derart zugespitzten Kämpfen mehr bieten"*, wie sollten dann die Teilnehmer dieser Kämpfe, wenn sie in den Prozessen eine den Polizeizeugen widersprechende Aussage machen, gegen Meineidsverfahren geschützt werden können? Ich weiß keinen besseren Schutz als die Demontage der Polizeizeugen in Grohnde-Prozessen und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit.

Das Beispiel „Malville":

Zwischen dem Prozeß der 1. Instanz in Bourgoin und der Berufungsinstanz in Grenoble habe ich einen Brief an die französischen Kollegen geschrieben, der einen wesentlichen Teil der Erfahrungen aus dem Malville-Prozeß wiedergibt:

„ ... nach einem Zeitungsbericht von ‚Le Monde' hat der Kollege J.-J. de Felice erklärt, die Verteidiger würden es nicht erwägen, in die Berufung zu gehen; die Strafen würden vor einem neuen Prozeß längst vollstreckt sein und ein neuer Prozeß das Risiko noch höherer Strafen enthalten. Nun, Berufung ist eingelegt worden, der Prozeß findet am 24.8. in Grenoble statt und es herrscht unter den französischen Verteidigern große Zuversicht, nachdem sie die Protokolle über die Polizeiaussagen im Bourgoin-Prozeß studiert haben. Was ist also das Problem der Verteidigung in diesen Prozessen?

Es ist nicht das Probelm eines breiten öffentlichen Protestes gegen die Verurteilung. Dieser Protest ist sehr stark, sowohl in Frankreich als auch in der BRD und eine entscheidende Voraussetzung für eine Verteidigung, deren Erfolg in den Freisprüchen aller Angeklagter liegen würde. Das Problem der Verteidigung liegt in den konstruierten Identifizierungen der Angeklagten durch Polizeizeugen. Es liegt in der einzigen juristischen Aufgabe innerhalb des Prozesses, diese Konstruktionen aufzudecken und öffentlich zu beweisen, daß die Identifizierungen falsch sind. Die Bedingungen für die Verteidigung, diese einzige Aufgabe, mit der sie von den Angeklagten beauftragt und für die sie vor der gesamten Bewegung verantwortlich sind, sind außerordentlich günstig:

- *Alle Angeklagten sind mehrere Stunden nach der Demonstration festgenommen worden;*
- *die Kleidung, in der sie identifiziert wurden, war trocken und konnte daher nachweislich nicht auf der Demonstration, wo es die ganze Zeit geregnet hatte, getragen worden sein;*
- *das Gelände, auf dem sich die ersten Reihen von Demonstranten und Polizisten gegen überstanden, war in dem Nebel der abgefeuerten Tränengasgranaten eingehüllt;*
- *der Präfekt Janin gab zu: ‚Demonstranten und Ordnungskräfte blieben meist rund dreißig Meter voneinander entfernt. Es war unmöglich festzustellen, welcher von denen welcher Nationalität war";*
- *im Prozeß wurde deutlich, daß es im Zeugenzimmer Absprachen unter den Polizeizeugen gab. Unter allen diesen Umständen zogen es einige Belastungszeugen vor, die Angeklagten nicht mehr zu identifizieren.*

Im Prozeß von Bourgoin ist nicht ausreichend gegen die unglaubwürdigen, aber zunächst einmal feststehenden Identifizierungen gekämpft worden: Durch Fragen zu den Sichtverhältnissen, durch Vorhalten von auffälligen Übereinstimmungen oder Widersprüchen in den polizeilichen Vernehmungsprotokoll, durch einen vorbereitenden Vergleich aller dieser Protokolle. Es gabe viele Entlastungszeugen, die sagen konnten, daß sie mit den Angeklagten zusammen waren, aber mit ihnen allein kann man in diesen Prozessen nichts ausrichten. Es ist so, wie es im Artikel von ‚Le Monde' heißt:

‚Für die Richter liegt zwischen dem Wort eines Demonstrationsteilnehmers und dem eines Repräsentanten der öffentlichen Macht die Wahrheit auf jeden Fall bei dem Zweiten..'

Die Wahrheit in dem politischen Prozeß, die auch zu einem Freispruch führen kann, liegt darin, daß die Aussage eines ‚Repräsentanten der öffentlichen Macht' unvereinbar gegen die Aussage eines anderen Repräsentanten steht oder daß der Polizist nicht mehr die Lüge wiederholt, mit der er vorher einen Angeklagten belastet hat. Die Lügen, auf denen eine politische Anklage aufbaut, entspringen aber nicht den Herzen und Köpfen der Polizeizeugen. Diese Lügen sind Befehle von Führungen an Auszuführende. Die Aufdeckung von Polizeilügen in einem öffentlichen Prozeß hat daher seine Grundlage in diesem Widerspruch. Der im Zeugenstand alleinstehende Polizist ist der schwächste Faktor in der Lügenkonstruktion des Staates. Mit ihm zusammen ist daher die Lüge aufzudecken. Er muß zum wichtigsten Zeugen für ihren Beweis werden!

Ich habe gehört, daß ihr nicht beantragen wollt, im Berufungsverfahren erneut die Zeugen zu hören. Ihr wollt Euch auf eine Prozeßdemonstration von Widersprüchen stützen, die sich aus den Protokollen der Bourgoin-Prozesse ergeben. Das wäre ein Fehler. Diese Widersprüche haben nicht zu dem Freispruch aller Angeklagten ausgereicht. Wie sollte ihre bloße Demonstration zu Freisprüchen vor einem höheren Gericht führen? ..."

Für diesen Standpunkt konnte die Mehrheit der französischen Verteidiger nicht gewonnen werden. Das Berufungsverfahren wurde zu einem eintägigen Plädoyer-Prozeß, über den die französische Presse urteilte:

„Den ganzen Nachmittag über folgte ein Anwalt nach dem anderen und wiederholte jeder auf seine Art, was sie schon in Bourgoin erklärt hatten ... was könnten sie noch hinzufügen? Die Verteidigung spielte das Spielchen, die Richter überzeugen zu wollen ... Man könnte ein weiteres Mal glauben, daß die Verteidigung nichts nützt" („Liberation" vom 25.8.77).

Was schon das Prozeßgeschehen zutage brachte und von bürgerlichen Prozeßbeobachtern erfaßt werden konnte, hatte außerhalb des Prozesses erheblich schärfere Züge angenommen. **Vor Beginn des Prozesses in Bourgoin am 6.8. hatte die Kollegin F. Piontek („autonomer Ermittlungsausschuß", Hamburg) weder mit einem der 7 deutschen Angeklagten gesprochen, noch eine einzige Seite der Gerichtsakte gelesen! Obwohl der Termin des Berufungsverfahrens am 24.8. mehr als 8 Tage vorher bekannt war, verhielt sich die Kollegin genauso in Grenoble. Anstatt durchsetzen zu helfen, daß sich der Schwerpunkt der Verteidigung von einem nutzlosen Plädieren auf eine besser vorbereitete Wiederholung der Beweisaufnahme vor dem Berufungsgericht verschiebe, kam sie am Mittag des 23.8. nach ihren eigenen Worten mit dem politischen Auftrag angereist, ein bereits in Hamburg konzipiertes Plädoyer mit dem Inhalt einer oberflächlichen Einschätzung der Anti-AKW-Bewegung und der Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen Bourgeoisie zu halten. Einen Auftrag hierzu von den Angeklagten, die sie auch vor Beginn des Prozesses in Grenoble im Knast nicht gesprochen hatte, hatte sie nicht erhalten.** Ihre Aufmerksamkeit und Kraft während des 24.8. verwandte sie auf die Übersetzung ihres Plädoyers, aus dem die französische Presse zitierte: *„Es ist klar, daß man hier nicht über 12 Angeklagte richtet, sondern daß man unter 60.000 Personen 12 Geiseln genommen hat. Trotzdem müssen wir plädieren."*

Was für eine Groteske! Man beschränkt als politischer Anwalt die Verteidigug auf das Plädieren, um es innerhalb des Plädoyers selbst als sinnlos zu bezeichnen. Bürgerliche Verteidigung, die dem Plädoyer eine entscheidende Bedeutung aus dem illusionären Glauben an ein unabhängiges Gericht heraus zuschreibt und deshalb niemals vorher ausreichend Widerstand gegen die Lügen von Belastungszeugen der Staatsgewalt um den Preis einer unversöhnlichen Konfrontation mit dem Gericht leistet, vereinigt sich mit linksradikaler Verteidigung, die aus der richtigen Überzeugung von der Abhängigkeit der Gerichte auf Widerstand im Prozeß verzichtet und deren Ausschöpfung der juristischen Mittel sich darin erschöpft, dem Gericht gegenüber diesen Verzicht auch noch anzukündigen und im Plädoyer zu erklären.

Für diesen Auswuchs einer nutzlosen Verteidigung hat die Solidaritätsbewegung mit den Angeklagten losen Verteidigung hat die Solidaritätsbewegung mit den Angeklagten von Malville in doppelter Weise bezahlen müssen: Sie ist daher als schädlich zu bezeichnen. Sie ist vor allem die Folge eines ideologischen Standpunktes, den ich oben kritisiert habe und der mit der abstrakten Formel , *„die juristischen Mittel ausschöpfen zu wollen"* und mit der ständigen Wiederholung des Bekenntnisses, die Prozesse nicht zulassen zu wollen, keinem Anwalt in einem politischen Prozeß einen vernünftigen Auftrag geben kann.

Lenin hat in dem bereits erwähnten Brief geschrieben:

„Man soll den Advokaten von vornherein erklären: Ihr habt ausschließlich zu kritisieren und die Zeugen sowie den Staatsanwalt bei der Überprüfung des Beweismaterials festzunageln, zu zeigen, daß die Anklage konstruiert ist; ihr habt ausschließlich die ungerechten und korrupten Methoden des Gerichts zu diskreditieren ... Mache die Belastungszeugen und den Staatsanwalt lächerlich, stelle höchstens einen Vergleich zwischen einem solchen Gericht und dem Geschworenengericht in einem freien Lande an, aber laß die Überzeugungen des Angeklagten beseite, untersteh dich nicht, auch nur ein Wort darüber fallen zu lassen, wie du seine Überzeugungen und Handlungen bewertest ... ist es besser, sich vor den Advokaten in acht zu nehmen und ihnen nicht zu trauen, besonders wenn sie sagen, sie seien ... Mitglieder der Partei ..." (Bd. 8, S. 55/56).

Die Angeklagten der Grohnde-Prozesse sollten in dieser Richtung ihr Mißtrauen gegenüber den Verteidigern schärfen und sich nicht einreden lassen, in ihnen die Sprecher einer militanten Anti-AKW-Bewegung finden zu müssen.

Uwe Mäffert

Bürgeraktion Küste — wohin?

Am 14.9. beschloß die Mehrheit des Arbeitsausschusses der BAK (Bürgeraktion Küste, ein Zusammenschluß von Bürgerinitiativen im norddeutschen Raum), das anwesende Mitglied des Koordinationsausschusses der BBA (Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke) auszuschliessen. Vorgeworfen wurden dem Vertreter der BBA, Mitglied des KB zu sein und Informationen aus den BAK-Sitzungen für Angriffe gegen die BAK zu „mißbrauchen". Damit wurde eine seit langem geübte Praxis der Zusammenarbeit zwischen BBA und BAK willkürlich abgebrochen.

Der Grund für dieses Vorgehen dürfte in der Kritik liegen, die wir am Vorgehen der BAK bezüglich der Kalkar-Demo geäußert haben (siehe AK 112 und „Anti-AKW-Info 6"). „Übersehen" wurde dabei gänzlich, daß wir in dieser Auseinandersetzung nur jederman zugängliches Material benutzt haben. Dies unterstreicht die Vermutung, daß einer solchen Auseinandersetzung durch Abgrenzungsbeschlüsse aus dem Weg gegangen werden soll. Hinzu kommt, daß der Genosse dort als Vertreter der BBA teilnahm und nicht etwa als Vertreter des KB, womit über den KB hinaus eine Abgrenzung gegenüber der BBA vollzogen wird.

Kritisiert worden war von uns im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Kalkar-Demo, daß die BAK sich dort durch die ursprünglich geplante „Grüne-Punkt-Aktion" in offener Weise von den sogenannten „gewalttätigen Demonstranten" abgrenzen wollte. Kritisiert hatten wir dies vor allem deshalb, weil dadurch eine einheitliche Demonstration aller AKW-Gegner, über politische Differenzen hinweg, unmöglich gemacht worden wäre.

Diese Kritik ist auch jetzt noch nicht hinfällig; denn einige Mitglieder der BAK verfolgen dies Konzept weiterhin. So erklärte Pastor Ramsauer aus der BI Dedesdorf gegenüber der „Nordsee-Zeitung", die BAK distanziere *„sich ausdrücklich von den Gewalttaten der kommunistischen Gruppen"* und *„alle Demonstranten, die den friedlichen Widerstand suchen"*, würden *„deutlich sichtbar einen grünen Punkt"* tragen. Noch deutlicher wurde Soeteber von der BI Umweltschutz Lüneburg e.V. in einer in der „Landeszeitung für die Lüneburger Heide" veröffentlichten Anzeige. Darin distanziert er sich *„von einer vorsätzlichen Diskriminierung der Polizisten"* und fordert die *„bewaffneten Demonstranten"* auf, ihre Fahrkarten zurückzugeben. Die angemieteten Busse sollen am 24.9. darüberhinaus demonstrativ eine eigene Route fahren und einen separaten Sammelplatz ansteuern.

Allein die Organisierung eines Konvois nach Kalkar zeigt nach seiner Ansicht, daß ein Teil der Demonstranten gewaltsamen Widerstand gegen die Polizei leisten und gewaltsam zum Bauplatz kommen wolle.

Dieser scharfe Abgrenzungskurs wird von der Mehrheit der BAK-Größen nicht geteilt, auch wenn die BAK einen gemeinsamen Sammelplatz ausgemacht hat. Die Mehrheit lehnt dies ab, weil es ihr als Spaltung ausgelegt werden könnte. Auch der Vorschlag, überhaupt nicht mehr nach Kalkar zu fahren, weil „Gewalttäigkeiten" nicht auszuschließen seien, fand auf der BAK-Sitzung keine Zustimmung. Mit Recht wurde befürchtet, daß sich die BAK sonst lächerlich machen würde (so die Stellungnahme nach dem Rausschmiß des BBA-Vertreters).

Zwar spricht sich gegenwärtig eine Mehrheit gegen offen spalterisches Vorgehen aus, aber verurteilen mögen sie das Vorgehen einiger ihrer Mitglieder auch nicht.

AKW-Nein-Kommission

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüneburg e. V. (BUL)
ruft auf zur internationalen Demonstration gegen den
schnellen Brüter in Kalkar am 24. September 1977.

Unsere Gründe dafür sind:

1. Der schnelle Brüter ist der gefährlichste aller Atomreaktoren, weil er die Gefahr eines Atomkrieges durch die massenhafte Erzeugung des Grundstoffes Plutonium erhöht.
2. Alles spricht dafür, daß die Lagerung der produzierten Plutoniummengen ein unlösbares Problem ist.
3. Bei Störfällen besteht die Möglichkeit, daß Plutonium als Aerosol entweicht. Dieses Gas kann, in allerwinzigsten Mengen (1 Millionstel Gramm) eingeatmet, schon zu Lungenkrebs führen.
4. Die praktischen Erfahrungen mit dem Schnellen Brüter in den USA haben gezeigt, daß er als eine Fehlkonzeption größten Stils zu bezeichnen ist.

Deshalb beteiligen wir uns an der bundesweit organisierten

gewaltfreien Aktion

Das schließt eine Koppelung mit Besetzungsunternehmen aus. Ebenso distanzieren wir uns vor einer vorsätzlichen Diskriminierung der Polizisten. Die Polizei ist nicht unser Feind. Wir wissen, daß die Beamten ihren Dienst tun müssen auf Anordnung von Politikern, die wir als die eigentlichen Gegner ansehen. Daher lehnen wir es ab, bewaffnete Demonstranten mitzunehmen. Bisher unter falschen Voraussetzungen erworbene Fahrkarten können gegen volle Erstattung bis zum 19. 9. zurückgegeben werden.

Abfahrt: 5.30 Uhr Graalwall-Parkplatz
Kartenvorverkauf: Büchertisch, Grapengießerstraße, Bücherstube, Rote Straße.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüneburg e. V.
Telefon 72 38 und (0 41 33) 3 76

Aus: „Landeszeitung" für die Lüneburger Heide, 16.9.77.
Kosten der Anzeige: 350 DM.

Letzte Meldung: Am 18.9.77: 1.200 AKW-Gegner demonstrierten gegen das AKW Philippsburg

Ca. 1.200 Menschen demonstrierten am 18.9. gegen das AKW Philippsburg. Nach Schätzungen der BIs waren ca. 50 Hundertschaften Bullen zum „Schutz des Geländes" eingesetzt. Der einzige Zugang zum Baugelände auf der Rheinschanzinsel war mit Baufahrzeugen, Containern und Natodraht abgeriegelt und von Polizei und BGS-Einheiten bewacht.

Das Verhältnis von 1 Demonstranten zu 5 Bullen nahm dann auch der BBU-Vorstandsvorsitzende Schuhmacher in seiner Rede auf, in der er die Einschränkung des Demo-Rechts in Philippsburg scharf verurteilte und von der BRD als einem „Polizeistaat" sprach.

Es folgte ein Beitrag der Waghäusel-BI zur Entsorgungslüge und eine Rede des Ermittlungsausschusses zur Kriminalisierung von AKW-Gegnern.

Dann ging die Demo in Richtung Rheinschanzinsel, wo an einem Wendepunkt (ca. 100 Meter von der verbarrikadierten Brücke entfernt) eine Protestkundgebung stattfinden sollte.

Hier kam es zu ärgerlichen Zwischenfällen mit dem BBU. Der Lautsprecherwagen von der BBU-BI Offenburg hielt entgegen der Abmachung während der Rede nicht an, so daß es zu keiner Kundgebung kam und große Teile der Demonstranten nichts mitbekamen.

Ebenso mußte vorher schon der Ermittlungsausschuß seine Rede über Megaphon halten, weil ihm das Mikrophon abgedreht wurde, weil dieser Beitrag angeblich vorher nicht vereinbart worden war.

Tatsächlich haben sich die BBU-Leute nicht an die Vereinbarung gehalten!

Bewachte »Bürgerinformation«

Für ca. einen Monat liegt der sogenannten „Sicherheitsbericht" für die geplante WAA im niedersächsischen Sozialministerium aus. Interessierte können dort das 3000-Seiten starke Werk einsehen, es darf aber weder entliehen noch fotokopiert werden. Albrecht hatte ursprünglich den BI's in der Lüneburger Heide die Herausgabe des Sicherheitsberichtes zugesagt, diese Zusage dann aber wieder zurückgezogen mit der Begründung, der Bericht enthalte Geheimnisse, die auf diesem Wege an die Sowjetunion und nach China gelangen könnten. Der in Hannover ausgelegte Bericht enthält allerdings den ausdrücklichen Vermerk, daß darin keine Geschäftsgeheimnisse enthalten sind. Trotzdem wird der Bericht wie ein halbes Staatsgeheimnis oder eine berühmte Mumie bewacht. Wer den Bericht einsehen will, muß als erstes einen Personalbogen ausfüllen und zusätzlich den Bullen einen Personalausweis vorlegen. Ein Bewacher ist eigens dafür abgestellt, den Besuchern auf die Finger zu gucken.

Auf diese Weise kann man dann wesentlich die Dicke des Berichtes bestaunen oder aber auch lesen, daß schädliche Auswirkungen für die Bevölkerung ausgeschlossen seien, da die Strahlenbelastungswerte selbstverständlich weit unter den gesetzlich zugelassenen Höchstwerten liegen würden. In populärer Form will der Bund zusammen mit der Niedersächsischen Landesregierung in einer großen „Aufklärungsaktion" diese Pro–AKW–Werbung an den Mann bringen. Allein der Bund steuert dazu eine Million Mark bei.

KB/Gruppe Hannover

Kalkar aktuell

Auf der Planungsausschußsitzung am 18.9. wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

- Erweiterung der Demonstrationsleitung um einen vierten niederländischen Vertreter
- Als Südvertreter der BRD wurde ein Mitglied der badisch-elsässischen BI's gewählt.
- Als Nordvertreter wurde ein Mitglied der BUU Hamubrg gegen den Kandidaten der BBA Bremen mit 12 : 3 : 9 gewählt.

Der auf der letzten Sitzung umstrittene Punkt des Verhältnisses Demo-Leitung-Vertrauensleute wurde mit klarer Mehrheit geregelt. Mit 20 : 6 : 3 Stimmen wurde verabschiedet, daß jede BI eine(n) Vertrauensfrau (mann) erhält. Die Vertrauensleute haben gegenüber der Demoleitung beratende Funktion.

Verabschiedet wurden außerdem zwei Massenflugblätter: eines an die Bevölkerung während der Aktion, ein zweites, in dem gegen die Verbotsdrohungen Stellung genommen wird.

Am Montag hat der Klever Oberkreisdirektor die Demonstrationsanmelder zu einem Gespräch aufgefordert. Dafür ist im Planungsausschuß einheitlich von a l l e n Beteiligten festgelegt worden, daß keine Zugeständnisse bei den Zielen der Aktion gemacht werden (Demo am Baugelände).

Auflagen bei der Schutzausrüstung werden nicht akzeptiert. Alle Auflagen sollen schriftlich vorgelegt werden. Die Demo-Anmelder haben sie nur entgegenzunehmen, sind aber nicht entscheidungsberechtigt. Für Montag nachmittag hat Hirsch den WSL, die Niederländer, den BUU und den Bauern Maas eingeladen. Nicht abgelehnt hat Hirsch die Teilnahme des Planungsausschusses und der Rechtsanwälte. Daraufhin ist ein Telegramm verschickt worden, in dem Hirsch aufgefordert wird, alle einzuladen und dies bis Montag 10 Uhr zu bestätigen, sonst fällt das Gespräch aus. Im Gespräch mit Hirsch geht es nur darum, zu fordern:

- kein Demonstrationsverbot
- freier Zugang zur Wiese am Bauplatz
- Abzug der Polizei.

„KPD" schießt gegen das Bündnis

Die „KDP" glänzte bisher vor allem dadurch, daß sie einerseits unseren Genossen vorwarf, sie würden das breite Bündnis gefährden, wenn sie um ihre politischen Positionen (z.B. das Recht auf Bauplatzbesetzung) im Bündnis kämpfen; andererseits griff sie pauschal ablehnend eine Teilnahme der BBU an, akzeptierte aber dann dessen Beteiligung in der Demo-Leitung.

Offensichtlich hat es daraufhin Kritik seitens der „KPD"-Führung gegen diese Zusammenarbeit gegeben. Vor der Planungsausschutzsitzung erschien ein Flugblatt mit „KPD"-Zentralkomitee" gezeichnet. Darin werden die BBU-Führer als *„AKW-Befürworter"* angegriffen, die *„täglich und stündlich nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Regierung Ausschau halten"*.

Mit dieser – in dieser Pauschalität für die „KPD"-NRW neuen – Linie stellt die „KPD" faktisch das gesamte Bündnis in Frage, denn große Teile des Bündnisses sind Anhänger „gewaltfreier" Strömungen und haben der „KDP" zufolge *„nicht nur auf aktiven sondern auch auf passiven Widerstand"* verzichtet. Andererseits verteidigt die „KPD" völlig zu Recht die Mitarbeit der stark „gewaltfreien" Strömungen vor allem der Niederländer. Es müsse – so die „KPD" – *umso energischer ... die politische Linie der hinter der Losung von Gewalfreiheit stehenden BBU-Führer angegriffen werden, denn diese Linie die Linie der Bourgeoisie, jeden gewaltsamen Widerstand der Arbeiterklasse und Volksmassen gegen die Ausbeuterherrschaft zu brechen."*

Die Gewaltfreiheit ist ein Grundbestandteil der bürgerlichen Ideologie auf Massenebene. Gerade die Vorbereitung und die Diskussion um die Demonstration in Kalkar hat vielen AKW-Gegnern deutlich gemacht, daß zumindest ein militanter Schutz gegenüber Angriffen seitens des Polizeiapparates notwendig sein und nicht unbedingt umgangen werden kann.

Dieser Entwicklung hat auch der BBU-Vorstand Rechnung getragen und der BBU-Vertreter wie auch die des LEK haben im Planungsausschuß dieser Vorstellung zugestimmt. D.h. natürlich keineswegs, daß hier mit der bürgerlichen Ideologie gebrochen worden ist, hat aber nichts mit d e r Linie der Bourgeoisie zu tun.

Das kann auch nicht daraus abgeleitet werden, daß Teile des BBU-Vorstandes unter Wüstenhagen auf öffentliche Aufforderung Stoltenbergs hin die Spaltung der Aktion in Brokdorf zum 19.2. im Bündnis mit der DKP betrieben hatten.

Der „KPD"-Vorstoß stieß auf der erwähnten Sitzung des Planungsausschusses auf breite Empörung. Nach längerer Diskussion wurde eine Erklärung verabschiedet, in der dieser Angriff auf das Bündnis verurteilt wurde. Im Interesse des Erhaltens der gemeinsamen Aktion stellte die Mehrheit der Delegierten fest, daß man die „engagierte Gegnerschaft der BBU-Führung gegen Atomanlagen nicht bezweifelt". Dieser Antrag wurde mit 17 : 6 : 4 angenommen.

Juso springt auf den fahrenden Zug

Im Laufe der Kalkar-Zusammenarbeit haben sich örtliche Gruppen der Jungsozialisten an den Kalkar-Vorbereitungen beteiligt. Die Juso-Bezirke westliches Westfalen und Niederrhein hatten bereits vor einiger Zeit ihre Beteiligung angemeldet. Die Niederrhein-Jusos wurden deshalb vom SPD-Bezirksvorstand gerügt und aufgefordert, von der Kalkar-Aktion zurückzutreten („Rheinische Post", 16.9.).

Zehn Tage vor Kalkar hat sich auch der Juso-Bundesvorstand zu Wort gemeldet und alle Jusos aufgefordert, an der Großkundgebung teilzunehmen. Aus dem Schreiben des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Müller wird deutlich, daß die Jusos offensichtlich mit dem „Ringkonzept" der „Bürgeraktion Küste" liebäugeln. Falsch wird in dem Schreiben festgestellt, daß die Strategie der beteiligten Bürgerinitiativenverbände in „der gewaltfreien Aktion" besteht. Vielmehr wurde von unterschiedlichen Strömungen, darunter den „Gewaltfreien", eine friedliche Demonstration beschlossen. Großmäulig wird der Juso-Bundesvorstand dann, wenn er feststellte, daß gerade die Beteiligung der Jusos „pseudorevolutionäre Aktivitäten" verhindere und einen friedlichen Ablauf garantiere („Westfälische Rundschau", 17.9.). Deutlich wird daran, daß die Juso-Führer ihre späte Beteiligung unter dem Druck der eigenen Basis entschieden haben, daß sie aber den Sinn ihrer Beteiligung in erster Linie darin sehen, den Einfluß der „K-Gruppen" in der Bewegung zurückzudrängen, wie dies auf ihrem energiepolitischen Kongreß festgelegt wurde.

Bewaffnete Nazis überfallen AKW-Gegner

Hannover. Aus den Reihen Hannoverscher AKW–Gegner hat sich eine „Aktion Nazis raus" gebildet. Nach immer frecheren Provokationen der Nazis, wie zahlreichen Hakenkreuzschmiereien und Überfällen auf das KBW-Büro, zerschlugen sie am 13.8. in der Innenstadt einen Anti-AKW-Inforstand und zerstörten das Material. Die Polizei hatte trotz Anwesenheit – wie üblich in diesen Fällen – „nichts bemerkt" und mußte erst von Passanten darauf aufmerksam gemacht werden, daß sich bei einem Nazi gefährlich die Jacke beulte. Prompt kam dann bei dem Faschisten, der schon häufiger durch Provokationen aufgefallen war, eine Pistole zu Vorschein (er heißt Oliver Schreiber, wohnhaft in Hannover, Eichenstraße 21). Trotz dieses versuchten bewaffneten Überfalls ließen die Bullen ihn abends wieder laufen.

Die „Aktion Nazis raus" plant nun zunächst eine Veranstaltung, auf der über das Treiben der Nazis berichtet werden soll. Die Aktion wird unterstützt von SAG und KB.

KB/Gruppe Hannover

Atommülltransport durch die Stadt

Hannover. Hannovers Bürger leben gefährlich! Mitten in Hannover auf dem Güterbahnhof Linden wird radioaktiver Müll von der Bahn auf LKWs verladen und von dort quer durch die Stadt und dann durch den dichtbesiedelten Großraum zur Endlagerung in das ehemalige Salzbergwerk Asse gebracht. Der strahlende Müll wird in Karlsruhe gesammelt, in Fässer verpackt und von dort aus transportiert.

Besondere Sicherheitsvorkehrungen gibt es weder für die mit den Fässern hantierenden Bahnarbeiter, noch für die Hannoveraner Bevölkerung. Es ist, wie die Behörden sagen, ja »bloß« mittel- bis schwachaktiver Müll. Der einzige »Schutz«, der besteht, sind die Fässer selbst, in denen der Müll verladen wird. Sie sollen angeblich einen Absturz aus neun Metern Höhe heil überstehen, was etwa einem Zusammenstoß mit einem gleichschweren Fahrzeug bei 48 km/h entspricht. Mit der Sicherheit hat es aber dann ein Ende, wenn die Fahrzeuge, wie ja im Straßenverkehr üblich, mit höherer Geschwindigkeit fahren. Was ist, wenn durch solche Umstände die Fässer auf der Straße landen?

Ein Beamter vom Amt für Zivilschutz erklärte dazu: *»Dann wischen wir den Dreck eben mit Schmierseife auf!«* Makaber, wenn man bedenkt, daß in diesem Jahr in England ein solcher Mülltransporter bei einem Unfall umkippte und (wie die Presse berichtete) einer Katastrophe nur knapp entgangen werden konnte; und daß in Bad oden-Allendorf bei scharfem Bremsen eines Lasters zwei Atommüllfässer ins Rutschen kamen und beim Fahrer durch's Führerhaus schlugen.

Eine BI in Hannover-Linden wandte sich bereits im März dieses Jahres in einem Protestschreiben an die niedersächsische Landesregierung. Darin fordert sie Aufklärung über den Umfang der Transporte und die Sicherheitsbestimmungen sowie die sofortige Verlegung des Transportweges. Sie mußte, wie schon viele Einwänder vor ihr, die Unsinnigkeit dieses Unterfangens erfahren. Es gab zwar im März eine sogenannte kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Dr. Mahrenholz an die niedersächsische Landesregierung. Und es gab auch eine unverbindlich bürokratische Antwort. Damit war jedoch für diese Herren der Fall erledigt. Mindestens zwei Transporte in der Woche kommen in Hannover nach wie vor an. Gegen diese unhaltbaren Zustände anzugehen, hat sich jetzt die Hannoversche Ökologie Frauengruppe vorgenommen, die Lindener Bevölkerung in direkten Gesprächen bei Hausbesuchen zu informieren und gemeinsam zu überlegen, wie dieser Gefahr begegnet werden kann. »... *Es ist hierbei allerdings nicht unser Ziel, den hochgiftigen Abfall durch irgendeine andere Stadt transportieren zu lassen, denn damit wäre das Problem zwar verdrängt, aber nicht aus der Welt geschafft, und die Gefahr wäre für uns nicht gebannt. Unsere Aufgabe ist es vielmehr: zu verhindern, daß derartiger Müll entsteht. Und darum: Nirgendwo ein Atomkraftwerk! Keine Wiederaufbereitungsanlage!«* (Zitat aus dem Flugblatt der Ökologie Frauengruppe).

(Informationen: »Lindenblatt«, »NHP«, Flugblatt Öko-Frauengruppe, Bericht des niedersächsischen Landtages.)

KB/Gruppe Hannover



Nachrichten vom Widerstand



Repression gegen AKW-Gegner

Haft für KKW-Gegner?

Unter dieser Überschrift meldeten die »Badischen Nachrichten« vom 10./11. 77, daß ein AKW-Gegner aus Freiburg zu DM 400 Geldstrafe, ersatzweise 16 Tage Beugehaft verurteilt worden ist.

Die Polizei »nimmt an«, daß dieser AKW-Gegner weiß, wer im März d.J. ein Exemplar des Katastrophenschutzplanes für das Atomkraftwerk Fessenheim aus dem Landratsamt Lörrach entwendet hat. Da er, obwohl an der Sache nicht beteiligt, die Aussage verweigerte, wurde gegen ihn zur »Erzwingung des Geständnisses« das Ordnungsgeld bzw. Haft verhängt! Im Falle einer weiteren Verweigerung wurde mit einer Erhöhung der Strafe gedroht. Am 10.9. lief die Zahlfrist ab, am 15.9. war eine weitere Zeugenvernehmung. Dabei wurde der Angeklagte (Eckhart) jedoch von ca. 50 Mitgliedern der badisch-elsässischen BIs begleitet, die dem Vernehmungsrichter eine Protestresolution mit 100 Unterschriften aus dem Kaiserstuhl übergaben. Dies hatte der »Arbeitsausschuß« der badisch-elsässichen BIs am 8.9. auf Antrag der GAF so beschlossen. Natürlich ließ sich Eckart auch diesmal nicht erpressen und blieb bei seinem Schweigen. Der Fortgang des Verfahrens ist jetzt ungewiß.

Teile des Katstrophenschutzplanes waren im März von AKW-Gegnern veröffentlicht worden, was erhebliche Aufregung zur Folge hatte. Von staatlicher Seite war der Plan bis dahin wohlweislich geheimgehalten worden, weil nach dem Plan für die Bevölkerung nur die Katastrophe bleibt — den Schutz muß man streichen.

Unter vielen anderen Protesten gab es auch die von 264 Ärzten aus Freiburg und Umgebung und von 568 Lehrern aus dem Markgräflerland. Die »Badischen Nachrichten« schreiben: *»Während aber das baden-württembergische Sozialministerium es immerhin für notwendig hielt, mit den Ärzten zu sprechen und auf ihre Bedenken einzugehen, sind die Strafverfolgungsbehörden hinter jenen her, die durch die Veröffentlichung des Planes überhaupt erst den Anstoß zu dieser Diskussion gegeben haben.«*

AKW—Gegner vom Vorwurf des Landfriedensbruch und der Sachbeschädigung in Lübeck freigesprochen

Am 16.3.77 wurde Norbert W. aus Hamburg auf einer Demonstration in Lübeck verhaftet. Zur Demo war aufgerufen worden, weil am Samstag zuvor von der Polizei das Inforecht gewalttätig behindert war. (Verbot eines Sketsches, Verhaftungen, Bullenprügeleien am Info-Tisch.) Der Vorwurf lautete, Norbert hätte ein Ei gegen die Menckwache (die für die Übergriffe verantwortlich war) geworfen.

Über den Hergang hatten die Bullenzeugen Einigkeit erreicht, 100%ig hätten sie Norbert erkannt. Auf Fragen nach dem Standort des Werfers und dem Ablauf der Verhaftung hatten sie jedoch sehr widersprüchliche Erinnerungen. Den Bullenaussagen konnten dann auch eindeutige Zeugenaussagen der Verteidigung entgegengesetzt werden (sieben Zeugen hatte der Ermittlungsausschuß zusammengetragen). Der Richter entschied: »Keine eindeutige Klärung, im Zweifelsfall also für den Angeklagten.«

Raumverbot für AKW—Gegner an der Schule

Dannenberg. Seit einigen Wochen gibt es in Dannenberg eine Schülergruppe gegen AKWs. Diese wollte mit einem Informations- und Diskussionsabend zu Malville und Kalkar in der Realschule an die Öffentlichkeit gehen. Nach Versuchen, die Schüler während des Unterrichts einzuschüchtern, verkündete der Rektor wenige Stunden vor der Veranstaltung, daß er den Raum doch nicht zur Verfügung stellen könne: Der Stadtdirektor hätte ihn darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Mobilisierungsflugblatt (Kalkar-Aufruf von 40 BIs aus NRW) zur Gewalt aufgerufen würde.

Obwohl die Veranstaltung abgesagt werden mußte, kamen abends 16 Jugendliche, um den Direktor zur Rede zu stellen. Als Beweis für seine »Gewalttheorie« nannte der Direktor dann den Satz aus dem Kalkar-Aufruf »Nach Wyhl, Brokdorf, Grohnde wollen wir einen neuen Höhepunkt im Kampf gegen das Atomprogramm schaffen«. Also lesen kann offensichtlich weder der Rektor noch der Stadtdirektor.

Nach einem Bericht des KB/Gruppe Lüneburg

wohlweislich geheimgehalten worden, weil nach dem Plan für die Bevölkerung nur die Katastrophe bleibt — den Schutz muß man streichen.

Unter vielen anderen Protesten gab es auch die von 264 Ärzten aus Freiburg und Umgebung und von 568 Lehrern aus dem Markgräflerland. Die »Badischen Nachrichten« schreiben: *»Während aber das baden-württembergische Sozialministerium es immerhin für notwendig hielt, mit den Ärzten zu sprechen und auf ihre Bedenken einzugehen, sind die Strafverfolgungsbehörden hinter jenen her, die durch die Veröffentlichung des Planes überhaupt erst den Anstoß zu dieser Diskussion gegeben haben.«*

Realschule an die Öffentlichkeit gehen. Nach Versuchen, die Schüler während des Unterrichts einzuschüchtern, verkündete der Rektor wenige Stunden vor der Veranstaltung, daß er den Raum doch nicht zur Verfügung stellen könne: Der Stadtdirektor hätte ihn darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Mobilisierungsflugblatt (Kalkar-Aufruf von 40 BIs aus NRW) zur Gewalt aufgerufen würde.

Obwohl die Veranstaltung abgesagt werden mußte, kamen abends 16 Jugendliche, um den Direktor zur Rede zu stellen. Als Beweis für seine »Gewalttheorie« nannte der Direktor dann den Satz aus dem Kalkar-Aufruf »Nach Wyhl, Brokdorf, Grohnde

Post gegen Anti—AKW—Aufkleber

Einem Westberliner AKW-Gegner, der ein Paket verschicken wollte, auf dem sich zwei kleine Aufkleber »Atomkraft? — Nein danke« befanden, passierte dabei folgendes: Der Postbeamte rief einen Vorgesetzten, der dann in irgendwelchen Büchern nachschaute und dem AKW-Gegner mitteilte, daß das Paket mit den Aufklebern nicht verschickt oder angenommen werden dürfe. Als der AKW-Gegner den Grund hierfür wissen wollte, wurden ihm einige undurchschaubare Texte der Postordnung vorgelesen und gesagt, daß es sich bei dem Aufkleber um eine politische Parole handle und die Beförderung daher verboten sei. Als der AKW-Gegner darauf hinwies, daß die Post noch immer Briefe mit diesem Aufkleber befördert, antwortete der Post-Typ, »das sei nur eine Frage der Zeit«! Der AKW-Gegner will jetzt gegen die Post klagen. (Information nach »Info-BUG« 171.)

AKW-Nee-Kommission
KB/Gruppe Westberlin

»Do isch radio verte Fessene, üsr Sandr gege Adomgraftwärge und Induschtrialisiering em Rhidaal«



Seit Anfang dieses Sommers sendet in der Umgebung von Fessenheim in einem Umkreis von 70 km ein Anti-AKW-Sender in deutscher, französischer und elsässischer Sprache.

Der Sender versteht sich als eine gewaltlose Form des Widerstandes gegen AKWs des Oberrheins. Vor allem will der Sender das Schweigen über Unfälle in AKWs durchbrechen. So berichtete er über einen Alarm im AKW Fessenheim, bei dem 20 Arbeiter »vergessen« und daher radioaktiv verseucht wurden. Diese Meldung, die von der französischen EDF natürlich abgestritten wurde, war in keiner bürgerlichen Zeitung zu finden. Dank weiterer guter Zusammenarbeit mit Arbeitern in AKW konnte »Radio Fessenheim« auch die Meldung bringen, daß in Fessenheim noch zwei weitere Reaktoren mit Kühltürmen gebaut werden sollen. Diese Pläne waren auch von der EDF streng geheim gehalten worden.

Auch von anderen Anti-AKW-Sendern übernimmt »Radio Fessenheim« Sendungen. So strahlte er eine Direktreportage des Senders »Radio aktiv-freies Gösgen« aus, in der recht anschaulich über den brutalen Bullenüberfall bei der Demo vor dem AKW Gösgen berichtet wurde. Für die Aktionen in Malville und Larzac wurde der Sender direkt für die Koordinierung der Demonstration ausgeliehen. Mittlerweile ist der Sender soweit bekannt, daß die elsäsische Presse jeweils vor dem Sendetag das Programm mit Vorschau abdruckt.

Auf diese Hilfe und die Zustimmung der Bevölkerung ist der Sender auch angewiesen. Denn ein Jahr Gefängnisstrafe würden die am Piratensender Beteiligten riskieren, wenn sie in Frankreich erwischt würden, bis zu fünf Jahren in der BRD. Deshalb wird der Sender nach Vorankündigung auch nicht länger als jeweils eine halbe Stunde betrieben und dabei gleichzeitig beobachtet, ob der Sender nicht von Hubschraubern aus angepeilt wird.

Die AKW-Gegner von »Radio verte« sehen die besonderen Vorteile des Senders darin, daß er anonym von jedermann empfangen werden kann und somit sehr breite Kreise erreicht, und daß er weiterhin auch Nachrichten verbreiten kann, die ihm anonym gegeben werden. Damit sei der Sender in besonderer Weise geeignet, das bürgerliche Pressemonopol zu durchbrechen.

Wer übrigens Vorschläge für das Programm machen will, soll sich an folgende Adresse wenden:
Alain Boos, Ecole de Kutzenhausen
67250 Soultz sous Forets, Frankreich

AKW-Nein-Kommission

nicht länger als jeweils eine halbe Stunde betrieben und dabei gleichzeitig beobachtet, ob der Sender nicht von Hubschraubern aus angepeilt wird.

Die AKW-Gegner von »Radio verte« sehen die besonderen Vorteile des Senders darin, daß er anonym von jedermann empfangen werden kann und somit sehr breite Kreise erreicht, und daß er weiterhin auch Nachrichten verbreiten kann, die ihm anonym gegeben werden. Damit sei der Sender in besonderer Weise geeignet, das bürgerliche Pressemonopol zu durchbrechen.

Wer übrigens Vorschläge für das Programm machen will, soll sich an folgende Adresse wenden:
Alain Boos, Ecole de Kutzenhausen
67250 Soultz sous Forets, Frankreich

AKW-Nein-Kommission

Esenshamm - Aktionswoche

Vom 5. – 11.9. fand die auf mehreren Konferenzen von über 20 BI's beschlossene Aktionswoche gegen das AKW Esenshamm statt. Von wenigen positiven Ausnahmen abgesehen (z.B. tägliche Aktionen des Ermittlungsausschusses der BBA Bremen) kamen die meisten Bürgerinitiativen nicht über eine müde Pflichterfüllung hinaus. Dazu war unserer Meinung nach bereits in der Vorbereitung der Grundstein gelegt. Auf der letzten Konferenz Ende Ausgust war der Antrag, als Höhepunkt der Woche am 11.9. eine Demonstration von Rodenkirchen zum AKW durchzuführen, mit 10 : 12 Stimmen abgelehnt worden.

Esenshamm - Aktionswoche

Vom 5. – 11.9. fand die auf mehreren Konferenzen von über 20 BI's beschlossene Aktionswoche gegen das AKW Esenshamm statt. Von wenigen positiven Ausnahmen abgesehen (z.B. tägliche Aktionen des Ermittlungsausschusses der BBA Bremen) kamen die meisten Bürgerinitiativen nicht über eine müde Pflichterfüllung hinaus. Dazu war unserer Meinung nach bereits in der Vorbereitung der Grundstein gelegt. Auf der letzten Konferenz Ende Ausgust war der Antrag, als Höhepunkt der Woche am 11.9. eine Demonstration von Rodenkirchen zum AKW durchzuführen, mit 10 : 12 Stimmen abgelehnt worden.

Stattdessen wurde als Kompromiß eine Kundgebung in Rodenkirchen, einige Kilometer vom AKW entfernt, vorgeschlagen, verbunden mit der Aufforderung zu einem Auto- bzw. Fahrradkorso dahin. Es waren insbesondere Vertreter wie Jens Scheer und KBW–Delegierte, aber auch einige Spontis, die sich dagegen stemmten (die einen, weil der Bauplatz derzeit nicht „geschleift" werden könne, die anderen, weil man so angeblich „besser" die örtliche Bevölkerung agitieren könne). Die Kundgebung am 11.9. war dann mit 500 Teilnehmern schwach besucht (der Fahrradkorso war ein Reinfall), wobei vorher absehbar war, daß eine derartige Aktion keine Attraktivität besitzt. Für die weitere Arbeit gegen das AKW Esenshamm sollte dies eine Lehre sein.

Kuriosität am Rande: Der KBW, größter Trommler für den „Zusammenschluß der Massen" am 11.9. und gegen die Demo, machte zwei kurze Demonstrationen in Rodenkirchen mit etwa 30 – 50 Leuten, Ergebnis seiner regionalen „Großmobilisierung".

KB/Gruppe Bremen

(der Fahrradkorso war ein Reinfall), wobei vorher absehbar war, daß eine derartige Aktion keine Attraktivität besitzt. Für die weitere Arbeit gegen das AKW Esenshamm sollte dies eine Lehre sein.

Kuriosität am Rande: Der KBW, größter Trommler für den „Zusammenschluß der Massen" am 11.9. und gegen die Demo, machte zwei kurze Demonstrationen in Rodenkirchen mit etwa 30 – 50 Leuten, Ergebnis seiner regionalen „Großmobilisierung".

KB/Gruppe Bremen

Schweiz: Die Anti-AKW-Bewegung soll kriminalisiert werden

Schweiz: Die Anti-AKW-Bewegung soll kriminalisiert werden

Nach den großen Demonstrationen gegen die im Bau befindlichen AKWs Kaiseraugst und Gösgen geht der Schweizer Staatsapparat derzeit mit massiven Kriminalisierungsversuchen gegen die Anti-AKW-Bewegung vor.

— Von den 20.000 Demonstranten, die 1975 das Baugelände des AKW Kaiseraugst besetzten (die Aktion führte zu einer 75-tägigen Besetzung), wurden fünf Besetzer willkürlich herausgegriffen und unter der Anklage des Hausfriedensbruchs und der Nötigung vor Gericht gestellt. Sie wurden jetzt vom Bezirksgericht Rheinfelden zu Geldstrafen verurteilt: Drei zu 900 Franken plus 662 Fr Gerichtskosten, zwei zu 700 Fr plus 592 Fr Gerichtskosten. Der Staatsanwalt hatte für jeden 3.000 Fr Strafe beantragt! Die Verurteilten wollen alle Rechtsmittel bis zum Bundesgericht ausschöpfen.

— Zwei Mitglieder der linken Bürgerinitiative GAGAK aus Basel, die am diesjährigen Pfingstmarsch teilgenommen hatten, sollten Mitte August zu »Terroristen« gemacht werden: In den frühen Morgenstunden des 17.8. wurde Stefan Güglister vorläufig festgenommen. Die Benachrichtigung seines Arbeitgebers und seines Rechtsanwaltes wurde ihm verweigert. Am Abend wurde ihm der Haftbefehl nachgeliefert, der auf 13 Tage U-Haft lautete. Darin wird er des Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz beschuldigt! Die »Begründung« für diese unhaltbare Beschuldigung: Teilnahme an einer Aktion anläßlich des Pfingstmarsches vor dem Info-Pavillion in Kaiseraugst. Dort war auf dem Vorplatz ein Loch ausgehoben worden und an einem Pfahl ein Symbol des dortigen Widerstandes eingegraben worden. Stefan F. wird beschuldigt, dieses Loch mit Sprengstoff »ausgehoben« zu haben! Einen Tag später wurde Doris zu einer »kurzen Einvernahme« abgeholt und in der gleichen Sache verhört. Da sie zu keiner Aussage bereit war, wurde sie den ganzen Tag über in einer feuchten und völlig verdreckten Zelle in Einzelhaft gehalten. Am selben Abend wurden beide wieder auf freien Fuß gesetzt, ohne jede Erklärung und jeden Kommentar.

Diese Aktion des Schweizer Staatsschutzes hatte offensichtlich nur den einen Sinn, AKW-Gegner als bombende Terroristen zu diffamieren und dadurch die ganze Bewegung in das Terror-Abseits zu schieben, von dem jeder »anständige« Mensch sich zu distanzieren hat.

— Einen weiteren unerhörten Fall entnehmen wir der GAGAK-Zeitung »z.B. Kaiseraugst«: *»Pfingstmarsch, Gösgen: Anna B. wurde von der Polizei aufgegriffen, obwohl nichts gegen sie vorlag. Ohne weitere Erklärung wurde sie in die psychiatrische (!) Klinik Belair in Genf überführt. Ärztliche Zeugnisse lagen keine vor. Trotzdem wurde sie mehreren Elektroschocks unterworfen, deren Folgen noch unabsehbar sind. Zwei Ärzte, die sich weigerten, eine solche Behandlung vorzunehmen, wurden unverzüglich entlassen.«*

— Nach der siegreichen Abstimmung im Raum Basel gegen AKW (76% der Bevölkerung sprachen sich gegen AKWs aus) zogen am Abend des 12. Juni 400 AKW-Gegner mit Schaufeln zum Bauplatz des AKW Kaiseraugst und begannen, die Baugrube zuzuschütten. Auf dem frisch zugeschütteten Gelände wurde demonstrativ ein Baum geplanzt. Die Aktion wurde durch Polizeigewalt gestoppt, 50 AKW-Gegner wurden mit Verhören traktiert, gegen acht herausgegriffene Teilnehmer wurde Strafanzeige erstattet. *»Haus- und Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Hinderung einer Amtshandlung soll bei der eher launigen Angelegenheit* (...) *begangen worden sein«*, schreibt dazu die »Baseler Zeitung« vom 12.8.77. Das Schema ist offensichtlich das gleiche wie in der BRD: Durch Herausgreifen Einzelner und exemplarische Aburteilung der gesamte Bewegung einschüchtern, ihnen den Stempel »Terroristen« oder »Geisteskranke« aufdrücken. Die Anti-AKW-Bewegung wird einen großen Teil ihrer Aktivitäten gegen diese Repression richten müssen.

Österreich-/Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Grohnde-Veranstaltung in Lüneburg

Am 16.9. organisierte der KB in Lüneburg eine Veranstaltung zur Solidarität mit den verfolgten AKW–Gegner der Grohnde–Demonstration, zu der knapp 60 Leute erschienen waren. Auf der Veranstaltung berichtete ein in Malville verhafteter AKW–Gegner über die Terror–Prozesse in Bourgoin.

In der Berichterstattung über die Grohnde–Prozesse gab es zum einen einen Bericht eines hannoveraner Rechtsanwalts über den konstruierten Charakter der Anklageschriften. Ein ebenfalls angereister Grohnde–Angeklagter („ML"–orientiert) weigerte sich, seine konkreten Erfahrungen zu schildern, weil es sich um eine KB–Veranstaltung handle, die er nicht unterstützen könne.

KB/Gruppe Lüneburg

Nationale Demonstration der AKW-Gegner am 26.10. in Wien

Nach der großen Demonstration der österreichischen AKW-Gegner im Juni am ersten fertiggestellten AKW in Zwentendorf hat die »Initiative Österreichischer AKW-Gegner (IÖAG)« eine erneute Großaktion geplant. Sie soll am 26.10. in Wien stattfinden, anläßlich der Beratungen im österreichischen Nationalrat über das Atomprogramm.

Auf der Sitzung der IÖAG am 2.7. in Droß wurde folgender Beschluß einstimmig verabschiedet:

Beschluß der IÖAG über Demonstration zum Parlament

Der Nationalrat soll im Herbst über das Atomprogramm der Regierung beschließen.

- Schon vor wenigen Jahren hat das Parlament das Strahlenschutzgesetz beschlossen, das die gesetzliche Grundlage für den Bau von Atomkraftwerken in Österreich darstellt.
- Das Parlament hat Verträge mit der Internationalen Energieagentur beschlossen, die den Bau von Atomkraftwerken fordert.
- Seit Jahren wird in Zwentendorf gebaut, in St. Pantaleon projektiert und vermessen. In Allentsteig wurden Probebohrungen durchgeführt. Während die Ablehnung in der Bevölkerung immer breiter wird und der aktive Widerstand immer stärker wird, arbeitet die Regierung Zug um Zug an der praktischen Durchsetzung des AKW-Programms.

WIRD DAS PARLAMENT BERATEN, UM DAS VOLK ZU TÄUSCHEN?

- Die Politiker wollen uns überzeugen, daß vir unsere Hoffnungen vertrauensvoll in ihre Hände legen sollen
- Die Regierung will die Autorität des Parlaments gegen uns und für das AKW-Programm in die Waagschale werfen. Die Entscheidungen, die längst außerhalb des Parlaments getroffen wurden, sollen nun „im Namen des Volkes" abgesegnet werden.

Es ist heute klar, daß die entscheidenden Kräfte in den Großparteien alles daransetzen werden, das AKW-Programm durchzusetzen. Die verantwortlichen Politiker haben bisher unsere Forderung ignoriert, in aller Öffentlichkeit Rede und Antwort über ihre Pläne zu stehen. Regierung und die meisten Volksvertreter sind auf vielfältigste Art und Weise mit den Interessen, die hinter dem AKW-Programm stehen, verbunden und ihnen verpflichtet. So sehr verpflichtet, daß wir uns damit begnügen dürfen, alle vier Jahre unsere Stimme abzugeben. WIR MÜSSEN MIT VEREINTEN KRÄFTEN SELBST UNSERE INTERESSEN IN DIE HAND NEHMEN!

Deshalb werden wir am 26. Oktober gemeinsam zum PARLAMENT marschieren,
von Regierung und Parlament, die sich an diesem Tag zu einer Festsitzung versammeln, dort Rede und Antwort verlangen,
von ihnen Rechenschaft verlangen, welchen Interessen sie sich eigentlich verpflichtet fühlen.

Kein Abgeordneter hat das Recht, uns und unseren Kindern die Folgen des AKW-Programmes aufzubürden. Wer gegen die Interessen und gegen den Willen des Volkes entscheidet, der kann kein Volksvertreter sein.!

ATOMKRAFTWERKE NEIN - KEIN PARLAMENTSENTSCHEID DARF ANDERS SEIN!

Dieser Beschluß wurde ohne Gegenstimme angenommen.

Aus „Klassenkampf", (Zeitung des KBÖ nr. 14/77)

Nazi-Hoffmann vom Staat jahrelang gedeckt









Der derzeit laufende Prozeß in Tübingen (siehe nebenstehenden Artikel) ist nicht der erste Fall einer „schonenden" Behandlung Hoffmanns von Seiten der Staatsbehörden, um es mal höflich auszudrücken!

Verwaltungsbehörden: „Keine Ahnung"

Mit dem Segen der lokalen Behörden (Hoffmann bekam das Schlößchen Almoshof von der Stadt Nürnberg für 30 Jahre verpachtet!) legten die „Wehrsportgruppe" bzw. Hoffmann von Anfang an Waffenlager an (mindestens seit 1956).

Die Hoffmann-Bande betrieb regelmäßig militärische Ausbildung, um Österreich *„heim ins Reich"* zu holen, die *„geraubten Ostgebiete"* zurückzuholen und den Bolschewismus *„hinwegzufegen"*.

Für seine Waffen (anfangs 4 Pistolen und 14 Gewehre) bekam er obendrein noch einen Waffenschein ausgestellt, *„da keine Anhaltspunkte von Unzuverlässigkeit gegeben gewesen seien und auch im Strafregister nichts gegen den 36jährigen vorlag"* („Nürnberger Nachrichten", NN, 14.3.77).

Da können wir ein bisschen nachhelfen:

1953 setzte sich Hoffmann aus der DDR ab und zog nach Nürnberg, wo er die Kneipe „Rotes Roß" in der Irrerstraße geerbt hatte. 1956 führte die Polizei bei ihm eine Hausdurchsuchung durch und beschlagnahmte diverse Waffen. Ansonsten erhielt er nur eine „Verwarnung". Damit das nicht wieder passieren muß, hat die Polizei jetzt ja „legal" den Waffenbesitz gestattet. 1963 hörte man wieder von Hoffmann, als er in der Türkei als Waffenschmuggler erwischt wurde.

In der BRD machte er ein Geschäft auf, in dem Schilder gemalt werden, und wo er nach eigenen Angaben zehn türkische Arbeiter beschäftigte. Aufträge erhielt Hoffmann u.a. in größerem Stil von der Münchener „Olympia-Baugesellschaft".

Am 10.2.1968 organisierte Hoffmann ein Faschisten-Treffen: *„Damals lud er Nürnbergs Schickeria in sein Betriebsgelände an der Turnerheimstraße ein, wo 20 Besucher einen Faschingsball in Uniformen der Naziwehrmacht veranstalteten. Vier hatten sich außerdem noch mit Hakenkreuzen und NS Orden dekoriert. Die Polizei, die alarmiert worden war, zeigte alle an – und das Fest ging weiter"* („extra dienst", ed, 17.
ging weiter" („extra dienst", ed, 17.
6.75). Nach dem Treffen zogen 24 Hakenkreuzträger gröhlend durch die Straßen.

Am 6. Juni 73 stellte Hoffmann schließlich „ein Stück Berliner Mauer" aus Pappe auf den Nürnberger Hauptmarkt, um ein „Fanal" für eine chauvinistische „Sammlungsbewegung" zu setzen.

Danach wurde die WSG in eine größere Faschistenorganisation eingegliedert: in den „Stahlhelm", wo die Truppe nun dem „Gauführer" Heinz Theo Deute im „Gau Nordbayern" unterstand (alle Informationen nach „Stern", 28.2.74). Inzwischen sollen sich Hoffmann und der Stahlhelm überworfen haben (lt. NN, 7.6.75).

Von „Unwissenheit" seitens der Behörden konnte also nicht die Rede sein. Im Dezember 74 (der „Stern" hatte am 28.2.74 einen ersten großen Bericht über Hoffmann gebracht) wurde ihm schließlich das Schloß gekündigt.

Justiz: „Hilflos" ?!

Genauso „schwer" taten sich die Richter und Staatsanwälte, als sie eine Strafanzeige wegen des Verdachts *„der Bildung eines bewaffneten Haufens und des verbotenen Uniformtragens"* zu behandeln hatten (NN, 14.3.74).

Der erste Punkt wurde kurzerhand fallengelassen; es ging lediglich darum, daß Hoffmanns WSG eine Uniform getragen hatte, die sie in der Öffentlichkeit nicht tragen durfte... Und „leider" waren da *„Lücken und Tücken im Gesetz"* (NN, 2.7.77): *„Uniformtragen ist nur dann verboten, wenn die Gruppe eine gemeinsame politische Gesinnung eint"* ... und *„wie sollte dieses Gericht Gesinnung von Zeugen* (Mitglieder der WSG waren als „Zeugen" geladen – AK) *nachweisen? Das ist eine Zumutung."*

So Richter Helldörfer; und weiter: *„Man kann es drehen wie man will, entweder muß man Uniformtragen oder politische Gesinnung verbieten"* (NN, s.o.). Der Richter entschloß sich für keins von beiden und sprach Hoffmann frei!

Erst genau ein Jahr später wurde der Nazi (noch nicht einmal die ganze Bande!) zu 8000 DM Geld„strafe" verurteilt; das Urteil ist inzwischen rechtskräftig (NN, 7.3.77)

– Dies hat Hoffmann und seine Kumpane wohl kaum gestört, verfügen sie doch offensichtlich über einen prallen Geldbeutel. Woher sonst können sie sich Kettenkräder, Mannschaftstransportwagen und Jeeps halten (siehe Bilder)?


„NSU-Kettenkrad" der Hoffmann-Bande


Hoffmann-Banditen beim Manöver mit Schlauchboot

Und siehe da: Faschist Dr. Ger-

Und siehe da: Faschist Dr. Gerhard Frey („Deutsche Volksunion" und Herausgeber der „National-Zeitung") hat die Strafe für Hoffmann bezahlt (nach „Süddeutsche Zeitung", 25.8.77).

Hoffmann, der „Unpolitische"?

Mit diesem Schnack geht Hoffmann regelmäßig hausieren: *„Graphiker Hoffmann: Ich bin kein Nazi"* (NN, 7.5.77). Er tut so, als ob er lediglich arbeitslose Jugendliche in bester Absicht von der Strasse holt: *„Mir geht es um die Ordnung, die militärische Disziplin, nicht um Politik"* (ed, 17.6.75).

Dies – so scheint's – wird ihm von Seiten der Justiz auch abgenommen. Zwar sollen „weitere Verfahren im Gange" sein, gehört hat man jedoch davon nichts. In Wirklichkeit bezieht Hoffmann eindeutig Position:

- „Der ganze uferlose Parlamentarismus muß weg" („die tat", 9.3.74).
- „Mir imponiert die Figur Adolf Hitler" (ed, 4.7.75)
- „Vieles funktionierte im Dritten Reich besser" (ed, 4.7.75)
- „Es wäre doch ganz einfach töricht zu leugnen, daß Adolf Hitler genial war, und daß er zweifellos sehr viele Dinge hier gemacht hat, wo wir heute langsam wieder drauf kommen, sie wieder zu tun" (Panorama", ARD, 11.3.74)

Das ist wohl eindeutig genug.

Woher kommen die Gelder?

Offensichtlich wird Hoffmann von nicht ganz unbedeutenden Kräften finanziert: *„Reportern des Jugend-Magazins 'Kontrast' hatte er zu diesem Punkt, ohne darauf angesprochen worden zu sein, bereits zu einem früheren Zeitpunkt erklärt, daß er seinen finanziellen Hintergrund nicht aufzuhellen gedenke"* (ed, 17.6.75)

Doch schaut man sich seine Aktionen genauer an, entdeckt man potentielle Geldgeber:

- Im April 74 tritt er mit seiner WSG (mit Totschlägern etc. bewaffnet) als Ordnerdienst für die NPD auf.
- Gilbert Freiherr von Schlern übergibt seine Burg der Hoffmannschen Truppe zur „Überwachung" (NN, 5.8.75). – Hoffmann hat *„nach eigenen Angaben mehrere Angebote für 'Objektschutz' erhalten"* (ed, 29.8.75)
- *„Der Hoffmann benachbarte Brillenfabrikant Erich Schubert begrüßt diese Umtriebe als einen Beitrag zur Aufrechterhaltung von*
'Disziplin und Ordnung' vor Ort.
'Disziplin und Ordnung' vor Ort. 'Der bewacht wenigstens die einsamen Anwesen hier. Als kürzlich nebenan ein Beamter der Forstdirektion einen Hinweis bekam, daß bei ihm Waffen gestohlen werden sollten übernahm Herr Hoffmann die Wache' ... Tatsächlich wirbt Hoffmann in dem Jungunternehmer-Kaffeehaus Groll an der Nürnberger Penitz und der Teenager-Discothek 'Groovie'" (ed, 17.6.75) !
- Am 23.5.77 trat er als Ordnerdienst (und wohl auch aus Überzeugung) bei Roeders „Reichstag zu Regensburg" auf. Für alle diese „Bewachungsdienste" dürfte er einiges einstreichen.

„Wir haben Leute, die nicht viel fragen"

Interessante Einblicke brachte ein Gespräch, das ein „konkret"-Autor mit Nazi-Hoffmann führte: Er hatte sich als Vertreter einer Gruppe junger Unternehmer vorgestellt und Hoff-



In dieser Broschüre berichten wir über die Verhinderung der geplanten Faschisten-Veranstaltung in Hamburg am 14./15.5. 77.
Preis: 2,– DM

Nazi-Hoffmann vom Staat jahrelang gedeckt

Fortsetzung von Seite 28

mann eventuelle finanzielle Unterstützung und Aufträge in Aussicht gestellt. Dazu Hoffmann:„*Ich könnte mir vorstellen, daß es große Unternehmen gibt, die sagen , wir haben zwar einen Werkschutz, der seinen momentanen Aufgaben durchaus gerecht wird. Aber im Falle einer echten Krisensituation, die im Moment nicht da ist, die aber in vier, fünf Jahren da sein kann, bleibt der Werkschutz zu Hause. Er wird dann sinnlos sein*".

Und in d i e s e m Fall soll dann die Hoffmann-Bande auf den Plan treten:„*In einem solchen Falle würde das so ungefähr den Effekt haben, als wenn da einige Gruppen Fallschirmjäger landen. Ganz abgesehen davon: Wir haben auch einen gewissen Prozentsatz Fallschirmjäger mit mehreren Springerabzeichen. Und wir haben eben Militär-Enthusiasten und wir haben auch Leute, die dann nicht viel fragen würden... In einer bürgerkriegsähnlichen Situation wären wir die richtigen Leute. Wir sagen nicht von vornherein, da wird's schwierig. Wir haben keine Hemmungen, gegen einen Kommunisten vorzugehen...*" („Konkret", 1/77).

Hoffmann hinter Gitter!

Schützenhilfe erhält Hoffmann auch von der bayrischen CSU-Landesregierung. Auf Anfragen des SPD-Landtagsabgeordneten Geys über Hoffmanns Umtriebe kam die Antwort: „... *es gebe bisher keine Beweise, daß der von Hoffmann betriebene 'Wehrsport' eine Übung für den späteren Kampf gegen die bestehende freiheitlich demokratische Grundordnung darstellt*" („PDI-Hintergrunddiest", 15.6.77)

Mit derart tatkräftiger Hilfe von Behörden und Gerichten, die angesichts dieser offensichtlichen faschistisch-militärischen Bandenbildung bislang beide Augen fest zudrückten, konnte es Hoffmann teilweise sogar gelingen, in der Öffentlichkeit den terroristischen Charakter seiner Truppe zu vertuschen.

So berichteten die „Nürnberger Nachrichten" vom 21.10.76 unter der Überschrift „Hoffmann-Truppe half aus" darüber, wie diese Bande bei der Wiederherstellung eines Sportplatzes in angeblich selbstloser Weise ihre zivile Einsatzbereitschaft zeigte. Solcher tatsächlichen oder vorgeblichen Unkenntnis gilt es, schnellstens eine breite Aufklärung der Bevölkerung über die faschistische Terrorbande des Hoffmann entgegenzusetzen.

Der jetzt laufende Prozeß in Tübingen bietet Stoff und Anlaß genug, unter Einbeziehung breiter demokratischer und antifaschistischer Kräfte mit Nachdruck zu fordern, daß Hoffmann und seine Bande hinter Schloß und Riegel kommen!

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Hoffmann-Bande und HTS: Söldner für Rassisten in Südafrika

Bereits am 30.6.76 enthüllte die Zeitung der Befreiungsbewegung ZANU, „Chimurenga", daß der bayrische Faschist Hoffman mit dem Rassistenregime Rhodesiens über die Entsendung und Anwerbung von Söldnern verhandelt hatte (siehe AK 95).

Inzwischen sind weitere Tatsachen bekannt geworden, die das Zusammenspiel der Rassisten mit Nazi-Terrortrupps aus der BRD belegen. Es handelt sich dabei um die eng mit der „Wehrsportgruppe" Hoffmanns kooperierende Bande „Hochschulring Tübinger Studenten" (HTS).

– 1976 teilte das HTS-Mitglied Thomas Veigel dem Studentenparlament mit, er müsse drei Monate den Sitzungen fernbleiben, weil er in Südafrika seine „*militärischen Kenntnisse auffrische.*" Weiter schrieb er: „*Im übrigen nehme ich an, daß meine Wähler es auch für nützlicher ansehen, wenn ich meine militärischen Fähigkeiten für den un-*

Wähler es auch für nützlicher ansehen, wenn ich meine militärischen Fähigkeiten für den un-

ausweichlichen Kampf um unsere Freiheit trainiere und entwickle, statt mich im SP mit irgendwelchen Linkschaoten einzulassen, die dort ohnehin bestimmen, was gemacht wird."

– In einem auf den 22.2.77 datierten Schreiben teilt die rhodesische Rassistentruppe „Guard Force" dem HTS-Mitglied A.V. mit, bedauerlicherweise könne man ihn nicht in Dienst stellen (da Englischkenntnisse fehlten) „*obwohl ihre Qualifikation und ihre militärische Erfahrung berücksichtigt wurde.*"

– Am 11.5.77 schrieb HTS-Führer Heinzmann an das Tübinger Studentenparlament, der HTS-Faschist Woywod halte sich „*zusammen mit weiteren HTS-Mitgliedern im südlichen Afrika und in Rhodesien*" auf, „*zwecks Unterstützung der Abwehr gegen die kommunistische Aggression*". (Alle Zitate nach „die Tat", 5.8.77).

Heinzmann und seine Truppe sind nicht nur durch ihren Terrorpakt mit der SA-ähnlichen Hoffamnn-Bande bekannt; Heinzmann ist auch als Gründer eines CSU-Freundeskreises in Tübingen hervorgetreten; unter den HTS-Ehrenmitgliedern befindet sich außerdem der CSU-Freund Gerhard Löwenthal, Hauptaktivist des „Bund Freies

befindet sich außerdem der CSU-Freund Gerhard Löwenthal, Hauptaktivist des „Bund Freies

Deutschland". Gerade mit diesem Bund haben die neuesten Kumpane des HTS, die rechtsaußen agierenden „deutschen Maoisten" der MLD, erst unlängst zarte Bande geknüpft (siehe AK 109).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Skandal: Anklage gegen Nazi-Hoffmann und drei Antifaschisten in einem Prozeß

Am 7.9. begann in Tübigen der Prozeß um die Vorfälle anläßlich einer von der faschistischen Studentenorganisation HTS geplanten rassistischen Veranstaltung am 4.12.76.

Entschiedene Antifaschisten hatten damals die Zugänge blockiert. Daraufhin provozierten Mitglieder des HTS und der Hoffmann Bande eine brutale Schlägerei, bei der eine große Anzahl der Demonstranten schwer verletzt und z.T. krankenhausreif geschlagen wurden (siehe AK 95).

Jetzt sind 12 Faschisten (Hoffmann, Heinzmann u.a.) angeklagt – und gleichzeitig drei Antifaschisten wegen 'Nötigung'! Die Antifaschisten stellten einen Antrag auf Abtrennung des Verfahrens; einer der Betroffenen erklärte u.a.:„**Der Angeklagte betrachtet es als äußerste Zumutung, wegen eines angeblichen Vergehens der Nötigung, das die Staatsanwaltschaft aus seiner Überzeugung herausließt, auch nur in die Nähe von politischen Vertretern jenes Schlages gerückt zu werden, die sich durch Worte und Taten zu den übelsten faschistischen Diktaturen in der Vergangenheit und in der Gegenwart auf aller Welt bekennen (...)**" (Aus einem Flugblatt des Antifaschismuskomitee Tübingen).

Das Gericht lehnte diesen Antrag ab. Seine Haltung beleuchtete das Gericht auch dadurch, daß es den Faschisten erlaubte, den Prozeß zu weiteren Provokationen auszunutzen. Heinzmann besaß die Frechheit, zwei Zuschauer als angebliche Beteiligte an der antifaschistischen Sperrkette zu denunzieren, woraufhin das Gericht den Saal durch Polizei abriegeln und – auf Antrag der Faschisten – die Personalien der zwei Männer feststellen ließ. Ihnen droht jetzt ebenfalls ein Prozeß wegen „Nötigung". Entsprechend diesem Vorgehen wird wohl auch die „Verurteilung" der Faschisten ausfallen, wenn nicht eine breite Öffentlichkeit und Empörung über diese Vorgänge hergestellt wird.

Das Antifaschismuskomitee Tübingen will regelmäßig 'Prozeß-Infos' herausbrigen und ruft alle Antifaschisten auf, den Prozeß zu besuchen.

Die nächsten Prozeßtage: 21./22./23.9. jeweils 9–12 und 14–17 Uhr (Amtsgericht Tübingen, Doblerstraße). Solidaritätsadressen an: 'Anti-Fa-Komitee, Rümelinstr. 8, 7400 Tübingen'.

Freispruch für die drei angeklagten Antifaschisten!
Hoffmann, Heinzmann u. Co. hinter Gitter!

KB/Gruppe Nürnberg

Keine Gnade für die Drei von Breda!

Heinz KieSSler, der sich damit brüstete, „mitverantwortlich" für die Befreiung Kapplers zu sein, äußerte nicht nur die Absicht, daß jetzt Hess und Reder befreit werden sollten (s. AK 112, S.5), sondern ließ sich auch über eine „Befreiung" der drei in den Niederlanden zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilten Nazi-Verbrecher aus. Zwar habe KieSSler, so wird berichtet, nicht ausdrücklich über „Befreiungspläne" gesprochen, aber versichert, daß das „Gaeta-Komitee" „*alles tun wird, um eine Wende in das Los der Drei von Breda zu bringen . . . um endlich einen Strich unter die Vergangenheit ziehen zu können*" (zit. nach der niederländischen Tageszeitung „Trouw", 23.8.)



1972 vor dem niederländischen Parlament: „Keine Gnade", „Nazi-Hölle", „Laßt sie bloß sitzen" und „Hinterhältig" (ein aus dem Namen Van Agts gebildetes Wortspiel) lauten die Aufschriften

Die Drei von Breda

Die Nazi-Verbrecher Lages (Gestapo-Chef von Amsterdam), aus der Fünten, Kotalla und Fischer waren nach Kriegsende in den Niederlanden zum Tode verurteilt, später zu lebenslänglicher Haft begnadigt worden. Einer von ihnen, Lages, wurde Anfang der 60er Jahre von dem damaligen sozialdemokratischen (!) Justizminister Samkalden freigelassen, da Lages „schwer erkrankt" war (Lages verlebte dann noch munter drei Jahre in der BRD in Freiheit!). Dieser Schritt Samkaldens hatte eine ungeheure Erregung in der niederländischen Bevölkerung zur Folge — der antifaschistische Schriftsteller Van Steen erlag vor Empörung über die Freilassung des ehemaligen Gestapo-Chefs einem Herzschlag!

Diese Freilassung Lages stand im unmittelbaren Zusammenhang des wirtschaftlichen Erstarkens der BRD und stellte die „Wiedergutmachungspolitik" in seiner imperialistischen Variante dar: „*Als Zeichen der [Wieder-]Annäherung der BRD und der Niederlande*", so sagte es uns ein niederländischer Widerstandskämpfer „*sollten die vier freigelassen werden*".

Die Proteste gegen Lages' Befreiung hatten jedoch bewirkt, daß die letzten drei in Breda im Gefängnis verblieben. Es mußte erst der katholische Justizminister Van Agt kommen, dem danach — 1972 — wie heute keine Schmutzerei zu dreckig ist, um für die Freilassung der Nazi-Verbrecher einzutreten.

Über diese drei „*schlimmsten, grauenhaftesten Mörder*" berichtete Han Wielek zur Zeit der deutschen Besetzung aktiv im Widerstand, heute Senator der niederländischen Sozialdemokratie) auf einer antifaschistischen Veranstaltung in Hamburg: „*Als es beinahe so weit war, daß die drei freigelassen werden sollten, drei Symbolfiguren für den Nationalsozia-*

„*Als es beinahe so weit war, daß die drei freigelassen werden sollten, drei Symbolfiguren für den Nationalsozia-*

lismus, die „Endlösung", da meldeten sich plötzlich jeden Tag Opfer des Nazismus. Von den 5.000 Juden [der Rest von 108 000, die der Vernichtung und Verschleppung entgingen) und ihren Familien und Familien der Nicht-Zurückgekehrten usw. kamen immer mehr Anzeichen, daß sie plötzlich erkrankt waren, schwer psychisch und physisch erkrankt waren. Sie konnten nicht essen, sie konnten nicht arbeiten. Plötzlich, als sie damit konfrontiert waren, die drei, die den Nationalsozialismus vertreten, die sollen wieder in die Heimat geschickt werden, um dann eventuell in dieser Heimat als Helden bejubelt zu werden, das konnten sie nicht aushalten" (zit. nach AK 111, S. 24).

Als im Parlament über die Begnadigung der Nazi-Bestien beraten wurde, war der Vorhof des Parlaments gefüllt mit weinenden, vor Verzweiflung und Wut schreienden Menschen.

Angesichts der Verzweiflung und der Proteste und in unmittelbarer Gefahr, gestürzt zu werden, fanden sich die ehrlichen Antifaschisten unter den Kammermitgliedern mit jenen, die mehr aus taktischen Erwägungen gegen eine Freilassung waren, zu jenen 86 von 146 Abgeordneten zusammen, die die Freilassung bei der parlamentarischen Abstimmung ablehnten.

„*Kein Minister*", sagte Han Wielek in Hamburg, „*könnte es sich leisten, die drei zu entlassen. Tief — so tief sind die Wunden bei vielen, die diese drei oder andere Verbrecher kennengelernt haben . . .*".

Das KZ-Syndrom

Im Zusammenhang des Eintretens von Van Agt für die Freilassung der Nazi-Verbrecher war eine größere Öffentlichkeit auch erstmals mit dem Auftreten einer erst „unerklärlichen Krankheit" konfrontiert — die, als offensichtlich wurde, daß unter dieser Krankheit sämtliche Menschen zu leiden hatten, die von den Faschisten gejagt, in den KZs gefangengehalten worden waren wie auch die Angehörigen dieser Opfer des Faschismus, als „KZ-Syndrom" bezeichnet wurde (Syndrom = ein Krankheitsbild, das sich aus dem Zusammentreffen verschiedener charakteristischer Symptome ergibt).

Die unbeschreiblichen Leiden und Schrecknisse, die ihnen von den Faschisten zugefügt wurden, haben die während der deutschen Besetzung der Niederlande Verfolgten und Gemarterten nicht vergessen und nicht überwinden können. Diese Leiden und Schrecknisse kamen zum Ausbruch, als bekannt wurde, daß drei der Nazi-Henker entlassen werden sollten. Der Schock darüber äußerte sich in psychosomatischen Erkrankungen wie Magengeschwüren, erhöhtem Blutdruck, Herzbeschwerden, Gallenblasenleiden.

Noch einschneidender waren und sind jedoch die psychischen Folgen des KZ-Aufenthaltes. Der niederländische KZ-Syndromforscher Prof. Jan Bastiaans beobachtete Ängste bis hin zu schwersten Phobien, Alpvorstellungen, in denen KZ-Aufenthalt und Folter wieder auftauchen, Depressionen, Apathie, Vereinsamung. Die Leiden unter dem Faschismus haben dermaßen einschneidende Beschwerden zur Folge, „*daß sie nicht einmal mit dem besten Freund oder Verwandten besprochen werden können*" stellte die Arzte-Zeitung „Selecta" fest (zit. nach „spiegel" 35/1977).

Dieses KZ-Syndrom, das nicht wenige bis an den äußersten Rand ihrer Lebensfähigkeit treibt, hat jedochnicht alleine die unmittelbaren Opfer faschistischen Terrors betroffen. Die „Volkskrant" folgert aus dem Studium verschiedener wissenschaftlicher Untersuchungen, die zu Erhellung der genauen Ursachen des KZ-Syndroms angestellt worden waren „*daß überlebende Nazi-Opfer noch immer geistig im Konzentrationslager leben; heute mit ihren eventuellen Familien bei sich. Daß . . . die körperlichen und geistigen Folgen auf eine neue Generation übertragen werden können*". So finden sich unter den fast 30.000 Menschen in den Niederlanden, die in mehr oder weniger tiefgreifender Weise KZ-Syndrom betroffen sind (derzeit erhalten 18.600 von ihnen finanzielle Hilfe vom Staat), sogar Jugendliche, die in den Familien von KZ-Opfern aufgewachsen sind („Volkskrant", 9.4.77).

Gnade zu üben gegenüber Nazi-Bestien wie aus der Fünten, Kotalla und Fischer — das wurde in jenen Wochen in den Niederlanden unausweichlich klar — das wäre eine zweite Verurteilung, derer, die am schlimmsten unter dem Faschismus gelitten haben . . .!

»Das Massaker«

Kappler-Rehabilitierung nun auch im Kino

Rechtzeitig zur Flucht Kapplers in die BRD erschien nun auch ein Film, der sich mit der Geschichte dieses Massenmörders befaßt.

Interessant dabei ist, daß es sich bei diesem Machwerk um einen älteren Ponti- Schinken handelt - ursprünglicher Titel „Tödlicher Irrtum" - der keinen Verleiher gefunden hatte. Angesichts der Nazi - Verherrlichung in der BRD (Kapplers „Befreiung"; Hitler - Film von Fest; Nazi - Rockopern; geforderte Hess - Freilassung etc.) fand sich jedoch jetzt ein Verleiher, der den Film umtaufte - nun heißt er das „Massaker" - und in allen großen BRD-Städten anlaufen ließ. Kurz zur Handlung:

– Rom ist von den Nazis besetzt, was im Film durch einige in den Straßen marschierende SS - Soldaten gezeigt wird.
Der Anschlag auf eine Gruppe von SS - Mördern durch Partisanen wird dadurch erklärt, daß es den Widerstandskämpfern nur darum gegangen sei„*die Faschisten zu harten Reaktionen zu zwingen.*"
Anschließend betont der Film - und das immer wieder - daß es nach der Haager Konvention erlaubt sei, für jeden getöteten SS'ler zwei Zivilpersonen zu erschiessen.
Daß nun „zufällig" 5 Personen mehr ermordet werden, das ist „der tödliche Irrtum"!

Soweit zum „Rahmen".

Mit der Geschichte wird „großzügig" umgegangen: SS - Kappler ließ für 32 getötete Nazi - Schergen 320 plus 5 Geiseln ermorden. Haager Konvention?Innerhalb dieser gefälschten Darstellung wird sich nach allen Kräften bemüht, den Massenmörder Kappler darzustellen, dem diese „*Arbeit wirklich nicht liegt*".

Eigentlich sei er jemand, der sich mit der „*italienischen Kulturgeschichte, Gemälden und Homer be schäftigen möchte*" und sich deswegen in Italien aufhalte. Andererseits sei es „*nunmal der Job*", der ihn zwinge, auch „*einmal unangenehme Arbeit zu verrichte*"!

Hierbei wird Kappler niemals als Polizeichef von Rom gezeigt – der u.a. auch die Deportation tausender Juden in die deutschen KZ's zu verantworten hatte - sondern als ganz „normaler" Befehlsempfänger der deutschen Armee! Als solcher erschießt er am Ende des Films - eine besonders zynische Einlage - „ *seinen besten italienischen Freund*" eigenhändig! Aber natürlich auch im Rahmen des Befehls.

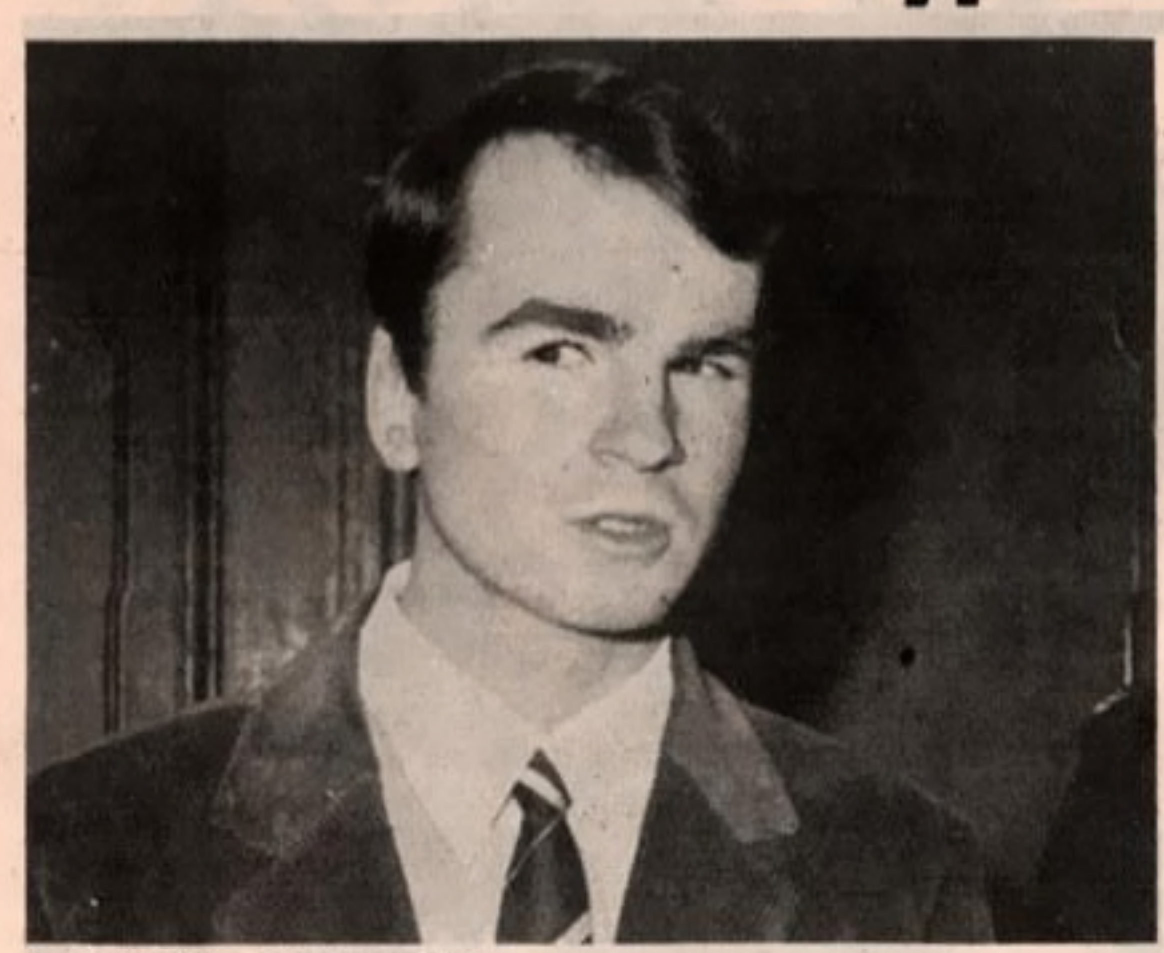
Daß 5 Geiseln "zuviel" erschossen wurden, auch das ist nicht Kapplers Schuld: irgendein Soldat „*konnte wohl nicht richtig zählen.*"

Ergebnis des Films: Der Zuschauer geht raus und fragt sich , weswegen so ein Mann eigentlich überhaupt verurteilt werden konnte, denn er tat nur „seine Pflicht"!

Damit hat dieser Schmarren genau das erreicht, worum sich seit Wochen die gesamte bürgerliche Presse etc. in der BRD bemüht: Kappler als einen „normalen Befehlsempfänger" darzustellen, der völlig zu Unrecht so lange gesessen hat und sich nun endlich in der wohlverdienten Freiheit befindet!

Kultur Kommission

E. Weil – der Urtyp eines spinnerten Einzelgängers ?



Faschist Weil – kein Einzeltäter

Am 1. August legte der bekannte faschistische Provokateur E. Weil im Büro der SEW (Westberliner Lokalausgabe der DKP) mit mehreren „unbekannten Personen" Feuer (s. AK 111).

In der Nähe des Tatortes wurde nach einem Unfall der Wagen eines weiteren Fachisten, H. Röthke, aufgefunden. Weil und Röthke dürften sich zumindest von ihrem gemeinsamen Wirken in der „Odalsgruppe" der „Nationalen Deutschen Befreiungsbewegung" (NDBB) und dem „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ), dem beide angehören, kennen. Wir kennen Röthke jedenfalls auch

- von einer Provokation an der Westberliner Mauer („SZ"23.8.71)
- von Schießübungen über die DDR-Grenze vom Stadtteil Frohnau aus. Anlaß war eine Veranstaltung der „Vereinigung 17. Juni" mit dem Faschisten Rubin als Hauptredner, beteiligt waren Mitglieder dieser „Vereinigung" und Mitglieder des BHJ.
- Am 13.3.72 war er an ähnlichen Aktionen im Stadtteil Spandau beteiligt.
- Im Herbst 71 wurden Röthke und sein Freund Georg Retza erwischt, wie sie mit einer Rosa–Luxemburg–Gedenktafel die Frontscheibe der Haus–Kneipe des „Extra–Dienst" (ED) einwarfen. Auch Retza dürfte im BHJ organisiert sein.

Weils Debut 1970 – „Auftakt gegen den Bolschewismus"

mandantur in bewährter Zusammenarbeit eine Nachrichtensperre. Laut dem „Extra–Dienst" gab es sogar bei der Kripo eine Liste von sechs namentlichen Mittätern Weils. Das Arbeitspensum in der Tatnacht – Parolen gemalt („Auftakt gegen den Bolschewismus"), Flugblätter ausgelegt, gelauert und geschossen, Tatwerkzeug so gut beseitigt, daß die Kripo es trotz Weils Angaben nicht fand – das alles legte schon technisch eine Beteiligung anderer Faschisten nahe. Außerdem waren die ausgelegten Flugblätter mit dem Namen einer bestehenden faschistischen Organisation, der „Europäischen Befreiungsfront" (EBF) des Duisburgers Hellmuth Blatzheim (ehem. NPD–Funktionär, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Jugendbundes (DJB)) gefunden worden:

„Widerstand gegen den Ausverkauf Deutschlands! ....

Wir, die Europäische Befreiungsfront, haben den Kampf gegen die Roten Sozialisten begonnen. Wir bedienen uns des letzten politischen Mittels, der Liquidation...."

Bereits im Mai 70 waren 20 Mitglieder der EBF mit einem Waffenlager aufgeflogen, sie sollen ein Attentat auf das Treffen Brandt–Stoph geplant haben und hatten für alle Fälle schon mal Schwarze Listen für den ‚Tag X' angelegt („Spiegel", 33/70).

Um die Einzeltäterversion zu unterstützen, wurde immer wieder von verfassungsschützender Seite betont,

Ohne deren Faksimileenthüllungen im „Extra–Dienst" wäre der Polizei eine Verschleierung dieser Sache gelungen. Als wiederum wenige Tage später Weil die Flucht während einer Verlegung gelang – er war nicht gefesselt und wurde von einem älteren Beamten „bewacht" – konnte an verschiedenen Punkten nachgewiesen werden, daß dieser Flucht nicht Zufall, sondern Planung zugrunde lag:

So war Weil zielbewußt nach seiner Flucht in einen Park gerannt, „fand" dort ein Fahrrad und hängte mit diesem schneidigen Gefährt noch eine Funkstreife der Polizei ab. Für eineinhalb Tage verschwand er dann, wurde dann zufällig wieder aufgegriffen.

Auf der Flucht hatte er Verbindung zur „Bild–Zeitung" aufgenommen. Im Springer–Haus sollte laut anonymen Polizeianruf eine Pressekonferenz zu Weil laufen.

Als „keineswegs so abwegig" bezeichneten die mit der Untersuchung der Fluchtumstände beauftragten Beamten den Verdacht, daß Weil Helfer bei der Polizei gehabt habe – die Umstände der Flucht seien „mehr als seltsam". In Anbetracht der Tatsache, daß die Neonazi–Zeitung „MUT(?)" kurze Zeit vorher über ein Treffen von NPD–Bullen in Westberlin zu berichten wußte, verlieren diese Umstände alles Rätselhafte. In diesem Licht erscheint es auch erklärlich, daß Weil und seine Mittäter wußten, daß die Polizei die Streifentätigkeit nachts um das Ehrenmal kurz vorher eingestellt hatte. Offiziell jedenfalls war davon nichts verlautet. Klar erscheint einem dann auch schon der Umstand, daß Weil von der Polizei erwischt worden war, als er Schießübungen im Wald machte, zwei Monate vor der Tat, und die Ermittlungen eingestellt wurden.

Weil wurde zu sechs Jahren Haft verurteilt und nach drei Jahren wegen „guter Führung" entlassen. Zu dieser guten Führung gehörten einige Randalieraktionen genauso wie ein fingierter Ausbruchversuch mit Nachschlüsseln. Es liegt nahe, daß diese drei Jahre die Belohnung für Weils Aufrechterhaltung de. Einzeltäterversion waren.

Nach Ende der Haft tauchte Weil in Bochum unter und erschien erst '75 wieder auf der Bildfläche, als er in Jugoslawien zusammen mit zwei weiteren Faschisten, dem Kieler Gunnar Paal und dem Westberliner Günter Bernburg aus dem sattsam bekannten BHJ, geschnappt wurde. Aus Jugoslawien sollte er nach dem Libanon geschmuggelt werden im

nationalsozialistisches Gedankengut von einem Mann eingeimpft wurde (er kennt ihn 20 Jahre), der ihn verhetzte, sich zugleich aber sein Freund und Pflegevater nannte und ihn anzeigte, als er für ihn selbst zu gefährlich wurde ....."

Eine große Familie.....

Weil und seine Kumpane weisen uns aber sehr gut den Weg zu den verschiedenen militanten Faschistenkreisen und ihren Verflechtungen und Verbindungen in die Bürgerlichen Parteien.

- der BHJ, Jugendorganisation des Bundes der Vertriebenen, beherbergt Weil, Röthke und Bernberg. Mitglieder des BHJ waren beteiligt: an einem Brandanschlag auf das FDJW–Heim (Jugendorganisation der SEW), zusammen mit Mitgliedern der „Außerparlamentarischen Mitarbeit" (APM) im Jahre 1971; an Grenzprovokationen zur DDR im Jahre '71 und '72. Ein Mordanschlag auf einen DDR–Grenzposten, der diesen schwer verletzte wurde im Juli '75 im Stadtteil Großglienicke verübt. Zwar fand die Polizei keine Anhaltspunkte dafür, dennoch kann auch diese Grenzprovokation demselben Täterkreis zugerechnet werden, wie die Schüsse auf die DDR-Grenzposten '71 und '72 und der geplante Handgranatenüberfall auf einen DDR-Hochstand an der Grenze.
- Die APM, Jugendorganisation des „Demokratischen Clubs", löste sich von diesem organisatorisch und gründete zusammen mit dem BHJ und dem Ostpolitischen Deutschen Studentenverband (ODS) die „Aktionsgemeinschaft der Nationalrevolutionären Jugend Berlins". Diese begriff sich als Brückenkopf der „Aktion Widerstand" in Westberlin, in dem wiederum die EBF Blatzheims Mitglied ist.

Schon bevor die APM sich aber vom Demokratischen Klub löste, gab es in ihr heiße Diskussionen um militante faschistische Aktionen. Z.B. wurde der Plan des Mitgliedes Carl-Wolfgang Holzapfel zu einer Grenzprovokation (er wollte mit einer Parolentafel vorm Bauch durch den Grenzkontrollpunkt in die DDR schlendern) '69 diskutiert. Dieser konnte in der APM eine Mehrheit hinter sich bringen und führte sein Vorhaben aus. Unter anderem ist Holzapfel Vorsitzender der Bundesdelegiertenversammlung des „Freundeskreises der CSU" im Jahre 1970 gewesen. Zwischendurch dachte er „Stern"-Journalisten gegenüber mal

Frank und Bernd Müller, sind im ODS Mitglied. Bei der Gründung der Nationalliberalen Aktion (NLA) waren diese rührigen Burschen auch mit von der Partie, zusammen mit Bork (ehem. FDP, jetzt BFD) und Plöcking (NPD), wobei Letzterer als 2. Vorsitzender der „Vereinigung 17. Juni" an der Scheinentführung seines Vorsitzenden Prof. Rubin 1971 beteiligt war und dafür mit gnädigen drei Monaten Haft bedacht wurde.

- Der „Demokratische Klub" (DK) wurde '68 gegen die linken Republikanischen Klubs gegründet und sammelte in diesem Sinne alles, was rechts war, bis zu militanten Faschisten (Siehe APM). Seine prominentesten Mitglieder sind P. Lorenz (Vorsitzender der CDU in Westberlin), W. Tromp (damals CDU-Pressesprecher, heute Stadtrat), Klaus-Peter Schulz (SPD-MdB) und Dr. Wenzel (SPD), sowie die Professoren Fraenkel, Kotowski und Knevels von der reaktionären „Notgemeinschaft für eine Freie Universität" bzw. „Bund Freiheit der Wissenschaft". Der DK verteilte u.a. '75 Flugbläter „Staatsdienst nicht für Staatsfeinde". In diesem Jahr machte er eine große Kundgebung am 13. August und verstärkte auch allgemein seine Aktivitäten (öffentlich wurde das Vortragsprogramm plakatiert, in den Springer-Blättern wird es auch angezeigt). Der DK dürfte ein wichtiges Bindeglied zwischen „demokratischen Rechten" und militanten Faschisten sein und das Ansteigen seiner Aktivität erscheint synchron mit einem Anstieg der faschistischen Aktionen in Westberlin.
- Der Ostpolitische Deutsche Studentenverband ist durch viele Doppelmitgliedschaften mit der NPD verbunden. Außer bei der „Aktionsgemeinschaft der Nationalrevolutionären Jugend Berlins" trat er später (1976) wieder an die Öffentlichkeit, als er zusammen u.a. mit dem Hochschulring Tübinger Studenten (HTS, bekannt u.a. durch seine guten Kontakte zur Hoffmann-Bande in Nürnberg und zur „MLD"), Kreisverbänden der Jungen Union, Löwenthal, v.Hassel, Gerstenmaier, W.S. Schlamm die Initiative Internationale Angolasolidarität (IIA) gründete und Spenden sammelte „für die Freiheit im südlichen Afrika, für unsere deutschen Landsleute".

Dieses Engagement ist natürlich kein Hindernis für Ursula Besser (CDU), Lummer (CDU), und Schmitz (CDU), als Referenten auf Veranstaltungen des ODS zu reden.

- Neben dem Demokratischen Klub profilierte sich auch der BFD (Bund Freies Deutschland) im letzten Wahlkampf '75 als rechtes Sammel-

Weils Debut 1970 – „Auftakt gegen den Bolschewismus"

Als am 3.11.70 zwei Schüsse den sowjetischen Soldaten I. Schtscherbak schwer verletzten, der am Ehrenmal im Tiergarten Westberlins Wache hielt, war es „ *die Tat eines politischen Wirrkopfes*", jedenfalls im Kommentar der „Welt". Durchgängig versuchten die Presse und die Westberliner Kripo diese Einzeltäterversion aufrechtzuhalten, eine Untersuchungskommission für den Hintergrund der Tat wurde von interessierten Kreisen in den westberliner Parteien unterbunden (aus gutem Grund).

Als dieses aufgrund verschiedener Indizien immer schwieriger wurde, verhängte die britische Militärkom-

(„Spiegel", 33/70).

Um die Einzeltäterversion zu unterstützen, wurde immer wieder von verfassungsschützender Seite betont, daß Verbindungen zwischen Duisburg und Westberlin nicht bekannt seien. Daß der DJB aber in Westberlin eine Filiale unterhielt, militärische Übungen durchführte, das EBF–Mitglied Uwe Dohmke (ehem. NPD–Funktionär) sein Vorsitzender ist und Weil dort Mitglied war, konnte durch die „Demokratische Aktion"–München festgestelllt werden. Kurz nach Weils Festnahme flüchtete Blatzheim mit ca. 100.000 DM als Zehrgeld.

Wenige Tage nach seiner Festnahme gelang es Weil durch sehr lockere Bewachung, zwei Kassiber (einen über seinen Aufenthaltsort im Gefängnis und eine „Pressemitteilung") rauszuschmuggeln.

Günter Bernburg aus dem sattsam bekannten BHJ, geschnappt wurde. Aus Jugoslawien sollte er nach dem Libanon geschmuggelt werden im Rahmen einer faschistischen „Gesellschaft für Euro–Arabische Freundschaft", zu der auch Schönborns „Kampfbund Deutscher Soldaten" (KDS) beste Verbindungen hat. Weils Anwalt war übrigens Peter Lorenz, Westberlins CDU–Vorsitzender und später Gefangener der „Bewegung 2. Juni". Als sein „Pflegevater" bezeichnete sich G. Horn. G. Horn war beim RIAS beschäftigt und veranstaltete monatlich Kameradentreffs der ehemaligen „3. Panzerdivision" in Westberlin. In einem Brief an die Militärkommandanten der Vier Mächte schrieb Weils Mutter über Horn: *„Ich mache darauf aufmerksam, daß meinem Sohn von Kindesbeinen an*

delegiertenversammlung des „Freundeskreises der CSU" im Jahre 1970 gewesen. Zwischendurch dachte er „Stern"-Journalisten gegenüber mal laut über die Möglichkeit einer Flugzeugentführung nach. Am 26.9. 76 wollte er sich mit Benzin übergießen und sich selbst verbrennen um derart auf seine Forderung „Freiheit für HeSS" aufmerksam zu machen. Die sonst so langsame Polizei hinderte ihn aber leider an dieser unfreiwillig-antifaschistischen Tat.

Die APM entwickelte sich nach ihrer Loslösung von „Dem Klub" immer mehr zum ideologischen Zentrum der „Nationalrevolutionären Bewegung". Sie gibt drei Zeitungen heraus („Rebell", „Ideologie und Strategie", „Berliner Nachrichtendienst") und unterhält einen Laden in Berlin-Neukölln, Reuterstr. 7, „barricade". Noch im Jahre '71 wurden im Programm dieses „nationalen Zentrums" Referenten Vorträge angekündigt: Mathias Walden (Springer-Journaille), Herbert Hausen (SFB), Heinrich Lummer (CDU-Chef im Abgeordnetenhaus), Armin Mohler, Schlamm („Zeitbühne", Straußfreund), Prof. Kotowski (u. a. „Demokratischer Klub"), Bodo Scheurig, Diwald.

Zwei APM-Führer, Sven Thomas

Veranstaltungen des ODS zu reden.

- Neben dem Demokratischen Klub profilierte sich auch der BFD (Bund Freies Deutschland) im letzten Wahlkampf '75 als rechtes Sammel-becken. Hinter dem BFD steht Springer und unterstützt wird der BFD auch von der britischen Militärkommandantur. Sein Auftreten als Wahlpartei verhinderte aber seine Ausdehnung in die Rechte der CDU und SPD durch Doppelmitgliedschaften wie im DK.

Nachtrag zu „BHJ"

Ein Pfingstreffenn des BHJ 1970 wurde zur Tarnung für die Gründung der NSDAP/AO benutzt, ebenso ein Zeltlager der Jungen Nationaldemokraten (JN).

Als Tarngruppen der NSDAP/AO fungieren auch die „Aktion Deutscher Sozialismus", die „Deutsche Arbeitsgemeinschaft" und „Nationalrevolutionäre Bewegung" (einer Abspaltung der Nationalrevolutionären Aufbauorganisation NRAO, in der die APM eine führende Rolle spielt).

Quellen: „Extra-Dienst" Jhrg. '70, „Tat" Jhrg. '70, G. Bartsch, Revolution von rechts?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Westberlin



„Und in diesem Raum werden die Fälle der Rechtsradikalen bearbeitet!" Copyright „die tat"

Rassistischer Nobelpreisträger

Nobelpreise gehen nicht nur an bekannte Antikommunisten sondern auch an ausgemachte Vertreter rassistischer Ideologien. Das beweist der britische Nobelpreisträger Sir Andrew Huxley: Der »Biologe« rief dazu auf, den „*Zusammenhang zwischen Rasse und Intelligenz zu diskutieren*" (FR 1.9.).

Er wandte sich gegen das „Tabu" der Erforschung dieser „Zusammenhänge": „*Die Leute haben das Gefühl, daß unser Ethos unterminiert werden könnte, weil die Existenz beträchtlicher ererbter Unterschiede zu ungerechter Behandlung der weniger Begabten führen würde*" (Zitat von Huxley)! Und weiter behauptet er: „*Es bestehe die Befürchtung, daß die Entdeckung einer Gruppe, deren Fähigkeiten unter dem Durchschnitt liegen, ihren Selbstrespekt schädigen könnte*" („FR", 1.9.).

Dieser rassistische „Biologe", der unverfroren aus der Schule der Faschisten plaudert, spricht davon, daß solche Existenz zu ungerechter Behandlung führen könnte.

Das die Faschisten in diesem Jahrhundert mit dieser Ideologie ihr Massenmorden gerechtfertigt haben, und die schwarze Bevölkerung immer wieder erfährt, scheint dieser ‚Wissenschaftler' bewußt zu verschweigen. Er spekuliert wohl auf den nächsten Preis!

ÖTV-Kommission

Stopp der Nazi-Verherrlichung

„Hitler ist der Star des Sommers 1977“, schrieb vor kurzem das französische Nachrichtenmagazin „L'Express“. Zweifellos – setzt man „Star“ gleich mit Publizität und Werberummel – ist Hitler gegenwärtig ein „Superstar“. Ob Fernsehen, Kino, Zeitungen oder Theater – was vor einigen Jahren bei großen Teilen der Bevölkerung Protest und Empörung geweckt hätte, gehört heute zum publizistischen Alltag der BRD: Nazi-Tagebücher werden unkommentiert in Millionenauflage verbreitet, Original-Nazi-Propaganda-Filme laufen im Fernsehen und in Kinos, alte Nazi-Schriften werden neu aufgelegt und wie warme Würstchen angepriesen. Unter dem Vorwand „objektiver Geschichtsbetrachtung“ wird den Nazis – und besonders Hitler – „Verständnis“ entgegengebracht.

Der Fest-Film, Hitler- und Goebbels-Serien in „Quick“ und „Stern“, der ungenierte Verkauf von Hitler- und Kriegs„souvenirs“, das Vorhaben, Nazi-Rockopern auf den Markt zu bringen – alle Versuche, den mörderischen Charakter des Faschismus und seiner Träger umzulügen, haben – zunächst – das Ziel, ihn wieder diskussionswürdig zu machen.

Die blaublütige Herausgeberin der Wochenzeitung „Die Zeit“, Marion Gräfin Dönhof, schreibt in einem Untertitel zu einem Artikel über die Hitler-Welle: *„Ein Phänomen, gegen das wir uns nicht wehren können.“* Dazu läßt sich klar sagen: Wer sich nicht wehren w i l l, k a n n sich auch nicht wehren. Die Nazi-Rehabilitierungswelle ist keine gottgewollte oder schicksalsbedingte Zeiterscheinung, die kommt und geht wie der Briefträger. Das ist bewußt betriebene, gemachte Politik. Und dagegen läßt sich natürlich was machen. Das bewiesen in letzter Zeit z.B. viele Demokraten und Antifaschisten, die sich auf vielfältige Art und Weise gegen den Hitler-Film von Fest gewehrt haben (siehe AK 112).

Die breite Aufmerksamkeit und Publizität, die der Faschismus und Hitler gegenwärtig durch die bürgerlichen Medien „genießen“, ist nicht neu. Schon Anfang der Siebziger Jahre wurde die Diskussion um eine neue Umdeutung der „deutschen Vergangenheit“ in Gang gesetzt nachdem jahrzehntelang zu diesem Thema „betretenes Schweigen“ planvoll produziert wurde. Auch damals preschte, was die Entwicklung eines verfälschten

ziert wurde. Auch damals preschte, was die Entwicklung eines verfälschten

Bildes des Faschismus angeht, Joachim C. Fest an die Spitze. Was heute als Film „Hitler — eine Karriere“ über die Leinwand flimmert, kam 1973 als Buch auf dem Markt: Joachim C. Fests Biographie „Hitler“ wurde als *„große Biographie“* gefeiert (Süddeutsche Zeitung, 13./14. Okt. 1973).

Das Buch ist nach dem gleichen Strickmuster wie der Film verfaßt: zwei rechts, zwei rechts — die Wahrheit fallen lassen. Das politische System des Faschismus wird zurückgeführt auf psychologische Macken von Hitler. Auf diese Weise lassen sich dem Faschismus dann auch positive Seiten abgewinnen — siehe die Bewunderung, die Fest in dem Film für die Massenaufmärsche der Nazis spüren läßt. Lobend schrieb damals die „Zeit“ zu dem Buch: *„Es ist ein großes, ein ebenso lesbares wie lesenswertes Buch, eine Summe der Hitlerforschung und zugleich der Deutung des Nationalsozialismus. Es ist ein bedeutender Beitrag nicht nur zur Geschichte unseres Jahrhunderts und zur Frage nach der Rolle der ‚großen' Person, sondern auch zur aktuellen Diskussion über das Politik- und Demokratieverständnis, das zumal in Deutschland ohne die tiefgreifende Erfahrung des Phänomens Hitler und seiner Konsequenzen nicht denkbar ist“* (12. Okt. 1973).

Der „Spiegel“ (38/77) verstieg sich sogar zu der These, daß es sich bei Fests Biographie um ein Werk handele, *„das die innerdeutsche Hitler-Welle abschließen dürfte, ohne doch von ihr beeinflußt zu sein.“* Die Entwicklung zeigte, daß umgekehrt ein Schuh draus wurde. Gerade das Buch mit seiner „neuen Geschichtsinterpretation“ trug und trägt wesentlich zur Rehabilitierungskampagne für die Faschisten bei. Während das Buch allerdings hauptsächlich in „seriösen“ und intellektuellen Kreisen die Diskussion anregte, wird die faschistenfreundliche Deutung der Hitler-Ära heute per Film breit „unters Volk“ gebracht.

In einem Interview zu seinem Buch 1973 bekannte Fest klipp und klar, aus welcher Richtung er den Wind wehen lassen möchte. Schon damals beharrte er auf der Geschichtslüge, daß Hitler unabhängig von dem deutschen Kapitalisten „seine“ Politik gemacht habe. Die diversen Treffen zwischen den Spitzenvertretern des deutschen Kapitalismus und Hitler, auf denen klar politische Richtlinien, aber auch die Höhe der Spenden für die NSDAP festgelegt wurden seien — laut Fest — lediglich *„psychologisch außerordentlich wichtig für Hitler gewesen“*. Auf die Frage des Interviewers, ob es für Fest etwas Positives gibt, das Hitler hinterlassen hat, antwortet Fest naßforsch, daß *„die Stabilität der Bundesrepublik . . . undenkbar* [*ist*] *ohne die Erscheinung Hitlers.“*

Wenig ist die Rede in dem Buch (und auch in dem Film) über die Massenmorde der Nazis, über die blutige Unterdrückung jeglicher demokratischer Opposition, über KZ's und Weltkrieg. Fest untersucht „den Menschen Hitler“, der beladen mit *„komplizierten Erfüllungsgefühlen“* und *„desperatem Selbstmördertrieb“* am Ende eine *„kuchenverschlingende menschliche Ruine“* war. Wer soll da dem Hitler noch böse sein?!

„Hitler...

Mit einem derartigen Geschichtsbild, frei von Antifaschismus und

Mit einem derartigen Geschichtsbild, frei von Antifaschismus und

politischen Skrupeln läßt sich der Faschismus natürlich hemmungsloser propagieren, aufpolieren und verkaufen. Aber auch geschickter. Mit dem Herauslösen Hitlers aus den politischen Zusammenhängen und dem Verschweigen seiner wahren Hintermänner, wendet Fest nur den Trick jeder bürgerlichen Geschichtsschreibung an — nur außerordentlich ausgekocht. Weil Hitler eben „psychische Fehler“ hatte, hatte der Faschismus eben auch seine Macken. Und wenn man sich so politisch erst aus der Affäre gezogen hat, dann läßt sich über den Faschismus auch wieder diskutieren — er ist wieder salonfähig in diesem Sinne rollte dann auch die Hitler-Welle durch die Lande.

So zeigte der Hamburger Kunstverein 1974 die Ausstellung „Kunst im Dritten Reich“. Verräterisch, was die „Hamburger Morgenpost“ am 20. Dezember 1974 zu dieser Ausstellung schrieb: *„30 Jahre lang schlummerte sie __ von Kontrollratsgesetzen und schlechtem Gewissen verbannt __ in den ‚Gruselkellern' der Münchner Staatsgalerien: Die ‚Kunst im Dritten Reich' “.* Offenbar war das schlechte Gewissen jetzt abhanden gekommen — die Nazi-Schinken, voll triefender Blut- und Boden-Mystik, voll Herren- und Rassemenschenideologie und Kiregsjubel wurden aus dem Keller an die Öffentlichkeit geholt. Auf die scharfen Proteste Hamburger Demokraten und Antifaschisten reagierte der Direktor des Kunstvereins Dr. Schneede so: *„Ich respektiere diese Gefühle. Andererseits haben die nachgewachsenen Generationen Anspruch auf Information . . .“* Information unter diesem nach Wertfreiheit und Objektivität riechenden Stichwort wurden auch zahllose andere Nazi-Greuel verhökert.

Der „Information“ dienen sollte auch der Film „Europa in Flammen“, ein einziges großes Feuerwerk, daß die aggressive und mörderische Politik der Nazis bejubelt, in dem keine KZ's vorkommen und in dem jeder neue Landstrich den die faschistische deutsche Armee erobert mit zackiger Marschmusik gefeiert wird. In der Werbung wurde dieser Film so angekündigt: *„An die deutsche Jugend: In diesem Falle erlebt ihr, wie Eure Väter und Brüder in heldenhaften Kämpfen von Sieg zu Sieg eilen bis zum Bitteren Ende . . .“* (aus: Pforzheimer Zeitung, 4.4.75). In vielen Städten stellten sich Antifaschisten vor die Kinos und verteilten Flugblätter. *„Achten sie auf die Toten, die es in diesem Film nicht gibt“* — solche und ähnliche Fragen und viele Diskussionen hielten so manchen Besucher vom Besuch des Films ab. Information gabs vor der Tür. Mancherorts fielen auch Stinkbomben.

Zwischen Weihnachten und Neujahr 1975 strahlten alle Dritten Fernsehprogramme eine Serie über die Waffen-SS aus. Hohe Offiziere konnten in Interviews ungehindert ihre faschistischen Standpunkte vertreten, konnten die SS als eine *„harte, gefürchtete aber faire Elitetruppe“* anpreisen. Unwidersprochen log ein französischer Faschist, daß es in der SS keinen Rassismus gegeben hätte.

In einer Reihe von Kinofilmen wurde der Faschismus als erotischer Nervenkitzel mit schaurig-schönem Hintergrund gezeigt. So der Nazi-Por-

Nervenkitzel mit schaurig-schönem Hintergrund gezeigt. So der Nazi-Por-

no „Salon Kitty“, der das „muntere Treiben“ in einem von den Nazis kontrollierten Berliner Bordell zeigt. Ähnlich aber schlimmer — „Der Nachtportier“. *„Ein Schocker, den sie nie vergessen werden!“* schrieb die englische „Daily Mail“. In einem „Offenen Brief an die Leitung des Abaton-Kinos“ schrieben Hamburger Antifaschisten damals: *„Sie beabsichtigen, in ihrem Kino den Film ‚Der Nachtportier' aufführen zu lassen. In diesem Film wird die angebliche ‚Liebesbeziehung' eines ‚masochistischen' weiblichen KZ-Häftlings zu ihrem SS-Bewacher ‚dargestellt'. Das Leben in den faschistischen Konzentrationslagern erscheint in diesem Film als eine einzige ‚Sex-Orgie'. In diesem Film wird einerseits die bestialische sexuelle Unterdrückung und Erniedrigung der Frau verherrlicht, gleichzeitig stellt der Film insgesamt eine schweinische Verhöhnung aller Opfer und Verfolgten des faschistischen Terrors dar. Wir verurteilen die mit der Aufführung dieses Films geplante ungeheuerliche Provokation, die gerade in den Tagen gestartet wird, in denen die Antifaschisten aller Länder den 30. Jahrestag der Befreiung von Hitlerfaschismus und Krieg feiern und gleichzeitig der Opfer des Nazi-Terrors gedenken, auf das schärfste.“* Der Film wurde vom Programm abgesetzt — bei einer Abstimmung im Kino stimmten 400:20 Zuschauer für die Absetzung.

Auch an verschiedenen westdeutschen Theatern wurde versucht, die Vergangenheit zu bewältigen — es wurden Vergewaltigungen. Im September 1975 spielte das Hamburger Thalia-Theater das Stück „Die letzten Stunden der Reichskanzlei“, ein surrealistisches Spektakel, in dem Hitler in den letzten Kriegsstunden mit Friedrich Nietzsche und Franz Liszt (beide waren zu dem Zeitpunkt schon lange tot) tafelt und herumphilosophiert. Das Elend außerhalb des „Führerbunkers“, der tausendfache Tod und die Not unzähliger Menschen ignoriert das Stück.

Das West-Berliner „Kleine Theater“ wartete Mitte September 1975 mit einem Stück auf, das der Nazi-Einpeitscher Goebbels 1923 in jungen Jahren geschrieben hatte: „Michael — Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern“, einem schwülstigen Opus, in dem Goebbels die aufkommenden Nazis als eine Art Götterdämmerung darstellt. Der Regisseur Pierre Badan wollte mit dem Stück die *„mystischen, sexuellen, imperialistischen Wurzeln“* von Goebbels freilegen (Spiegel 23/75). Was hat er wirklich getan? Er hat ein faschistiches Stück Kultur zur Aufführung gebracht.

Hitlerwelle = „Dauerwelle“?!

„Nie war er so wertvoll wie heute“ — in einem Fastnachtswagen mit dieser Aufschrift nahm ein schwäbischer Scheinezüchter, mit Schnauzbart und Hakenkreuzbinde als Hitler verkleidet, am Fastnachtsdienstag dieses Jahres an einem Karnevalsumzug teil. Er erregte mehr Aufsehen als Protest. Makabre „Scherze“ dieses Kalibers sind heute möglicher denn je in der Nachkriegsgeschichte der BRD; sie zeigen zugleich den „Fortschritt“ der Hitler-Welle an. Wurde Ende der Sechziger/Anfang der Siebziger Jahre auf der Ebene der „Gehobenen Kultur“ vor allen Dingen die Faschismusdiskussion in „seriösen“ und intellektuellen Kreisen in Schwung gebracht, geht die „bewußtseins-Industrie“ heute viel massiver und zugleich massenhafter vor. Ein Blick auf den Zeitungsmarkt: Kein Blatt, das etwas auf sich hält erscheint heute ohne „ihre“ Hitler- oder Faschismusserie.

Der „Stern“ hat gerade zu einer groß angelegten Rehabilitierung von Josef Goebbels angesetzt. Die Tagebücher des Chef-Demagogen und Propagandaministers werden derzeit in Serie abgedruckt. Unkommentiert! In Nummer 35/77 erfährt der Leser wundersame Sachen über Goebbels.



... seine Karriere“

„Goebbels war kein Antibolschewist und konnte sich mit Hitlers Hauptziel, der Lebensraum-Eroberung im Osten nie so recht anfreunden.“ oder *„Goebbels war gegen den Krieg . . .“* oder *„Überdies legte Goebbels Wert darauf, als ‚Revolutionär' oder ‚Sozialist' verstanden zu werden.“* usw.

Dazu Goebbels selbst, z.B. 1942 in Wuppertal: *„Wir wollen die Weizenfelder am Don und Kuban besitzen und wollen damit die Hand auf dem Brotbeutel Europas haben. Wir wollen die Ölquellen und die Eisen- und Kohlen- und Manganlager!“* Das — so der Stern — hat auch wieder seine psychologischen Gründe. Er wollte das alles gar nicht, was er in seinen Reden forderte. *„Gier nach Erfolg und Anerkennung, nach Lob und Liebe, . . . hündische Ergebenheit gegenüber Adolf Hitler . . .“* sollen der Motor für seine Hetztiraden und Greueltaten gewesen sein. Ein Fall für den Psychiater also. Goebbels auf die Psychiatercouch und die Welt ist wieder im Lot — so einfach ist das! Peinlich für den Stern, daß in derselben Ausgabe gleich noch eine Rehabilitierung vorgenommen wird. Leni Riefenstahl, Leib- und Magenfilmerin der Nazis, die über die Olympiade 1936 in Berlin und den Nürnberger Reichsparteitag der NSDAP 1934 in Nürnberg zwei linientreue Jubelfilme drehte (Der letzte lief vor rund zwei Wochen im 3. Fernsehprogramm des NDR), die sie offensichtlich mit ihrem Herzblut und mit voller Begeisterung drehte, hat die Filme eigentlich gar nicht drehen wollen — die Nazis hätten sie überrumpelt, na und dann hat sie eben — gegen ihren Willen — gedreht.

Hitler als Popstar

Am 15. September erscheint bei der Kölner Plattenfirma EMI-Electrola die Rock-Oper „Der Führer“. Das Stück setzt zeitlich in den Zwanziger Jahren ein, als Massenarbeitslosigkeit und Elend herrschten. Der Ruf nach dem starken Mann wird laut — der entsprechende Song: *„Führer wanted“*. Dieses Machwerk glorifiziert Hitler und bietet ihn als neues Idol an, daß für „Ruhe und geordnete Verhältnisse“ sorgt. Nachdem die „Oper“ schon im vorwege stark kritisiert worden war, meldete sich die Plattenfirma mit einer Pressemitteilung, die bestätigt, daß es sich bei diesem Doppelalbum auf keinen Fall um eine kritische Aufarbeitung des deutschen Faschimus handeln soll: *„Hitler war unserer Meinung nach kein normaler Politiker* [*jeder unserer Politiker würde sich das verbitten*]*, sondern man könnte ihn als einen demagogischen talentierten Sektenführer bezeichnen, der dem damals verzweifelten Volk wieder einen* [*wenn auch satanischen*] *Glauben bot.“* Die Oper stellt Hitler denn auch als einen Besessenen dar, der auf Gedeih und Verderb mit dem Satan einen Pakt eingeht. Einen Pakt mit Hitler ist auch die US-Gruppe „Kiss“ eingegangen, die mit Nazi-Emblemen behängt auftritt und demnächst in Hamburg ebenfalls eine Nazi-Oper uraufführen will.

Die Nazis selbst haben Hitler in dergleichen mystifizierenden Weise dargestellt, die von den realen Taten, der grausemen Politik ablenkt. In dem vom Reichserziehungsministerium den Höheren Schulen des III. Reiches verordneten Lesebuch „Kampf um Deutschland“ von Philipp Bouhlers heißt es: *„Das ist das unsagbar Große an diesem einen gewaltigen Manne, das er glaubte. Er glaubte an Deutschland in einer Zeit, als rings um ihn alles zusammenbrach: das mächtige stolze Reich Wilhelms II., sein Heer, seine Wirtschaft, seine Finanzen, jeder Begriff von Treue, Ehrfurcht, Anstand, Ordnung. Er glaubte an den deutschen Arbeiter, den er in einem Netz von Irrtum und Verführung verstrickt sah, der ihm nie verantwortlicher Urheber des marxistichen Wahnsinns, sondern nur Opfer artfremder Verhetzung war. Der Unbekannte, Namenlose glaubte an seine Sendung, und dieser Glaube war der innere Motor für alle seine Taten.“* (zit. nach: Jugendliteratur im Dritten Reich, Peter Aley, S. 148)

Gerade mit dem Einbruch der Hitler-Welle auf dem Pop-Markt werden der reaktionären und faschistischen Ideologie Tür und Tor geöffnet.

Der Boden ist fruchtbar

Der Boden ist fruchtbar

Die Hitler-Welle wird nicht harmlos im Sande verlaufen, die Faschismus-Umdeutung fällt auf einen beängstigend „fruchtbaren Boden“. Im Spiegel 34/77 wurde eine Untersuchung veröffentlicht, die anhand von 3000 Schulaufsätzen über Adolf Hitler nachweist, welch katastrophale Unkenntnis des deutschen Faschismus die bürgerliche Schule bei ihren Opfern hinterläßt. Hier einige Kostproben: *„Er trank viel Whisky und sang viele Lieder“, „Der Adolf Hitler war hochintelligent, er war befähigt, ein ganzes Volk nach einem verlorenen Krieg moralisch und industriell wieder aufzurichten.“ „Und die sich gegen ihn stellten, nannte er Nazis. Er steckte die Nazis in Gaskammern.“, „Er machte die erste Mondlandung“.*

Was auf den ersten Blick witzig erscheinen mag, ist makaber und gefährlich. Kinder und Jugendliche, die die Schule mit einem derartigen Geschichtswirrwar im Kopfe verlassen, werden reaktionären und faschistischen Trommlern nahezu schutzlos ausgeliefert. Und das soll wohl auch so sein. Nicht umsonst ist der Fest-Film ins Programm der Staatlichen Landesbildstellen aufgenommen und damit als Lehrmaterial anerkannt worden.

Schauen wir uns einmal an, in was für eine Zeit diese massive reaktionäre Bearbeitung der Köpfe fällt: Die Zeichen stehen in allen gesellschaftlichen Bereichen auf Repression, die Angst um die Arbeitsplätze schafft zusätzlich ein Klima der Unsicherheit und Unzufriedenheit, Teile der demokratischen Opposition werden gezielt ausgeschaltet. Gleichzeitig werden Nazis rehabilitiert und faschistische Mörder wie Kappler unter staatlichen Schutz genommen. Auf diesem Hintergrund und auf dem Boden weitreichender historischer Unkenntnis wird jetzt propagiert, daß da „in der Vergangenheit“ doch mal einer war, der für Ordnung und Arbeitsplätze gesorgt hat — der Ruf nach dem „starken Mann“ wird provoziert.

Kulturkommission
KB/Gruppe Hamburg

VVN: Dichtung und Wahrheit – ein paar schlechte Beispiele

Die VVN/Bund der Antifaschisten hat es bisher nicht für nötig gehalten, auf unsere Kritik ihrer Politik (AK 108) öffentlich einzugehen. Hintenrum ist zu erfahren, daß das Präsidium, bzw. besonders der Hamburger Ortsvorstand der VAN, beunruhigt ist, und daß erwogen wird, sich schulungsmäßig mit der Politik des KB „auseinanderzusetzen". Die Veröffentlichungspolitik von „die tat" allerdings läßt nichts Gutes ahnen, wie diese Auseinandersetzung vor sich geht. In der Hoffnung, daß dieser Artikel entweder direkt oder indirekt interessierten Mitgliedern der VVN bekannt wird, haben wir im folgenden aus einer Reihe von Beispielen eine Handvoll aktueller ausgewählt, um diese Auseinandersetzung etwas zu beleben.

Beispiel: Besetzung des Curio--Hauses

Am 14./15. 5. besetzten Mitglieder des KB/SSB, Anarcho-Genossen und Unorganisierte das Curio-Haus Hamburg und die Friedrich-Ebert-Halle in Harburg, um die von Nazi Frey geplante Rudel-Provokation zu verhindern. Auch einige Mitglieder der VAN/Hamburg gesellten sich im Laufe der Aktion zu den Besetzern.

In der „tat" war anschließend unter der Überschrift: „Hamburg gab Beispiel: Neonazis verjagt" zu lesen: *„Der Besetzung der Versammlungsräume war eine antifaschistische Kundgebung vorangegangen, an der trotz strömenden Regens 700 Menschen teilnahmen. Aufgerufen dazu hatte ein Initiativkreis ‚Nazis raus aus Hamburg', dem zahlreiche demokratische Persönlichkeiten der Hansestadt angehören. Dem Aufruf schlossen sich auch die Gewerkschaftsjugend, die Jungsozialisten, die Falken, die SDAJ sowie die Landes-ASten-Konferenz an. Die Teilnehmer forderten den Senat auf, die Frey-Veranstaltung zu verbieten. Nach der Besetzung des Curio-Hauses und schließlich auch der Ebert-Halle wurde der Forderung der Demonstranten entsprochen ..."* („die tat", 20.5. 77).

Gelogen ist das nicht direkt – aber eben doch sehr gedichtet! Tatsächlich hat die VVN schon Wochen vor dem geplanten Treffen in ihrer Presse usw. gegen die Faschisten-Veranstaltung protestiert und vom Senat das Verbot gefordert. Für den Samstag – kurz vor Beginn der Veranstaltung – hatte u.a. die VVN zu der genannten Protestkundgebung aufgerufen. Die Besetzung des Curio-Hauses stand allerdings zunächst in keinem Zusammenhang mit dieser Kundgebung. Mehr noch: als die Besetzer auf dieser VVN-Kundgebung die Besetzung per Mikrofon bekanntgeben wollten, wurde das durch die Kundgebungsleitung verweigert, da *„ihr ja wissen müßtet, daß wir eine andere Auffasssung vom antifaschistischen Kampf haben als ihr"*. Als die Besetzer im VAN-Büro anriefen, um über die Besetzung zu informieren, wurde zweimal der Hörer aufgelegt. Während der Besetzung der Ebert-Halle konnte die VAN sich nicht offiziell durchringen, eine Presseerklärung gemeinsam zu unterschreiben. Sie weigerte sich, über das zurückliegende juristische Hick-Hack an die Besetzer Auskunft zu geben.

Die im obigen VVN-Bericht suggerierte Unterstützung der Besetzung seitens Gewerkschaftsjugend, SDAJ usw. hat es nicht gegeben, obwohl auch diese Organisationen von den Besetzern zur Solidarität aufgefordert worden waren.

In der VVN-Presse wird aus dieser vom KB initierten Aktion im Handumdrehen eine sozialdemokratische Initiative – und wo sich der Anteil des KB an der Aktion ganz und gar nicht mehr leugnen läßt, vollführt die VVN ohne Zögern einen atemberaubenden salto mortale: In Frankfurt wurde bei den Aktionseinheitsverhandlungen das vorher hochgelobte „Beispiel" als *„sektierererische und provokatorische Politik des KB"* diffamiert!

Da müssen doch die gutgläubigsten Mitglieder irre werden – vorausgesetzt, sie werden über solche Vorgänge informiert.

2. Beispiel Podiumsdiskussion: „Sollen Altnazis begnadigt werden?"

Zu diesem Thema fand in Hamburg auf Initiative des „Unterstützungsausschusses ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum" am 22.7.77 eine Podiums--Diskussion statt. Teilnehmer waren Sozialdemokraten, Liberale, Parteilose Antifaschisten und ein Vertreter des KB. Auch die VAN/Hamburg war eingeladen, hatte die Einladung jedoch nicht befolgt. Vielmehr hatte sie bereits kurz nach der Curio-Haus-Besetzung Vertreter des „Unterstützungsausschusses" vor die Tür gesetzt, als sie im Büro vorsprachen. Eine später telefonisch ausgesprochene Einladung zur Podiumsdiskussion wurde durch Auflegen des Telefonhörers beendet und mit der Bemerkung quittiert: *„Mit Ihnen reden wir nicht!"* Eine daraufhin schriftlich (per Einschreiben) ausgesprochene Einladung wurde bereits auf dem Postweg zurückgewiesen („Annahme verweigert") – allein auf Grundlage des Absenders: „Unterstützungsausschuß". Auf der Veranstaltung selbst allerdings war die VAN dann durch ihren Vorstandssprecher Stein vertreten, der eine o f f i z i e l l e Erklärung der VVN vortrug. U.a. hieß es bei ihm: *„Solche Positionen, wie sie im ARBEITERKAMPF vertreten werden, sind keineswegs dienlich, hier eine Front von Antifaschisten aufzubauen; und das ist auch der Grund, warum wir an dieser Veranstaltung nicht als Veranstalter teilgenommen haben, wenn da gesagt wird, die Position, die die VVN zur Frage der Aktionseinheit mit Sozialdemokraten und Kommunisten, Christen und Liberalen (habe), sei Plunder."*

Freilich haben wir dergleichen nie behauptet, sondern lediglich die Tatsache kritisiert, daß die VAN/VVN gegenüber dem KB die „These 41" der DKP (keinerlei Zusammenarbeit!) praktiziert. Als aus dem Publikum genau dieser Hinweis kam („These 41") verlegte sich Stein auf's Schimpfen: *„Darauf hab ich gewartet, darauf hab ich gewartet, These 41, entschuldigt bitte, ich bin jetzt 40 Jahre, solche Reizworte: Mauer, CSSR, These 41, die kenne ich zum Erbrechen."*

All diese sehr interessanten Positionen und „Begründungen" sind den Lesern der „tat" allerdings vorenthalten worden. „Die tat" hat es fertiggebracht, nicht eine einzige Zeile zu dieser Veranstaltung zu schreiben – weder vorher – noch nachher. Stattdessen brachte „die tat" einen Erfolgsbericht zur Verhinderung einer pro-Heß--provokation durch bewaffnete Jungnazis in Hamburg am Tag nach der Podiumsdiskussion. Hierzu hieß es: *„Hamburg setzte aber auch erneut ein Beispiel für erfolgreiches antifaschistisches Handeln. Nachdem in der Hansestadt bekanntgeworden war, daß Neofaschisten erneut einen Aufmarsch planten – diesmal als Heß Kundgebung vor dem sowjetischen Generalkonsulat, um die Freilassung des Hitler-Stellvertreters aus alliierter Kriegsverbrecherhaft zu fordern – rief die Vereinigung der Verfolgten und Antifaschisten (VAN) in Hamburg zu einer Protestkundgebung und zur Verhinderung des Naziaufmarsches auf. Auch andere Organisationen und Parteien, unter ihnen der Landesjugendring, AStA, DKP und DFU wandten sich gegen die Naziprovokation".*

Hier geht es wieder nach demselben Strickmuster: „Bekannt geworden" war die Nazi-Provokation durch das Flugblatt, in dem zur Podiums-Verantaltung aufgerufen worden war. Auch die VAN mobilisierte dann gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch. An der **Verhinderung** des Nazi-Aufmarsches hatte die VAN jedoch bedauerlicherweise keinen nennenswerten Anteil. Ihre Mitglieder hielten sich in einigen hundert Metern Abstand vom Treffpunkt der Faschisten auf. Ca. 300 Anti-Faschisten (vor allem Genossinnen und Genossen des KB, einige Falken und Anarcho-Genossen) nahmen die eintreffenden Faschisten (am Bahnhof Mundsburg) kräftig in die Mangel. Von der suggerierten Verhinderungs-Aktivität seitens DKP, DFU etc. kann absolut keine Rede sein – bestenfalls unterstützten sie den Protest der VAN vor der Botschaft!

3. Beispiel: „Auschwitz-Kongreß" Nürnberg

Am 6. August wollte der nazistische „Kampfbund deutscher Soldaten" (KDS), Vorsitz Erwin Schönborn, in Nürnberg einen sogenannten „Auschwitz-Kongreß" durchziehen. Erklärtes Ziel war die *„Jahrhundertlüge über die Massenvergasungen in Auschwitz zu widerlegen"*. Diese Provokation traf auf massiven Widerstand aller demokratisch-antifaschistischen Kräfte in Nürnberg. Die Durchführung wurde verhindert. Ein Trüppchen der Nazis wich auf das benachbarte Bad Windsheim aus.

In der Version der „tat" heißt es dazu: *„...verbot das Ordnungsamt der Stadt Nürnberg den Nazi-Kongreß, nachdem nahezu alle demokratischen Parteien und Organisationen der Stadt – angeführt von DGB, SPD, DKP und VVN – gegen die geplante Nazi-Veranstaltung protestiert hatten".* Und weiter erklärt die VVN unter der Überschrift: *„Und so kam es zum Verbot: Sofort nach Bekanntwerden des geplanten Nazikongresses erhoben die Kreisvereinigungen der VVN/Bund der Antifaschisten, der DGB und alle Nürnberger Parteien Protest. Die VVN wandte sich an alle demokratischen Organisationen. Die DKP Nordbayern forderte alle demokratischen Kräfte zur gemeinsamen Abwehr...*

Auch DGB, SPD und Nürnberger CSU wandten sich gegen ein Stattfinden der Nazi-Veranstaltung..."

Die Wirklichkeit sah wieder etwas anders aus: Aus der Lokalpresse erfuhren die Nürnberger Antifaschisten von der bevorstehenden Provokation. Auf Initiative der „Arbeitsgruppe Neonazis in der Russell-Initiative" fand am 31.7. ein erstes Treffen statt, auf dem über antifaschistische Gegenmaßnahmen diskutiert wurde. Anwesend waren: Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, AG Neonazis in der Russell-Initiative, Bund deutscher Pfadfinder/Bund demokratischer Jugend, Arbeiterbund mit Kommunistischem Hochschulbund und Roter Schülerfront, Kommunistischer Bund, Mitglieder der Nürnberger Initiative gegen Atomkraftwerke und jeweils auch ein Mitglied der VVN und DKP. Auf diesem Treffen wurde vereinbart, mit einem offenen Brief an die Öffentlichkeit zu treten und den Kreis der Aktionseinheit zu verbreitern. Am Tag drauf verbot die Stadt Nürnberg die Veranstaltung. Trotz Verbot verteilten Mitglieder des „KDS" und der „Wehrsportgruppe Hoffmann" am 2.8. Flugblätter mit Aufrufen für den „Kongreß". Am Abend des 2.8. fand eine erneute Aktionsbesprechung der Antifaschisten statt. Diesmal ergänzt durch: VVN, Kreisjugendausschuß des DGB, SDAJ, Falken, Naturfreundejugend, DFU, SB, Israelitische Kultusgemeinde, Gefangenengruppe sowie einige sozialdemokratische Genossen. Von den eingeladenen Gruppen erschien lediglich die DKP nicht. Im Gegensatz zu VVN, KJA/DGB, DFU und SDAJ schätzten die übrigen anwesenden Organisationen die Situation auch nach dem Verbot so ein, daß die Faschisten trotzdem Provokationen versuchen würden. Es wurde einheitliches Vorgehen für den Tag des geplanten „Kongresses" beschlossen. DGB-Jugend, DFU (sowie DKP), VVN sahen nach dem Verbot keinen Anlaß mehr, öffentlich oder organisationsintern zu mobilisieren. Die VVN „begründete" diese Abstinenz damit, daß in der Aktionseinheit sowieso nur „Studenten", „Gewerkschaftsfeinde" und sonstige „ominöse Kräfte" seien. Die VVN suche sich ihre Bündnispartner selbst und würde deshalb nicht mit den in der Aktionseinheit vertretenen Gruppen zusammenarbeiten usw.

Von all diesen Auseinandersetzungen, von der Existenz, geschweige denn von den Positionen anderer als der rechts von der DKP angesiedelten politischen Kräfte erfährt der „tat"-Leser nichts.

4. Beispiel: Kappler-Entführung

Selbstverständlich publizierte die VVN empörte Artikel zur Kappler-Entführung. Die VVN „verurteilte" die Entführung in einer „Erklärung" und wird wohl auch in Zukunft Enthüllungen zu Kapplers Freunden etc. bringen. Alles sehr löblich – mit keinem Wort allerdings erwähnte „die tat" die vom KB initiierte antifaschistische Demonstration in Soltau (an der sich immerhin ca. 500 Menschen beteiligten). Damit fällt „die tat" sogar noch hinter die „Soltauer Zeitung" zurück, die kommentierte: *„Die Chaoten fielen in Soltau ein."* Offensichtlich ist es der VVN peinlich, über eine Demonstration zu berichten, an der sich zu beteiligen sie vorher abgelehnt hatte, und zwar nach der inzwischen bekannten Manier: dreimaliges Auflegen des Telefonhörers!

Die Beispiele belegen einen unsauberen politischen Stil seitens der VVN: diese Methode des Verschweigens, der Darstellung von Halbwahrheiten bis hin zu offenen Lügen nennen wir im bürgerlichen Journalismus schlicht Manipulation. Für die VVN ein Mittel der politischen Auseinandersetzung? Die „tat"-Redaktion muß sich sagen lassen, daß sich die Wahrheit bekanntlich mit noch so großem Geschick nicht unterdrücken läßt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Unvereinbarkeitsbeschlüsse jetzt auch im VVN?

Am 27.7.77 bekam ein VVN-Mitglied aus Eutin ein Einladungsschreiben zu einem Gespräch über die Nazi-Provokation der Waffen-SS in Malente. Auf dem Treffen waren 3 Lübecker Vorstandsmitglieder der VVN anwesend. Die ersten Fragen betrafen den Verlauf der Antifa-Aktion gegen das SS-Treffen (wir berichteten im AK 105 genau darüber). Bald darauf drehten sich die Fragen nur noch um verschiedene AK-Artikel, in denen der VVN kritisiert worden war. Insbesondere wurden die Artikel: „Waffen-SS raus aus Malente", „Mit fremden Federn – DKP u. VVN als Spalter im antifaschistischen Kampf" angesprochen. Bei dem ersten Artikel beschwerten sie sich über die Feststellung, der VVN habe bei dieser Aktion keinen Finger krumm gemacht. Sie meinten, der VVN würde hier im AK vom KB angegriffen und sie verlangten von dem Eutiner VVN-Mitglied, einem KB-Genossen, er müsse die VVN verteidigen.

Bei dieser Antifa-Aktion war der VVN vom KB lange Zeit vorher angesprochen worden, um ein gemeinsames Vorgehen abzusprechen. Bei der damals geplanten Demonstration wurde die VVN/Lübeck acht Wochen vorher angesprochen. Es wurde behauptet, die Zeit wäre für eine Mobilisierung viel zu kurz und außerdem liefen zu der Zeit die Vorbereitungen für die Friedens- und Abrüstungsdemonstration. Die VVN wollte jedoch eine Protestresolution an die Gemeinde Malente schicken. Die vereinbarte Übersendung einer Kopie erreichte uns nie. Ob diese Resolution jemals verschickt wurde, ließ sich nicht mehr feststellen. Inwieweit die Feststellung, der VVN hätte in der besagten Aktion nichts gemacht, also erlogen sein soll, weiß offensichtlich nur der VVN/Lübeck.

Eine weitere recht provokative Frage drehte sich um die Friedens-

Die Fragen der VVN/Lübeck

1. Wie stehst Du zur Bündnispolitik der VVN – Bund der Antifaschisten?
2. Würdest Du im antifaschistischen Kampf gegen SS- und Neonazis und Revanchisten mit allen demokratischen Organisationen, insbesondere mit dem DGB, ein gemeinsames Handeln erstreben?
3. Wie stehst Du zu dem Kampf der VVN – Bund der Antifaschisten für Friedenssicherung und Abrüstung, wie es auf dem Europäischem Symposium im November 1975 in Paris beschlossen wurde?
4. Bejahst Du die Demonstrationen des 21. Mai in Bremen, Essen, Frankfurt und München für Friedenssicherung und Abrüstung, die von der VVN – Bund der Antifaschisten unterstützt wurde?
5. Kannst Du uns eine Erklärung geben, wie die verlogene Behauptung in dem Artikel: „Waffen-SS raus aus Malente" zustande kam?
6. Ist Dir der Artikel: „Mit fremden Federn – DKP und VVN als Spalter im antifaschistischen Kampf" bekannt? Wie stehst Du zu dem Inhalt desselben?
7. Wie ist Deine Einstellung zu dem Artikel: 21. Mai-Demonstration „für Frieden und Abrüstung", insbesondere mit der Behauptung, daß wir eine einseitige Abrüstung fordern?
8. Kannst Du uns ein Dokument oder eine Aussage bringen, in der die VVN – Bund der Antifaschisten, eine einseitige Abrüstung gefordert hat?
9. Diese den Tatsachen widersprechende Behauptung ist doch in der National- und Soldaten-Zeitung eines Herrn Frey nachzulesen. Natürlich auch in dem Leibblatt von Strauß und allen Gegnern einer Friedens- und Abrüstungspolitik sowie den übrigen Medienblättern. Wie ist Deine Meinung zu diesem Problem?
10. Wie stehst Du zu den Störtrupps des KB, wie wir sie 1976 in Bonn und 1977 in Bremen erlebten?

Fortsetzung von Seite 32

demonstration in Bremen; hier hätte der KB „Störtrupps" gebildet und im Abseits nur gestört. Die Frage des Genossen, ob dies ein Prüfungsverfahren für die Mitgliedschaft im VVN sei, wiesen sie von sich, betonten aber, die Fragen besäßen große Wichtigkeit. Der Genosse zitierte die Selbstdarstellung der VVN als eine *„überparteiliche und unkonfessionelle Organisation und strebe das gemeinsame Vorgehen aller demokratischen Kräfte gegen Neofaschismus und Reaktion an"* und machte den Vorschlag, sich gemeinsam im Kampf gegen Faschisten zusammenzuschließen und in Ostholstein eine antifaschistische Aktionseinheit zu bilden, um den Nazi-Aktivitäten in diesem Raum gemeinsam entgegenzutreten. Hierzu wollten sich die Mitglieder des VVN-Vorstandes nicht äußern.

Im Anschluß überreichten sie dem Genossen einen Teil eines maschinegeschriebenen Fragenkomplexes (siehe Kasten), den sie bei dem nächsten Treffen schriftlich beantwortet zurückerbaten.

Ein weiteres Treffen ist für September vereinbart. Es ist zu befürchten, daß dann gegen einen aktiven Antifaschisten die Unvereinbarkeitsbeschlüsse angewendet werden sollen.

KB/Gruppe Eutin

Brief an VVN

Der untenstehende Brief wurde sowohl an das Präsidium der VVN – Bund der Antifaschisten/Frankfurt als auch an die VAN/Hamburg geschickt. Leider hat weder das Präsidium noch der Hamburger Vorstand es für notwendig gehalten, darauf zu antworten. Diese Politik des Schweigens ist die einzige Form der Auseinandersetzung, zu der die VVN-Führung in letzter Zeit bereit war. Wir halten diese Politik gerade angesichts der immer frecher betriebenen Nazi-Renaissance und zum Teil offen reaktionären Politik der bürgerlichen Parteien für eine ernsthafte Schwächung im Aufbau einer möglichen antifaschistischen Front, die von keinem ehrlichen Demokraten und Antifaschisten geduldet werden kann.

Antifa-Kommission

VVN-Vorstand
Feldbergstraße 30
6000 Frankfurt 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem in den letzten Monaten wiederholt Vorschläge unserer Organisation an die VVN (bzw. in Hamburg VAN) zu bestimmten gemeinsamen Aktionen sowie zu Gesprächen ohne jede Begründung zurückgewiesen wurden, wenden wir uns jetzt auf diesem Weg direkt an Sie.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht auf die gewiß bekannten inhaltlichen Differenzen zwischen Ihnen und uns einzugehen. Ebenso unbestreitbar wie die Existenz dieser inhaltlichen Differenzen ist aber unserer Meinung nach auch die Tatsache, daß jede Organisation auf ihre Weise, die VVN und VAN ebenso wie der Kommunistische Bund, ihren Beitrag zum Kampf gegen die faschistische Gefahr und für die Verteidigung demokratischer Rechte leistet. Dies geschieht mitunter sogar schon objektiv gemeinsam, allzu oft aber
jektiv gemeinsam, allzu oft aber
noch – gegen unseren Willen und in erster Linie auf Grund des Verhaltens Ihres Verbandes – nebeneinander.

Die politische Vernunft erfordert es, daß angesichts dieser Lage der Dinge zumindest der ernsthafte V e r s u c h unternommen wird, miteinander ins Gespräch zu kommen und zumindest die M ö g l i c h k e i t eines gemeinsamen Vorgehens oder – wenn Ihnen das derzeit schon zuviel erscheint – jedenfalls einer minimalen Koordination ins Auge zu fassen. Leider wird von Ihrem Verband aber selbst der kleinste Schritt in diese Richtung überängstlich zurückgewiesen. Wir werten es als Ausdruck von Schwäche und hysterischer Berührungsangst, wenn uns z.B. in Hamburg auf telefonische Anrufe hin nur geantwortet wird, mit uns spräche man überhaupt nicht. Wir können uns ausmalen, daß nach so einer Szene wahrscheinlich noch der Telefonhörer im VAN-Büro sorgfältig abgeputzt wird. Etwas ähnliches haben wir bisher, verzeihen Sie uns den Vergleich, nur bei der „KPD/ML" erlebt.

Es wäre auf jeden Fall schon ein Fortschritt, wenn Sie die verschiedenen Argumente, mit denen Sie gegenüber den Mitgliedern Ihres Verbandes ein solches Vorgehen rechtfertigen, einmal veröffentlichen würden. Dann hätte nämlich die demokratische und antifaschistische Öffentlichkeit dieses Landes wenigstens Gelegenheit, diese Argumente kennenzulernen und auf ihre Stichhaltigkeit hin zu überprüfen.

In Gesprächen mit Mitgliedern Ihres Verbandes haben wir eine erschreckende Unkenntnis über die Politik unserer Organisation feststellen müssen. So beispielsweise die Behauptung, wir seien gegen Abrüstung, wir würden zur Solidarität mit Solschenizyn aufrufen.
Politik feststellen müssen. So beispielsweise die Behauptung, wir seien gegen Abrüstung, wir würden zur Solidarität mit Solschenizyn aufrufen
und gar: wir würden für die Stärkung der Bundeswehr eintreten. Wir gehen von der Annahme aus, daß für derartige grobe politische „Bildungslücken" Ihre eigene „Informationspolitik" in Ihren Verband hinein mitverantwortlich ist.

Wir haben auch erfahren, daß insbesondere unser Artikel über die VVN/VAN im „Arbeiterkampf" vom 11.7. d.J. in Ihrem Verband mancherorts Diskussionen hervorgerufen hat und daß teilweise jetzt dieser Artikel angeblich der Grund sein soll, warum die VVN/VAN eine Zusammenarbeit mit dem Kommunistischen Bund ablehnt. Auch dieses Argument halten wir nicht für stichhaltig, zumal es eindeutig ist, daß schon lange v o r Erscheinen des Artikels Ihr Verband jede Zusammenarbeit oder auch nur ein Gespräch mit uns abgelehnt hat.

Wir wissen auch, daß unsere unterschiedliche Einschätzung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Sowjetunion und anderen Ländern des sog. „realen Sozialismus" von Ihnen als Argument für die Ablehnung jeder Zusammenarbeit angeführt
nung jeder Zusammenarbeit angeführt
wird. Dies widerspricht kraß sowohl dem überparteilichen Selbstverständnis der VVN/VAN wie auch allen Prinzipien der antifaschistischen Aktionseinheit. Würden Sie auch gegenüber Liberalen und Sozialdemokraten so vorgehen wie uns gegenüber, so stünden Sie schon lange hoffnungslos im politischen Abseits. Oder haben Sie noch nicht erlebt, daß Liberale und Sozialdemokraten z.B. über die Invasion der CSSR 1968, über die Ausweisung Biermanns aus der DDR, über Solschenizyn usw. usf. anderer Meinung sind als Sie selbst?

Wir haben im „Arbeiterkampf" vom 11.7. d.J. geschrieben, daß Sie gegenüber dem Kommunistischen Bund mit der sog. „These 41" der DKP operieren (keinerlei Zusammenarbeit mit „Chaoten"). Wir fordern Sie auf, das Gegenteil zu demonstrieren, indem Sie entweder Ihre Haltung uns gegenüber revidieren, oder aber – wenn Sie dazu nicht bereit sind – Ihre Argumente zumindest öffentlich darzustellen, damit darüber diskutiert werden kann. Am besten würden wir allerdings finden, wenn als nächster Schritt ein Gespräch zwischen Ihnen und uns stattfinden könnte.

Um Ihnen ausreichend Gelegenheit zu einer Antwort zu geben, werden wir diesen Brief erst im AK 113 veröffentlichen, der in der zweiten Septemberhälfte erscheinen wird. Wir würden uns freuen, dann auch schon Ihre Antwort mit abdrucken zu können. Darüber hinaus werden wir n a c h diesem Zeitpunkt auch in anderer Weise mit unserem Brief an die Öffentlichkeit gehen. Wir würden es begrüßen, wenn Sie Ihrerseits unseren Brief und Ihre Stellungnahme dazu in der „tat" veröffentlichen würden.

Mit freundlichem Gruß,
Antifa-Kommission des KB
im Auftrage des LG

14.8.1977

KURZMELDUNGEN

NS - Prozeß in Hannover

Drei ehemalige Angehörige der SS und der NS-Sicherheitspolizei müssen sich vom 23.9. an vor der Schwurgerichts-Kammer des Landgerichts Hannover wegen Mordes und Beihilfe zum Mord, begangen an Juden in Krakau (Polen) in der Zeit von Anfang 1942 bis Ende 1944, verantworten. Es handelt sich bei den Angeklagten um: Kriminalobersekretär a.D. Rudolf Körner aus Hameln, damals Kriminalsekretär und SS—Sturmscharführer; den Angestellten Kurt Heinemeyer aus Hannover, damals ebenfalls Kriminalsekretär und SS-Obersturmbannführer; den Arbeiter Max Ohlde aus Hamburg, der zur Tatzeit Kriminalassistent und SS-Oberscharführer war. Körner soll sich des gemeinschaftlichen Mordes in 22 Fällen und der Beihilfe zum Mord in siebzehn Fällen schuldig gemacht haben. Gemeinschaftlicher Mord wird auch Heinemeyer (in acht Fällen, außerdem siebenmal Beihilfe) und Ohlde (in zwei Fällen und sechsmal Beihilfe) vorgeworfen. In drei Fällen sollen alle drei darüberhinaus gemeinschaftlich miteinander in wechselnder Beteiligung mit anderen Beihilfe zum Mord dadurch geleistet haben, daß sie befehlsgemäß bei den Massakern zur »Endlösung der Judenfrage« im Destrikt Krakau mitwirkten, denen dort mindestens 19500 Juden zum Opfer fielen. Der Anklage zufolge haben sich alle drei Beschuldigten nicht gescheut, auch Frauen und Kinder zu erschießen. So sollen Körner und Heinemeyer zum Beispiel im März 1943 im Ghetto in Krakau mindestens acht kleine Kinder durch Schüsse in Gepäckstücke, wo sie von ihren Eltern versteckt worden waren, getötet haben. Körner, Heinemeyer und Ohlde, so die Anklage, hätten *»aus eigenem Entschluß in einverständlichem Eifer mit der nationalsozialistischen Staatsführung aus unmenschlicher und lebensverachtender Gesinnung gegenüber ihren jüdischen Opfern gehandelt __ in der Erwartung, wegen ihrer Taten nicht zur Verantwortung gezogen zu werden«* („FAZ", 10.9.77).

Nazi-Mörder endgültig frei

Nazi-Verbrecher Wolfgang Abel, Oberstleutnant der Bundeswehr a.D. hatte sich im Spätsommer 1941 zusammen mit dem Mitangeklagten Hans Heinemann des Mordes an 150 bis 250 russischen Juden schuldig gemacht. Außerdem war er Chef der Nachrichtenabteilung des Polizeiregiments Süd. Erst Ende 76 wurde gegen ihn vor dem Landgericht Kaiserslautern Anklage erhoben. Das Urteil: Freispruch. Die Revision dieses Urteils hat nun der Vierte Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe verworfen. Abel wurde nur der Beihilfe zum Mord für Schuldig erklärt.

Die Strafe für diese Tat ist längst ver-

Schuldig erklärt.

Die Strafe für diese Tat ist längst ver-

jährt ...

Nazi-Provokateur: „Bewährung"

Die 5. Große Strafkammer verurteilte nach 5 1/2 stündiger Verhandlung den 37 jährigen Reinhart B. aus Augsburg wegen nazistischer Umtriebe und Lagerung verfassungswidrigen Propagandamaterials, zu 9 Monaten — auf Bewährung! Reinhard B. und seine Frau hatten in der Nacht vom 4. zum 5.1.77 ihr Lokal für eine Faschistenfeier zur Verfügung gestellt. 15 Nazis sangen das »Horst-Wessel-Lied«, entrollten Hakenkreuzfahnen, hängten Hitlerbilder auf und grüßten andere Gäste mit »Heil Hitler«. Bei Reinhart B. wurden 1300 Aufkleber für Weinflaschen gefunden, auf denen u.a. »Wir danken unserem Führer« stand. Frau B. wurde freigesprochen. Von den 15 Gästen stand keiner vor dem Kadi („Süddeutsche Zeitung", 10./11.9.77).

Rassisten, Faschisten, CDU/CSU

Am 10./11. September rotteten sich in Coburg Rassisten zusammen, die um die internationale Faschistenzeitung „Nation Europa" organisiert sind (siehe AK 112).

Thema des Treffens: das »Südliche Afrika«. Wie zu erwarten, tauchten bekannte faschistische Gestalten auf: u.a. der Ex-NPD-Chef und Mitherausgeber der „Deutschen Wochen-Zeitung", v. Thadden, verschiedene NPDler, DVU-Nazis und Vertreter der »Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft«. Dabei wurde die Apartheid-Politik des südafrikanischen Regimes gelobt und gerechtfertigt, da »nicht alle Menschen gleich sind« und die »Überlegenheit des weißen Mannes« durch »biologische Forschungen« begründet sei!

Zu diesem Rassisten- und Faschistenhaufen schickten die CDU-Bundestagsabgeordneten Todenhöfer (»Dritte-Welt«-»Experte«!) und Hupka (Landsmannschaft — Revanchist) Grußbotschaften.
Weiter nahm der ehemalige bayerische Staatminister Walter Stein an dem Treffen teil. Sozusagen als Höhepunkt trat der CSU-Bundestagsabgeordnete Graf Huyn als Redner auf! Das Ganze fand unter Polizeischutz statt („UZ" 13.9.77).

Dreggers Mann

Gerd Bacher, in Eigenbeschreibung ein »heimatloser Rechter«, soll Wahlkampfmanager des CDU-Rechtsaußen Alfred Dregger in Hessen werden.

Der österreichische Journalist Bacher hatte sich 1976 schon für den Bundeskanzler-Kandidaten Kohl bemüht. Er ist halt eine bewährte Kraft: Aktenkundig ist seine Intimbeziehung zur CSU (von ihr wurde er als ZDF-Intendant vorgeschlagen), sein enges Einvernehmen mit StrauSS und dessen Vertrauten Zimmermann und Stücklen, sind seine Kontakte zu Faschisten aus Südeuropa, zu südtiroler Bombenlegern und zu alten SS»Führern („PPP", 1.9.77).

Hierl hängt wieder ...

Nachdem das Bild des ehemaligen NS-Reichsarbeitsführers Konstantin Hierl vor einigen Wochen von Unbekannten aus der Ehrenbürgergalerie fortgeschafft worden war, tauchte es nun wieder in Bonn auf. Es wurde dem SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Sieler anonym zugestellt. Sieler leitete das Bild an die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth weiter, so daß es heute wieder in der Ehrengalerie hängt („Frankfurter Rundschau", 8. + 15.9.) Angesichts der Proteste in der Öffentlichkeit, als die CSU-Stadtratsmehrheit in Parsburg gegen die Stimmen der SPD-Fraktion beschloß, an der Ehrenbürgerschaft Hierls festzuhalten, erklärte Sieler, er erwarte, daß »der deutschen Öffentlichkeit eine Wiederholung des makabren Schauspiels der Verherrlichung von Nazi-Größen erspart bleibt und das Bild samt Ehrenbürgerschaft in den Müll wandert«. Diese Chance hat Sieler nun selbst verpaßt, als er's in der Hand hatte.

Von Antifaschisten verhindert – von CSU genehmigt

Nachdem die Stadtverwaltung München aufgrund breiter antifaschistischer Proteste sich gezwungen sah, die für den 3.9. in München geplante DVU-Veranstaltung (Motto: »Ewig büßen für Hitler?«) zu verbieten, wobei das Verbot sich ausdrücklich auch auf eventuelle Ersatzveranstaltungen bezog, rotteten sich einige DVU-Faschisten unter ihrem Führer Frey dennoch

eventuelle Ersatzveranstaltungen bezog, rotteten sich einige DVU-Faschisten unter ihrem Führer Frey dennoch

zusammen. Sie tagten in der »Marthabräuhalle« in Fürstenfeldbruck.

Der Landrat des Kreises Fürstenfeldbruch, Gottfried Grimm (CSU) und der Präsident des Polizeipräsidiums Oberbayern, Othmar Keller, sahen in der Umgebung des von zwei Gerichten bestätigten Versammlungsverbots keine »erkennbare Störung der öffentlichen Sicherheit«.

Dieser Landrat Grimm sah auch kein Problem darin, daß sich Fürstenfeldbruck in Zukunft zu einem »Refugium rechtsradikaler Gruppen« entwickeln könne und stellte fest, er könne die »aufregung« um die Zusammenrottung der DVU »nicht verstehen«. Solange die DVU nicht für verfassungswidrig erklärt worden sei und bei ihren Veranstaltungen nicht zu Waffengewalt aufgerufen oder zu Verbrechen aufgehetzt werde, sehe er keine Handhabe gegen ihre Veranstaltungen. Er habe sich durch Teilnahme an der Veranstaltung (offenbar gefiel es ihm dort ja ganz gut) selbst überzeugt, daß die Teilnehmer »nur am Tisch saßen und keine Stuhlbeine schwangen«!

Polizeipräsident Keller hatte den Faschisten noch den besonderen Liebesdienst getan, ihnen eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei zu ihrem »Schutz« zu schicken (nach „tat", 16.9.77).

Bayern: Butz muß ausgewiesen werden!

Im Zusammenhang mit dem verhinderten und verbotenen Auschwitz-Kongreß der Neonazis in Nürnberg und der Folgeveranstaltung in München, die ebenfalls nach großen Protesten verboten wurde, tauchte immer wieder der Name Butz auf. Professor R. Butz aus Evanston (Illinois), USA, ist Autor des Buches »Der Jahrhundertbetrug«, in dem er nachzuweisen versucht, daß das ganze Gerede von der Judenvernichtung alles Lügen und Verdrehungen sind. Butz war sowohl auf der Nürnberger als auch auf der Münchner Veranstaltung als Redner angekündigt. Der Amateur-Historiker ist Professor für Elektronik. Von seinem Faschisten-Freund Frey (Herausgeber der „National-Zeitung") erhielt er u.a. den »Ehrenpreis der National-Zeitung für politische Verfolgung«. Welch ein Zynismus!

Das bayerische Innenministerium erklärte auf Anfrage eines SPD-Landtagsabgeordneten, daß es für eine Ausweisung keine rechtlichen Gründe sehe! Sie werde aber weiterhin den Professor, der inzwischen in die USA abgereist ist, beobachten ...

KB/Gruppe Nürnberg

Vorsicht: Rassistische Rattenfänger

Die Rassistenzirkel um den Neofaschisten Jürgen Rieger (immer noch Rechtsanwalt in Hamburg!) schmieden Aktivpläne. An die diesjährige Tagung ihrer „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" – vom 16. bis 18. September in der Nähe Bayreuths – schließt am 24./25. September im faschistischen Traditionsdorf Lippoldsberg die Jahrestagung des „Nordischen Rings" an. Der „Ring" gehört zum Kreis der Ludendorff- faschistischen Antisemiten und Rassisten um die „Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft". Diese Zirkel gehen frech mit „wissenschaftlich fundierten" Rassenparolen vom „nordischen Menschen" etc. hausieren. Offenbar setzen sie auf den braunen Nostalgie-Trend: Im neuesten Heft der Rieger-Zeitschrift „Neue Anthropologie" kündigen sie an, daß „örtliche Arbeitskreise" gebildet werden sollen, die gezielt „Leserbriefe an die örtliche Presse" schreiben sollen, „Vortragsveranstaltungen", „Verteilen und Versenden von Flugblättern" und eine „Wanderausstellung, die in den örtlichen Schulen gezeigt werden könnte" organisieren sollen. Man wird die Augen aufmachen müssen: Meldungen wie die in Hamburger SPD-„Morgenpost" (8.9.77), in denen Knochenmesser-Theorien in der Nazi-Tradition als neueste Erkenntnisse ausgegeben werden, passen in dieses Konzept. Von dem englischen Professor Eysenck wird dort z.B. kolportiert: *„Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß Männer mit breiten Hüften und Frauen mit schmalen Hüften für die Liebe ungeeignet sind"*. Eysenck gehört, wie der Zufall so spielt, zum festen Stamm „wissenschaftlicher" Prominenz der „Neuen Anthropologie".

Antifa-Kommission

VOS-Treffen

VOS-Treffen

Am 11.9.77 fand in Paderborn das erste Landestreffen der VOS („Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.") der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen statt. Eine Kranzniederlegung am einzigen Gedenkstein der VOS in der BRD und eine Kundgebung bildeten den öffentlichen Teil des Treffens. Zur Kranzniederlegung kamen rund 150 angekarrte VOS-Leute. In den Reden wurde gegen die DDR und den Kommunismus gleichermaßen gehetzt. Dazu kamen Hetzparolen wie *„nun dürften die Entführer Schleyers und die Gefangenen in Stammheim ihr Leben wohl verwirkt haben"*.

Ein Genosse aus Paderborn

Faschisten-Kundgebung in Dortmund

Am 10.9.77 trat die NPD massiv in der Dortmunder Innenstadt auf. Mit Plaketten „Jetzt hilft nur noch die NPD" verteilten die Faschisten Flugblätter. Mittags machten die Faschisten eine Kundgebung mit 100 bis 150 Leuten, von den Bullen entsprechend geschützt. In der ersten Reihe standen Fahnenträger, andere Faschisten trugen Schilder mit Aufschriften wie „Stoppt Rotmord", „Zerschlagt den Kommunismus", „Kampf dem Linksterror". Wir trommelten in kurzer Zeit 30-40 Antifaschisten zusammen und riefen Parolen gegen die Faschisten, die mit Sprechchören wie „Buback-Mörder", „Treibt die Kommunisten durch ihr eigenes Minenfeld nach drüben" etc. antworteten. Diese Hetze konnte die Faschisten ohne allzu große Störungen im Schutze der Polizei ablassen.

Ein Genosse aus Dortmund

Fortsetzung auf Seite 34

Fortsetzung von Seite 33

Jugendliche gegen Nazi --Provokation

Im Hamburger Stadtteil Langenhorn hatten Nazis der »Hansa«-Bande in der Nacht zum 1.9. im Fußgängertunnel der U-Bahn in Langenhorn die Parole: »NSDAP 1939 Kriegsbeginn — SA kämpft weiter« gesprüht. Dabei war der 18jährige Tibor Schwarz, wohnhaft in Hamburg-Langenhorn, von der Polizei festgenommen, allerdings noch am selben Tag wieder freigelassen worden.

Aus Protest gegen die Nazi-Schmierereien organisierten antifaschistische Jugendliche am Samstag, 3.9., auf dem Langenhorner Markt eine antifaschistische Aktion. Sie klebten Wandzeitungen über die Nazi-Parole und diskutierten mit Passanten über das immer frechere Auftreten der Faschisten, welches durch »Hitler-Filme« u.ä. gefördert wird. U.a. mußten sie sich dabei gegen ein Provokateursehepaar durchsetzen, die versuchten, die Wandzeitungen herunterzureißen, was ihnen jedoch nicht gelang. Diese beiden Typen waren es auch, die die Bullen holten. Die beiden »Hüter des Gesetzes« »beschlagnahmten« die Wandzeitungen und nahmen die Personalien eines Jugendlichen auf — alles ohne Begründung!

Davon ließen sich die Jugendlichen jedoch nicht beirren: Eine erneute Wandzeitung, die das Vorgehen der Bullen anprangerte, klebte sofort an der alten Stelle. Die Wandzeitung wurde erneut »beschlagnahmt« — diesmals von 12 (!) Bullen.

Die Jugendlichen gingen nach ihrer Aktion zur nächsten Polizeiwache, forderten die Herausgabe der Wandzeitung und wollten Anzeige gegen die Nazi-Schmierereien erstatten, was ihnen die Polizisten verweigerten.

Ihre Erfahrungen haben die Jugendlichen in einem Flugblatt veröffentlicht. Demnächst werden sie den Film »Stärker als die Nacht« zeigen.

Bezirksgruppe Langenhorn
KB/Gruppe Hamburg

6. Auschwitz - Prozeß in Frankfurt: Ein neuer Skandal ?

33 Jahre nach ihren Verbrechen stehen in Frankfurt der ehemalige KZ-Lagerführer Czerwinski und der ehemalige Blockführer Schmidt vor Gericht. Der frühere SS-Unterscharführer Czerwinski ist angeklagt, 1944 im Lager Lagischa mindestens 8 sowjetische Häftlinge ermordet zu haben. Weitere drei Häftlinge soll er später erschossen haben.

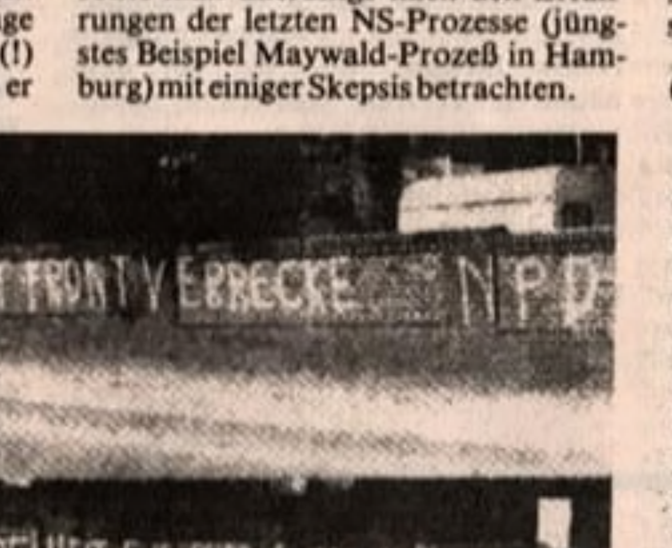
Der frühere SS-Sturmmann Schmidt wird beschuldigt, zwei Häftlinge umgebracht zu haben.

Wie nicht anders zu erwarten, ist die Taktik der Angeklagten, sich an nichts mehr zu erinnern (Schmidt auf die Frage des Richters, ob es im Lager auch Tote gab: »Ich kann mich momentan nicht erinnern«), ihre Verbrechen herunter zu spielen (Schmidt auf die Frage des Richters, ob er auch Häftlinge mißhandelt habe, er habe ihnen »schon mal einen Klaps gegeben«) bzw. die Aussage zu verweigern. Nur, ob im Lager sonst jemand getötet habe, da ist sich Schmidt ganz sicher, daß er das nicht gesehen hat, im Gegensatz zu seiner Aussage während der Ermittlungen vor sieben (!) Jahren; da wußte er noch genau, daß er die Erschießung eines geflohenen Häftlings durch Czerwinski persönlich miterlebt hat.

Ob die insgesamt 118 geladenen Zeugen und die voraussichtliche Verhandlungsdauer bis Februar 1978 bewirken, daß diese NS-Schergen ihrer gerechten Strafe zugeführt werden, sollte man allerdings nach den Erfahrungen der letzten NS-Prozesse (jüngstes Beispiel Maywald-Prozeß in Hamburg) mit einiger Skepsis betrachten.

So ist es auch jetzt so, daß diese beiden in keiner Weise wie unter Mordanklage stehende Personen behandelt werden: Das Gericht betreten und verlassen sie jeweils als freie Männer. Zwischen den Verhandlungstagen ist Czerwinski Meister in der Frischfleischabteilung eines Kaufhauses, Schmidt arbeitet als Sicherungsposten bei der Bundesbahn...

(Nach „tat", 16.9.77)



Diese Nazi-Schmierereien wurden in Dortmund fotografiert. Seit Monaten beschmieren hier Neonazis Häuser, Grabsteine und Brücken mit faschistischen Parolen. Die örtlichen Zeitungen tun die Schmierereien als Tat jugendlicher „Rowdys" ab. („UZ", 15.9.77)

Auch in Münster haben Neonazis in der Nacht vom 8. auf den 9.9.77 Gebäude der Universität mit faschistischen Parolen beschmiert; z.B. „Deutschland erwache", „NSDAP", „SS". ("UZ", 10.9.77).

Antifaschistische Proteste in Oldenburg

NPD und JN hatten für den 3.9. in der Oldenburger Innenstadt eine Kundgebung geplant, die aber auf Intervention der DKP und anderer Verbände schließlich nicht stattfinden durfte. Allerdings konnten die Faschisten ihre »Informations«-Stände aufbauen und einen Diskussionsrummel abziehen. Die seit langem wieder erste antifaschistische Aktivität der Revis brachte immerhin eine gewisse Gegenmobilisierung mit kräftigen Sprechchören: »Faschisten raus aus Oldenburg«. Einige Spontis hatten eine gute Idee realisiert: Als KZ-Häftlinge verkleidet und mit mahnenden Transparenten ausgestattet demonstrierten sie mehrere Stunden lang — Faschisten auf der einen, Bullen auf der anderen Seite.

KB/Gruppe Oldenburg

Braune Hetze gegen Nürnberger JZ

Die CSU hat in den letzten Wochen eine Pressekampagne gegen das selbstverwaltete Jugendzentrum KOMM begonnen – offensichtlich als Auftakt zu den Kommunalwahlen Anfang 1978.

Unter reißerischen Schlagzeilen wie *„Steuergelder für Kommunistenpropaganda", „Jugendliche zu militärischen Übungen geladen"* – heißt es da: *„Im KOMM wird gegen den demokratischen Staat agitiert . . . zerstörerische Umtriebe unter dem Deckmantel der ‚Selbstverwaltung'".* („NZ", 25.7.) Der „Bund der Steuerzahler" in der „Franken-Rundschau" vom 14.7.: *„Zu den linksradikalen und verfassungsfeindlichen Umtrieben gehört die regelmäßig erscheinende ‚KOMM-Zeitung', die unablässig und dies auf Kosten der Stadt, also der Steuerzahler – gegen unseren demokratischen Staat und unsere freie Gesellschaft hetzt."*

Der Bund fordert daraufhin, sofort alle *„hart erarbeiteten Steuergelder"* für's KOMM zu sperren, bis die JZ-Zeitung nicht mehr erscheint und das Jugendzentrum „gesäubert" ist. Drahtzieher der Kampagne ist der CSU-Stadtrat Georg Holzbauer, der in einem Brief Bayerns Innenminister
CSU-Stadtrat Georg Holzbauer, der in einem Brief Bayerns Innenminister
Seidl zum Eingreifen gegen die „verfassungsfeindlichen Umtriebe" auffordert. Die Reaktionäre kritisieren, daß u.a. auch kommunistische Gruppen im KOMM Veranstaltungen machen können, die KOMM-Zeitung über die Lage der politischen Gefangenen berichtete oder zum 1.Mai aufrief. Die CSU fordert die endgültige Schließung des KOMM. So hat der CSU-Ortsverband Altstadt schon am 26.5. vorgeschlagen, aus dem JZ eine „Begegnunsstätte der Nürnberger" zu machen, *„ein Kommunikatioszentrum aller gesellschaftlich relevanten Kräfte"* („NZ", 27.5.) Und wer „relevant" ist, möchte die CSU gern selbst bestimmen. Tatsächlich ist es bisher ohne Weiteres möglich, daß ins KOMM wirklich alle Leute kommen konnten. Eben das will die CSU ändern.

Laut „NZ" vom 25.7. *„müssen sich die Verantwortlichen, an ihrer Spitze (SPD-)Oberbürgermeister Dr. Andreas Urschlechter und Kulturreferent Dr. Hermann Glaser mit Recht den Vorwurf gefallen lassen, wenn man sie als Hausherren in der Nähe der Kommunisten ansiedelt."* Zu diesen lachhaften Vorwürfen meinte der zuständige Sachbearbeiter Kett ausweichend, man habe von Anfang an gewußt, daß Risiken mit dem Versuch des Kommunikationszentrums verbunden seien. Die KOMM-Zeitung würde auch dem „Schul- und Kulturreferat" nicht passen, aber das Modell sei nun
„Schul- und Kulturreferat" nicht passen, aber das Modell sei nun
einmal eingeführt und man müsse dazu stehen. Man sei gegenüber der Zeitung völlig hilflos und es gäbe keine Möglichkeit zum Eingreifen („NZ", 30.6.). Heißer Tip von Kulturreferent Glaser, SPD, an die CSU: Sie soll auch im KOMM mitarbeiten, weil die Parteien die politische Bildungsarbeit am Volke als Verfassungsauftrag hätten. *„Dort gibt es viele junge Menschen, die politisch desorientiert sind. Sie brauchen die Präsenz aller politischen Kräfte, auch die der CSU."*

Natürlich betreibt auch in Nürnberg die SPD ihre „Radikalen-Hatz", so befahl sie z.B. im Herbst letzten Jahres eine Polizeiaktion gegen eine Wandzeitung, die die Behandlung der politischen Gefangenen kritisierte. Der Verfasser bekam einen Prozeß angehängt, wegen „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole". Das KOMM – 74 gegründet – ist als größtes selbstverwaltetes Jugendzentrum der BRD ein wahres reformistisches Prunkstück, es hat 40 Räume, eigene Druckerei, Videogeräte, eigenes Kino etc. Das JZ hat keinen Trägerverein und ist formell eine Städtische Dienststelle. Von vier hauptamtlichen Sekretären wird einer direkt von der Stadt eingesetzt, die anderen drei werden von der Vollversammlung gewählt und sind ihr rechenschaftspflichtig. Die Vollversammlung ist höchstes Entscheidungsorgan, sie bestimmt auch über den Jahresetat von 120.000 DM (!). Die SPD wollte seinerzeit (1974)
scheidungsorgan, sie bestimmt auch über den Jahresetat von 120.000 DM (!). Die SPD wollte seinerzeit (1974)
mit dem KOMM werbewirksam ihre „Jugendfreundlichkeit" beweisen und damals „weich", also integrierend die sich abzeichende Jugendrevolte abfangen. Es ist jedoch noch längst nicht entschieden, daß die Jugendlichen im KOMM ihre Freizeit so verbringen, wie die SPD es will. Das JZ war bisher offen für linke und demokratische Veranstaltungen und Initiativen und wehrte reaktionäre und faschistische Umtriebe ab. Das will die CSU nun umkehren. Ob ihr das gelingt, hängt von der Kampfbereitschaft der Nürnberger Jugendlichen ab.

KB/ Gruppe Nürnberg

Leserbrief: ARBEITERKAMPF-Verkauf in Soltau

Ich verkaufe seit längerem den ARBEITERKAMPF in Soltau, der Stadt, wohin sich der „entführte" Faschist Kappler zurückgezogen hat. Soltau ist eine Kleinstadt mit starken rechten Kräften, allerdings hielt sich die „Anmache" beim Verkauf bislang im üblichen Rahmen.

Dies hat sich seit der „Entführung" Kapplers schlagartig geändert. Als wir das letzte Mal in Soltau den ARBEITERKAMPF verkauften (einige Tage nach der Schleyer-Entführung) wurden wir nicht nur mehrfach in die DDR oder in ein „Arbeitslager" verwünscht, sondern offen äußerten Leute Sprüche wie: „Früher haben wir sowas vergast". Gefährlich wurde es, als ein Lautsprecherwagen mit der Aufschrift „NPD" durch die Straßen fuhr und brüllte: *„Jetzt ist die Baader-Meinhof-Bande schon in Soltau. Weg mit dem Roten Dreck!"*

Seit der „Befreiung" Kapplers und der offenen Unterstützung dieser Aktion durch die offiziellen Stellen wittern die Faschisten Morgenluft und treten entsprechend offensiv auf. Dies sind zwar nach wie vor nur einzelne, es ist aber erschreckend mit welcher Gleichgültigkeit die faschistische Hetzpropaganda von der Bevölkerung aufgenommen wird.

So ist es bezeichnend, daß das Regionalblatt „Böhme-Zeitung" in dem Bericht über die Kappler-Veranstaltung über lange Passagen Faschisten unkommentiert zu Wort kommen läßt, aber demokratische antifaschistische Kräfte, die eine Veranstaltung zu Kappler in Soltau machen wollten, bis heute keinen Raum bekommen haben.

Bezeichnend ist auch, daß die Gauführung Niedersachsen der Wiking-Jugend in der Hauswurfsendung „Soltauer Anzeiger" (Auflage 11;500) als Großanzeige eine *„Antwort auf den Hetzfilm des sog. Deutschen Fernsehens vom 31.8.77 Titel, Wotans Erben"* verteilen lassen kann, in der sie ungehindert ihre faschistischen Hetzen und Lügen verbreiten kann.

Wehret den Anfängen – auch in Soltau!

Ein AK-Verkäufer

Leserbrief:

Leserbrief: Keine Gewöhnung an mit MP's bewaffnete Bullen

Am 2.9.77 wurde ich wieder einmal Zeuge dafür, wie die Bevölkerung an den Anblick mit MPs bewaffneter Bullen gewöhnt und eingeschüchtert werden soll. Ziel dieser Provokation war ein Bekannter von mir, der mit seinem PKW gegen 22 Uhr 30 vor dem Schloß in Sigmaringen parkte. Zuerst fuhr ein ziviler Bullenwagen demonstrativ langsam an dem PKW vorbei und hielt dann in einiger Entfernung. Anscheinend warteten sie, daß mein Bekannter daraufhin wegfuhr, denn nach einer Weile kamen sie wieder zurück und hielten neben dem PKW. Ein uniformierter Bulle stieg aus und fummelte unheimlich lange an seiner MP 'rum. Dann gesellte sich ein Ziviler dazu (zwei weitere Bullen saßen noch im Wagen) und meinte, dies sei eine „Verkehrskontrolle". Mein Bekannter und die Mitfahrer mußten Wagenpapiere und Ausweise zeigen – während der ganzen Zeit hatte der Bulle die MP auf ihn gerichtet...

Wenn man bedenkt, wieviele Menschen bei so einer Verkehrskontrolle auf der Strecke blieben – so wurde zum Beispiel am 7.8.77 in München ein türkischer Kollege bei einer „Verkehrskontrolle" erschossen – und wenn man weiß, daß der Tübinger Landespolizeipräsident Dr. Heuer ein „Mobiles Einsatzkommando" für das Gebiet um den Bodensee herum für dringend nötig erachtet, kann man sich ausrechnen, was der Bevölkerung noch an Schikanen und Einschüchterung bevorsteht! ...

Wieder eine Nazi-Provokation

Folgender Brief wurde unserer Frankfurter Ortsgruppe von den „Jungen Nationaldemokraten" zugeschickt:

JN
JUNGE NATIONALDEMOKRATEN
— die Antwort auf den materialistischen Zeitgeist – Mach mit!
54 KOBLENZ, POSTFACH 1131

Koblenz, 7.9.77

Kommunistischer Bund Frankfurt/M.
z.Hd. S. Lissner
6000 Frankfurt/M. 90, Adalbertstr. 29

Durch Zufall ist uns Ihr Pamphlet "Dokumentation zum Deutschlandtag der NPD am 17.Juni in Frankfurt" in die Hände geraten.
Wenn es sich dabei nur um die aus Ihrer Terrorszene bekannten haßerfüllten Lügenhetzversuche handeln würde, die von halbwegs intelligenten Bürgern schon lange durchschaut werden und selbst bei gemäßigten Kommunisten nicht mehr ankommen, würden wir die Sache ad acta legen.

Aber in Ihrer grenzenlosen faschistischen Intoleranz und Selbstüberschätzung haben Sie übersehen, daß Ihr Drecksblatt verschiedene strafrechtliche Tatbestände, z.B. den des § 130 StGB, erfüllt und für Sie und Ihre Helfershelfer daher unangenehm werden wird. Denn wir haben natürlich bei aller Anerkennung für Ihre fotografischen Geschehensausschnitte und Fotomontagen Ihrer "Dokumentation" und trotz allem Verständnis, was wir für Ihre Onanie aufbringen konnten, nicht umhin können, die weitere Behandlung der Sache – über die zuständigen Parteigremien – der Frankfurter Staatsanwaltschaft zu überlassen.

Auch wollen wir Sie nicht im Unklaren darüber lassen, daß Ihre versteckte Aufforderung zum Terror gegen die Halter der von Ihnen veröffentlichten Autonummern von "Faschisten" bei keinem der von uns ermittelten und unterrichteten Halter nicht die Spur von Einschüchterung hinterlassen hat. Für die Polizei und den Verfassungsschutz waren die Vorgänge und unser Bild-und Personenmaterial (denn auch wir waren am 17.Juni nicht untätig, um die wahren faschistisch-kommunistischen Gewalttäter beweiskräftig festzuhalten) allerdings sehr willkommen, wobei einzelne der Täter den Behörden schon bekannt waren.

Schließlich für Ihre Freizeitbeschäftigung noch einige Autonummern von NPD-Mitgliedern und Anhängern aus dem Frankfurter Raum: [redacted]*

Übrigens (als Nachhilfe): mit den Neonazis Roeder, Schönborn etc. hat die NPD nichts zu tun.

gez. F. Renlok

*) Wir veröffentlichen die Autonummern nicht, da wir sie noch nicht überprüft haben.

Verbot für Chile – Veranstaltung aufgehoben!

Westberlin: Die erste Kammer des Verwaltungsgerichtes hob den Beschluß des Zehlendorfer Bezirksamtes auf, mit dem der bezirklichen SPD eine Veranstaltung unter dem Motto »Solidarität mit Chile« untersagt worden war. Das Bezirksamt beanstandete ein Flugblatt der Jusos, auf dem das als Totenkopf gezeichnete Nordamerika mittels eines Strohhalms Südamerika das Blut aussaugt. Als Begründung hatte die Behörde angegeben, die Zeichnung sei dazu geeignet, *»das gute Verhältnis zu belasten, welches die Bevölkerung Zehlendorfs mit der amerikanischen Schutzmacht verbindet.«* Das Verwaltungsgericht berief sich bei seiner Entscheidung auf das Parteien- und Grundgesetz. In der Fragestunde des Abgeordnetenhauses betonte Innensenator Ulrich, Grundlage der Senatspolitik sei die Freundschaft zu den USA, dazu gehöre auch Kritik („Tagesspiegel", 2./3./9.9.77).

SSB/Westberlin

Milde für „Spaßvogel" - Faschisten

Beim Faschingsumzug in Eglingen und Steinhilben (Kreis Reutlingen) waren die drei Männer in Nazi-Uniformen, Hakenkreuz-Armbinden, Orden und dergleichen Plunder aufgezogen. Das war im März 77. Die Kostüm-Faschisten hatten ein Schild gezeigt: »Noch nie war Er so wertvoll wie heute«. Er, das war Hitler — und als dieser war einer auch »aufgetreten«. Jetzt erfolgte von einem Gericht in Münsingen ein Urteil: 300 Mark Geldstrafe.

Todesstrafe

„Terroristen hinrichten. (...) Wahrscheinlich ist dies das wirksamste Mittel, um die Geiselnehmer von weiteren Untaten abzuhalten. (...) Soweit Banden heimtückische Überfälle verüben und sich nicht durch einheitliche Bekleidungsstücke als kämpfende Truppe zu erkennen geben, verdienen sie den Tod" („National-Zeitung", Herausgeber: DVU-Chef Frey, 16.9.77).

„Der bayrische Innenminister Alfred Seidl (CSU) hat die Absicht, die Frage nach der Wiedereinführung der Todesstrafe bei einer der nächsten Konferenzen der Länderinnenminister zur Sprache zu bringen. (...) Seidl hatte sich (...) dafür ausgesprochen, das Verbot der Todesstrafe aus dem Grundgesetz herauszunehmen und die Einführung der Todesstrafe etwa bei Mord und Geiselnahme in die Diskussion einzubringen" („FR", 14.9.77).

***

„Führt die Todesstrafe wieder ein und exekutiert die Killer, dann wird kein Austausch mehr erpreßt! Durch Verfassungsänderung wäre auch diese Lösung im Rahmen des Rechtsstaates denkbar" („Deutsche Wochenzeitung", Herausgeber: SS-Männer Schütz und Kernmayr, Ex-NPD-Chef v. Thadden, 16.9.77).

***

„Ich will gleich mal so fragen: Könnte man nicht die Todesstrafe einführen bzw. ausführen – für Leute, die sie vorschlagen?" (Wolfgang Neuss, 1965).

Hamburger »NSDAP«-Banden weiter aktiv

Am Wochenende vom 10. zum 11. September 77 wurde auf dem Hamburger Friedhof Ohlsdorf die Gedenkstätte für NS-Opfer beschädigt. An die Stelle herausgebrochener Buchstaben einer Inschrift wurde ein Hakenkreuz eingeritzt. Dieser erneute Anschlag (der Friedhof war schon mehrmals zuvor durch Nazi-Schmierereien und Beschädigungen geschändet worden) trägt die Handschrift der Nazi-Provokateure (sog. „Hansa-Bande"), die in den letzten Wochen in Hamburg zahlreiche Schmierereien, Hakenkreuz-Ritzereien usw. durchführten. Am 1.9. wurden drei Anhänger einer als „Freizeitverein Hansa" getarnten Jungnazi-Bande auf frischer Tat ertappt (siehe AK 112). Seit dieser Aktion, über die in der Presse breit berichtet wurde, schweigen sich Polizei und Presse darüber aus, inwieweit – oder ob überhaupt – das Treiben dieser Faschisten weiter aufgedeckt und verfolgt wird. Nach Mitteilung des VAN (12.9.77) ist gegen die drei Gefaßten bezeichnenderweise kein Haftbefehl erlassen worden!

„Hansa"-Bande und „NSDAP"

Von der Polizei wurde erklärt, die „Hansa-Bande" sei identisch mit einer seit 1975 bestehenden "NSDAP/Gau Hamburg" bzw. des von ihr Mitte Mai gebildeten „SA Sturm Hamburg".

Der inzwischen als Tibor Schwarz identifizierte „Hansa"-Nazi (der übrigens als Vertreiber von NS-Abzeichen und NPD-Aktivist in Hamburg-Langenhorn bekannt ist) sprühte beispielsweise die Parole „NSDAP 1939 – Kriegsbeginn – die SA kämpft weiter", wobei er erwischt wurde.

Die „NSDAP/GAU Hamburg" hat inzwischen in ihrem illegalen – von Antifaschisten am 9.9. in der Zentralbibliothek der „Hamburger Öffentlichen Bücherhallen" entdeckten – Blättchen „Der Sturm" (Nr.2) auch zugegeben, daß sie für Schmierereien an den „Markthallen" (u.a. „Klarsfeld in die Gaskammer") verantwortlich ist. Bei den an den „Markthallen" herumpöbelnden Faschisten am 22.7. waren dann auch Lutz W. und Michael K., die zwei anderen gefaßten „Hansa"-Jungnazis, dabei (siehe AK 112, Bild Seite 3).

Um so plumper ist der Versuch der Nazis, alle anderen Schmierereien, Friedhofsschändungen usw. abzustreiten. „Der Sturm" dazu: *„Wir Nationalsozialisten achten das Privateigentum, wenn es sich in den Dienst der Volksgemeinschaft stellt (. . . .) und wir respektieren die Ruhe der Toten, auch wenn es Krummnasen sind. Ein toter Jude ist schließlich ein guter Jude!"*.

Was von dieser „Distanzierung" zu halten ist, wird schließlich klar, wenn auf der letzten Seite des Blattes des „Freizeitverein Hansa" zu lesen ist, daß eine „offene politische Arbeit" derzeit nicht möglich sei, und darum ausdrücklich empfohlen wird, sich als Verein, *„den man als deutscher Patriot guten Gewissens unterstützen kann"*, zu tarnen.

Faschistische Mordhetze

Ganz offensichtlich kreisen die antisemitischen Tagträumereien dieser Hitler-Jünglinge vorwiegend um faschistische Mord-Pläne. So heißt es im „Sturm": *„Wenn man die freche Kampfansage dieser Schmarotzer liest, überkommt einen die kalte Wut, und ich glaube, wir Nationalsozialisten werden uns eines Tages freuen, daß die KZs zur Erinnerung an nie stattgefundene Greueltaten so gut erhalten worden sind. Man kann sie eigentlich von einem Tag auf den anderen wieder in Betrieb nehmen!"*

So ähnlich hatte es schon in einem Brief der „NSDAP/GAU Hamburg" an den ARBEITERKAMPF vom Juni 76 gestanden. Schlußsatz dieses Briefes: *„Übrigens mit Fahrtenmessern geben wir uns kaum noch ab, gegen die rote Pest helfen nur Maschinenpistolen und Handgranaten. Handgranaten raus, Knüppel in's Genick – das ist die einzig richtige Politik!"*

Die Spur dieser Jungnazis mit Mördergesinnung führt zu Altbekannten der Neo-NS-Szene: So verweist die Hamburger NS-Bande auf das Blatt *„Wille und Weg – Nationalsozialistische Reichszeitung"*, das seit Januar 77 offene, antisemitische Mordpropaganda verbreitet. Als Kontaktadresse für dieses Mord- und Hetzblatt fungiert ein gewisseRijs-Knudsen, Aarhus (Dänemark), der auch Kontaktmann u.a. der „Welt-Union der National-Sozialisten" (vergleiche Artikel „Faschist Roeder in der US- und britischen Naziszene aktiv" in diesem AK) und des berüchtigten BRD-Nazis Thies Christophersen („Auschwitz-Lüge") ist (siehe AK 111). Die vor dem Haus des SS-Verbrechers Kappler aufgezogenen Faschisten in Soltau wurden übrigens – auch das schreibt der Nazi-„Sturm" – u.a. von der faschistischen „Deutschen Bürgerinitiative" des Christophersen-Kumpans Manfred Roeder organisiert.

Lauck, Eckart und Co.

Als Kopfblatt der „nationalsozialistischen Presse" wird dann im „Sturm" das Organ der von USA aus gesteuerten „NSDAP/AO" unter G. Lauck empfohlen.

Die jetzt aufgedeckte „NSDAP"/„Hansa"-Bande ist demnach – wie nicht anders zu erwarten – der gleiche Kreis, der seit 1974/5 unter der Federführung des Ingenieurs Wolf-Dieter Eckart („NS-Freundeskreis" u.a.) aus Hamburg-Wandsbek Nazi-Propaganda verbreitet. Eckart hat 1976 wegen offener NS-Propaganda vor Gericht gestanden; seine damals „auf Bewährung" (!) ausgesprochene Strafe (von ein paar Monaten) ist später aufgehoben worden!

Im „Sturm" behaupten die Nazis auch, ihr „Gau Hessen-Nassau" gebe seit kurzem in Frankfurt eine eigene Zeitung, „Das Braune Bataillon" heraus.

Antifa-Kommission

Milde Strafe für Nazi-Schläger

Lüneburg. Am 22.8. wurde das Urteil gegen zwei stadtbekannte Faschisten gesprochen: Hans Heinz Ernst Lembke wurde zu 3.150 DM Geldstrafe und Heinrich Becker zu 3.000 DM und sechs Monaten Haft auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Gegenstand des Prozesses: Bei einer Wahlveranstaltung der NPD am 11.9.76 hatten zwanzig bis dreißig NPD-Schläger 60 protestierende Jugendliche terrorisiert. In die Räume des provisorischen Jugendzentrums, wo diese diskutierten, wurde Tränengas gesprüht, die herauskommenden Jugendlichen wurden „nach Waffen durchsucht" und mit Sprüchen wie: „Wie die Juden – vergasen!" und unter Absingen faschistischer Lieder noch eine Zeit durch die nächtliche Innenstadt „begleitet", alles unter den Augen der Polizei.

Nach diesen Vorfällen erstatteten Lüneburger Antifaschisten Anzeige gegen die namentlich bekannten Faschisten Lembke und Becker sowie gegen weitere unbekannte Schläger. Die darauf folgenden Ermittlungen wurden vom Staatsanwalt zunächst mit der Begründung eingestellt, Lembke und Becker hätten sich nach Aussage anderer NPDler (!) „ruhig und besonnen" verhalten.

Das bedeutet, daß dem Staatsanwalt weitere Schläger bekannt sein müssen, gegen die (gemäß der Anzeige) natürlich auch hätte ermittelt werden müssen. Aber nichts dergleichen! Wie inzwischen bekannt ist, war einer von ihnen der JN-Vorsitzende F.U. Bundt, der mindestens schon einmal in Oldenburg bewaffnet an Schlägereien beteiligt war, – er ist bis heute, wie auch die übrige NPD-Truppe, unbehelligt geblieben.

Dank dieser „Ermittlungen" durch die Staatsanwaltschaft, die auf Nachhaken von Antifaschisten wieder aufgenommen wurden, blieb es dann dabei, daß nur Lembke und Becker vor Gericht kamen.

Vorgeworfen wurde ihnen u.a. Nötigung, Absingen faschistischer verbotener Lieder und Landfriedensbruch.

Lembke und Becker bestritten im Prozeßverlauf dann weitgehend alle Vorwürfe, wozu sie eine Latte von Entlastungszeugen aus den Reihen der NPD-Ordner aufgefahren hatten. Diese gaben ihre Teilnahme an dem Terror vom 11.9. zu, so u.a. den immer wieder gerufenen Schlachtruf: „Rotfront verrecke!". Der Richter hatte daraufhin nichts Eiligers zu tun, als mindestens viermal daraufhinzuweisen, die Faschisten sollten sich doch nicht selbst belasten, da der Staatsanwalt im Raum sitze.

Die Schläger dankten es auf ihre Weise: Während der Prozeßpause wurden Zeugen der Anklage mehrfach bedroht, so z.B. „Dich kehren wir unter den Teppich, du kleine rote Sau!" Weiterhin überfielen sie vor dem Gericht einen Antifaschisten mit der Behauptung, er habe sie fotografiert, nahmen ihn fest (!), würgten ihn und ließen sich schließlich seine Personalien von der Polizei geben (dabei war auch wieder JN–Vorsitzender Bundt). Der Staatsanwalt, der später so ein „flammendes" Plädoyer halten sollte, sah sich das gelassen an!

Der Angeklagte Becker erzählte anschließend dem Gericht, wie er es in Zukunft halten werde: Gleich mit dem Knüppel auf die Antifaschisten. Die Rechtsanwälte in ihren Plädoyers zogen mit: Nicht nur, daß das Ganze ein „Witzchen" gewesen sei, an dem sich schließlich auch niemand außer Kommunisten gestört habe – sie verlangten Freispruch mit der unglaublichen Begründung, die Schläger seien keine wilde Menge, sondern eine straff geführte Truppe gewesen! Tatsächlich sprach das Gericht die Faschisten vom Vorwurf des Landfriedensbruchs mit d i e s e r Begründung frei.

Zwar wurden die Faschisten verurteilt, aber nicht wegen ihres faschistischen Treibens, sondern gleichsam als „Rowdys", die etwas über die Stränge geschlagen haben. Verurteilt wurden nicht die NPD-Ordner insgesamt als Terrortruppe, sondern nur zwei zufällig bekannte Exponenten. So ist es auch erklärlich, daß „Familienvater" Becker seine sechs Monate auf Bewährung bekam, obwohl er schon einmal wegen ähnlicher Vorkommnisse vor Gericht stand.

Der Prozeß hat bewiesen, daß die Justiz von sich aus wenig Interesse zeigt, die Neonazis ans Licht zu bringen und zu bestrafen, daß das also weiterhin die Aufgabe der Antifaschisten bleibt. „Arbeit" gibt es genug in Lüneburg und Umgebung: Ein SS-Treffen in Ebsdorf und ein Rudel-Auftritt sind bereits angesagt!

KB/Gruppe Lüneburg

Faschist Roeder in der US- und britischen Nazi-Szene aktiv

Faschist Roeder in der US- und britischen Nazi-Szene aktiv

Lembke und Becker bestritten im Prozeßverlauf dann weitgehend alle Vorwürfe, wozu sie eine Latte von Entlastungszeugen aus den Reihen der NPD-Ordner aufgefahren hatten. Diese gaben ihre Teilnahme an dem Terror vom 11.9. zu, so u.a. den immer wieder gerufenen Schlachtruf:

gen und zu bestrafen, daß das also weiterhin die Aufgabe der Antifaschisten bleibt. „Arbeit" gibt es genug in Lüneburg und Umgebung: Ein SS-Treffen in Ebsdorf und ein Rudel-Auftritt sind bereits angesagt!

KB/Gruppe Lüneburg

Schon seit längerem streckt die Nazibande um Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn ihre Fühler auch ins Ausland aus..

Verschiedene Reisen und Kontakte u.a. nach Österreich und Südafrika (Roeder), Beziehungen zur internationalen Faschistenorganisation „Europäische Neu-Ordnung" (Schönborn, Christophersen) sind bekannt. Zuletzt wurden Roeder und Schönborn bei dem internationalen Faschistentreffen in Diksmuide (Belgien) Anfang Juli gesichtet (siehe AK 108, Seite 17).

Insbesondere Roeder scheint über einen Kontaktkreis in den USA/Kanada und in Großbritanien zu verfügen.

– Im Juli/August 1976 schrieb Roeder in einem „Rundbrief" seiner „Deutschen Bürgerinitiative", daß er zu einer Vortragstour in Amerika unterwegs sei. Zumindest eine seiner Anlaufstellen ist dort der Verlag „Liberty Bell" (Freiheitsglocke), mit einem gleichnamigen Monatsblatt. Es wird von einem George P. Dietz herausgegeben. Roeder in seinem 39. „Rundbrief": *„Verschiedene Veröffentlichungen in England und Amerika haben Artikel gebracht, in denen unsere* (gemeint sind: Roeders, Schönborns usw., –AK) *Arbeit erwähnt wird. Besonders habe ich mich über einen ausgezeichneten Bericht in dem amerikanischen Monatsmagazin ‚The Liberty Bell' gefreut, das in Reedy, West Virginia 25270 herausgebracht wird. Dieser Artikel enthielt gute Bilder von unserer Demonstration für die Freiheit von Rudolf Heß an seinem 80. Geburtstag"*.

– „Liberty Bell" arbeitet u.a. mit dem „White Power Movement" zusammen. Diese amerikanische Rassistengruppe (u.a. „National Socialist White Peoples Party") zeichnet sich durch rassistisch-terroristische Aktivitäten aus; ihre Mitglieder und Anhänger marschieren offen mit Hakenkreuzzeichen und paramilitärischem Aufputz auf (siehe AK 111, S. 44). Hauptblatt dieser US-Nazis ist die Zeitung „White Power" (Untertitel: „Zeitung der weißen Revolution"). Zusammen mit einer („National Socialist Party of America" genannten) Abspaltung gehören die „White Power"-Faschisten zu einer internationalen Nazi-Verbindung „Welt-Union der National-Sozialisten" (WUNS), die Ableger u.a. auch in England, Dänemark (u.a. Christophersens Kontaktmann Rijs-Knudsen!) und in der BRD hat.

Die Nummer vom Juni 1976 von „Liberty Bell" enthält einen Artikel der „White-Power"-Bewegung, in dem ausführlich Roeders „Verdienste" dargestellt werden, seine Zusammenarbeit mit Christophersen gelobt (und dessen „Auschwitz-Lüge" in englischer Ausgabe angepriesen) wird. *„Roeder"*, heißt es da, *„ ist ein Beispiel für den Neuen Deutschen, genauso wie der Neue Deutsche ein Beispiel ist für den Neuen Weißen Menschen (. . .) . Weißer Mann steh' auf. Deine Welt wartet. Du brauchst nur den Willen, um dein angestammtes Recht und deine kosmische Bestimmung zurückzugewinne"*.

Deutsche Bürgerinitiative e.V.

Rechtsanwalt MANFRED ROEDER 3579–Schwarzenborn/Richberg, West Germany

Dear friends:

39. Letter July/August 1976

the death of these German GIs, because he constantly influen the conduct of war in a way, that our battalions had to suffer defe and had to lose the war. To camoufla

Roeder-Rundbriefe in Englisch für die USA, Canada und England

– Roeders „Rundbriefe" – zusammen mit Artikeln aus „Liberty Bell" – werden sowohl von der US-Zeitschrift als auch als Sonderdrucke mit dem Originalkopf („Deutsche Bürgerinitiative e.V.") in englischer Sprache verbreitet! Roeder wirbt dort in einem Abonnement-Abschnitt übrigens nicht nur für seinen eigenen Dreck, sondern bietet gleichzeitig die Versendung des neonazistischen Machwerks *„Starben wirklich sechs Millionen?"* (von einem englischen Faschisten) an.

– Im September 76 hat Roeder an einem internationalen Treffen von 42 Faschistengruppen in New Orleans (USA) teilgenommen. Das Treffen wurde von Dr. James Konrad Warner, Chef der „New Christian Crusade Church" (Neu-Christliche Kreuzzugs-Kirche) organisiert.Auch zwischen Warner und WUNS bestehen Kontakte; Warner war auch wiederholt bei Faschistenfreunden in Europa.

Unter den vertretenen Faschistengruppen befand sich auch u.a. die britische „League of St. George" (St. Georgs-Liga) – eine derart offen nazistische Gruppe, daß selbst die englische „National Front" offiziell (!) nichts mit ihr zu tun haben will.

– Seit längerem tauchen gerade im Umkreis dieser „League of St. George" sowie der Nazi-Gruppierung „British Movement" (Britische Bewegung) Roeders „Rundbriefe" auf (in der aus USA stammenden englischsprachigen Fassung). Auch von der militanten BM distanziert sich die „National Front" offiziell (tatsächlich gibt es jedoch zahlreiche Kontakte und Doppelmitgliedschaften). Die „League Review", Zeitung der „St. Georgs-Liga" erwähnte Roeder als einen prominenten BRD-Faschisten.

– Nach dem Faschistentreffen in Diksmuide im Juli 77, auf dem u.a. auch die „National Front", die „League of St. George" und das „British Movement" vertreten waren, reiste Roeder in Begleitung des kanadischen Faschisten Jack Prins nach England weiter. Empfangen wurde er dort von Michael Mc Laughlan, Führer des „British Movement".

Die Anlaufpunkte Roeders (und über ihn seines ganzes Kreises, einschließlich Christophersen etc.) in Großbritannien gehören dort klar zu den am offensten rassistischen, nazistischen Gruppierungen – die natürlich mit weiteren ähnlichen Banden in regem Austausch stehen und mit den Faschisten der „National Front" eng zusammenarbeiten. Die derzeit zunehmenden Nazi-Provokationen in England (siehe z.B. AK 111, S. 34) – ebenso wie die der „White Power"-Nazis in den USA – gehen auf das Konto dieser faschistischen Szene. Roeder und Co. sind nicht nur in der BRD keine Einzelgänger und harmlose Spinner, sondern sie verstehen es, auch international gerade dort ihre Finger im Spiel zu haben, wo ihre und ihresgleichen Hetze in rassistischem Terror „Früchte" trägt. (Informationen nach „Le Monde", 8.9. 1976; „Searchlight", 24 und 27/77).

Anti-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neues von der »Hansa«-Bande: Lutz W. und Kumpane

Zu den drei gefaßten „Hansa"-Banden-Jungnazis gehört neben dem 22jährigen Michael K. (ehemals Bundeswehr-Leutnant) und dem inzwischen identifizierten Tibor Schwarz (als NPD-Aktivist bekannt) der 20-jährige Lutz W. aus Hamburg.

Daß Michael K. und Lutz W. des öfteren zusammen aufgetreten sind, wenn es um die Durchführung faschistischer Provokationen und Schlägereien ging, wurde im AK 112 anhand verschiedener Bilder belegt. Ebenso, daß Schwarz zumindest am 15.5.77 am Osdorfer Born und am 23.7.77 an der Mundsburg mit von der Partie war.

Ein Auto, in dem vier NPDler aus Hamburg saßen, wurde schon vorher von der Polizei gestoppt. Der Wagenführer, NPD–Bezirks- und Bundestagskandidat Uwe Stier, wurde wegen Waffenbesitzes festgenommen. Außerdem wurden zwei Kabelenden, die als Schlagstock hergerichtet waren, sichergestellt. Neben Stier, dem NPDler Michael Buchmann und einem weiteren NPD–„Ordner" saß der vierte im Bunde: Der damals 19jährige Lutz W e g e n e r . Da lohnt sich doch ein Blick auf ein hübsches Foto vom 15.5.77 (Osdorfer Born, Hamburg): Da steht, mit Helm, Uwe Rohwer,



1 = Tibor Schwarz; 2 = Lutz Wegener; 3 = Uwe Rohwer (verdeckt); 4 = noch unbekannt; 5 = Michael K.; 6 = noch unbekannt.

Nicht uninteressant ist nun folgendes: Am 17. Juni 1976 marschierten die NPD und DVU mit sonstigen Neonazis in Bonn auf (u.a. unter Beteiligung der NSDAP/Gau Hamburg, wie aus einem Drohbrief an den AK hervorgeht). Einige der angereisten Faschisten (darunter der „Stahlhelm";- und „Wikingjugend"-Führer und NPDler Uwe Rohwer aus Dörpstedt sowie der aus Schleswig–Holstein hinlänglich berüchtigte Faschist Gunnar Pahl) wurden bei dem Aufmarsch selbst festgenommen.

umringt von Jungfaschisten. Da steht Michael K. (aus der „Hansa"-Bande), hinter Tibor Schwarz, dem zweiten „Hansa"–Nazi. Und zusammen mit Uwe R., Michael K. und Tibor Sch. steht Lutz W., der dritte „Hansa"–Faschist. Ob nicht auch Michael B. und weitere Kumpane von damals bei diesem NPD/NSDAP-Freundestreff dabeigewesen sein sollten.

Antifa–Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Politische Verhöre Willkür Gesinnungsterror

Kronawitter fordert Berufsverbot für Stamokap-Anhänger

Die SPD-Rechte steht offenbar mit ihren Forderungen nach Ausweitung der Berufsverbotspraxis um keinen Deut hinter denen der CDU/CSU zurück. So äußerte kürzlich der SPD-Oberbürgermeister von München, Kronawitter, vor allem bekannt wegen seiner Hetze gegen die Münchner SPD-„Linke", in einem Interview mit dem CSU-nahen „Münchner Merkur", daß man die *„Stamokap-Anhänger beim Eintritt in den öffentlichen Dienst genauso behandeln muß wie die Angehörigen anderer radikaler Parteien auch"*. Damit hat sich zum ersten Mal ein führender SPD'ler offen dafür eingesetzt, Berufsverbote auch gegen SPD-Mitglieder zu verhängen, nämlich diejenigen, die nicht völlig kritiklos die Politik der Bundesregierung unterstützen. Kronawitter hatte in der Vergangenheit schon den Ausschluß sämtlicher „Stamokap-Anhänger" aus der SPD gefordert. Auch Berufsverbote gegen SHB-Mitglieder sind inzwischen zumindest in Bayern keine Seltenheit mehr. Bemerkenswert hierbei ist, daß die betroffenen „linken" SPD'ler in Wahlkämpfen immer noch wacker die SPD unterstützen und verteidigen. Im Gegensatz übrigens zu Kronawitter, der erklärte, er werde bei den nächsten Kommunalwahlen nicht die SPD unterstützen. Von einem Ausschlußverfahren gegen ihn wurde bis jetzt allerdings nichts bekannt.

Berufsverbote-Kommission, KB Gruppe Hamburg

Meldungen:

Oldenburg. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat die Einstellung eines Diplom-Physikers abgelehnt, der für ein Jahr als Forscher bei einem von der Deutschen Forschungsgesellschaft mitfinanzierten Projekt „Probleme des Verkehrslärms" mitarbeiten sollte. Begründung: Er habe sich in der KBW-nahen „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe" (GUV) betätigt und biete somit nicht die Gewähr der Verfassungstreue. Der Rektor der Universität Oldenburg empfand dieses Berufsverbot als „völlig unbegreiflich", weil der Betroffene nur für einen sehr begrenzten Zeitraum Forschungsaufgaben wahrnehmen sollte, die nicht dem öffentlichen Dienst vorbehalten seien und auch nicht aus Haushalts-, sondern aus Drittmitteln finanziert würden. Der Gute hat wohl die Zeichen der Zeit noch nicht ganz verstanden (nach „NWZ" vom 27.8.77).

Dortmund. Der Lehrer Peter-J. B. ist zum Schulanfang dieses Jahres nicht in den Schuldienst eingestellt worden. Bislang hat er noch keine schriftliche Begründung dafür. Jedoch erhielt er schon im Frühjahr 76 zu Beginn seines Referendariats eine Vorladung zu einem Verhör beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf. Bei dieser Anhörung wurden ihm folgende „Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes vorgehalten:

- Er habe 1971 einen politischen Grundkurs einer – inzwischen längst aufgelösten studentischen Organisation an der FU in Westberlin geleitet,
- er habe im gleichen Jahr an der FU als Ersatzbewerber der „Roten Zelle Ökonomie" zu den Fachbereichswahlen des Bereichs Wirtschaftswissenschaften kandidiert,
- 1972 sei er Mitglied der „Liga gegen den Imperialismus" geworden und habe seitdem an mehreren Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen teilgenommen.

Schon bei dieser Anhörung war ihm mitgeteilt worden, daß eine Übernahme nach der Referendarzeit „wegen Zweifeln an der Verfassungstreue" fraglich sei.

Köln. Laut Aussage der Kölner „Initiative gegen Berufsverbote" sind bis heute in dieser Stadt 13 Berufsverbote ausgesprochen worden. Darüber hinaus sind zum neuen Schuljahresbeginn vor vier Wochen auf einen Schlag drei weitere Kölner Lehrer aus politischen Gründen nicht eingestellt worden: Die Studienassessoren T.J. und W.Z. sowie die Grund- und Hauptschullehrerin I.J. Die von den Berufsverbietern erhobenen Vorwürfe sind: Kandidaturen für SHB und MSB Spartakus, Mitgliedschaft in der DKP und Studienaufenthalt in der DDR sowie bei I.J. Mitgliedschaft und Aktivitäten im MSB Spartakus und der DKP. Nach den Angaben der Initiative passiert in mehreren Fällen in Köln dasselbe, was sich derzeit landesweit feststellen läßt: Gibt es hie und da schon einmal ein Gerichtsurteil im Sinne der Betroffenen, so werden diese Urteile in aller Regel von höheren Instanzen aufgehoben oder die Einstellungsbehörden scheren sich einfach einen Dreck darum. So hat in den Fällen einer Realschullehrerin und zweier Studienassessoren das Land Nordrhein-Westfalen Berufungsverfahren gegen die vom Verwaltungsgericht Köln ausgesprochenen Urteile beantragt, daß die verhängten Berufsverbote rechtswidrig seien (nach „Deutsche Volkszeitung", 8.9.77).

Westberlin. Die ausgebildete Volkswirtschaftlerin Gabriele M. bewarb sich 1976 an der „Freien Universität" (FU) als Tutorin für den Grundkurs „Statistik" am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. Sie wird von den einschlägigen Gremien und dem Personalrat dafür empfohlen, vom Westberliner Senat jedoch abgelehnt.

Nach angeblich „zuverlässigen", jedoch „nicht gerichtsverwertbaren" Erkenntnissen des Senators für Inneres (in Westberlin ist es übliche Praxis, daß die Innenbehörde in ihren Schnüffelberichten an die jeweilige Einstellungsbehörde immer gleich selber den „heißen Tip" gibt, ob die aufgelisteten „Erkenntnisse" gerichtsverwertbar oder nur vorhaltbar oder auch gar nicht öffentlich brauchbar sind) soll G.M. der SFW angehören.

Da an der fachlichen Qualifikation von G.M. ausdrücklich nicht gezweifelt wird, klagt sie beim Arbeitsgericht auf Einstellung. Sie verliert den Prozeß auf einer Grundlage, wie sie recht typisch für die Berufsverbote-Praxis ist: Die Richter setzen einen klassischen Grundsatz der Rechtsprechung außer Kraft, daß nämlich der Beschuldigende die Schuld nachzuweisen hat und nicht der Beschuldigte seine Unschuld („ ... *es sei denn, der Bewerber hat alles getan, um die bestehenden Bedenken auszuräumen"*). Die Ablehnung der Einstellung gründet sich schließlich hauptsächlich darauf, daß die Einstellungsbehörde sich „nicht schlüssig werden kann", ob G.M. geeignet ist oder nicht. Fazit: Im Zweifel gegen den Angeklagten (nach „Deutsche Volkszeitung", 8.9.77).

Eschwege/Kassel. Berufsverbot erhielt die Referendarin A.S. Ihr Beamtenverhältnis auf Probe hatte die Behörde gekündigt, weil sich die Referendarin geweigert hatte, die Noten „fünf" und „sechs" zu geben, angeblich im Unterricht und in der Freizeit Aufrufe des KBW verteilt und die Schüler zum „Unterrichtsstreik" animiert hätte. Gegen die Entlassung erhob A.S. Einspruch, den das Verwaltungsgericht Kassel prompt ablehnte. Begründung neben der bereits oben angeführten: Die Referendarin habe *„ihre Pflicht zu achtens- und vertrauenswürdigem Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes sowie zur Beratung und Unterstützung ihrer Vorgesetzten verletzt, Anordnungen von Vorgesetzten nicht befolgt und angekündigt, gültige Erlasse nicht zu beachten"*. Schließlich habe sie bei ihrer politischen Betätigung die gebotene Mäßigung und Zurückhaltung vermissen lassen („Frankfurter Rundschau", 5.9. und 10.9.77).

Frankfurt. Immer wieder springen die Behörden im Dreieck, wenn sie das Wort Berufsverbot in ihrem „Dienstherren"-Bereich auftauchen sehen. So auch kürzlich wieder, als dem Darmstädter Regierungspräsidium zu Ohren gekommen war, daß es an der „Ernst-Reuter-Schule" in Frankfurt ein Berufsverbotekomitee geben soll. Aufklärung über das vor zwei Jahren gegründete (!) und mittlerweile mehr oder weniger „eingeschlafene" Komitee fordernd, nutzte die Behörde im Auftrag des Kultusministeriums die Gelegenheit, um die Schule nochmal zu vergattern, *„daß es künftig nicht mehr hingenommen wird, daß das Wort ‚Berufsverbot'... weiterhin von Ihnen als einer staatlichen Behörde dergestalt gebraucht wird, als ob die Schule als staatliche Behörde sich diesen Begriff zu eigen gemacht hätte"* („FR", 10.9.77). Gleichzeitig wurde auch nicht versäumt, darauf hinzuweisen, daß es sich beim Wort Berufsverbot laut Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 22.5.1975 um ein „Schlag- und Reizwort" handelt. Werden demnächst Planstellen für Landesbeauftragte gegen das „Schlag- und Reizwort-Unwesen" im öffentlichen Dienst eingerichtet??

Bielefeld. Vom Unterricht suspendiert wurde Hannes K., Lehrer und eingeplanter Klassenlehrer an der Gesamtschule Schildesche. Er mußte sich Ende August einem Anhörungsverfahren unterziehen. Vorgeworfen wird ihm, sich in seiner Studienzeit im MSB Spartakus betätigt zu haben und Mitglied der DKP zu sein. Lehrer wie auch die Schulleitung waren empört und forderten seine sofortige Einstellung. Doch Behördenmühlen mahlen langsam und brauchen Zeit, um die Paragraphen zu „interpretieren": Erst zwei Monate nach seiner Anhörung soll K. erfahren, ob er seinen Schülern den eingeplanten Unterricht geben darf (nach „Bielefelder Stadtblatt" Nr. 7, September 77).

Stade. Jörg H. wurde die Übernahme als Lehrer vom Verwaltungsbezirkspräsidenten mit der Begründung verweigert, daß die Prüfung darüber, ob er jederzeit für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" eintrete, noch nicht beendet sei.

Wuppertal. In der Anhörung des Volksschullehrers W. wurde ihm seine Mitgliedschaft in der DKP vorgehalten. Daruafhin verhängte die NRW–Landesregierung ein Berufsverbot gegen den Lehrer.

Berufsverbote-Kommission



Westberlin. Zwei Grundschullehrerinnen, die an der Grundschule »Am Fliederbusch« unterrichteten, wurden suspendiert: Sie hätten in der Schule Propaganda für den KBW betrieben. Inzwischen wurde der einen gekündigt, gegen die andere ein Disziplinarverfahren eingeleitet (»BZ«, 30.8.77).

Westberlin. Zwei Frauen, die sich beim Bezirksamt Wilmersdorf als Betreuerinnen für ein Zeltlager beworben hatten, sind nicht eingestellt worden, obwohl die Landeskommission einstimmig eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen hatte. Die Ablehnung der beiden Frauen wegen Zweifeln an ihrer »Verfassungstreue« sei auf eine Entscheidung des bezirklichen Personalrates (!) zurückgegangen. Der Senat soll das Bezirksamt gebeten haben, die beiden Bewerberinnen ungeachtet der Entscheidung des Personalrates einzustellen, wie dies nach dem Personalvertretungsgesetz möglich sei (»Tagesspiegel«, 8.9.).

Westberlin. Ein Moabiter Schöffengericht verurteilte am 5.9. die 28-jährige Studienreferendarin Marianne H. wegen Hausfriedensbruch zu 750 DM Geldstrafe. Sie hatte trotz Hausverbots an einer Schülerversammlung in der Spandauer Lilli-Braun-Oberschule teilnehmen wollen und Einspruch gegen einen deshalb ergangenen Strafbefehl eingelegt. Die angehende Lehrerin unterrichtete bis Mitte Februar 77 an dieser Schule und war dann an die Freiherr vom Stein-Schule versetzt worden. Am 1. März 77 wurde sie suspendiert, weil sie im Unterricht für die »KPD« agitiert haben soll (»BM«, 6.9.).

SSB Westberlin

Sylvia Gingold vor Gericht – Vorsitzender ein alter Nazi

Alt-Nazi als Gingold-Richter

Der Vorsitzende Richter am Kasseler Verwaltungsgerichtshof, Heinrich Hesse, der kürzlich die Berufsverbotsurteile gegen Silvia Gingold und Werner Krone fällte, ist ein prominenter Alt-Nazi. Dies enthüllten kürzlich die Anwälte Silvia Gingolds. Nach ihren Nachforschungen ist Hesse mindestens Stammführer der Hitlerjugend gewesen. Weitere Nachforschungen sollen feststellen, ob Hesse auch in anderen Teilen des Nazi-Staatsapparates noch wichtige Funktionen wahrgenommen hat. Die Anwälte stellten aufgrund dieser Enthüllungen einen nachträglichen Ablehnungsantrag gegen den Richter wegen Befangenheit. Darüber hinaus teilten sie mit, daß sie Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision durch das Kasseler Urteil eingelegt haben mit der Begründung, der Verwaltungsgerichtshof habe in Überschreitung seiner Zuständigkeit und in verfassungswidriger Weise eine Parteiverbotsentscheidung angestrebt, indem er als erstes Gericht in der BRD sich die Entscheidungsbefugnis des Bundesverfassungsgerichts angemaßt und die DKP für verfassungswidrig erklärt habe.

Vom Berufsverbot bedrohte Ärztin jetzt doch eingestellt

Göttingen.
Von einem Tag auf den anderen konnte G.M., deren Einstellungsantrag von der Landesregierung wegen „politischer Aktivitäten" überprüft wurde, ihre Stelle als Ärztin in der Neurologischen Klinik in Göttingen antreten.

Von der Landesregierung bzw. dem Universitätskuratorium gibt es nicht einmal eine schriftliche Stellungnahme oder Erklärung zu dem Vorgang. Genauso wenig wie vor 2 Monaten die Landesregierung ihre politischen Bedenken näher erläuterte, erfährt man jetzt etwas über die Hintergründe der plötzlichen Einstellung. Die vom Verfassungsschutz zusammengetragenen „Erkenntnisse" bleiben weiter im Dunkeln, wahrscheinlich wird sogar kräftig weiter gesammelt. Der Bürger hat froh zu sein, daß er noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen ist und soll tunlichst keine weiteren Fragen stellen. Dieses Ergebnis kam sicher auch durch den breiten Protest und die öffentliche Aufmerksamkeit zustande, die dieser Fall gefunden hatte. Über 200 Unterschriften konnten für eine Solidaritätsresolution gesammelt werden, auch die Fachgruppe Hochschulen der GEW hatte sich angeschlossen. Die Aktion hat gezeigt, wie richtig es ist, sich gleich bei den ersten „harmlosen" Anzeichen von politischer Disziplinierung an die Belegschaft und an die Öffentlichkeit zu wenden und nicht erst zu warten, bis die Behörde schwere Geschütze auffährt. Bleibt zu hoffen, daß sich in Zukunft noch mehr Leute an den Kliniken für den Erhalt der demokratischen Rechte einsetzen werden.

Der KBW brachte es übrigens fertig, die Solidaritätsaktion mit der Ärztin zu boykottieren. Begründung: Die in der Unterschriftenliste enthaltene Forderung nach freier Diskusssion und Kritik sei falsch und isoliere die Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst von der Arbeiterklasse. Offenbar braucht die Arbeiterklasse demnach dieses Recht nicht...

Während der KBW den Fachschaftsrat Medizin an der Uni zur Passivität in dieser Angelegenheit bringen konnte, dozierte er selbst derweil über den *„Zusammenschluß gegen das Ehrenbersche Mordprogramm"*, mit dem angeblich auch *„die Fessel des Beamtenrechts und des KPD-Verbots gesprengt"* werden könnte. Erfolge bei diesem zackigen Plan lassen jedoch in Göttingen und anderswo noch auf sich warten...

KB/Gruppe Göttingen

»Ruhe in den Gefängnissen«

Was sich die Rechten immer schon als Patentlösung gewünscht haben, ist jetzt – während der Entführung Schleyers – praktiziert: die Gefangenen, die von Staatsseite der RAF, bzw. deren Umfeld zugerechnet werden und angeblich jedem ominösen „Infonetz" angeschlossen sein sollen, werden von allen Informationen – besonders politischen – ferngehalten. Bereits am Montag (5.9.) wurde den Stammheimer Gefangenen das Radio genommen, in Hamburg am folgenden Morgen. Ebenfalls seit 5.9. herrscht strengste Einzelhaft („Hamburger Morgenpost", 8.9.77), kein Anwalt wurde mehr zu den Gefangenen gelassen.

Begründet wird diese Maßnahme mit einem angeblichen vorliegenden „übergesetzlichen Notstand". Zunächst führten die jeweiligen Anstaltsleitungen diese Maßnahme ohne einen etwa vorliegenden richterlichen Spruch – vermutlich aber in Absprache mit den jeweiligen Justizministerien – durch; so geschehen in Stuttgart.

In Westberlin gab es am 12.9. einen richterlichen Beschluß, der Anwaltsbesuche ausdrücklich vom allgemeinen Besuchsverbot ausschloß. Neben den Zellen von Gefangenen in Stammheim, Hamburg, Westberlin, Köln und Bochum („Süddeutsche Zeitung", 7.9.77) wurde auch das Anwaltsbüro Müller/Newerla erneut durchsucht: ohne den „gewünschten Erfolg". Die Besuchssperre für Anwälte wird öffentlich damit gerechtfertigt, daß mit deren Hilfe die Kommunikation zwischen Gefangenen und ihren Gesinnungsgenossen im Untergrund erst möglich gewesen sei. Erst Ende Juli/Anfang August hatte der „Spiegel" in einem Hetzartikel gegen Croissant den Anwälten vorgerechnet, wie oft sie ihre Mandanten besucht hätten, bzw. Mandanten von Kollegen (in Untervollmacht) und damit unterstellt, sie hätten damit etwas Schlimmes getan.

Und am 8.9. noch stellt die „Süddeutsche Zeitung" „kommentarlos" in den Raum, Arndt Müller habe seine Mandantin Gudrun Ensslin von Okt. 75 bis April 77 203mal besucht.

Aber nicht genug damit, daß einzelnen Anwälten mit schöner Regelmäßigkeit die Tatsache, daß die ihre Mandanten besuchen, als mögliche Straftat ausgelegt wird: mit dem generellen Besuchsverbot wird pauschal jedem Anwalt, der einen „RAF – Verdächtigen" verteidigt, unterstellt, er sei Mitglied oder Unterstützer.

Rufmord

Doch nicht genug damit. In Hamburg kam am Montag (12.9.) die „Bild Zeitung" mit einem unglaublichen Rufmord heraus: sie unterstellte, die Rechtsanwältin Franziska Piontek habe von der Schleyer – Entführung vorher gewußt. An ihrem Beispiel wird die Behauptung, Anwälte fungierten als Befehlvermittler zwischen dem inhaftierten „harten Kern" und draußen operierenden Mitgliedern, zu „beweisen" versucht. Plötzlich – eine Woche nach Schleyers Verschwinden – erfährt die „Bild-Zeitung", Werner Hoppe sei vor der Aktion in Köln bemerkenswert aufgekratzt gewesen und habe seinen Mitgefangenen geraten, ab 18 Uhr Radio zu hören.

Und woher wußte er von der Entführung?! Auch das konnte die „Bildzeitung" melden: am Freitag vorher hatte er Anwaltsbesuch von Franziska Piontek, obwohl sie selbst gar nicht seine Verteidigerin gewesen sei!

Um die Denunziation zu einer praktischen Aufforderung werden zu lassen, fügte das Hetzblatt gleich noch Büro- und Privatanschrift sowie ein Foto bei. Prompt trafen noch am selben Morgen mehrere telephonische Drohungen ein.

In Wirklichkeit hatte sich im Knast folgendes abgespielt: (aus einem Schreiben an den Justizsenator Meyer, das Franziska Piontek einer Presseerklärung beigelegt hat): *„Tatsächlich wollte ich am Freitag vor Ende der Besuchszeit...gerade die Anstalt verlassen, als etliche leitende Anstaltsbeamte...mich baten, den Gefangenen die eben aus Stammheim eintreffende Nachricht mitzuteilen, daß die dortigen Gefangenen den Hunger- und Durststreik abgebrochen hätten."* Daraufhin unterrichtete sie zwei ihrer Mandanten dementsprechend. Nach einer Diskussion, an der einer ihrer Mandanten und der Abteilungsleiter Ludwig teilnahm, schlug die Anstaltsleitung vor, *„in ihrem Beisein auch andere, von mir nicht vertretene Gefangene zu unterrichten, u.a. Herrn Werner Hoppe."* An dem Gespräch nehmen dann u.a. Abt.leiter Ludwig und Vollzugsleiter Schmidt teil.

Am 15.9. druckte die „Bildzeitung" die Gegendarstellung. Doch der Rufmord bleibt, die öffentliche Denunzierung ist durch die Gegendarstellung nicht aus der Welt geschafft.

Ausweitung der Zensurmaßnahmen

Doch nicht nur Gefangene, die zum Kreis der „Anarchisten" gerechnet werden und deren Anschluß an die „RAF – Kommunikation" durchtrennt werden soll, sind vom Besuch- und Schreibverbot betroffen. Der in Lübeck sitzende Bodo Johlke, der nach drei Hungerstreiks erst die ärztlich verordnete Diät Anfang August zugestanden bekam, ist ebenfalls davon betroffen. Er trat deshalb am 6.9. erneut in einen Hungerstreik.

In einer Pressemitteilung der „Knastgruppe" Lübeck vom 8.9. heißt es dazu: *„Bodo Johlke hat aus seinem letzten Hungerstreik, den er vor einem Monat beendete, einen Schaden der linken Niere zurückbehalten und befindet sich deshalb in der Behandlung bei Ärzten aus der Medizinischen Hochschule Lübeck.*

Bodo Johlke wird seinen Hungerstreik solange fortsetzen, bis seine Forderungen nach Aufhebung des Besuchs- und Schreibverbots sowie Aushändigung der Zeitschriften erfüllt werden."

Wie wir zusätzlich erfahren konnten, ist Bodo inzwischen wieder ins Zentrale Knastkrankenhaus nach Hamburg verlegt worden. Ob er dort auch nicht besucht werden darf, ist noch nicht raus.

IKAH Hamburg



Aktuelle Prozesse gegen den KB

1. Strafbefehl wegen Veröffentlichung zum Grönewoldt-Prozess

Mit Datum vom 1.8. erhielt der Presseverantwortliche des KB einen Strafbefehl über 1200,-DM wegen des „Vergehens" gegen §353 Strafgesetzbuch (StGB). Gemeint ist: *„ Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafverfahrens, eines Bußgeldverfahrens oder eines Disziplinierungsverfahrens ganz oder in wesentlichen Teilen im Wortlaut öffentlich mitteilt, bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert*
öffentlich mitteilt, bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert
worden sind oder das Verfahren abgeschlossen ist."

Es geht um unseren Artikel im ARBEITERKAMPF 101, S.19: „Strafverfahren gegen Kurt Grönewoldt", in dem das politische und juristische Verfahren gegen K. Grönewoldt erläutert wurde und dabei u.a. aus der Dokumentation des Büros Grönewoldt zum Verfahren gegen ihn zitiert worden war – bevor diese Dokumentation in einer bundesweiten Aktion mit der gleichen Begründung wie jetzt gegen uns beschlagnahmt worden war.

Der Strafbefehl beschuldigt den ARBEITERKAMPF lächerlicherweise *„die Anklageschrift eines Strafverfahrens in wesentlichen Teilen im Wortlaut öffentlich mitgeteilt zu haben, bevor sie in öffentlichen Verhandlungen erörtert worden oder das Verfahren abgeschlossen war"*

Man darf gespannt sein, ob die bundesdeutsche Justiz ein derart plumpes Manöver, mit dem sie Kritik an ihren Praktiken abzuwürgen gedenkt, tatsächlich durchziehen kann. Wir haben Widerspruch gegen den Strafbefehl eingelegt.

2. Beleidigungsprozeß gegen den KB in Itzehoe – Nachspiel

Die Oberstaatsanwaltschaft Itzehoe beantwortete jetzt die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Staatsanwalt Triskatis. Die Beschwerde wurde in allen Punkten zurückgewiesen. Angeblich liegen „keinerlei Anhaltspunkte" dafür vor, daß Trikates *„die ihm nach dem Gesetz obliegende Verpflichtung zur Objektivität nicht beachtet haben könnte"*.

Im einzelnen werden dazu folgende bemerkenswerten Begründungen gegeben:

„Ich habe keinen Anlaß zu beanstanden, daß Staatsanwalt Triskatis zur Begründung seines Antrags auf Erlaß eines Strafbefehls dem Gericht nicht ausdrücklich weiteres Beweismaterial als geschehen präsentiert hat. Im Hinblick auf die Eindeutigkeit des Flugblattinhaltes bedurfte es dessen – überdies offenbar auch nach Auffassung des den Strafbefehl erlassenen Richters – zur Begründung des Vorwurfs eines Vergehens nach §185 StGB nicht. Im Übrigen ist es dem Angeklagten bzw. dessen Verteidigern unbenommen, in der Hauptverhandlung von dem Recht, Beweisanträge zu stellen, Gebrauch zu machen."

Zur Ablehnung von Tonbandaufzeichnungen durch den Staatsanwalt Triskatis heißt es rotzfrech: *„Diese Äußerung des Sitzungsvertreters vermag den Vorwurf mangelnder Objektivität nicht zu begründen, da sie sich erkennbar lediglich auf die Möglichkeit einer verfahrensfremden Verwendung von Tonbandaufzeichnungen bezieht...."* Und dergleichen mehr. Tenor: **Der Staatsanwalt kann deswegen nicht wegen Parteilichkeit disziplinarisch belangt werden, weil er wegen der „Eindeutigkeit" des „Vergehens" gar nicht unparteilich zu sein braucht ... und das alles bevor der Prozeß auch nur begonnen**
zu sein braucht ... und das alles bevor der Prozeß auch nur begonnen
hat!

Im Übrigen ist der Prozeß an das zuständige Amtsgericht Hamburg übergeben worden. Es bleibt abzuwarten, ob die Staatsanwaltschaft es für opportun hält, das in Itzehoe unterbrochene Verfahren fortzusetzen oder ob sie den Prozeß aussetzt.

3. Nazis klagen gegen den KB wegen „Beleidigung"

Die Staatsanwaltschaft Oldenburg hat Anklage erhoben (Datum der Verhandlung noch nicht festgesetzt), *„fortgesetzt handelnd einen anderen beleidigt zu haben."*

Uns wird zur Last gelegt:

„Der Angeschuldigte zeichnet für ein Flugblatt mit der Überschrift: ‚Skandal: Neonazi bringt Studenten vor Gericht' verantwortlich. Auf diesem Flugblatt ..., ist neben der Überschrift ein Lichtbild des Studenten Ronald Drechsler abgebildet. Dieser Zeuge ist Mitglied der ‚NPD' und des ‚NHB'. In dem Flugblatt wird die ‚NPD' als ‚neofaschistisch' bezeichnet und wird geäußert, der Zeuge Drechsler verteile ‚faschistische' Flugblätter. Der Zeuge Drechsler wird mehrfach als ‚Neo-Nazi' und ferner auch als der ‚braune Drechsler' als ‚Nazi-Boß Drechsler' und als ‚Nazi-Drechsler' bezeichnet."

In diesem Prozeß soll der NPD-Faschist Drechsler Ankläger und Zeuge zugleich sein, um zu beweisen, daß die NPD nicht faschistisch sondern „demokratisch" sei. Eine glatte Provokation seitens der Oldenburger Staatsanwaltschaft, in dieser Sache überhaupt ein Hauptverfahren zu beantragen.

Gleichzeitig läßt die Staatsanwaltschaft Oldenburg ein Ermittlungsverfahren gegen KB/Gruppe Oldenburg durchführen wegen „Verdacht der Verleumdung pp". Die Urheber dieses Verfahrens sind die Leute um Drechsler in der NPD/Oldenburg. Ihre Umtriebe waren in einer „Dokumentation über Nazi-Banden in Nordwestdeutschland :„ Kampf den Nazi-Banden" enthüllt worden. Auch hier soll „bewiesen "werden, daß Faschisten keine Faschisten, sondern Demokraten sind.

Diese Suppe werden wir den Herrschaften versalzen!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Schikanen gegen Peter Paul Zahl und Lothar Gend

Zusammen mit anderen Gefangenen der Vollzugsanstalt Werl hatten Peter Paul Zahl und Lothar Gend im April dieses Jahr einen Hungerstreik ab 1. Mai gegen die Isolationsstation in der Anstalt Werl angekündigt. Die Folge waren Haftverschärfungen und die Ermittlung gegen 32 Gefangene wegen der angeblichen Planung eines Aufstandes und Geiselnahme. Diese Ermittlungen sind mittlerweile eingestellt worden. Stattdessen scheint es sich jetzt zu bestätigen, daß die Vorwürfe gegen die 32 Gefangenen auf eine Denunziation zurückzuführen sind. Gegen den Amtsinspektor



Peter Paul Zahl

Mühle und die beiden Gefangenen Michelet und Sand werden jetzt Ermittlungen wegen Vortäuschung eines Verbrechens und falscher Anschuldigung durchgeführt. Der Justizminister Nordrhein-Westfalens Posser entblödete sich nicht, die Haftbedingungen P.P. Zahls jetzt wieder als „normal" zu bezeichnen. Im folgenden wollen wir kurz aufzählen, was nach Posser alles zu „normalen Haftbedingungen" gehört:

- Der Einkauf mit eigenem Geld ist verboten (keine Schreibwaren und sogar keine Briefmarken!);
- Arbeit in einem Betrieb außerhalb der Anstalt ist verboten. Der Antrag auf Selbstbeschäftigung ist vor einem Jahr gestellt worden und ist „unerledigt".
- Ein Radio P.P. Zahls wurde zur „Kontrolle" an das Landeskriminalamt Düsseldorf gegeben und kam zerstört wieder zurück. Auf eine Antwort nach einer Beschwerde wartet P.P. Zahl seit nunmehr fünf (!) Monaten.
- Der Umgang mit bestimmten Gefangenen wird ohne Begründung verwehrt.
- In der Kirche muß P.P. Zahl mit einem extra dafür abgestellten Beamten hinten in der letzten Reihe sitzen.
- Am sogenannten „Unbeschäftigten-Sport" darf P.P. Zahl nicht teilnehmen. Beim Handball darf er nicht einmal zuschauen.
- Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und ein Manuskript verschwanden „auf dem Postwege".
- Weitere Briefe, Zeitungen usw. wurden nicht ausgehändigt wegen der angeblichen *„Gefährdung des Vollzugsziels"*. *„...bei ihrer Aushändigung würde Zahl in seiner Antihaltung gegenüber dem Staat bestärkt"* (Dr. Neu, Regierungsrat).
- Besuche P.P. Zahls werden seit nunmehr fünf Jahren vom Landeskriminalamt Düsseldorf überwacht.
- Innerhalb eines Jahres wurden drei Provokateure auf P.P. Zahl angesetzt.

Aufgrund dieser „normalen" Haftbedingungen ist Peter Paul Zahl am Montag, den 5.9.77 in einen Hunger- und Durststreik getreten. Die Forderungen dieses Streiks sind:

- Schluß mit der Besuchsüberwachung
- Gewährung wirklich normaler Haftbedingungen
- Selbstbeschäftigung und Einkaufsmöglichkeiten
- Beendigung aller Schikanen
- *„Schluß mit ausschließlich politisch motivierter Zensur, mit Post- und Druckschriftenbeschlagnahme, die nur e i n e n Zweck hat: Gehirnwäsche! ‚Ziel des Vollzugs' ist laut Gesetz: ‚künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen' (§2 Strafvollzugsgesetz), n i c h t die Abrichtung von Gefangenen zu CDU- und NPD-Wählern. Eindeutig heißt es im Strafvollzugsgesetz: ‚Grundrechte ohne Vorbehalt stellen etwa das Recht aus Respektierung der Menschenwürde (§ 1GG), der Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3GG), die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit (Art. 4, Abs. 1 GG) und das Petitionsrecht (Art. 17 GG) dar".*
- Unterbringungen in normalen Zellen für Langstrafer und Umschluß mit Gefangenen eigener Wahl.
- Erledigung von Anträgen und Beschwerden in gesetzlicher Frist.

Am 9.9. (nach vier Tagen) wurde der Streik vorläufig unterbrochen. Obwohl P.P. Zahl nie etwas mit der RAF zu tun hatte, wurde dennoch die Schleyer-Entführung zum Vorwand genommen, die Haftbedingungen noch weiter zu verschärfen, statt zu normalisieren. Angeblich bestünde nach der Schleyer-Entführung ein Notstand, dessentwegen nun auch keine Verteidigerbesuche mehr erlaubt werden könnten. Zahls Rechtsanwalt Eisel konnte daher auch nur die Information der Strafanstalt Werl weitergeben, nach der der Hunter- und Durststreik vorläufig unterbrochen wurde.

Interview mit Christian Ströbele

Mitte bis Ende September soll über das geplante Teilberufsverbot gegen den Westberliner Rechtsanwalt Christian Ströbele entschieden werden. Aus diesem Anlaß haben Genossen des KB/Gruppe Westberlin dem bekannten linken Anwalt einige Fragen gestellt. Wir danken Christian Ströbele an dieser Stelle für das Interview.


R.A. Ströbele

Frage (Fr.): Kannst du zuerst noch mal sagen, wie der Vorwurf der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" begründet wird und wann dein Hauptverfahren ansteht und mit welcher Bestrafung du ungefähr zu rechnen hast.

Ströbele (Str.): *„Seit 1973 läuft gegen mich ein Ermittlungsverfahren, 1975 bin ich deshalb inhaftiert worden, ich war dreieinhalb Wochen in Haft. Der Vorwurf ist im wesentlichen darauf begründet, ich hätte durch Öffentlichkeitsarbeit die Hungerstreiks der Gefangenen unterstützt und damit einer ‚kriminellen Vereinigung' geholfen. Ich bin weiterhin angeklagt, ich hätte mitgewirkt an dem Aufbau eines Informationssystems, und zwar wird mir vorgeworfen, dieses Informationssystem habe nicht nur den Zwecken der Kommunikation unter den Anwälten gedient, sondern auch der Kommunikation unter den Gefangenen selbst. Nicht vorgeworfen wird mir – entgegen vielfachen Presseveröffentlichungen – ich hätte irgendwelche Informationen von den Gefangenen an Leute draußen weitergegeben. Die Anklageschrift habe ich 1976 im Dezember bekommen. Die Anklageschrift ist bis heute noch nicht vom Gericht zugelassen, deshalb steht auch kein Termin zur Hauptverhandlung fest. Nunmehr im Sommer, d.h. vor einer knappen Woche hat die Staatsanwaltschaft die Verhängung eines vorläufigen Teilberufsverbots, d.h. ein Berufsverbot beschränkt auf Verfahren, die ‚kriminelle Vereinigungen', ‚terroristische Vereinigungen' und ähnliches zum Gegenstand haben, zu verhängen. Dieser neue Antrag auf Verhängung eines vorläufigen Berufsverbots ist im wesentlichen auf drei Punkte gestützt: Einmal, ich hätte eine Mandantin, Monika Berberich, in der Haftanstalt besucht, obgleich ich kein Mandat mehr für sie gehabt hätte, weil ich 1975 von deren Verteidigung entpflichtet worden bin. Das ist zwar richtig, aber die Staatsanwaltschaft unterläßt mitzuteilen, daß ich später dieser Mandantin erneut als Pflichtverteidiger beigeordnet worden bin. Der zweite Punkt ist der, daß in unserer Praxis eine Reihe von Vollmachten von Mandanten von uns gefunden worden sind, die nicht auf einzelne Verfahren ausgestellt waren, sondern blanco, und daraus meint die Staatsanwaltschaft einen Pflichtverstoß ableiten zu können. Und letztlich, und wohl der Hauptgrund, ist darin zu sehen, und ist auch so von der Staatsanwaltschaft angeführt, daß ich in meiner Erwiderung zur Anklageschrift mich ‚uneinsichtig' gezeigt hätte. Das bedeutet praktisch, ein Rechtsanwalt, dem zu Unrecht Vorwürfe gemacht werden, und dem zu Unrecht vorgeworfen wird, sich strafbar gemacht zu haben, wird, wenn er dieses Unrecht nicht einsehen will, die Ausübung seines Berufs, jedenfalls in Teilbereichen untersagt. Über diesen Antrag hat nun die Strafkammer zu entscheiden. Ich bin sicher, daß die juristische Begründung oder der Versuch einer Begründung völlig unzulänglich ist und niemals zur Verhängung des beantragten Verbots führen könnte, aber in der augenblicklichen Situation, in der augenblicklichen politischen Stimmung ist zu befürchten, daß dieses Teilberufsverbot dennoch aus nichtjuristischen Gründen erlassen wird. Dazu ist noch festzustellen, daß bereits im Jahr 75, im Herbst und im Frühjahr 1976 gegen mich Verhandlungen vor den zuständigen Ehrengerichten stattgefunden haben, die gerade über einen Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verhängung eines vorläufigen Berufsverbots zu entscheiden hatten. In beiden Verhandlungen wurden diese Vorwürfe ausführlich behandelt und beide Instanzen der Ehrengerichte haben es seinerzeit abgelehnt, ein Berufsverbot gegen mich auch nur vorläufig zu erlassen.*

Sehr wichtig ist noch, daß dieser Antrag über seine konkrete juristische Bedeutung hinaus Folgen für mich und vor allem für meine Berufsausübung und für die Arbeit unseres Büros gehabt hat, weil die Veröffentlichung im Zusammenhang mit dem Anschlag gegen Schleyer bewirkt hat, nicht nur, daß hier zahlreiche Drohungen eingegangen sind, sondern daß viele Mandanten aus Westdeutschland aus Verfahren, die überhaupt nichts mit sogenannten politischen Verfahren zu tun haben, hier angerufen haben und besorgt gefragt haben, ob ich in den nächsten Wochen und Monaten überhaupt noch als Rechtsanwalt zur Verfügung stehe."

Fr.: Eine Rückfrage: Die „Vorwürfe", mit denen die Anklage „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" konstruiert wird, beziehen sich also auf eine ganz normale Verteidigungstätigkeit – nur eben eine Verteidigungstätigkeit für politische Gefangene?

Str.: *„Ich selbst habe in einem sehr ausführlichen Schriftsatz, der auch veröffentlicht werden wird, durch meine Verteidiger nachweisen lassen, daß meine sämtliche Tätigkeit, vor allem meine hier vorgeworfene Tätigkeit, reine Verteidigungstätigkeit gewesen ist, die zum einen der Vorbereitung und der Durchführung ganz konkreter Strafprozesse gedient hat und zum anderen dem Schutz und der Gesundheit der Gefangenen dienen sollte, die mir als Verteidiger ein Mandat erteilt haben. Insofern sind die Angriffe, die gegen mich gerichtet sind, natürlich letztlich Angriffe gegen die Mandanten, für die ich tätig geworden bin."*

Fr.: Wie sieht denn jetzt die Situation der politischen Gefangenen nach der Schleyer-Entführung aus, speziell was die Behinderung der Anwälte betrifft.

Str.: *„Für eine ganze Reihe von Gefangenen wurden zunächst von den Gerichten zusätzliche Haftbeschränkungen angeordnet, die dann noch zum Teil durch die Leitung der Haftanstalten ganz erheblich verschärft worden sind. So kann in einigen Haftanstalten Anwaltsbesuch bei solchen Gefangenen überhaupt nicht mehr stattfinden. Das bedeutet praktisch, daß die Verteidigung bei diesen Gefangenen ausgeschlossen und unmöglich ist. Es sind etwa ein Dutzend, bei denen die ganz scharfen Bedingungen praktiziert werden, und es sind darüber hinaus etwa weitere 20, bei denen weitgehend solche Maßnahmen angeordnet bzw. durchgeführt werden."*

Fr.: D.h. jetzt Rückkehr zur strengsten Isolationshaft?

Str.: *„In den jetzigen Tagen bedeutet das wieder vollständige Isolierung auch von anderen Mitgefangenen, mit denen sie früher zu zweit oder auch zu dritt oder zu viert zusammenkommen konnten".*

Fr.: In der letzten Woche sind vom Bundeskabinett neue Gesetzentwürfe verabschiedet worden, die die Erleichterung des Verteidigerausschlusses in den Verfahren und zum zweiten die Beschleunigung von politischen Strafverfahren zur Folge haben sollten. Was hätte das für Auswirkungen für dieses Verfahren? Die CDU hat einen Gesetzentwurf zur „Sicherungsverwahrung" vorgelegt. Was hätte dieser Gesetzentwurf für Auswirkungen?

Str.: *„Da ist das bedrohlichste eigentlich – vom rechtsstaatlichen Standpunkt aus gesehen – die Möglichkeit des Ausschlusses eines Verteidigers aufgrund eines bloßen Verdachts. Bisher war ein dringender Tatverdacht erforderlich. Wer erlebt hat, mit welch geringwertigen Gründen bereits ein dringender Verdacht bejaht wurde, der kann sich ausmalen, was nun folgen wird, wenn bereits ein einfacher Verdacht ausreichen soll. Hinsichtlich der Auswirkungen der vorgeschlagenen Bestimmungen zur Beschleunigung der politischen Strafverfahren haben wir noch keinerlei Erkenntnisse, das bleibt abzuwarten. Hinsichtlich der Vorschläge, die von der CDU/CSU gemacht worden sind, nämlich auf der einen Seite die totale Überwachung des Verkehrs zwischen dem Gefangenen und seinem Verteidiger, d.h. insbesondere auch des mündlichen Verkehrs zwischen beiden und der Vorschlag, in bestimmten Strafverfahren Sicherungsverwahrung anordnen zu können, ist festzustellen, daß, wenn die erstere Bestimmung Gesetz werden sollte, praktisch die Vorbereitung einer Verteidigung in der auf der ganzen Welt üblichen Vertrauenssphäre zwischen Verteidiger und Mandant nicht mehr möglich ist, d.h. auch mit ihm die Frage der Verteidigungstaktik und der Verteidigungsüberlegungen nicht mehr besprochen werden kann. Die Sicherungsverwahrung ist bisher beschränkt auf Fälle, in denen Täter im wiederholten Maße wegen schwerster Straftaten überführt und verurteilt worden sind. Jetzt ist geplant, bereits nach einmaliger Verurteilung wegen bestimmter Delikte die Sicherungsverwahrung anordnen zu können. Zumal geplant ist, daß diese Gesetzesänderung auch rückwirkend Kraft haben soll, wird das dann ganz konkret für die politischen Gefangenen bedeuten, daß sie zeitlebens hinter Gitter bleiben."*

Freiheit für Horst Mahler!

Wir drucken im folgenden eine Erklärung der Rechtsanwälte von Horst Mahler ab, der am 9.10.77 bereits sieben Jahre im Knast sitzt. Wir unterstützen die Erklärung der beiden Anwälte und fordern alle Genossen und Freunde auf, die Kampagne zur Freilassung von Horst Mahler aktiv mitzutragen.
IKAH Hamburg

Manfred Scharrer
Hans-Christian Ströbele
Meierottostraße 1

1000 Berlin 15

Berlin, September 1977

Liebe Freunde!

Am 9. Oktober dieses Jahres ist Horst Mahler sieben Jahre im Gefängnis.

Er hat dann die Hälfte der gegen ihn verhängten Freiheitsstrafe von 14 Jahren verbüßt.

Damit eröffnet das Gesetz die Möglichkeit der Haftentlassung. Denn, wenn besondere Umstände in der Tat und in der Persönlichkeit des Verurteilten vorliegen, kann nach Verbüßung der Hälfte der Strafe, der Rest zur Bewährung ausgesetzt werden.

Horst Mahler wurde bekannt, weil er in den 60er Jahren sein Leben und seine Arbeitskraft kompromißlos in den Dienst der sozialistischen, antiimperialistischen Bewegung gestellt hatte.

So hat er als Rechtsanwalt hunderte von Demonstranten konsequent und politisch vor Gericht verteidigt. Er war maßgeblich an der Aufklärung der Erschießung von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 beteiligt.

Er hat den Vietnam-Kongreß 1968 mitvorbereitet und die Durchführung der großen Vietnam-Demonstration vor dem Verwaltungsgericht erkämpft. Er hat Veranstaltungen und Demonstrationen gegen Springer zu Ostern 68 nach dem Anschlag auf Rudi Dutschke mitorganisiert und an ihnen teilgenommen.

Horst Mahler wurde zu einer Symbolfigur der sozialistischen und antiimperialistischen Bewegung. Deshalb richteten sich die Angriffe von Justiz und Springerpresse gegen ihn in besonderem Maße. Wegen Beteiligung an der Anti-Springerdemonstration nach dem Anschlag auf Dutschke wurde er zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und auf Antrag von Springer zum Ersatz des durch die Demonstration entstandenen Schadens von über einer halben Million Mark.

Im Sommer 1970 entschloß er sich zum bewaffneten, antiimperialistischen Kampf in der RAF.

Am 8.10.1970 wurde er verhaftet. Dreieinhalb Jahre wurde er abgesondert und isoliert in Einzelhaft gehalten. Er durfte mit anderen Gefangenen nicht zusammenkommen.

Er wurde wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und wegen Bankraubes zu einer Strafe von zwölf Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Später kamen noch zwei Jahre wegen angeblicher Beteiligung an der Baader-Befreiung hinzu. Die Höchststrafe für Gründung und Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung beträgt fünf Jahre. Horst Mahler ist bereits sieben Jahre im Gefängnis. Die Verurteilung wegen Raubes ist vor allem auf die Aussage des Kronzeugen Ruhland gestützt. Schon im Prozeß gegen Mahler wurde offensichtlich, daß Ruhland in wesentlichen Punkten die Unwahrheit sagte. In zahlreichen späteren Prozessen kamen immer mehr Widersprüche und Unwahrheiten in seiner Aussage ans Licht. Er mußte sogar einräumen, daß er monatlich Zahlungen von bis zu DM 1.000,- über seinen Rechtsanwalt erhält. Gegen diesen Zeugen ist Strafanzeige erstattet. Ein Staatsanwalt, der auch als Ankläger in Prozessen tätig war, in denen auf Grund der Aussagen dieses Zeugen von der Staatsanwaltschaft Verurteilungen gefordert wurden, wurde mit der Bearbeitung dieser Anzeigen betraut. Er hat abgelehnt, gegen den Zeugen wegen Falschaussage im Prozeß gegen Mahler Anklage zu erheben. Aber auch er hält den Zeugen der Falschaussage in einem anderen Verfahren für überführt.

Horst Mahler hat sich im Sommer 1974 von der RAF losgesagt und öffentlich gegen deren Politik Stellung genommen. Er hat es abgelehnt, im Austausch gegen den entführten Peter Lorenz das Gefängnis zu verlassen. Bis zum Frühjahr 1977 stand er der KPD nahe. Heute steht er keiner Organisation mehr nahe. Er bemüht sich, innerhalb der Neuen Linken einen politischen Standort zu finden und zu formulieren.

An den Berliner Justizsenator und die zuständigen Strafvollstreckungsgerichte soll zum 7. Oktober 1977 der dringende Appell gerichtet werden, Horst Mahler aus dem Gefängnis freizulassen und den Weg für eine Wiederaufnahme des Verfahrens durch Erhebung der Anklage gegen den Kronzeugen Ruhland freizumachen. Am 7. Oktober sollen diese Forderungen mit zahlreichen Unterschriften in Tageszeitungen veröffentlicht werden.

Wir bitten deshalb um Unterschrift unter die beiliegende Erklärung und Geldspenden zur Finanzierung der Anzeigen.

Gruß
Scharrer
Ströbele

Ohne zu dem politischen Engagement von Horst Mahler seit 1970 hier Stellung zu nehmen, setzen wir uns nachdrücklich dafür ein,

Horst Mahler – nach sieben Jahren Gefängnis – freizulassen,

den Weg für eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Mahler durch Erhebung der Anklage gegen den Kronzeugen Ruhland freizumachen.


Horst Mahler im Prozeß

Militarismus Antimilitarismus



100.000.000.000 Mark für die Aufrüstung der Bundeswehr!

„Was wir dort zeigen können, hat keine Armee der Welt aufzuweisen." Das sagte Kriegsminister Leber zu der groß angelegten „Waffenschau" der Bundeswehr auf dem Flughafengelände Köln-Wahn, die vom 29.9. - 1.10.77 an die 300 000 Besucher anlocken soll („Deutsche Volkszeitung" v. 18.8.77). Daß diese Aussage nicht übertrieben ist, wollen wir hier belegen:
Bereits seit rund 7 Jahren findet eine enorme Um- bzw. (treffender) Aufrüstung aller Teilstreitkräfte auf die 2. Waffen- und Fahrzeuggeneration statt. Während der „Verteidigungs"-haushalt seit 1970 einschließlich der in anderen Ressorts versteckten Aufwendungen bereits um 85,23% gestiegen ist und 1977 real etwa 50 Mrd. DM beträgt, sollen nun alleine die Neuanschaffungen bis Mitte der 80er Jahre die schwindelnde Höhe von 100 Mrd. DM erreichen! (Diese und alle anderen nicht anders gekennzeichneten Angaben nach „Stern" vom 8.9.77.) Dabei sind Forschungs- und Entwicklungskosten, mögliche Stückpreiserhöhungen und einige Folgekosten (neue Munitionsarten etc.) noch nicht mitberechnet! Mit diesem Aufrüstungsprogramm ist die Bundeswehr heute - 32 Jahre nach dem 2.Weltkrieg - wieder die dritt-stärkste Militärmacht der Welt und damit eine bedrohliche Gefahr für alle friedliebenden Völker!

Im NATO-Vergleich zeichnet sich ab, daß die Bundesrepublik Deutschland auch 1976 — an der Höhe der Verteidigungsausgaben gemessen — nach den USA den zweiten Platz im Bündnis einnehmen wird. Zu demselben Ergebnis wird voraussichtlich ein Vergleich der Verteidigungsleistungen pro Kopf der Bevölkerung führen. Die sich für das Jahr 1975 ergebende Übersicht dürfte sich nur unerheblich verändern:

NATO-Vergleich (nach NATO-Kriterien)

nach der Höhe der Verteidigungsausgaben in Mrd. US-Dollars:

USA	89,0
Deutschland	16,2
Frankreich	13,5
Großbritannien	12,0
Italien	4,7
Kanada	3,1
Niederlande	3,0
Belgien	2,0
Griechenland	1,5
Türkei	1,4
Portugal	1,0
Norwegen	0,9
Dänemark	0,9
Luxemburg	0,02

nach den Verteidigungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung in Dollars;

USA	416
Deutschland	264
Frankreich	255
Norwegen	228
Niederlande	220
Großbritannien	214
Belgien	204
Dänemark	183
Griechenland	163
Kanada	135
Portugal	120
Italien	84
Luxemburg	63
Türkei	35

BRD - IMPERIALISMUS : WAFFENSTROTZENDER DENN JE !

Ein Großteil der neuen Waffen- und Fahrzeuggeneration wurde bereits in den letzten Jahren beschlossen und eingeführt, bzw. wird z.Zt. an die Truppe geliefert (siehe Schautafel). Am 15.6. gab der Haushaltsausschuß des Bundestages grünes Licht für folgende Projekte:

- **1800 Kampfpanzer „Leopard 2" für 6,9 Mrd.DM;**
- **48 913 neue Jeeps und Lastwagen aller Art für 2,6 Mrd.DM;**
- **212 Panzerabwehrhubschrauber für 1 Mrd. DM und**
- **6 Minenjagdsysteme „Troika" für 326 Mio.DM !**

Weitere Anschaffungen sind bei den Militaristen bereits im Gespräch:

- **10 Schnellboote für 1 Mrd.DM;**
- **24 raketenbewaffnete Kampfhubschrauber für die Marine für 500 Mio.DM;**
- **Nato-Sturmgewehr samt Erstausstattung an Munition für 1 Mrd. DM;**
- **ca. 1000 Transportpanzer für 450 Mio.DM;**
- **Panzerhaubitzen, Zahl und Kosten noch nicht bekannt;**
- **eine ebenfalls noch nicht bekannte Zahl von Pionierpanzern;**
- **das fliegende Frühwarnsystem AWACS für 2,5 Mrd.DM (auch 10 Mrd.DM werden genannt, „FAZ" vom 28.1.77);**
- **eine unbekannte Zahl von Höhenjägern, die AWACS schützen sollen;**
- **neue elektronische Führungssysteme in allen Teilstreitkräften für rund 11 Mrd.DM;**
- **neue Waffen für den „Tornado" (Streubombe und Lenkwaffen);**
- **für eine ganze Reihe der neuen Waffensysteme müssen volkommen neue Munitionsarten angeschafft werden!**

Die 2. Waffen- und Fahrzeuggeneration besitzt gegenüber der alten Ausstattung ein vielfaches mehr an Feuerkraft, Zielgenauigkeit und Beweglichkeit. Der Flakpanzer „Gepard" beispielsweise soll dreimal so kampfstark wie der alte „M 42" sein! Obwohl die Anzahl der neuen Waffen keineswegs geringer ist, wird ein Großteil des alten Geräts in der Truppe bleiben, bzw. jederzeit verfügbar „eingemottet" werden! (In den Statistiken werden sie jedoch voraussichtlich „verschwinden").

Während die rechten Kriegshetzer hierzulande in Funk, Zeitungen und Fernsehen uns eine angebliche „Übermacht des Ostens" weismachen wollen, geben die Militärs bei den einzelnen Projekten offen zu, daß sie den „Gegenstücken" der Warschauer-Pakt-Staaten technologisch vielfach weit überlegen sind: „*Der Kampfpanzer ‚Leopard 2' ist in Feuerkraft, Beweglichkeit und Panzerung den (sowjetischen Panzern) T 62 und T 72 überlegen. Gegenüber einem möglichen T 72 Nachfolger (!) wird sich die Überlegenheit des ‚Leopard 2' voraussichtlich ebenfalls behaupten können...*" („BW;aktuell", 15.8.77).

Antimilitarismus-Kommision KB/Gruppe Hamburg

Großeinkauf für 63 Milliarden Mark

Truppeneinführung	Programm	Stückzahl	Kosten (in Millionen DM)
	Heer		
1969	mittlerer Hubschrauber CH 53 G	110	**1 580,5**
1969	Mehrfach-Raketenwerfer LAR	201	**80,3**
1970	Schützenpanzer „Marder" 1. Los	1 926	**1 638,8**
1971	Maschinenkanone 20 mm	8 070	**905,6**
1972	Kampfpanzer „Leopard 1" 5. Los	342	**358,3**
1973	Panzerabwehrrakete „Milan"	2 500	**1 002,0**
1973	Führungssystem „Autoko"	4	**534,1**
1974	Brückenlegepanzer „Biber"	105	**150,2**
1974	Kampfpanzer „Leopard 1" 6. Los	250	**479,8**
1974	Artillerie-Rakete „Lance"	–*	**222,7**
1975	Schützenpanzer „Marder" 2. Los	210	**217,0**
1975	Bergepanzer	100	**135,0**
1975	Spähpanzer „Luchs"	408	**373,5**
1976	Lkw-Folgegeneration	70 330	**6 500,0**
1976	Raketen-Jagdpanzer HOT	316	**564,8**
1976	Feldhaubitze 155-1	216	**352,1**
1977	Flak-Panzer „Gepard"	432	**3 725,9**
1978	Fla-Raketenpanzer „Roland"	143	**2 546,0**
1979	Kampfpanzer „Leopard 2"	1 800	**6 900,0**
1979	Verbindungshubschrauber VBH	100	**294,3**
1979	Panzerabwehr-Hubschrauber PAH	212	**858,6**
		zusammen	29 419,5
	Luftwaffe		
1969	Tiefflieger-Melde-Dienst (Radar)	55	**203,0**
1970	Aufklärungsflugzeug „Phantom II"	88	**1 763,1**
1974	Jagdbomber „Phantom II"	175	**3 050,0**
1975	Umrüstung Hawk-Luftabwehr-Raketen	42	**1 478,8**
1976	verbesserte „Sidewinder" (Luft-Luft-Raketen)	9 510	**693,5**
1977	Schulflugzeuge „Phantom II"	10	**122,8**
1977	Führungssystem „Eifel 1"	1	**345,0**
1978	„Alpha Jet"-Jagdbomber	175	**3 173,0**
1978	Seitensicht-Radar für Phantom	88	**268,6**
1979	„Tornado" (davon 112 für die Marine)	322	**15 556,0**
		zusammen	26 653,6
	Marine		
1969	Rettungshubschrauber	22	**259,0**
1972	U-Boot, Klasse 206	18	**910,7**
1972	Marineführungssystem	1	**260,0**
1972	Schnellboot, Klasse 148	20	**967,2**
1973	Umrüstung Zerstörer Hamburg-Klasse	4	**117,0**
1975	Transportschiff	2	**82,5**
1976	Schnellboot, Klasse 143	10	**861,1**
1977	Lenkwaffe „Kormoran"	350	**552,2**
1980	Minenjagdsystem Troika	6	**326,3**
1981	Fregatte 122 1. Los	6	**2 221,4**
		zusammen	6 557,4
		insgesamt	62 630,5

aus: „Stern", vom 8.9.77

Logik à la SPD

20 Abgeordnete der SPD, die sich als „Linke" verstehen, sahen sich nach ihrer Zustimmung zu neuen Etatrekorden für die Aufrüstung veranlaßt, ihren Schritt zu „rechtfertigen". Sie wandten sich in einem Brief an 130 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die einen Aufruf „Kürzung des Rüstungsetats " unterschrieben hatten. Sie behaupten, daß sie trotz ihrer Zustimmung zu neuen Erhöhungen „*nach wie vor den Wehretat für zu hoch halten*". Gerade deshalb - so erklären sie - haben sie für den Wehretat stimmen müssen, denn sonst - so vernimmt der erstaunte Leser - werde man Leber dazu drängen, „*in Zukunft eine mehr auf die Wünsche der Opposition eingehende Politik zu machen*". Ein überaus „schlauer" Trick, auf den nur ein geübter Sozialdemokrat kommen konnte. Allerdings, so fügen die Abgeordneten gleich selbst hinzu, „Druck der SPD-Linken" habe es nicht gegeben, das wäre eine Sichtweise der „ideologischen Verklemmung", was wir bekräftigen können - niemand wird ihnen diesen „Vorwurf" ernsthaft machen können.

Zum Schluß ihres Briefes teilen die Abgeordneten hoffnungsvoll mit, daß sie sich weiter „*im Rahmen der politischen Möglichkeiten*" für die Kürzung des Wehretats einsetzen wollen. Wie schwer dieser „Kampf" ist, mag man daran ermessen, daß sich 13 von den 20 Unterzeichnern dafür entschieden haben, diesen „Kampf" im Geheimen zu führen und es deshalb abgelehnt haben, daß ihr Brief mit ihrer Unterschrift veröffentlicht wird. (Quellen: „Extra-Dienst", 28.6.77; „Tat", 1.7.77).

Bundeswehr probt Bürgerkrieg



Wie Springers „Welt" vom 13.9.77 zu entnehmen ist, probten rund um Köln drei sogenannte Sicherungskompanien der Bundeswehr den Kampf gegen „rote Partisanen", Einsatz im Bürgerkrieg. Die angenommene Ausgangslage für die Reservisten beschreibt die „Welt" wie folgt: „Zum Schichtbeginn verteilen Mitglieder der Untergrundaktion ‚Roter Stern' Flugblätter mit Streikaufrufen (!), in einem Dorf bei Köln erschießen sie einen Polizisten, wenig später fliegt die Zentrale der Braunkohlenzeche Fortuna in die Luft." Bild und Originalunterschrift aus „Die Welt", 13.9.77).

Brutaler Überfall durch Feldjäger der Schleiferkaserne

Nagold/Schwarzwald: Nach einem Fest, das ich am 3.9.77 in Tübingen besuchte, fuhr ich mit dem Auto heimwärts. Da ich müde war und einen kleinen Rausch hatte, übernachtete ich im Wagen, den ich im Wald parkte.

Gegen Morgengrauen wurde ich unsanft von Feldjägern der Bundeswehr geweckt. Ich dachte zuerst, jemand wollte das Auto umschmeißen. Die Typen riefen, „komm raus du Schwein", „Atomkraftgegner, dir werden wir's zeigen" (an meinem Wagen befinden sich Aufkleber gegen AKW's).

Ich lag nackt in meinem Schlafsack und wollte mich anziehen. Die Typen riefen: „Guckt euch diese Sau an, der kommt bestimmt vom Gruppenbumsen aus der Kommune" und einige Perversitäten, die ich dem ARBEITERKAMPF ersparen möchte. Ich kam gerade dazu, eine Turnhose überzuziehen, da merkten sie, daß der eine Sicherungsknopf der Tür offen war. Sie rissen die Tür auf, zerrten mich aus dem Wagen, traten mir in den Unterleib und schmissen mich in den Matsch (es regnete stark). Sie trampelten auf mir herum. Einer von ihnen meinte: „Jetzt wirst du uns kennenlernen". Ein älterer Feldjäger mahnte aber seine Kumpanen zum Aufbruch. Sie klauten mir den Autoschlüssel, um den Kofferraum zu öffnen. Sie meinten: „Wenn wir herausbekommen, daß du Deserteure mitnimmst, dann geht's dir dreckig". Sie trampelten über mich herüber und verschwanden.

Ich habe eine leichte Wunde am Rücken, mein Unterleib schmerzt, ich habe mehrfach Blut pinkeln müssen und eine alte Achillessehnenverletzung ist wieder aufgebrochen. Mit großer Angst fuhr ich zur Kaserne nach Nagold auf dem Eisberg. Ich verlangte den diensthabenden Offizier. Der meinte: das könnte nicht wahr sein, jedenfalls würde von seiner Kaserne keiner sowas machen. Ich verlangte, daß er eine Untersuchung einleitet. Er meinte, er könne es versuchen, aber da würde nichts rauskommen, von seiner Kaserne wäre es bestimmt niemand gewesen. Er fragte noch zynisch, ob ich nicht im Rausch eine Prügelei gehabt hätte und mir etwas falsches einbilden würde. Da mir die Angst noch in den Knochen steckte, suchte ich schnell das Weite und fuhr heim. Ich mußte dabei an den Satz von Majakowski denken, der sagte: „Ja Deutschland, du hast dich entschieden gemausert, so war's noch nicht im letzten Jahr."

Interessant ist, daß vor ca. 10 Jahren in Nagold eine Gruppe von Schleiferoffizieren abgesetzt wurde, die die Soldaten mit Messern unter dem Bauch zum Liegestütz zwangen, einen Soldaten in den Tod hetzten und mit vielen Schikanen den Soldaten das Leben zur Hölle machten. Einige von diesen Schleifern wurden auf Staatskosten pensioniert und andere stillschweigend in anderen Kasernen eingesetzt.

Ein Genosse aus dem Nordschwarzwald

USA



„Strahlen – Spürtrupp"

Soldaten als Atom-Versuchskaninchen

Im Rahmen großangelegter Atomwaffentests hat die US-Armee 1957 Bodentruppen in Nevada eingesetzt: nur zwei Stunden nach der Explosion einer 44-Kilotonnen-Bombe wurden die Soldaten in das verseuchte Gebiet geflogen. Inzwischen mußte ein Pentagon-Sprecher zugeben, daß heute mindestens vier Beteiligte an Leukämie erkrankt sind.

Als Zweck des Tests wird in einem Bericht des Hauptquartiers der Sechsten Armee angegeben: *„Die Armee in der Öffentlichkeit in ihrer besten Form vorzustellen beim Einsatz unter Atomkriegs-Bedingungen"*.

Unter dem Decknamen „Smokey" (Rauch) filmte die Armee die Übung und machte daraus einen 30-minütigen Fernsehfilm, der an einige hundert Werbefernsehstationen verteilt wurde. Der Film bejubelte die Rolle der Armee im – wie der Sprecher sich ausdrückte – „Zeitalter des Atoms".

Zwei Ex-GIs. die an Leukämie er-

Zwei Ex-GIs, die an Leukämie erkrankt sind, sagten jetzt aus, daß ihre Krankheit Folge der radioaktiven Verseuchung ist. Die Öffentliche Gesundheitsbehörde in Atlanta berichtete kürzlich, daß auch andere „Smokey"-Teilnehmer an Leukämie erkrankt sind. Inzwischen haben sich auch die Dr. Mabuses vom Pentagon der Untersuchung dieser Folgen „niedriger Strahlen" zugewandt, nicht zuletzt deshalb, weil in letzter Zeit die Debatte über die Neutronenbombe gerade um die langfristigen Schäden dieser Strahlen kreist, die bisher kaum untersucht sind.

An der „Smokey"-Aktion waren 1.140 Soldaten beteiligt, die die Atom-Explosion aus rund 3.500 Metern Entfernung beobachteten. Rund 45 Minuten nach der Explosion – welche mehr als dreimal so stark wie die der Hiroshima-Bombe war – landeten 18 Soldaten mit Hubschraubern innerhalb der „heißen Zone". Die ersten Hubschrauber mit dem Rest der Truppen landeten rund 90 Minuten nach der Explosion im „Manövergebiet". Dort mußten sich die Soldaten u.a. gefechtsmäßig bewegen (laufen, robben usw.). Nach weiteren 90 Minuten wurden die Truppen wieder zurückgeflogen, weil Strahlenschutztrupps den Gefahrenpunkt für erreicht hielten.

Zur Feststellung der Strahlenbelastung trugen die Soldaten Teststreifen. Aber die Streifen konnten nach Aussagen des Pentagon nicht die Strahlen aus dem Erdboden und aus dem eingeatmeten radioaktiven Staub feststellen.

Paul Cooper, eines der Leukämie-Opfer, sagt heute, daß seiner Meinung nach der Beobachtungspunkt Opfer, sagt heute, daß seiner Meinung nach der Beobachtungspunkt während der Explosion wesentlich näher an dem Explosionsherd der Bombe gelegen hätte, als die Armee zugibt. Er und einige andere wurden durch die Druckwelle umgeworfen („International Herald Tribune", 11.8.77).

Wie das Verteidigungs-Ministerium mittlerweile bestätigte, wurden auch nach 1957 noch derartige Strahlentests durchgeführt. Tausende von Soldaten wurden in 12 Versuchen kurz nach überirdischen Atomsprengungen in das verseuchte Gebiet gebracht („UZ", 12.8.77).

USA-Kommission

Indianer prangern Menschenrechts-Feind Nr. 1 an!

Nach Jahrhunderten der Unterdrükkung und Völkermorde erreichten in den 60er Jahren junge Indianer durch aufsehenerregende Aktionen (Alcazar, Wounded Knee), daß die nahezu ausgelöschten Rechte der eigentlichen Amerikaner „wiederentdeckt" wurden. Doch mit unfruchtbaren Untersuchungen und den Versuchen, die Reservate einfach zu normalen US-Gebieten zu machen, antwortete die US-Regierung.

Jetzt haben einige Stämme vor Gerichten die Einhaltung alter Verträge, Rückgabe ihrer Länder und Wiedergutmachung verlangt. So auch die Sioux. Für sie reichte der AIM-Führer (AIM = American Indian Movement/Amerikanische Indianer-Bewegung) und Sioux-Oglala-Chef Russel Means in Washington eine Klage ein, in der die Rückgabe des Gebietes der heutigen Bundesstaaten Nord- und Süd-Dakota sowie Nebraska und Teile von Montana und Wyoming - ersatzweise eine Entschädigung von 30 Milliarden US-Dollar (69 Milliarden DM) gefordert wird („Harburger Anzeigen und Nachrichten", 5.9.77). Daneben soll die US-Regierung für diverse Menschenrechtsverstöße Buße zahlen, u.a. 1.000 Dollar für „Verstöße gegen die 10 Gebote" („Hamburger Morgenpost", 5.9.77).

Damit folgen die Sioux vielen anderen Stämmen, die schon Gerichtsverfahren gegen die US-Regierung erzwungen haben. Am meisten Beachtung fand dabei bisher der Kampf der Passamaquoddy-Indianer um die Rückgabe widerrechtlich enteigneter Gebiete, die mit 4 Millionen Hektar zwei Drittel des Bundesstaates Maine (oder ein Gebiet von der Größe Niedersachsens) ausmachen. Ihr Häuptling Francis Nicholas sagt dazu: *„Erst hat uns niemand ernst genommen, als wir das Land unserer Vorfahren zurückverlangten, das uns widerrechtlich genommen wurde – aber jetzt schlägt unsere Forderung Wellen in den gesamten USA. Und wir werden uns durchsetzen."*

Unterstützung erfahren die Indianer durch Tom Tureen und seine 17 Anwaltskollegen vom „Native American Rights Fund". Er vertritt u.a.

- die Oneida-Indianer, die im Norden des Bundesstaates New York 120.000 Hektar Land beanspruchen,
- die Wampanoag, die in Massachusetts 6.800 Hektar fordern,
- die Narragansets gegen den Bundesstaat Rhode Island,
- die Schaghticoke und die Pequot gegen Connecticut und
- die Catawba, die in South Carolina 57.600 Hektar zurückfordern.

Der 33jährige Weiße Tureen war mit seinem Vorgehen bereits so erfolgreich, daß sogar die US-Bundesregierung zumindest formaljuristisch nachgeben mußte („Hamburger Abendblatt", 10.9.77).

Doch damit nicht genug, ausgerechnet der „Hüter der Menschenrechte" (der US-Imperialismus) wird von der UN angeklagt. Auf einer Konferenz des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (UNESCO) in Genf will der „Rat für amerikanisch-indianische Verträge" internationale Sanktionen gegen die USA fordern. Der Rat attackiert die Nichteinhaltung von hunderten Verträgen, die zwischen der US-Regierung und den verschiedenen Indianer-Völkern abgeschlossen wurden („Frankfurter Rundschau", 27.8.77).

Dies ist immerhin seit über fünfzig Jahren zum ersten Mal der Versuch, die Menschenrechtsverletzungen der US-Regierung gegen die Indianer vor ein internationales Gremium zu tragen.

USA-Kommission

Knast – für Schwule lebensgefährlich!

Innerhalb von zwei Monaten wurden im McNeil-Island-Gefängnis im Bundesstaat Washington drei schwule Gefangene umgebracht.

- Am 9.4.77 wurde während einer Filmvorführung Thomas Colvin erstochen.
- Im Mai wurde Glenn Levine, ein schwarzer Schwuler, erstochen – ebenfalls im Auditorium
- Am 24.5.77 wurde Don Dumas tot in seiner Zelle aufgefunden. Eine Untersuchung ergab nur, daß er unter „mysteriösen Umständen"starb.

Diese Gefangenen waren bekannt dafür, daß sie für die Organisierung der Schwulen eintraten. Das machte sie zum Ziel der Verfolgung durch die Gefängnisverwaltung.

Jetzt fürchtet ein anderer Gefangener aus der Schwulenbewegung um sein Leben. Jon Wildes hatte versucht, gener aus der Schwulenbewegung um sein Leben. Jon Wildes hatte versucht, die Machenschaften der Gefängnisverwaltung zu enthüllen. Daraufhin war er innerhalb von zehn Tagen in vier verschiedene Gefängnisse verlegt worden.

Colvin, Levine und Dumas sind nicht die ersten schwulen Gefangenen, die ermordet wurden; ebensowenig ist Wildes der erste, den die Gefängnisverwaltung schikaniert.

In dem Bundesgefängnis Leavenworth wurde 1973 der Indianer Ernest Valenzuela in seiner Zelle ermordet. Er war Mitgründer und 2. Vorsitzender der National Gay Prisoners Coalition.

Sein Freund, der Mitgründer und Vorsitzende der Gefangenenorganisation, John Gibbs, war wiederholt das Opfer von Rollkommandos und Mordanschlägen und wurde fortlaufend von einem Knast in den anderen verlegt, um zu verhindern, daß er die Gefangenen gegen rassistische und sexuelle Repression organisiert. Er war in mehr als 20 Landes- und 6 Bundesgefängnissen.

Auf Leroy Shorter, einen schwarzen Gefangenen, wurde ein Mordanschlag verübt, weil er John Gibbs aktiv unterstützt hatte.

Kampf der Schwulenunterdrückung im Knast!

Schwule Gefangene werden ganz allgemein diskriminiert. Ihnen wird die Bewährung verweigert und sie werden von Rehabilitierungs-Program- die Bewährung verweigert und sie werden von Rehabilitierungs-Program- men ausgeschlossen. Gewöhnlich kommen sie in die „Sicherheits"flügel (Isoliertrakte) der Gefängnisse.

Im vergangenen Dezember hat die Bundesverwaltung der Strafanstalten schwule und progressive Publikationen aus Bundesgefängnissen verbannt.

Wenn sich schwule Gefangene organisieren, um diese unerträglichen Bedingungen zu bekämpfen, riskieren sie ihr Leben – und einige verloren es.

Das Leben von Jon Wildes, der sagte: „Ich habe den Kampf aufgenommen – und ich bin stolz!" ist in Gefahr. Für ihn hat sich ein Hilfskomitee gebildet, das dringend Unterstützung braucht:



Jon Wildes Defense Committee
Sub_urban Bank Building Suite 130
800 E. Northwest Hwy.
Palatine, Illinois 60067 USA
(nach Workers World, 2.9.77)

USA-Kommission

KURZMELDUNGEN

Minderheitenschutz verfassungswidrig?

Die USA stehen vor einem Gerichtsprozeß, der für die Zukunft ggf. neue Maßstäbe setzen wird:

Allan Bakke, ein weißer Mann, klagt, weil er sich verfassungswidrig diskriminiert vorkommt. Was war geschehen? Bakke war von der medizinischen Fakultät der Universität von Kalifornien nicht aufgenommen worden. Hingegen wurden aufgrund eines Quoten-Systems Schwarze, Chicanos und Amerikaner asiatischer Abstammung zugelassen, die nur eine geringere Qualifikation vorweisen konnten als Bakke.

Nachdem nun vor wenigen Jahren Gesetze geschaffen wurden, die zur Gleichberechtigung der Rassen führen sollten, haben einige spitzfindige rassistische Weiße diese Gesetze auf den Kopf zu stellen versucht und gegen die Verletzung i h r e r Rechte geklagt. Doch der Fall Bakke nimmt eine besondere Position ein.

Die Klage liegt nun dem Obersten Gerichtshof der USA zur Entscheidung vor; und das Justizministerium hat bereits in einem Schriftsatz seine Auffassung dargelegt (IHT,13.9.).

In seinem Schreiben argumentiert der stellvertretende Justizminister, Wade Mc Crea jr. u.a., daß ein Hochschulzulassungssystem, welches eine festgelegte Anzahl von Studienplätzen in jeder Klasse für Minderheiten reserviere, gegen die Verfassung verstoße, weil *„Förderungsprogramme die Rassen zur Aufhebung von Ungerechtigkeiten benutzen sollen, nicht um diese zu verewigen"*. Mit anderen Worten: ein Weißer, der unter der Wahrung der Minderheitenrechte „leiden" muß, genügt,um diese zu beseitigen.

• • •

... kein Platz für Südseeträume!

Hawaii, Honululu, Hula-Hula ... Durch diese Namen und Begriffe ist der 50. US-Bundesstaat allgemein bekannt. Weniger geläufig dürfte sein, daß die einheimische Bevölkerung einen Kampf um die Verteidigung ihrer nationalen Identität, Tradition und Geschichte führt, seitdem Hawaii erst vom europäischen und 1898 vom US-Imperialismus annektiert wurde. Daran hat auch die Ernennung zum US-Bundesstaat 1959 nichts geändert.

Ein Beispiel hierfür ist die Auseinandersetzung um die Insel Kahoolawe (120 qkm), die ein historisches Heiligtum der Hawaiier ist. Seit 1941 wird sie als Bombenabwurfplatz der US-Army benutzt. In den letzten Monaten ist der Widerstand dagegen gewachsen. Fünf Mal sind bisher Gruppen von Einheimischen dort gelandet, um eine Einstellung der Bombenabwürfe zu erzwingen. Sie kampierten dort und leisteten Truppen der US-Marine Widerstand. Dabei kamen zwei der Besetzer ums Leben und etliche wurde verhaftet. Dennoch geht der Kampf der Hawaiier weiter.

Die OHANA, eine Organisation, die für die politischen, ökonomischen und kulturellen Ziele der Hawaiier kämpft, hält den Kampf um Kahoolawe für einen wichtigen Schritt im Kampf um die elementaren Rechte der Hawaiier. Einen Erfolg haben militante Gruppen wie die OHANA mit ihren Aktionen bisher schon erzielt: Die Delegation Hawaiis im US-Kongreß will jetzt einen Prozeß um Landgebiete führen, die die US-Imperialisten nach der Annektierung gestohlen hatten. Die Entschädigungen würden sich auf einige Millionen Dollar belaufen.
(nach Workers World, 19.8.77).

• • •

Protest gegen „Amerikas größte Amerikanerin"

Die ehemalige „Miss America", Anita Bryant, die sich als Wegbereiterin einer neuen Welle der Schwulenunterdrückung in den USA einen Namen gemacht hat, wurde von den 1000 Teilnehmerinnen der jährlichen „Miss Teenage"–Wahl in Atlanta zu „Amerikas größter Amerikanerin" gewählt. Kein Wunder kommen doch die meisten dieser Barbie–Puppen aus wohlhabenden Familien.

Kurz nach Bekanntwerden dieser „Wahl" trafen über 150 Menschen vor der Prunkstätte zu einer spontanen Demonstration zusammen, um „gegen Anita Bryant und das System von Unterdrückung und Ausbeutung, das sie repräsentiert", zu protestieren (Nach Workers World, 2.9.77).

USA-Kommission.



Spanien

»Apala« frei — das baskische Volk hat gesiegt!





Mit den zwei größten Demonstrationen in der Geschichte des Baskenlandes hat das Volk von Euzkadi erreicht, daß der ETA-Genosse „Apala" (s. Foto) aus französischer Haft in provisorische Freiheit entlassen wurde, bis er - was höchstwahrscheinlich ist - als politischer Flüchtling anerkannt wird. Am 2.9. demonstrierten in Bilbao etwa 250.000 Menschen, am 3.9. kamen 150.000 zur Demonstration in San Sebastian (am selben Tag demonstrierten in Vitoria 35.000 Menschen ebenfalls für die totale Amnestie). Es ist hervorzuheben, daß diese gigantischen Mobilisierungen (ganz Euzkadi hat nur etwa 3 Mio. Einwohner) ausschließlich von der revolutionären Linken vollbracht wurden, insbesondere von der „izquierda abertzale" (EIA/KAS) sowie von den Oraganisationen MCE, PTE, OIC, CNT, ORT, LKI usw. Die PCE hatte als einzige der reformistischen Organisationen mit zu diesen Demonstrationen aufgerufen. Der national-konservative PNV war in Bilbao in letzter Minute noch der Aktionseinheit beigetreten, um nicht völlig an Gesicht und Einfluß zu verlieren.
Die meistgerufenen Parolen waren wie schon bei den zahlreichen Demonstrationen in den vorangegangenen Wochen (s. AK 112): „Freiheit für Apala, Larena, Chivite", „Auflösung der Repressionsorgane", ETA, das Volk ist mit dir", „Unabhängigkeit", „Ein bewaffnetes Volk wird niemals besiegt werden", usw.

Mehr als eine Million Menschen für die Autonomie Kataloniens



Am 11.September demonstrierten mehr als eine Million Menschen für die Wiederherstellung der Autonomie Kataloniens, die ihnen ursprünglich im Jahre 1714 (am 11.9.) nach einem Jahr Belagerung von Barcelona durch die Truppen des Bourbonenkönigs Phillips V. genommen worden war. Dies war die größte Demonstration, die bisher für die Autonomie einer Nation des spanischen Staates stattgefunden hat.
In Katalonien versucht heute der ehemalige Präsident der „Generalitat" (katalanische Regierung in der II.Republik) Taradellas, in seiner Eigenschaft als historische Gallionsfigur, die Autonomieverhandlungen mit der Suarez-Regierung im Alleingang durchzuführen, wobei er die gewählten katalanischen Parlamentarier in rüpelhafter Weise übergeht. Da es in Katalonien - anders als im Baskenland - keine starke revolutionäre Unabhängigkeitsbewegung gibt, scheint ihm dies Geschäft zu gelingen.

Spanien-Kommission

Weitere Legalisierungen?

Der spanische Innenminister Martin Villa hat angekündigt, daß *»alle Parteien legalisiert werden, außer jenen, die in ihren Statuten den bewaffneten Kampf vertreten«* (»El País«, 8.9.77). Bis zum 20.9. soll dies über die Bühne gehen. Zu diesem Zweck wurden die bisher noch nicht legalisierten etwa 20 Organisationen der revolutionären und nationalistischen Linken (wie EIA, UPG, LKI, usw.) aufgefordert, ihre Statuten zu »überarbeiten«. Das Innenministerium will sie einzeln zu sich zitieren, um Statutenentschärfungen durchzusetzen. Zu diesem Ansinnen wurde eine Stellungnahme von EIA (politische Partei von ETA) bekannt, die mitteilte, daß sie zu keinerlei Revidierung ihrer Statuten bereit sei, noch als einzelne Organisation sich mit Regierungsvertretern an einen Tisch setzen wird, sondern nur als Teil einer Delegation aller noch nicht legalisierten Organisationen. Überdies teilte EIA mit, daß sie nicht der Meinung ist, daß ihre Legalisierung vom Innenministerium abhängt, sondern vom Druck, den das baskische Volk zu diesem Zweck ausübt, weshalb sie bezüglich der Legalisierung sehr zuversichtlich ist (»DEIA«, 13.9.77).

Spanien-Kommission

Chile-Solidarität in Spanien

Eins von vielen Beispielen für das andere politische Klima, das derzeit in Spanien im Vergleich zur BRD herrscht, waren Veranstaltungen der reformistischen Parteien zum 11. September, dem 4. Jahrestag des blutigen Putsches in Chile gegen die Volksfront-Regierung. In Madrid versammelten sich nahezu 40.000 Menschen zu einer Solidaritätsveranstaltung, auf der Vertreter der sozialistischen PSP, der eurorevisionistischen PCE (Carrillo selbst), der sozialdemokratischen PSOE (Gonzalez persönlich) sowie der christdemokratischen Linken (Ruiz Gimenez) sprachen. Als Vertreter der chilenischen Exilparteien sprach ein Vertreter der Radikalen Partei. Vor Beginn der Veranstaltung wurden die Fahnen der chilenischen Parteien, sowie der spanischen Nationalitäten und linken bis hin zu anarchistischen Organisationen ebenso wie die Fahne der Frente POLISARIO mehrmals rund um den Platz getragen.

In Barcelona gab es am Tag der »Diada«, dem großen katalanischen Autonomietag (siehe Bild in diesem AK) zugleich eine Kundgebung der Solidarität mit dem chilenischen Widerstand. In Zaragoza kamen etwa 7.000 Menschen zu einer Solidaritätsveranstaltung (nach »Deia«, 13.9.77).

Spanien-Kommission

MC zur Nationalitätenfrage — Ein Leserbrief

Wir haben einen Leserbrief eines Genossen der spanischen MC („Movimiento Comunista") zu unserem Artikel in AK 111 („EIA – Partei für die Baskische Revolution") erhalten. Der Genosse ist der Meinung, daß wir die Nationalitätenpolitik der MC falsch dargestellt haben, indem wir schrieben: „*Die Mehrheit der spanischen linken Organistionen (wie ORT, PTE, MC) haben dagegen längst die Idee vom Förderalismus und nicht das Recht auf Lostrennung in ihr Programm aufgenommen*". Die Ausführungen des Genossen, die wir im folgenden wiedergeben, enthalten tatsächlich im Kern die leninschen Thesen zur Frage des Selbstbestimmungsrechts und des Rechts auf Lostrennung der Nationen vom Zentralstaat. Und doch möchten wir zum Schluß des Briefes eine kritische Anmerkung machen. Zunächst der Brief:

„ ... Der Kampf der Völker im spanischen Staat hat in der Geschichte unserer Partei von Anfang an einen hervorragenden Platz bei der Bestimmung unserer Politik eingenommen. Und dies aus zwei Gründen: Zum einen sind wir der Meinung, daß der Kampf gegen die zentralistische Unterdrückung ein gerechter Kampf ist und zum anderen haben die im Laufe dieses Kampfes entstandenen nationalen und regionalen Befreiungsbewegungen sich zu einer wesentlichen Speerspitze im antifaschistischen und demokratischen Kampf entwickelt und werden unserer Einschätzung nach eine entscheidende Rolle innerhalb des revolutionären Umgestaltungsprozesses im spanischen Staat spielen.

Aus diesen Gründen war die Beachtung, die wir dieser Thematik geschenkt haben (und dies kann in aller Bescheidenheit gesagt werden) von jeher unverhältnismäßig größer als bei jeder anderen gesamtstaatlich operierenden Organisation, sowohl der reformistischen als auch der revoutionären Linken. Die Nennung unserer Partei in einem Atemzug mit ORT und PTE in diesem Zusammenhang wird den von uns unternommenen Anstrengungen in dieser Frage leider in gar keiner Weise gerecht.

Es sei an dieser Stelle nur kurz daran erinnert, daß von der MC im Laufe des Einigungsprozesses der ehemaligen demokratischen Opposition (Junta, Convergencia, Coordinacion Democratica...) die Unklarheiten, Verschwommenheiten und teilweise auch falschen Gesichtspunkte gerade in der nationalen Frage immer wieder Hauptangriffspunkte unserer Kritik waren und daß ein wesentlicher Grund für unseren Nichtbeitritt zur Junta Democratia der entsprechende Programmpunkt zur Nationalitätenfrage war, der das **Recht auf Lostrennung** für den angestrebten provisorischen Zeitraum des verfassungsgebenden Prozesses **verweigerte** (bekanntlich war dies für die PTE kein Hinderungsgrund, sich der Junta anzuschließen ...).

Es sei weiter an die Entwicklung von MC in den letzen zwei Jahren erinnert, in denen sich zunehmend unser uneingeschränktes Bekenntnis zu den nationalen und regionalen Befreiungsbewegungen sowohl politisch als auch organisatorisch niedergeschlagen hat und voraussichtlich in diesem Herbst mit einer einschneidenden Änderung des Parteistatuts die Organisationsstruktur von MC auf eine neue Stufe gehoben wird: Aufgabe des bisher zentralistischen Konzeptes und Konstituierung als Parteienföderation. Im Vergleich zum bisher gültigen Statut von MC ist die Konstituierung als Parteienföderation zweifellos eine sehr einschneidende Änderung. Was jedoch das praktische Funktionieren von MC in den letzten zwei Jahren betrifft, handelt es sich lediglich um eine Anpassung des Parteistatuts an eine bereits bestehende konkrete politische Praxis.

Außerdem möchte ich an dieser Stelle noch einmal auf Nr. 2, 3, 4 und 6 der Zeitschrift „Dokumente" hinweisen, in denen mehrfach unsere Position zur Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker im spanischen Staat dargelegt wurden: die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung, d.h. die **Anerkennung des Rechtes auf Lostrennung ist essentieller** Bestandteil unserer Politik und somit auch Bestandteil unseres Programms. Denn in der Tat kann sich niemand ernsthaft Demokrat oder gar Kommunist nennen, der ein solch fundamentales Recht nicht anzuerkennens willens ist.



San Sebastian, 8.9.77: Zu einer „friedlichen und verantwortungsbewußten" Demonstration für Amnestie hatten PSOE, PNV, PCE und die baskischen Christdemokraten am 8.9. in San Sebastian aufgerufen. Diese Demonstration sollte zum einen dokumentieren, daß diese Parteien die Forderungen des baskischen Volkes nicht vergessen haben sowie gleichzeitig eine Distanzierung von den vorangegangenen zum Teil militanten Aktionen (19./20.8 in San Sebastian) zum Ausdruck bringen. Die Mehrheit der revolutionären Organisationen von Euzkadi (u. a. auch EIA) riefen zu dieser Demonstration mit auf. Wie die politischen Gewichte auf dieser Demonstration verteilt waren, wird an dem obigen Foto recht deutlich, wo die von PNV, PSOE, usw. in den Vordergrund geschobenen bürgerlichen Parlamentarier und Exilgrößen mit recht bedrückten Gesichtern völlig abgeschnitten von der Demonstration, marschieren, welche von den aus dem Exil zurückgekehrten ETA-Genossen angeführt wurde. Eine kleine Gegendemonstration von linken Gruppen, die gegen den Verrat von PSOE und PNV protestierten, wurde von diesen in ungebührlicher Weise hochgespielt und die Demo zum „traurigen Abend von Euzkadi" gemacht.

Spanien-Kommission

Föderalismus, Recht auf Lostrennung, Lostrennung als Alternative ...

Die im o.a. Zitat gebrauchte Formulierung unterstellt einen antagonistischen Widerspruch zwischen Eintreten für eine föderalistische Staatsstruktur und Anerkennung des Rechts auf Lostrennung. Hierzu möchte ich folgendes bemerken: Die MC tritt für eine föderalistische Struktur des zukünftigen spanischen Staates ein. Dies tut praktisch die Gesamtheit aller linken Organisationen mit gesamtstaatlicher Perspektive im heutigen spanischen Staat. Allerdings gibt es hier zu unterscheiden zwischen wirklich **förderalistischen** Alternativen und Alternativen, die zwar als förderalistische ausgegeben werden, aber letzten Endes nur auf administrative Neuerungen des zukünftigen Staates auf einer zentralistisch festgelegten, mehr oder minder breiten Autonomie-Basis hinauslaufen (Typ II. Spanische Republik oder auch Typ BRD).

Föderalismus und Anerkennung des Rechts auf Lostrennung sind unserer Meinung nach keine Gegensätze, sondern bedingen sich notwendigerweise. Denn eine wirklich **föderalistische** Staatsstruktur kann letztlich nur auf der Grundlage der Freiheit und Gleichheit aller Völker, d.h. auf der Grundlage des Prinzips der **doppelten Souveränität** verwirklicht werden. Mit anderen Worten: Zentralmacht und autonome Nationalität bzw. Region bestimmen frei die Beziehungen, die sie miteinander eingehen wollen, welches die zentralen und welches die besonderen Kompetenzen der Autonomiemacht sein sollen. Selbstverständlich schließt ein solches Konzept von Föderalismus auch die Möglichkeit mit ein, **gar keine** Beziehungen hinsichtlich der zentralen Kompetenzen eingehen zu wollen, wenn dies der Wille der Mehrheit des betreffenden Volkes ist, d.h. das Recht auf Lostrennung ist notwendigerweise in unserer Auffassung von Föderalismus impliziert.

Anerkennung des Rechtes auf Lostrennung heißt andererseits nicht, daß man zwangsläufig auch die Lostrennung der Nationalitäten als richtige „politische Alternative" vertreten muß. Als gesamtstaatlich operierende revolutionäre Organisation sind wir unter den heutigen Bedingungen des politischen Prozesses im spanischen Staat für eine **konstitutionelle Einheit** auf der o.a. Grundlage der doppelten Souveränität. Auf die Gründe für diese unsere Haltung möchte ich an dieser Stelle nicht ausführlicher eingehen, um den Rahmen dieses Briefes nicht zu breit werden zu lassen (dies kann an anderer Stelle, wenn ihr Interesse daran habt, geschehen). An dieser Stelle möchte ich lediglich die Unklarheiten, die durch das obige Zitat hervorgerufen wurden, versuchen zu beseitigen.

Lenin verwies im Zusammenhang mit der Nationalitätenfrage in Rußland und Europa auf das sehr anschauliche Beispiel der Anerkennung des Rechtes auf Scheidung. Ein ähnliches, sehr aktuelles Beispiel, ist der Kampf für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung: die Tatsache, daß man einschränkungslos für das **Recht auf Abtreibung** eintritt, muß nicht zwangsläufig zur Folge haben, daß man in jedem Fall Abtreibung als einzig richtige Alternative der Geburtenregelung propagiert. Der Zusammenhang zwischen Anerkennung eines Rechtes und Propagierung einer bestimmten Alternative, die nicht notwendigerweise die sein muß, für deren Recht auf Realisierung man eintritt, ist in der Nationalitätenfrage der gleiche (...)."

Zu unserer kritischen Anmerkung: Die Ausführungen des Genossen sind allgemein zweifellos richtig. Doch zur konkreten Frage der Lostrennung von Euzkadi nimmt er keine Stellung. Wie wir in AK 111 ausführten, vertritt EIA (und mit ihr die KAS) die Lostrennung und die Unabhängigkeit Euzkadis als konkretes, politisches Ziel, als Tagesaufgabe und propagiert sie auch. Uns erscheint die Position von EIA sehr einleuchtend, daß der revolutionäre Prozeß in Euzkadi nicht mit Rücksicht auf die „gesamtstaatliche Perspektive" gebremst und zurückgeschraubt werden darf, daß insofern die Bedingung für eine Staatenkonföderation in Spanien eben die Unabhängigkeit der verschiedenen Nationen, und insbesondere des Baskenlandes, als des fortgeschrittensten revolutionären Prozesses ist. Insofern kann und muß die Anerkennung des Rechts auf Lostrennung unter bestimmten Bedingungen auch zur Propagierung der Lostrennung selbst werden, v.a. dann, wenn dadurch der allgemeine revolutionäre Prozeß enorm beschleunigt und radikalisiert wird.

Spanien-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau, 2300 Kiel 1
Postlagerkarte 098831 A
Verkauf: Sonnabends 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Schleswig
Ute Jensen
Süderholmstr. 17
238 Schleswig

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag 16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend 11-13 Uhr, Kohlmarkt

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend 11-13 Uhr, Kaufhofpassage

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Backerstr. 11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro S. Lissner
Adalbertstraße 29
6000 Frankfurt/M. 90
öffentliche Bürostunde Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Freitag 19 Uhr und Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Saferstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uh
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uh
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr

Keine Antwort ist auch eine Antwort

Mit einem recht pöbeligen, aber inhaltlich sehr nichtssagenden Artikel ist das »Komitee Freies Iberien«, Köln, auf unsere Kritik am spanischen Anarcho-Syndikalismus in AK 110 eingegangen, in dem u.a. auch auf ein Sonderheft eben dieses Komitees zum selben Thema und zu einem früheren AK-Artikel Bezug genommen wurde. Außer einer wohl für anarchistische Kreise sehr wichtigen Richtigstellung, daß dieses Sonderheft nicht in Köln, sondern in Hamburg (Komitee Freies Spanien) verfaßt wurde (weshalb uns Belügen unserer Leserschaft vorgeworfen wurde) sowie der vielversprechenden Ankündigung, daß sich im Raum Hamburg *»freiheitliche Richtungen«* dabei seien zu organisieren, *»die nicht länger bereit sind, das Übergewicht des KB in der dortigen linken Bewegung hinzunehmen, sei es im Bereich der gewerkschaftlichen Arbeit, sei es im Bereich der Internationalismus-Arbeit, sei es in der Anti-AKW-Bewegung«*, werden wir nur noch darauf verweisen, daß bei »passender Gelegenheit« auf den AK-Artikel (Nr. 110) zurückgekommen wird, allerdings erst, wenn wir selbst weiteren Stoff zu diesem Thema bieten.

Die Stellungnahme bestätigt zum einen unsere These, daß es sich bei der Auseinandersetzung mit dem Anarcho-Syndikalismus in Spanien gleichzeitig um eine Auseinandersetzung mit anarchistischen- und anarcho-syndikalistischen Strömungen hier in der BRD handelt und zeigt zum anderen, daß eine offensichtliche inhaltliche Verunsicherung wettgemacht werden soll durch wortgewaltige Beschuldigungen gegen den KB („KB belügt seine Leser ...", „erste stalinistische Stellungnahme" ...). Wir würden ein sachliches Argumentieren um die tatsächlichen Fragen begrüßen.

Spanien-Kommission

Italien

Kriminalisierungskampagne gegen Antirepressionskongreß in Bologna

Zum Antirepressionskongreß in Bologna am 23., 24., 25. September erwarten die Organisatoren Radio Alice und Lotta Continua 20.000 bis 30.000 Genossen der italienischen Studenten- und Jugendbewegung sowie zahlreiche ausländische Gäste. In allen öffentlichen Gebäuden, den Marktplätzen, der Uni und im Sportpalast sollen Diskussionen zu allen Fragen der Repression durchgeführt werden. Ein breites Kulturprogramm sowie Feste und Tanz sollen Bologna zu einem Podium der Bewegung umgestalten.

Den Anstoß für den Kongreß gab der Aufruf einer Gruppe französischer Intellektueller um Sartre, die anläßlich der Ost-West-Konferenz in Belgrad die Untersuchung der Repression von seiten der DC und auch der PCI gegen die Studentenbewegung im Frühjahr gefordert hatte. Schon im Juni hatte dieser Appell in Presse und Parteien eine Welle der Verleumdung gegen die »französischen Spinner« ausgelöst, die angeblich keine Ahnung hätten, was sich in Italien tue und die chauvinistisch aufgefordert wurden, sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Von der DC über PCI bis hin zur Manifesto-Gruppe der PdUP wurde einstimmig gegen die »autonomen Terroristen« der Studentenrevolte gehetzt, die diesen Kongreß angeblich allein zur Vorbereitung neuer Gewalttaten ausnutzen wollten.

Der direkte Angriff auf den Kongreß hat jetzt nach den Ferien damit begonnen, die »Invasion der Autonomen« in Presse und Fernsehen auf vollen Touren anzukurbeln. Der Bologneser PCI-Sekretär Nanni erklärte, *»die Möglichkeit des Einsatzes von Pistolen und Molotowcocktails«* durch die Kongreßteilnehmer sei zu befürchten (»La Republica«, 1.9.77). Die rechte »Voce Repubblicana« warnte: *»Der Kongreß in Bologna mit seiner bedrohlichen Perspektive bietet allen Anlaß zur Beunruhigung für die demokratischen Kräfte und Freiraum für diejenigen, die einzig und allein an der Spaltung unseres Landes arbeiten!«* (ebd.) Angekündigt wird er in der DC-Presse als der *»Rote September«* UND *»Übungsstätte der Gewalt«*, worauf sich auch die Erklärung des DC-Sekretärs von Bologna bezieht, wenn er meint: *»Das Recht auf ... politische Debatten ist garantiert, ... dennoch machen es die kürzlich so schmerzhaft durchgemachten Erfahrungen notwendig, einige Vorbereitungen von Seiten des Staates zu treffen!«* (ebd.).

demokratischen Kräfte und Freiraum für diejenigen, die einzig und allein an der Spaltung unseres Landes arbei-

So wird auch die Forderung der Initiatoren nach freier Raumbenutzung aller öffentlichen Gebäude entsprechend kommentiert: *»Alarm in Bologna!«* schreit am 8.9. »Il Giornale«, und »Il Manifesto« stimmt mit ein: *»Sie wollen die Stadt besetzen!«* Weiterhin bestätigt »Il Giornale« die massiven Vorbereitungen der Bullen und die Konzentrierung der Carabinieris auf Bologna: *»Es ist mehr als gerechtfertigt, daß die Präfektur mindestens 4.000 Leute einsetzt!«*

Der Staat bereitet alles darauf vor, die »caccia alle streghe«, die Hexenjagd auf die Studentenbewegung, im Stile des März fortzusetzen. Unterstrichen wurde diese Taktik sofort durch die erneute Verhaftung von vier Genossen der Studentenbewegung aus Bologna und Trento. Sie wurden am 7.9. aufgrund von Fotografien, die die Bullen bei der Razzia konfisziert hatten, von angeblichen »Zeugen« identifiziert. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten Molotowcocktails geworfen und Sprengsätze gebastelt. Abgesehen davon, daß einer der Genossen zu dem Zeitpunkt gar nicht in Bologna war, sind auch die »Zeugen« derart windig, daß erstmal gar kein Prozeß angesetzt wurde, sondern unbeschränkte U-Haft angeordnet worden ist.

Bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, daß zum selben Zeitpunkt der Carabinieri Tramontani ebenfalls verhaftet worden ist, der während der Protestdemonstration am 11. März den Lotta Continua (LC)-Genossen Francesco Lo Russo erschossen hat. Tramontani ist wegen vorsätzlicher Tötung, Dienstaufsichtsverletzung und Waffenmißbrauch verhaftet worden. Er hatte damals gezielt in Kopfhöhe in die Menge der flüchtenden Demonstranten geschossen, was sofort auch von zahlreichen Zeugen bestätigt werden konnte. Die Anwälte der Eltern Lo Russos konnten sehr schnell eine lückenlose Beweisführung des Mordes vorlegen, wurden aber immer wieder abgewiesen. Der Staatsanwalt erklärte sämtliche Zeugen für unglaubwürdig und deckte Tramontani voll ab.

Francesco Lo Russo erschossen hat. Tramontani ist wegen vorsätzlicher Tötung, Dienstaufsichtsverletzung und

Wenn auch jetzt bei seiner Verhaftung in Bologna die Einschätzung der Studentenbewegung überwiegt, Tramontani sei nur das „demokratische Alibi" für die Verhaftung der vier linken Genossen, so betont LC doch, daß dieser Richterspruch dennoch ein Erfolg der Mobilisierung der Bewegung ist, der auch noch einige Schwierigkeiten im Lager der DC-PCI hervorbringen wird. Dies ist nämlich der erste Fall, wo sogar die Zeitungen offen von einem „staatlichen Mord" sprechen und zugegeben wird, daß die Polizei einen Demonstranten vorsätzlich ermordet hat. Das ist umso brisanter, als daß der damalige brutale Bulleneinsatz gegen die Studenten auf Befehl des PCI-Stadtpräfekten durchgeführt wurde. Die Forderung der Anwälte und der Bewegung, insbesondere die Verantwortlichen des Bulleneinsatzes vor Gericht zu ziehen, hat deshalb jetzt einige Unruhe im PCI-Stadtparlament aufkommen lassen.

Ein erster Erfolg konnte dennoch dadurch verbucht werden, daß jetzt der vorgesetzte Kommandant, der Bologneser Carabinieri Pistolese, ebenfalls verhaftet wurde. Auf seine Aufforderung hin hatte Tramontani geschossen.

Bologna, das »Wahrzeichen« des »comunismo emigliano«, die erste und bisher am längsten von der kommunalen PCI regierte Stadt, die gerne als Musterbeispiel zu allen Anlässen vorgezeigt wird, wird durch den Kongreß und vor allem durch die aktuelle Beweisführung der direkten Beteiligung der PCI an der Repressionspolitik der Regierung wohl einiges an Lack verlieren. Nicht umsonst bildet

Beweisführung der direkten Beteiligung der PCI an der Repressionspolitik der Regierung wohl einiges an Lack verlieren. Nicht umsonst bildet

sie jetzt die Spitze bei der Hetze gegen die »Provokateure« und bei den Prophezeiungen der angeblich geplanten Terroranschläge, um den Kongreß von vorneherein systematisch zu kriminalisieren und zu isolieren.

CONVEGNO CONTRO LA REPRESSIONE

BOLOGNA

23/24/25

settembre

Der „Quotidiano dei Lavoratori", Tageszeitung von Avanguardia Operaia, kündigt an, daß er täglich eine spezielle Seite der Vorbereitung des Kongresses von Bologna widmen will. Er fordert seine Leser, Genossen, Organisationen der Basis usw. auf, ihm dazu Stellungnahmen, Zusammenstellungen der örtlichen Presse, Untersuchungen usw. zuzuschicken.

Differenzen innerhalb der Initiatoren bei der Vorbereitung und Zielsetzung des Kongresses

Entscheidend ist bei der Kongreß-Vorbereitung, inwieweit es gelingt, durch breite Information und Diskussion im Lande der geplanten Kriminalisierung entgegenzutreten. Hierbei gibt es jedoch noch kaum ein gemeinsames Konzept, es überwiegen die Differenzen. Die Hauptträger und Organisatoren um Radio Alice bestehen auf einem völlig »unreglementierten« Vorgehen und haben sich mit dem Vorschlag für einen dezentralisierten Verlauf des Kongresses ohne Verpflichtung zur politischen Diskussion durchgesetzt. Sie orientieren auf ein großes Fest mit einigen politischen Beiträgen. Die inhaltliche Debatte wird im wesentlichen von Lotta Continua schon seit Wochen in ihrer Presse vorbereitet. Auch Avanguardia Operaia hat sich nach längerem Zögern und einer anfänglichen Polemik gegen den Kongreß jetzt dazu aufgerafft, in die Vorbereitung mit einzusteigen und zu mobilisieren. Insgesamt werden kaum breitere Versuche unternommen, auch Kreise über die »Neue Linke« hinaus mit einzubeziehen. Initiativen z.B. zur Einbeziehung der Bevölkerung von Bologna sowie Auseinandersetzungen mit den Betriebsräten der Fabriken etc. hat es bisher kaum gegeben. Hier blocken vor allem Radio Alice und einige »autonome« Gruppen ab, deren Einschätzung nach die einzig revolutionären Kräfte in der »neuen Bewegung der Studenten und Arbeitslosen« bestehen, wogegen die Arbeiterklasse sich bereits völlig an den Kapitalismus verkauft habe und verrotet sei. Eine Auseinandersetzung gegen diese Position, von der u.U. die Einbeziehung der oppositionellen CdF-Betriebsräte, die im Frühjahr in Mailand mit über 1.000 Delegierten zusammengekommen sind, sowie die der radikalen und liberalen Kräfte abhängt, wird jedoch auch von LC kaum geführt. Im Gegenteil werden mehrere Beiträge aus der Sponti-»Szene« völlig kommentarlos in der Zeitung veröffentlicht.

Eine Auseinandersetzung läuft lediglich um die Frage, ob während des Kongresses eine offene Schlacht mit dem Staatsapparat, z.B. in Form einer Stürmung des Gefängnisses geführt werden soll oder nicht. Die linken Organisationen sprechen sich scharf dagegen aus, da sie sich in erster Linie darum bemühen, in der gemeinsamen Diskussion neue Lösungen und Wege für die Bewegung zu finden. Offen ist jedoch noch völlig, welche Fragen die Schwerpunkte bilden werden, und vor allem, wie man bei der Fülle der Diskussionen an völlig auseinanderliegenden Orten eine wirkliche Gemeinsamkeit in der Debatte zustande kriegen soll.

Der Kongreß ist sicherlich ein wichtiger Versuch, Lehren aus den Studentenkämpfen zu ziehen. Es ist zu hoffen, daß es auch gelingt, ihn zu einem neuen entscheidenden Ansatz für die Stärkung und Verbreiterung des Antirepressionskampfes zu nutzen.

Italien-Kommission

Prozesse gegen die Attentäter der «Strage di stato« im Schnellverfahren

Nach langjähriger Verzögerung und Verschleppung der Prozesse und der Untersuchung um die Attentate und Morde der Zeit der »strage di stato« 1969 bis 1974 hat sich die italienische Justiz jetzt entschlossen, innerhalb der nächsten vier Monate neun Prozesse von gewaltigem Umfang so schnell wie möglich durchzuziehen. Die Beteiligung und Verwicklung zahlreicher Minister, Geheimdienstler, Militärs und Persönlichkeiten an den Bomben von Brescia, Mailand und Trento sowie die Zusammenarbeit mit faschistischen Gruppen soll möglichst unauffällig vertuscht werden, auch wenn sicherlich der eine oder andere Politiker oder Faschist dafür geopfert werden muß.

DC und PCI sind sich darüber einig, daß durch die schnelle Abwicklung der Prozesse ein für alle Mal die »dunklen Punkte« in der Regierungstätigkeit der DC zu den Akten gelegt werden müssen, um die neue politische Realität des »Historischen Kompromisses« nicht weiter unnötig zu belasten.

— Am 5. September hat in Rom der Prozeß gegen 130 Faschisten der »Ordine Nuovo« begonnen, bei dem deren Beteiligung am Attentat von der Piazza Fontana geklärt werden soll.

— Eine Woche später wurde in Brescia der Prozeß gegen die »weißen Putschisten« um Carlo Fumagalli, den Gründer der MAR (movimento di azione revoluzionaria) und der SAM (squadre d'azione Mussolini) eröffnet, denen konspiratives Verschwörertum gegen die demokratischen Institutionen des Staates« vorgeworfen wird.

— Am 15.9. begann in Catanzaro der bisher umfangreichste Prozeß der gesamten Nachkriegsgeschichte um das Bombenattentat auf die Mailänder Landwirtschaftsbank 1969. 30.000 Seiten Aktenmaterial sollen in vier Monaten durchgezogen werden. Jahrelang hatte der Anarchist Valpreda »überführt als Attentäter« für dieses Blutbad im Knast gesessen, bis er aufgrund der großen Öffentlichkeit und der übergroßen Beweise für seine Unschuld freigelassen werden mußte. Spätestens seit diesem Zeitpunkt konnte auch die Justiz es nicht mehr verheimlichen, daß die direkten Verantwortlichen und Beteiligten aus höchsten Kreisen des Staates selbst kamen. Es sind deshalb zu diesem Prozeß auch die damaligen Minister Andreotti, Rumor, Tanassi, Zagari und der Chef des SID Miceli vor's Gericht zitiert worden, um ihre Aussagen zu machen und die Anschuldigungen gegen sie zu »entkräften«.

— Am 19.9. beginnt in Rom der Prozeß gegen die 77 Konspiratoren aus den Kreisen der faschistischen »Rosa dei venti«, der heutigen »Avanguardia Nazionale«, sowie mehrere Militärs. Sie sind wegen vier nacheinander versuchten Putschversuchen unter der Anführung des Faschistenchefs Valerio Borghese in der Zeit von 1970 bis 1974 angeklagt. Wegen Begünstigung muß sich ebenfalls SID-Chef Miceli verantworten. Im Zusammenhang mit diesen Putschversuchen sitzen auch die Faschisten Spiazzi und Pecorella im Knast bzw. waren für eineinhalb Jahre die direkten Zimmernachbarn und Freunde Kapplers im Celio-Hospital. Ebenso wird der Faschist und Gründer der »Avanguardia Nazionale«, Stefano delle Chiae, gesucht, der nach Spanien geflüchtet ist und dort untertauchte. Er wurde aber kurz vor der Flucht Kapplers in Rom von mehreren Zeugen wiedergesehen.

— Am 22.9. beginnt in Neapel der Prozeß um die Spionagefälle bei Fiat Turin von 1970. 52 Direktoren, leitende Angestellte sowie zahlreiche Geheimdienstler stehen unter Anklage, über mehr als zwei Jahre lang eine Liste mit den Aktivitäten sämtlicher Gewerkschafter und Kollegen geführt zu haben und diese gegen die Belegschaft eingesetzt zu haben. Der damalige Direktor Aldo Ferrero hatte diesen Auftrag direkt an den SID erteilt, der auch sehr sorgfältig von diesem durchgeführt wurde.

— Am 3.10. soll in Taranto der Prozeß gegen die Entführer des Bankiers Mariano beginnen. Angeklagt sind die Mitglieder der »Ordine Nuovo« Luigi Martinesi, der rechte Arm des MSI-Abgeordneten Manco und P.L. Concutelli, der militärische Kommandant der »Ordine Nuovo« und Mörder des römischen Richters Occorsio.

— Anfang Oktober wird dann in Trento der Prozeß gegen einen Carabinieri-Offizier und einen SID-Offizier eröffnet, die 1971 das Bombenattentat in Trento zu verantworten haben.

Wir werden versuchen, einen möglichst umfangreichen Überblick über die zahlreichen Verbindungen von Staat, SID, Politikern und Faschisten im nächsten AK zu bringen.

Italienkommission



Gegen-Information

Polizei-Einsätze gegen Florenzer und Mailänder Hausbesetzer

In den letzten Wochen und Monaten kam es in Italien immer wieder zu Polizeiaktionen von bisher nicht gekannter Härte bei Räumungen besetzter Häuser, vor allem in den Universitätsstädten. Dort waren während der Studentenkämpfe im Frühjahr dieses Jahres zahlreiche leerstehende Häuser besetzt worden.

Die Wohnungsnot unter den Studenten in Italien ist besonders groß. Von den 26.000 nicht ortsansässigen Studenten z.B. in Florenz finden nur drei Prozent ein Zimmer durch das örtliche Studentenwerk. Die anderen sind gezwungen, sich auf eigene Faust eine Wohnung oder ein Zimmer zu suchen — bei Mieten zwischen 45.000 und 100.000 Lire (135 und 300 DM) und einem monatlichen Einkommen, das bei Studenten, die nicht wesentlich von den Eltern unterstützt werden und auf einen kleinen staatlichen Zuschuß oder Eigenverdienst angewiesen sind, im Durchschnitt 60.000 bis 70.000 Lire (180 bis 210 DM) beträgt. Während der Studentenkämpfe bildete sich daher in Florenz das »Comitato Studenti-fuori-sede-senza-casa« (Komitee der nicht ortsansässigen, wohnungslosen Studenten). Es begann, Besetzungen in einigen der 800 leerstehenden Gebäude der Stadt zu organisieren. So z.B. in der unmittelbaren Nähe des Stadtzentrums, um gleichzeitig gegen einen Regulierungsplan der städtischen Behörden zu protestieren, der die Umwandlung des historischen Stadtkerns in ein Touristen- und Geschäftsviertel und die Vernichtung des dort noch vorhandenen Wohnraums vorsieht. Die Besetzungen fanden aktive Unterstützung durch die Bevölkerung und auch jetzt nach den Räumungen bildeten sich sofort spontan Solidaritätsbewegungen, die die Unterbringung der auf die Straße geworfenen Besetzer organisierten und gemeinsam mit ihnen versuchen, eine Diskussion über diese Probleme in der gesamten Region zu eröffnen.

(Nach einem Bericht von Flensburger Genossen.)

Im folgenden wollen wir von drei Räumungen berichten, die in Mailand und Florenz allein in den letzten sechs Wochen stattgefunden haben:

Via Calzaioli

Am 31. Juli morgens um vier Uhr räumte 600 Carabinieri und Spezial-Bullen der »Anti-Terror-Einheiten« das seit dem 24. Februar besetzte ehemalige Hotel in der Via Calzaioli im Stadtzentrum von Florenz. Die 40 anwesenden Besetzer — zumeist Studenten, Jungarbeiter und Arbeitslose — wurden zusammengetrieben, fotografiert und erkennungsdienstlich behandelt. Ihre Möbel, Bücher und persönliche Habe wurde von den Bullen durchsucht und verwüstet. Vier Besetzer, darunter zwei Ausländer, erhielten die Auflage, Florenz binnen drei Tagen zu verlassen. Am darauffolgenden Tag wurden auf Anordnung der Behörden die Türen des geräumten Hauses zugemauert — das gesamte Mobiliar befand sich noch drin. Die Besetzer hatten lediglich vorher die Erlaubnis erhalten, unter Polizeibewachung einige persönliche Dinge herauszuholen.


Nach der Räumung ihres Hauses in der Via Bovisasca halten die Bewohner nun den Platz vor der Mailänder Stadtverwaltung besetzt

Ehemaliges Hotel, das die Florenzer Studenten über fünf Monate besetzt hielten

Die Besetzer hatten noch am Tag der Räumung zu einer Versammlung aller Florenzer Hausbesetzer aufgerufen, an der ca. 70 Familien teilnahmen. Dort wurde von den Behörden die sofortige Enteignung des geräumten Hauses und Rückgabe an die Besetzer gefordert. Um diese Forderung noch zu bekräftigen, besetzten die 70 Familien am nächsten Tag einen Saal im Haus der Florenzer Stadtverwaltung (»Lotta Continua«, 2.8.77 und Bericht s.o.).

Palazzo di Lugarno Cellini

Der Palazzo di Lugarno Cellini wurde über elf Monate von zehn Florenzer Familien besetzt gehalten, die am 5. September mit Polizeigewalt aus den Räumen vertrieben wurden und vorläufig im Palazzo Vegni, einem anderen in Florenz besetzten Haus, unterkommen konnten. Es bildeten sich sehr schnell verschiedene Solidaritätsinitiativen mit den Besetzern:

— In verschiedenen Gewerkschaftsverbänden wurde nach der Räumung diskutiert, wie man den Kampf der Hausbesetzer unterstützen könne. Die Federazione Lavoratori delle Costruzioni (Verband der Bauarbeiter) verurteilte in einer Erklärung die Räumung und forderte von den Behörden ein Sofortprogramm zur Behebung der dringlichsten Wohnungsnot.

— Für den 8. September wurde zu einer Versammlung verschiedener politischer Organisationen aufgerufen, zu der neben der Linken u.a. die CISL (der DC nahestehende Gewerkschaft) und der Magistratura Democratica (Demokratischer Richterverband) ihre Teilnahme zusagten. Es sollten Maßnahmen der Solidarität mit den Besetzern und die Weiterentwicklung des Häuserkampfes diskutiert werden (»Quotidiano dei lavoratori«, 8.9.77).

Via Bovisasca

Am 8. September räumte ein Großaufgebot der Polizei in Mailand das besetzte Haus in der Via Bovisasca und warf die 30 Familien, die dort wohnten, auf die Straße. Diese organisierten sofort nach Räumung des Hauses eine improvisierte Auto-Demonstration durch die Mailänder Innenstadt, wo sie schließlich mit lautem Hupkonzert zum Sitz der Stadtverwaltung zogen und dort einen Platz mit der Forderung nach Zuweisung eines geeigneten Hauses oder Wohnungen für die Besetzer besetzten (»Qdl«, 8.9.77).

Italien-Kommission

Der Skandal von Friuli:

Ein neuer Einblick in den christdemokratischen Sumpf

Nachdem das letzte große Erdbeben im Gebiet von Friuli bereits über ein Jahr vorbei ist, ist jetzt eine Bestechungsaffäre aufgedeckt worden, deren politische Konsequenz der Rücktritt des verantwortlichen Unterstaatssekretärs des Inneren, Zamberletti, war. Die Konsequenz für die betroffenen Bewohner des Gebiets ist, daß mehr als 50.000 von ihnen einem Winter entgegen sehen, ohne entsprechend warme und trockene Unterkünfte zu haben.

„Unverwüstliche Fertighäuser", die den ersten Hagel nicht überstehen!

Bereits im September vorigen Jahres wurden bei einer kanadischen Firma 1.000 Fertighäuser bestellt, obwohl sie mit 208.000 Lire pro Quadratmeter sehr viel teurer waren als der durchschnittliche Quadratmeterpreis der in Friuli aufgestellten Wohnhäuser mit 142.000 Lire. Dabei dürfte auch für die Auftragsvermittler eine hübsche »Provision« herausgesprungen sein. Auftragsvermittler waren der DC-Bürgermeister von Maiano, *Girolamo Bandera* und der von Zamberletti eingesetzte DC-Generalsekretär *Guiseppe Balbo;* beide sind mittlerweile verhaftet.


Der inzwischen wegen Korruption zurückgetretene DC-Politiker Zamberletti, rechts sein Chef Minister Lattanzio

Die Fragen der ungesetzlichen Provisionen (sprich: Schmiergelder) müssen untersucht werden, nachdem der Savoner Kapitalist Renato Carozzo vor dem Zivilgericht von Savona schriftlich bezeugt hatte, daß die beiden DCler von ihm zehn Prozent der Gesamtkosten der Häuser als »Gegenleistung« für einen Vertrag gefordert hätten (nach »Newsweek«, September 19, 1977). Zamberletti, der den Kontrakt mit der kanadischen Firma unterzeichnete, verkündete damals stolz, daß die Fertigbauten aus Holz und Metall mindestens 30 Jahre halten würden. Sie seien *»das Rückgrat sofortiger Hilfe für nationale Katastrophen(formen)«* (»Newsweek«, s.o.). Dieses »Rückgrat« traf dann bereits beschädigt in Italien ein und zersplitterte schon, nachdem das italienische Militär die ersten paar hundert Häuser errichtet hatte: Der erste Hagelschauer erwies, daß sie nicht wetterfest sind. Der ganze Spaß hat umgerechnet 8,25 Mio. Dollar gekostet.

Was es bedeutet, einen Winter ohne feste Unterkunft zu verbringen, wissen die Bewohner von Friuli bereits vom letzten Jahr, in dem sie auch schon zur Genüge von den Behörden verschaukelt wurden: *»An einem einzigen Tag beispielsweise — es war der 4. September (1976 — wurden 145 ältere Leute mit Lungenentzündung in die Krankenhäuser gebracht«* (»Stern« 40, 1976).


50.000 auch noch in diesem Jahre ohne feste Unterkunft: Die Bewohner des Gebiets vpn Friuli

Die Verhaftungen von Bandera und Balbo blieben nicht die letzten: Der DCler *Alfonso Beltrame* und sein Sohn wurden ebenfalls verhaftet, da auf ihrem Privatkonto 17 Mio Lire gefunden wurden, die eigentlich als Geldspenden für das Erdbebengebiet gedacht waren...

Der Sumpf ist sicher tief genug, um weitere Blüten an Land zu ziehen. Für die trostlose Lage der betroffenen Bewohner ändert sich durch die Inhaftierung einiger skrupelloser Geschäftemacher vorerst noch nichts:

Der »Stern« schrieb bereits im September 76: *»Allen* (gemeint sind die Einwohner von Friuli) *graut vor dem Schicksal der 40.000 Sizilianer aus dem Val di Belice, die 1968 durch eine Erdbebenkatastrophe ihre Häuser verloren. Die meisten wohnen noch heute in Barackenlagern. Von 12.000 in Belice geplanten neuen Häusern wurden bis heute nur 200 gebaut. Die von Rom für den Wiederaufbau bereitgestellten 1,8 Milliarden Mark verschwanden in dunklen Kanälen. Barackenlager gibt es außerdem heute noch in der Umgebung von Messina und in Kalabrien, wo auch einmal die Erde gebebt hat. Das war im Jahre 1908«.*

Italien-Kommission

Schweiz

60.000 beim Fest des jurassischen Volkes am 11.9.

Die Bewegung zur kantonalen Unabhängigkeit im schweizerischen Jura feierte am Wochenende des 10. und 11.September ihr 30. „Fete du Peuple Jurassien". 60 000 Menschen strömten in Delemont, der angestrebten Hauptstadt im Kanton Jura, zusammen, um für ihre Unabhängigkeit vom deutsch-schweizerischen Kanton Bern zu demonstrieren und anschließend ein Riesenfest zu feiern mit viel folkloristischen Darbietungen, Tänzen, Ansprachen, Wein und „Belier" (aus Rotwein hergestelltes Getränk).

Der Kampf der französischsprachigen Jurassier für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit hat eine lange Geschichte, er dauert schon seit 1815 an. In den letzten 30 Jahren bekam dieser Kampf einen stetigen Aufschwung, wobei die Jurassier sich zunehmend militant gegen den Herrschaftsanspruch des Kanton Bern, das wirtschaftliche Profitieren der Berner Wirtschaft auf Kosten des Jura und das Zurückdrängen der Sprache der Jurassier wehrten. 1950 wurde als Zugeständnis der Berner Regierung der Begriff „Jurassisches Volk" in die Bernische Verfassung aufgenommen (was man heute wieder streichen will). Nach vielen Anläufen und abgewendeten Initiativen wurde schließlich durch den Druck der breiten Bewegung eine Volksabstimmung durchgesetzt,die 1974 stattfand. Eine deutliche Mehrheit sprach sich für ein eigenständiges Kanton Jura aus. Eine erneute Abstimmung in den 3 südlichen Bezirken, die von der hier zahlreich zugewanderten deutschsprachigen Berner Bevölkerung durchgesetzt wurde, revidierte mit knapper Mehrheit das vorherige Ergebnis. Auf diese Weise wurde das Jura geteilt, die 3 nördlichen Bezirke bildeten ein neues Kanton, der Süden blieb weiterhin unter Berner Regierung. Seither kämpft die Jurassische Bevölkerung für die Wiedervereinigung ihres Gebietes unter jurassischer Kantonsregierung.

Das „Rassemblement Jurassien" (Organisator des Festes) bekräftigte in seiner Rede auf dem Fest, daß der Kampf der Jurassier erst eingestellt werde, wenn dies Ziel erreicht sei. Scharf verurteilt wurde, daß die Berner Regierung noch nie gegen teilweise faschistische Kräfte im Südjura wirksam vorgegangen sei, die die dortige jurassische Bevölkerung mit Gewaltakten terrorisieren, bei Aktionen der Unabhängigkeitsbewegung aber mit Härte reagiert werde.

Die Unabhängigkeit des Nordjura ist erneut gefährdet, wenn im nächsten Jahr eine Abstimmung in der gesamten Schweiz durchgeführt wird, durch die die Schweizer ein Votum für oder gegen die Aufnahme des Jura als neues Kanton in die „Eidgenossenschaft" fällen sollen. Aber auch dadurch könne der Wille der Jurassier zur Unabhängigkeit nicht gebrochen werden, erklärte das „Rassemblement Jurassien".

60.000 beim Fest des jurassischen Volkes am 11.9.1977

KURZMELDUNGEN

Am 4.9. veranstalteten 50 junge Aktivisten für die jurassische Unabhängigkeit vor der Wohnung des Bernischen Regierungsrates Ernst Jaberg ein „Sit-in". Sie wollten ihn damit zwingen, auf die Teilnahme am Kongress der „Demokratischen Kraft" zu verzichten. Die „Demokratische Kraft" ist eine Organisation von rechten Jurassiern, die für den Verbleib des Jura im Kanton Bern eintreten. Sie blockierten ca. zwei Stunden lang den Hauseingang, bis sie von teils zivilen Polizisten in einen Polizeitransporter verfrachtet und zur Personalienfeststellung weggebracht wurden. Anschließend wurden sie wieder freigelassen.

* * *

Drei Mitglieder einer südjurassischen Jugendorganisation, die für die Unabhängigkeit kämpft, wurden in der Nacht zum 4.9. festgenommen. Sie sollen mit Molotow-Cocktails Feuer in einem Restaurant gelegt haben, das Treffpunkt der pro-bernischen „Demokratischen Kraft" ist. Ein Festgenommener soll außerdem Sprengstoff bei sich gehabt haben.

Österreich-Schweiz-Kommission

Österreich-Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Auch die Schweiz ist auf dem Weg zum Polizeistaat

Die großen Protestaktionen gegen die AKWs in Kaiseraugst, Gösgen oder Graben, die Demonstrationen der jurassischen Bevölkerung für die Autonomie des Jura und — im gleichen Atomzug — angenommene »Terrorüberfälle« auf die UNO-Gebäude in Genf sind die Hauptgründe für die Einrichtung einer Spezialpolizeieinheit in der Schweiz. Bisher ist für Bulleneinsätze bei solchen Gelegenheiten die Polizei des jeweiligen Kantons zuständig. Es kann darüber hinaus zwar Hilfe aus anderen Kantonen angefordert werden, aber das dauert dem Staat erstens zu lange und ist zweitens zu unsicher, weil die Kantone bisher noch immer das demokratische Recht haben, die geforderte Amtshilfe abzulehnen.

Um auch in der Schweiz Verhältnisse wie in Brokdorf oder Malville erreichen zu können, soll jetzt eine allzeit bereite und mobile Bundespolizei - truppe aufgebaut werden. Sie soll zunächst aus 1.200 Mann bestehen, von denen 200 Mann die eigentliche »Eliteeinheit« zur »Terrorbekämpfung« ausmachen werden und der Rest je nach Bedarf hinzugezogen wird.

Diese Truppe wird vom Bund ausgebildet und bezahlt: 3,5 Millionen Franken für den Aufbau und 1,5 Mio. Franken jährlicher Kosten. Dazu kommen alleine 7,2 Millionen Franken für die Bewaffnung, einschließlich Panzerfahrzeugen und eigenen Hubschraubern. Wenn die Bundesbehörden beschließen, mal keine Demonstration zu stören, soll die Eliteeinheit bei den Kantonalsbehörden »normalen Dienst« tun.

Im Vergleich mit der Bürgerkriegsarmee Bundesgrenzschutz mutet die vorläufige Stärke dieser Bundespolizei vielleicht harmlos an. Aber: Der Anfang des Polizeistaates ist gemacht. (Informationen aus: »Basler Zeitung, 23.8.; »Neue Zürcher Zeitung«, 24.8.; »Süddeutsche Zeitung«, 25.8.; »Die Presse« (Wien), 5.9.)

Österreich-Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Österreich

Bürgerinitiativen beteiligen sich an Gemeinderatswahlen

Innsbruck. Zu den bevorstehenden Gemeinderatswahlen stehen außer den bürgerlichen Parteien einschließlich dem Rentnerverein KPÖ auch die Forderungen der Umweltschützer zur Wahl. Die Bürgerinitiativen haben sich zu einer »Grünen Liste« zusammengeschlossen. Ihre Hauptparole heißt: *»Gegen die Zerstörung unserer Umwelt und der Lebensbedingungen in unserer Stadt«.* Im einzelnen werden angeklagt: Der Raubbau an Natur und Grünflächen, der Generalverkehrsplan in Innsbruck, die viel zu kurzen Öffnungszeiten der Kindergärten für berufstätige Mütter, eine geplante Mülldeponie in einem Naturschutzgebiet, usw.

Die Mitglieder der »Grünen Liste« betonen ausdrücklich, daß sie nicht Stellvertreterpolitik betreiben wollen. Sie wollen, daß die Betroffenen ihre Sache in die eigene Hand nehmen, aus der Erfahrung, daß von den bürgerlichen Parteien in Wahlkampfzeiten zwar viel erzählt, dafür aber hinterher umso weniger im Interesse der Bevölkerung getan wird (Informationen aus: »Rotfront«, Zeitung der GRM (Trotz-
kerung getan wird (Informationen aus: »Rotfront«, Zeitung der GRM (Trotz-
kisten), Nr. 8/9, 77 und »Presse«, 5.9.).

Etwas anders sieht die Liste der »Vereinigten Bürgerinitiativen« in Salzburg aus. Dort umfaßt die Liste offenbar gerade nicht die Initiativen, die sich gegen die skrupellose Machtpolitik der Rathausparteien zusammengeschlossen haben, sondern lediglich eine kleinen (rechten) Teil. Er will vor allem die Erhaltung des alten Stadtbildes verteidigen. Listenführer sind ein ehemaliges Mitglied der reaktionären FPÖ und eines der tiefschwarzen ÖVP.

Der kleine Bruder des KBW, der KBÖ, hat sich übrigens nach Meldungen der GRM etwas ganz neues einfallen lassen: Sie kandidieren zwar zur Wahl, um die Arbeiter und Bauern für den Sturz des Kapitalismus einigen zu können. Aber sie kandidieren mit Leuten, die wegen ihres Alters noch nicht gewählt werden dürfen. Der KBÖ scheint sich viel Zeit zu nehmen mit dem Sturz der Bourgeoisie. (Information aus »Rotfront« Nr. 8/9, 77).

Österreich-Schweiz-Kommission
Österreich-Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen



Amerikanisches »know how« für Nordirland?

Ende August wurde in Washington eine Erklärung des „Weißen Hauses" zur Nordirlandpolitik veröffentlicht. Ziel dieser Erklärung ist offensichtlich ein verstärktes Einmischen der USA in Nordirland, im wesentlichen durch verstärkte Investitionen.Als Bedingung dafür fordert Präsident Carter ein Arrangieren der beiden Bevölkerungsteile in Nordirland und Beendigung der Gewalttätigkeiten. Er betonte immer wieder, daß er auf der Seite der friedliebenden Menschen stehe und jede Gewalt in Nordirland verurteile.Daßer damit nicht die britischen Truppen in Nordirland meint, braucht wohl nicht weiter erwähnt zu werden. Das Ganze muß wohl aber eher als Propaganda verstanden werden, als daß es reale Bedingungen für eine Forcierung der Investitionstätigkeit des US-Imperialismus wären, denn bisher haben die Unruhen in Nordirland die Profite der ausländischen Firmen nicht geschmälert. Nichtsdestotrotz werden demnächst mehrere Politiker und Geschäftsleute, sowohl von protestantischer, wie auch von katholischer Seite in die USA reisen, um dort Gespräche vor Ort zu führen. Unter ihnen Glen Barr, Vorsitzender der loyalistischen „Vanguard Partei" und Anführer des Protestantenstreiks, der 1974 die erste nordirische Provinzregierung nach nur fünfmonatigem Bestehen zu Fall brachte. Die Erklärung aus Washington wurde von allen Seiten wohlwollend begrüßt, sowohl von britischer Seite, als auch von der Dubliner Regierung und auch von den Parteien aus Nordirland, der SDLP und der Official Unionist Partei selber. Nordirlandminister Mason wird in allernächster Zeit in die USA reisen, um dort die Zukunft der amerikanischen Investitionspolitik zu diskutieren.

Schon jetzt gehört die USA zu den größten Investoren in Nordirland, vor der BRD an zweiter Stelle und den skandinavischen Ländern an dritter Stelle. In den etwa 30 amerikanischen Firmen arbeiten 20.900 Beschäftigte, d.h. jeder sechste Arbeitsplatz in der Industrie ist US-Eigentum. Unter ihnen sind solche bekannten Firmen wie Goodyear, Du Pont, Ford und der Putschkonzern ITT.

Die Bedingungen in Nordirland zur Erreichung größtmöglicher Profite sind auch besonders gut. So ist die Produktivitätsrate in den letzten beiden Jahren um 17% gestiegen, gegenüber nur 7% in England. Arbeitskräfte sind in Massen da, bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenrate um 13%, an einigen Orten bis zu 30%. Aber Nordirland bietet nicht nur einfach Arbeitskräfte, sondern bildet diese auch nach den besonderen Erfordernissen aus. So heißt es in einer Werbeanzeige dazu:„*Dazu kommt, daß wir ein Netz von regierungseigenen Ausbildungszentren unterhalten, in denen wir Fachkräfte nach den besonderen Anforderungen einer jeden Firma ausbilden. Nach der Ausbildung in solch einem Zentrum erhält ein Arbeitgeber Zuschüsse , um die neuen Fachkenntnisse der Beschäftigten im eigenen Betrieb weiter zu för-* für Industrieentwicklung in Nordirland in der „FAZ" vom 20.4.77).

Aber nicht nur zur Ausbildung werden großzügige Beihilfen gegeben. Es werden Zuschüsse für den Erwerb neuer Maschinen und Einrichtungen bis zu 40% gezahlt. Unter Berücksichtigung der gültigen Steuervergünstigungen für Investitionen kann dies bis zu 83% der Gesamtinvestition ausmachen.(Ebenfalls aus einer Werbeanzeige).

Und falls dann doch einmal eine Bombe in einem ausländischen Konzern hochgehen sollte, ist jedes Unternehmen durch die Regierung gegen Verluste und Gewinnausfall, die auf „Unruhen" zurückzuführen sind, versichert.

Da kann der Kapitalist nicht klagen.

Irlandkommission

Ausländische Urlauber in Nordirland nicht gern gesehen

Während die Republik Irland allerorts als das herrlichste Urlaubsparadies angepriesen wird, scheinen ausländische Urlauber in Nordirland nicht gern gesehen zu werden. Zumindest solche, die es sich nicht nehmen lassen, sich über die politischen Zustände dort zu informieren. So wurde der westdeutsche Arbeiter Wieland Giebel aus Bochum in England 6 Tage festgehalten, nachdem er nach einem dreiwöchigen Urlaub auf dem Flughafen Heathrow ankam. Er wurde verhaftet aufgrund des „Anti-Terror-Gesetzes", das der Polizei das Recht gibt, Menschen mit Zustimmung des Innenministers sieben Tage ohne Haftbefehl festzuhalten.

Dieses Gesetz trat am 1.12.74 in Kraft und wird vorwiegend gegenüber in England lebenden Iren angewandt, die danach oftmals mit einer Ausweisung zu rechnen haben. Wieland Giebel ist ein Pazifist und engagierter Kriegsdienstverweigerer. Er fuhr nach Nordirland, um sich dort über die politische Situation zu informieren und um dort seinen Urlaub zu verbringen. Er besuchte u.a. das Republikanische-Presse-Zentrum in der Falls Road in Belfast und das Turfe Lodge Viertel, ebenfalls Belfast.Beides sind katholische Viertel, die sehr stark mit der republikanischen Bewegung sympathisieren. Schon das reicht, um ihn des Terrorismus verdächtig festzuhalten. Die Polizei hielt es dann noch nicht einmal für nötig, irgendwen über die Verhaftung zu informieren, nicht einmal die westdeutsche Botschaft, was in solchen Fällen an sich üblich ist. Das wurde anschließend damit begründet , daß Giebel nicht ausdrücklich darum gebeten hätte. So erfuhr seine in Bochum lebende Freundin von der Verhaftung erst einige Stunden,bevor er wieder auf dem Düsseldorfer Flughafen ankam. (Information nach „Guradian", 1.9.77).

Ein weiteres Beispiel ist der Westdeutsche Ulrich Waldera, der in Belfast an einer Demonstration der Provisional Sinn Fein teilnahm. Nach der Demonstration wurde er von zwei Polizisten der „Politischen Polizei" kurzfristig festgenommen. Es wurden seine Personalien festgestellt und ihm mehrere Papiere abgenommen, die er nicht wieder bekam. Darunter waren Interviews, die er mit verschiedenen Leuten in Irland gemacht hatte und ein Adressbuch.Außerdem wurde ihm gedroht, daß er ausgewiesen würde. Er setzte sich daraufhin mit der Irischen Bürgerrechtsbewegung in Verbindung, die mit ihm zur westdeutschen Botschaft gingen. Als von dort bei der Polizei nachgefragt wurde, was es mit solchen Drohungen auf sich habe, wurde geantwortet„*daß die Polizei zwar kein Recht hätte jemanden auszuweisen, dies könnte lediglich das Justizministerium, aber Herr Waldera solle sich nicht an weiteren Demonstrationen dieser Art beteiligen, egal ob sie legal oder illegal sind*" (Informationen nach „Irish Republican Information Service" der Provisional Sinn Fein).

Irlandkommission

Niederlande

Amsterdam: Das »Zweite echte nationale Frauenfestival«

Unter einerseits erheblich stärkerer Beteiligung als im letzten Jahr, andererseits aber auch noch geringerer Ausrichtung auf die Probleme der Masse der Frauen und politische Klärung innerhalb der Frauenbewegung ging am 2. September das – von den Veranstalterinnen so genannte – „zweite echte nationale Frauenfestival" über den Rasen des Amsterdamer Vondelparks (das erste nationale Frauenfest im letzten Jahr war auf den 11. September gelegt worden, was zu einigen Auseinandersetzungen führte, da gleichzeitig die Demonstrationen zum Jahrestag des Chileputsches liefen und die Reaktion die Situation ausnutzte, indem sie ebenfalls am gleichen Tag in Den Haag eine Demonstration gegen die Legalisierung der Abtreibung durchführte, ohne auf eine nennenswerte Anzahl von Gegendemonstranten zu treffen).

Rund zehntausend, fast ausschließlich Frauen besuchten im Laufe des Nachmittags das Fest. An rund fünfzig Ständen dokumentierten Aktionsgruppen und Organisationen der Frauen ihre Arbeit, boten ihre Presse, Flugschriften etc. an. Neben anderen waren vertreten die Frauengruppen der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP), der radikaldemokratischen Partei (PPR), die sozialdemokratischen Frauen von der PvdA (die „natürlich" an ihrem Stand in k e i n e r Weise den sehr angebrachten Protest gegen ihre Partei-Oberen und -Oberinnen äußerten, die gerade bei den laufenden Verhandlungen zur Regierungsneubildung um einer zukünftigen Zusammenarbeit mit der Christreaktion willen einem weiteren Hinausschieben der Abtreibungslegalisierung zugestimmt hatten!). Dann die „Niederländische Frauenbewegung" (NVB), eine der revisionistischen KP (CPN) recht nahestehende Organisation. Aktionsgruppen wie „Frauen rufen Frauen an" (eine Art Telefonnotdienst), „Bleib mir vom Leib" (die Gruppe, die das Amsterdamer Frauenhaus gründete). Weiter „Frauen gegen sexuelle Gewalt", Selbsthilfegruppen, „Frauen im Übergang" (in den „Wechseljahren"), lesbische Gruppen, das Komitee für die Freigabe der Abtreibung „Wir Frauen fordern", die gute alte „Dolle Minna" und selbstverständlich auch die „Feministisch-sozialistische Plattform". Frauenbuchhandlungen und -verlage, viele Frauenhäuser, darunter Vertreterinnen jenes Frauenhauses in Friesland, das letztlich abgebrannt ist und wo Brandstiftung angenommen wird. Dann noch Gruppen zur Unterstützung türkischer Frauen in den Niederlanden, Chile-Frauengruppe...

Das eigentlich erfreuliche und in dieser Weise in der BRD nur schwer vorstellbare Nebeneinander von Frauengruppen unterschiedlichster politischer Farbe bzw. betont „unpolitischer" Ausrichtung, ist jedoch nicht Resultat einer breiteren um die Konzeption des Festes gelaufenen Auseinandersetzung, sondern rührt vielmehr aus der völligen Abwesenheit einer solchen Debatte, einem weitgehenden Nebeneinandervorbeiarbeiten und gegenseitigem Ignorieren der verschiedenen Strömungen her (nur das Vorgehen in der Abtreibungsfrage bildet hier eine positive Ausnahme).

Neben dieser mehr informativen Seite des Festes liefen auf zwei Bühnen und in vier Zelten Filme, Spiele, gab es viel Musik und auch Theateraufführungen.

Darunter ein „Amazonenschauspiel", das näherer Betrachtung wert ist. Aus dem Skript des Spektakels: Die Amazonen *„banden sich nicht an einen Mann. Um Nachkommen zu kriegen, hatten sie Sex mit einem beliebigen Fremden, schnell und anoym (...). Wenn Jungen geboren wurden, schickten die Amazonen sie sofort zu deren fernen Vätern. Andere verstümmelten* (womit vermutlich kastrieren gemeint ist, Anm. AK) *die Jungen und behielten sie als Sklaven. Manchmal wurden sie unmittelbar getötet"* (zitiert nach „De Groene Amsterdammer", 31.8.). Die „Schwarze Botin" ist offensichtlich nicht nur eine besonders finstere Erscheinung der westdeutschen Scene! Eine Diskussion um die Aufnahme dieses Drecks in das Programm scheint nicht stattgefunden zu haben, von Protesten gegen die Aufführung ist nichts bekannt. Noch sehr gelinde und den Kern der Sache eigentlich mehr streifende Kritik wird im „Groene Amsterdammer" geübt, wenn dort gefragt wird, ob es nicht *„etwas romantisch"* sei, angesichts der sich verschlechternden Lage der Frauen (hohe Arbeitslosigkeit, Verschleppen der Abtreibungsregelung) auf die Mythologie zurückzugreifen. Nein, fand eine der Autorinnen des Stücks, denn *„man kann kreativer denken über aktuelle Dinge, wenn man nicht in allerlei Faktenkram steckenbleibt"* und außerdem *„wirkt es nicht, wenn man Dinge macht, die für alle Frauen repräsentativ sind"* (ebenda).

Nun, immerhin „wirkte" diese von Teilen der niederländischen Frauenbewegung offensichtlich beabsichtigte elitäre Abgehobenheit von den Problemen der Massen der Frauen im Betrieb und im Haushalt so, daß zwar sehr viele Frauen (die jedoch, wie „De Nieuwe Linie", 7.9., es formuliert, fast alle *„unter vierzig sind, intellektuell oder wenigstens semi-intellektuell"*) einen „geselligen" Nachmittag verlebten (was ja gewiß nichts Schlechtes ist), wirkte aber auch dank der Anlage dieses Festes so, daß die niederländische Frauenbewegung nicht nur keinen Schritt vorangebracht wurde, sondern das Fest vielmehr zum nicht geringen Teil reaktionärsten Inhalten als Tribüne dienen konnte.

Niederlande-Kommission

Amsterdam: Chile-Solidarität

Am 11. September demonstrierten ca. 5000 Menschen in Amsterdam gegen die chilenische Diktatur. Die Demonstrantion war organisiert worden von der Gewerkschaft FNV und verschiedenen politischen Parteien – Sozialdemokraten (PvdA), Revisionisten (CPN) und Linksliberale (D'66). Im Demonstrationszug waren verschiedene Blöcke gebildet worden. So gab es z.B. einen „ML"-Block (ungefähr 40 Personen) mit der Losung „Sowjetunion – raus aus Chile". Am auffälligsten war jedoch der Block chilenischer und niederländischer revolutionärer Organisationen, woran sich beteiligten – die Basiskomitees der Sozialistischen Partei Chiles (SP-CNR), die „Bewegung der revolutionären Linken" (MIR), die Bewegung der vereinigten Volksaktion (MAPU) und der niederländische IKB (Vierte Internationale). Dieser Block zählte 500 Teilnehmer.

Niederlande-Kommission

Atomstaat = Polizeistaat

Charleroi. Seit dem 22. August stehen 105 Arbeiter und Angestellte der Abteilung „Atomenergie" der Elektrizitätsgesellschaft ACEC in Charleroi im Streik. Sie fordern die Vernichtung eines geheimen Berichts, in dessen Kenntnis sie zufällig gelangten, in dem „Erkenntnisse" und Beurteilungen über jedes einzelne Mitglied der Abteilung gesammelt worden waren (Kostprobe: „Neigt dazu, Mitarbeiter zum Widerstand aufzurufen"). Weiter wird die Versetzung der beiden Leitenden Angestellten verlangt, die den Bericht erstellt hatten.

Sicher sollte diese „Schwarze Liste" nicht nur „betriebsinternen" Zwecken dienen, sondern wird auch Eingang in den Computer der Rijkswacht („Bundespolizei") gefunden haben. Am 29.8. folgten alle 3.500 Kollegen der ACEC einem Aufruf der Gewerkschaften zu einem 24-Stunden-Streik zur Unterstützung dieser Forderungen und gegen die Spitzelpraktiken, mit denen zur Absicherung des Atomprogramms demokratische Rechte außer Kraft gesetzt werden.

Belgien-Kommission

Schließung von MMRA perfekt

Kollegen von MMRA Auge in Auge mit schwer bewaffneter Rijkswacht

Athus. Der Kampf gegen die Schließung von MMRA, dem wegen der anlaufenden Rationalisierungs- und Stillegungswelle in der wallonischen Stahlindustrie ziemliche Bedeutung zukommt, ist mit einer Niederlage der Arbeiter beendet worden. Am 5.9. stimmte eine große Mehrheit von 800 Anwesenden der 1600 Arbeiter für die Annahme eines Regierungsplans, der die fast vollständige Schließung bestätigt und gegenüber dem ersten Entwurf (siehe AK 112) nur wenig verbessert wurde; und zwar in den Punkten Garantielohn (jetzt drei Jahre) und Finanzierung der vorzeitigen Pensionierungen (wird jetzt vom Staat getragen).

Ein Grund für die trotz erwiesener Kampfbereitschaft (noch in der Woche zuvor fanden militante Besetzungsaktionen in Belgien statt) erlittene Niederlage liegt darin, daß eine kämpferische Solidarität der Kollegen im luxemburgischen Betriebsteil Rodange von den dortigen Gewerkschaftsführern erfolgreich sabotiert wurde. Diese gingen sogar soweit, die Arbeiter in Rodange zum „Schutz ihrer Maschinen vor Extremisten" aus Athus aufzurufen („Amada", 31.8.77). Eine Erklärung für den Erfolg solcher Manöver ist die Tatsache, daß der letzte Streik in diesem Bereich 1921 stattgefunden hat und der Gewerkschaftsapparat durch betriebliche „Mitbestimmung" und eine Vielzahl übergeordneter sozialpartnerschaftlicher „Paritätischer Gremien" an das „Wohl" der Kapitalisten gekettet ist.

Belgien Kommission

Belgien

Kein »Modell Deutschland« in Belgien!

Ein krasser Fall von Gesinnungsschnüffelei bewegt derzeit die belgische Öffentlichkeit. Die Lehrerin für germanische Sprachen, Arlette Daussain, seit 10 Jahren am katholischen „Institut der Vorsehung" in Ciney/Namur tätig, heiratete 1976 einen geschiedenen Mann. Von ihrem Dienstherrn erhielt sie 4 Wochen später einen Brief, daß ihre eheliche Situation untragbei sei, sie im Interesse ihres eigenen Rufs am besten stillschweigend selbst kündigen möge – was sie nicht tat. Nach einem Jahr erhielt sie vom Träger die Kündigung mit der Begründung, daß sie mit einem geschiedenen Man verheiratet sei. Nachdrücklich betonen linke belgische Zeitungen, daß es mehrere Fälle dieser Art gibt.

Natürlich darf niemand wegen solcher privaten Gründe entlassen werden, insbesondere Arlette nicht, die 1970 „endgültig" übernommen wurde. Der katholische Träger wird auch möglicherweise in ein oder zwei Jahten die Klage vor dem Arbeitsgericht verlieren und zahlen müssen. Die Lehrerin wird dann aber immer noch ohne Arbeit sein, denn kein anderer katholischer Träger wird sie einstellen, und eine Übernahme aus dem „freien" (?), d.h. kirchlichen, in das staatliche Schulwesen ist gesetzlich nicht möglich (Schulgesetz von 1959, Art. 2), was übrigens gegen die belgische Verfassung und die Menschenrechtsdeklaration von 1948 verstößt, nach der jeder Mensch das Recht hat, unter gleichen Bedingungen ein öffentliches Amt zu übernehmen.

Ebensowenig hat sie Anrecht auf Arbeitslosengeld, da sie auf „endgültiger Basis" angestellt war! Damit ist das Berufsverbot, dem die Vernichtung der beruflichen Existenz folgt, komplett. Ein kurzer Überblick über die Entwicklung des belgischen Schulwesens zeigt, daß knapp 60% in der Hand der katholischen Kirche sind, der Rest ist staatlich. Die katholischen Schulen werden vom Staat subventioniert.

„Ihre absolute Freiheit in punkto Einstellung und ihre totale Willkür bei Entlassungen" („Pour" vom 1.6.77) ließen sich die katholischen Träger bisher nie nehmen, wobei sie von den drei großen christlichen Gewerkschaftszentralen stets unterstützt wurden. So wurde beispielsweise die Zuständigkeit des Arbeitsgerichtes abgeschafft, und stattdessen eine kirchliche Institution für Konfliktfälle geschaffen; so versuchte eine Bischofskonferenz – allerdings erfolglos – festzulegen, daß das Privatleben kirchlicher Angestellter *„im Einklang mit den kirchlichen Lehren zu stehen"* habe, und so soll in Zukunft als bisher einschneidendster Angriff eine „Anhörungskammer" (Chambre Deontologique) geschaffen werden, um über Kündigungen zu entscheiden.

„Unvereinbar ... ist jede ausgeübte Beschäftigung entweder durch den Ehegatten oder die Person selbst, die zur Würde der Lehrfunktion in Widerspruch steht." Oder *„sie dürfen ihre Schüler nicht für politische Propagandazwecke mißbrauchen".* – *„Es ist schwierig, diese Texte nicht mit denen, die in der BRD Grundlage für Berufsverbote sind, gleichzusetzen, und die dort die Anstellung im Öffentlichen Dienst regeln. Gegen das neue Projekt der „Chambre Deontologique" zu kämpfen, bedeutet nicht nur Kampf um Garantie der beruflichen und politischen Rechte der Lehrer, sondern bedeutet auch gegen einen sich bildenden starken Staat zu kämpfen, der versucht, heute die Grundlagen für eine Repression zu schaffen, die er morgen anwenden wird"* („Pour", 157).

Die Dringlichkeit dieser Aufgabe unterstreichen eindrucksvoll mehrere Fälle von politischen Entlassungen aus jüngster Zeit:

– Im Juni wurde eine bei Sabena auf dem Brüsseler Flughafen beschäftigte Krankenschwester wegen angeblicher „Gefährdung der nationalen Sicherheit" entlassen. Bei ihren Nachforschungen stießen die Kollegen auf den Grund: der belgische Sicherheitsdienst BOB hatte einen Bericht an die Sabena übermittelt, in dem der Vorwurf der „Sicherheitsgefährdung" an der Tatsache festgemacht wurde, daß sie schließlich fünf Jahre mit einem Mitglied einer „ML"-Organisation verheiratet gewesen sei und sich auch jetzt noch mit ihm träfe!

– Ebenfalls im Juni wurden mehrere Saisonarbeiter bei einer Flugzeugreinigungsfirma auf Hinweis des BOB wegen angeblicher Mitgliedschaft in der „Amada" („ML"-Organisation) entlassen. Die Betroffenen wandten sich in beiden Fällen mit der Forderung nach Rechtsschutz an die zuständige Gewerkschaft, wurden aber entweder sofort abgewiesen oder vertröstet, was natürlich das gleiche Ergebnis zu Folge hatte.

Aber die Parallelen zur Politik der hiesigen Gewerkschaftsführer gehen noch weiter: In AK 102 berichteten wir bereits über den Ausschluß eines Werftarbeiters bei Boel in Temse aus dem ACV (christlich) wegen „Mitgliedschaft in einer gegnerischen Organisation". Mit der gleichen Begründung waren bereits im April 1976 in Antwerpen ein Amada-Mitglied aus dem CCV (christliche Transportarbeitergewerkschaft) und drei Kolleger des OHK (ein gewerkschaftsoppositionelles Hafenarbeiterkomitee) aus der liberalen bzw. sozialdemokratischen Hafenarbeitergewerkschaft geflogen – ähnlich wie hier begleitet von einer üblen Hetze gegen die Kollegen. Im Rahmen der Berichterstattung über die jüngsten Fälle von Gesinnungsschnüffelei und politischer Repression ruft der linke flämische Nachrichtendienst BPA dazu auf, das 3. Russell-Tribunal zu unterstützen und sich gegen *„den repressiven Import aus der BRD zu wehren und aktiv den Kampf der westdeutschen Genossen gegen die weitere Institutionalisierung eines Polizeistaates unter Führung von Helmut Schmidt (und später F.J StrauSS) zu unterstützen"* („BPA", 105).

Belgien-Kommission
KB / Gruppe Bremerhaven

Schweden

25.000 demonstrierten gegen das AKW Barsebäck!



Am 10. September fand eine internationale Demonstration gegen das AKW Barsebäck in Südschweden statt. Mit ca. 25.000 AKW-Gegnern in einem 8 km langen Zug war das die bisher größte Anti-AKW-Demonstration in Skandinavien. Getragen wurde diese Demonstration von den skandinavischen Anti-AKW-Organisationen: OOA Dänemark, Miljöforbundet Schweden, Aksjon mot Atomkraft Norwegen.

Gegen das AKW Barsebäck hatte es schon mehrere Demonstrationen gegeben. Barsebäck ist zum Symbol geworden für den skandinavischen Widerstand gegen Atomenergie.

Mit dieser Demonstration protestierten die skandinavischen AKW-Gegner insbesondere gegen die Inbetriebnahme des zweiten Reaktors in Barsebäck im Frühjahr 1977. Der schwedische Staatsminister Fälldin sollte an sein Versprechen „erinnert" werden, das er vor den Wahlen 1976 gegeben hatte: nämlich keine weiteren Baugenehmigungen für AKW in Schweden zu erteilen und arbeitende Reaktoren stillzulegen, solange die Frage der Entsorgung nicht geklärt sei. Was auf derlei Versprechen von bürgerlichen Politikern zu geben ist, zeigt sich eben sehr deutlich an der Inbetriebnahme des zweiten Barsebäck-Reaktors.

Mit der Demonstration wurde gegen Atomkraft überhaupt, gegen Atomwaffen und gegen den Plan der skandinavischen Kapitalisten protestiert, am Öresund (zwischen Dänemark und Schweden) ein riesiges Industriezentrum (Örestad) zu errichten, das von dem Barsebäck-AKW mit Strom beliefert werden soll. Darüber hinaus wurde stark die Forderung nach Entwicklung alternativer Energiequellen vertreten, was zum Ausdruck kam in dem am häufigsten gerufenen Sprechchor *„Was soll weg? Barsebäck! – Was soll her? Sonne und Wind!"*.

Die größten Kontingente auf der Demonstration kamen aus Schweden und Dänemark (fast die Hälfte der Teilnehmer waren Dänen), kleinere Kontingente kamen aus Norwegen und Finnland. Auch westdeutsche AKW-Gegner, im wesentlichen aus Schleswig-Holstein, nahmen an der Demonstration teil. Die Demonstration wurde neben den Anti-AKW-Organisationen von zahlreichen Organisationen und Gruppen getragen. Insbesondere in Dänemark hatte es eine sehr breite Unterstützung für den Aufruf gegeben: so von linken Organisationen, insbesondere Venstre Socialisterne. Nur die DäKP hatte sich vornehm zurückgehalten, keinerlei offizielle Stellungnahme abgegeben und natürlich auch nicht mobilisiert. Aufgerufen hatten ferner die Frauenbewegung Rödströmper, der Studentenverband Danske Studerendes Fällesrad u.a. In Schweden hatten Miljöforbundet, Förbundet Kommunist, VPK und die Jugendorganisation Fälldins Zentrumspartei aufgerufen, die auf der Demonstration auch einen starken Block bildeten. In der Zentrumspartei haben sich die Widersprüche an der AKW-Frage stark zugespitzt· die Jugendorganisation verlangt von Fälldin die Einlösung seiner Wahlversprechen.

Auf der Demonstration gab es u.a. einen Block linker Organisationen, der im wesentlichen von Venstre Socialisterne und Förbundet Kommunist getragen wurde und ca. 9000 Teilnehmer hatte. Ein relativ kleiner Frauenblock wurde im wesentlichen nur von den sog. Öko-Feministinnen getragen (die das Patriarchat für Umweltzerstörung usw. verantwortlich machen), während wesentlich bedeutendere Frauen-Gruppen wie die dänischen Rödströmper nicht am Frauenblock teilnahmen. Die Demonstration führte 20 km von Lomma (in der Nähe von Malmö) nach Barsebäck. Zwischendurch wurde haltgemacht und Kundgebungen abgehalten. Die Demonstration wurde in der Nähe des AKW Barsebäck mit einer Kundgebung abgeschlossen, auf der die verschiedenen unterstützenden Organisationen und Gruppen zu Wort kamen. Die OOA Dänemark rief die Demonstranten u.a. zur Teilnahme an der Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar auf. Auf einem Kulturfestival der AKW-Gegner mit mehreren hundert Teilnehmern am Vorabend der Demonstration in Malmö hatte ein Vertreter der OOA ebenfalls über den Schnellen Brüter berichtet, auf die Bedeutung des internationalen Kampfes gegen Atomkraft hingewiesen und zum 24. September nach Kalkar aufgerufen. Am 8. September hatte es außerdem ebenfalls in Malmö eine gemeinsame Veranstaltung der skandinavischen AKW-Gegnerorganisationen gegeben, auf der die OOA über die Kriminalisierung der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung, insbesondere die Grohnde-Prozesse, informierte.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Dänemark

Neue Preissteigerungen verabschiedet!

Dänemark: Am 5. September wurden im Folketing neue massive Preissteigerungen beschlossen. So soll ab 3. Oktober die Mehrwertsteuer um 3% erhöht werden, außerdem die Preise für Benzin, Tabak, Alkohol und Autos weiter gesteigert werden. Auf dem Hintergrund einer erneuten Abwertung der dänischen Krone bedeutet das, eine erhebliche Senkung des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung. Diese Maßnahmen wurden nach zweiwöchiger Parlamentsdebatte verabschiedet. Sie orientieren sich an dem 1976 geschlossenen August-Übereinkommen, das zur Generallinie der sozialdemokratischen Regierungspolitik den systematischen Abbau des Lebensniveaus der werktätigen Bevölkerung machte. Nachdem die Regierung mit wesentlichen Teilen dieses August-Abkommens (Lohndiktat von 6%) mit Hilfe der Gewerkschaftsführer durchgekommen war, versucht sie jetzt, bei der Arbeiterklasse den Gürtel immer enger zu schnallen. Die jetzt im Folketing verabschiedeten Maßnahmen sind erklärtermaßen nur Auftakt eines viel umfassenderen „Spar"programms, mit dem die ausgesprochen hohe Auslandsverschuldung von 45 Milliarden kr. gedeckt werden soll. Weiter in der Debatte bei den bürgerlichen Parteien sind Steuererhöhungen (für die Werktätigen natürlich), weiterer Lohnstop, „Anpassung" der Renten an früheren Lohn, Zahl der Arbeitsjahre usw., was generell eine Senkung der Renten bedeuten würde. Bei der Durchsetzung der neuen Maßnahmen ist es Anker Jörgensen gelungen, ein noch breiteres „Bündnis" der bürgerlichen Parteien im Folketing zustande zu bringen, als das beim August-Abkommen des letzten Jahres der Fall war. So werden diese Maßnahmen auch von der großen bürgerlichen Partei Venstre getragen.

Sozialdemokraten beschwören die Klassenzusammenarbeit!

Das August-Abkommen des letzten Jahres wurde gegen recht breiten Widerstand in der Arbeiterklasse durchgesetzt. Die letzten größeren Auseinandersetzungen waren der Druckerstreik im Frühjahr, der Streik bei Berlingske Tidende, der Seeleutestreik. Wesentlich für die sozialdemokratische Regierungspolitik war die Unterstützung durch die Führung von LO (Dachverband der dänischen Gewerkschaften), die nach anfänglichen „Protesten" gegen das Augustabkommen auf Regierungskurs einschwenkte. Anker Jörgensen versucht jetzt, Zustimmung für einen noch schärferen Regierungskurs zu bekommen und Kämpfe von vornherein abzubiegen. So erklärte er auf dem letzten Kongreß von SID (Spezialarbeitergewerkschaft): *„Es ist notwendig, sich zurückzuhalten. Wir (?) können nicht die gleichen Forderungen stellen wie früher. Wir stehen in einer Situation, wo wir genauso tief in Schwierigkeiten sinken können wie die Engländer, und wir stehen vor dem Risiko, in eine Konfrontation zu kommen wie in Italien. Ich glaube, daß eine ungeheure Gefahr droht, wenn wir uns in die Polarisierung begeben, wo wir es aufgeben, über Zusammenarbeit zu sprechen..."* (nach „Information",10.9.).

Anker, geh nach Hause!

Anker Jörgensen handelt sich aber doch einige Schwierigkeiten ein und kann seinen Kurs der Klassenzusammenarbeit nicht so reibungslos durchsetzen, wie er es gerne möchte. Als er am 8.September die Lindö-Werft in Odense besuchen wollte, um den Arbeitern dort dieselben Schnacks zu erzählen wie auf dem SID-Kongreß, gingen die 1200 Arbeiter aus Protest nach Hause. Beachtlich ist dabei, daß dieser Betrieb als Hochburg der Sozialdemokraten gilt. Die Tageszeitung B.T. gab den Protest der Arbeiter in folgendem Zitat wieder: *„Du hast uns enttäuscht, Anker. Du hast ganz schöne Scheiße gebaut... Es ist eine ungeheure Provokation von Anker, nur 3 Tage, nachdem er seine stark arbeiterfeindliche Politik durchbekommen hat, hier aufzukreuzen. Er hat uns den Rücken zugewandt. Jetzt machen wir dasselbe mit ihm."*

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

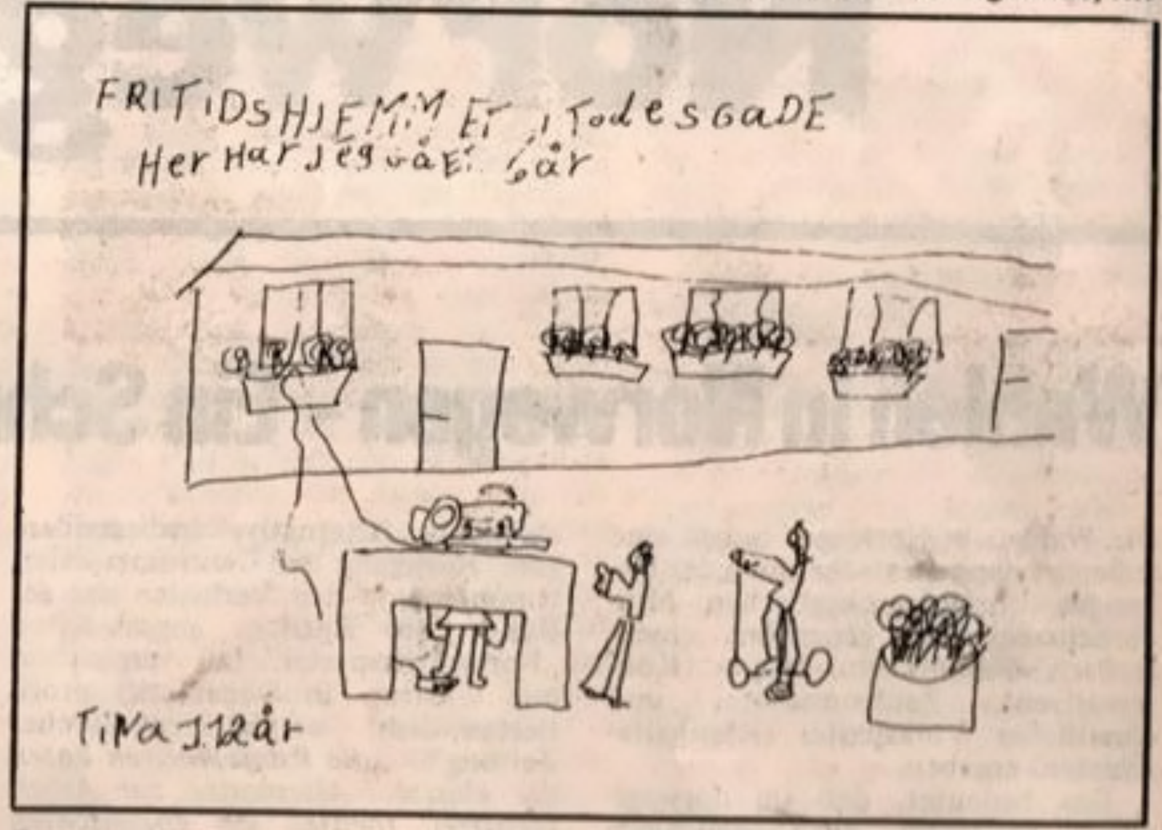
Ölunglück bei Grönland!

Am 5.August waren 75 km vor der grönländischen Küste in der Melville-Bucht aus einem amerikanischen Tanker 400 Tonnen Öl ausgelaufen. Jetzt sind alle Versuche von dänischen und amerikanischen „Experten", den riesigen Ölfleck zu beseitigen, eingestellt worden. In den letzten Tagen wurden an der Küste mehrere Seehunde tot aufgefunden. Die „Experten" konnten den Ölfleck nicht beseitigen, angeblich weil es zu kalt und neblig war (was bekanntermaßen auf Grönland üblich ist). Diese Ölkatastrophe wirft ein Schlaglicht auf die Gefahren, die von den Ölbohrungen imperialistischer Konzerne ausgehen, die an Grönlands Küste aufgenommen werden sollen. Das ausgelaufene Öl zerfällt nach einiger Zeit in kleine Partikel, die die Atemorgane der Fische und Seehunde verkleben und das Plankton zerstören. Damit wird vor der grönländischen Küste die natürliche Nahrungskette zerstört. Das haben jetzt die „Experten" für die Melvillebucht vorausgesagt. Das bedeutet, daß den dort lebenden Eskimos, die von Fisch- und Seehundfängen leben, ihre Existenzgrundlage entzogen wird.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Mieterkämpfe

Offensichtlich wollten die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker Kopenhagens ein Exempel gegen die zunehmenden Bewohneraktionen statuieren, als sie in der Nacht vom 15. auf den 16.8.77 den brutalsten Polizeieinsatz Dänemarks seit vielen Jahren anordneten. Wir berichteten bereits in AK 111 über die Schliessung der bei Kindern und Eltern beliebten Institution in der Todesgade im Stadtteil Nörrebro von Kopenhagen, einer Kindertagesstätte und einem Jugendfreizeitheim. Die Entscheidung der Stadtverwaltung entspricht dem Regierungsplan, im Zeitraum 1976/77 900 Institutionsplätze zu streichen und damit 119 Mill. Kronen auf diesem Sektor einzusparen. Als Folge dieser Politik stehen in Kopenhagen gegenwärtig schon 10.000 Kinder auf Wartelisten, und davon 1000 im Stadtteil Nörrebro.



Freizeitheim in der Todesgade. Hier war ich 6 Jahre. Tina J. 12 Jahre

Die 62 jetzt von der Schließung betroffenen Kinder sollen in der Murergade-Institution untergebracht werden. Anders als in der Todesgade gibt es dort keinen Spielplatz. Außerdem werden dann dort 190 Kinder zusammengepfercht sein. Nach Auffassung von Eltern und Erziehern ist Murergade eine Bewahranstalt, die an ein Gefängnis erinnert.

Aber auch aus einem anderen Grund ist die Empörung unter den Bewohnern groß. Mit der Räumung wird der heftig umstrittene Sanierungsplan für das Viertel eingeleitet, obwohl er offiziell noch gar nicht genehmigt worden ist. Nörrebro ist ein Altstadtviertel, in dem vor allem Arbeiter, Rentner und Studenten wohnen. Die Häuser sind überwiegend in einem sehr schlechten Zustand: die sanitären Verhältnisse sind mies, viele Wohnungen sind sehr klein und zudem brandgefährlich. Das Gesetz über Eigentumswohnungen und zur Modernisierung schafft keineswegs Abhilfe. Es treibt stattdessen vor allem in Altbaugegenden die Mieten in die Höhe. Oft werden die Altbauwohnungen nur oberflächlich modernisiert und die bisherigen Mieter werden vielfach vor die Wahl gestellt, entweder zu stark überhöhten Preisen die Wohnung zu kaufen oder auszuziehen.

Es gibt zwar Bestimmungen darüber, wie eine Wohnung ausgestattet sein muß, wenn sie als Eigentumswohnung angeboten wird. Doch die sozialdemokratische Regierung hat gleichzeitig so viele Schlupflöcher gelassen, daß Hausbesitzer bis zu 25.000 Kronen Profit per Wohnung herausschlagen können.

Aus Protest gegen diese Entwicklung auf dem Wohnungssektor gibt es in mehreren Städten Dänemarks und in verschiedenen Stadtteilen Kopenhagens organisierte Mieterbewegungen. Die Nörrebro Bewohneraktion

Fortsetzung auf Seite 48

Fortsetzung von Seite 47

(N.B.) ist bereits seit mehreren Jahren aktiv. So wurde z.B. vor sechs Jahren von ihr ein leerstehendes Fabrikgebäude besetzt und aus eigener Kraft zu einem gut funktionierenden Versammlungshaus und Freizeittreff für das Viertel hergerichtet. Weiterhin besetzte sie vor fünf Jahren ein Gelände dicht neben der Todesgade-Institution und richteten auf ihm einen Abenteuerspielplatz ein. Sie erreichten schließlich, daß die Gemeinde diesen Platz finanziell trägt und die dort arbeitenden Pädagogen bezahlt.

Viel Arbeit hat N.B. schließlich in die Ausarbeitung eines alternativen Sanierungsplans gesteckt, der ausreichende Grünflächen, eine Schwimmhalle und eine Bücherei für das Viertel vorsieht. Ebenso wie viele andere Mieterorganisationen gibt N.B. eine Zeitung für das Viertel heraus, mit der noch mehr Bewohner für den Kampf gewonnen werden sollen.

Straßenschlacht in Nörrebro

Doch nun zu den Ereignissen in der Todesgade von Montag, den16.8.: Nachdem die Gewerkschaft der Bauarbeiter sich geweigert hatte, unter Polizeischutz Abbrucharbeiten auszuführen, rückten am Montagabend ca. 100 Polizisten an, um einer Kolonne von Abräumfahrzeugen Zugang zu der von N.B. bewachten Todesgade-Institution zu verschaffen. Die Gemeinde hatte Beamte (!) als Streikbrecher aufgeboten. Die N.B. organisierte einen sofortigen Sitzstreik. Die Polizei schaffte die Sitzenden jedoch brutal vom Platz und bildete eine Kette um das Gebäude.


Dänische Bullen hauen den Sitzstreik zusammen

Kam dieser erneute Angriff auch relativ unerwartet für die Mieteraktion, so wurde jetzt sofort begonnen, alles, was nicht niet- und nagelfest ist, herbeizuschleppen, um die Zugänge zum Gelände zu verbarrikadieren, Straßenplaster wurden aufgerissen und ein herumstehenderLKW-Anhänger zurechtgerückt. Während sich immer mehr Bewohner des Viertels diesen Aktionen anschlossen, auf dem Höhepunkt der Aktion waren an die Tausend auf den Straßen, war ein kleiner Teil der Institution klargemacht worden zum Abtransport. Jetzt waren über 300 Polizisten auf dem Gelände, die von der aufgebrachten Menge mit Sprechchören bedacht wurden, wie: Mehr Kindergärten – weniger Polizei! Obwohl die Barrikaden äußerst geschickt plaziert waren, gelang es der Polizei doch nach mehreren Stunden, an einer Stelle durchzubrechen. Ausgesprochen brutal wurden scharfe Polizeihunde und mit Polizeimotorrädern in die Demonstranten hineingejagt. Die Polizei drosch mit Knüppeln. 14 Menschen wurden vorübergehend festgenommen, von denen einer wegen Rädelsführerschaft angeklagt werden soll Die zunächst noch auf dem Gelände verbliebenen Polizisten mußten mit scharfen Hunden vor den empörten Bewohnern „geschützt" werden. Bei ihrem Abmarsch wurden sie von der Menge mit den Rufen „Eins – zwei" und „Links - rechts" (auf deutsch, in Erinnerung an die Nazi-Truppen) und „Polizei raus aus Nörrebro!" begleitet. Der Abtransport des größten Teils des Gebäudekomplexes war jedoch verhindert worden.

In der dänischen Tagespresse, in Radio und Fernsehen stieß dieser brutalste Polizeieinsatz seit vielen Jahren auf heftige Kritik. In den folgenden zwei Tagen trafen bereits über 50 Solidaritätsresolutionen mit den Nörrebrobewohnern von anderen Mietergruppen, den linken Parteien, Gewerkschaften, Frauengruppen usw. ein. Der Verband der dänischen Bauarbeitergewerkschaften drohte mit Streik wegen des Streikbrechereinsatzes der Beamten. Die N.B. hatte am Dienstagabend in der dänischen Tagesschau Gelegenheit, sich selbst zu den Vorfällen zu äußern und darüberhinaus ihre eigenen Sanierungsvorstellungen zu erläutern.

Die Stadtverwaltung hat bislang keine weiteren Räumungsversuche unternommen. Doch versucht sie auf andere Weise den Bewohnern das Rückgrat zu brechen. So hat der Oberbürgermeister von Kopenhagen, der auch für den umstrittenen Sanierungsplan verantwortlich zeichnet, angekündigt, daß das oben erwähnte selbstverwaltete Versammlungshaus abgerissen werden soll. Stattdessen würden die Bewohner ein „Mitbürgerhaus" bekommen. Dazu N.B.: *„Wir ziehen nicht um in eine kommunale Käseglocke"* („Politiken", 13.9.77).

Weiterhin wird dem Leiter des Abenteuerspielplatzes neben der Todesgade, Freddie O., wegen seiner Teilnahme an der Besetzungsaktion mit der Entlassung gedroht. Freddie ist in der letzten Zeit mehrfach als Sprecher der N.B. aufgetreten. Ihm wird nun vorgeworfen, daß er seine „Loyalitätspflicht vernachlässigt", denn er hätte, da er von der geplanten Besetzung gewußt hätte, das Direktorat, also seine Vorgesetzten, von diesen Plänen unterrichten müssen.

In ganz plumper Manier meint der Sozialbürgermeister Kopenhagens, der den Abtransport der Todesgade-Institution veranlaßt hat, dazu: Es sind nicht die Eltern und Bewohner der Todesgade, die die Besetzungsaktion getragen haben, sondern dahinter steckt ein *„Aktivist, der sich die Anstellung bei der Gemeinde erschlichen hat"*. Und außerdem würde Freddie ja auch gar nicht im Viertel wohnen („Ekstra Bladet", 12.9.77).

Doch die Bewohner von Nörrebro lassen nicht locker. Am 10.9. veranstalteten sie einen Tag der Offenen (!) Tür in der geschlossenen Institution, um zu demonstrieren, daß sie von ihrer Forderung nach Wiedereröffnung nicht abgerückt sind. Die bei den Räumungsversuchen beschädigten Gebäudeteile sind wieder so hergerichtet worden, daß ab Montag, den 12.9. dort eine Kontaktstelle arbeiten kann, die alle Eltern, welche Probleme mit der Beaufsichtigung ihrer Kinder haben, aufsuchen können.

Skandinavien-Kommission

Dänische Faschisten zieht es in die BRD!

Hans Hetler, Mitglied der ultrarechten „Demokratischen Allianz" und Herausgeber der Faschisten-Zeitung „Minut", geht in die BRD und will hier seine Zeitung drucken lassen. Zu diesem Zwecke annoncierte er am 10.9. in der Zeitung der dänischen Minderheit „Flensborg Avis" für eine Wohnung in der Nähe der dänischen Grenze. „Flensborg Avis" druckte in der selben Ausgabe einen Artikel ab, in dem über die Politik Hetlers aufgeklärt wurde. Ganz offensichtlich sieht Hetler in der BRD ein „geeigneteres" Klima, um seine faschistische Politik fortzusetzen. Seit Wochen sind die dänischen Zeitungen voll von Enthüllungen über Hetlers Arbeit für den militärischen Geheimdienst FE, seine Verbindungsleute und Spitzel. Begonnen hatte es mit einer Enthüllung der Tageszeitung „Ekstra-Bladet", die berichtete, daß Hetler eine Kartei mit Namen von 60.000 dänischen Linken angelegt hat (s. AK 112).

Am 6.9. entlarvte „Ekstra-Bladet" erneut einen Spitzel, der im Auftrag Hetlers gearbeitet hat: er heißt Niels Laugesen und arbeitet heute bei „Flensborg Avis" als Redakteur! Nach Angaben von „Ekstra-Bladet" soll er Ende der 60ger Jahre an der Universität Aarhus linke Studenten bespitzelt und Namen an Hetler weitergegeben haben. Ferner soll er ebenfalls Mitglied der „Demokratischen Allianz" gewesen (?) sein. Dieser Spitzel versucht natürlich, alles abzustreiten.

Im August war bereits der Nazi Erich Haast, ein Freund Hetlers, von Dänemark nach Eckernförde gezogen. Dieser ist Herausgeber der faschistischen Blätter „Ny Revision" und „National Tidende". Seine letzten Schmierblätter sind im „Kritik-Verlag" des Nazis und Roeder-Freundes Thies Christophersen verlegt worden. Als Begründung für seinen Umzug gab Nazi Haast an: *„Ich meine, mein Aufenthalt dort* (Anm.,in Eckernförde) *fördert den Guerilla-Krieg gegen die dänische Gesellschaft. Ich kann schnell auf dem Kriegsschauplatz sein – und ich bin schnell wieder weg!"*

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Neues von der »Mexikanersache«!

Dänemark: Am 19.8. war der Mexikaner Jaime Martinez nach 4 1/2 monatiger Isolationshaft in einer Blitzaktion aus Dänemark ausgewiesen worden (s. AK 112). Vorgeworfen wurde ihm Spionage für Kuba und „terroristische" Tätigkeit. Mit ähnlicher „Begründung" war sein Bruder im Frühjahr aus Schweden ausgewiesen worden. Justizminister Orla Möller, auf dessen Konto die Ausweisung geht, war bis heute nicht in der Lage, auch nur einen Schimmer eines Beweises für seine Behauptungen anzuführen. Jaime Martinez wurde nach Angaben von Amnesty International bei seiner Ankunft in Mexiko sofort festgenommen, was natürlich von Orla Möller von vornherein einkalkuliert war. In Dänemark ist die sog. „Mexikanersache" auf breiteste Empörung gestoßen, die in die bürgerlichen Parteien hineinreicht. Und bis heute ist es Orla Möller nicht gelungen, die Wogen zu glätten. Nach wie vor berichten dänische Tageszeitungen fast täglich von dieser Schweinerei. Orla Möller versucht jetzt, mit einem Interview in „Söndags-B.T." vom 11.9. erneut mit geradezu dummdreisten Lügen die politische Ausweisung zu rechtfertigen.

Bei Jaime Martinez war vom Geheimdienst PET bei seiner Verhaftung eine Pfadfinderausrüstung (!) beschlagnahmt worden, deren Bestandteil eine Pistole für Leuchtraketen war. Diese Pistole sowie zwei „bombenähnliche Gegenstände" (Originalton PET) werden zu gefährlichen Waffen hochstilisiert. Orla Möller dazu in dem Interview: Zwar ist es wohl richtig, daß man diese Angelegenheit noch mal behandelt, aber gerade im Falle von Ausländern, die unter Verdacht stehen, einer kriminellen Vereinigung anzugehören, muß sofort gehandelt werden! Das heißt: Erst ausweisen auf Grund eines bloßen Verdachts, hinterher kann dann ja über Beweise verhandelt werden. Zynischer geht es wohl nicht! Außerdem, so Orla Möller in dem Interview, habe Jaime Martinez auch möglicherweise Verbindungen zu westdeutschen Terroristen gehabt. Auch das könne er (natürlich) nicht beweisen, aber schon der Verdacht sei ausreichend.

Derlei zynische Stellungnahmen mit denen die Ausweisung nachträglich ins rechte Licht gerückt werden soll, ist die reine Verhöhnung der dänischen demokratischen Öffentlichkeit. Die „Mexikanersache" ist von dieser auch von Anfang an als ein gefährliches Symptom einer Rechtsentwicklung gewertet worden. Diese Befürchtung ist mehr als berechtigt, angesichts der Versuche von Orla Möller, ein Gesetz durchzubringen, das die Ausweisung von politisch verfolgten Ausländern wesentlich „erleichtern" – eben wie im Falle von Jaime Martinez auf Verdacht hin!

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Norwegen

Wahlen in Norwegen – Ein Schritt nach rechts

Die Wahlen in Norwegen haben eine äußerst knappe Entscheidung der bisherigen sozialdemokratischen Minderheitsregierung gegenüber einem rechten Bündnis von Höyre (Konservativen), Zentrumspartei und christlicher Volkspartei (Klerikalfaschisten) ergeben.

Das bedeutet, daß im norwegischen Parlament die Sozialdemokraten über 76, die Linkssozialisten über 2, die drei rechten Oppositionsparteien über 75 und die Venstre, die ebenfalls eine Regierungsablösung der Sozialdemokratie forderte, über 2 Sitze verfügen (Süddeutsche Zeitung vom 15.9.77).

Insgesamt kommt damit die Koalition des bisherigen Ministerpräsidenten Nordli mit den Linkssozialisten auf 78 von 155 Mandaten im Storting. Der rechte Block, einschließlich der Venstre verfügt über 77 Mandate. Gegenüber den Wahlen von 1973 hat sich insgesamt eine Verschiebung nach rechts ergeben. So kann davon ausgegangen werden, daß die Stimmenverluste der Linkssozialisten den Sozialdemokraten zu Buche geschlagen sind, während auf der anderen Seite die Konservativen als rechte „Alternative" insbesondere vom Rückgang der Centrumswählerstimmen und den Verlusten der am Rande der Rechten angesiedelten „Fortschrittspartei" (zu vergleichen mit Glistrup in Dänemark) profitierten, denn – so die „Neue Zürcher Zeitung"– *„die Konservativen boten die klarste Alternative zur Arbeiterpartei, fochten am energischten für die bürgerliche Zusammenarbeit und einen Regierungswechsel"* (NZZ 14.9.77).

Verteilung der Mandate im Storting:

	Sozialdemokraten	Linkssozialisten	Venstre	Konservative	Centrum
1977	76	2	2	42	12
1973	62	16	2	29	21

Insbesondere die Stimmenverluste der Linkssozialisten, die 1973 von der in Norwegen starken Anti-EG-Bewegung profitierten, markieren eine Stabilisierung der bisherigen Politik sowohl der Sozialdemokratie als auch der Konservativen, Norwegen insbesondere über die Ölpolitik durch Wirtschaftsverträge an die Europäische Gemeinschaft zu binden und die 1972 erfolgte Volksabstimmung gegen den Beitritt Norwegens in die EG rückgängig zu machen.

Norwegen auf dem Weg in die EG.....

Seitdem in Norwegen Gas –und Ölbohrungen fündig geworden sind, versuchten die imperialistischen Staaten Einfluß auf die norwegische Ölpolitik zu nehmen.

1972 scheiterte eine Assoziierung mit der EG durch das Votum des norwegischen Volkes. So stimmten 53% der Norweger gegen einen Beitritt zur EG. Doch nach wie vor haben die EG-Imperialisten ihre Ziele nie aufgegeben, Norwegen durch Wirtschaftsverträge an die EG zu binden. Seit den großen Ölfunden in Norwegen (über eine Milliarde Tonnen Erdöl und 500 Billionen Kubikmeter Erdgas – Neues Deutschland vom 26.8.76) und dem Ausbau der Petrochemie haben die EG-Imperialisten zunehmend Interesse bekundet, enge wirtschaftliche Beziehungen zu Norwegen aufzubauen, was von der norwegischen Regierung begrüßt wurde. So erklärte der Industrieminister Bjartmar Gjerde im letzten Jahr, daß *„ein großer Teil des künftigen Devisenstroms nach Norwegen aufgrund der wachsenden Erdöl –und Erdgasexporte..im Ausland investiert werden"* muß.

Weiterhin hielt er eine norwegische Kapitalanlage im Ausland, besonders eine *„Beteiligung an Projekten zur Rohstoffsicherung für die norwegische Industrie"* für notwendig (Zitate BFA/NFA vom 11. 3.76).

In diesem Sinne führte Gjerde mehrere Gespäche mit BRD-Wirtschaftsminister Friderichs über deren Ergebnis der norwegische EG-Anhänger verkündete, daß er zukünftig gemeinsame norwegisch-westdeutsche Fabriken errichtet werden sollen; westdeutsche Konzerne werden außerdem Tochtergesellschaften in Norwegen aufbauen!

Eine weitere Tatsache, wie weit Norwegen bisher schon eine industrielle Zusammenarbeit mit den EG-Staaten eingegangen ist, verdeutlicht der An an das *„Internationale Energiebüro"*(IEA). In dem Langzeitprogramm des IEA heißt es, daß *„eindeutige Berenzungen der nationalen Souveränität der Teilnehmerländer über ihre Energiepolitik"* hingenommen werden.

.... und für die Nato!

Vor den Wahlen enthüllten die Linkssozialisten, daß Norwegen der Nato, insbesondere dem US-Imperialismus, als wesentlicher Stützpunkt für den möglichen Einsatz von Atomwaffen gegen die Sowjetunion dient (vergl. hierzu AK 111 und 112).

So wurden die beiden Radarstationen des Navigationssystems Loran C, amerikanischen Polaris-U-Booten zur Verfügung gestellt.

NatoTruppenübungen, die regelmäßig in Norwegen stattfinden, verdeutlichen die für den Imperialismus wichtige strategische Position Norwegens gegenüber der Sowjetunion. Im Rahmen der Nato-Übungen betraten im letzten Jahr westdeutsche Truppen zum ersten Mal seit der Besetzung Norwegens durch die deutschen Faschisten wieder norwegischen Boden, was zu heftigen Protesten führte.

Es ist davon auszugehen, daß diese Politik von den Sozialdemokraten mit Unterstützung der Rechten weitergeführt werden wird.

Das jetzige Wahlergebnis zeigt im Gegensatz zu 1973, wo die Linksozialisten von der noch relativ starken Anti-EG-Bewegung profitieren konnten, das Abflauen dieser Bewegung. Auch die Enhüllungen der Linkssozialisten bezüglich der Nato-Stützpunkte in Norwegen, führten nicht zu einem Erfolg, der sich im Wahlergebnis niederschlug.

Hinzu kommt, daß das jetzige Bündnis zwischen Linkssozialisten Sozialdemokratie die angsprochenen Widersprüche verschärft, da sowohl in der Frage der Nato als auch zur Frage verstärkter Wirtschaftsbeziehungen zur EG keine Einigkeit erzielt werden kann.

(Im nächsten AK werden wir ausführlicher über die Diskussionen auch innerhalb der Linken eingehen, was diesmal aus Informationsmangel nicht möglich war).

Skandinavienkommission

England





»Right-to-work«-Marsch

England. Wie auch im letzten Jahr organisierte die der „Socialist Workers Party" nahestehende „Right-to-Work Campaign" (Recht auf Arbeit - Kampagne) eine Demonstration von Arbeitslosen zum TUC-Kongreß. Ca. 800 Demonstranten marschierten in Liverpool los und zogen mehrere Tage durch die Städte, besuchten die streikenden Arbeiter der Autozulieferfabrik Lucas, machten Veranstaltungen und protestierten schließlich in Blackpool vor dem TUC-Kongreß gegen die Friedenspflicht und für die Unterstützung des Grunwick-Streiks.

Ein KB-Genosse, der neben anderen ausländischen Genossen während seines Urlaubs an dem Marsch teilnahm, schickte uns einen Bericht, aus dem wir zitieren: *„Der Protestmarsch wurde vor allem von SWP-Genossen durch Verkauf von Zeitungen und Verteilung von Flugblättern vorbereitet, insbesondere vor Arbeitsämtern. Außerdem wurden Unterschriften gesammelt in den Gewerkschaften und am Arbeitsplatz gegen die Arbeitslosigkeit und gegen den Sozialkontrakt. Nach dem ‚Socialist Worker' unterstützen insgesamt 309 Gewerkschaftsgruppen, darunter 58 shop steward comittees, den Marsch. (...) Die Organisierung von Zelten, Autos, Essen, Veranstaltungen klappte bestens, so war es kein Wunder, daß unter den Demonstranten eine Bombenstimmung herrschte. Die Stimmung stieg weiter an, als die Demonstranten vor den Toren der Dunlop-Fabrik von den Arbeitern begrüßt wurde, die ganze Fabrik stand still! (...) Am Montag, dem 5.9., kam dann der letzte Teil des Marsches: Der Einmarsch nach Blackpool, dem Tagungsort des TUC-Kongresses, war sehr kämpferisch. In Zweier-Reihen gingen wir singend und Parolen rufend direkt zum Winters Garden, wo wir vom Grunwick Streikkomitee und anderen Demonstranten begrüßt wurden. Am Nachmittag wurde John Deason, der Sekretär der ‚Right-to-work-campaign' festgenommen, mit ihm ein weiterer Demonstrant. Wir machten daraufhin ein sit-in vor der Polizeiwache, das über vier Stunden dauerte. Als die beiden wieder frei waren, zogen wir noch einmal durch die Stadt. Am Dienstag wollten wir noch dem britischen Premierminister Callaghan einen ehrwürdigen Empfang bereiten, dieser zog es allerdings vor, still zu kommen und ungesehen wieder abzudampfen, nachdem er die TUC-Delegierten auf die Regierungspolitik einzuschwören versucht hatte. Der Marsch endete mit einer großen Fete in einer Disco in Blackpool, wo wir durch einen Bierboykott den Preis für einen halben Liter von 42 Pence auf 30 herunterdrückten. Entsprechend gut war die Stimmung, wir haben viele Diskussionen geführt, außer uns waren dänische Genossen vom Kommunist Förbundet da."*



Nachzutragen bleibt noch, daß der Genosse Deason (SWP-Mitglied) im Zusammenhang mit Rangeleien zwischen den Demonstranten und dem rechten Bergarbeiterführer festgenommen wurde.

Gormley beschwerte sich, man habe ihn angespuckt. Deason meinte dazu, *„der Empfang, der ihm bereitet wurde, war nicht schlimmer als der, den ihm die Bergarbeiter von Yorkshire* (traditionell kampfbereiter Teil der Bergarbeiter – Anm.AK) *bereitet hätten."* Und zum Spucken sagte Deason: *„Das einzige, das ihn angespuckt haben könnte, könnte eine linksradikale Möwe gewesen sein"* („Guardian", 7.9.77) – nette Möwe!

Vorgeworfen wird Deason „Widerstand und drohendes Verhalten". Sein Prozeß ist am 21. September.

England-Kommission



Gewerkschaftstag stimmt Friedenspflicht zu

Der diesjährige Kongreß des englischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC beschloß entsprechend der Forderung der Labour-Regierung, nur noch Tarifverträge mit einer Laufzeit von 12 Monaten abzuschließen. Innerhalb dieser Frist sollen keine neuen Forderungen aufgestellt werden können, so wie wir es hier in der BRD ja bereits lange als Selbstverständlichkeit kennen.

Das ist die Bedingung, unter der nun zur „Tarifautonomie" zurückgekehrt wird, nachdem die englische Arbeiterklasse gut zwei Jahre schärfster staatlich verordneter Lohnbeschränkungen hinter sich hat, die bei Inflationsraten von anfangs weit über 20% (jetzt offiziell 17,6%) zu rapidem Abbau des Lebensniveaus geführt haben, was auch ganz offen zugegeben wird.

Um die Bedeutung dieses Fakts zu verstehen, muß man sich die Entwicklung der letzten Jahre kurz vergegenwärtigen: Kennzeichnend für die Stärke der englischen Arbeiterbewegung Anfang der 70er Jahre war die Tatsache, daß die Kapitalisten es bis dahin nicht geschafft hatten, den Arbeitern ihre Bedingungen des Kampfes zu diktieren: Gestreikt wurde, wann immer die Basis es für erforderlich hielt, ohne an Tarifverträge und Laufzeiten gebunden zu sein oder an die „Erlaubnis" seitens der Gewerkschaftsführung.

Das damals von Labour vorgeschlagene und von den Tories eingeführte Antistreikgesetz sah erstmals die Einführung einer Friedenspflicht, fester Laufzeiten für Tarifverträge und die Illegalisierung „wilder" Streiks vor. Militante Massenkämpfe in ganz England zwangen allerdings die Tories auf die Anwendung des Gesetzes zu verzichten, die folgende Labour-Regierung (1974) schaffte daraufhin das Gesetz wieder ab. Unmittelbar danach aber setzte die Labour-Regierung ein Lohndiktat durch, das die Löhne auf einem bestimmten Punkt einfror. Die Gewerkschaftsführung kritisierte dies zwar im Sinne eines Spiels mit verteilten Rollen, wies aber gleichzeitig auf die Verdienste von Labour hin, was die Abschaffung des Antistreikgesetzes anging (ein Witz, wenn man bedenkt, daß Labour die ersten Vorschläge Ende der 60er Jahre dazu gemacht hatte und andererseits die Arbeiter es selbst waren, die die Anwendung unmöglich gemacht hatten!).

War es zum damaligen Zeitpunkt offensichtlich noch nicht möglich, daß sich die Gewerkschaftsführung (wie hier in der BRD) offen am Verrat beteiligte (das Lohndiktat wurde ja vom Staat verfügt), so meint man gegenwärtig es sich leisten zu können, die Zügel zu lockern (Aussetzung der Phase des Lohndiktats) und überzugehen zu offeneren Formen des Betrugs unter direkter Mitwirkung der Gewerkschaftsführung („freiwillige" Entscheidung für Friedenspflicht). Gleichzeitig kann man auf diese Weise in gewisser Hinsicht dem durch die objektive Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter gewachsenen Druck der Basis nachgeben und zu verhindern versuchen, daß dieser Druck irgendwann unerwünscht heftig und unkontrolliert zum Ausbruch spontaner Kämpfe führt.

Ob die Rechnung aufgeht, wird man sehen. Daß es sich dabei um ein riskantes Spiel für die Kapitalisten und ihre Labour-Partei handelt, wird daran deutlich, wie das Votum für die 12-Monats-Friedenspflicht zustande kam: Mit 7.130.000 zu 4.344.000 Stimmen (die Delegierten stimmten mit der gesamten Mitgliederzahl ihrer Gewerkschaft ab) muß das Votum für die Friedenspflicht als ziemlich knapp bezeichnet werden. Dazu kommt, daß dieses Ergebnis nur nach einem offenkundigen und empörenden Putsch innerhalb der AEUW (Metallarbeitergewerkschaft) zustande kam. AEUW-Boß Scanlon maßte sich entgegen dem ausdrücklichen Willen der offiziellen AEUW-Delegation an, die 1,2 Mio. Stimmen der AEUW für die Friedenspflicht abzugeben!

Frecherweise hatte er diesen Coup bereits Tage zuvor angekündigt. Die Delegation hatte ihn noch am Tage vor der Abstimmung zu einer Unterredung aufgefordert. *„Aber das Treffen (...) dauerte nur wenige Minuten und danach beklagte sich Ron Halverson, der Vorsitzende (!) der Delegation, bitter über den Mangel an Demokratie in seiner eigenen Gewerkschaft. Er sagte, daß es keine Möglichkeit gegeben hatte, Scanlons Meinung darüber, was Gewerkschaftspolitik ist, zu ändern"* („Guardian", 6.9.77).

Zählt man die Stimmen der AEUW so, wie sie eigentlich hätten abgegeben werden müssen, so ergibt sich nur noch eine hauchdünne Mehrheit von weniger als 500.000 Stimmen für die Friedenspflicht. Und geht man darüberhinaus – realistischerweise – davon aus, daß der AEUW-Putsch nur die sichtbare Spitze des Eisberges von undemokratischen Verfälschungen des Willens der Basis, das weniger spektakulär in jeder Gewerkschaft gelaufen ist, dann kann man getrost die Einschätzung abgeben, daß die Friedenspflicht keineswegs von der Mehrheit der Arbeiterklasse getragen wird.

Gegen die Friedenspflicht gestimmt haben vor allem die Transportarbeitergewerkschaft TGWU (wobei der „Guardien" schreibt, daß der TGWU-Boß Jones eine äußerst flaue Rede gehalten hat, die „ihm nicht vom Herzen zu kommen schien" – der Arme!) die Bergarbeiter, die Drucker und einige kleinere technische und Angestellten-Gewerkschaften.

Zwar quittierte die Finanzwelt die Entscheidung der TUC-„Arbeitervertreter" sofort mit einem starken Ansteigen des Pfundkurses an der Börse („Guardien", 8.9.77), andererseits aber relativieren fast alle Pressekommentare das Votum bereits unter dem Eindruck der knappen und ermauschelten Mehrheit in seiner Bedeutung. Vor allem einige spontane Streiks, die gegenwärtig laufen und die von den Bergarbeitern aufgestellte Forderung nach 90% mehr Lohn(!) verstärken die Zweifel, daß es einfach sein wird, diesen Schandbeschluß auch durchzusetzen.

England-Kommission

Faschistische Anschläge gegen Linke



London/Birmingham. In der Nacht zum 31.8. verübten Londoner Faschisten einen Brandanschlag auf die Londoner Zentrale der Socialist Workers Party (SWP). Der Schaden am Gebäude und verbrannter Literatur belief sich auf etwa 40.000 DM. Da die Feuerversicherung „politische Schäden" nicht deckt, wandte sich die SWP mit einem Spendenaufruf besonders an Antifaschisten (nach „Socialist Worker", 10.9.). Dies ist bereits der sechste Anschlag in diesem Jahr auf linke Büros und Buchläden in London.

Nach Art des Ku-Klux-Klan errichteten Faschisten im Garten von Raghib Ahsan ein Kreuz aus Holz, das mit in Benzin getränktem Papier umwickelt war. R.A. hatte kürzlich relativ erfolgreich (3,5%) für das linke Wahlbündnis „Socialist Unity" (von IMG und Big Flame) bei Unterhauswahlen in Birmingham kandidiert (vgl. AK 112). Als die Faschisten das Kreuz anzünden wollten, wurden sie gestört und entkamen – leider (nach „Guardian", 9.9.77).

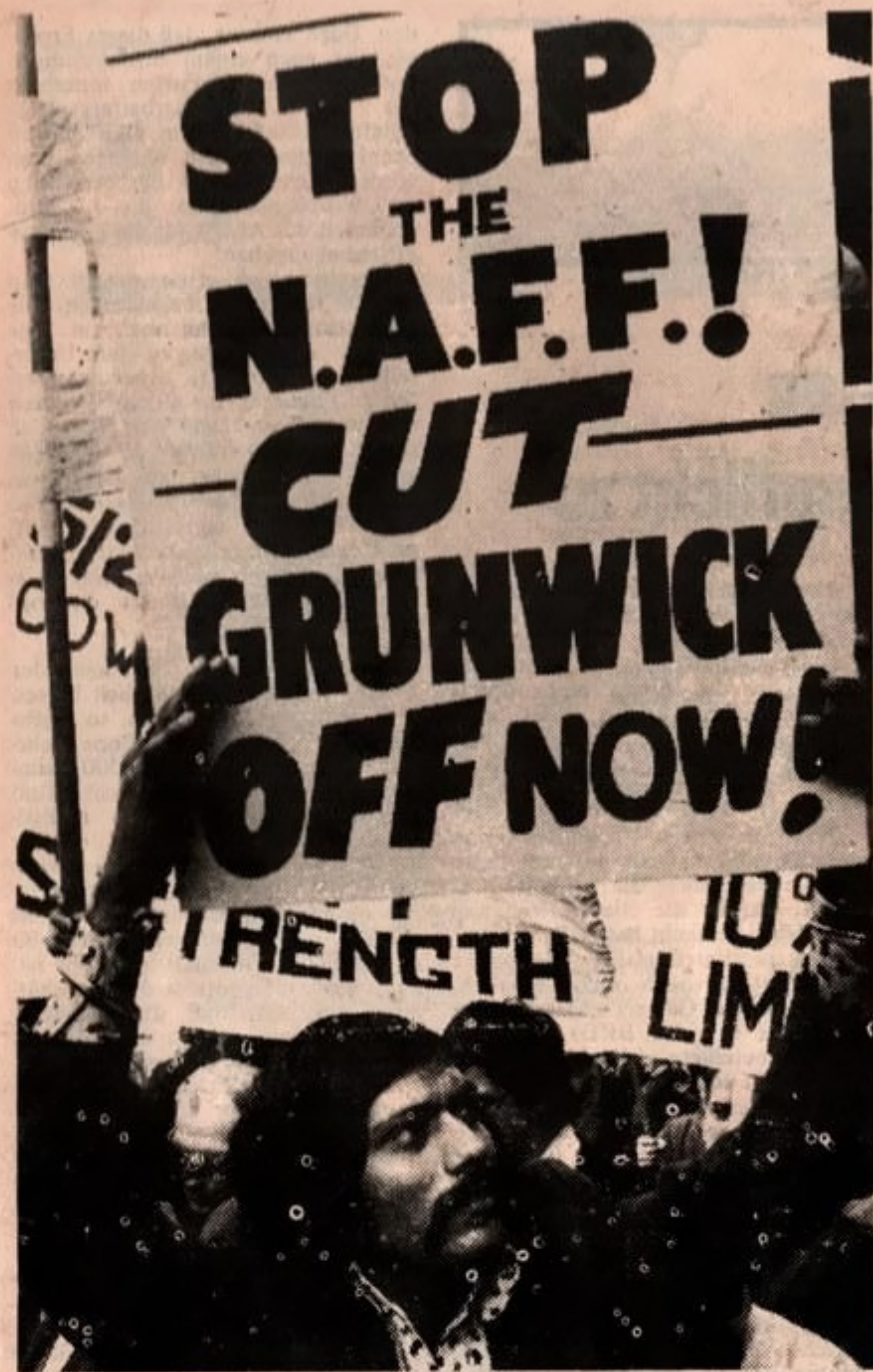
England Kommission

Lehrerstreik erfolgreich

Oxford. Ende Juni streikten die Lehrer in und um Oxford, um die Entlassung von einigen hundert Kollegen wegen Stellenstreichung zu verhindern (vgl. AK 108). Der Streik war wegen der anstehenden Abschlußprüfungen im Juli unterbrochen worden. Bevor er in noch grösserem Rahmen erneut aufgenommen werden konnte, versprach die Bezirksregierung auf sämtliche angekündigten Entlassungen zu verzichten.

Daß die Kollegen die Lehrerversorgung weiterhin für unzureichend halten, wollen sie auch in Zukunft keine längeren Vertretungen mehr übernehmen und den Unterricht vor zu großen Klassen ablehnen. Die Behörde ist enttäuscht ... („Guardian", 1.9.).

England-Kommission



Vor dem Kongreßbau demonstrieren Grunwick-Kollegen für eine totale Unterbrechung aller Zulieferungen („SW", 10.3.)

Unterstützung durch die Gewerkschaftsführung — äußerst mau !!

Nach über einem Jahr militanter Kämpfe der Arbeiter der Londoner Fotoentwicklungsanstalt Grunwick (s. Bericherstattung im AK) um ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, hat die von der Labour-Regierung eingesetzte Untersuchungskommission unter einem Lord Scarman empfohlen den Konflickt durch die Wiedereinstellung der vom Kapitalisten Ward gefeuerten Kollegen zu beenden. Diese Empfehlung muß als Erfolg der außerordentlich breiten Solidarität und Militanz mehrerer Großaktionen vor dem Grunwick-Betrieb mit z.T. über 20.000 Menschen aus allen Teilen Englands gewertet werden.

Grunwick-Kapitalist Ward, stadtbekannter Rechtsradikaler mit den besten Beziehungen zu den Faschisten der Organisation NAFF (National Association for Freedom), lehnte erwartungsgemäß die Empfehlung des Scarman-Reports ab. Lieber würde er den ganzen Laden dicht machen, *„in der Hoffnung, daß ein solches Schicksal die öffentliche Meinung dazu bringt, von den Behörden besseren Schutz für Leute zu verlangen, die legal(!!!) ihren Geschäften nachgingen"*. Und das, obwohl Gewerkschaftsboss Grantham (APEX) noch angeboten hatte, auf 100-prozentige Organisierung (closed shop) zu verzichten, und künftig ein Schiedsverfahren anzuerkennen, für alle Angelegenheiten, die man nicht auf dem Verhandlungswege lösen könne („Guardien"(„G"), 2.9.).

Sofort stellte sich auch Keith Joseph, der rechtsradikale Wirtschaftssprecher der Tories (den englischen Arbeitern nur allzu bekannt durch seine rassistischen Vorschläge, *„minderwertige Frauen, vor allem aus Arbeiterschichten zu sterilisieren"*, um die *„englische Rasse"* vor *„minderwertigen Nachkommen"* zu bewahren) sofort hinter Ward.

Wohl aus Angst, daß K.J. dabei zuviel des Guten tat, kam sofort Kritik von der „Tory Reform Group", die zur „Heath-Fraktion" der Tories gerechnet wird und die Aufgabe hat, die Torries bei den Gewerkschaften hoffähig zu machen: *„K.J. muß von Sinnen (oho!) gewesen sein. Scarman bot eine Lösung, die jeder vernünftige Mensch angenommen hätte."* Vermutet wurde, daß K.J. versucht, die Tories hinter Ward und die NAFF zu bringen, und die Thatcher sollte ihn absetzen, da *„man sonst die Tories als anti-gewerkschaftlich abstempeln würde"* („G", 3.9.)

Auf dem Jahreskongreß des Gewerkschaftsdachverbandes TUC wurde zum Grunwick-Streik nur eine sehr allgemeine Resolution verabschiedet mit dem Aufruf an die Einzelgewerkschaften, ihre *„finanzielle und praktische Hilfe in Abstimmung mit APEX zu verstärken"* („G"7.9.) konkrete Aussagen darüber, wie das Recht der Grunwick-Kollegen auf gewerkschaftliche Organisierung durchgesetzt werden soll, wurden nicht gemacht, was von den Mitgliedern des Streikkomitees bitter kritisiert wurde. Vor allem ihre Forderung nach Wiederaufnahme der Massenpickets (Massenstreikposten) wurde nicht unterstützt.

Ausgerechnet der rechte Vorsitzende der Elektrikergewerkschaft Frank Chapple machte hinterher den Vorschlag, Grunwick den Strom abzuschalten – da *„man dadurch ein Wiederanwachsen von Massenpickets und Gewalt (!) am besten vermeiden könnte..."* Hier zeigt sich die angestrebte Entwicklung: Seit Ende der 60ger Jahre versuchen Labour- und Tory-Regierungen abwechselnd durch Gesetzesänderungen die gewerkschaftliche Kampfkraft der britischen Arbeiter zu zähmen durch Reglementierung und Beschneidung ihrer legalen Kampf- und Verteidigungsformen. ‚Friedenspflicht', ‚Tariflaufzeit' oder ‚Briefwahlen' waren einst Fremwörter in England.

Jetzt will die Gewerkschaftsführung selbst Hand anlegen: Eine allgemeine Absage an Militanz und Massenpickets soll durchgesetzt werden. Das britische Kapitalistensprachrohr „Economist" kommentierte am 10.9. zynisch: *„Es wäre eine Ironie, wenn Mr. Ward nur gewinnt, weil der TUC seine Militanten gezügelt hat." So hätten sie es gern ...*

Englandkommission



SPD und Sozialistische Internationale zu Chile

Bereits auf einer zweitägigen Konferenz der Sozialistischen Internationale Anfang Juni in Rom wurde eine stärkere Konzentration der Sozialdemokraten auf Lateinamerika diskutiert. Die Lateinamerikapolitik der Sozialdemokraten *„gewinnt zunehmend an Profil"* meinte Willy Brand, Vorsitzender der Sozialistischen Internationale; es wurden verstärkte „Kontaktreisen" in die Länder Lateinamerikas (und Afrikas) beschlossen.

Ende August nun fand eine sogenannte „Chile - Sitzung" der Internationale in Rotterdam statt. Mit radikalen Sprüchen wurde nicht gespart: Der SPD - Vorsitzende Brand forderte *„alle ernsthaft demokratischen Kräfte Chiles"* auf, sich auf die Überwindung der dortigen Diktatur zu konzentrieren. Die Machtübernahme durch eine *„reaktionäre Militärführung"* sei für Chile eine Tragödie gewesen. Zugleich bekräftigte Brandt die Bereitschaft der Bundesrepublik zu humanitärer Hilfe für verfolgte Chilenen.

Die Delegierten sprachen sich für die Einstellung aller Anleihen und Kredite durch internationale Einrichtungen und Privatpersonen aus. Waffenlieferungen an Chile und die Ausbildung chilenischer Militärs sollen eingestellt werden.

Soweit die Sprüche, nun zu den Taten:



„HILFE FÜR VERFOLGTE CHILENEN"

In relativ vielen Fällen hat sich die Pinochet - Diktatur bereit erklärt, langjährige Gefängnisstrafen von politischen Gefangenen in eine Ausweisung umzuwandeln. Voraussetzung hierfür ist dann lediglich ein Einreisevisum, z. B. der Bundesrepublik. Die Praxis der SPD in der Bundesregierung läßt die Phrasen der sozialistischen Internationalen allerdings schnell vergessen. Vor der Einreisegenehmigung muß nämlich die „Sicherheitsüberprüfung" stattfinden, und da herrscht deutsche Gründlichkeit. Während in Frankreich eine solche Überprüfung 4 - 6 Wochen, in Holland zwei Wochen und in Schweden sogar nur 24 Stunden dauert, braucht die BRD für den gleichen „Vorgang" inzwischen 9 Monate und in allerjüngster Zeit auch bis zu einem Jahr. Diese Zeitspanne bedeutet für die Gefangenen Tag für Tag Gefängnis, Unsicherheit, weitere Folter und damit Lebensbedrohung.Für die „Sicherheitsüberprüfung" benutzt der Verfassungsschutz das Material, das ihm von der Dina zur Verfügung gestellt wird, oder die Prozessunterlagen der Militärtribunale!

Besonders kriminell ist das Verhalten der Bundesregierung, wenn die „Sicherheitsüberprüfung" länger als ein Jahr dauert, weil die Umwandlungs- bzw. Ausreisegenehmigungen meist auf ein Jahr beschränkt sind. („Chile Nachrichten", Sept. 77).

Aber auch bei politischen Gefangenen mit deutscher Staatsangehörigkeit kehrt sich die „sozial - liberale" Bundesregierung einen Dreck um Leben und Freiheit der Gefangenen, wie zuletzt im Fall der Elisabeth Käsemann deutlich wurde (siehe letzte AK's). Auch heute werden noch ca. 20 Westdeutsche in Argentinien gefangen oder „vermißt", ohne daß von Seiten der Regierung ein nennenswerter Druck ausgeübt wird.

„DIE WIRTSCHAFTLICHE ISOLATION"

Allein 1976 investierten westdeutsche Unternehmen in Chile rund 100 Millionen DM, davon 95 Mio.DM in den Bergbau. •

Die Deutsch-Südamerikanische Bank vergab Ende '76 einen 50 Mio. DM-Kredit an die chilenische Zentralbank.

Auch der Handel hat wesentlich zugenommen, bereits die ersten 8 Monate 1976 übertrafen die des gesamten Jahres 1975.

Daß die „sozial-liberale" Bundesregierung diese Entwicklung kräftig unterstützt, geht z.B. daraus hervor, daß sie einem Kredit der Weltbank von 110 Mio.DM zustimmte.

Auch zwei weiteren Krediten bereits im letzten Jahr über 30 Mio. Dollar und 150 Mio.Dollar hatte die BRD zugestimmt. Ähnlich schweinisch verhält sich die BRD auch sonst in UNO und UNESCO! Die Resolution , die die Menschenrechtsverletzungen in Chile verurteilen, hat sie abgelehnt, bzw. sich der Stimme enthalten.

„KEINE MILITÄRHILFE FÜR CHILE"

Auch die direkte Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet mit der Junta hat Tradition. Wer erinnert sich nicht des Falles Kraushaar, der in der Bundeswehr ausgebildet wurde und zum Abschied eine Lobrede auf den chilenischen Faschismus hielt? Seine heutige Einheit in Chile ist als Folterzentrum bekannt. Wie viele dieser Fälle werden allerdings nur bekannt?

Z.B. der Fall Ackerknecht, ein anderer Folterknecht der Faschisten, der im diplomatischen Auftrag nach Bonn kam, allerdings durch starken öffentlichen Druck zum Abreisen gezwungen werden konnte. Aber auch direkte militärische Zusammenarbeit der Firmen Thyssen und Henschel mit den argentinischen Militärs bei der Herstellung eines argentinischen Panzers wurde von der Bundesregierung abgesegnet.

125 JAHRE EINWANDERUNG VON DEUTSCHEN - KEIN GRUND ZUM FEIERNI

Daß die BRD - Regierung nicht zu einer konsequenten Verurteilung der Militärjunta bereit ist, geht auch nochmal aus den Auseinandersetzungen um den „125.Jahrestag der Einwanderung von Deutschen" hervor. Die Deutsch - Chilenen, die traditionell eine besonders reaktionäre Rolle in Chile spielen (man denke nur an die deutsche Foltersiedlung Colonia Dignidad) wollen dieses Jubiläum mit besonderem Pomp feiern. Unterstützung haben sie hierbei von der CDU, die eine offizielle Delegation des Parlaments entsenden will. Aber auch die Bundesregierung will offiziell vertreten sein, zumindest durch den Botschafter Erich Strätling; auch an eine materielle Unterstützung ist gedacht, zumindest durch Entsendung einer Blaskapelle! („SZ",7.9.77)

Die Sozialdemokraten bemühen sich allerdings wesentlich stärker als z.B. die CDU, ihre Unterstützung der lateinamerikanischen Reaktion unauffälliger abzuwickeln, während die SPD in der Bundesregierung die Unterstützung der Faschisten in Lateinamerika betreibt, kritisiert die SPD als Mitglied der sogenannten sozialistischen Internationale den Terror in denselben Ländern. Eine „sinnvolle" Arbeitsteilung, um die eigene Parteibasis und die internationale Solidaritätsbewegung zu verwirren, vor allem aber um mit den antiimperialistischen Kräften Lateinamerikas ins Geschäft zu kommen und Einfluß auf ihre Politik zu nehmen.So nahmen an dem „Chilekongress" der sozialistischen Internationale Vertreter sämtlicher (!) UP - Parteien und Vertreter der Christdemokratie teil. Inzwischen wurde von sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten die „Chile Hilfe für politisch Verfolgte" gegründet. Die Abgeordneten bezeichnen die Situation in Chile als ...*„perfekt organisierter Terror der chilenischen Geheimdienste"*, die angeprangert werden müsse. Ebenfalls wurde vorsichtige Kritik an der Bundesregierung, besonders aber natürlich an der CDU laut.

Aber man will sich auch nicht auf Chile beschränken; der SPD -Abgeordnete Kuhlwein bemüht sich gerade darum, eine ähnliche Initiative für Uruguay auf die Beine zu stellen.

Mexiko: Ergebnisse des Universitätsstreiks

Im Juni hatten die Arbeiter und Angestellten und das akademische Personal der Universität von Mexiko-City, die bisher in zwei verschiedenen Gewerkschaften organisiert waren, eine Kollektivgewerkschaft, STUNAM, gegründet. Gefordert wurde die Anerkennung ihrer neuen Gewerkschaft und eine 20%ige Lohnerhöhung. Nach Ablehnung der Forderungen kam es zum Streik, mit dem sich auch die Studenten der Universität solidarisierten (vergl. AK 112).

Ende Juni und Anfang Juli gab es Demonstrationen von 60.000 bis 70.000 Menschen in Mexiko-City, die Studenten schickten Informationstrupps durch die Stadt und stellten Wachen an der Uni auf.

Daraufhin wurde am 7.7. die Universität von 15.000 (!)bewaffneten Polizisten gestürmt und die rund 2.000 wachenden Studenten angegriffen. Es soll 2 Tote, 10 Schwerverletzte und über 500 Verhaftungen gegeben haben.

Am 8. Juli kündigten sämtliche Universitäten des Landes einen Generalstreik an und führten Proteststreiks gegen die Repressionsmaßnahmen der Regierung durch. Entsprechend dem mexikanischen Konzept von Zuckerbrot und Peitsche machte die Regierung, bzw. die Univerwaltung daraufhin einige Zugeständnisse. Es wurde zugesichert, daß alle Verhafteten freigelassen werden, daß die Polizei das Universitätsgelände und die besetzten Gewerkschaftsbüros wieder verläßt. Die ursprünglichen Forderungen der STUNAM wurden nicht erfüllt. („Chile-Nachrichten", 1.9.77).

Chile-Solidarität in der BRD

Die Solidarität mit dem chilenischen Widerstand zum 4.Jahrestag des faschistischen Putsches hatte in diesem Jahr in der BRD eine relativ geringe Beteiligung. Dies insbesondere deshalb, weil die westdeutsche Linke, vor allem der KB, keine Veranstaltungen am 11.September durchgeführt hat. Seitens des KB waren dafür folgende Gründe ausschlaggebend: Zum einen eine derzeit extreme Belastung der Organisation u.a. durch die Vorbereitungen auf die große Anti-AKW-Demo in Kalkar am 24.9., die abschließenden Arbeiten für das „Russell-Tribunal", besondere Anstrengungen auf dem Sektor der antifaschistischen Propaganda (siehe Kappler-„Flucht"), usw. Zum anderen ging der KB von der realen Situation aus, daß die Solidarität mit dem chilenischen Widerstand von der westdeutschen Linken insgesamt (Ausnahmen bestätigen die Regel) kaum noch aufrechterhalten wird, es sei denn unter provokatorischen Vorzeichen (siehe KBW). Dazu kommt, daß eine Chile-Veranstaltung zur Zeit kaum von neuen wichtigen Entwicklungen in Chile selbst berichten könnte, weshalb eine solche Veranstaltung im wesentlichen nur wiederholen könnte, was bei früheren Anlässen bereits gesagt worden ist. Die Lateinamerika-Kommission hat (wie wir im AK berichteten) eine Veranstaltungsreihe zum 10.Todestag von Che Guevara angesetzt, bei der eine Auseinandersetzung mit der Strategie des Guerilla-Kampfes in Lateinamerika und eine Darstellung der zunehmenden Repression auf diesem Erdteil durch den Imperialismus erfolgen soll. In diesem Zusammenhang wird selbstverständlich auch auf die chilenische Situation eingegangen werden.

Unter diesen Bedingungen, d.h. der Nicht-Beteiligung des KB, war es für den chilenischen MIR, mit dem wir traditionell gemeinsame Chile-Veranstaltungen durchgeführt haben, in diesem Jahr besonders schwer, geeignete westdeutsche Bündnispartner für die Kampagne am 11.September zu finden. Bekanntlich strebt der MIR seit langem eine minimale gemeinsame Verständigungs- und Aktionsbasis mit den übrigen Parteien der ehemaligen UP-Regierung an, was zuletzt in dem im Ausland gemeinsam unterzeichneten Dokument (s. AK 112) zum Ausdruck kam.

In diesem Jahr hat der chilenische MIR gemeinsam mit der Sozialistischen Partei, den chilenischen Revisionisten (PCCh), der Christlichen Linken (IC), und der MAPU in Westberlin eine Kampagne zu den verschwundenen politischen Gefangenen in Chile eingeleitet. Im Rahmen dieser Kampagne fand am 9.9. eine gemeinsame Veranstaltung statt, die wesentlich von der SEW (Westberliner DKP) getragen wurde. Wir möchten im folgenden kurz auf einige u.E. für den MIR ungünstige politische Ergebnisse dieser Kampagne eingehen, in der die tatsächliche Bedeutung des MIR im chilenischen Widerstand sowie seine revolutionären Positionen vollkommen überschattet wurden von den reformistischen UP-Parteien.

Der von allen Parteien, einschließlich des MIR verfaßte Aufruf zu dieser Kampagne zeichnet sich einerseits durch äußerst schwammige politische Aussagen aus, zum anderen durch eine insofern demagogische Kritik an der Position der VR-China, als nicht gleichzeitig die Kupfergeschäfte verschiedener RGW-Staaten mit dem Chile von Pinochet angegriffen werden.

Der Satz im gemeinsamen Aufruf, in dem angeblich die Lehren aus dem Putsch in Chile gezogen werden sollen, heißt: *„Unsere Erfahrungen bestätigen einmal mehr, daß die herrschende Klasse nicht freiwillig ihre Machtpositionen aufgibt"*. Zur entscheidenden Frage, w i e sie dazu gezwungen werden kann, steht im Aufruf nichts, und eben in dieser Frage liegen bekanntlich die grundlegenden Differenzen zwischen reformistischen UP-Parteien und dem MIR. Den Positionen von Revisionisten und Reformisten schadet eine solche nichtssagende Formulierung nicht, der MIR hingegen hatte bisher zurecht großen Wert auf die Bewußtmachung der Ursachen der Niederlage der UP-Regierung gelegt, welche eben durch ihre Fixierung auf die bürgerliche Legalität (Parlament, Armee, etc.) solch katastrophale Ausmaße annehmen konnte.

Ein weiteres Zugeständnis an die chilenischen Revisionisten liegt in der Kritik an China, *„das sich durch eine sonderbare internationale Politik mit der Militärjunta verbündete, die heute unser Land ausplündert"* (aus dem „gemeinsamen Aufruf"), während andererseits die bedeutenden Kupferimporte z.B. der DDR und Polens aus dem faschistischen Chile bei gleichzeitiger verbaler Wirtschaftsboykott-Forderung nicht erwähnt werden, sondern lediglich *„die kraftvolle solidarische Hilfe der sozialistischen Welt..."*.

Auf der erwähnten Veranstaltung am 9.9. in Westberlin war es so, daß Vergara, ein leitendes Mitglied der chilenischen KP das Hauptreferat hielt (*„die Unidad Popular war eine pluralistische Regierung, die die Menschenrechte und Verfassung einhielt..."*), während die Genossen des MIR sich darauf beschränken ließen, für das musikalische Programm zu sorgen... Eine weitere unangenehme Note bei dieser von 800 vorwiegend SEW-Anhängern besuchten Veranstaltung, war die handgreifliche Behinderung des ARBEITERKAMPF-Verkaufs durch SEW-Ordner. Nur das mehrmalige Eingreifen von MIR-Genossen konnte die SEW-Schläger von weiterem Vorgehen gegen unsere Genossen abhalten.

In ihrem großsprecherischen Auftreten bei dem Versuch der UP-Parteien, die revolutionäre Variante des chilenischen Widerstandes (den MIR) politisch an die Wand zu drücken, entsprach keineswegs die eher dürftige Teilnahme an der Demonstration am 10.9. in Westberlin, zu der nur etwa 250 Menschen kamen.

Überblick über weitere Chile-Veranstaltungen

Hamburg:
Bereits am 2.9. fand im Gustav-Radbruch-Haus ein Solidaritätsfest statt, das vom MIR und der Sozialistischen Partei (PS) organisiert war. Zu dem Fest, das von der AELA, der African Study Group und der „Gruppe der Sympathisanten der neuen revolutionären Bewegung des Iran" unterstützt wurde, kamen rund 200 Menschen.

Außerdem fand am 10.9.77 eine Demonstration des revisionistischen Chile-Solidaritäts-Komitee (ChSK), des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes (VVN), der „Kinderhilfe" und der chilenischen Linken (UP und MIR) für die verschwundenen politischen Gefangenen statt. Hieran nahmen nur etwa 150 Leute teil.

Hannover:
Das „Komitee für politische Gefangene und verfolgte Chilenen" rief zu einer Veranstaltung auf, zu der 150 Leute kamen. P.v.Oertzen (SPD) und zwei Gewerkschafter hielten die Reden.

Bonn:
Vom dortigen Chile-Komitee wurde neben zwei Filmveranstaltungen eine Flugblattaktion durchgeführt. Das Flugblatt beschäftigte sich u.a. mit dem Russell-Tribunal und dessen Bedeutung für die Chile-Solidarität!

Stuttgart:
Das Chile-Komitee startete vor dem 10.September eine breite Solidaritätskampagne mit Info-Ständen in der Innenstadt, Veranstaltungen in Jugendhäusern u.ä.

Der Aufruf zu einer Demonstration am 10.9. wurde dann von Basisgruppen, ESG, GIM, JUL, KABD, PASOK, VIK und SZ unterstützt. Die Demo wurde zusätzlich von Amnesty und JUSOS unterstützt. Wenige Tage nachdem diese Demonstration angemeldet war, versuchte das ASK (Revi-Komitee, das sonst kaum etwas zur Internationalismusarbeit in Stuttgart beiträgt) eine eigene Demonstration für den gleichen Termin anzumelden.

Um eine Spaltung zu verhindern, bot das Chile-Komitee bei einem gemeinsamen Treffen der DKP und ihrem Anhang an, die Demonstration und Kundgebung auf der Basis der Gleichberechtigung durchzuführen (jede Gruppe stellt einen Redner, etc.). Zu dem zweiten Aktionseinheitstreffen erschienen die Revis dann nicht mehr. Sie hatten sich entschlossen, am 9.9. einen Gedenkmarsch durchzuführen, bei dem sie dann mit 200 Leuten unter sich blieben.

Die Demonstration der Aktionseinheit stand ziemlich unter dem Eindruck der Schleyer-Entführung und der reaktionären Mobilisierung der bürgerlichen Parteien in Stuttgart. Zunächst hatten sich die Jusos samt Lautsprecherwagen zurückgezogen. Dann gab es ein Zusammentreffen mit der „Demonstration" für die drei - in Köln - erschossenen Bullen.

Die Reaktion der Bevölkerung war sehr zwiespältig, es kam aber zu keinen Provokationen.

Insgesamt beteiligten sich 700 Menschen (nach Stuttgarter Zeitung) an der Demonstration und der Kundgebung, während sich an der reaktionären Mobilisierung der Landesregierung ca. 3000 Personen beteiligten. (Die bürgerliche Presse zählte dann sämtliche Zuschauer und Marktbesucher mit und kam auf 6000.)

Die gesamte Presse regte sich dann am nächsten Tag darüber auf, daß die „Roten" gewagt hatten, zur gleichen Zeit zu demonstrieren.
(Nach einem Bericht eines Stuttgarter AK-Lesers).

Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg und Westberlin

Richtigstellung:

In die Erklärung von den UP-Parteien und dem MIR hat sich ein Übersetzungsfehler eingeschlichen, auf den uns die MIR-Genossen aufmerksam machten!

In der Erklärung heißt es im Absatz 3, unter Punkt 1:
„Verbindung der Kräfte, um die Einheit und das Einverständnis all derjenigen zu erzielen,..."

So weit war es richtig, dann muß es aber folgendermaßen weitergehen:
„all derjeniger, die überzeugt davon sind, daß die einzig richtige Alternative für das Volk diejenige ist, die auf den breitesten Grundsätzen (Prinzipien) - ausgehend von der Volksbewegung und ihren Parteien - aufbaut".

Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zur neueren Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen in Peru

Seit Mitte dieses Jahres hat es in Peru zahlreiche, oft militante Kämpfe gegeben, deren Höhepunkt der Generalstreik im Juli war. Ausgelöst wurden diese Auseinandersetzungen durch die extreme Verschlechterung der Lebenssituation, die wachsende Arbeitslosigkeit, die Einschränkung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte. Wesentlicher Auslöser der Kämpfe war die wirtschaftliche „Schockpolitik", die der Internationale Währungsfonds mit dem Druckmittel seiner Kredite durchgesetzt hatte (vergl. AK 110).

Puno. Am 17. Juni fand eine Studentenmobilisation statt, die unterdrückt wurde, die Anführer wurden festgenommen. Die FOP („Frente de Organizaciones Populares") allerdings machte drei Polizisten zu ihren Geiseln und erreichte ihren Austausch mit den Gefangenen. Ferner wurde versprochen, die Brot-, Milch- und Zuckerpreise nicht zu erhöhen.

Am 21.6. fand eine große Demonstration statt. Am 22.6. protestierten Schüler und andere Sektoren des Volkes: Barrikaden wurden an den Zufahrtsstraßen nach Puno und Cuzco errichtet: öffentliche Gebäude wurden in Brand gesteckt; am nächsten Tag schritt das Militär ein. Offiziell wurde ein Toter angegeben; 8 weitere fanden keine offizielle Erwähnung. Eine großartige Mobilisierung von 300 Müttern erreichte die Freilassung ihrer von der Polizei festgehaltenen Söhne; in Ayaviri brannten Bauern und Arbeiter Regierungsgebäude ab.

Arequipa. Am 20.6. rief die FDTA („Federacion Departamental de Arequipa", Teil der dem Revisionismus nahestehenden CGTP) mit der Organisation der Transportarbeiter des Ortes, den Eisenbahnern, den Bergbauarbeitern (Cerro Verde), den Angestellten von ENTEL-Peru und Bankangestellten zu einem Streik von 48 Stunden auf.

In einem gemeinsamen Protest beschuldigten sie die Regierung, den revolutionären Prozeß gestoppt und dem Auslandskapital Gebiet abgetreten zu haben. Sie forderten das Ende des Ausnahmezustandes, besseren Lohn und Preissenkungen.

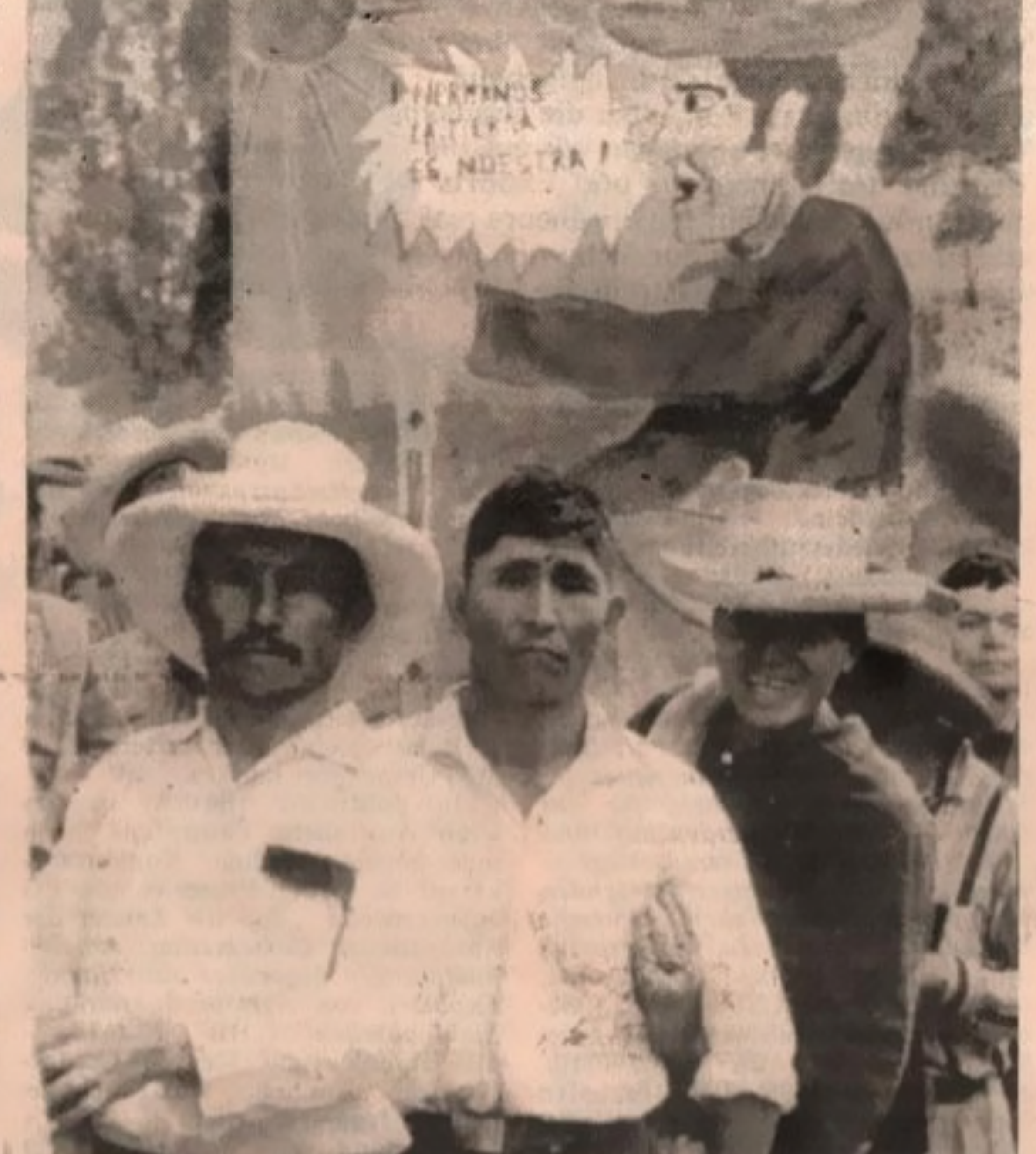
Der Streik verlängerte sich auf 6 Tage, viele Gewerkschaftler wurden in Haft genommen.

Außerdem kam es Mitte Juni in Cuzco zu massiven Demonstrationen von Studenten und Bevölkerung. Die „Sicherheitskräfte" setzten Schußwaffen ein. Es gab sehr viele Tote, Hunderte von Verletzten und Verhafteten.

Der nationale Generalstreik

Die Kämpfe und Unruhen in den Provinzen bildeten Auftakt und Vorbedingung für den ersten nationalen Generalstreik seit 40 Jahren (und nicht seit 1968 – wie in AK 111 berichtet). Seit über einem Jahr versuchten die Gruppen der revolutionären Linken und die von ihnen ideologisch beeinflußten Gewerkschaften innerhalb und außerhalb der CGTP, die Führung dieses mächtigsten Dachverbandes zu einem nationalen Ausstand zu zwingen. Doch die der revisionistischen KP nahestehende CGTP-Führung hatte sich bisher geweigert, das Regime in Form einer Arbeitsniederlegung zu attackieren, weil sie trotz der Rechtsentwicklung die Militärs immer noch für das kleinere Übel gegenüber einer chilenischen Lösung hält und meint, die „fortschrittlichen" Teile des Militärs gegen die reaktionären Teile „verteidigen" zu müssen.

Die Massenbewegungen in den Provinzen und die tiefe und breite Unzufriedenheit in der Hauptstadt zwangen die nationale CGTP-Führung – wie schon zuvor die regionalen Leitungen in den Provinzen – zur Beteiligung an der Massenbewegung. Daß die CGTP-Führung, als weitaus einflußreichster gewerkschaftlicher Dachverband, dann einwilligte, am Generalstreik für den 19. Juli teilzunehmen, ist ohne Zweifel ein Erfolg der „klassistischen" Gewerkschaften innerhalb und außerhalb der CGTP. Neben der CGTP und den unabhängigen, zumeist der radikalen Linken nahestehenden Föderationen (Bergarbeiter, Anchovis-Fischer, Lehrer, Druckereigewerbe etc.) traten der kleinere christdemokratische Dachverband CNT (Confederacion Nacional de Trabajadores) und die Lima-Sektion der einst von den Militärs selbst gegründeten CTRP (Confederacion de Trabajadores de la Revolucion Peruana) sowie die radikale Bauernorganisation CCP (Confederacion Campesina del Peru) dem Aktionsbündnis bei. Nur die regierungstreue nationale Führung der CTRP und der apristische Dachverband CTP (Confederacion de Trabajadores del Peru), beide ohne bedeutenden Einfluß in der Arbeiterbewegung, blieben dem Streikbündnis fern. Die Bergarbeiter der verstaatlichten Bergwerke von CENTROMIN beteiligten sich ebenfalls nicht am Streik, da ihre Führung beschlossen hatte, keinen gemeinsamen Streik mit der „revisionistischen" CGTP durchzuführen. Sie proklamierte für ihre Mitglieder ab 25. Juli einen unbefristeten Streik.



Landarbeiter in Peru: „Die Erde gehört uns"

Hauptforderungen des Streiks waren:
- Lohnerhöhungen bei Festschreibung der Preise für Artikel des täglichen Bedarfs;
- volle Geltung der Arbeitsplatzgarantien, Wiedereinstellung aller Entlassenen und Freiheit für alle wegen gewerkschaftlicher oder sozialer Kämpfe Verhafteten;
- die unbegrenzte Geltung der demokratischen Rechte (Aufhebung des Ausnahmezustandes, der nächtlichen Sperrstunde, für Versammlungs-, Pressefreiheit usw.);
- die Aufhebung der Intervention (staatliche Eingriffe) der landwirtschaftlichen Produktionszentren, für die Aufhebung der Agrarschuld;
- Aufhebung der Einmischung in die Universitäten (denen ihre Autonomie genommen worden war);
- Unterstützung aller für ihre Freiheit kämpfenden Völker, vor allem in Lateinamerika.

Am Vorabend des Streiks versuchte die Regierung, die bereits präventiv eine Reihe von Gewerkschaftsführern festgenommen hatte, die streikwilligen Arbeiter und Angestellten mit massiven Drohungen einzuschüchtern. In einer landesweit übertragenen Rede kündigte Innenminister General Cisneros harte Repression gegen die Verantwortlichen an.

Nach Angaben des Industriellenverbandes Sociedad de Industrias wurde der Streikaufruf in Lima zu 95 %, in den Provinzen zu 75% befolgt. Erstmalig in dieser massiven Form waren in Lima die Unterstützungsaktionen der Elendsviertelbewohner, welche dem Streik einen kämpferisch-militanten Akzent gaben. Die „Pobladores" legten den schwach zirkulierenden Verkehr vollends lahm und blockierten sämtliche Ausfallstraßen Limas. Die zur Räumung der blockierenden Straßensperren eingesetzen Repressionskräfte (Heer, Sturmgarde, Guardia Civil und eingeflogene Antiguerilla-Truppen sowie Marineinfanterie) stießen auf stundenlangen erbitterten Widerstand der Elendsviertel-Bewohner. Offiziell gab es 5 Todesopfer, die reale Zahl liegt wahrscheinlich bei 300. Dazu kommen zahlreiche Verletzte und ca. 1.800 Festnahmen.

Die letzten Kämpfe der Arbeiter, Bauern und von Teilen der Mittelschicht bedeuten einen Aufschwung und eine neue Entwicklungsphase der Bewegung.

Nach dem Streik vom 19.7. haben sich trotz massiver Repression weitere Streiks ereignet, wie am 25.7. durch die Bergarbeiter von Centromin (staatiches Unternehmen). Der letzte wurde von Bergarbeitern von Toquepala am 3.8. unternommen, wo 2.500 Arbeiter gegen die ökonomischen Maßnahmen und für die Freilassung der Gewerkschaftsführer, besonders für die des Generalsekretärs der nationalen Gewerkschaftsföderation der Minen- und Metallarbeiter von Peru, Victor Cuadros, protestierten.

Die Kampfkraft, die in den letzten Streiks zum Ausdruck kam, wird noch deutlicher, wenn man sich vor Augen führt, daß die Militärs nach dem Generalstreik mit beispielloser Härte reagierten. Allen Unternehmern, ob staatlich oder privat, wurde die Erlaubnis gegeben, innerhalb von 14 Tagen alle am Streik aktiv beteiligten Arbeiter und Angestellten zu entlassen. Die wichtigsten Gewerkschaftslokale wurden geschlossen, zahlreiche noch nicht festgenommene Gewerkschaftsmitglieder verfolgt.

Wir erinnern Euch nochmal an den Aufruf zur aktiven Solidarität, wie er schon im ARBEITERKAMPF von Mitte Mai ausgesprochen wurde.

Gekürzter Bericht eines peruanischen Genossen



asien

Der Kampf hat gerade erst begonnen!



Am 25. August gab Australiens Premierminister Frazer die erneute Freigabe des Uranabbaus und der Exporte bekannt. In der Mary-Kathleen Mine in Nordaustralien darf der Abbau gleich beginnen, weitere Vorkommen sollen ab sofort erschlossen werden. Nach den massiven Anti-Atomdemonstrationen Anfang August wurde die Freigabe von der australischen Anti-Atombewegung als Provokation begriffen.

Sofort nach Frazers Bekanntgabe setzten im ganzen Land erneute massenhafte Proteste ein: 3.000 Menschen demonstrierten eine halbe Stunde nach Bekanntwerden der Maßnahme in Melbourne, weitere 1.500 besetzten eine Straßenkreuzung.

Am 26. August protestierten ca. 1.000 Menschen in Sydney. Etwas später erwarteten 2.000 Menschen (überwiegend Studenten) Premierminister Frazer in der Universität, die er provokativ einen Tag nach Freigabe des Uranabbaus und der Exporte besuchen wollte. Der Empfang für Frazer war entsprechend nett – er „wurde mit Steinen, Eiern und Blumentöpfen beworfen" („NZZ", 29.8.77).

Ebenfalls in Sydney kam es zu ersten massiven Auseinandersetzungen zwischen Atomgegnern und Polizeikräften. „Im Hafen von Sydney wurden bei heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und rund 200 Demonstranten, die eine Verladung von Uran verhindern wollten, 18 Personen festgenommen, zwei Polizisten erlitten Verletzungen" („HB", 6.9.77). Auch eine weitere Aktion von ca. 500 Demonstranten wurde von der Polizei auseinandergehauen („SZ", 4.9.77).

Ebenfalls in Sydney besetzten Anti-Atomaktivisten das Büro der „Ranger Uranabbaugesellschaft".

Am 26. August demonstrierten 1.200 Menschen in Adelaide gegen die Uranfreigabe. Ca. 350 Atomgegner demonstrierten spontan in Brisbane in der Innenstadt. Auch in Brisbane kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, als ca. 150 Demonstranten eine Uranverladung im Hafen von Brisbane blokkierten. „70 uniformierte Polizisten, 30 Zivilpolizisten und ‚Special Branch' " (eine Art australisches MEK) gingen gegen die Demonstranten vor und verhafteten 50 Personen"(„Direct Action", 1.9.77). Nur durch den Polizeieinsatz gelang es der Regierung, die Verladung der Urantransporte zu sichern. Weitere Proteste mit geringerer Beteiligung fanden in verschiedenen anderen Orten statt (Alle Informationen über die Protestaktionen aus den australischen Zeitungen „Direct Aktion", 1.9.77 und „Tribune", 31.8.77).

Neben den Aktivitäten der Atomgegner in den verschiedenen Städten hat sich die Anti-Uran-Front innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ziemlich gefestigt. In keinem australischen Hafen werden organisierte Hafenarbeiter Uran verladen, ebenfalls werden keine Seeleute Uran transportieren („SZ", 28.8. und 8.9.77). Nach Meldung der „Direct Action" hat auch die „Australische Eisenbahner-Union" und die „Transportarbeiter-Union" einen erneuten ‚Black Ban' (totaler Boykott) gegen sämtliche Urantransporte beschlossen!

Offenbar veranlaßt durch diesen Druck von seiten verschiedener, starker Einzelgewerkschaften hat sich auch die sozialdemokratiche Führung des Dachverbandes ACTU zur Ablehnung der Uranfreigabe durchgerungen. Der Regierung wurde ein zweimonatiges Ultimatum zur Durchführung einer Volksabstimmung gestellt. Für den Fall der „Nichterfüllung seiner Forderung nach einem Referendum" droht der ACTU „mit der Arbeitsverweigerung von Beschäftigten im Uranabbau. Ferner würden die Arbeitnehmer ihr angeschlossener Gewerkschaften im Transportwesen sich weigern, Uranerz und Uranprodukte für den Export zu verladen" („SZ", 4.9.77). Ganz offensichtlich wird jetzt vor allem mit militanteren Auseinandersetzungen an den Kais und Minen gerechnet. „Blutvergießen in den Straßen Australiens über diese Frage rückt näher und näher" („FAZ", 8.9.77) – angesichts der wachsenden Polizeibrutalität dürfte dies realistisch sein.

Die Atomgegner haben jetzt die Parole aufgestellt: „The Fight has just begun" (Der Kampf hat erst begonnen). Neue machtvolle Aktionen werden heute vorbereitet. Am 22.10.77 soll ähnlich wie am 6.8. in ganz Australien gegen den Uranabbau demonstriert werden – hierfür wird zur Zeit eine nationale Koordination der Atomgegner-Dachverbände aufgebaut („Direct Action", 1.9.77). Noch ist das letzte Wort über die Uranexporte nicht gesprochen!

Im folgenden Artikel gehen wir auf die Hintergründe und die Bedeutung des Uranabbaus und Exports für die australischen Kapitalisten ein sowie auf die ungeheure reaktionäre Formierung durch die Frazer-Regierung zur Sicherung dieser Pläne. Desweiteren folgt ein Eingehen auf die australische Anti-Uranbewegung.

Australiens Wirtschaft soll am Uran genesen

Nach Schätzungen liegen unter Australiens Erde ca. 400.000 Tonnen Uran mit günstigen Abbaukosten. Nach noch günstigeren Voraussagen besitzt Australien ca. 30% aller günstig abbaubaren Uranvorkommen der imperialistischen Welt (1). Neben den riesigen Uranvorräten besitzt Australien Dreiviertel der Welt-Zircon-Produktion (Zircon wird zur Uranabschirmung in den AKWs benötigt) („Economist", 27.3.76). Bekannt, und zum Teil erschlossen sind Uranvorkommen in Nordaustralien (Mary-Kathleen Mine, Ranger Vorkommen, Jabiluka I und II) und im Süden mit ca. 250.000 Tonnen. Ausbeutungsrechte haben überwiegend internationale Konzerne wie „Conzinc Riotinto of Australia" (britisch) und „Pancontinental Mining Ltd." (Getty Oil). Mit von der Partie sind selbstverständlich BRD-Konzerne: *„Die Urangesellschaft (Veba, Steag, Metallgesellschaft), die schon in den sechziger Jahren Explorationslizenzen erhielt, bemüht sich zudem um weitere Konzessionen in Australien"* („Spiegel" 28/77). Der Export des australischen Urans soll hohe Deviseneinnahmen sichern. *„Australien wird ein lukratives Devisengeschäft von vorerst jährlich einer Milliarde Dollar machen können, das sich in einigen Jahren auf mindestens 2,5 Milliarden Dollar erhöhen wird"* („Spiegel" 28/77). Auch der offizielle „Fox-Report" (eine Untersuchung zu Uranexporten von der sogenannten Fox-Kommission) erwartet bis zu 1,6 Mrd. Dollar Einnahmen jährlich (Flugblatt der „MAUM").

Dies alles könnte noch ins unermeßliche gesteigert werden, wenn sich die besonders skrupellosen Kräfte durchsetzen, die Australien auch noch zur imperialistischen Atommülldeponie machen wollen.

Über den Uranabbau und Export soll die australische Wirtschaft saniert und aufgepäppelt werden. Gewaltige Nachfolge-Investitionen sollen insbesondere eine eigene Atomindustrie aufbauen, sollen auch eine konkurrenzfähige Rohstoffindustrie hochziehen (Stahlverhüttung, Kohleveredelung etc.).

Die geplanten Summen stellen wohl alles bisher dagewesene in den Schatten. Alleine e i n e der geplanten Wiederaufbereitungsanlagen soll 3 Billion (!) Dollar verschlingen („Economist", 27.3.76). In Westaustralien soll nach Plänen der Regierung ein „Ruhrgebiet am Indischen Ozean" entstehen. *„In der Pilbara-Region, zwischen der Landeshauptstadt Perth im Süden und Port Hedland im Norden, soll ein neues Industriezentrum entstehen, für das sich – die Kosten werden auf rund 30 Milliarden Mark veranschlagt – angesichts der wichtiger werdenden Rohstoffsicherung auch deutsche Konzerne interessieren. Im Gespräch sind neue Erzminen, Stahlwerke, Walzwerke"* („FAZ", 4.3.77). Geplant ist ein Stahlwerk mit einer Jahreskapazität von zehn Mio. Tonnen Rohstahl und ein Erzhafen für die Abfertigung von jährlich 40 Mio. Tonnen Stahl und Erz. Die Gesamtfläche dieses Projektes würde zehn Quadratmeilen betragen – die Investitionssumme ca. sechs Mrd. DM. Die Auswirkungen werden von den Planern lapidar zugegeben: *„Die Umweltschutzprobleme für die westaustralische Küste würden erheblich sein"* („BfA/NfA", 15.7.75). Gemeinsam mit der BRD soll für knapp drei Milliarden DM eine Kohleverflüssigungsanlage hochgezogen werden („HB", 6.5.77). Es liegt auf der Hand, daß derartige Projekte enormer finanzieller Mittel bedürfen – diese sollen unter anderem aus dem Uranexport rauskommen!

In politischer Hinsicht ist das Uran Australiens Faustpfand beim inner-imperialistischen Konkurrenzkampf. So fordert Frazer von der EG beispielsweise, *„daß die Länder der Europäischen Gemeinschaft von Behinderungen gegenüber australischen Exporten von Agrarprodukten und Stahl absehen"* („HB", 22.6.77) – als Gegenleistung für die Uranlieferungen. Ähnliches wird auch gegenüber Japan gefordert.

Insgesamt soll *„der Ausbau der Uranindustrie Australien einen neuen Einfluß in der ganzen Welt geben"* („HB", 13.5.77).

Immerhin handelt es sich bei den Investitionen um Projekte der imperialistischen Konzerne, an denen Australien beteiligt ist, die Abnehmerstaaten sind ebenfalls die mächtigen Imperialisten – EG, Japan und USA. Ohne sich auf diese zu stützen, könnte Australiens Großkapital seine imperialistischen Ambitionen vergessen.

Von daher steht der Uranexport stellvertretend für das gesamte Großmachtstreben Australiens. An den Uranexporten soll sich zeigen, ob Australiens Bodenschätze etc. insgesamt freigegeben werden zur Ausbeutung. Die Folgen dieser Politik für die Bevölkerung sind verheerend. Bereits heute hat Australien 7% Arbeitslose (400.000), die Inflationsrate beträgt zwischen 14 und 17%. Eine totale „Spar"politik soll der Bevölkerung die notwendigen Mittel abpressen. So soll ein Lohnstopp verhängt werden, das gesamte Sozialwesen wird beschnitten. Die geplante gigantische Rationalisierung der Wirtschaft wird weitere Teile der Arbeiterklasse arbeitslos machen – neue Arbeitsplätze werden kaum geschaffen. Die „MAUM" befürchtet, daß durch die infolge des Aufbaus der Atomindustrie betriebene Rationalisierung weitere 195.000 Arbeiter arbeitslos machen wird (Flugblatt der „MAUM"). Selbst die Uranproduzenten rechnen lediglich mit 10.000 neuen Arbeitsplätzen innerhalb der geplanten Atomindustrie („Spiegel", 28/77). Der „Fox-Report" hat als unterste Grenze 1.500 Arbeitsplätze errechnet (Flugblatt der „MAUM").

Bei der Durchsetzung dieser ehrgeizigen Pläne ist die Frazerregierung nicht zimperlich. Die Auseinandersetzungen um den Uranfrachter in Melbourne und die jüngsten Kämpfe in Sydney haben gezeigt, daß die Frazer-Regierung Polizeitruppen gegen die Atomgegner einsetzt.

Zur Zeit sind verschiedene Gesetze in Arbeit, die insbesondere die Gewerkschaften unter Kontrolle halten sollen und sogenannte „Streikregulierungen" vorsehen (Anti-Streikgesetze) („Militant" 71/77).

Speziell soll ein faktisches Notstandsgesetz verabschiedet werden, das der Regierung Interventionsrechte bei Streiks in *„Schlüsselindustrien, die die nationale Sicherheit gefährden"* gibt („Militant" 71/77).

Zwei Beispiele machen deutlich, mit welchen Methoden die herrschenden Reaktionäre ihre Ziele zu erreichen versuchen: Gegen das in der Nähe von Melbourne geplante Erdgas-Kraftwerk existiert eine sehr starke Protestbewegung, die örtlichen Gewerkschaften haben „Newport-Power Station" unter totalen Boykott („Black Ban") genommen. Die

Fortsetzung von Seite 52

Regierung erklärte Newport kurzerhand für ein „national wichtiges Projekt". Dies bedeutet, daß für jeden Boykott, Aufforderung zum Boykott, Behinderung etc. Strafen in Höhe von 50.000 Dollar für Gewerkschaften und 10.000 Dollar für Einzelpersonen verhängt werden können. Mit 1.000 Dollar (pro Person) bzw. 5.000 Dollar (für Organisationen) wird bestraft, wer einen Boykott finanziell unterstützt! (Flugblatt gegen „Newport-Power Station".)

Wenn schon ein konventionelles Kraftwerk als „national wichtiges Projekt" deklariert wird, liegt es auf der Hand, daß die Uranexporte mindestens ebenso behandelt werden, und die Gegner mit horrenden Strafen bedroht werden.

In den letzten Wochen wurden die neuen reaktionären Gesetze in wachsendem Maße gegen Gewerkschaften, Streikposten und gewerkschaftliche Funktionäre zur Anwendung gebracht. Am 14.6. wurden 21 Streikposten in Freemantle verhaftet. Nach einem Solidaritätsmarsch von 1.500 Hafenarbeitern verhaftete die Polizei zwei Funktionäre der Hafenarbeitergewerkschaft („Direct Action", 23.6.77). Im Juli wurden mehrere Streikposten in Sydney verhaftet, im August anläßlich einer Solidaritätsaktion sogar ein Parlamentsabgeordneter! („Direct Action", 21.7.77 u. „Tribune", 8.8.77). Verschiedene Gewerkschaften haben Schadenersatzklagen am Hals, so die Seeleutegewerkschaft und der Vorsitzende der „Storemans and Packers Union" („Tribune", 20.7.77 und „Battler", 23.7.77). Diese Maßnahmen zeigen anschaulich, daß die Frazer-Regierung bereit ist, die bestehenden Gesetze voll zur Anwendung zu bringen. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Bedingungen an eine schlichte Wiederholung des „Black-Ban" gegen Uranabbau und -Export nicht zu denken ist – ohne gleichzeitig die Frage der Abwehr solcher Gesetze und ihrer Durchsetzung durch Polizeitruppen zu diskutieren.

Keep Uranium in the Ground!

Die australische Anti-Uranbewegung hat sich in den letzten Jahren zu einer Massenbewegung gegen die Atompolitik der Frazerregierung entwickelt. Ihre Anfänge nahm die Bewegung in den Auseinandersetzun-

WHAT DO YOU DO IN CASE OF A NUCLEAR ACCIDENT.



KISS YOUR CHILDREN GOOD-BYE.

STOP URANIUM MINING

Was machst du bei einem Atomunfall? – Küsse deine Kinder zum Abschied. STOP DEM URANABBAU!

gen um Australiens Vietnam-Engagement (gegen australische Truppen in Vietnam existierte Anfang der 70iger Jahre eine Protestbewegung) und in den Kämpfen gegen die französischen Atomwaffenversuche im Pazifik (bis heute sind von daher auch starke antimilitaristische Momente in der Bewegung vorhanden).

Heute umfaßt die national organisierte Bewegung ein breits Spektrum von Organisationen und Menschen. Neben regionalen und lokalen Bürgerinitiativen arbeiten beispielsweise im Bundesstaat Victoria folgende Gruppen mit: Friends of the Earth, Inspect (Schülerorganisation), Australian Conservation Foundation (Umweltschützer), Pax Christi, Congress for international Cooperation and Disarmament, Womens International Legue for Peace and Freedom, Australian Church Uranium Liasion Comitee (kirchliche Urangegner), Australian Union of Students und zahlreiche Gewerkschaften. Dazu kommen zahlreiche politische Organisationen, die Bewegung der schwarzen Australier (Ureinwohner) und verschiedene internationalistische Solidaritätsgruppen.

Die Front der Urangegner reicht selbst in die priviligierten Schichten hinein – so haben sich zwei Drittel aller australischen nuklear-medizinischen Ärzte gegen den Uranabbau ausgesprochen („Spiegel", 28/77).

Organisiert sind die verschiedenen Gruppen in regionalen Dachverbänden, wie „Movement against Uranium Mining". Nach eigenen Angaben verfügen die verschiedenen Gruppen (ohne Gewerkschaften) in ganz Australien über ca. 200.000 Mitglieder (Flugblatt der „MAUM").

Zahlreiche Flugblätter und Zeitungen unterstützen die Öffentlichkeitsarbeit der Urangegner – verschiedene private Radiostationen haben sich darüber hinaus in den Dienst der Urangegner gestellt und senden „das Neueste von der Uranfront" („Direct Action", 7.7.77).

Die Agitationsschwerpunkte liegen auf drei Bereichen, im Wesentlichen:

- Umweltverschmutzung und radioaktive Gefährdung durch Uranabbau und geplanter Aufbereitung;
- Vertreibung und vollständige Entrechtung der schwarzen Australier durch den Uranabbau (die Minen liegen in deren Gebieten);
- Gefahr des Atomkrieges, Ausbreitung der atomaren Bewaffnung, Ausbau Australiens zum strategischen Ziel eines eventuellen Atomkrieges.

Die Aktuellen Kampfziele liegen zum einen in der Erreichung eines Exportstopps und im Weiteren in der Durchführung eines fünfjährigen ‚Moratoriums', einer Volksabstimmung über Uranabbau und -Export.

In der Zeit des geforderten „Moratoriums" soll kein einziges Gramm Uran gefördert werden dürfen und es soll sich während dieser Zeit keine Hand für den Aufbau einer Atomindustrie regen. Stattdessen soll eine große Debatte im ganzen Lande über die Uran- und Atomproblematik eingeleitet und mit einer Volksabstimmung abgeschlossen werden.

Aus den ersten Ergebnissen einer Unterschriftensammlung zu schließen, ist das Projekt eines „Moratoriums" offenbar breit verankert: In New South-Wales kamen an einem Tag 65.000 Unterschriften, in Adeleide 27.000, in Newcastle 5.000 zusammen („Tribune", 29.6./6.7.77).

Das Parlament über diesen Weg (Volksabstimmung) unter Druck setzen – und gleichzeitig den schon beschrittenen Weg der Massenmobilisierung weitergehen, das ist die Perspektive des Anti-Uran- und des Anti-Atom-Kampfes in Australien.

„The fight has just begun!"

Asien-Australien-Kommission

Verheerende Folgen durch Uranabbau- und Aufbereitung

Auch wenn es derzeit auch nur ein AKW (Forschungsgröße) in Australien gibt, so sind die Umweltbelastungen und radioaktiven Gefahren bereits heute erheblich.

Denn beim Uranabbau werden ständig radioaktive Stoffe frei, im wesentlichen Radongas und Uranoxyd-Staub. In einer Uranmine in Nabarlek wurden beispielsweise 100 Milliroentgen gemessen!

„Während der letzten 20 Jahre ist in den USA ein hoher Prozentsatz der Uranbergarbeiter an Lungenkrebs gestorben. Diese Krebsfälle wurden dadurch verursacht, daß die Arbeiter ... große Mengen von Uranoxyd einatmen. Ebenso wirkt auch ein weiteres Zerfallsprodukt des Urans, das Radon, und dessen Zerfallsprodukte stark krebsbildend auf den Menschen ... Bei Untersuchungen ergab sich, daß die Uranbergarbeiter stark veränderte Blutkörperchen sowie Chromosomen- und andere Schäden aufwiesen. Auch hatten sie insbesondere in den Knochen hohe Konzentrationen an Pb-210 und Po-210 ... In einigen Fällen wurde sogar die maximal erlaubte Dosis von fünf rem pro Jahr überschritten" (H. Strohm, „Friedlich in die ...", S.58/59). Selbst niedrige Werte sind antürlich gefährlich, da die Minenarbeiter diesen Stoffen ständig ausgesetzt sind. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Enthüllung der australischen „Friends of Earth" darüber, daß die Direktoren der „Mary Kathleen Mine" Anweisungen erließen, nach denen den Minenarbeitern die Ergebnisse der medizinischen Untersuchungen nur noch in allgemeiner Form mitgeteilt werden! Auf deutsch: Die Minenarbeiter werden über ihre radioaktive Verseuchung nicht mehr aufgeklärt! („Uranium-Deadline" – Sonderausgabe).

Nicht nur die Minenarbeiter sind den radioaktiven Stoffen ausgesetzt – beim Uranabbau fallen riesige Mengen radioaktiven Abfalls an. *„Die Abfälle des Uranerzes bestehen oft aus radioaktivem Sand und Kies. Dieser wird vom Wind verteilt oder vom Regen in den Boden und in Gewässer gewaschen. Das darin enthaltene Radium-226 mit einer Halbwertzeit von 1.620 Jahren ist am gefährlichsten. Es konzentriert sich in den Knochen und erzeugt Krebs und andere Krankheiten"* (H. Strohm, „Friedlich in die ...", S. 58/59). Daneben fallen jede Menge radioaktiver Maschinen-Schrott usw. an. (Flugblatt der „MAUM"). Gerade in Australien liegt eine besondere Gefahr in der praktischen Unkontrollierbarkeit der Minengesellschaften – die Beispiele beweisen deren Skrupellosigkeit! Im Folgenden einige Beispiele für radioaktive Verseuchung in Australien:

„Rum-Dschungel": Durch die Conzinc Riotinto Gesellschaft wurde ein Gebiet von über 100 Quadratkilometern (!) radioaktiv verseucht – dazu gehört ein ca.



Umweltschäden durch Uranabbau in der Nähe der Mary Kathleen Mine (Nordaustralien)

10 bis 15 Kilometer langes Stück des East-Finnis Flusses. Die Gesellschaft hatte radioaktive Maschinenteile etc. schlicht und ergreifend in der betreffenden Landschaft deponiert. Die radioaktive Verseuchung wird für mindestens 100 Jahre andauern!

„Port-Pirie": In Port Pirie stand Ende der sechziger Jahre eine Uranfabrik, die schon seit Jahren stillgelegt war.

Der vorhandene Atommüll blieb selbstverständlich in der stillgelegten Anlage – völlig ungeschützt. So wurde der Müll regelmäßig von der Flut überspült und freigelegt, so daß Thorium- und Radongas frei entweichen konnten. Um dem ganzen die Spitze zu geben: Das Gelände war die ganze Zeit ein beliebter Kinderspielplatz!!

Bairnsdaile: In der technischen Schule Bairnsdaile wurde mit radioaktiven Stoffen experimentiert. Die Stoffe wurden völlig unabgeschirmt in der Schule gelagert. (Nach einer Aufstellung der Zeitung „Uranium Deadline" No. 1/77 der „Friends of Earth, Australia").

Mit welcher Skrupellosigkeit in Australien mit radioaktiven Stoffen umgegangen wird, macht auch das Beispiel des britischen Atommülls deutlich. So wurde kürzlich bekannt, daß in Südaustralien ca. 800 Tonnen Atommüll v e r g r a b e n sind. Bei den Abfällen schwirrt ein atomarer Bombenzünder (kleine Atombombe) sowie 41 kg Plutonium rum. Nach Recherchen der Atomgegner stellte sich heraus, daß der Müll aus der englischen Atomanlage „Calder Hall" stammt, daß dieser Müll geheim nach Australien geschafft wurde und daß die australische Regierung (angeblich) von dieser Aktion nichts wußte („NZZ", 30.12.76)! Keineswegs ausgeschlossen ist, daß ähnliche Atommüll-„vorkommen" in anderen Teilen Australiens nicht auch vorhanden sind.

Angesichts solcher Tatsachen, der völligen Selbstherrlichkeit der Uranminengesellschaften und der Abschirmung dieser Praktiken durch die Regierung, ist die Aussicht auf weitere Uranminen, Aufbereitungsanlagen und Mülldeponien schokkierend. Die Anti-Uranbewegung leistet breite Aufklärungsarbeit gerade zu Umweltfragen. Beispiele aus anderen Ländern, Reaktorunfälle usw. werden auf Flugblättern, in Zeitungen usw. dargestellt. Besonders wird der Propaganda der Minengesellschaften entgegengearbeitet, die durch große „Aufklärungskampagnen" versuchen, den ganzen Uranabbau als völlig harmlos darzustellen.

Asien-Australien Kommission

Großangriff auf die Arbeiterrechte

Pakistan. Am 10.Juli wurden vom obersten Kriegsrechtsadministrator Zia ul Haq die Kriegsrechts-Verordnung Nr. 12 erlassen, wonach alle Aktivitäten verboten sind, die auch nur im geringsten mit Gewerkschaften oder Arbeitervereinigungen zu tun haben.

Wie die Kapitalistenklasse auf die Verhängung des Kriegsrechts reagierte, zeigte anschaulich die Stimmung an einer Börse in Karachi. *"Große Freude über die Veränderungungen der administrativen Struktur des Landes"* ("Pakistan Times", 18.7.). Gleich nach dem Putsch bat die APTMA (Vereinigung der gesamtpakistanischen Textilfabriken) die Militärs, das "Gesetz zum Schutz der Arbeitnehmer" aufzuheben, das Anfang der 70er Jahre eingeführt wurde und Schutz vor willkürlichen Kündigungen gewährte.

Das zahlenmäßig starke Anwachsen des Proletariats in den 60er Jahren und der Zusammenbruch der Militärdiktatur nach 12-jähriger Herrschaft 1971 ermöglichte in den letzten Jahren den Werktätigen, sich wirksam zu organisieren. Die stark werdenden Gewerkschaften und Arbeitervereinigungen waren eine ständige Bedrohung für die Herrschenden. Bhuttos Regierung hatte sich als unfähig erwiesen, mit diesen Organisationen fertig zu werden. Das war einer der wichtigsten Gründe für den Putsch.

Die Firmenleitungen haben jetzt freie Hand, willkürlich gegen Arbeiter vorzugehen. Dabei benehmen sich die Kapitalisten so, als ob nicht nur gewerkschaftliche Aktivitäten, sondern die Gewerkschaften selbst verboten seien. So wurden z.B. Ende Juli in Lahore 300 Arbeiter entlassen, die Eagle Fahrrad Manufaktur entließ 40 Arbeiter, 210 Arbeiter die Watan Textilfabrik, die Firma Terfo und die Firmen Tanvir& Co. haben jeweils 30 Arbeiter als Vergeltung für gewerkschaftliche Aktivitäten entlassen. Der Präsident der Börse von Lahore, der auch Inhaber der Chenab Textilfabrik ist, hat mehrere Arbeiter samt Gewerkschafter aus seiner Firma hinausgeworfen. Die Inhaber der United Cotton Mills (Baumwollfabrik) in Jauharabad feuerten 150 Arbeiter, während Gujrat Verkehrsbetriebe 35 Angestellten kündigte.

Die Monate Juli und August sind für die pakistanischen Werktätigen besonders wichtig, weil in dieser Zeit ein sogenannter Bonus (eine Art Jahresprämie, die mehr als einen Monatslohn betragen kann) gezahlt wird. Außerdem werden von den Beschäftigten "Demand Notices" (etwa: Belegschaftsforderungen) formuliert und an die Firmenleitung gerichtet, die unter Umständen für Arbeitsklima und Zahlung von Zulagen für das nächste Jahr wichtig sind. In vielen Fällen haben es die Kapitalisten in diesem Jahr abgelehnt, den Bonus zu zahlen. Als z.B. im Schwermaschinen-Komplex Taxila die Arbeiter auf der Auszahlung des Bonus bestanden, wurden sie zusammen mit Gewerkschaftsführern entlassen. Die Proteste gegen diese Maßnahme gingen so weit, daß zwischen dem 16. und 19. Juli das erste Mal unter Kriegsrecht gestreikt wurde.

Es herrscht ein Klima der Verfolgung und Hetze gegen alle fortschrittlichen und gewerkschaftlichen Kräfte. Eine großangelegte behördliche Untersuchung gegen Gewerkschafter ist vom Militär gestartet worden, um deren Verbindung zu linken Gruppen auszuschnüffeln. Während diese Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft im Gange sind, werden auch kleine Straßenhändler schikaniert. Als Händler in Rawalpindi durch Militär von den Straßen vertrieben wurden, demonstrierten sie trotz des Kriegsrechts!

Ein pakistanischer Genosse und Asien-Australien-Kommission

MELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZ

Massive Proteste gegen ASEAN-Faschisten

Wie wir bereits in ARBEITERKAMPF Nr.111 berichteten, besuchten verschiedene hochstehende südostasiatische Faschisten Ende August die BRD. Darunter solche ‚Größen' wie Indonesiens Außenminister Malik und Indonesiens Foltergeneral Moertopo.

Gegen das Auftreten dieser asiatischen Pinochets unter dem Deckmantel einer „Kulturwoche" fanden massive Proteste im Veranstaltungsort Tübingen statt. Während Bundesaußenminister Genscher sich hocherfreut zeigte, daß die Kulturwoche *„bei uns in der BRD stattfindet"*, demonstrierten ca. 700 Menschen gegen diese Veranstaltung („ST", 30.8.77). Unter Parolen wie **„Nieder mit der ASEAN-Woche", „Massenmörder raus aus Tübingen", „Die südostasiatischen Völker kämpfen und siegen, die Imperialisten werden unterliegen"** wurden ‚Festredner' wie Adam Malik ausgebuht. Unter dem Beifall der Demonstranten wurde Indonesiens Staatsflagge ‚abgeflaggt' und die Fahne der FRETILIN aufgezogen. Letztlich konnte am 30.8. der Ablauf der ‚Festveranstaltung' auf dem Tübinger Rathausplatz nur durch ein massives Bullenaufgebot gewährleistet werden. Mehrere Demonstranten wurden wegen *„Beleidigung von Staatsgästen"* festgenommen! Nach dieser erfolgreichen Demonstration fand eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Widerstand des thailändischen Volkes statt (soweit keine Quellen angegeben, nach „Ost-Timor Aktuell", Nr.16).

* * *

18 Studenten - während des blutigen faschistischen Putsches am 6.10.76 festgenommen - stehen zur Zeit in Thailand vor einem Militärgericht.

Unter ihnen auch der Vorsitzende des Nationalen Studentenverbandes von Thailand (der sich dem bewaffne-

Fortsettzung auf Seite 54

Fortsetzung von Seite 53

ten Widerstand angeschlossen hat) – Sutham Saeng-pratoon.

»Die Angeklagten werden im Bangkaen Polizeigefängnis einem Militärgericht vorgeführt. Verteidiger sind nicht erlaubt, und die Verhandlung geschieht unter Ausschluß der Öffentlichkeit ... Die zehn Anklagepunkte die gegen die Gefangenen erhoben werden, zielen offensichtlich auf ein Todesurteil ab. Käme zudem noch der Artikel 21 der Provisorischen Verfassung zur Anwendung, wäre auf Anordnung des Premierministers auch eine Hinrichtung der politischen Gefangenen ohne rechtskräftige Verurteilung möglich" („Thailand-Korrespondenz" 1 Aug.77). Eine Verurteilung durch das Militärgericht ist in jedem Fall bindend – Berufungs- oder Revisionsmöglichkeiten gibt es nicht!

Die Anklagepunkte lauten u.a.: *»Hochverrat, Mord, Majestätsbeleidigung und Zusammenarbeit mit kommunistischen Kräften«* (»New Asia News«, 2.9.77). Da Verteidigungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind - ist die Todesstrafe als Urteil vorausbestimmt!

Gegen diesen Versuch außerhalb jeder Legalität, 18 oppositionelle Studenten zu ermorden, regen sich zunehmend internationale Proteste.

Bereits vor längerer Zeit protestierte der »Internationale Gerichtshof«, Anfang September protestierten 105 japanische Parlamentsabgeordnete beim thailändischen Premierminister Thanin Kraivichien (»New Asia News«, 2.9.77).

In der BRD hat das „Thailand Informations und Solidaritätskomitee" zu einer Briefaktion aufgerufen:

Deshalb bitten wir alle, die den Kampf der thailändischen Demokraten unterstützen wollen, ohne Aufschub einen Eil-Luftpostbrief an eine der beiden (oder beide) Adressen zu schicken:

His Majesty the King
Jitladda Palace,
Bangkok, Tailand

Prime Minister Thanin Kraivichien
Thai Ku Fah Bldg.
Bangkok, Thailand



Die Überlebenden des Massakers vom Oktober letzten Jahres sollen heute abgeurteilt werden – viele von ihnen sind vom Tode bedroht

Wir schlagen folgenden einheitlichen englischen Text vor:

„With regard to the present trial against Sutham Saengpratum and other political prisoners we urge you strongly

1. not to invoke Article 21 against political prisoners;
2. to open the trial to the public and to international observers;
3. to adhere to the UN STANDARD MINIMUM RATES FOR PRISONERS;
4. to permit international observers to visit detention centers and the prisoners held therein;
5. to respect the UN Declaration of Human Rights, which Thailand ratified."

(Übersetzung: Anläßlich des aktuellen Verfahrens gegen Sutham Saengpratum und andere politische Gefangene fordern wir energisch:

1. Nicht den Artikel 21 gegen politische Gefangene anzuwenden;
2. das Verfahren der Öffentlichkeit und internationalen Beobachtern zugänglich zu machen;
3. Die UN-Bedingungen für Gefangene zu beachten;
4. internationalen Beobachtern zu erlauben, Konzentrationslager zu besuchen;
5. die UN-Deklaration über Menschenrechte, die von Thailand ratifiziert wurde, zu beachten.)

* * *

Bereits seit knapp 2 Jahren verhandelt die BRD mit Australien über eine Kohleverflüssigungsanlage. Die Verhandlungen stehen inzwischen kurz vor dem Abschluß. Ende September wird eine australische Delegation zwecks Vertragsunterzeichnung in die BRD kommen. Das Projekt hat inzwischen gigantische Formen angenommen:

„Aus rund 9 Millionen Tonnen Stein- oder Braunkohle sollen rund 3 Millionen Tonnen Kraftstoff gewonnen werden, insgesamt sollen fünf (!) dieser Anlagen gebaut werden. Jede wird rund *2,5 Milliarden DM(!) kosten. Die Deutsche Lurgi GmbH wird die Hälfte dieser Kosten tragen. Die andere Hälfte wird von den beteiligten australischen Regierungen finanziert"* („Welt", 8.9.77). Um in Australien diese Finanzierung zu ermöglichen, wird eine Sondersteuer eingeführt: *„Schon jetzt ist eine auf drei Jahre befristete Sondersteuer auf jede geförderte Tonne Kohle von 15 Pfennig eingeführt"* (-do-).

Der Liter Kraftstoff aus diesen Anlagen soll angeblich ca. 20% billiger sein, als der aus Rohöl gewonnene!

* * *

Asien-Australien-Kommission



afrika

Zum Militärstützpunkt in Zaire - Teil drei

Recherchen von Wolff Geisler

Am 8. August enthüllte „Afrique-Asie" den Geheimvertrag zwischen der BRD-Firma OTRAG und dem zairischen Staat über die Pachtung eines riesigen Territoriums von der Größe der DDR für Raketenversuchszwecke (Vertragstext vgl. AK 111). Bereits im ARBEITERKAMPF 112 konnten wir nachweisen, daß sich hinter der angeblich kleinen OTRAG-Gesellschaft des „schwäbischen Raketen-Tüftlers" Lutz T. Kayser die Spitzen des bundesdeutschen Großkapitals verbergen. Wir haben außerdem aufgezeigt, daß der BRD-Imperialismus bereits seit Jahren Pläne für einen Militärstützpunkt in Nord-Shaba verfolgte und die Raketenpläne Kaysers und der OTRAG von Anfang an finanziell und durch offizielle Staatsaufträge unterstützte. In dieser Nummer veröffentlichen wir nun den 3. Teil unserer Nachforschungen, die alle bisherigen Vermutungen durch viele Detail-Informationen abstützen und erhärten. Zusätzlich stellen wir in diesem AK nochmal die BRD-Pläne zur Errichtung eines gigantischen ökonomischen Potentials in der an das OTRAG-Territorium angrenzenden Region Nord-Ost-Zaires dar.

Aufgrund dieser Zusatzinformationen drängt sich der Verdacht auf, daß das OTRAG-Projekt nur der militärische Zweig einer insgesamt wesentlich umfangreicheren „BRD-Kolonie" in Zaire ist, durch die sich die fortschrittlichen Staaten und Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika zu Recht bedroht fühlen.

Es muß noch einmal festgestellt werden, daß die bürgerliche Presse der BRD offensichtlich aufgrund staatlicher Anordnung nach wie vor an ihrer Strategie des „Totschweigens" des OTRAG-Militärstützpunkts festhält. Interessant ist auch, daß die vaterländische Presse („Rote Fahne" und „KVZ") bislang noch mit keinem einzigen Wort über OTRAG berichtet hat und damit erneut ihr bekanntes Dilemma dokumentiert. Einerseits feiern sie die Marionette Mobutu im Rahmen der chinesischen „3-Welten-Theorie" als besonders konsequenter Vertreter des „anti-hegemonialen" Kampfes, andererseits wagen sie es noch nicht, die Theorie der „Drei Welten" hier in der BRD bis zu ihrer letzten Konsequenz zu vertreten. Denn hiernach müßte die Tatsache der Errichtung eines BRD-Militärstützpunktes in Zaire eigentlich als erfreulicher Ausdruck der „stärker werdenden Zusammenarbeit zwischen der 2. und 3. Welt" interpretiert werden, getreu dem Vorbild der chinesischen Begeisterung über die französische Luftbrücke für das Mobutu-Regime im Shaba-Krieg im Mai 1977. Diese „offensive" Form der Vaterlandsverteidigung wagen diese Vögel offensichtlich gegenwärtig nicht zu vertreten. Stattdessen verfolgen sie Taktik einer „passiven" Vaterlandsverteidigung, die die Aggressionspolitik des BRD-Imperialismus einfach verschweigt und damit selbstverständlich billigt.

Afrika-Kommission

In der letzten Ausgabe hatten wir die AK-Leser aufgefordert, uns bei unseren Nachforschungen zur BRD-Kolonie in Zaire zu unterstützen. Daraufhin sind uns einige Recherchen von Wolff Geisler, Bonn, zur Veröffentlichung im ARBEITERKAMPF zugegangen. Genosse Geisler ist in der Afrika-Solidaritätsbewegung besonders durch seine sorgfältigen Enthüllungsarbeiten zum südlichen Afrika bekannt geworden. Er war Mit-Gründer des AGM-Komitees in Bonn, das seinerzeit einen wichtigen Beitrag in der Solidaritätsarbeit für MPLA, PAIGC und FRELIMO leistete. Außerdem war Geisler lange Zeit im Vorstand der AAB (Anti-Apartheid-Bewegung). Seine Untersuchungen zur OTRAG beschäftigen sich vor allem mit der Entstehungsgeschichte der sogenannten „Kayser-Billigrakete" und der Firma OTRAG selbst.

Es mag manchem Leser scheinen, als seien die folgenden, oft bis ins Detail gehenden Informationen eher nebensächlicher Natur. Sie beweisen allerdings erneut, daß das OTRAG–Raketen-Projekt sehr langfristig vorgeplant wurde, und zwar mit ausdrücklicher Billigung und aktiver Unterstützung durch die staatlichen Stellen des BRD–Imperialismus. Sie widerlegen erneut das Propaganda–Märchen, das OTRAG–Milliarden–Projekt sei eine Privatangelegenheit von Diplom–Ingenieur Lutz T. Kayser.

Wir können die Ergebnisse von Geislers Untersuchungen im Einzelnen nicht selbst überprüfen, da uns das verwendete Quellenmaterial nicht vollständig vorliegt. Geislers Text wurde von uns redaktionell überarbeitet und teilweise mit Zusatzinformationen versehen.

Der Neubeginn des Raketen-Chefkonstrukteurs der Nazis, Professor Sänger, 1956

Die ersten Pläne für eine sogenannte „Billig-(Träger)Rakete" reichen bis ins Jahr 1956 zurück, sie wurden also nur zwei Jahre nach den Verträgen von Brüssel und Paris vom 23. Oktober 1954 entworfen, mit denen der BRD untersagt wurde, auf ihrem Gebiet „weitreichende und gelenkte Geschosse" herzustellen. Diese ersten Nachkriegs-Raketen-Forschungen der BRD standen unter Leitung von Professor Eugen Sänger und Diplom-Ingenieur Wolfgang Pilz.

Professor Sänger war einer der Top-Wissenschaftler im Raketenprogramm des faschistischen Hiter-Deutschland. Pilz wurde durch seine Mitarbeit am ägyptischen Raketenprogramm bekannt. Die Sänger/Pilz-Forschungen wurden in der Anfangsphase vom Wirtschaftsministerium Baden–Württembergs teilfinanziert und fanden unter anderem in der Werkstätte der Zuckerfabrik Stuttgart statt.

Bereits damals will der heutige OTRAG-Chef Lutz T. Kayser als 15-jähriger (!) zu diesem Kreis von Spitzenwissenschaftlern gestoßen sein. Nach eigenen Angaben gründete er 1957 die „Arbeitsgemeinschaft für Raketentechnik und Raumfahrt an der Technischen Hochschule Stuttgart e.V.", für die er auf Anhieb jährlich mehrere Hunderttausend DM vom Bundesforschungsministerium erhalten haben will (nach „Hobby", 10.8.77). Diese Version ist natürlich absolut unglaubwürdig. Welcher 15-jährige dürfte derart gewaltige staatliche Mittel erhalten, ohne dabei über

Fortsetzung Seite 55

Zum BRD-Militärstützpunkt in Zaire

Fortsetzung von Seite 54

vertrauenswürdige und erfahrene Hintermänner zu verfügen?! Das bedeutet daß der eigentliche Empfänger dieser Zuwendungen für die „Kayser-Arbeitsgemeinschaft" das Team des in Stuttgart ansäßigen ehemaligen Nazi-Professors Sänger gewesen sein dürfte. Der junge Kayser besuchte damals die Vorlesungen Eugen Sängers an der TH Stuttgart in „Luft- und Raumfahrttechnik" und schloß dort Ende der sechziger Jahre sein Studium in diesem Fachbereich ab.

1970 gründeten Kayser und seine einflußreichen Hintermänner im offiziellen Auftrag des damaligen Forschungsministers Prof. Hans Leussink die „Technologieforschung GmbH Stuttgart", die sich auf der Grundlage der Sänger/Pilz-Forschungsergebnisse mit der Weiterentwicklung des Projekts der „Billig-Rakete" befassen sollte. Die „Technologieforschung GmbH" arbeitete von Anfang an eng mit der vom Forschungsministerium finanzierten „Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt", DFVLR (vgl. hierzu AK 112) zusammen.

1974 waren die Arbeiten dann soweit gediehen, daß an eine technische Inbetriebnahme der Rakete gedacht werden konnte. Ende desselben Jahres wurde bekanntermaßen die OTRAG gegründet, die von der „Technologieforschung GmbH" sämtliche Einrichtungen und Konstruktionspläne sowie die Erfindungen Kaysers zum Einkaufspreis von 150 Mio. DM übernahm, ohne dies in ihren Bilanzen zu verzeichnen.

Man war bemüht, in der Öffentlichkeit alles zu verschweigen, was auf die Federführung der Sänger/Pilz-Gruppe auch in der OTRAG hindeuten könnte, denn aufgrund der Nazi-Vergangenheit Sängers wäre seine offizielle Beteiligung wohl ein zu deutlicher Hinweis auf die militärische Bedeutung des OTRAG-Projektes gewesen. Lediglich in der Liste der Aufsichtsratsmitglieder von OTRAG taucht bis zum 19.8. 1976 eine Frau Dr. Irene Sänger-Bredt aus Stuttgart auf. Die Nachforschungen von Wolff Geisler haben ergeben, daß es sich hierbei um die Frau des inzwischen verstorbenen Professor Eugen Sänger handelt! Frau Sänger-Bredt ist ebenfalls Raketenspezialistin und leitete eine Forschungsabteilung beim Stuttgarter „Forschungsinstitut für Physik der Strahlantriebe".

Insgesamt ergibt sich also eine direkte Kontinuität von den ersten staatlich finanzierten Neuanfängen des Nazi-Raketenforschers über zwanzig Jahre bis zur Gründung der OTRAG.

Finanzierung der Sänger-Rakete durch den Staat

Finanzierung der Sänger-Rakete durch den Staat

Die Recherchen des Genossen Geisler erhärten unsere Annahme, daß der BRD-Imperialismus das OTRAG-Projekt und seine Vorläufer in jeder Form aktiv unterstützt und mit Millionen-Beträgen finanziert hat. Nach einem intensiven Studium der Jahresberichte verschiedener Bonner Ministerien kommt Geisler zu dem Ergebnis, daß das Verteidigungs- als auch das Wirtschafts- und Forschungsministerium die Entwicklung der Sänger/Pilz/Kayser-Rakete mitfinanziert haben.

Gelder für die Rakete versteckten sich z.B. 1967 nach Geislers Angaben im Bericht des Verteidigungsministeriums unter den Titeln 1402/308 a (10.051,- DM) und 1402/309 (95.855,- DM und 23.842,- DM), beim Wirtschaftsministerium unter dem Titel 0902/605 (39.000,- DM), beim Forschungsministerium unter den Titeln 3104/660 (42.000,- DM und 102.000,- DM und 99.000,- DM) und 3104/97 (239.500,- DM).

Das zuletzt genannte Forschungsministerium hatte 1974 in einer Stellungnahme für die Zeitschrift „Hobby" vom 14.8.74 zumindest die Finanzierung der Rakete ab 1971 offiziell bestätigt. Das Pressereferat des Ministeriums teilte damals mit, daß bis 1974 rund 4,5 Mio. DM an die Kayser-Firma „Technologieforschung GmbH Stuttgart" gezahlt wurden. Für die kommenden Jahre seien allerdings keine Gelder für Kayser mehr vorgesehen, da die Priorität nunmehr bei europäischen Projekten liege.

Diese offizielle Erklärung stellt in zweierlei Hinsicht eine Lüge dar. Zum einen ist die zugegebene Förderung viel zu niedrig beziffert. Das Wirtschafts-Magazin „Capital" Nr. 10/76 setzt allein die Anfangsinvestitionen des Forschungsministeriums mit 6 Mio. DM an; der Förderungskatalog des Forschungsministeriums von 1973 z.B. weist bereits damals eine Zuwendung von 6,9 Mio. DM an die „Technologieforschung GmbH" aus. Darüber hinaus geht selbst aus den Förderungskatalogen der Bundesregierung hervor, daß Dipl. Ingenieur Kayser keineswegs der oft zitierte private Einzelkämpfer ist, sondern daß er durch staatliche Forschungen massiv unterstützt wird. Das Forschungsministerium finanzierte unter anderem an den Universitäten und Instituten von Bremen, Gießen, Lampoldhausen, Stuttgart und Heidelberg Arbeiten für die Entwicklung der „Billig-Rakete".

Geisler schätzt, daß das Projekt bislang mit mehreren Hundert Millionen DM von der Bundesregierung gefördert wurde.

Die zweite Lüge in der zitierten Stellungnahme besteht in der Ankündigung, daß die Finanzierung von Kayser ab 1974 eingestellt werde. Wie aus einem OTRAG-Brief „an alle Gesellschafter der OTRAG-Stille Gesellschaft" vom 30.7.77 hervorgeht, bezahlte das Bundesforschungsministerium ein Gutachten der DFVLR vom 31.7.1975 über die technische Durchführbarkeit des OTRAG-Trägerraketensystems, das als Grundlage für die Vergabe weiterer staatlicher Gelder diente, wie OTRAG ebenfalls mitteilte.

Diese Zahlung erfolgte also lange nach dem offiziellen Unterstützungs-Stop für die „nun rein privatwirtschaftliche OTRAG" (Originalton Kayser).

OTRAG – ein Milliardenprojekt

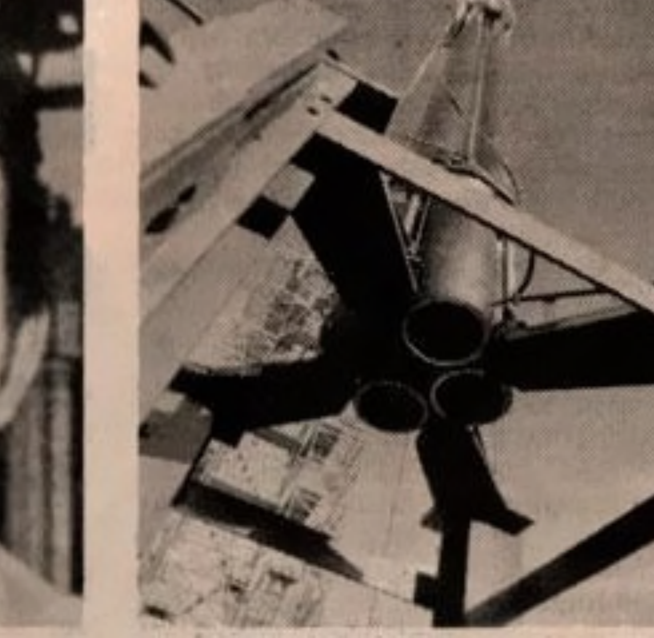
Auch die tatsächliche Größenordnung des OTRAG-Projekts ist durch die Unterlagen Geislers erneut deutlich geworden. So meldete z.B. die „Honnefer Volkszeitung" vom 27.12.1975, daß Kayser noch mindestens 800 Mio. DM benötige, um sein Projekt zuende zu führen! Nicht genannte „Private Geldgeber" seien bereit, 500 Mio. DM hiervon zu übernehmen. 300 Mio. DM wollen einige Banken beisteuern, wenn das Bonner Wirtschaftsministerium eine Bürgschaft in dieser Höhe übernimmt (vgl. hierzu AK 112). Sollte ihm diese Bürgschaft verweigert werden, „droht" der OTRAG-Kayser, *„so kenne ich einige Länder, die neuerdings über viel Geld verfügen und meine neue Technologie gern kaufen möchten"* (ebenda).

Vorzugsbedingungen der hessischen Landesregierung für OTRAG

Weiterhin hat Geisler ermittelt, daß die hessische Landesregierung (Neu-Isenburg, der Sitz von OTRAG, liegt in Hessen, Anm. AK) der OTRAG sehr aktiv unter die Arme greift. Wie wir im letzten AK

AK) der OTRAG sehr aktiv unter die Arme greift. Wie wir im letzten AK





Der „schwäbische Tüftler" und Otrag – Chef Lutz T. Kayser.... und ein Exemplar seiner „Billig-Rakete" im Versuchsstadium

dargelegt haben, funktioniert die OTRAG als sogenannte Abschreibungsgesellschaft, die ihren „Stillen Gesellschaftern" durch anfängliches Verlustemachen hohe Steuervergünstigungen einbringt. Das Finanzministerium in Hessen hat die mögliche Höhe der Verlustzuweisungen laut Geisler auf 260% festgesetzt, d.h. die Stillen Gesellschafter erhalten Steuervergünstigungen auf die Verluste der OTRAG bis zu einer Höhe von 260% ihrer Kapitaleinlagen in der OTRAG.

Ein so lukratives Geschäft für die Aktionäre als Geschenk der hessischen Landesregierung also, daß sich die OTRAG wenigstens verpflichten mußte, nicht auch noch zusätzlich in aller Öffentlichkeit damit hausieren zu gehen. In dem bereits zitierten Brief an die Stillen Gesellschafter schreibt die OTRAG dazu: *„2. Zur derzeitigen steuerlichen Situation teilen wir Ihnen mit, daß wir auf ausdrücklichen Wunsch der Finanzverwaltung mit der Darstellung der Höhe der steuerlichen Verlustzuweisung keine Werbung betreiben."*



Nach der 3. Sitzung der „Großen Kommission" im Juni 76: Der damalige Zaire-Außenminister Karl-Bond und sein Herr und Meister Genscher.

Soweit vorläufig zur Vorgeschichte der „Billig-Rakete" und ihrer staatlichen Finanzierung. Nun einige Fakten zur BRD-OTRAG-Kolonie in Zaire selbst.

Die Vorgeschichte der OTRAG-Kolonie

Zur Wahl des Territoriums berichtet Kayser: *„Natürlich brauchen wir zur Realisierung dieser Pläne ein Startgelände ... Damals haben wir ... mit Herrn Mobutu gesprochen und er hat die Sache am schnellsten begriffen: 'Ich habe das Cape Canaveral Afrikas, ich bin dann der Größte in Afrika und kann später auch noch viel Geld verdienen'. Wir konnten uns das Stück Land aussuchen, das wir wollten"* (!) (in: „Hobby", 10.8.77). „Hobby" beschreibt die BRD-Kolonie im Herzen Afrikas wie folgt: *„Die Wahl fiel auf die Region Nord-Shaba, eine Hochlage zwischen 1200 und 2600 m mit 100.000 Quadratkilometern Ausdehnung, mit einem Klima wie in der Schweiz im Sommer. Außerdem stehen beliebig (!) viel Wasserkraft und ausreichende (!) Arbeitskräfte zur Verfügung"* (ebenda).

Wann genau diese vorzügliche Wahl getroffen wurde, darüber schweigt sich die OTRAG allerdings aus. Im letzten AK hatten wir nachgewiesen, daß der BRD-Imperialismus dieses Gebiet Nord-Shabas mindestens seit 1965 in seine langfristigen strategischen Pläne mit einbezogen hat. Die von uns erwähnte Brücke über die Lukuga wurde damals vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) unter Walter Scheel in Auftrag gegeben und spielt heute bei der Erschließung des OTRAG-Geländes eine wichtige Rolle (vgl. AK 112).

Wolff Geisler schreibt, daß diese Brücke ursprünglich von der Firma Krupp gebaut werden sollte, der Bau dann jedoch – so die offizielle Ver-

Krupp gebaut werden sollte, der Bau dann jedoch – so die offizielle Ver-

sion – wegen Überschwemmungen und Guerilla-Tätigkeit in dem Gebiet verschoben werden mußte. Unsere eigenen Recherchen hierzu haben weiterhin ergeben, daß die ersten Zusagen für den Bau von Brücken bei Kabeya-Maji (Lukuga-Fluß) und Kongolo (Lualaba-Fluß, ebenfalls im heutigen OTRAG-Gebiet!) von BRD-Stellen sogar bereits 1964 gegeben wurden (nach: „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" vom 18.8.65 sowie „Bundesanzeiger" vom 25.8.65).

1965 wurde dann die endgültige Bestätigung erteilt und Walter Scheel unterzeichnete ein Finanzhilfe-Abkommen über 3,7 Mio. DM – offiziell für den „Wiederaufbau" (?) der beiden Brücken – am 17.8.65.

Dieser endgültigen Bestätigung gingen Gespräche des damaligen Kongo-Premiers Tschombe (Führer der Katanga-Sezession, Anm. AK) mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Carstens (CDU, heute Bundestagspräsident, Anm. AK) und dem Ministerialdirektor im BMZ, Sonnenfeld, über die Brückenprojekte voraus. Seitdem tauchen die Brücken von Kabeya-Maji und Kongolo in allen Presseberichten über die Zusammenarbeit BRD-Zaire kontinuierlich als besonders positive Beispiele von Entwicklungshilfe immer wieder auf.

Erst im Nachhinein wird jetzt klar, was eigentlich hinter diesem Getue um zwei Brücken stand: der BRD-Imperialismus war bereits damals dabei, sich das spätere OTRAG-Territorium infrastrukturell zu erschließen und auf den Zeitpunkt der ersten Raketenstarts vorzubereiten.

1967/68 wurde mit dem Bau der Kongolo-Brücke begonnen. 1969 eröffnete die bis dahin völlig unbekannte Firma „Stewering und Söhne" aus Broken in Westfalen (vgl. AK 112) in dem Gebiet einen Steinbruch, der heute die notwendigen baustofflichen Materialien für die Projekte der OTRAG liefert.

Der Bau der Brücke von Kabeya-Maji allerdings verzögerte sich weiter. Erst 1972, als bereits abzusehen war, daß die Kayser-Rakete kurz vor ihrer technischen Reife stand, wurden definitive Schritte unternommen in Sachen Kabeya-Maji. Zaire erhielt in diesem Jahr einen 10,7 Mio. „Entwicklungshilfe"-Kredit aus den Mitteln der staatseigenen „Kreditanstalt für Wiederaufbau" in Frankfurt für den Bau dieser Brücke. 1973 reist der damalige Entwicklungshilfeminister Eppler für eine Woche nach Zaire, um mit Mobutu über die „Weiterentwicklung des Verkehrswesens" (!) zu konferieren. Am 1. November 1974 erhielt die erwähnte Firma Stewering (14 Tage vor der offiziellen Gründung der OTRAG) den Bauauftrag für Kabeya-Maji.

Die Recherchen von Wolff Geisler zur Fa. Stewering haben ergeben, daß sich ihre Bautätigkeit im wesentlichen auf den Brücken-Bau in Zaire beschränkte. Seit 1967 befindet sie sich mehrheitlich im Besitz der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale

beschränkte. Seit 1967 befindet sie sich mehrheitlich im Besitz der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale

Düsseldorf. Die Landesbank ihrerseits ist zu 66% in Bundesbesitz. 1975 wurde mit dem Baubeginn an Kabeya-Maji das endgültige Startzeichen für das seit langem geplante und vorbereitete OTRAG-Projekt gegeben. Im gleichen Jahr trat die erste Fassung des Vertragstextes Zaire-OTRAG in Kraft. Die Firma Stewering meldete 1977 ihren Konkurs an, ihre Tochter in Zaire wurde bereits vorher von der OTRAG aufgekauft.

Die »Brücke von Kabeya-Maji« war schließlich sogar offizieller Anlaß eines Staatsbesuches des damaligen zairischen Außenministers Nguza Karl-I-Bond in der BRD im Februar 1976. Der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Mörsch richtete damals folgende Grußadresse an Bond: *»Ich hoffe Exzellenz, Sie werden Bonn nach diesem leider nur zu kurzen Besuch mit der Überzeugung verlassen, daß die Bundesregierung für die Probleme ihres Landes und die Probleme Afrikas größtes Verständnis hat, und daß sie ihren Beitrag zur Lösung dieser Probleme leisten will. Ein Mosaikstein in dieser Politik der Zusammenarbeit ist das Kapitalhilfeabkommen über 2,6 Mio DM für die Kabeya-Maji Brücke, das Sie heute nachmittag bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt unterzeichnen werden.«* (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 20.2.1976).

Nur wer hier für »Brücke Kabeya-Maji« einsetzt »OTRAG-Projekt« des BRD-Imperialismus wird einen Sinn in diesen ständigen offiziellen Wirbel um zwei Brücken bringen können, zumal zu diesem Zietpunkt der OTRAG-Vertrag, der auch die Kabeya-Maji Brücke miteinschließt, bereits in Kraft und den beiden Herren sicher nicht unbekannt war.

Afrika-Kommission

Weitere NASA-Prominenz bei der OTRAG

In AK 112 hatten wir darüber berichtet, daß der langjährige NASA-Direktor und Top-Raketenspezialist Dr. Kurt Hans Debus als Aufsichtsratsvorsitzender der OTRAG fungiert.

Damals war uns noch entgangen, daß ein weiterer prominenter US-Wissenschaftler von dem OTRAG-Projekt so angetan war, daß er „Leiter des Stuttgarter Konstruktionsbüros" wurde. Es handelt sich dabei um den ehemaligen Nazi-Raketenforscher Richard F. Gompertz, der in den USA anschließend das Crysler-Saturn Ib-Programm leitete und ebenfalls lange Jahre der NASA-Spitze angehörte.
(Nach „Capital" 10/76)

Afrika-Kommission

Franz-Josef Strauß und die OTRAG – viele Wege führen nach München

Ein AK-Leser fragte bei uns an, warum wir in unserer bisherigen Berichterstattung die Fährte „Strauß – OTRAG" noch nicht verfolgt haben. Der Genosse schreibt: *„Auch Euch ist doch wohl nicht verborgen geblieben, daß Strauß ein besonders enger Freund von Mobutu ist und mit diesem bei allen nur möglichen Gelegenheiten konferiert. Außerdem ist Euch sicher bekannt, daß CSU-Strauß weitreichende Beziehungen zur nationalen und internationalen Rüstungsindustrie unterhält. Da liegt es für mich nahe, auch eine Verbindung zwischen dem OTRAG-Militärprojekt und Strauß zu vermuten ..."*

Selbstverständlich haben wir diese Fährte seit Beginn unserer Recherchen mit besonderem Interesse mitverfolgt. Uns ist dabei aufgefallen, daß praktisch sämtliche BRD-Besuche aus der zairischen Wirtschaft und Politik seit 1964 eine obligatorische Pilgerfahrt zuerst nach München und dann nach Stuttgart (Sitz der OTRAG !) bzw. in umgekehrter Reihenfolge absolviert haben. Mobutu selbst weilte 1969, 1974 und 1977 mehrere Tage in Stuttgart und München. Bei dieser letzten Reise führte er besonders intensive Gespräche mit Franz-Josef Strauß in dessen Ferien-Domizil am Starnberger See. Daß sich diese Kumpane bei ihren Kontakten, die auch mehrfach in Zaire selbst stattfanden, nicht allein über das Wetter und ihre persönliche Freundschaft unterhalten, dürfte unmittelbar einsichtig sein. Es ist wohl auch kein Zufall, daß die OTRAG in München eine Zweigniederlassung unterhält. Der Sitz der in Zaire besonders aktiven Siemens AG liegt ebenfalls in München.

Da Strauß bei der Siemens AG, bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm, Airbus und Panavia dick an Rüstungs-, Flugzeug- und Raumfahrtgeschäften beteiligt ist, und aus diesem milliardenschweren Kreis höchstwahrscheinlich auch die Hintermänner der OTRAG stammen, liegt eine Verstrickung von Strauß in die OTRAG-Affäre in der Tat ziemlich nahe.

Unsere Recherchen hierzu sind jedoch noch nicht abgeschlossen (erste Zwischenergebnisse in AK 114).

Wie heißt es doch so schön: „Alle sachdienlichen Hinweise zur Dingfestmachung des Täters nimmt jede Außenstelle (z.B. AK-Verkäufer), natürlich aber auch die Redaktion direkt entgegen." In diesem Sinne . . .

Afrika-Kommission

Weitere Provinzen Zaires unter BRD-Kontrolle:

Das ASSINEZ-Territorium

Das OTRAG-Projekt ist nur die militärische Seite des BRD-Engagements in Zaire. Bereits 1974 hat sich der BRD-Imperialismus mit dem sogenannten ASSINEZ-Projekt die Kontrolle über ein Gebiet Zaires gesichert, das mehr als dreifach so groß ist wie das OTRAG-Territorium und an dieses direkt angrenzt (s. Karte). In den Provinzen Kivu und Ober-Zaire im Nordosten will das BRD-Kapital gewaltige Industrialisierungsvorhaben durchführen. Zusammengenommen machen die OTRAG-ASSINEZ-Territorien mehr als 1/3 der zairischen Gesamtfläche aus!

Zur Vorgeschichte: Anfang 1974 wurde das Projekt zwischen dem damaligen Bundeskanzler Brandt und Präsident Mobutu ausgehandelt. Am 1. Februar wurde daraufhin in Köln die ASSINEZ (Assoziierung für die Industrialisierung des Nordostens von Zaire) gegründet. Diesem Konsortium gehören — soweit uns dies bislang bekannt ist — folgende BRD-Konzerne an:

- Kölner KHD-Industrieanlagen AG
- Klöckner-Humboldt-Deutz
- Klöckner & Co.
- Siemens AG
- Stahlgruppe Korf AG
- WASAG-Chemie
- Böhringer-Gruppe Mannheim über ihre Zaire-Tochter PHARMAKINA

Ferner gehören der ASSINEZ die

- WASAG-Chemie
- Böhringer-Gruppe Mannheim über ihre Zaire-Tochter PHARMAKINA

Ferner gehören der ASSINEZ die

Astaldi-Gruppe (Italien) und UCB (Belgien) an. Der zairische Staat ist formal mit 50% an dem Konsortium beteiligt. Eine solche Beteiligung ist jedoch bei derartigen Projekten der Industrieentwicklung gesetzlich vorgesehen und bedeutet nicht unbedingt, daß Zaire bei den Geschäften der ASSINEZ mitreden kann (Quellen: »Handelsblatt«, 4.2.74, »Blick durch die Wirtschaft«, 23.7.74, »Marches Tropicaux«, 22.2.74). Das Abkommen zwischen dem ASSINEZ-Konsortium und dem zairischen Staat, aus dem die genaue Aufgabenstellung und das Ausmaß der Souveränitäts-Preisgabe Zaires hervorgehen würden, ist bislang im Wortlaut noch unbekannt. Die französische Wirtschaftsfachzeitschrift »Marches Tropicaux« spricht jedoch davon, daß die gesamte Nordostregion Zaires dem Konsortium *»exklusiv überlassen«* wurde (»Marches Tropicaux«, 22.2.74).

Diese an den OTRAG-Vertragstext erinnernde Formulierung läßt ähnliche koloniale, bzw. halb-koloniale Rechte des BRD-Imperialismus im ASSINEZ-Gebiet erahnen.

Aus dem spärlich gesäten Pressematerial über die ASSINEZ läßt sich entnehmen, daß Projekte Dutzender verschiedener Industriezweige geplant sind. Eine sicher nicht vollständige Zusammenstellung entnehmen wir der »Welt« vom 5.12.1974:

(Die einzelnen Projektorte sind in unserer Karte verzeichnet.)

Eine besondere Rolle dürften hierbei die Pläne zur Rohstoffausbeutung (Ferro-Wolframit, Wolframit, Ölschiefer, Gold, Methangas, Eisenerz, Bitumen, Kasserit, etc.) spielen.

Es ist geplant, in das ASSINEZ-Projekt bis 1980 über eine Milliarde DM zu investieren (»Afrika«, 6/76). Fast die gesamte BRD-»Entwicklungshilfe« für Zaire ist für den Nordosten bestimmt. Dieses Verständnis von »Entwicklungshilfe« löste bei Springers »Welt« bei Bekanntwerden des ASSINEZ-Projekts wahre Begeisterungsstürme aus. Unter der Schlagzeile »Zaire — ein Modell für Entwicklungsarbeit« schrieb sie am 5.12.1974:

»Auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zeichnet sich eine Novität ab. Sie

Modell für Entwicklungsarbeit« schrieb sie am 5.12.1974:

»Auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zeichnet sich eine Novität ab. Sie

soll erstmals im Nordosten von Zaire praktiziert werden. Schulung, Partnerschaft, Milliardeninvestition so lauten die Stichworte, unter denen die Regionen Haut-Zaire und Kivu in zehn Jahren schrittweise zu höherem Lebensstandard geführt werden sollen. Mit von der Partie sind Klöckner, Siemens und Wasag .... Der landschaftlich reizvolle Nordosten zählt zu den am dichtesten besiedelten Teilen des Landes .... Ein solches Gesamtprojekt hat nach Angaben von Bodo H. Liebe, Chef der KHD-Industrieanlagen AG bislang noch kein Entwicklungsland, aber auch Bonn noch nicht bekommen. Hier werde nicht Entwicklungshilfe mit zuweilen karitativem Beigeschmack geliefert, sondern echte ‚Entwicklungspartnerschaft' praktiziert. Die Besonderheit sieht er darin, daß die Schaffung des Industrieschwerpunkts Nord-Ost nicht im Alleingang mit einzelnen, oft zusammenhanglosen Projekten, sondern nach einem integrierten Mehrstufenplan unter Berücksichtigung der infra-strukturellen und ökologischen Verhältnisse betrieben wird. Liebe ist sicher, daß das Modell für die weitere deutsche Entwicklungsarbeit in der Dritten Welt von grundlegender Bedeutung sein wird. Bonn hat jedenfalls ‚volle Unterstützung' zugesagt.«

Dieser Chefideologe der »echten Entwicklungspartnerschaft«, Bodo H. Liebe, ist der Vorsitzende des ASSINEZKonsortiums. Ein anderer ASSINEZ-Prominenter, der Generaldirektor der PHARMAKINA, Karl Schneider, ist gleichzeitig BRD-Konsul in Bukavu, dem administrativen Zentrum der ASSINEZ.

Anläßlich der Gründungen von OTRAG und ASSINEZ wurde 1974 die »Große gemeinsame Kommission BRD — Zaire« ins Leben gerufen mit der Aufgabe, die harmonische Entwicklung der BRD-Territorien in Zaire zu überwachen. Diese deutsch-zairische Kommission trifft sich einmal im Jahr zu einer Plenumssitzung. Hieran nehmen neben den Spitzenpolitikern beider Länder auch Vertreter der in Zaire tätigen BRD-Konzerne, Vertreter von Forschungsinstitutionen etc. teil.

Der BRD-Imperialismus hat insgesamt zu keinem anderen afrikanischen Land derart privilegierte Beziehungen wie zum faschistischen Zaire. Ihr kolonialer Einfluß in Zaire geht soweit, daß der

zu keinem anderen afrikanischen Land derart privilegierte Beziehungen wie zum faschistischen Zaire. Ihr kolonialer Einfluß in Zaire geht soweit, daß der

Berater im Büro des Präsidenten, Mpia, erklären mußte, seine Regierung sei *»jederzeit bereit, deutschen Investoren zusätzliche* (!) *Erleichterungen zu gewähren.«* Er verwies auf *»die positiven Resultate des deutsch-zairischen Industrieentwicklungs-Konsortiums ASSINEZ ..«* (»Handelsblatt«, 21.2.77).

Nach dem Willen der Mobutu-Partei MPR soll die BRD bis 1980 der größte Investor in Zaire sein!
(Europe outremer, Juni 1975)

OTRAG ist also nur die militärische Komponente westdeutscher Rekolonialisierung des ehemalig belgischen Kongo; vieles deutet darauf hin, daß der BRD-Imperialismus die Völker dort noch rigoroser ausplündert und noch skrupelloser unterdrückt...

Afrika-Kommission

Industrielle Projekte der Assinez

Haut-Zaire-Region

Buta	Holz und Möbel
Banalia	Eisenerzgewinnung
Kisangani	Eisenerz-Direktreduktion
Wanie Rukula	Ölschiefer, 1. Anlage
	Ölschiefer, Großanlage
	Zementfabrik
	Sprengstoffe
Kilo Moto	Goldgewinnung
Bunia	Fleischkonservenfabrik

Kivu-Region

Kindu	Zinngießerei
Lubero	Gemüsekonservenfabrik
Lueshe	Pyrochlorgewinnung
Vitshumbi	Kühlgebäude (Fisch)
Rutshuru	Düngerproduktion
Lac Kivu (Nord de Kalehe)	Metangas, 1. Anlage
Lac Kivu (Sud de Goma)	Metangas, Großanlage
	Zementfabrik
Katana	Glashütte
	Ferro-Wolfram-Gewinnung
	Wolframitgewinnung
Ile Idjwi	Kassiterit-
Kalugwe	gewinnung

Die BRD — Kolonien in Zaire: Assinez (gestrichelt) und Otrag (gepunktet).

Kommuniqué des zairischen Widerstandes

Von der kongolesischen Oppositionsbewegung wurde uns ein Dokument zugeschickt, das Vereinigungsbestrebungen der PRP und FLNC beschreibt.

So erfreulich diese Schritte zunächst anmuten, enthält dieses Dokument doch in den Artikeln 10 und 11 „Antikorruptions-Festlegungen", die ein eher erschütterndes Schlaglicht auf den Zustand der zairischen Opposition werfen.

Korruption und politische Kapitulation durchziehen den zairischen Widerstand seit 15 Jahren, sie sind mitverantwortlich für die nach wie vor unumschränkte Herrschaft des Imperialismus und des Mobutu-Regimes in Zaire. Daß diese Faktoren heute noch so eine Rolle spielen, daß ihnen im ersten gemeinsamen Kommunique von FLNC und PRP ein so zentraler Stellenwert beigemessen wird, läßt uns die Erfolgsaussichten des zairischen Widerstandes etwas negativer einschätzen als bisher, zumindest was die nächste Zukunft anbetrifft. (Die von uns ausgelassenen Artikel des Vertrages enthalten lediglich formale Festlegungen über Zusammensetzung und Befugnisse des neugeschaffenen „Obersten Befreiungsrates".)

Afrika-Kommission

Der Präsident der FNLC, der Genosse Nathanael MBUMBA und der Präsident der PRP, der Genosse Laurent KABILA, haben heute im Kongo eine außerordentliche gemeinsame Sitzung durchgeführt und folgendes beschlossen:

Artikel 1:
Es wird eine Organisation geschaffen, der sogenannte OBERSTE BEFREIUNGSRAT, der einerseits die nationale Befreiungsfront des Kongo (FLNC) und andererseits die Partei der Volksrevolution (PRP) umfaßt.–

Artikel 2:
Die Präsidentschaft CSL (Oberster Befreiungsrat, Anm. AK) *wird gemeinsam vom Präsident der FNLC und vom Präsident der PRP wahrgenommen. An ihrer Seite stehen jeweils vier Mitglieder des Politbüros der jeweiligen Bewegung.–*

Artikel 4:
Der CSL hat als Hauptziel, die Anstrengungen zum nationalen Befreiungskampf des Kongo zusammenzufassen. Hierfür hat er folgende Aufgaben:

1. alle politischen und militärischen Probleme des nationalen Befreiungskampfes des Kongo zu diskutieren;

2. jeglichen Streit zu verhindern, der die gute Zusammenarbeit zwischen den verbündeten Parteien beeinträchtigen könnte.–

Artikel 5:
Auf militärischem Gebiet sollen die beiden Präsidenten in ihrer Eigenschaft als Oberkommandierende und im Rahmen ihrer periodischen Treffen:

1. eine gemeinsame Strategie entwerfen und in die Tat umsetzen;

2. befreite Gebiete errichten und diese sowie die Aktivitäten der städtischen Guerilla militärisch koordinieren;

3. die Kämpfer der beiden Fronten ausrüsten und ausbilden;

4. den Fortgang der militärischen Aktivitäten überwachen.–

Artikel 10:
Es ist jeder der Parteien strikt untersagt:

- *öffentliche Angriffe gegen die andere Partei zu führen*
- *ein Mitglied einer Partei durch Korruption oder irgendwelche andere Manöver abzuwerben*
- *in ihren Reihen ein dissidentes* (abtrünniges, Anm. AK) *Mitglied einer anderen Partei aufzunehmen.–*

Artikel 11:
Es ist allen Mitgliedern der beiden Parteien strikt untersagt, Korruptionszahlungen zu akzeptieren, seien sie von einer Partei des CSL oder von einer dritten Person außerhalb des CSL.–

Artikel 13:
Jede der dem CSL angeschlossenen Parteien hat das Recht, bei den Beratungen und Entscheidungen des CSL auf allen Ebenen teilzunehmen und ihre vollständige Autonomie zu bewahren.–

Verabschiedet im Kongo, den 26. August 1977

Der Präsident der FNLC, N. Mbumba
Der Präsident der PRP, L. Kabila

Auch Smith lehnt ›Friedenspläne‹ der Imperialisten vorläufig ab

Nachdem die USA und England „neue Friedenspläne" vorgelegt hatten (siehe AK 112), hat nun auch die Regierung Rhodesiens diese Pläne abgelehnt.

Rassistenchef Smith hierzu: *„Es scheint, als wenn wir aufgefordert werden, uns in Rhodesien selbst aufzulösen. In der Tat bin ich in den Dokumenten auf das Wort ‚Kapitulation' gestoßen, ohne vorher zu wissen, wie die neue Verfassung aussehen wird. Es scheint mir dies eine reichlich verrückte Situation."* („Daily News", 3.9.) Smith bezeichnete es als „gelungenen Witz", daß die Guerillatruppen in die rhodesische Armee integriert werden sollen, gegen die sie ja ankämpfen (nach „Daily News", 3.9.). Andererseits kündigte Smith an, eine Untersuchungskommission einzurichten, die den Plan gründlich überprüfen soll. D.h. die Möglichkeiten für Verhandlungen will auch Smith weiterhin nicht ausschliessen.

Gleichzeitig geht es ihm darum, auch weiterhin seine „interne Lösung" mit den schwarzen Kompradoren voranzutreiben. Hierfür bietet sich vor allem Sithole und seine Bande an - nachdem sich die Muzorewa-Organisation UANC nach und nach zugunsten der Sithole-Organisation ANC aufgelöst hat.

So verkündete Sithole großkotzig, daß er bei jeder Lösung des Rhodesienkonflikts *„eine bedeutende Rolle spielen wird. Nicht ohne Grund habe ihn die rhodesische Regierung in den vergangenen Monaten in's Rampenlicht gestellt"*(!) („Süddeutsche Zeitung", 9.9.77) Eine dankenswerte Offenheit. Bisher hätte man ja beinahe denken können (und sollen), die schwarzen Massen hätten ihn „ in's Rampenlicht gestellt".

Dieser Sithole hat dann noch gewagt, sich der Patriotischen Front (die als einzige den bewaffneten Kampf gegen die Rassisten führt) als Bündnispartner, *„zwecks gemeinsamen Vorgehens"* für Gespräche anzubieten („SZ", 9.9.77).

Die Patriotische Front lehnt jedoch Gespräche mit den Rassisten und ihren Marionetten ab.

So erklärte Mugabe, Vorsitzender der ZANU und einer der Führer der PF: *„Wir fordern die Kapitulation des rhodesischen Regimes vor dem Volk von Zimbabwe...Nur durch den bewaffneten Kampf werden wir die Freiheit gewinnen. Der Feind wird nicht durch Verhandlungen fallen. Er wird nur durch das Gewehr fallen."* („Tanzania Daily News").

Afrika–Kommission

Immer neue Tricks der Rassisten

Die südafrikanischen Rassisten überlegen sich immer neue Schachzüge, um eine wirkliche Unabhängigkeit Namibias zu verhindern: Jüngstes Beispiel ist die Annektion des einzigen Tiefwasserhafens von Namibia, der Walfish-Bay, durch die RSA. Mit der lapidaren Behauptung, die Walfish-Bay sei schon immer „geschichtlicher Bestandteil" Südafrikas gewesen, beansprucht Südafrika seit dem 1.9. alle Hoheitsrechte über den Hafen. Nach den „Turnhallen"-Gesprächen und dem Versuch, mit den imperialistischen Sicherheitsratsmitgliedern der UNO (USA, England, Frankreich, Kanada und der BRD) eine Lösung im Sinne der Rassisten herbeizuführen (kontrollierte und „friedliche" Ablösung gegen die SWAPO und das Volk), ist dies ein neuer Versuch, die Unabhängigkeit Namibias hinauszuzögern.

Die Walfish-Bay von einem unabhängigen Namibia abschneiden, hieße die Unabhängigkeit zur Farce machen.

Das wissen natürlich auch die Rassisten und Imperialisten. Deswegen benutzen sie dieses „Faustpfand" für zweierlei:

- Mit der Walfish-Bay gibt es ein neues „Verhandlungsthema", d.h. es wird Zeit gewonnen, um den Vertreter der „Turnhallen"-Gespräche auf namibianischer Seite (allesamt Kompradoren der Rassisten) die Gelegenheit zu geben, sich zu einer Partei gegen die SWAPO zusammenzuschließen.
- Die Rassisten wollen die Walfish-Bay ihrem Territorium einverleiben. So meinte der Rassistenvertreter der „Turnhallen"-Gespräche, Dirk Mugde, ganz offen: *„Als Südwestler sehe ich Walfish-Bay als Teil Südwestafrikas; sie kann aber nicht einfach als Teil des neuen Staates gefordert, sondern müßte mit der südafrikanischen Regierung ausgehandelt werden. Eine Alternative bildet das Modell, das der Stadtrat von Walfish-Bay vertritt: die Schaffung eines Zollfreihafens nach dem Muster Hongkongs. Auf diese Weise könnte Südafrika zum Schutze seiner Bürger in Walfish-Bay präsent bleiben und militärisch einen vorgeschobenen Posten aufrechterhalten, wenn es sich von der namibianisch-angolanischen Grenze zurückziehen muß"* („Neue Zürcher Zeitung", 9.9.77).

Damit ist der Standpunkt der RSA deutlich genug. Trotz allem Gerede geht es ihnen natürlich nicht um die Unabhägigkeit Namibias, sondern darum, diese Kolonie solange wie möglich zu halten.

Aber auch die SWAPO hat hierzu einen klaren Standpunkt:

- *„Südafrika versucht unser Land zu teilen. Walfish-Bay ist Teil unseres Landes...wenn Namibia unabhängig wird, Südafrika aber weiterhin Walfish-Bay besetzt hält, betrachtet die SWAPO das als Invasion einer ausländischen Macht!"* („Tanzania Daily News", 2.9.77)

Afrika–Kommission

MELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELD

Führer des Schwarzen Widerstandes im Knast ermordet

Am 12.September „starb" der 30-jährige Steve Biko in einem südafrikanischen Gefängnis.

Steve war Gründer und erster Präsident der „Black Peoples Convention", die entscheidend an den Kämpfen der Schwarzen beteiligt war und ist.Die BPC hat z.B. ganz wesentlich die Kämpfe und Streiks der schwarzen Studenten und Schüler von Soweto mit organisiert. Steve war bereits seit 1973 „gebannt", d.h. er durfte seinen Wohnort nicht verlassen, keine journalistische Tätigkeit ausüben, an keinen politischen Versammlungen teilnehmen und keine größere Anzahl von Besuchern auf einmal haben.

1976 war er schon einmal für über 100 Tage ohne Verfahren im südafrikanischen Knast.

Gerade unter diesen Umständen der Repression und Folter ist es besonders hervorzuheben, daß es der Genosse geschafft hat, entscheidenden Anteil am Aufbau des organisierten schwarzen Widerstandes im rassistischen und faschistischen Südafrika zu haben!

Das macht es auch „verständlich", daß er zu den meistgehaßten Personen der Rassisten gezählt hat. So sagte ein BPC-Mitglied kurz vor seiner Verhaftung die Ermordung schon voraus: *„Ich glaube, wenn sie Steve diesmal erwischen, daß er dann das Gefängnis nicht mehr lebend verläßt."* Von daher ist es klar, daß es Lügen der Rassisten sind, wenn sie sagen, *„Steve Biko ist an den Folgen eines Hungerstreiks gestorben, den er am 5.September begonnen hat."* Fakt ist wohl vielmehr, daß er *„an den Folgen der unmenschlichen Haftbedingungen und der Folter gestorben ist"*, so seine Angehörigen. D.h. Steve ist von Rassisten im Knast ermordet worden! (nach„ Le Monde" und FR 14.9.77)



„Na, Herr Vorster, alles ruhig in Ihrem Land?!"

Sozialistische Internationale : mal so und mal so

Nach einer Rundreise von Vertretern der „Sozialistischen Internationale" (allesamt Sozialdemokraten, wobei die SPD und die englischen Sozialdemokraten die großen Wortführer sind) durch das südliche Afrika, empfahl ein Mitglied der Delegation folgendes:

– Totales Waffenembargo und ein Verbot von Kapitalinvestitionen in Südafrika. Ebenso soll der Export von technischem Wissen, insbesondere auf dem Gebiet der Nukleartechnik nach Südafrika unterbunden werden. Gleichzeitig sollen die Befreiungsbewegungen (ANC/SWAPO/Patriotische Front) und die Frontstaaten Zimbabwes (u.a. VR Angola und die VR Mozambique) stärker unterstützt werden in ihrem Kampf gegen Rassismus und Faschismus.

Entsprechende Anträge sollen auf dem nächsten Treffen der SI im Oktober in Madrid vorgelegt werden.

So gut das klingt, diese Sprüche entbehren jedoch nicht einer gewissen Komik:

– Am gleichen Tage, an dem diese Meldung in der bürgerlichen Presse verbreitet wurde, tickerten noch andere Meldungen über den Fernschreiber. So z.B. daß die englische Regierung gerade gegenüber den Rassisten in Südafrika versichert hatte, daß weder sie noch andere westliche Regierungen daran denken, die Ölexporte an die RSA einzustellen!

– Oder: Sprecher der Bundesregierung erklären gerade, daß ein *„Handels- und Investitionsboykott gegen die Republik Südafrika undenkbar"* ist und nicht der Politik der BRD entspricht.

– Oder: Am gleichen Tage nahmen die Vertreter der fünf westlichen Länder des UN-Sicherheitsrates mit



den Rassisten die Gespräche über die *„Zukunft Namibias wieder auf. Unter ihnen Vertreter Großbritanniens und der BRD."* Die SWAPO zu diesen Gesprächen: Sie *„dienen dazu, die Position der Rassisten zu stärken und ihr international Geltung zu verschaffen."*

Sieht man darüber hinaus die enge wirtschaftliche, militärische und nukleare Zusammenarbeit gerade der BRD mit den Rassisten im südlichen Afrika, so kann man sich ausmalen, für wen das Herz (zumindest der westdeutschen Sozialdemokraten) schlägt!

Während die Vorschläge der SI zumindest von einigen sozialdemokratischen Parteien noch irgendwo ernst genommen werden, so z.B. in den skandinavischen Ländern, werden sie von der SPD in den Ordner der „großen Versprechungen" wandern! Denn die Existenz der Rassistenstaaten im südlichen Afrika ist ohne die Unterstützung der imperialistischen Länder (auch der sozialdemokratisch regierten) nicht denkbar. (Angaben nach „Le Monde" und „SZ", 14. und 15.9.77)

Afrika-Kommission

„Parlamentsreform" abgelehnt

Von den Sprechern der Inder und der „Mischlinge" wurde jetzt eine geplante „Parlamentsreform" der Rassisten abgelehnt. In einem zukünftig „gemischtrassigen" Parlament sollten auf 4 Weiße 2 Vertreter der „Mischlinge" und ein Inder kommen. D.h. auf der einen Seite ist sichergestellt, daß die Weißen weiterhin unangefochten die Mehrheit haben, und daß andererseits bisher nicht im Parlament vertretene Bevölkerungsgruppen durch eine solche „Reform" befriedigt werden sollten. Von den Rassisten wurde dieser Vorschlag als *„großer Bruch mit der bisherigen Apartheidpolitik"* (Vorster) bezeichnet (siehe AK 112).

Die schwarze Bevölkerungsmehrheit ist von dieser „Reform" nicht nur ausgeschlossen, sondern durch diesen Schritt soll die Spaltung innerhalb der farbigen Bevölkerung noch vertieft werden! So ist z.B. mit der „Parlamentsreform" eine noch verstärkte „Homelandpolitik" der Rassisten geplant, die langfristig alle Schwarzen im eigenen Land zu Ausländern macht (AK 112). Diese wurde anscheinend auch von den Sprechern der „Mischlinge" erkannt:

Sie lehnen eine Beteiligung an dieser„Reform" ab, weil„ *die Schwarzen darin nicht berücksichtigt seien, der zu wählende Präsident diktatorische Vollmachten habe und die Apartheid verstärkt werden würde."* (FR 14.9.77)

Auch die Inder weigerten sich *„einseitig und ohne Beteiligung der Schwarzen mit den Weißen zu handeln."* (SZ 14.977)

Damit scheint dieser Versuch der Spaltung und Ausschaltung der schwarzen Mehrheit mit Hilfe farbiger Minderheiten durch die Rassisten zunächst gescheitert zu sein.

Äthiopische Luftwaffe greift Somalia an

Bis auf das Gebiet von Harrar und Dire-Dawa befindet sich das Ogaden-Gebiet (bisher Ostprovinz Äthiopiens) gegenwärtig unter Kontrolle der Westsomalischen Befreiungsfront (WSLF), die von Somalia unterstützt wird. Die äthiopische Militärführung (DERG) hat mit der regelmäßigen Bombardierung der somalischen Stadt Hargeisa den Angriff auf Somalia eskaliert. Zugleich wird Somalia bei dem Bemühen, Waffen einzukaufen, von der Sowjetunion und dem imperialistischen Lager unter Druck gesetzt. Die Sowjetunion hat sich jetzt voll den äthiopischen Standpunkt zu eigen gemacht und verlangt eine „politische Lösung", die der Preisgabe des Selbstbestimmungsrechts der Westsomalier im Ogaden gleichkommt. Die Imperialisten (USA, England, Frankreich) halten versprochene Waffenlieferungen zurück und wollen Somalia damit auf Rechtskurs bringen. Aus ähnlichen Motiven ist die Unterstützung Somalias durch die Arabische Liga bisher nur dürfig ausgefallen. Von Seiten der afrikanischen Reaktion hat Äthiopien ein militärisches Unterstützungsangebot durch Kenia erhalten, bereits Tage vorher hatte sich ein „Vermittlungsausschuß der OAU" (bestehend aus Algerien, Tansania, Lesotho, Liberia, Sudan, Kamerun, Mauretanien und Nigeria) mehrheitlich gegen das Selbstbestimmungsrecht der Westsomalier – zugunsten einer „territorialen Integrität" Äthiopiens – ausgesprochen.

Beim Einsatz seiner Luftwaffe im Ogadenkonflikt hat Äthiopien offensichtlich massiv auch somalisches Gebiet angegriffen: Nach Angaben der somalischen Nachrichtenagentur wurden an mehreren Tagen der vergangenen Woche die somalische Stadt Hargeisa von äthiopischen Maschinen im Tiefflug bombardiert. Dabei sollen drei äthiopische Militärmaschinen abgeschossen worden sein („Neue Zürcher Zeitung", 4.9., „Frankfurter Rundschau", 12.9.77).

Der Verlust des gesamten südlichen Ogaden bedeutet jedoch noch nicht den Zusammenbruch der äthiopischen Armee. Die Kämpfe mit der WSLF haben sich jetzt auf das für Äthiopien wichtigste und am dichtesten besiedelte nördliche Gebiet des Ogaden um die Städte Harrar, Dire-Dawa und Jijiga konzentriert. Dabei tobt die Schlacht besonders um die Stadt Jijiga, die zur Eroberung von Harrar und Dire-Dawa als strategisch wichtig gilt. Die WSLF hat in den letzten Tagen wiederholt die Befreiung von Jijiga gemeldet.

Durch die Äthiopien zugesagte Lieferung von 48 (!) Mig-Jägern und weiterem Kriegsmaterial und durch den Lieferstop von Ersatzteilen an Somalia („NZZ", 4.9.) hat die Sowjetunion nachdrücklich demonstriert, bis zu welchem Ausmaß sie bereits gegen die Kämpfer der WSLF und Somalia Partei ergreift. Dies bedeutet u.a. den Bruch des 1974 zwischen der Sowjetunion und Somalia geschlossenen 20-jährigen Freundschaftsvertrages, in dem sich in Artikel zehn beide Vertragspartner verpflichten, *„sich keinen Militärbündnissen oder Staatengruppen anzuschließen, sowie sich auch an keinen Aktivitäten zu beteiligen, die gegen den anderen Vertragspartner gerichtet sind."* („Le Monde", 6.9.). Darüberhinaus ist die Lieferung der Mig-Jäger als eine Ermunterung Äthiopiens zu werten, seine Luftangriffe auf die WSLF und auf Somalia fortzusetzen.

Sicherlich nicht zuletzt dem Druck der Sowjetunion ist es zu verdanken, daß die eigentlichen „natürlichen Bündnispartner" Somalias in der Region, Libyen und die VR Jemen, sich auf die Seite Äthiopiens gestellt haben. (Siehe dazu z.B. die Abkommen über verstärkte Zusammenarbeit zwischen Libyen und Äthiopien vom Juni '77. „ND", „NZZ", 30.6. und 24.7.)

Die US-Imperialisten ihrerseits haben, parallel zu ihrer Weigerung, bereits versprochene Waffen an Somalia zu liefern, mit Äthiopien einen Unterstützungsvertrag über 200000 Dollar abgeschlossen. („LM", 8.9.) Das ist nicht viel, aber zumindest als freundliche Geste zu werten.

Somalia hat indessen seine Bemühungen fortgesetzt, wenigstens aus dem arabischen Lager Unterstützung zu erhalten. Der Erfolg scheint bisher aber gering zu sein. Neu ist lediglich, daß Ägypten seine alten sowjetischen Waffenbestände an Somalia verkaufen will. („LM", 4.9.)



Ogaden: Die Frauen unterstützen die WSLF

Von den reaktionären arabischen Regimes wird die Unterstützung Somalias davon abhängig gemacht, daß Somalia voll mit der Sowjetunion bricht. („NZZ", 6.9.) Diesem Druck hat sich Somalia bisher noch nicht gebeugt, noch befinden sich zahlreiche sowjetische Fachleute im Land. Allerdings hat Somalia den Bruch mit der Sowjetunion angedroht, falls diese die Waffenlieferungen gänzlich einstellt. (Interview mit ZK-Mitglied Farah in Teheran (!) „Neue Hannoversche Presse", 9.9.)

Bei der Außenministertagung der Arabischen Liga in Kairo wurde die somalische Sache ziemlich kühl abgehandelt. Von Somalia lag ein Memorandum vor, den Befreiungskampf im Ogaden als ein *„arabisches Anliegen"* zu behandeln, ihm eine *„sowohl materielle als auch moralische Unterstützung"* zukommen zu lassen, sowie auch die Positionen der Befreiungskämpfer in internationalen Organisationen zu vertreten. Ferner appellierte das somalische Memorandum an alle Staaten, in den Ogaden-Konflikt nicht einzugreifen und verlangte die Verurteilung durch die Arabische Liga gegen diejenigen Staaten, die sich einmischen. (Damit ist wahrscheinlich die Militärhilfe der Sowjetunion an Äthiopien gemeint.) , („LM",6.9.77).

Die Außenminister der Liga antworteten mit einer sehr vorsichtigen Stellungnahme, in der sie ihr *„tiefgreifendes Interesse an der künftigen Entwicklung des Konflikts am Horn von Afrika"* ausdrücken und alle ausländischen Staaten auffordern, sich dort herauszuhalten,da *„die Völker dieses Gebietes ihre eigenen Probleme selbst lösen können"*. Der Generalsekretär der Liga, Riad (Irak), wurde von den Konferenzteilnehmern dazu ermächtigt, mit dem OAU-Generalsekretär Nboumoua Verhandlungen aufzunehmen, um die Ogadenfrage im Rahmen der „afro-arabischen Zusammenarbeit" zu klären. (LM 7.9.)

Angesichts der jüngsten proäthiopischen Entschließungen des OAU-Vermittlungsausschusses deutet diese Stellungnahme darauf hin, daß die reaktionäre Mehrheit der Arabischen Liga an einer Unterstützung der WSLF und eines anti-imperialistischen Somalia kein großes Interesse hat. Wenn also Äthiopien den Krieg gegen Somalia ausweitet, steht Somalia derzeit isoliert da.

Afrika-Kommission

Djibouti – Zehn Wochen nach der Unabhängigkeit

Djibouti ist jetzt 10 Wochen unabhängig (seit dem 27.6.77). Alles deutet inzwischen darauf hin, daß die Regierung eine neo-koloniale Politik verfolgen und ihre engen Bindungen zum Kolonialherrn Frankreich aufrechterhalten wird.

Bei einem Staatsbesuch des Präsidenten Hassan Gouled in Frankreich deutete der Außenminister Djiboutis, Abdallah Mohamed Kamil an, daß der Zweck der Gespräche sei *„sehr enge Verbindungen* (zu Frankreich, Anm. AK) *durch verschiedene Abkommen und Verträge aufzubauen, sowohl militärische als auch wirtschaftliche, kulturelle und politische.."* („Le Monde", 18.8.77). Außerdem steht inzwischen fest, daß ca. 5.500 französische Fremdenlegionäre weiterhin in Djibouti stationiert bleiben. Djibouti hat durch seine Lage am Ausgang des Roten Meeres eine entscheidende strategische Bedeutung. Außenminister Kamil teilte in Paris weiter mit, daß Frankreich seine Kontrolle über die Djibouti-Armee noch verstärken wird. Es will jetzt statt der vertraglich festgesetzten 2.500 Soldaten 3.700 Männer im Schnellverfahren ausbilden. („Le Monde", 22.8.77)

Djibouti ist inzwischen Mitglied der Arabischen Liga geworden, was dem Land wahrscheinlich einen umfangreichen Kredit Saudi-Arabiens einbringen wird. („Le Monde",19.8.)

Was die Politik Djiboutis im Ostafrikanischen Raum und besonders gegenüber dem Konflikt Somalia/Äthiopien angeht, so nimmt es eine betont neutrale Haltung ein.

Gouled äußerte sich hierzu folgendermaßen:

„Ich möchte nur sagen, daß die gegenwärtige Lage in Ostafrika beunruhigend ist und daß wir uns eine Diskussion und einen Dialog zwischen Somalia und Äthiopien brennend wünschen, damit der Friede in das Horn zurückkehrt. Unsere Position ist die strikteste Neutralität in der Erwartung, daß das Gleichgewicht in das Gebiet zurückkehrt..." („Le Monde", 19.8.77).

Afrika –Kommission

Nachrichten aus Schule und Hochschule

Kampf um den Erhalt der verfaßten Studentenschaft



In der kommenden Woche finden die Landes ASten-Konferenz (LAK) Baden-Württembergs (19.9) und die Basisgruppen (BG) durchgesetzte VDS-Mitgliederversammlung (24.9. bis 26.9. in Gießen) statt. Vom Ergebnis dieser beiden Konferenzen wird die Entwicklung der Studentenbewegung im nächsten Semester entscheidend beeinflußt werden können . Es liegt in der Natur der Sache – sprich des baden-württembergischen Regierungsentwurfs zur Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft (VS) – daß schon von der LAK Baden-Württemberg die Weichen für die VDS-MV gestellt werden. Wir haben schon in AK 111 und 112 betont, daß die Verteidigung der VS in Baden-Württemberg die Sache der ganzen Studentenbewegung der BRD und Westberlins sein muß. In dieser Situation wird die kommende MV zum Prüfstein für die VDS, wieweit dieser Verband überhaupt als Kampfverband der Studenten genutzt werden kann.

U.E. bestehen relativ günstige Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf gegen den Vorstoß von Filbinger & Co. Zum einen ist der Regierungsentwurf aus Stuttgart im gegnerischen Lager ziemlich umstritten. Wie wir in AK 112 nachgewiesen haben, befürwortet die SPD gegenwärtig ein taktisch weniger naßforsches, wenn auch letzlich in den Zielen übereinstimmendes Vorgehen. Auch innerhalb der CDU – besonders natürlich bei denjenigen CDU-Abteilungen, die am direktesten die Ablehnung der Betroffenen zu spüren bekommen werden (JU und RCDS) – gibt es warnende Stimmen. Für Bündnispartner konnte Filbinger auch nicht sorgen, zu plötzlich und überfallartig kam der Entwurf. Im Gegenteil: Traditionelle und mögliche Bündnispartner äußerten sich eher skeptisch. Der Tübinger Uni-Präsident Theis (CDU) – verwandt für die Verwandlung „seiner" Uni in eine Polizeiuni im letzten Wintersemester – *„beklagte, daß neue Spannungen von außen in die Universität hineingetragen und Fronten aufgerissen würden"* („SZ", 23.8.).

Auf der anderen Seite bestehen

in eine Polizeiuni im letzten Wintersemester – *„beklagte, daß neue Spannungen von außen in die Universität hineingetragen und Fronten aufgerissen würden"* („SZ", 23.8.).

Auf der anderen Seite bestehen

u.E. innerhalb der Studentenschaft und im Lehrkörper außergewöhnlich gute Bedingungen für ein breites Bündnis verschiedener Strömungen gegen diesen Entwurf.

Dies vor allem, weil der Stuttgarter Vorstoß für alle ziemlich überraschend und ohne propagandistische Vorbereitung kam. Im Gegenteil war in den ersten Entwürfen der Landesregierung noch die VS vorgesehen. Alle bisherigen Erfahrungen mit dem Kampf um das politische Mandat und den Erhalt der VS zeigen jedoch, daß die Bourgeoisie sich nur schrittweise voranbewegen konnte, dabei wie im Fall Marburg oder Göttingen auch Rückschritte machen mußte, daß aber alle Versuche, einen AStA im „Handstreich" zu nehmen, bisher am massiven Widerstand der Studenten scheiterten.

Außerdem ist die Filbinger-Regierung zweifellos neben der bayrischen „Staatsregierung" die verhaßteste unter den Studenten. Daß ausgerechnet ein Mann wie Filbinger, dessen Nazi-Vergangenheit die Spatzen nicht nur in Stuttgart von den Dächern pfeifen, sich berufen fühlt zu urteilen, *„die verfaßte Studentenschaft als Zwangskörperschaft passe nicht in eine vom liberalen Geist geprägte Rechtsordnung"* („Staatsanzeiger für Baden-Wü.", 24.8.). macht nicht nur Linke stutzig. Daß der „liberale Geist" dann aber in Gestalt eines „reaktivierten Führerprinzips", wie die „Tat" zutreffend meint (9.9.), in den Universitäten Einzug halten soll, mag auch solche Studenten, die sich bisher nicht aktiv an der Verteidigung der VS beteiligt haben, zu der Frage verleiten, ob es sich bei diesem „liberalen Geist" nicht vielmehr um eine Spielart jenes „Deutschen Geistes" handelt, dessen Förderung besagter Landesvater seinerzeit mit genau demselben Eifer betrieb. Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die Filbinger-Pläne ist jedoch eine kluge Taktik der Studentenbewegung. Es liegt eigentlich auf der Hand, daß diejenigen Vorstellungen und Beschlüsse, die am Ende des letzten Semesters also lange vor Bekanntwerden der Stuttgarter Entwürfe, gefaßt wurden, der neuen Situation nicht angepaßt sind und daher einer Veränderung bedürfen. Wir meinen damit insbesondere den von der VDS-Mehrheit geplanten bundesweiten HRG-Streik.

würfe, gefaßt wurden, der neuen Situation nicht angepaßt sind und daher einer Veränderung bedürfen. Wir meinen damit insbesondere den von der VDS-Mehrheit geplanten bundesweiten HRG-Streik.

Da die Stuttgarter Landesregierung ungeahnte Hektik entwickelt (am 15.9. die erste, am 20.10. die zweite und schon am 15.11. die entscheidende dritte Lesung mit Inkraftreten am 1.1.78!), reicht der geplante VDS-Streik der nach Lage der Dinge und den Erfahrungen des letzten Semesters frühestens Mitte November, also zum Zeitpunkt der Verabschiedung, liegen kann, nicht mehr aus. Bis zu diesem Zeitpunkt muß die Studentenbewegung bereits ihre volle Kraft entwickelt haben.

U.E. sollte die VDS-MV den Studentenschaften der ganzen BRD und Westberlin empfehlen, schon zum Zeitpunkt der zweiten Lesung, also bei Semesterbeginn an den Uni's und PH's mit kleineren Aktionen erste Warnschüsse abzugeben, um dann bis Mitte November „voll im Saft" zu stehen. Es ist u.E. auch durchaus gerechtfertigt, den Baden-Württemberger Entwurf überallaufzugreifen, muß der Gegner doch mit dem Risiko konfrontiert sein, bei Durchpeitschung der Stuttgarter Entwürfe überall ein unruhiges Semester als Quittung präsentiert zu bekommen.

Mit wem sich verbünden?

Zu solch einem taktisch flexiblen Reagieren sind die Basisgruppen in den VDS und den ASten am ehesten in der Lage. Es trifft sich gut, daß Baden-Württemberg eh die Hochburg der BG ist. Den BG kommt damit besondere Verantwortung im Hinblick auf die LAK und die VDS-MV zu. Auf der MV sind die BG jedoch mit ca. 25% nur eine Minderheitsfraktion. Aller Voraussicht nach werden MSB/SHB nicht geneigt sein, von ihrem Konzept eines schematisch festgelegten bundesweiten Streiks abzugehen, auf das sie seit einem Jahr fixiert sind. Sie werden im Gegenteil versuchen, die neue Situation ihrem Vorschlag anzupassen, etwa indem sie, wie schon bei ähnlichen Anlässen die These vertreten, gerade jetzt sei doch ihr Vorschlag besonders gut geeignet, denn der bundesweite Streik sei doch das beste Mittel gegen Filbingers Pläne.

Von den Jusos ist dort eine höhere Flexibilität zu erwarten. Einmal arbeiten an der Basis einige Juso-Gruppen solidarisch mit BG zusammen, und der bundesweite Streik ist auch innerhalb der Jusos nicht

Von den Jusos ist dort eine höhere Flexibilität zu erwarten. Einmal arbeiten an der Basis einige Juso-Gruppen solidarisch mit BG zusammen, und der bundesweite Streik ist auch innerhalb der Jusos nicht

unumstritten. Wir wollen allerdings auch nicht übersehen, daß zumindest bei Teilen der Juso-Führung bei einer evtl. Bereitschaft zu einer gemeinsamen Aktion mit den Linken die Hoffnung mitspielt, das arg ramponierte Image der SPD unter den Studenten auf Filbingers Kosten wieder aufzumöbeln. Das sollte die Linken jedoch nicht schrecken, mit den Jusos in dieser Frage zusammenzugehen, wenn diese dazu bereit sind. Nur dadurch ließe sich überhaupt auch Druck auf die „GO"-Fraktion (MSB/SHB) ausüben, sich ihrerseits an einer gemeinsamen Taktik gegen die Stuttgarter Entwürfe zu beteiligen.

Die Frage der besten und geeignetsten Taktik der Studentenbewegung muß das Thema der kommenden VDS-MV sein, und es ist die Aufgabe der BG-Fraktion, dies dort durchzusetzen.

KBW: Wer zuerst kommt, malt zuerst

Nach diesem Motto meinte der KBW, in seinem einstigen Musterländle Baden-Württemberg verlorenes Terrain zurückgewinnen zu können. Der KBW hatte relativ schnell reagiert und sich um den „Zusammenschluß der Studentenmassen" bemüht. Der Vorschlag, am 15.9., dem Tag der ersten Lesung, in Stuttgart eine große Demonstration zu organisieren, war sicher noch nicht der beste Einfall, den der KBW in den letzten Semestern gehabt hat. Nur hatte dieser Vorschlag den obligatorischen KBW-Pferdefuß. Zunächst einmal wurden nämlich die KBW-Studentenmassen um eine KBW-Plattform zusammengeschlossen, was sich dann so las: *„Der Aufruf wird bisher unterstützt von 35 Fachschaftsvertretern"* Alle anderen würden dann vor die

KBW-Studentenmassen um eine KBW-Plattform zusammengeschlossen, was sich dann so las: *„Der Aufruf wird bisher unterstützt von 35 Fachschaftsvertretern"* Alle anderen würden dann vor die

Alternative gestellt, entweder die vom KBW auch schon angemeldete Demo zu unterstützen oder nicht mitzumachen. Von gemeinsamer oder gar gleichberechtigter Durchführung konnte keine Rede mehr sein. Da dieses Vorgehen relativ schnell durchschaut und abgelehnt wurde, griff der KBW in die Trickkiste. Auf Flugblättern des KBW tauchten AStAVertreter auf, die angeblich den Aufruf unterstützen, wo anschließend gemeldet wird, daß diese ihre Unterstützung „zurückgezogen" hätten (in einem Fall sogar auf ein und demselben Flugblatt im Fall des AStA Uni Konstanz). In anderen Orten versuchte der KBW, mit Tricks Unterschriften zu erhalten. Den Freiburger KB-Sympathisanten z. B. wurde erzählt, die Heidelberger KB-Sympathisanten hätten schon unterschrieben, während gleichzeitig der Heidelberger KB-Gruppe gleiches aus Freiburg berichtet wurde. Es fruchtete in diesem Falle nichts. Auch BG-AStA-Vertretern gegenüber wurde so verfahren. Die Sache kam natürlich heraus, und schließlich steht der KBW fast alleine da. Er trägt die alleinige Verantwortung dafür, daß mit dem 15.9. eine Chance zur gemeinsamen Aktion verpaßt wurde und hat nur noch einmal mehr unter Beweis gestellt, daß ihm an einer gemeinsamen Aktion mit der Linken auf der Basis der Gleichberechtigung nichts gelegen ist, sondern einzig an der Durchsetzung seiner speziellen Forderungen und sei es mit Lug und Betrug. Damit stellte er sich von vornherein abseits und macht es anderen unmöglich, mit dem KBW noch zusammenzuarbeiten. Tricks wie sie sozialdemokratische und Gewerkschaftsführer anwenden, können in der demokratischen Studentenbewegung nicht geduldet werden.

zusammenzuarbeiten. Tricks wie sie sozialdemokratische und Gewerkschaftsführer anwenden, können in der demokratischen Studentenbewegung nicht geduldet werden.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

935 DM für die »Ehre« eines RCDS'lers

Am 15.9. ging nach dreitätiger Verhandlung der Prozeß wegen Nötigung und Beleidigung gegen K.L., den ehemaligen Hochschulreferenten des Göttinger AStA zu Ende. K.L. hatte im Studentenrat eine Resolution verlesen, in der RCDS'ler als »Denunzianten« bezeichnet wurden.

Wie nicht anders zu erwarten war, befand das Gericht den »Angeklagten« für schuldig: 935 DM Geldstrafe plus Prozeßkosten war der Richterin die Ehre des uniweit bekannten RCDS'lers Bühmann wert!

Während des gesamten Prozeßverlaufs gab sich das Gericht wenig Mühe, das rege Interesse an einer Verurteilung von K.L. und an einer Reinwaschung des *»in seiner Ehre zutiefst getroffenen«* RCDS'lers zu vertuschen. Sämtliche Anträge der Verteidigung, mit denen die Denunziantentätigkeit von Bühmann und anderen RCDS'lern sowie die Zusammenarbeit des RCDS mit dem Verfassungsschutz nachgewiesen werden sollten, wurden vom Gericht abgelehnt. Selbst Fragen an die Zeugen der Anklage zur Aufhellung der politischen Machenschaften dieser Leute und der Hintergründe dieses Falles wurden vom Gericht als »nicht zur Sache gehörig« abgebürstet. Das eklatanteste Beispiel: Die Verteidigung hatte einen ausländischen Kommilitonen als Zeugen geladen, der folgendes bezeugen konnte:

Der ehrenwerte Herr Bühmann hatte sich 1975 in eine Ausländer-Vollversammlung geschlichen und Redebeiträge mitgeschrieben. Unter anderem notierte er die Aussagen des damaligen Sprechers der ausländischen Kommilitonen, der von der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert wurde. Die so erspitzelten Informationen gelangten an die Konrad-Adenauer-Stiftung, woraufhin ihm die Förderung kurze Zeit später entzogen wurde. Das Gericht hielt diesen wohl klassischen Fall von Denunziation für *»den zur Aburteilung stehenden Tatbestand [Beleidigung wegen des Vorwurfs der Denunziantentätigkeit] nicht erheblich«*.

Das Gericht schloß sich der Ausführung des Staatsanwaltes an: Der in der Resolution gebrauchte »Begriff« Denunziant diene nicht zur Charakterisierung von Tatsachen und Handlungen, sondern zur *»moralischen Herabsetzung von Herrn B.«* Daß Denunziantentum eben eine Handlung ist, die automatisch eine »moralische Herabsetzung« desjenigen bedeutet, der sie vornimmt, mochte dem Gericht nicht einleuchten. Entsprechend wertete es auch den abgewandelten Hoffmann-von-Fallersleben-Spruch: *»Das größte Schwein im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!«* als besonders ehrabschneidend. In der Tat!

Schuldig wurde der »Angeklagte« auch in dem Punkt der vorgeworfenen »Nötigung« gesprochen: K.L. hatte Bühmann aus dem AStA geworfen, als dieser mit einem provokativen Antrag in das Zimmer der ersten Vorsitzenden eindrang. Das Gericht war der Meinung, daß K.L. zwar zu dieser Zeit das Hausrecht hatte, aber nur deswegen davon Gebrauch machte, weil ihm Bühmann »nicht paßte«. Vollendete Nötigung!

In ihrer Urteilsbegründung behauptete die Richterin, das Urteil wäre genauso ausgefallen, wenn K.L. als Bühmann und Bühmann als K.L. aufgetreten wären. Den Vorwurf, ein politisches Urteil gefällt zu haben, wies sie schärfstens zurück, wobei sie sich ein klammheimliches Grinsen nicht verhehlen konnte ...

Fazit: Laut Amtsgericht Göttingen darf jemand, der nachgewiesenermaßen als Kronzeuge der politischen Polizei arbeitet, nicht mehr als Denunziant bezeichnet werden, AStA-Referenten dürfen ihr Hausrecht im AStA nicht ausüben, wenn Provokateure in Büroräume eindringen. Der Schuldspruch sollte die Ehre von Bühmann und dem RCDS wiederherstellen — sie dürfte durch den Prozeß allerdings endgültig in die Brüche gegangen sein.

KHB/Göttingen

»Extra-Dienst — wach oder schwach?

„Die demonstrative Veröffentlichung des Mescalero-Artikels war eine Demonstration des schwachen und nicht des wachen Sinns der dafür Verantwortlichen". Das schrieb der Westberliner „Extra-Dienst" seinerzeit zum Buback-Nachruf. Jetzt will die Staatsanwaltschaft mit einem Ermittlungsverfahren dem „Extra-Dienst" auch an den Kragen wegen Verdachts der *„Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener"*. Grund: der „ed" hatte einen „nicht pflichtgemäßen Nachruf" auf Ponto des DKP-Dichters Peter Schütt (ausgerechnet !) nachgedruckt, dessen Partei damals ebenso vehement gegen den „Buback-Nachruf" Stellung genommen hatte. Im Gedicht heißt es u.a.:

„Jürgen Ponto, ein ungewöhnlich gewöhnlicher, ein Gewohnheitsbankier, wurde kaltblütig ermordet. Wurde ermordet mit derselben Kaltblütigkeit, mit der dieser Banker die Entlassung einiger Tausender Metaller, die Lohnkürzung für Zehntausend Verkäuferinnen, die Entrechtung Hunderttausender Gastarbeiter veranlaßte .... Der Mann, austauschbar und beileibe kein ‚unersetzlicher Verlust', wurde liquidiert Sein System triumphiert ... "

War es „schwacher" oder „wacher" Sinn, daß der „ed" dieses Gedicht publizierte? Wir hoffen, daß sie es trotz Ermittlungsverfahren ihrem wachen' Sinn zu schreiben, nämlich die Meinungsfeiheit zu verteidigen, und daß sie für die Zukunft daraus lernen. Auf alle Fälle: Weg mit dem Ermittlungsverfahren!

SSB Westberlin

Der Schah und »Der weiße Löwe erster Klasse«!

Member Organisations
Organisation of Tehran University Students
Federation of Iranian Students in W. Germany and Berlin
Iranian Students Association in United States
Federation of Iranian Students in Austria
Iranian Students Society in Great Britain
Federation of Iranian Students in Italy
Iranian Students Union in France
Iranian Students Society in Lausanne (Switzerland)
Federation of Iranian Students in Turkey
Iranian Students Union in Belgium

کنفدراسیون جهانی محصلین و دانشجویان ایرانی

6 Frankfurt 16
Postfach 16247
West Germany

Konto
Postscheck Karlsruhe 1274 44
West Germany



CONFEDERATION OF IRANIAN STUDENTS (NATIONAL UNION)
Conföderation der Iranischen Studenten/Confederation des Etudiants Iraniens

DER SCHAH UND "DER WEIßE LÖWE ERSTER KLASSE"!

Seit dem 22.8.77 hielt sich der Schah zunächst in Polen, nun seit einigen Tagen in der Tschechoslowakei, also in den sogenannten sozialistischen Ländern auf. Was in dieser Zeit seitens der offiziellen Stellen und Regierungen dieser Länder dem Henker des iranischen Volkes entgegengebracht wurde, ist einer näheren Betrachtung wert.

Die Huldigungen, die von den Regierungen Polens und der Tschechoslowakei dem Faschisten Schah entgegen gebracht wurden, schlugen sich in der Presse wie folgt nieder: "Prag verbeugt sich vor Schah" oder "Orden und Doktorwürden für das Kaiserpaar". Ja die tschechoslowakische Regierung hat das "Kaiserpaar mit dem höchsten CSSR-Orden für Ausländer -"dem weißen Löwen erster Klasse" - ausgezeichnet. Natürlich erhielt auch dafür Husak (CSSR-Staatspräsident) den höchsten iranischen Orden vom Schah. Diese widerwärtige, schmierige Palette von Huldigungen, Verbeugungen und sogar das Knien vor einem weltbekannten faschistischen Mörder durch die beiden Regierungen von Polen und der Tschechoslowakei, ließen sich weiter fortsetzen. Wir nehmen an, daß dies bereits genügt, um die Denkweise und den Geist, ja sogar den Grad der Unterwürfigkeit zu erkennen, die in den Regierungskreisen der sogenannten "sozialistischen" Ländern vorherrschen.

Es ist auch nicht die Folge der Unkenntnis dieser Regierungen darüber, wer der Schah ist, und wie das iranische Volk unter der Schreckensherrschaft dieses faschistischen Regimes leidet. Wenn vor Jahren als die Schwester des Schah, Aschraf, von der chinesischen Regierung offiziell eingeladen wurde, meinten manche Kreise, der chinesischen Regierung fehle es an genauen Informationen über das despotische Schah-Regime. Heute aber wissen wir alle, daß es sich weder damals in China, noch heute in Polen und der Tschechoslowakei um Informationsmangel dieser Regierungen über das diktatorische Regime des Schah handelt. Was diese Regierungen erblinden läßt, ist in erster Linie das blanke wirtschaftliche Interesse, das diese "Arbeiter und Bauernregime" über alles stellen - nicht nur über die Interessen des iranischen Volkes, sondern über die des eigenen Volkes, womit sie zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung und Verlängerung des Joch des diktatorischen Schah-Regime beitragen.

Doch in einem Punkt unterscheiden sich diese Regierungen von den Regimen der kapitalistischen Länder der Metropole. Treten die Regierungen der kapitalistischen Länder dem Schah-Regime und seinesgleichen als ihrem Handlanger gegenüber, so tritt aber die tschechoslowakische oder polnische Regierung dem Schah auch noch dienerhaft entgegen. Und dies ist keinesfalls die eventuelle Folge einer Inforformationslücke über das iranische Regime, sondern eindeutig die Folge jahrzehntelanger Unterwürfigkeit gegenüber der sowjetischen Regierung, die zu dieser geistigen Haltung geführt hat.

Wir, die iranische antifaschistische und antiimperialistische Opposition, sehen die Tatsache, daß sich Regierungen, die sich als sozialistisch, als Arbeiter- und Bauernstaat bezeichnen, sich aber vor einem Henker tief verbeugen, mit Verachtung. So bringen diese "Sozialisten" auch den äußerlichen Beweis dafür, daß sie sich in Wirklichkeit keineswegs von ihresgleichen in den kapitalistischen Ländern unterscheiden. Alle sind sich einig.
chen Beweis dafür, daß sie sich in Wirklichkeit keineswegs von ihresglei-
chen in den kapitalistischen Ländern unterscheiden. Alle sind sich einig.
Einig in der Ausbeutung anderer Völker und sogar ihrer eigenen Bevölkerung, nur das Aushängeschild ist ein anderes. Sie handeln alle nach dem Motto: Ausbeuter aller Länder vereinigt Euch! Und so vereinigen sich Gierek und Husak mit dem Schah.

Dies ist und bleibt ein Pakt zwischen den Ausbeutern und Unterdrückern. Sie stehen auf der einen Seite, das iranische, tschechoslowakische und polnische Volk auf der anderen Seite. Der Sturz eines der Ausbeuter, der nicht in ferner Zukunft liegen wird, wird auch die Säule der Macht der anderen ebenfalls ins Schwanken bringen. Und unsere Völker arbeiten dafür!

Frankfurt, 30.8.77 Vorstand der CISNU

Aust – privat: KP China ist konterrevolutionär

Einer der kleinen Splitter aus der Konkursmasse der „KPD/ML", die „KPD/ML Kreisverband Siegen/Olpe" polemisiert seit einiger Zeit in ihrem Zentralorgan „Die Wahrheit" gegen *„die chinesische Hua-Deng Bande"*, die mit dem 11.Parteitag *„einen Anschlag auf Mao Tse-tung"* verübt hätte. Nunmehr verfolge die KP Chinas eine *„revisionistische und konterrevolutionäre Linie"*. Die gleichen Erkenntnisse beim schwäbischen KAB„D" werden entsprechend *„mit großer Freude und Genugtuung zur Kenntnis genommen"*.

Unzufrieden sind die Genossen aus dem Landkreis Olpe allerdings mit der „KPD/ML", deren *„Blumensprache"* in dieser Angelegenheit den Verdacht aufkommen läßt, ihr Vorsitzender – Ernst Aust – sei *„ein Kaulquappen- oder Papageienkommunist"*.

Dabei war bei einem Spitzengespräch auf allerhöchster Ebene vom „größten Sohn des deutschen Volkes" (Aust über Aust) dem Vorsitzenden aus dem Landkreis Olpe (Heuzeroth) inhaltliche Übereinstimmung bescheinigt worden: *„Es ist richtig, was ihr in ‚Die Wahrheit' geschrieben habt. Aber ihr seid eine kleine Gruppe und könnt es euch erlauben, so offen zu schreiben, uns ist es jedoch nicht möglich, so offen Stellung zu beziehen,"* soll Aust seinem „Freund" Heuzeroth mitgeteilt haben („Die Wahrheit", September 77).

Die „ML"er aus Olpe befürchten nunmehr schwer eins übergebraten zu bekommen, ob dieser „Enthüllungen" der möglicherweise halbprivaten Aust-Äußerungen; sie hoffen aber trotzdem *„nicht gleich wieder ... als Abtrünnige und Sektierer abgefertigt zu werden."* Also Ernst, halt dich zurück.

(Nach „Die Wahrheit" September 77)

Neuerscheinung: »Die Herausforderung«

Bezeichnenderweise in Kiel, wo die dort vor einigen Jahren starke „KPD/ML" und der berüchtigte „Thälmann-Kampfbund" einige hundert „Ehemalige" hinterlassen haben, erscheint seit August die „Herausforderung" („Zeitschrift zur Förderung Marxistisch-leninistischen Denkens").

Ihre Zielgruppe sieht die neue Zeitschrift in den aus KBW, „KPD", „KPD/ML" und KAB„D" Ausgeschlossenen, bzw. Ausgetretenen. Man will sich sowohl um die *„ins Privatleben zurückgekehrten"* als auch um die *„in den letzten Jahren in wachsender Zahl entstandenen kleinen Zirkel"* kümmern. Zu letzteren werden Gruppen gezählt wie „KG Bochum/Essen" (ex „KPD/ML"/Rote Fahne), „Gegen die Strömung" (ex „KPD/ML"), „Liebknecht-Vereinigung" (ehemalige Sympathisanten der „ML" und der „KPD"-Westberlin), „Kommunistischer Arbeiterbund/ Revolutionärer Weg" (ex KAB„D") etc.

Die „Herausforderung" beschreibt als *„die besten Arbeiten dieser Zirkel ... daß sie die ideologische Haltlosigkeit ... die unwissenschaftliche Arbeitsweise, die großen und kleinen Unehrlichkeiten ... der ‚großen Organisationen' aufdecken."*

Sie beklagen ein *„Klima schläfriger Gleichgültigkeit ... und politische Vertrauensseligkeit gegenüber den ‚gegebenen Führern'"* in „KPD/ML", „KPD" etc. Damit soll nunmehr aufgeräumt werden, stattdessen sollen die *„brennenden Fragen des Klassenkampfes"* freimütig diskutiert werden; der durchaus lobenswerte Vorsatz nach Jahren der Abstinenz wieder selbst den Kopf zu gebrauchen, zu diskutieren, steht also bei Gründung der „Herausforderung" Pate.

Leider kommen die Kieler Ehemaligen über diesen bloß methodisch-formalen Vorsatz nicht hinaus, denn was beim eigenständigen Nachdenken rausgekommen ist, bewegt sich doch sehr in bekannten Bahnen. An guten Vosätzen hat es in der „ML"-Bewegung eigentlich nie gefehlt. Jedenfalls geht's leider wieder nicht um politischen Streit um reale Probleme der aktuellen Auseinandersetzung, sondern wie schon seit Jahren um *„eine marxistisch-leninistische Plattform, die (die Marxisten) auf der Grundlage gemeinsamer wissenschaftlicher Überzeugungen ... vereinen könnte"*. Als Beispiel dieser strengen Wissenschaft mischt sich die „Herausforderung" in eine alte Auseinandersetzung zwischen „KPD/ML"-Chef Aust und „MLP"-Führer Strobel (Österreich) ein. Ernst Aust 1973:

„Was ist das, das da aus dem Boden sprießt, wenn man eine Kastanie in den Boden steckt? Eine Erbse, eine Tomate? Doch wohl eine Kastanie, wenn auch noch eine sehr kleine, die aber, wie die letzten Jahre beweisen, inzwischen zu einem kleinen Baum herangewachsen ist" (Selbstdarstellung der „KPD/ML" im „Roten Morgen", 51/73, Sonderausgabe):

Morgen", 51/73, Sonderausgabe):



Gut vier Jahre später kontert Strobel: *„Der von irgendeinem Großmaul erfundene Vergleich einer marxistisch-leninistischen Partei mit einer Bohne, aus der, wenn sie der brave Gärtner einmal in die Erde gesteckt hat, immer nur eine Bohne entstehen könne, niemals aber eine Diestel oder eine Kastanie, ist nicht nur im höchsten Grade lächerlich, sondern beweist vor allem, daß sein Erfinder von dem brennendsten Problem der revolutionären Bewegung überhaupt, von der Gefahr der bürgerlich-revisionistischen Entartung, keinen Deut verstanden hat..."* („Rote Fahne", ZO der „MLPÖ", Nr. 162/77).

Die „Herausforderung" gibt Strobel recht. Wir halten uns da lieber raus; Schrottsammler sollen Schrott sammeln, Gärtner die Botanik kennen – Politik ist doch was anderes!
(Nach „Herausforderung" August 77)

Betrogene Rockfans machen "Putz"



Als die Besucher merkten, daß sie beschissen worden waren, brannten sie die Bühne nieder. So hatten sie wenigstens etwas Spaß!

Scheeßel: Am 3./4. September sollte in Scheeßel ein großes Pop-Festival stattfinden. Angekündigt waren 23 renommierte Popgruppen. Die Schau sollte 2 Tage dauern.

Ergebnis: 20.000(!) Jugendliche zahlten bis zu 40 DM Eintritt. Von den 23 angekündigten Gruppen traten dann allerdings nur5 auf. Der Veranstalter verschwand mit dem Geld.

Die schwer getäuschten und geprellten Besucher brannten die Bühne nieder.

Im nachhinein stellt sich heraus, daß die ganze Sache ein bewußt und groß angelegter Betrug an den jugendlichen Besuchern war, um dicke Kohle zu machen!

- Die Veranstalter gründen extra für besagtes Festival eine Firma (Mountain Music Concerts).
- Sie verkünden nach außen groß,

– Sie verkünden nach außen groß, mit Gruppen einen Vertrag für das Festival zu haben.

Dann machen sie mit der holländischen Tabakfirma Douwe Egberts und der Zeitschrift Music Joker einen Werbevertrag (allein die Tabakfirma zahlt 200.000 DM Werbekosten)
- Schon Mitte Juli war klar, daß die Veranstalter mit den berühmtesten Gruppen (Led Zeppelin, Small Faces, Ted Nugget etc.) gar keinen Vertrag haben konnten, da diese schon woanders unter Vertrag standen!
- Als das herauskommt und sich herumspricht (bei „Insidern") kündigen die Veranstalter neue „große" Gruppen an (u.a. Alex Harvey Alvin Lee und Rory Gallagher). Am 29.Juli(!) erwirkt eine Hamburger Plattenfirma (Phonogramm) gegen die Veranstalter eine einstweilige Verfügung, da mit diesen Gruppen kein Vertrag für das Festival besteht!
- Wieder werden neue Plakate gedruckt. Diesmal wird u.a. mit „Quecksilver Messenger" geworben, einer Gruppe, die schon lange nicht mehr besteht (angaben nach „Die Harke/Nienburger Nachrichten", 13.9.77).
- Am 3.September (dem Konzertbeginn) gibt einer der Veranstalter im NDR zu, daß 18 von 23 Gruppen nicht kommen werden. Trotzdem werden zu derselben Zeit (16 Uhr) noch fleißig Eintrittskarten verkauft!

An sich müßte der Veranstalter reif für'n Knast sein. Tatsächlich befinden sich diese Gauner auf freiem Fuß, werden wohl dabeisein, ihren nächsten Beschiß vorzubereiten. Diese Annahme ist deswegen gerechtfertigt, weil der Betrug von Scheeßel im Popgeschäft eine ganz normale Sache ist:
- So werden z.B. Konzerte abgesagt, weil der Vorverkauf nicht läuft.
- Die Agenturen jagen sich gegenseitig die Gruppen ab, überbieten sich und treiben dadurch die Eintrittspreise in die Höhe.
- Es ist schon vorgekommen, daß Agenturen auf Verdacht Säle gemietet haben, für die Konzerte anderer Agenturen eigentlich geplant waren.
- Oft kaufen die Agenturen von Managern Gruppen ein, die gar nicht mehr existieren (so verkauft z.B. ein Londoner Manager die Gruppe „Quecksilver" schon seit einem Jahr erfolgreich, obwohl diese Gruppe gar nicht existiert!).

Obwohl selbst die Veranstalter und Agenturen sagen, daß „Verträge Toilettenpapier sind", werden auf Grundlage solcher „Verträge" Popkonzerte angekündigt und Karten verkauft. Ist dann erstmal kassiert, werden die Veranstaltungen oft abgesagt. So fielen in Hamburg allein 15 (!) Konzerte aus (u.a. Joe Cocker, UFO, Kinks, Bob Seger, Pattie Smith etc.) (Angaben nach „Szene", 9/77).

„...nur wenige Insider, die lieber den Mund halten, wissen, was sich hinter den Kulissen der Konzert- und Managermafia...wirklich tut" (Szene).

Ohne „Insider" zu sein, kann man wohl sagen, daß hier „hinter den Kulissen" – und in Scheeßel erstmals so richtig offen – mit Lug und Betrug an den jugendlichen Popfans Geld verdient wird!

Tausende geprellter Jugendlicher in Scheeßel haben aber auch gezeigt (indem sie die Bühne in Brand steckten und die Getränkecontainer ausnahmen), daß sie nicht ohne weiteres bereit sind, sich verschaukeln zu lassen.

Kultur-Kommission

Fortschrittlicher Schauspieldirektor soll nun endgültig abgeschossen werden

Die Gewerkschaft der Polizei und die CDU-Fraktion in Stuttgart wollen die fristlose Kündigung des Direktors am Schauspielhaus, Peymann, durchsetzen.

Grund: Er habe einen Spendenaufruf der Mutter von Gudrun Ensslin zu einer Zahnarztbehandlung der in Stammheim einsitzenden „RAF"-Gefangenen im Theater ausgehängt. 611.-DM seien gespendet worden (davon 100.-DM von Peymann selbst). Der GdP Landesvorsitzende dazu: Peymann sei *„wegen seiner durch Taten bewiesenen Sympathiehaltung zum Terrorismus"* nicht länger tragbar (FR,14.9.77).

Hinter diesem neuen Angriff auf den Stuttgarter Schauspieldirektor steckt allerdings – das mußte selbst die FAZ zugeben – etwas ganz anderes:
- Schon 1975 inszenierte Peymann das Camus-Stück „Die Gerechten" mit einer unzweideutigen Kritik an der Behandlung der politischen Gefangenen in der BRD.
- Er wollte – im Andenken an Ulrike Meinhof – das Stück „Bambule" inszenieren, was ihm verboten wurde.
- Z.Zt. wird am Stuttgarter Schauspielhaus das Stück „Bezahlt wird nicht" von Dario FO gespielt. usw. usf.

Gerade diese fortschrittliche Tendenz des Stuttgarter Schauspielhauses ist den Reaktionären nicht nur vor Ort ein Dorn im Auge.

Während „kulturbeflissene" Konservative meinen, *„unter Peymann ist das Stuttgarter Schauspielhaus zu einer führenden, stilbildenden Bühne aufgerückt"* (FAZ, 14.9.77) und sich diesen Laden zumindest als „Vorzeigeprojekt" erhalten möchten, wollen die strammen Reaktionäre gleich den Kopf von Peymann!

Sie möchten in der Kunst wieder zu *„Verständnis und Gerechtigkeit, die die Schönheit loben"*, sie wollen *„die elitäre Gruppe von theoriebesessenen Aktivisten und pseudoproletarischen Weltverbesserern"* aus dem Kulturleben drängen (Zitate von Strauß aus der FR, 31.8.77).

Peymann selbst hat hierzu eine Erklärung abgegeben, die wir im folgenden zitieren wollen:

„Ich lasse mich durch niemanden, weder durch die ‚Bild-Zeitung', weder durch unseren Opernchor, weder durch den Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg, weder durch Äußerungen und Forderungen verschiedener Politiker noch durch die vielen vor allem anonymen Briefe und Anrufe, in eine Ecke drängen, in der ich nie gestanden habe, in der ich nie stehen werde. Ich lasse mich nicht zu einem ‚Sympathisanten' stempeln, der ich nicht bin. Maxime meiner künstlerischen Arbeit ist es, gegen Unvernunft, gegen Gewalt, gegen jedes Verbrechen zu sein. Ich habe vor drei Monaten DM 100.- für die Zahnbehandlung von Häftlingen in Stammheim gespendet, weil ich auch gegen jede ‚Kopf-ab'-, gegen jede ‚Sollen-sie doch-verrecken'-Mentalität bin. Ich habe bei diesem privaten Vorgang ein Grundrecht unserer Verfassung in Anspruch genommen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich mit dieser Meinung in unserer Demokratie alleine stehe." („FAZ", 14.9.77).

Peymann muß Schauspieldirektor in Stuttgart bleiben!

Kultur-Kommission